

## Studiengang Soziale Arbeit Modul 5.2.

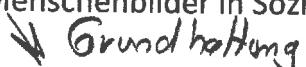
Wintersemester 2017

### Abweichendes Verhalten

#### Disposition und Anforderungen:

Regelmäßige und aktive Teilnahme, Klausur gemeinsam mit Modul 5.1.

#### Ablaufplan:

✓ „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut: Menschenbilder in Soziologie und Sozialer Arbeit“ 

✓ Abweichendes Verhalten definieren

Soziale Kontrolle

Normen & Werte

✓ Anthropologische Grundlagen von Normen

✓ Soziale Kontrolle: Begriff und Formen

✓ Aktuelle Normveränderungen: Das Beispiel Facebook

✗ Theorien abweichenden Verhaltens verstehen: Eine erste Navigationshilfe

✓ Klassische Theorien (Klassische Kriminologie und biologisch anthropologische Ansätze)



✓ Vertiefung: Biologische Theorien abweichenden Verhaltens heute

✓ Soziologische Theorien I: Die Klassiker der Anomietheorie Durkheim und Merton

✓ Die moderne Fassung: Die Bielefelder Untersuchungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und das „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“

✓ Soziologische Theorien II: Labeling und Etikettierung 

✓ Zwischenfazit und weitere Theorien

Vertiefungen I: Neue Strafjustiz?

Vertiefungen II: Jugendkriminalität: Merkmale und Gründe

Fazit und Prüfungsvorbereitung



## Menschenbilder

↳ Prägen meine Interaktion

Bsp.: Schrei nach 28 Std. Arbeitswoche

⇒ Menschen sind Faß → Bild

wie beeinflussen mich Menschenbilder

→ Planung (Vorbereitung auf die einz. Bilder)

3 Phasen

→ Ausführung meines Handelns

→ Bewertung des Handelns

## Wer ist Mitautor von Menschenbildern

- Tradition
- Religion
- Eigene Biografie
- Erziehung
- Medien
- Bildung

Hier werden Menschenbilder generiert

↳ Cyborg

Mein Handeln wird legitimiert (durch Menschenbilder)

## Berühmte Menschenbilder

- Animal-Rationale = weniger durch Gefühle  
mehr durch Vernunft
- Animal-Ridens = Der Mensch, das lachende  
Tier
- Beternde - Tier

- Homo - Erruktur
  - Homo - Faber
  - Homo - Ludens
  - Homo - Ökonomikus
  - Homo - Sapiens
  - Homo - Narrativus
  - Homo - Soziologikus
  - Homo - Sozialis
- = Aufrechter Gang
  - = Arbeitende Mensch
  - = Spielende Mensch
  - = Kosten / Nutzen
  - = Weiße Mensch
  - = Erzählende Mensch
  - = Mensch als Rollenspieler
  - = Der Soziale Mensch

## Begleitende Materialien zu Modul 5 Gesellschaftliche Grundlagen

### Soziologie, Soziale Arbeit und die Relevanz der Menschenbilder

#### Menschenbilder: Übergreifend, in den Sozialwissenschaften und der Sozialen Arbeit

Ein Zusammenhang zwischen Soziologie und sozialer Arbeit besteht, neben vielen anderen Aspekten, darin, dass Soziale Arbeit immer mit der gesamten Persönlichkeit und dem umfassenden sozio-kulturellen Umfeld der Adressaten konfrontiert wird. Also sollte man in diesen Interaktionen mit Menschen diesen zuerst einmal als ganzheitliches Wesen verstehen und ihn nicht auf eine Segment reduzieren, wie das beispielsweise in der aktuellen Asyldebatte der Fall ist, in der beispielsweise oftmals nur der rechtliche Tatbestand interessiert und eine Einteilung in berechtigt und nicht berechtigt erfolgt.

Festzuhalten bleibt: „Der Mensch“ ist nach dem derzeitigen Stand der Forschung kein eindeutig berechenbarer wie auch kein nur rechnender „homo rationalis“ oder „homo oeconomicus“. Daher benötigen die Soziale Arbeit wie beispielsweise auch andere praxisrelevante Felder wie die Pflege- und Gesundheitswissenschaft eine gesamtgesellschaftliche Analyse und vor allem eine ganzheitliche Betrachtungsweise des Menschen. Genau dafür kann die Soziologie mit ihrem breiten übergreifenden Spektrum an Theorien einen Beitrag leisten. Sonst operieren wir mit Modellen von „Anreizen“ und „Konditionen“, die dem komplexen Gefüge des menschlichen Sozialverhaltens nicht angemessen sind und die vor allem so tun, als ob Männer und Frauen nur ihre dunklen Eigeninteressen durchsetzen wollten. Oder man operiert mit Modellen, deren Grundlagen man gar nicht transparent macht.

### Menschenbilder: Funktionen und Struktur

Oerter, Rolf. (1999). Einleitung: Menschenbilder als sinnstiftende Konstruktionen und als geheime Agenten. In R. Oerter (Ed.), *Menschenbilder in der modernen Gesellschaft. Konzeptionen des Menschen in Wissenschaft, Bildung, Kunst, Wirtschaft und Politik*. Stuttgart: Enke, 1-2.

Warum also noch, außer dem Argument der Ganzheitlichkeit, am Anfang des Studiums eine Auseinandersetzung mit dem Thema Menschenbild? Folgendes Argument hat dazu der Psychologe Rolf Oerter (1999) dafür entwickelt:

Menschenbilder **prägen** demzufolge Handeln und Erleben in der persönlichen Begegnung. Menschenbilder sind aber auch in Organisationen und in der Gesellschaft insgesamt vorhanden. Es fällt auf, wie facettenreich das Angebot an Konzeptionen des Menschenbildes heute ausfällt. Diese vielfältigen Grundmodelle, auf die wir noch eingehen werden, verdeutlichen, dass Menschenbilder unterschiedliche Funktionen besitzen. Deutlich gesagt: **Menschenbilder sind in vielen Fällen nicht nur freischwebende akademische Luftgespenster**, sondern sie haben durchaus fühl- und spürbare Konsequenzen: Schauen wir und das mal näher an:

1. Menschenbilder sind **Konstruktionen oder Konstrukte**, die von Laien und Wissenschaftlern als Teil ihres Weltbildes **implizit oder explizit** entworfen werden. Zweck ist es, eine **Gesamtorientierung** des Urteilens und Handelns zu ermöglichen. Den Konstruktcharakter zu erkennen, dies ist eine wichtige Vorbedingung für die Kooperation und Kommunikation!
2. Menschenbilder haben **handlungsleitende Funktionen**. Damit ist gemeint, dass sie Planung, Ausführung und Bewertung des Handelns beeinflussen. So gibt es Menschenbilder in den Sozialwissenschaften, die von einer bestimmten „Natur“ des Menschen ausgehen und von da aus meinen, bestimmen zu können, ob jemand beispielsweise der „geborene Verbrecher“ ist. Menschenbilder wirken, und das ist wichtig für die Theorie-Praxis-Diskussion, die gerade die soziale Arbeit kennzeichnet, eben auch dann handlungsleitend, wenn sie den Trägern nicht bewusst sind.
3. Kunst und Literatur spiegeln Menschenbilder wider, die entweder schon mehr oder weniger offensichtlich latent in der Gesellschaft vorhanden sind oder der gesellschaftlich-kulturellen Entwicklung vorausgehen. Literatur, Musik- und Sprechtheater sowie Kunst: „ökologische Nischen“, Freiräume, Labore für neue Konzeptionen des Menschenbildes.

4. Entwicklungen in der modernen Gesellschaft und Kultur zeigen, dass Menschenbilder trotz allem Positivem und Handlungsleitendem, was bisher aufgeführt wurde, auch manchmal illusionär, abgehoben sein können. (Politik, Wirtschaft).

5. Menschenbilder dienen nicht selten als nachträgliche **Legitimation**, also als Rechtfertigung für politische und ökonomische Entscheidungen. Auch im individuellen Handeln trifft man häufig auf solche nachträgliche Legitimierungen. Hier erfolgt also erst eine Handlung oder es wird eine Entscheidung getroffen. Und dann schaut man nachträglich nach Begründungen (Beispiele: Bestrafungen, Kürzungen von Budgets etc.).

Zusammengefasst lautet das Argument für eine subtile Aufmerksamkeit für Menschenbilder in den Sozialwissenschaften, der sozialen Arbeit und den einzelnen gesellschaftlichen Feldern: Menschliches Zusammenleben unter Bedingungen der Globalisierung ist nur möglich, wenn es Gemeinsamkeiten in den zugrundeliegenden Menschenbildern gibt bzw. wenn es gelingt, solche Gemeinsamkeiten herzustellen. Das bedeutet, dass nicht nur die betroffenen Wissenschaften und die gesellschaftlich-kulturellen Bereiche Stellung beziehen und miteinander diskutieren sollen, sondern dass dieser Diskurs auch in der Öffentlichkeit geführt wird.

### **Ein kleiner Überblick über die Vielfalt der Menschenbilder**

Liste, die im Rahmen eines Forschungsprojektes zu Menschenbildern in der BWL erstellt und ergänzt wurde (Detzer 1999: 101 in Oerter 1999).

- animal rationabile (Immanuel Kant)
- animal rationale
- animal ridens
- animal sociale, homo socialis
- animal symbolicum, das Kulturwesen (Cassirer)
- animal triste (Monika Maron)
- das betende Tier (Alister Hardy)
- zoon politikon = gemeinschaftsbildendes Lebewesen,

- der Mörderaffe (Robert Ardrey)
- der nackte Affe (Desmond Morris)
- homme citoyen (Rousseau)
- homo absconditus, das unergründliche Wesen (Plessner)
- homo activus (Hanna Ahrendt)
- homo agens (Mead)
- homo compensator (Luhmann)
- homo creator (Wilhelm Emil Mühlmann)
- homo demens (Edgar Morin)
- homo erectus (Physik, Biologie)
- homo exterior, novus, interior (als Triade bei Augustinus)
- homo faber (Max Frisch)
- homo grammaticus
- homo loquens
- homo ludens (Johan Huizinga)
- homo mundanus, Weltwesen, Weltgeschöpf (Luhmann)
- homo oeconomicus (G.S. Becker)
- homo socialis, homo reciprocans (moderne Evolutions- und Entw.psy)
- homo patiens (Viktor Frankl)
- homo religiosus
- homo sapiens (Carl von Linni)
- homo sociologicus (Ralf Dahrendorf)
- homo ambivalens (Kurt Lüscher)
- homo interpretans (Kurt Lüscher)
- homo narrativus (Koschorke 2013)
- behavioristisches Menschenmodell (Skinner, Watson)
- der emanzipierte, versöhnte, ausbalancierte Mensch (Habermas)
- der Mensch als Mängelwesen (Herder, Gehlen)
- der Mensch als Schauspieler, Maskenträger, Multirollenspieler (Goffman)
- der Mensch als Sinndeuter, -stifter, -träger, -vollstrecker (Plessner, Litt, Fink)
- der Mensch als Beziehungswesen (Buber)
- der Mensch als Coexistenzwesen (Fink)
- der Krisenmensch (Erikson)
- der Systemmensch (Luhmann)

## **Vertiefungen: Aktuelle Trends in der öffentlichen Debatte von Menschenbildern**

### **Zitierte und Vertiefende Literatur:**

Chakkarath, Pradeep (2015). Welt- und Menschenbilder: Eine sozialwissenschaftliche Annäherung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 65, 3-8.

Detzer, Karl A. (1999). Homo oeconomicus und homo faber – dominierende Menschenbilder in Wirtschaft und Technik? In: Oerter, Rolf (Hrsg.). Menschenbilder in der modernen Gesellschaft. Stuttgart: Enke, 99-115

Kirschner, Sebastian. (2013). Teilen bringt Vorteil. *Max Planck Forschung*(3), 18-24.

Nowak, Jürgen. (2009). *Soziologie in der Sozialen Arbeit*. Schwalbach: Wochenschau Verlag.

Nowak, Martin A., & Highfield, Roger. (2013 (2011)). *Kooperative Intelligenz. Das Erfolgsgeheimnis der Evolution*. München: C.H. Beck.

Oerter, Rolf. (1999). Einleitung: Menschenbilder als sinnstiftende Konstruktionen und als geheime Agenten. In Oerter, Rolf (Hrsg.), Menschenbilder in der modernen Gesellschaft. Konzeptionen des Menschen in Wissenschaft, Bildung, Kunst, Wirtschaft und Politik. Stuttgart: Enke, 1-2.

Schumann, Katharina (2015). Menschenbilder in Erziehungswissenschaft, Neurowissenschaften und Genetik. Eine vergleichende Analyse. Weinheim: Beltz Juventa.

Tomasello, Michael, & Rakoczy, Hannes. (2009). Was macht menschliche Erkenntnis einzigartig? Von individueller über geteilte zu kollektiver Intentionalität. In H. B. Schmid &

D. P. Schweikart (Eds.), *Kollektive Intentionalität. Eine Debatte über die Grundlage des Sozialen* (pp. 697-737). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Tomasello, Michael. (2010). *Warum wir kooperieren*. Frankfurt: Suhrkamp.

## Soziologie als eigenständige wissenschaftliche Disziplin

### Eine kurze Orientierung

Bevor wir uns in die speziellen Themen der Vorlesungen des Moduls 5 vertiefen, soll eine kleine Orientierung über den Aufbau der Soziologie als akademischer Disziplin gegeben werden. Eine nützliche erste Gliederung unterscheidet die fünf Bereiche Soziologische Theorien, die Empirische Sozialforschung, die sogenannten Bindestrichsoziologien, die Zeitdiagnosen und die Sozialberichterstattung:

#### I. Soziologie als Theorie, Theorien in der Soziologie

Wie jede Wissenschaft geht es in der Soziologie auch darum, anders als beispielsweise im Journalismus, über beliebige Einzelfälle hinweg Generalisierungen vorzunehmen. Dies geschieht dadurch, dass einzelne Aspekte und Befunde dazu dienen, ein Theoriegebäude zu entwerfen oder sie dienen dazu, eine bestehende Theorie zu stützen.

Wichtige Schlüsseltheorien der allgemeinen Soziologie sind

- Makrotheorien, welche die gesamte Gesellschaft in den Blick nehmen und von oben nach unten schauen, beispielsweise der Marxismus oder die Systemtheorie
- Mikrotheorien, die vom Individuum ausgehen; z.B. Theorien der rationalen Wahl und Austauschtheorien, die aus der Ökonomie importiert werden oder aber genuin soziologische Handlungstheorien wie der symbolische Interaktionismus
- Theorien, die einen ausdrücklichen Brückenschlag zwischen diesen beiden Ebenen („Verbindungstheorien“) anstreben, z.B. von Anthony Giddens oder Pierre Bourdieu sowie im deutschen Sprachraum von Andreas Reckwitz, die aktuell unter dem Etikett „Praxistheorien“ gehandelt werden.

Die Soziologie ist weit von einem Zustand entfernt, dass man sich auf eine Theorierichtung geeignet hätte. Man spricht daher auch davon, dass die Soziologie eine „Multiparadigma-Wissenschaft“ sei. Auch die Bewertung dieses Sachverhalts ist kontrovers. Halten die einen diesen Zustand für den Ausdruck

einer noch gering entwickelten Wissenschaft, sehen die anderen darin einen Vorteil.

## II. Empirische Sozialforschung

Dieser Zweig der Soziologie befasst sich mit der Frage, welche Daten wie zu erheben und wie auszuwerten sind, um Aussagen über Gruppen, Organisationen und Schichten treffen zu können. Lange Zeit galt die standardisierte Umfrage (schriftlich, mündlich) als der Königsweg – mittlerweile verfügt man über ein sehr breites Spektrum an Erhebungsverfahren: vom kontrollierten Experiment im Labor über sogenannte Feldexperimente bis hin zu den Auseinandersetzungen mit Artefakten wie Büchern oder Mülltonnen und die Beobachtung von Verhalten im Feld, insbesondere auch im Internet und sozialen Netzwerken, reicht das Spektrum. Twitter, Social Media und Big Data sind in diesem Zusammenhang wichtige neue Erkenntnisquellen.

Die Auswertung wiederum umschließt von der qualitativen Einzelfallanalyse über die statistische Berechnung in Form von Korrelationen bis hin zu komplexen Simulationsmodellen ein weites und anspruchsvolles Feld. Wichtig ist, dass die Qualität dieser sehr ausgearbeiteten Verfahren natürlich eng verknüpft ist mit theoretischen Ansätzen und Wissen über das zu erforschende Feld. Methoden sind kein Selbstzweck!

## III. Bindestrichsoziologien/Spezialsoziologien

Die Bindestrichsoziologien befassen sich mit ausgewählten Aspekten der sozialen Realität und verwenden dazu die Empirie und die Theorie. Beispiele für wichtige und prominente Bindestrichsoziologien sind die Soziologie sozialer Ungleichheit, die Jugendsoziologie, die politische Soziologie

Arbeitsaufgabe: Fünf Bindestrichsoziologien erfinden und überlegen, was hier wohl reflektiert und geforscht wird!

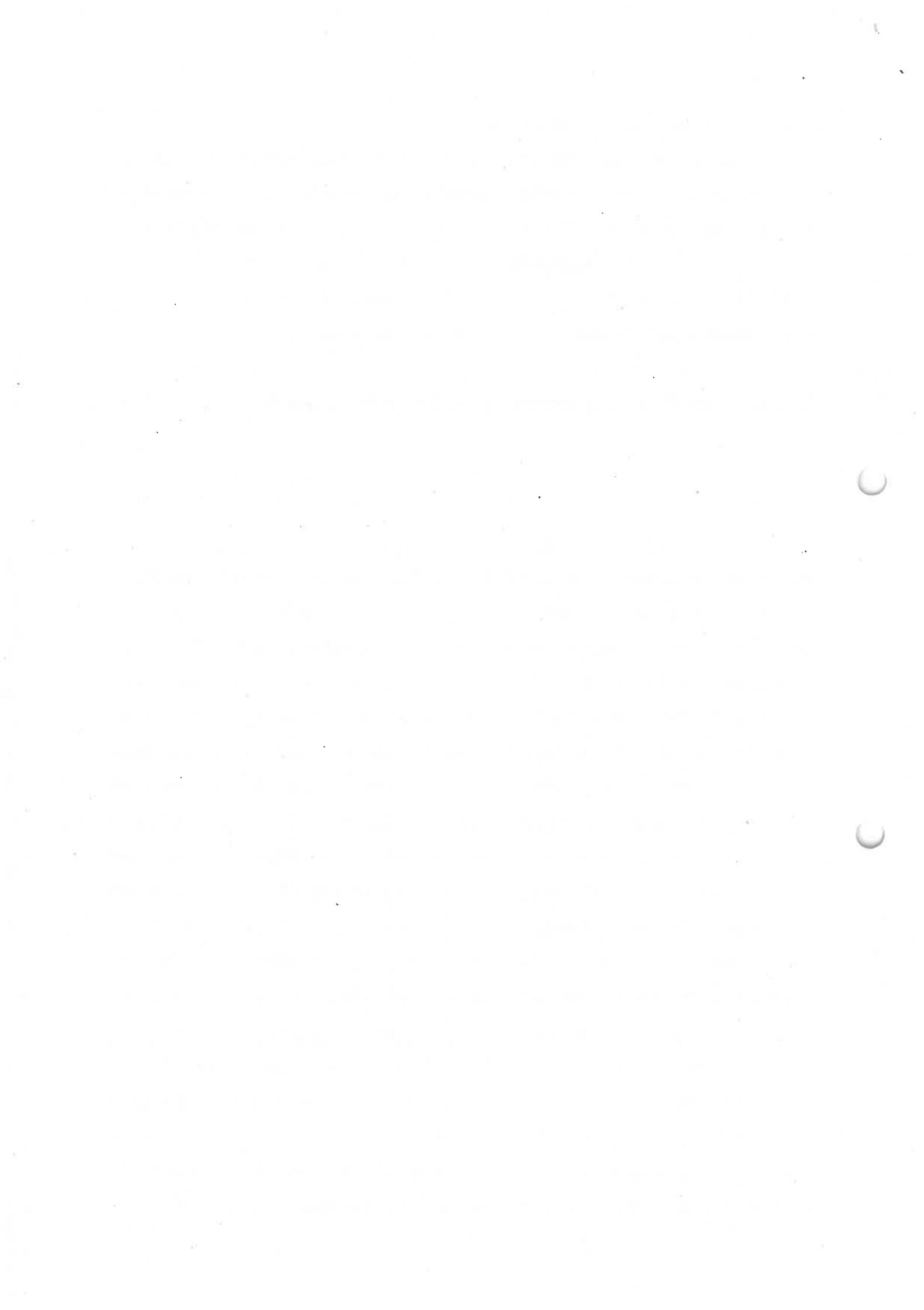
#### IV. Zeitdiagnose/Gesellschaftstheorie

Diese Richtung, eng verwandt mit der Sozialphilosophie, bemüht sich um eine Interpretation des sozialen Wandels. Zeitdiagnosen versuchen die gesellschaftliche Lage als solche auf den Begriff zu bringen, oftmals gehen sie von einem Merkmal aus, das die ganze Gesellschaftsformation prägen soll, z.B. aktuell die „Informationsgesellschaft“, die „Netzwerkgesellschaft“, die „Externalisierungsgesellschaft“ und die „radikalisierte Gesellschaft“.

Arbeitsaufgabe: Welche allgemeinen Kennzeichnungen von Gesellschaft kennen Sie?

#### V. Sozialberichterstattung

Eine etwas nüchternere Form, in welcher die Soziologie und verwandte Disziplinen die Gesellschaft über ihren Zustand informieren, ist die Sozialberichterstattung. Sie stellt auch einen wichtigen Arbeitsbereich der Sozialen Arbeit, z.B. auf der kommunalen Ebene, dar. Hier geht es darum, die einzelnen Felder und Bereiche der Gesellschaft für die Politik, die Verwaltung und die Allgemeinheit anhand wichtiger objektiver und subjektiver Kennziffern aufzuarbeiten und Trends zu dokumentieren. Diese Sozialberichterstattung wird mittlerweile sehr intensiv betrieben, und zwar nicht nur auf der nationalen Ebene, sondern auch auf Länderebene, teilweise bis hinunter auf die Ebene von Landkreisen und Kommunen. Wichtige Beispiele sind der Armuts- und Reichtumsbericht, die Kinder- und Jugend- sowie Familienberichte (gerade erschienen ist beispielweise der umfangreiche 15. Kinder- und Jugendbericht). Ein übergreifendes Dokument der Sozialberichterstattung ist der gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und dem Wissenschaftszentrum Berlin herausgegebene Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band 1 und 2. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die oftmals zitierte Glücksforschung ebenfalls hier ihren Ort hat, weil sich auch das Wohlbefinden statistisch messen lässt und z.B. in Zusammenhang gebracht werden kann mit Aspekten der politischen Verfassung eines Landes, der Rate der Arbeitslosigkeit oder auch dem persönlichen Einkommen. s. dazu den World Happiness Report 2017!



## Homo socialis – die empirischen Belege und Hintergründe

Kirschner, Sebastian. (2013). Teilen bringt Vorteil. *Max Planck Forschung*(3), 18-24.

### Teaser

„Meins!“ Eltern kann dieser Ausruf ihrer Sprösslinge zur Verzweiflung treiben. Michael Tomasello vom Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig ist nichtsdestotrotz davon überzeugt, dass Kinder von Geburt an kooperativ und hilfsbereit sind. Im Gegensatz zu unseren nächsten Verwandten, den Menschenaffen, denen die Fähigkeit zur Zusammenarbeit fehlt.

S. 24: Auf den Punkt gebracht

In „A Natural History of Human Thinking“ erklärt Tomasello, dass die spezifischen menschlichen Eigenschaften entstanden, als sich die Umweltbedingungen in Afrika änderten. ~~Die~~ Vorfahren des homo sapiens konnten nur durch Zusammenarbeit bei der Nahrungssuche überleben. Ganz im Gegensatz zu den Primaten, die sich in der Regel alleine auf Futtersuche begeben. Zwar weichen die Schimpansen hier etwas ab, aber sie teilen die Beute nicht in systematischer Art und Weise.

Tomasello leitet dies aus Studien am Zoo Leipzig ab, nach denen zwei Schimpansen nicht kooperieren, sobald die Belohnung auf einem Haufen in der Mitte liegt, weil dann nämlich der dominante Affe sich alles greift, das untergeordnete Tier leer ausgeht und dann auch nicht mehr kooperiert.

Demgegenüber schließt Tomasello, dass schon im Falle der letzten gemeinsamen Vorfahren von modernem Menschen und Neandertaler vor über 500.000 Jahren der Erfolg der Generationen lang vom guten verlässlichen Partnern und einer guten Koordination abhängt. So nennt er auch sein evolutionäres Szenario „Interdependenz-Hypothese“. Die lebensnotwendige kreative Narrative suchen bildet demnach ~~die~~ evolutionäre Wurzel für zahlreiche Verhaltensmuster, den Enthusiasmus beim

**Verfolgten gemeinsamer Ziele:** unsere Bereitschaft, Wissen weiterzugeben; den Impuls, Notleidenden zu helfen oder die Tendenz, Ressourcen gerecht aufzuteilen.

**Der Link zwischen Evolutionstheorie und Entwicklungspychologie besteht darin, dass genau diese Verhaltensmuster auch schon bei Kindern beobachtet werden können.**

Während Kinder den Umgang mit Regeln und Normen erst im mit vier Jahren erlernen, indem sie dann beispielsweise heftig bei Verstößen protestieren, sind sie dennoch schon viel früher kooperativ und hilfsbereit. Nach Tomasello sind die Kids hilfsbereit, kooperativ etc.

So konnten er und sein Forschungsteam zeigen, dass Kleinkindern anderen helfen wollen: sie räumen Hindernisse aus dem Weg, heben heruntergefallene Stifte auf oder zeigen auf gesuchte Gegenstände. Die Frage lautet dann: Warum haben schon Zweijährige dieses Ansinnen? Fühlen sie mit? Oder ist es nur eine Art „soziale Erwünschtheit“?

Zusammengefasst, auf einen Blick:

Schon Säuglinge teilen bereitwillig und verhalten sich anderen gegenüber hilfsbereit  
**Offenbar besitzt der Mensch eine angeborene Neigung zur Kooperation**  
 Die heute bei Kleinkindern sichtbaren Formen von Zusammenarbeit sind vermutlich ein Abbild der frühesten kollektiven Aktivitäten der Menschheitsgeschichte: Vor über 500.000 Jahren sicherte eine effektive Zusammenarbeit bei der Nahrungssuche das Überleben und gab den entscheidenden Anstoß zur Entwicklung der einzigen geistigen Fähigkeiten und des inneren Antriebs des Menschen.

Ab dem vierten Lebensjahr entwickeln Kinder ein Gefühl für die soziale Gruppe und übernehmen schrittweise die moralischen Werte ihrer Kultur. **Der moderne Mensch entwickelt wahrscheinlich soziale Normen, um die Herausforderungen im komplexerer Gesellschaftsstrukturen zu meistern**.

C

C

[http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/michael-tomasello-im-gespraech-im-tiefsten-sinne-sind-wir-soziale-wesen-11538645.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/michael-tomasello-im-gespraech-im-tiefsten-sinne-sind-wir-soziale-wesen-11538645.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

### Michael Tomasello im Gespräch Im tiefsten Sinne sind wir soziale Wesen

Wie eigentlich kommen Menschen im Gegensatz zu ihren nächsten Verwandten im Tierreich auf die Spur kultureller Evolution: Ein Gespräch mit Michael Tomasello, Direktor am Leipziger Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie.

23.11.2011

Herr Professor Tomasello, Ihre Forschungsarbeit mit Affen und Kindern widmet sich der Frage, was uns Menschen gegenüber unseren nächsten Verwandten im Tierreich auszeichnet. Was es also ist, das uns Menschen auf die Spur einer rasantan kulturellen Evolution brachte, während diese Verwandten mehr oder weniger in den engen Grenzen langsam Adaptationen blieben. Als Sie 1999 Ihr Buch über die "Kulturellen Ursprünge des menschlichen Denkens" veröffentlichten, glaubten Sie, den entscheidenden Punkt schon gefunden zu haben. Die These lautete: Wir können die Intentionen anderer lesen; beobachteten also Mindreading; die Affen können es nicht. Aber das war ein zu einfaches Bild. Wieso mussten Sie diese Auffassung verfeinern?

Der Grundriss des Entwurfs ist immer noch derselbe. Es geht tatsächlich um eine Verfeinerung. Notwendig wurde sie durch empirische Entdeckungen. Diese zeigten, dass die großen Affen durchaus Mindreading, das Verstehen von Intentionen, beherrschen: Sie wissen, was die anderen sehen, was ihre Absichten sind. Aber auch wenn sie das alles können, so handelt doch ein großer Teil meines Buchs über Dinge wie gemeinsame Erwartungen oder linguistische Überzeugungen - und die beherrschen sie nicht.

Schimpansen sind gut im Mindreading, wenn es um Konkurrenz geht, etwa anderen Nahrung wegzuclaimen oder sich bei der Paarung durchzusetzen. Aber wenn es um Kooperation geht, sind sie mit ihrem Mindreading zu Ende. Ursprünglich hatte ich angenommen, dass das Verstehen von Intentionen auch bedeutet, dass man mit den anderen gewisse Dinge teilen möchte. Doch das war nicht der Fall. Nun kann sich das Vorstellen der Intentionen eben auch zum Teil richten, um sich in der Konkurrenz zu anderen einen Vorteil zu sichern.

### Was wir immerhin auch gerne tun ...

Ja, aber wir Menschen machen es uns in der einen wie in der anderen Weise zunutze. Es fehlt noch das, was uns zu gemeinsamen Erwartungen, zu linguistischen Konventionen und sozialen Normen bringt. Und so begannen wir nach verschiedenen Typen von Kooperation Ausschau zu halten. Wir machten eine Reihe von Experimenten, die zeigen, dass Kinder bei Kooperationen sehr viel besser abschneiden als Schimpansen und andere große Affen.

Wir überarbeiteten die ursprüngliche These unter der Perspektive der Kooperation. Zusammenarbeit ist demnach, was unsere Beziehungen grundsätzlich charakterisiert, vor allem wenn es um Unterweisung und die Einübung von sozialen Normen zwischen Erwachsenen und Kindern geht - beide sind für die Beschleunigung der kulturellen Evolution wichtig.

Das bringt uns direkt zu Ihren letzten Buch, "Warum wir kooperieren". Dessen Grundthese ist, dass wir von Natur aus kooperativ in diesem elementaren Sinn sind, also einander direkt oder durch Hinweise helfen, durch Teilen von Ressourcen oder auch von Informationen. Ist das Ihre Antwort auf die gern gestellte Frage, ob und wie der Altruismus in die Welt kommt?

Alles über den Altruismus mag ganz interessant sein, aber der wirkliche Schlüssel ist die Zusammenarbeit, das gemeinsame Lösen von Problemen, insbesondere bei der Nahrungssuche. Alle großen Affen, alle Primaten, besorgen sich die Nahrung selbst. Sie mögen sich in Gruppen bewegen, aber die Nahrung beschafft sich jeder einzelne. Es gibt da nur eine Ausnahme: die gemeinsame Jagd auf kleine Affen bei Schimpansen.

...

Diesen Aspekt des Gemeinsamen hat der Leipziger evolutionäre Anthropologe und Entwicklungspsychologe stetig weiter ausgearbeitet:  
Neue Originalliteratur dazu:

०

०

Tomasello, Michael. (2016). *Eine Naturgeschichte der menschlichen Moral*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Klappentext:

Die Evolution des menschlichen Moralbewußtseins gehört zu den großen Rätseln der Wissenschaft. Es hat die Phantasie von Generationen von Forschern beflügelt, zahlreiche Theorien liegen auf dem Tisch, aber die Frage: „Woher kommt die Moral?“ ist nach wie vor offen. In Fortschreibung seiner faszinierenden Naturgeschichte des Menschen legt nun Michael Tomasello eine Antwort vor.

Gestützt auf jahrzehntelange empirische Forschungen rekonstruiert er die Entstehung des einzigartigen menschlichen Sinns für Werte und Normen als eine zweistufigen Prozeß. Dieser beginnt vor einigen hunderttausend Jahren, als die frühen Menschen gemeinsame Sache machen mußten, um zu überleben: und er endet beim modernen, ultrakooperativen homo sapiens, der beides besitzt: seine Moralität der zweiten Person, die unseren Umgang mit dem je einzelnen Gegenüber prägt, und eine gruppenbezogene ‚objektive‘ Moral, die sagt, was hier bei ‚uns‘ als gut oder gerecht gilt.

**Die Einzlexperimente können auf der homepage des Autors nachgelesen werden  
(Auswahl!)**

Some recent publications (downloadable):

Engelmann, J. M., Herrmann, E., Rapp, D., & Tomasello, M. (2016). Young children (sometimes) do the right thing even when their peers do not. *Cognitive Development*, 39, 86-92. [\[pdf\]](#)

Schmidt, M. F. H., Rakoczy, H., Mietzsch, T., & Tomasello, M. (2016). Young children understand the role of agreement in establishing arbitrary norms – but unanimity is key. *Child Development*, 87(2), 612-626. [\[pdf\]](#)

Schmidt, M. F. H., Svettlova, M., Johé, J., & Tomasello, M. (2016). Children's developing understanding of legitimate reasons for allocating resources unequally. *Cognitive Development*, 37, 42-52. [\[pdf\]](#)

Vaish, A., Herrmann, E., Markmann, C., & Tomasello, M. (2016). Preschoolers value those who sanction non-cooperators. *Cognition*, 153, 43-51. [\[pdf\]](#)

Vogelsang, M., & Tomasello, M. (2016). Giving is nicer than taking: Preschoolers reciprocate based on the social intentions of the distributor. *PLoS One*, 11(1): e0147539. [\[pdf\]](#)

Zeidler, H., Herrmann, E., Haun, D. B. M., & Tomasello, M. (2016). Taking turns or not? Children's approach to limited resource problems in three different cultures. *Child Development*, 87(3), 677-688. [\[pdf\]](#)



## Menschenbilder

↳ Neg. und Pos. Menschenbilder

Durch Gesell. Institutionen verändert sich ein Menschenbild

Fs gibt Eigenschaften die uns von Primaten unterscheiden:

- Kooperativität
- Hilfsbereitschaft
- Teilen von Ressourcen
- Einfühlungsvermögen „Mindreading“

## Interdependenz-Hypothese

↳ Lebensbed. in der Savanne, mussten zusammenarbeiten. Dies war lebensnotwendig um das Überleben zu sichern

Mindreading = Ich kann mich in den anderen hineinversetzen.

Die gemeinsame Problemlösung steht im Vordergrund.

⇒ Wir haben alle ein Ziel

Klausur Tomasello, Grundannahme / Aussage

## Abweichendes Verhalten:

Alle Verhaltensweisen, die gegen in einer Gesellschaft oder in einer ihrer Teilgruppen geltenden sozialen Normen verstossen.

Und im Falle der Entdeckung soziale Reaktionen hervorrufen.

## Soziale Reaktionen

- ↳ Bestrafung für abweichendes Verhalten
- ↳ Isolierung von anderen
- ↳ Behandlung des Normübertreters

## Abweichendes Verhalten Beispiele

- ↳ Einkommenssteuererklärung nicht abgeben
- ↳ Doping
- ↳ Missachtung der Verkehrsregeln
- ↳ Versäumnis seinen Nachbarn zu grüßen

Es gibt Normen die gelten für jeden.

Es gibt Normen die gelten nur in spezifischen Teilgruppen.

- ↳ Taboos
- ↳ Qualifikationszeiten im Sport
- ↳ Religion ( $\Rightarrow$  kein Schweinefleisch)

Um sicher zu gehen, dass diese Normen eingehalten werden gibt es Kontrollinstanzen  
 $\Rightarrow$  Bsp: Ausdrücklich von Außen

Bei guter Kontrolle, verlagert sich eine Außenkontrolle von nach Innen.

### Externe - Interne - Kontrolle

Soziale Kontrolle erstreckt sich auf Verhalten

⇒ Hat Auswirkungen auf Verhalten, Gedanken, Gefühle.

⇒ Kontrolle findet im Alltag statt

⇒ Innerhalb von Institutionen

⇒ Instanz "Recht" (formalisiert)

↳ Erzwingungsstab

↳ Gerichte / Polizei

### Gesellschaftlich Relevantes Abweichendes Verh.

↳ Kriminalität

↳ Drogen

↳ Psych. Krankheit

↳ Suicid

↳ Homosexualität

Abweichendes Verhalten abhängig von sozialen Strukturen

↳ Drogen in den Niederlanden

## Normen

Wir sind in unserem Verhalten „Norm gebunden“  
Soziale Strukturen sind mit bestimmten  
Verhalten vorstrukturiert.

Normen sind vom Menschen festgelegt.

Normen sind auf Dauerhaftigkeit ausgelegt.

Bsp.: für die Festlegung von Normen

⇒ Einigung über relevante Dinge (Ampelfarbe)

⇒ Alter

⇒ Sterben (Urne der Eltern darf nicht mit Nachhause genommen werden)

jeder Mensch, kulturell gesehen wird anders  
damit umgegangen ⇒ Beerdigungen

Universal-Norm

↳ Eltern kümmern sich um die Kinder

↳ Inzesttabu

Normen sind höchst variabel, Aushandlungsgegenstand

Soziale Plastizität des Menschen

↳ Mensch kann sich an Normen anpassen

↳ Mensch ist enorm einfallsreich bei der  
Normen's Kreierung

Normverdeutlichung bei abweichendem Verhalten

↳ Bsp.: Bei Rot über die Ampel und es kommt zu einem Unfall ⇒ Norm wird bestätigt

Wie binden soziale Normen?

↳ Ein Kind muss abends früh ins Bett gehen

↳ etc.

⇒ Gemeinsamkeit: Typisierung von Gegebenheiten

⇒ Unabhängig von Personen

Individuelle Relevanzen werden beschränkt

⇒ in best. Situationen darf ich das tun & das nicht.

### Personen & Personenkreise

↳ Ein Kind muss abends früh ins Bett  
(nicht alle Personen)

Normadressat - Vater

↳ Früh = Ernährer der Familie

↳ Heute = Miterzieher der Kinder

### Mehrere Rollen

- Vater

- Betriebsrat

usw.

⇒ Rollenkonflikte

→ Inter-Rollenkonflikte

Bsp.: Familienzeit // Arbeitszeit

→ Intra-Rollenkonflikt

Bsp.: Trainer einer Mannschaft, wollen aufsteigen. Deshalb dürfen nur die

guten spielen. Meine Innen Norm sagt aber „jeder“ soll spielen.

## Leistungsnorm // Gerechtigkeits norm

③.

Soziale Normen sind tradierbar

⇒ Jeder Erziehung hat das Ziel versch. Normen einer Generation weitergeben

Bsp.: Das Familienunternehmen muss in der Familie bleiben.

→ Trifft nicht auf jede Norm zu, evtl. werden andere Normen mitgenommen.

Eine „Übernahme“ bestimmter Normen kann nur dann erfolgen wenn ein Kind Erwartungen gerecht werden soll.

Internalisierungen von Normen

Soll - Ansprüche von Außen sollen verinnerlicht werden. (Selbstverständlichkeit vor innen)

Sitten

Um Gesellschaftliches zusammenleben zu gewährleisten wurden „Normen“ entwickelt

Normen müssen erkennbar adressiert sein

⇒ Ich muss erkennen, was von mir erwartet wird

⇒ Typisierung & Generalisierung

Soziale Kontrolle & Sanktionen

Norma = Richtschnur

Normen sind Standards, anhand derer  
Menschliches Verhalten als abweichend  
oder konform bewertet wird.

Bsp.: Trauern oder nicht Trauern

↳ Durch Änderungen von „Normen“  
weiche ich der Norm ab.

DSM-4 ≠ DSM-5

Durch die def. einer Norm setze ich  
den Spielraum von Abweichungen.

Werte

Unter Werte versteht man, die allg. Grundprinzipien der Handlungsorientierung und der Ausführung bestimmter Handlungen.

Werte sind Vorstellungen von Wünschenswerten.

Die in einer Gesellschaft vorherrschenden Werte  
Sind eine Blaupause der Kultur

Bsp.:

Freiheit, Gleichheit (abstrakte Werte)  
umgesetzt in Normen „jeder soll“

Kulturen unterscheiden sich in der Wertform

Toleranz (Wert)  $\Rightarrow$  Abstrakt

$\hookrightarrow$  keine Ausgrenzung (Norm)  $\Rightarrow$  konkrete Umsetzung



Derzeitiger Wertewandel in der Bevölkerung

$\hookrightarrow$  Umorientierung zur Post-Materialisierung  
 $\uparrow$   
„nach“

Materialistische Werte

$\hookrightarrow$  60er Jahre „Sicherheiten“

Post-Materialistische Werte

$\hookrightarrow$  Selbsterwirklichung

Betrifft den Wandel am der Erwerbstätigkeit bedeutlichen

$\hookrightarrow$  Früher: arbeiten um Geld zu verdienen

$\hookrightarrow$  Konsum satt werden

$\hookrightarrow$  Heute: Arbeiten um sich im Beruf zu finden  
„Erfüllung“ „Ich arbeite um etwas zu erreichen“

Werteverlust stimmt nicht P

$\hookrightarrow$  Werte haben sich verschoben

Klausur

# Trolle unter Kontrolle!

Sicherheit und Umweltschutz, Infrastruktur und Internet – wenn Gemeinschaftsgüter ihren Segen entfalten sollen, müssen sich alle an Regeln halten. **Fabian Winter** vom Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn untersucht die Bedingungen dafür. Und liefert überraschende Belege für politische Eingriffe in die sozialen Medien.

TEXT MARTIN TSCHECHNE

**S**tehen drei Männer auf dem Bahnsteig. Einer hat seinen Kaffee ausgetrunken und wirft den Pappbecher nun achtlos auf den Boden. Wie verhält sich der Zweite, der nebenan auf seinen Zug wartet? Der Soziologe Fabian Winter hat das Ganze inszeniert. Der Becherwerfer ist ein Mitarbeiter seines Teams; Winter besetzt die Rolle immer wieder neu: Mal ist es einer, der sich in seinem Äußeren möglichst wenig von der Mehrzahl der Menschen in Köln oder Bad Godesberg unterscheidet, mal einer mit eher dunklem Teint und dunklen Haaren, erkennbar vielleicht als Türke oder Syrer. Ein Dritter hat sich unter die Wartenden gemischt, um zu registrieren, was geschieht. Zu beobachten ist: Wer reagiert auf die Verletzung der Regeln? Und wie?

Der Soziologe, Leiter einer Max-Planck-Forschungsgruppe am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn, hat schon viele Kaffeebecher werfen lassen. Hat gestaunt über den Befund, dass etwa jeder zehnte Einheimische anspringt, wenn einer die Regeln verletzt, den er für seinesgleichen hält – aber rund doppelt so viele, wenn es ein

Ausländer zu sein scheint, der seinen Müll einfach fallen lässt. Und dass, umgekehrt, nur sehr wenige Menschen aus Südeuropa oder dem Nahen Osten ihren Unmut gegenüber einem blonden und hellhäutigen Regelbrecher äußern. Strenger schon sind sie mit denen, die sie als ebenfalls fremd in Deutschland wahrnehmen.

## DEUTSCHES AUSSEHEN SCHÜTZT VOR TADEL

„Mein großes Interesse sind soziale Normen“, sagt Winter. „Unter welchen Umständen wandeln sie sich? Wann bleiben sie gleich? Das schaue ich mir an.“ Für die höchst unterschiedlichen Reaktionen auf einen weggeworfenen Kaffeebecher hat der Soziologe viele Möglichkeiten der Deutung parat – vom Bedürfnis, die eigene Umgebung gegenüber Fremden zu verteidigen, bis zur Furcht vor Auseinandersetzung in einer vielleicht nur mühsam beherrschten Sprache. Von der Sorge, ein Ausreißer aus der eigenen Gruppe könnte dem eigenen Ansehen schaden, über wohlgezogenen Respekt bis hin zum Gefühl einer Verantwortung, die sich in der Fremde auch auf Landsleute ausdehnt.

Die Befunde lassen sich leicht und immer wieder bestätigen. Und doch wehen den Forscher bisweilen auch Zweifel an seiner scheinbar schlichten Feldstudie an. „Ich denke, dahinter steckt ein sehr sensibles Thema“, sagt Winter und verweist auf die verbreitete Meinung, ethnische Diversität vergrößere die Probleme im gesellschaftlichen Miteinander. Wachsamkeit gegenüber anderen lässt nach, das Gefühl von Zuständigkeit schwindet, Normen und Regeln verlieren ihre Verbindlichkeit. Winters empirische Daten sprechen eine andere Sprache: „Wer ungern davonkommt, das sind vor allem die Deutschen. Ausländer werden häufiger auf eine Verfehlung angesprochen, sowohl von Einheimischen als auch von ihresgleichen.“ Wenn es ein Ziel ist, möglichst viele Normenverstöße zu sanktionieren, also die Aufmerksamkeit im Alltag zu fördern, dann sollte die Gesellschaft eher noch heterogener sein, als wir sie jetzt schon haben.“

Das ist das Kreuz mit den Gemeinschaftsgütern, mit Klima, Wasser und Infrastruktur, mit Netzwerken, freiem Handel und innerer Sicherheit: Jeder kann daran teilhaben, aber nicht jeder muss dazu beisteuern. Straßenlaternen



Im Schutz der Anonymität: Menschen äußern sich in sozialen Medien wie Facebook oft hemmungsloser als in der Öffentlichkeit. Soziologen untersuchen, welche Rahmenbedingungen Hass und Hetze im Netz fördern oder bremsen.



Soziale Kontrolle im Test: Fabian Winter (im Hintergrund) beobachtet, wie Nebenstehende reagieren, wenn ein Mitglied seines Teams im Bahnhof einen leeren Kaffebecher auf den Boden wirft. Auffällig ist, dass ausländisch Aussehende besonders oft gerügt werden.

leuchten auch für den, der keine Steuern zahlt. Fabian Winter spricht von Nicht-Ausschließbarkeit – und rät, einfach mal einen Blick in die Zeitung zu werfen. Der Streit um Klimaschutz und das Elend der Flüchtenden. Die ständig aufgestockten Attacken eines Donald Trump gegen das Wirtschafts- und Wertesystem des Westens. Polen, Ungarn, der Brexit, die Türkei. Der Gipfel der G20-Industrienationen in Hamburg hat eine lang anhaltende Debatte darüber befeuert, welche Objekte, Menschen oder Wohngegenden legitime Ziele der Gewalt seien. Parkende Autos, Polizisten oder das schicke Quartier Pölsdorf – Winter ist in Hamburg aufgewachsen; er kann da mitreden. Und in Berlin hefteten Nachbarn kleine Zettel an Bäume und in Hausflure, um ihre Gedanken zum Kiezleben kundzutun – aber niemand konnte sagen, wo zwischen „Huhu, wir planen hier eine Hausgeburt. Könnte ein bisschen lauter

werden“ und „Hängt euch doch selber auf, ihr Scheiß-Schwaben“ die Grenze zwischen schlafloser Verzweiflung und spöttischem Jokus verlief. Manche freuen sich, wenn sie ein bisschen Unfrieden stiften können.

#### GLOBALISIERUNG SCHAFFT MEHR GEMEINSCHAFTSGÜTER

##### *Common goods*

„Jeder profitiert“, fasst der Forscher also zusammen, „aber nicht jeder muss mitmachen.“ Seit zwei Jahren genießt er es sehr, wenn sich die Kollegen seines Instituts jeden Montag für den ganzen Tag in der alten Villa am Ufer des Rheins versammeln, Ökonomen und Juristen, Soziologen, Psychologen, Informatiker und Politikwissenschaftler, manchmal mit Gästen, um in einem kleinen Symposium abzustecken, wo sich ihre Kenntnisse und Kompetenzen überlappen und ergänzen. Wer etwas zu berichten hat, hält einen Vortrag. Auch

Wissen, so hatte es bereits die 2009 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Politologin Elinor Ostrom gesagt, kann ein Gemeinschaftsgut sein. Es vergrößert sich durch Teilen.

Natürlich treten bei den montäglichen Treffen auch Differenzen zwischen den wissenschaftlichen Positionen zutage. Wie weit geht Gemeinschaft? Wie frei ist die Teilhabe? Vom Standpunkt der Ökonomen her gesehen, erläutert der Soziologe Winter, zähle etwa auch das Arbeitslosen- und Sozialhilfeprogramm Hartz IV zu den Gemeinschaftsgütern: Jeder trägt mit seinen Steuerzahlungen dazu bei, und so gut wie jedem steht es im Notfall zur Verfügung. Er selbst sieht das ein wenig anders: Wer Hartz IV in Anspruch nimmt, der werde damit an den Rand der Gesellschaft gestellt und stigmatisiert. „Das sind die Fragen, die eher in der Soziologie verhandelt werden.“

Solche Widersprüche sind es, die ihn anlocken. Ränder und Übergänge, an denen das Terrain unsicher wird und Konflikte zutage treten – und das beileibe nicht nur zwischen den Disziplinen der Wissenschaft. Während etwa beim Hamburger G20-Gipfel eine erregte Öffentlichkeit lautstark darüber stritt, wie viele Einsatzkräfte es braucht, um parkende Autos vor dem Schwarzen Block zu schützen, gingen viele weiter reichende Probleme im Getöse unter. Wieder einmal. Warum ist es ein so zähes Unterfangen, die Industrieländer im Kampf gegen CO<sub>2</sub> und Erderwärmung zu vereinen? Wie lässt sich ein Handel organisieren, der allen ihren Gewinn bringt? Was bedeutet es, wenn öffentliche Krankenhäuser privatisiert werden, vielleicht auch Wasserwerke oder Teilstücke der Autobahn? „Es wird nicht nur Wohlstand geschaffen“, fasst Fabian Winter zusammen, „sondern immer mehr auch Ungleichheit.“

Was vor ein, zwei Generationen noch eine Utopie war, ist längst von der

Planung eingeholt. Der Austausch findet auf sämtlichen Ebenen statt, nicht nur lokal, sondern auch regional, national, kontinental und global. In Echtzeit. Und selbst wenn Ziele noch im Nachhinein definiert werden müssen, wenn immer wieder Rückschläge, Machtgegangel und Korruption den Prozess erschweren – die Konzepte sind da, häufig auch die Mittel, die Institutionen. Europa ist eine Realität, wenn auch eine knirschende und ätzende. Sogar die erklärten Gegner der Globalisierung zeigen sich erstaunlich weltoffen: Bis aus Griechenland und Spanien strömten sie im Juli zum Gipfel der G20 nach Hamburg. Sie werden auch zum nächsten Gipfel reisen, mehr oder minder gewaltbereit, um ihren Dissens zu demonstrieren. Das Spektrum der Gemeinschaftsgüter ist riesig und expandiert. Woran hapert es?

Fabian Winter nähert sich einer Antwort über den Weg der überprüfbaren Fakten. Die Kollegen aus den Wirtschaftswissenschaften, damals noch in Jena, haben ihn mit ihren empirischen Studien und Simulationen den ökonomischen Blick gelehrt. Der Forscher spricht von „experimenteller Soziologie“, weiß auch um frühe Vorläufer aus der Sozialpsychologie. Wissen vergrößert sich nun mal durch Teilen.

„Ich gebe Ihnen zehn Euro“, beschreibt er also die Grundform eines Spiels aus der Verhaltensökonomik, in dem er Wohlstand und Gerechtigkeit immer wieder zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht hat, „unter der Bedingung, dass Sie einem Mitspieler von dem Betrag etwas abgeben. Akzeptiert dieser Ihr Angebot, können Sie beide das Geld behalten; lehnt er es ab, bekommt keiner etwas.“

Wie viel eigenen Verlust nimmt ein Gegenüber nun hin, um dem Geber ein unfares Geschäft zu verderben? Nur einen Euro anzubieten, wäre da riskant. Aber wer besitzt schon die Demut, Größe oder Dummheit, mit dem Geld-



Gemeinschaftsgefühl entscheidet: Fabian Winter lässt Testpersonen am Computer die Wahl, wie sie zehn Euro mit einer anderen Person teilen. Schon ein Foto des virtuellen Gegenübers veranlasst Probanden, sich freigiebiger zu zeigen.

schein in der Hand gleich fifty-fifty vorzuschlagen? Winter hat das Experiment vielfach variiert – mit Menschen, die einander in die Augen sahen, und solchen, die nichts voneinander wussten. Mit Männern und Frauen, Studenten,

Kindern und Senioren, mit oder ohne die Möglichkeit, dem anderen hinterher die Meinung zu sagen. Die Resultate bestätigten natürlich immer wieder, dass zuerst Gemeinschaft da sein muss, um die Idee des Gemeinschaftsguts als

Chance zu erkennen und zu nutzen. Und sei die Dosierung noch so bescheiden: Schon ein Foto seines Gegenübers genügte, um den Anbieter im ungleichen Geschäft ein wenig kooperativer zu stimmen.

Und dann das weltweite Netz, in dem jeder jedem begegnen und dabei gänzlich unerkannt bleiben kann. In dem jeder Angriff seinen Applaus findet und keiner jemals Rechenschaft schuldet. In dem Hetzer, Pöbler und Stalker ungehindert Drohungen und Verleumdungen verbreiten, Terroristen ihre Anschläge verabreden und schließlich das Signal zum Angriff geben – ein Gemeinschaftsgut, das jede Grenze der Überschaubarkeit sprengt und damit jede Zuständigkeit und Verantwortung aushebelt. „Ganz so ist es nicht“, wirft Winter ein und erklärt: Viele Foren oder Blogs legen Bedingungen fest, unter

denen der Zutritt gewährt wird, und sanktionieren Fälle von Verletzung. Facebook, Twitter, Youtube oder das Karriereportal Xing achten auf Einhaltung ihrer Regeln und schließen Nutzer aus, die Diffamierung und Beleidigung tolerieren, Pornografie verbreiten oder offen zur Gewalt aufrufen.

### HASS UND HETZE LASSEN SICH EINDÄMMEN *Zuhause*

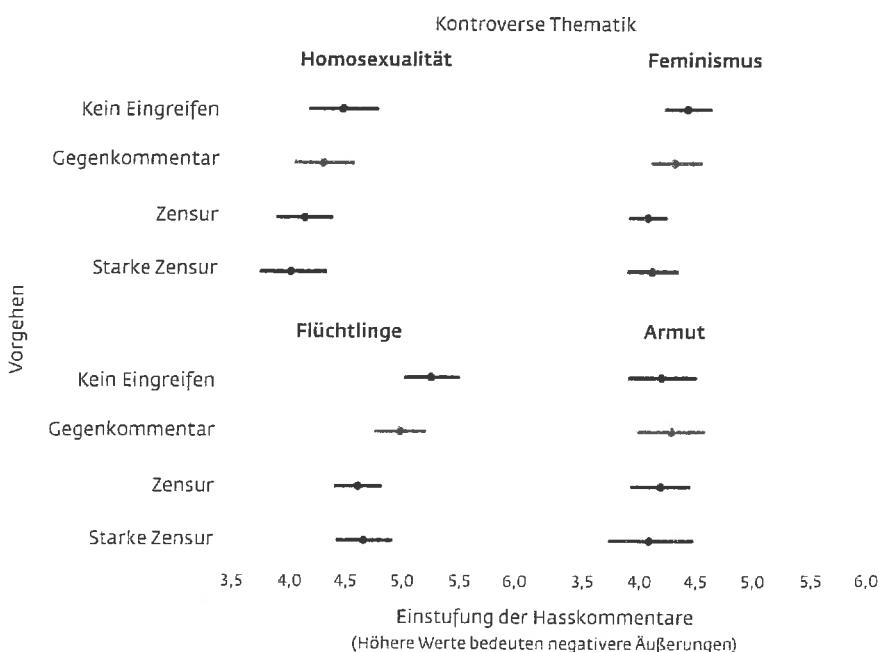
Mit den Methoden der experimentellen Soziologie hat Winter die Wirkung von Kontrolle im Internet untersucht. Auf dem Feld der soziologischen Erkundung von Hass und Hetze in sozialen Medien ist er damit ein Pionier. Wie reagieren die Teilnehmer eines Forums auf ein Foto, das einen Mann mit Kind auf dem Rücken zeigt, der einen anderen Mann küsst? Wie auf Bilder von Ge-

walt, Flüchtlingselend oder politischem Protest? Und wie reagieren sie, nachdem andere schon ihre Meinung auf derselben Plattform geäußert haben?

Soziale Normen fasst Winter als ein Bündel von Regeln und Übereinkünften, die im Konsens mit anderen entwickelt und gefestigt werden – es ist also wichtig, andere Menschen in zumindest ähnlichen Situationen erlebt zu haben und solche Beobachtungen auch bestätigt zu finden. Aber gilt in den anonymen, vorgiblosen Weiten des Internets das, was auf jedem Marktplatz selbstverständlich scheint? Der Soziologe erinnert sich an einen Bericht der Politikerin Renate Künast, die wissen wollte, welche Lebensumstände und Charaktere sich hinter den Beleidigungen und Drohungen verbergen, die sie immer wieder im Posteingang ihres Computers fand. Im Herbst 2016 machte sich die frühere Partei- und Fraktionsvorsitzende der Grünen auf den Weg, um bei einigen dieser sogenannten Trolle an der Wohnungstür zu klingeln. Sie sei überrascht gewesen, so gestand sie später, wie wohlsituert die Verhältnisse und wie zurückhaltend und sogar höflich viele der gefürchteten Hassbürger im persönlichen Umgang gewesen seien.

„Sehr wahrscheinlich, dass sie Frau Künast gar nicht persönlich meinten“, vermutet Fabian Winter, „sondern einen vagen Groll auf ferne Eliten und unüberschaubare, vielleicht ungerechte Verhältnisse artikulieren wollten. Und sehr wahrscheinlich auch, dass sie nicht ahnten, wie öffentlich sie dabei agierten.“

Woher aber kam die Wut? Und was verwandelte Reihenhausbewohner in bösartige Furien? In einer Serie eigener Experimente variierte der Forscher das Umfeld, in dem Beiträge zu Netzdebatte formuliert werden, und die Form der Kontrolle über sie. In einem eigens dafür eingerichteten Internetforum legte er den Teilnehmern seiner Studien-



Eingreifen hilft: Ungefilterte Kommunikation (blau) führt in Netzdebatten oft dazu, dass Hass und Hetze sich weiter steigern. Auch Gegenkommentare (grün) können die Kontroverse anheizen. Dagegen hilft es, extreme Kommentare zu löschen (rot), um zu einer sachlicheren Diskussion zu kommen. Eine fundamentale Zensur (violett) kann jedoch das Gegenteil bewirken.



Mit Humor gewappnet: Die Grünenpolitikerin Renate Künast wird regelmäßig im Netz beschimpft und bedroht. Auf ihrem Facebook-Profil hat sie daraufhin eine ironische Anleitung für Hasskommentare gepostet und darin häufige Beleidigungen zitiert. Künast setzt sich jedoch auch mit Strafanzeigen zur Wehr.

reihe ein breites Spektrum von Kommentaren auf die Fotos homosexueller Paare oder langer Schlangen von Migranten vor – in einer ersten Gruppe ungefiltert, in einer zweiten ergänzt um Erwiderungen auf die Kommentare. Wie es in Chatrooms üblich ist. Die Aufforderung: „Mischen Sie sich ein in die Debatte! Stellen Sie dazu, was Sie darüber denken!“ Aus einer dritten Liste hatten Mitarbeiter der Forschergruppe besonders feindselige Aussagen gestrichen, in einer vierten zu den kontroversen Themen der Fotovorlagen nur ausgesprochen freundliche Kommentare übrig gelassen. Das Ziel der Forscher war herauszufinden, wie stark die Meinung einer Person vom Klima in der sozialen Umgebung beeinflusst ist.

Das Resultat scheint den Forscher selbst ein wenig überrascht zu haben: Löschen hilft. Gegenkommentare führen kaum dazu, die Kontroverse abzuschwächen, und auch die Häufigkeit der extremen Hasskommentare nimmt durch sie nicht ab. Auch die fundamentale Zensur, die nur unverfängliche Nettigkeiten zur weiteren Debatte zuließ, scheint manch einen zu zorniger Reaktanz veranlasst zu haben. Die vorsorgliche Entnahme offen rassistischer, verleumderischer und sexistischer Kommentare aber half, Duktus und Inhalte

im Diskussionsforum in eher sachlichen Bahnen zu halten. Fabian Winter zuckt mit den Achseln: „Don't feed the trolls“, zitiert er eine alte Weisheit der Netzgemeinde. „Es gibt Leute, die haben einfach Spaß an der Eskalation. Denen sollte man nicht auch noch eine Einladung aussprechen.“

Renate Künast hat Strafanzeige erstattet, jedes Mal, wenn ein Hasskommentar ihr zu persönlich und zu bedrohlich wurde. Viel hat es nicht geholfen. Die meisten Verfahren wurden eingestellt. Es ist ein Kampf gegen Windmühlen. Fabian Winter weiß, dass der Umweg über komplizierte Verschlüsselungen und einen Server in irgendeiner fernen Tundra eine Verfolgung von Fake-News und krimineller

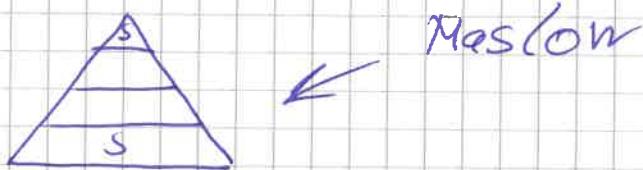
Hetze extrem erschwert. Der Justizminister will mit seinem im Sommer verabschiedeten Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken, kurz NetzDG, die Betreiber selbst in die Verantwortung nehmen. Facebook hat bereits die Selbstkontrolle seiner Inhalte intensiviert. Kritiker bis hinauf zu den Vereinten Nationen fürchten jedoch um die Meinungs- und Informationsfreiheit und warnen vor totalitärer Zensur.

Winters Daten legen nahe, dass es im Gemeinschaftsgut Internet notwendig ist, Regeln durchzusetzen und eine Dynamik des Aufschaukelns zu bremsen. Über die Formen und Instanzen wird zu verhandeln sein. Die Diskussion geht in die nächste Runde. ▶

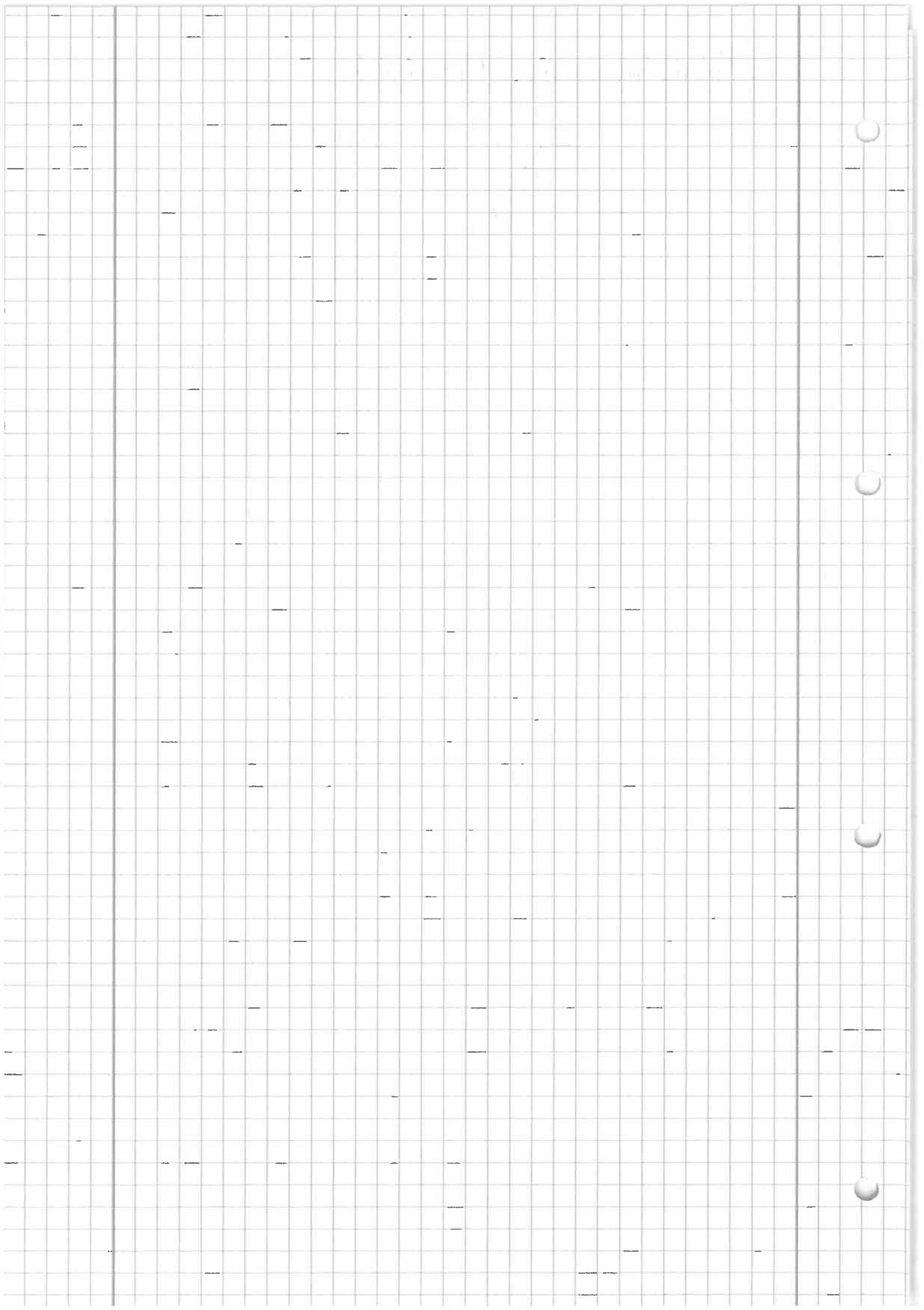
#### AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Soziologen untersuchen, wie Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders gewahrt werden, wenn soziale Kontakte immer mehr in der virtuellen Welt stattfinden.
- Beim persönlichen Aufeinandertreffen, etwa auf dem Bahnsteig, hängt es von der Einschätzung des Gegenübers ab, ob Regelverletzungen angemahnt werden oder nicht.
- Je anonymer die Umgebung, desto stärker verletzen selbst Menschen, die normalerweise höflich und zurückhaltend sind, grundlegende Anstandsregeln.
- Im Internet schaukeln sich Hass und Hetze leicht immer weiter auf. Um eine Debatte zu versachlichen, hilft oft nur das Löschen extremer Äußerungen.

## Bedürfnishierarchie (Pyramide)



Maslow



**Von der Theorie zur Realität: Schritt für Schritt – das Modell der sukzessiven Normdurchsetzung in einem empirischen Beispiel**

Schmidt, Holger. (2013). Normdurchsetzung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. *deutsche jugend*, 61(9), 371-380.

Soziale Arbeit/z.B. Offene Kinder- und Jugendarbeit: gesellschaftlich organisiertes Sozialisationsfeld , hat somit u. a. auch die Aufgabe, soziale Normen zu vermitteln. Es geht in diesem Beispiel also auch um gelingende erzieherische Prozesse der Vermittlung sozialer Normen Forschungsfokus: Wie werden im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit soziale Normen vermittelt? Beobachtungsgegenstand: Das Handeln der Professionellen in Situationen der Normabweichung. **Abweichendes Handeln kann dabei als Anlass genutzt werden, den Kindern und Jugendlichen gegenüber gesellschaftlich allgemeine/institutionenspezifische ( in diesem Jugendhaus hier ...) Handlungserwartungen zu vermitteln.**

**Wie wird's gemacht? Empirische Erkenntnisse**

Intensiv untersucht: Zwei Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in einer westdeutschen Großstadt (teilnehmende Beobachtungen, Audioaufzeichnungen von Interaktionen und ethnografische Interviews); ausgewählt aus insgesamt dreizehn Einrichtungen einer zuvor durchgeführten quantitativen Erhebung. Im „JSF Glück auf!“ : spezifisches, gewissermaßen erfolgreiches Handlungsmuster der dort tätigen Fachkräfte im Umgang mit Situationen sichtbar, in denen normabweichendes Handeln auftritt. **Das hier gefundene Handlungsmuster der sukzessiven Normdurchsetzung besteht aus vier Phasen.**

**PHASE 1: Überwachung in diffusen Situationen, Normverdeutlichung**

**PHASE 2: EXPLIZITE, VERBALE ÄUßERUNG von Handlungserwartungen**

**PHASE 3: MEHRFACHÉ ÄUßERUNG, KONSTRUKTION EINER GRENZE**

<b>PHASE 4: SANKTIONSVOHLZUG</b>	<b>aufgrund</b>	<b>erneuter/anhaltender NORMVERLETZUNG</b>
----------------------------------	-----------------	--

**Achtung: EIN IDEALTYPISCHER VERLAUF, der oftmals früher endet und später beginnt!**

**Form des abweichenden Handelns entscheidet beispielsweise, mit welcher Phase die Fachkräfte beginnen, um normkonformes Handeln zu erwirken. Physische Gewalt überschreitet bereits eine Grenze woraufhin die vierte Phase des Handlungsmusters direkt angewandt wird.**

**Handlungsmuster der sukzessiven Normdurchsetzung kann als eine konstitutive Bedingung sozialer Normen angesehen werden. Dieses Handlungsmuster stellt jedoch nur einen unter mehreren Faktoren dar. Es ist möglich, dass in anderen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit andere Handlungsmuster rekonstruierbar sind, die ebenfalls zur Konstruktion sozialer Normen beitragen können.**

Aufgemerkt! Das vorgestellte Handlungsmuster wurde mithilfe empirischer Forschung aus der Praxis herausgearbeitet. Kein Anspruch, dieses Handlungsmuster als die einzige Methode für die Offene Kinder- und Jugendarbeit anzusehen. Vielmehr ergibt sich daraus die Aufgabe, sich mit den vorliegenden Erkenntnissen auseinanderzusetzen, und sie in den theoretischen und normativen Ansprüchen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit einfließen zu lassen.



# Aus Politik und Zeitgeschichte

62. Jahrgang · 49–50/2012 · 3. Dezember 2012



## Sozialisation

*Rudolf Leiprecht*  
Sozialisation und Kultur

*Peter Franz*  
Normkonformität durch soziale Kontrolle

*Désirée Waterstradt*  
Sozialisation oder Zivilisierung der Eltern?

*Haci-Halil Uslucan · Bernd Dollinger*  
Delinquentes Verhalten Jugendlicher

*Jutta Hartmann*  
Heteronormativität und Schule

*Käthe Schneider*  
Bildung zur Selbstbestimmung im Erwachsenenalter

*Harald Schoen*  
Persönlichkeit, politische Präferenzen und Partizipation

*Stephan Lessenich*  
Der Sozialstaat als Erziehungsagentur

Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*

# Editorial

In den vergangenen Jahren wurde heftig über die Herausforderungen für „unseren westlichen Lebensstil“ in der und durch die Migrationsgesellschaft diskutiert. Im Fokus standen unter anderem fehlende Anerkennung des Individuums, mangelnde Selbstbestimmungsrechte von Frauen, Homophobie unter Migrantinnen und Migranten oder auch delinquentes Verhalten Jugendlicher mit Zuwanderungshintergrund. Als Ursachen dieser Probleme wurden oftmals anhaltende Einflüsse der „Herkunftskultur“ identifiziert. Doch für das Verständnis sozialen Handelns ist „die Kultur“ lediglich ein Puzzleteil.

Tatsächlich wird soziales Handeln durch ein ganzes Bündel von Faktoren beeinflusst: Beschaffenheit und Ordnung des sozialen Umfelds, Existenz bestimmende Institutionen und deren Funktionen, aber auch deren Interpretationen und Wahrnehmungen durch die Handelnden. „Menschen handeln, indem sie die soziale Wirklichkeit deuten (...). Sozialisiert als Frauen und Männer, als Menschen mit und ohne Migrationsbiografien, durch eine bestimmte soziale Herkunft und durch religiöse, politische und berufliche Erfahrungen greifen die Akteure auf Selbstverständlichkeiten, Wissensvorräte und Deutungsangebote zurück, die ihnen zur Identitätsfindung (...) nützlich erscheinen“, schreibt etwa die Sozialwissenschaftlerin Brigitte Hasenjürgen.

Rahmenbedingungen wie gesellschaftliche Normen und Werte, Kommunikationsformen oder Rollenidentitäten – denen Menschen sich anpassen, die sie aber auch verändern können – sind stets in Bewegung. Dieser soziale Wandel findet nur langsam statt und ist vielerorts erst auf den zweiten Blick erkennbar. Was heute für viele „normal“ ist, wurde noch vor wenigen Jahrzehnten gesellschaftlich und rechtlich sanktioniert, wie am Umgang mit nicht ehelichen Kindern oder mit Homosexualität deutlich wird. Das bedeutet keineswegs, Individuen von der Verantwortung für ihr Handeln freizusprechen oder aber jegliches Verhalten als Ergebnis „freier Entscheidung“ zu werten. Stattdessen gilt es, soziales Handeln stets im Zusammenhang mit wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sozialpsychologischen Einflüssen zu interpretieren.

Asiye Öztürk

*Rudolf Leiprecht*

# Sozialisation in der Migrationsgesellschaft und die Frage nach der Kultur

Der Erziehungswissenschaftler und Soziationsforscher Dieter Geulen beschrieb noch im Jahr 2005 migrationsbezogene Themen der Sozialisationsforschung als „Gastarbeiter- und Migrantenproblematik“.<sup>1</sup>

**Rudolf Leiprecht**

Dr. phil. habil., geb. 1955; Professor für Sozialpädagogik am Institut für Pädagogik, Fachgruppe diversitätsbewusste Sozialpädagogik, Carl von Ossietzky Universität, Ammerländer Heerstraße 114–118, 26111 Oldenburg, rudolf.leiprecht@uni-oldenburg.de

menmedien, aber auch in alltäglichen Situationen häufig in Form einer *spezifischen* Besonderung wahrgenommen: Eingewanderte und deren Kinder und Kindeskinder werden dabei von vornherein als Problem gesehen und darauf reduziert.<sup>12</sup> Gleichzeitig wird diese spezifische Besonderung in aller Regel von Verweisen auf kulturelle Zusammenhänge begleitet. Das „Problematische“ wird mit kulturellen Besonderheiten – also anderen Werten, Normen, Traditionen oder Lebensweisen – erklärt und zugleich in unzulässiger Weise für eine konstruierte „Großgruppe“ behauptet und verallgemeinert.

Menschen *ohne* Migrationshintergrund und deren Vorstellungen und Handlungsweisen gegenüber Migration und Eingewanderten geraten bei dieser spezifischen Besonderung aus dem Blick, genauso wie Diskurse, Politiken, Institutionen, Organisationen und Einrichtungen, die sich als Instanzen und Kontexte der Sozialisation beschreiben lassen (wie etwa Bildungs- und Sozialpolitik, Massenmedien, Kindertagesstätte, Schule oder Jugendhilfe). Die Auf-

merksamkeit wird einseitig auf Menschen mit Migrationshintergrund und deren Verhalten gerichtet, und es fehlt dann zum Beispiel ein kritischer Blick auf Kindertagesstätte, Schule und Bildungspolitik, wo man auf die Herausforderung, mit unterschiedlichen (Lern-)Voraussetzungen umgehen zu müssen, in vielen Fällen nicht so reagiert hat, dass sich daraus günstige Möglichkeiten für eine umfassende Bildungsgerechtigkeit entwickeln könnten.

## Besonderung als Reduktion auf Probleme und Defizite

Nun ist es zweifellos völlig unangemessen, Probleme, denen Menschen in ihren Sozialisationskontexten begegnen und die sie sich auch gegenseitig machen, *nicht* zu thematisieren. Allerdings bekommen wir – wie der Erziehungswissenschaftler Franz Hamburger bereits vor 15 Jahren kritisierte – nur beschränkte Einsichten, wenn nach dem Muster des *Belastungs-Bewältigungs-Paradigmas* vorgegangen wird, wobei für Menschen mit Migrationshintergrund grundsätzlich ein Plus an Belastung und ein Minus an Bewältigungsmöglichkeiten behauptet wird.<sup>3</sup> Positive Entwicklungsherausforderungen, vorhandene und entstehende Resilienzen und „gelingendere“ Bewältigungsstrategien geraten so nicht in den Blick, und es wird selten die Frage gestellt, ob und in welcher Weise Migrationserfahrung, Mehrsprachigkeit, Mehrfachidentität oder Multiperspektivität wichtige Ressourcen sein könnten. Zudem liefert die fortwährende Reduktion auf Probleme ein Negativbild, welches – verbreitet über Massenmedien und Mund-zu-Mund-Erzählung in der Alltagskommunikation – von vielen Menschen als Begründung und zugleich Rechtfertigung für Ablehnung und Ausgrenzung genutzt wird, während es durch diejenigen, auf die sich dieses Ne-

<sup>1</sup> Dieter Geulen, Subjektorientierte Sozialisationstheorie. Sozialisation als Epigenese des Subjekts in Interaktion mit der gesellschaftlichen Umwelt, Weinheim–München 2005, S. 66 (Hervorhebung R.L.).

<sup>2</sup> Abgesehen davon kann der Begriff „Gastarbeiter“ zu ausgrenzenden Assoziationen beitragen, etwa nach dem Muster: Gute Gäste sollen dankbar sein, keine Ansprüche stellen und nach einiger Zeit doch bitte wieder gehen.

<sup>3</sup> Vgl. Franz Hamburger, Kulturelle Produktivität durch komparative Kompetenz, Mainz 1997.

gativbild richtet, als eine sich kontinuierlich wiederholende Bedrohung (*stereotype threat*) und eine Behinderung bei der Entwicklung des Selbstwertgefühls erfahren werden kann.

## Besonderung als Verweis auf Kultur

In den Diskursen von Politik, Wissenschaft und Massenmedien haben Worte wie beispielsweise „Türkin“, „Araber“, „Albaner“, „Serbe“ oder auch „Russin“ oft einen expliziten oder impliziten Bezug zu Vorstellungen über Kultur. Und allein eine Assoziation zu „Kultur“ oder „kulturell“ scheint meist schon zu genügen, um eine Art *Freigabe* in Gang zu setzen: Hier kann *verallgemeinert* werden. Wenn über *einen* türkischen Jugendlichen geredet wird, der kriminell oder gewalttätig geworden ist, dann liegt die Tendenz nahe, eine Aussage über *die* türkischen Jugendlichen zu machen, oder aber – was nicht dasselbe ist – die Rede von *einem* türkischen Jugendlichen als Aussage über *die* türkischen Jugendlichen zu hören.

Um einen Eindruck zu vermitteln, wie problematisch Verweise auf Kultur im Alltag von Menschen sein können, möchte ich im Folgenden zwei Beispiele aus den vielen Interviews zitieren, die wir im Kontext mehrerer Forschungsprojekte mit Jugendlichen in Deutschland und den Niederlanden durchgeführt haben. Zunächst Duygu aus Deutschland:<sup>4</sup> „Wenn man sagt, ‚Wie ist es denn bei Dir?‘, mit der Frage anfängt, weil man im Fernsehen so etwas sieht wie Ehrenmord, oder man darf das und das nicht, oder Türkinnen müssen sich verschleiern oder werden von den Männern unterdrückt. Wenn man fragt ‚Wie ist es denn bei Dir?‘, dann ist es ja so, dass man denkt, dass der Mensch gegenüber Interesse hat und wissen möchte, wie das bei mir in der Familie abläuft. Dann erzähl ich ihm das gerne. Aber wenn dann einer kommt, und sagt ‚Ach, bei Euch Türken, Ihr werdet doch sowieso zwangsverheiratet.

<sup>4</sup> Zit. nach: Rudolf Leiprecht, Alltagsrassismus. Eine Untersuchung bei Jugendlichen in Deutschland und den Niederlanden, Münster 2001. Vgl. auch: Wiebke Scharathow/ders., „Wenn die mir gar nicht zuhören wollen“ – Ein eigener Dokumentarfilm als Medium von Forschung und Bildungsarbeit zu Rassismus und Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen, in: ders. (Hrsg.), Diversitätsbewusste Soziale Arbeit, Schwalbach/Ts. 2011, S. 109–134.

Oder nicht?“ Wenn man schon so ankommt, dann ist das für mich keine Frage mehr.“ Und Selma aus den Niederlanden betont: „Ich fühle mich schon als Ausländer. (...) Weil ich so viele Bemerkungen von Leuten höre, von Leuten, die hier wohnen, wie Ausländer sind. Ich merke einfach, dass sie Dich doch nicht als Niederländer akzeptieren können. (...) Sie sagen es nicht direkt, aber man merkt es schon. Sie sagen zum Beispiel: ‚Ja, Du passt Dich ganz gut an und so, und es gibt Ausländer, die schon seit zehn Jahren hier wohnen und noch nichts wissen. Und, ja, wie ist es mit Euch eigentlich, seid Ihr auch sehr streng zu Hause und so?‘ Sie sagen: ‚Musst Du zu Hause auch ein Kopftuch tragen?‘ Weil bei uns in der Schule tragen zwei oder drei Mädchen ein Kopftuch. Und dann sagen sie, dann gucken sie auf die Mädchen und sagen: ‚Na, wenn Du zu Hause bist, trägst Du dann auch ein Kopftuch?‘“

Duygu weist zunächst auf die mächtigen Diskurse in den Massenmedien hin, wo bestimmte Themen – sogenannte Ehrenmorde, Verschleierung, Unterdrückung von Frauen – als Problematiken auf der Seite einer eingewanderten Gruppe dargestellt werden. Ihr ist deutlich, dass sie dieser Gruppe („Türkinnen“) zugeordnet wird, und sie möchte anhand ihrer eigenen Familie richtigstellen und aufklären. Allerdings bemerkt sie, dass die Fragen nicht unbedingt Interesse zum Ausdruck bringen, sondern vielmehr der Distanzierung und Abwertung dienen. Die Fragen scheinen deutlich machen zu wollen: „Du bist anders“ oder auch „Du gehörst zu denen, die problematisch sind“:

Beide Frauen formulieren ihr deutliches Unbehagen angesichts von solchen Fragen. Für Selma führen diese mit dazu, dass sie sich immer noch als „Ausländerin“ fühlt, obwohl sie den niederländischen Wohnort als ihren selbstverständlichen Lebensmittelpunkt sieht und obwohl sie einen niederländischen Pass hat. Ihre Kleidung (sie trägt kein Kopftuch), ihre Sprache (sie spricht perfekt niederländisch) und ihre Handlungskompetenz (sie kennt sich sehr gut in den Niederlanden aus) werden zum einen als Ergebnis von Anpassung wahrgenommen – dies kann offenbar nur etwas Niederländisches, auf keinen Fall etwas Türkisches, aber eben auch nichts Eigenständiges sein, etwas, was außerhalb von Anpassung an „uns“ Niederländerinnen und

Niederländern geschehen sein könnte. Zum anderen wird all dies aber wieder mit „offenen Augen übersehen“, wenn mit der Frage nach der Kultur gleichzeitig unterstellt wird, dass es auch bei ihr zu Hause „streng“ zugeht und sie dort „ein Kopftuch“ tragen muss – wobei diese beiden Merkmale zusätzlich zu einer Einheit (Kopftuch = streng) zusammengefügt werden. Es wird ein Verdachtsmoment initiiert: Kann sie wirklich so sein wie wir? Verstellt sie sich womöglich, wenn sie mit uns zusammen ist? Zugleich wird Selma mehr oder weniger explizit deutlich gemacht, dass sie sich zu rechtfertigen hat, und zwar für Verhaltensweisen, die – so würde es Selma sehen – wenig mit ihr zu tun haben, welche die Fragenden jedoch der Kultur, der sie zugeordnet wird, anlasten.

Es sind solche alltäglichen Situationen kontinuierlicher Unterscheidung, eng verbunden mit Zuschreibung, Negativbewertung und Rechtfertigungsdruck, die als ein Prozess des „Zum-Anderen-Machens“ (*othering*) beschrieben werden können. Und wenn wir in einer weiteren Untersuchung feststellen, dass von den befragten jungen Männern mit türkischem Migrationshintergrund, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sich eine Mehrheit als „Ausländer“ sieht (51,4 Prozent) und bei befragten jungen Männern mit russischem oder polnischem Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit dies immer noch deutlich mehr als ein Drittel (38,6 Prozent) sind, dann lassen sich diese Resultate als ein Ergebnis von Prozessen des *othering* interpretieren:<sup>15</sup> Sie werden häufig nicht selbstverständlich als zugehörig wahrgenommen und anerkannt, und sie fühlen sich vielfach auch so.

## Zum Kulturbegriff

In der Sozialgeschichte wurde Kultur, sofern der Begriff auf menschliche Aktivitäten bezogen war, lange Zeit als das Ergebnis eines Bemühens oder Schaffens beschrieben, das zur „Veredlung“, „Verfeinerung“ und/oder „Vervollkommnung“ der Menschheit führte.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Erol Karayaz/Rudolf Leiprecht/Alexander Langerfeldt/Kiyoshi Ozawa/Kristina Benten, Männliche Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. Interner Forschungsbericht zu einer quantitativen Befragung, Oldenburg 2012.

Daher wurde der Begriff oft auf künstlerische Ausdrucksformen bezogen, also auf Literatur, Theater, Musik, Architektur oder Malerei. Zugleich wurde Kultur auch als Gegensatz zur Natur verstanden, also im Sinne von Gesellschaft oder Zivilisation. In den Gesellschaftswissenschaften werden solche Begriffsfassungen heute entweder als zu beschränkt – Kultur lediglich als Ergebnis künstlerischen Schaffens<sup>17</sup> – oder als zu umfassend – Kultur als synonym zu Zivilisation<sup>18</sup> – eingeschätzt.

Allerdings gab es in der Sozialgeschichte zum Kulturbegriff auch eine Wendung, bei der dieses Bemühen oder Schaffen mit – je nach Konzeptualisierung – Stamm, „Rasse“, Volk, Ethnie und/oder Nation verbunden wurde. Unterschiedliche Stämme, „Rassen“, Völker, Ethnien oder Nationen brachten dann – in dieser Vorstellung – unterschiedliche „Kulturen“ hervor, weshalb man schließlich das Wort Kultur auch zur Konstruktion einer – wie wir heute sagen würden – entsprechenden „Großgruppe“ benutzen konnte. Da es zusätzlich die problematische Tendenz gab, Länder, Staaten und Gesellschaften als geformt durch eine einzige „Rasse“ oder eine einzige Ethnie zu betrachten, lässt sich heute im Alltag beobachten, dass Kulturen vielfach als homogene „Großgruppen“ gesehen werden, deren Synonyme eben Länder, Gesellschaften, Staaten, Völker oder Nationen zu sein scheinen. Daran gekoppelt sind in aller Regel Essenzialisierungstendenzen, also wenn behauptet wird, dass eine Kultur eine ursprüngliche Essenz, Wesenhaftigkeit oder Eigentlichkeit in sich trägt, deren Wirkung sich in unveränderbarer Weise stets aufs Neue zeigt und die bewahrt werden muss, da es sonst – etwa bei vernachlässigter „Pflege“ oder einem Verlust an „Reinheit“ durch kulturelle Mischung – zu Degeneration und Niedergang kommt.

Mittlerweile setzen sich auch im deutschsprachigen Raum (zumindest in der Wissenschaft) nach und nach neuere Kulturbegriffe

<sup>16</sup> Brockhaus Konversationslexikon, Bd. 10, Leipzig–Berlin–Wien 1898<sup>14</sup>, S. 792.

<sup>17</sup> Vgl. Georg Auernheimer, Einführung in die interkulturelle Pädagogik, Darmstadt 2003<sup>3</sup>, S. 75.

<sup>18</sup> Vgl. Klaus P. Hansen, Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung, Tübingen–Basel 2003<sup>3</sup>, S. 19 ff.

durch, die solchen Vorstellungen nicht mehr entsprechen. Damit werden auch ältere Konzeptualisierungen von Kulturen als geschlossene „Kreise“, „Kugeln“ oder „Inseln“, die sich abstoßen, nicht verbinden können oder isoliert entwickelt haben, überwunden.

Es bilden sich Kulturbegriffe heraus, die – im Gegenteil – Momente der Dynamik, Überschneidung, Vermischung und Unabgeschlossenheit betonen. Kultur wird hier definiert als ein Phänomen auf einer Makro- oder Mesoebene, und der Begriff kennzeichnet ein System von Zeichen, Symbolen und Bedeutungsmustern (wie Werte, Normen, Rituale, Routinen, Gebräuche, Traditionen, Mythen), die sich auch in Strukturen und Gegenständen gleichsam „materialisieren“ können. Dabei geht es stets um Prozesse und Resultate von „Aktivitäten“, die in der Menschenwelt stattgefunden haben und stattfinden.<sup>9</sup> Innerhalb eines „Sozialraums“ lassen sich mit diesem Kulturbegriff dann Bewegungen von und Austauschprozesse zwischen kulturellen Elementen beschreiben, wobei dominierende und dominierte „Gebilde“ (wie Sub- und Teilkulturen, Dominanzkulturen) entstehen, die unter anderem auf der Grundlage von „Kräfteverhältnissen“ benutzt werden können, um innerhalb von und mit kulturellen Elementen Auseinandersetzungen zu führen.

Für eine im Alltagsdiskurs immer noch zu beobachtende Reduktion auf „Nationalkultur“ und damit einhergehende Homogenisierungen und Essenzialisierungen eignet sich dieser Kulturbegriff jedenfalls nicht. Auch wird deutlich, dass der gängige vereinfachende Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund, für die eine Zugehörigkeit allein zu „zwei sozialen Welten, nämlich zur Herkunftskultur und zur Aufnahmegerellschaft“<sup>10</sup> wahrgenommen wird, in jedem Fall

<sup>9</sup> Vgl. G. Auernheimer (Anm. 7). Ähnlich: Wolfgang Welsch, Transkulturalität. Zur veränderten Verfassung heutiger Kulturen, in: Irmela Schneider/Christian W. Thomsen (Hrsg.), Hybridkultur. Medien – Netze – Künste, Köln 1997, S. 67 ff. Deutlich früher bereits: John Clarke/Stuart Hall/Tony Jefferson/Brian Roberts, Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: John Clarke et al. (Hrsg.), Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt/M. 1979, S. 39 ff.

<sup>10</sup> Vgl. in kritischer Perspektive hierzu: G. Auernheimer (Anm. 7), S. 74.

zu kurz greift: Erstens sind weder die „Herkunftskultur“ noch die Kultur der „Aufnahmegerellschaft“ homogen, zweitens muss auf beiden Seiten von Kulturen im Plural (wie beispielsweise städtische und ländliche Kulturen, Jugendkulturen, Organisationskulturen, Lernkulturen) gesprochen werden, drittens ist stets auf Überschneidungen zwischen den verschiedenen Kulturen zu achten, und viertens müssen den einzelnen Individuen Mehrfachzugehörigkeiten zugestanden werden, die über eine binäre Denkweise hinausgehen.

## Kultur und Individuum

Damit kommen wir zu einem sehr wichtigen Zusammenhang, der meist vernachlässigt wird. Es geht hier um die Vorstellungen, die über das Verhältnis von Kulturen und den individuellen Menschen, die jeweils damit zu tun haben, existieren. So ist zum Beispiel die Vorstellung einer kulturellen *Prägung* weit verbreitet. Dies ist überaus missverständlich, da damit oft (implizit oder explizit) auf die biologische Verhaltensforschung Bezug genommen wird, und dort wird unter Prägung eine *biologische Festlegung* verstanden: Es sind hier weder Entscheidungen noch Veränderungen denkbar, die mit der Interpretation, der Sichtweise, der Reflexionsfähigkeit oder dem Willen eines Individuums verbunden sind.

Der Begriff Prägung hat allerdings eine große Nähe zu einem weit verbreiteten Alltagsbewusstsein, demzufolge die *einzelnen* Menschen, die als Angehörige einer Kultur wahrgenommen werden, durch diese Zugehörigkeit bestimmte psychosoziale Eigenschaften und Fähigkeiten aufweisen und in ihrem Denken, Fühlen und Handeln *determiniert* sind. Die Anderen werden so gleichsam als Marionetten, die an den Fäden ihrer Kultur hängen, gesehen.<sup>11</sup> Tatsächlich ist der Blick in dieser Vorstellung stark auf die Anderen gerichtet: Denjenigen, die als An-

<sup>11</sup> Vgl. Rudolf Leiprecht, „Pech, dass Ausländer mehr auffallen ...“ Zum Reden über die Kultur der „Anderen“ und auf der Suche nach angemessenen Begriffen und Ansätzen für eine antirassistische Praxis (nicht nur) mit Jugendlichen, in: ders. (Hrsg.), Unter Anderen – Rassismus und Jugendarbeit, Duisburg 1992, S. 93 ff.

gehörige einer anderen Kultur wahrgenommen werden – und damit bestätigt sich eine Erkenntnis des Sozialpsychologen Henri Tajfel – wird eher ein für eine Kultur typisches und durch eine Kultur determiniertes Verhalten unterstellt, während – und hier erweisen sich auch festlegende Denkweisen erstaunlich flexibel und inkonsistent – Angehörige der eigenen Kultur eher als Individuen gelten.<sup>12</sup>

Neuere Konzeptualisierungen in den Geellschaftswissenschaften hingegen gehen weder von einer völligen Festlegung durch Kultur noch von einer Eins-zu-Eins-Entsprechung beim Zusammenhang zwischen dem Makro- und Mesophänomen Kultur und den einzelnen Individuen aus. Zudem werden Kulturen als eine Art Reservoir betrachtet, das die Menschen aufgreifen, transformieren und weiterentwickeln, aber auch verdrängen, ignorieren oder uminterpretieren können. Menschen werden also nicht nur beeinflusst durch Kulturen, sie beeinflussen diese auch selbst, tragen durch ihre Handlungsweisen zu Veränderung und Erneuerung bei (*doing culture*), und sie können sich (potenziell) auch reflexiv und bewusst zu ihren Kulturen verhalten.<sup>13</sup>

Dies fügt sich sehr gut zu aktuelleren Entwicklungen in der Sozialisationsforschung: Das Individuum und die Gesellschaft werden hier zunehmend in einer eher interaktiven Konstellation gesehen, wobei die Individuen nicht nur als passive und empfangende Wesen erscheinen, sondern auch als aktiv und gestaltend: als „auf sich und ihre Umwelt immer auch selber“ einwirkend.<sup>14</sup>

Um dies nun so fassen zu können, dass weder eine „völlige Determination“ noch eine „völlige Freiheit“ behauptet wird (beides wäre nicht nur illusorisch, sondern auch ideologisch), erweist sich der analytische Begriff *Möglichkeitsraum* als überaus nützlich: Es ist nicht alles möglich, aber eben

<sup>12</sup> Vgl. Henri Tajfel, Gruppenkonflikt und Vorurteil – Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen, Bern 1982.

<sup>13</sup> Vgl. J. Clarke et al. (Anm. 9), S. 41 ff.

<sup>14</sup> Klaus-Jürgen Tillmann, Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung, Reinbek 2007<sup>15</sup>. Ähnlich: D. Geulen (Anm. 1), S. 165 ff.

auch nicht alles bestimmt.<sup>15</sup> Dabei sind diese „Räume“ insofern spezifisch, als dass der historische, geografische und soziale Ort in der Welt, in den ein Mensch hineingeboren wurde, genauso darin eingeht wie die jeweils eigene Geschichte des Umgehens mit und Verhaltens zu den vorhandenen Möglichkeiten, Behinderungen, Zumutungen oder Bedrohlichkeiten. Und die Menschen haben in ihren Möglichkeitsräumen nicht nur mit dominierenden und dominierten *kulturellen* Mustern zu tun, sondern gleichzeitig auch mit politischen Verhältnissen, Geschlechterverhältnissen, Klassen- und Schichtungsverhältnissen oder Generationsverhältnissen.

## Fallstrick Kulturalisierung

Es ist also überaus komplex und kompliziert, Kulturelles im Kontext einer Sozialisation in Migrationsgesellschaften zu thematisieren. Und obwohl auf den Kulturbegriff nicht verzichtet werden kann, gilt es gleichzeitig, auf der Hut zu sein vor Reduktionismen, die allerdings nicht nur „vereinfachend“ sind, sondern aus bestimmten Gründen in einer bestimmten Weise vereinfachen. Dies lässt sich als *Kulturalisierung* beschreiben. Dabei wird aus einem dynamischen und heterogenen Phänomen etwas Festes und Statisches konstruiert und die Vorstellung einer einheitlichen „Großgruppe“ erzeugt und reproduziert, und nicht zufällig geraten dann situative Faktoren, strukturelle Voraussetzungen oder individuelle Verantwortlichkeiten aus dem Blick. Die Rede von Kultur, Kulturkonflikt und kultureller Identität kann so der Ausblendung einer „sozialstrukturellen Benachteiligung“ und der Rechtfertigung „mangelhafter Bildungsprogramme“ dienen,<sup>16</sup> genauso wie sie zur Distanzierung, Ausgrenzung und Abwertung beitragen kann.

<sup>15</sup> Vgl. Rudolf Leiprecht, „Subjekt“ und „Diversität“ in der Sozialen Arbeit, in: Sabine Wagenblass/Christian Spatscheck (Hrsg.), Bildung, Teilhabe und Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Herausforderungen und Zugänge Sozialer Arbeit, 2013 (i.E.).

<sup>16</sup> Hierauf machte bereits recht früh im deutschsprachigen Fachdiskurs der Pädagoge Georg Auernheimer aufmerksam: ders., Der sogenannte Kulturkonflikt. Orientierungsprobleme ausländischer Jugendlicher, Frankfurt/M. 1988, S. 9.

## **Sozialer Wandel. Wohin geht die Entwicklung?**

„Sozialer Wandel“, das heißt nachhaltige Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen, kann schneller oder langsamer vor sich gehen und bleibt den Gesellschaftsmitgliedern mitunter über längere Zeit mehr oder weniger verborgen. Viele dieser Veränderungen berühren lediglich begrenzte Teilbereiche der Gesellschaft, etwa das Familienleben oder die Kunst; andere betreffen tendenziell die gesamte Gesellschaft, wie zum Beispiel die Transformation der staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas nach 1990.

Wer nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Westdeutschland aufwuchs, erlebte eine Phase vielfältigen sozialen Wandels: den rasanten Wiederaufbau der westdeutschen Gesellschaft und das „Wirtschaftswunder“ der 1950er Jahre, die in den 1960er Jahren einsetzende Bildungsexpansion, die Studentenbewegung und das Aufkommen der Bürgerinitiativen und der „Grünen“, die „Ölkrisen“ und das Ende der Vollbeschäftigung seit Mitte der 1970er Jahre, den Zusammenbruch der DDR 1989 und die deutsche Wiedervereinigung, die rapide Verdichtung der weltweiten kommunikativen Vernetzung in allen Lebensbereichen durch das Internet, die Einführung des Euro als gemeinsame Währung von immer mehr europäischen Ländern im Jahr 2002 nach einem jahrzehntelangen Prozess des europäischen Zusammenwachsens seit Gründung der Montanunion von Frankreich, Italien, den Beneluxstaaten und Westdeutschland im Jahr 1951, die von Menschen gemachte drohende „Klimakatastrophe“, „9/11“ und den islamistischen Terrorismus, die demografische Entwicklung hin zu einer stetig alternden Gesellschaft und die im Herbst 2008 explosiv ausbrechende Weltfinanzkrise, die die Weltwirtschaft und die Staatsfinanzen noch auf Jahre tiefgreifend prägen wird.

Diese sehr unvollständige Auflistung von Problemen und Chancen macht deutlich, in welchem Maße zahlreiche sich gleichzeitig vollziehende und in oftmals komplexen Wechselwirkungen miteinander verknüpfte Veränderungsdynamiken den sozialen Wandel kennzeichnen. Manche Zeitdiagnostiker gehen davon aus, dass eine immer größere Beschleunigung des Wandels aller Lebensverhältnisse zum Signum der Gegenwartsgesellschaft geworden sei, womit wir alle irgendwie zureckkommen müssen. Dem widerspricht auf den ersten Blick eine ebenfalls immer wieder geäußerte Sichtweise, die auf Stillstand, Reformstaus, Blockaden hinweist: Vieles müsse sich grundlegend ändern, aber nichts passiere – so zum Beispiel die verbreitete Stimmung in der Endphase der DDR. Der scheinbare Gegensatz löst sich auf, wenn man sich klar macht, dass sozialer Wandel einerseits „naturwüchsig“ geschieht, zwar als Ergebnis des handelnden Zusammenwirkens vieler Menschen, aber von keinem geplant – dass wir andererseits aber in der „Moderne“ der Idee anhängen, diesen Wandel mit Blick auf bestimmte Zielvorstellungen, die wir unter der Generalformel „Fortschritt“ bündeln, gestalten zu können. Dass „nichts“ passiert, kann dann eben bei genauerem Hinsehen auch heißen: Es passiert nicht das „Richtige“, das als notwendig Erachtete. Was uns also offensichtlich zunehmend Probleme bereitet, ist ein sozialer Wandel, der aus dem Ruder läuft – wobei wir nicht wissen, ob der Wandel tatsächlich immer ungesteuerter passiert oder ob wir immer unrealistischere Steuerungsambitionen hegen. (...)

Ist das, was wir an sozialem Wandel erleben, eher gut oder eher schlecht? Und haben wir den sozialen Wandel noch im Griff, oder ist er uns entglitten? Diese beiden Fragen – Fortschrittsoptimismus oder -pessimismus und Gestaltungsoptimismus oder -pessimismus – bestimmen unser Bild des sozialen Wandels. Wenn Fortschritts- und Gestaltungsoptimismus zusammenkommen, fühlen wir uns gut. Das ist immer wieder über längere Zeiträume, wie auch in den 1950er und 1960er Jahren in Westdeutschland, die Grundstimmung der Moderne gewesen. Gut können wir uns auch fühlen, wenn wir zwar gestaltungspessimistisch, aber fortschrittsoptimistisch sind. Denn dann gehen wir davon aus, dass eine wohltätige „unsichtbare Hand“, etwa die des Marktes, richten wird, was wir geplant nie schaffen würden. Schlecht fühlen wir uns hingegen, wenn wir aufgrund von Gestaltungspessimismus Fortschrittpessimisten sind: Weil wir die überkomplexen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht oder nicht mehr in den Griff bekommen, brechen sie – so kommt es vielen vor – unkontrolliert wie ein Wirbelsturm über uns herein.

### **Sozialer Wandel – eine Grundkonstante der Moderne**

Wenn Letzteres nicht bloß zeitweise, sondern dauerhaft zur gesellschaftlichen Grundstimmung würde, liefe das auf einen radikalen Selbstzweifel der Moderne hinaus. Denn – paradox formuliert: Sozialer Wandel ist eine Grundkonstante der Moderne. Natürlich gab es sozialen Wandel auch in früheren Gesellschaften. Doch diese verstanden sich viel stärker als prinzipiell stabile Ordnungen, in denen Wandel entweder als – zumeist von außen, etwa durch Kriege oder

Naturkatastrophen auferlegte – De-Stabilisierung und Verfall oder als Re-Stabilisierung, also als Gegenreaktion vorkommt. Zum Selbstverständnis der Moderne gehört hingegen, dass es keine dauerhafte Ordnung gibt, vielmehr sämtliche gesellschaftlichen Strukturen immer nur als Provisorien gelten. Entweder erweisen sie sich früher oder später als schlecht eingerichtet; dann bemüht man sich darum, sie zu verbessern. Oder sie funktionieren gut; dann setzt genau deshalb eine Anspruchssteigerung derart ein, dass man sie sich noch besser vorstellen könnte und dahingehend umgestaltet. Das kann wiederum glücken, was die nächste Anspruchssteigerung nach sich zieht; und wenn es nicht glückt, zieht man aus der Enttäuschung den Schluss, wieder neue Umgestaltungen zu versuchen.

Dieses Bild wird noch viel komplexer, wenn man berücksichtigt, dass die Vorstellungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen darüber, wann bestimmte gesellschaftliche Strukturen gut beziehungsweise schlecht sind, stark divergieren können. Unternehmern beispielsweise kann ein Sozialstaat schon viel zu weit gehen, den ärmere Bevölkerungsgruppen als völlig unzulänglich ansehen. Unter solchen Bedingungen kann das erfolgreiche Bemühen einer Gruppe, gesellschaftliche Strukturen zu ihren Gunsten zu verändern, im nächsten Schritt andere Gruppen, die bis dahin halbwegs zufrieden waren, auf den Plan rufen und zu weiteren Veränderungen, die in der Regel nicht einfach zum Status quo ante zurückführen, veranlassen – u.s.w.

(...) Hinzukommen „naturwüchsige“ Wandlungsdynamiken – so etwa die auf ein Ursachenbündel aus medizinischem Fortschritt, veränderten Bedingungen für Elternschaft und weitere Faktoren zurückzuführende drastische Verschiebung des Altersaufbaus der Bevölkerung Deutschlands. Solche nicht auf Gestaltungshandeln zurückgehenden Wandlungen sind dann ihrerseits Auslöser für Gestaltungshandeln, sobald sie in den Augen gesellschaftlicher Gruppen Probleme aufwerfen, und halten damit die Unaufhörlichkeit sozialen Wandels ebenfalls in Gang. (...)

*Die drei Hauptlinien des sozialen Wandels sind der Übergang von einer „fordistischen“ zu einer „postfordistischen“ kapitalistischen Wirtschaft, die Individualisierung der Lebensführung und die fortschreitende Globalisierung des gesamtgesellschaftlichen Erfahrungs- und Wirkungshorizonts (Anm. d. Red.).*

### **Das Ideal der individuellen Autonomie**

Der bereits in der Renaissance einsetzende moderne Individualismus betonte von Anfang an die Autonomie und Einzigartigkeit des Einzelnen – ursprünglich in Absetzung von der starken Eingebundenheit des mittelalterlichen Menschen in rigide lokale Gemeinschaften. Bis heute neigt der Kult des Individuums zu einer Überbetonung von Optionen auf Kosten der Ligaturen. Auf seinem Programm steht unter anderem eine rigorose Entraditionalisierung aller Lebenszusammenhänge, um der Person ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Traditionen sollen nicht mehr binden. Die Kehrseite dieser Optionserweiterung ist Ligaturenverlust. Der Schützenverein beispielsweise ist eben nicht bloß spießiger KonformitätsterroR, sondern kann auch echtes Gemeinschaftserleben – genau wie in der Raver-Szene – bedeuten.

Der Individualisierungsschub der letzten Jahrzehnte geht vor allem auf drei Entwicklungen zurück. Erstens hat eine bis in die 1980er Jahre anhaltende Wohlstandssteigerung in fast allen Bevölkerungsgruppen zwar die sozialen Ungleichheiten nicht nivelliert, wohl aber einen „Fahrstuhl-Effekt“ (Ulrich Beck) ausgelöst: Alle konnten sich kontinuierlich ein bisschen mehr leisten, zum Beispiel Fernreisen oder den Zweitfernseher im Kinderzimmer. Zweitens hat die deutliche Verkürzung der Arbeitszeit den vollerwerbstätigen Gesellschaftsmitgliedern entsprechend mehr Freizeit beschert, in denen sie eigenen Interessen, vom Hobby bis zum politischen Engagement oder zur Weiterbildung, nachgehen können. Drittens schließlich hat das gestiegene Bildungsniveau, wie es sich vor allem im von Kohorte zu Kohorte höheren Abiturienten- und Studierendenanteil zeigt, zum einen dazu geführt, dass immer mehr Menschen bessere Chancen des sozialen Aufstiegs über eine berufliche Karriere bekommen haben. Zum anderen bedeutet höhere Bildung auch die Vermittlung kognitiver Kompetenzen und Anregungen, um profunder über sich selbst und das eigene Leben nachzudenken und auf dieser Grundlage selbstbestimmtere Lebensentscheidungen zu treffen, wie auch ein höheres Interesse daran. Mehr Zeit dafür hat man als Jugendlicher und junger Erwachsener ebenfalls, wenn man mehrheitlich nicht schon mit Vierzehn eine Lehre absolvieren oder als Ungelernter arbeiten gehen muss.

*Auszug aus: Uwe Schimank, Sozialer Wandel. Wohin geht die Entwicklung?, in: Stefan Hradil (Hrsg.), Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Bonn 2012, S. 17–40, online: [www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde](http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde) (12.11.2012).*

# Normkonformität durch soziale Kontrolle: Gesellschaftlicher Umgang mit „Unehelichen“

Mit dem Konzept der sozialen Kontrolle haben bereits verschiedene Gründungsväter der Soziologie (Émile Durkheim, Edward A. Ross) auf den

Peter Franz

Dr. rer. pol., Dipl.-Sozialwirt,  
geb. 1948; Wissenschaftlicher  
Mitarbeiter am Institut für Wirt-  
schafsfoorschung Halle, Kleine  
Mäkerstraße 8, 06108 Halle.  
peter.franz@iwh-halle.de

Umstand verwiesen, dass der soziale Austausch zwischen Gesellschaftsmitgliedern nicht nur der kommunikativen (Begründung gemeinschaftlichen Zusammenhalts, Einbindung in Netzwerke) und materiellen (Tauschhandel) Bereicherung, sondern auch dem Zweck dient, die Geltung bestimmter sozialer Normen durchzusetzen. Diese Funktion, Normkonformität herzustellen, wurde wiederholt aufgegriffen in der mehr allgemeinsoziologisch ausgerichteten Diskussion darüber, welche Mechanismen zur Entstehung sozialer Ordnung beitragen. Es war schließlich Talcott Parsons, der in den 1940er Jahren das Konzept der sozialen Kontrolle als Reaktionen spezialisierter Institutionen auf abweichendes Verhalten eingrenzte – und damit die Aktivitäten bestimmter Kontrollinstanzen ins Blickfeld der Forschung rückte.<sup>1</sup>

Im Lauf der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Gesellschaftsaspekt entstand ein ausdifferenziertes Gerüst von Begriffen, Modellen und Theorien. Diese Komplexität kann im vorliegenden Beitrag nicht einmal annähernd abgebildet werden. Daher konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf die mit dem Komplex der sozialen Kontrolle verbundene Terminologie in Form eines Crashkurses und die Anwendung der sozialen Kontrollperspektive auf den

Umstand der „Unehelichkeit“ von Kindern und Müttern. Anhand des historischen Wandels im gesellschaftlichen Umgang mit diesem ehemals Anstoß erregenden Thema lässt sich veranschaulichen, welchen Veränderungen die Formen sozialer Kontrolle im Zeitablauf unterworfen waren und sind.

## Soziale Kontrolle von außen

Ausgangspunkt ist die Annahme, dass in einem Akt sozialer Kontrolle zumindest zwei Akteure – Kontrolleur (Kontrollinstanz) und Kontrollierte (Kontrollobjekt) – in Beziehung stehen. Allgemein wird hier soziale Kontrolle als Handlung eines Akteurs (Kontrollinstanz) angesehen, die entweder als Reaktion auf eine bestimmte wahrgenommene Handlung und einen Zustand (als Resultat vorangegangenen Handelns) oder aus präventiver Absicht erfolgt, bestimmte, noch nicht eingetretene Handlungen oder Zustände zu verhindern.<sup>2</sup> Diese reaktiven und präventiven Interventionen erfolgen aus der Bewertung heraus, dass die wahrgenommenen sowie die prospektiv erwarteten Handlungen und Zustände von der Kontrollinstanz als normabweichend eingestuft werden. Die Summe der reaktiv oder präventiv angelegten Bemühungen, ein Kontrollobjekt zur Einhaltung der fraglichen Normen zu bewegen, wird auch als Kontrollarbeit bezeichnet.<sup>3</sup> Dabei bleibt stets unsicher, ob die angestrebte Normkonformität auch erreicht wird: Die Ausübung sozialer Kontrolle kann also mehr oder minder erfolgreich sein, was im präventiven Fall (wie im Fall elterlicher Erziehung) erst nach Jahren oder Jahrzehnten beurteilt werden kann.

Neben der Differenzierung von reaktiver und präventiver sozialer Kontrolle wer-

<sup>1</sup> Im Gefolge der intensiveren Befassung mit solchen spezialisierten Kontrollinstanzen (Polizei, Gefängnisse) bildete sich der Etikettierungs-Ansatz (*labeling approach*) heraus. Er unterstreicht, dass gerade die formellen Kontrollinstanzen als Verursacher von weiterem abweichenden Verhalten wirken können.

<sup>2</sup> Weite Teile dieses einführenden Abschnitts orientieren sich an: Peter Franz, Soziale Kontrolle ohne Kontrolleure? Veränderungstendenzen der Formen und des Konzepts sozialer Kontrolle, in: Soziale Probleme, 6 (1997) 1, S. 3–23.

<sup>3</sup> Vgl. John Griffiths, The division of labor in social control, in: Donald Black (ed.), Towards a general theory of social control, New York–London 1984.

# \* Klausur: Tabelle verstehen Kontrollmatrix / Historischer Trend

Übersicht: Ordnungsschema und Beispiele für Formen sozialer Fremdkontrolle

Kontrollaktivität	gerichtet auf	Machtgefälle zwischen Kontrollinstanz und Kontrollobjekt			
		Gewalt und Zwang ausübend	Fokus Überwachend	Schlichtend	Anleitend und überzeugend
REAKTIV	Körper	Physische Sanktionen, „Blutrache“	Angeordnete medizinische Untersuchung	Rehabilitationsmaßnahmen	Medizinische Therapie
	Persönlichkeit	Gehirnwäsche, Zwangstherapie	Angeordneter psychologischer Test	Anti-Gewalt-Training	Psychotherapie
	Verhalten	Judikatorische Sanktionen	Bewährungshilfe	Familienmediation, Schlichtung bei Tarifkonflikten, Zwangsschlichtung	Verhaltenserapie
PRÄVENTIV	Körper	Klitoridektomie (Beschneidung weiblicher Genitalien)	Genomanalyse Gesundheitsuntersuchung	Mutterschutz	Vorsorgeuntersuchung, Schwangerschaftsgymnastik
	Persönlichkeit	-	Personalselektion, Einstellungstest	Sozialpädagogische Familienhilfe	Beratungsangebote
	Verhalten	Vorbeugende Festnahme, Strafandrohung	Videoüberwachung, elektronische Fußfessel	Training sozialer Kompetenz	Elternschulen

Quelle: Eigene Darstellung. ⑨ Sexualität kann nicht genommen werden

den auch die drei Dimensionen Verhalten, Persönlichkeit und Körper von Kontrollobjekten unterschieden, auf die Kontrollhandlungen alternativ oder additiv gerichtet sein können (Übersicht). Unterschiede zwischen verhaltens- und persönlichkeitsbezogenen Kontrollstrategien sind vor allem im therapeutischen Bereich von Bedeutung (wie etwa Verhaltenstherapie versus Psychoanalyse), wobei man von fließenden Übergängen zwischen beiden ausgehen muss.<sup>4</sup> Trotz des Wandels gerichtlicher Sanktionen weg von körperlicher Bestrafung hin zu erzieherischen und pädagogischen Methoden sind auch heute noch Todesstrafe und Körperverschärfungen in mehreren Staaten verbreitet.

Neben den Kategorien „reakтив – прäventив“ sowie den Dimensionen „Кörper – Persönlichkeit – Verhalten“ gibt es eine weitere differenzierende Dimension. Sie bezieht sich auf das Machtgefälle zwischen Kontrollinstanz und Kontrollobjekt und umfasst verschiedene Kontrollstile. Unter Gewalt und Zwang ausübende Kontrollhandlungen fallen von Gerichten ausgesprochene Gefängnisstrafen, Einweisungen in psychiatrische Anstalten, aber auch individuelle Willkürakte

<sup>4</sup> Vgl. Allan V. Horwitz, The logic of social control, New York–London 1990.

wie sogenannte Blutrache und Fememorde. Die Mehrzahl dieser Handlungen stellen Reaktionen auf kriminelles Handeln dar; es finden sich aber auch präventive Maßnahmen darunter. Indoktrinierende Methoden wie etwa Gehirnwäsche zielen zumeist auf eine Veränderung der kompletten Persönlichkeit und sind nur bei großem Machtgefälle oder Abhängigkeitsverhältnissen anwendbar.

Der Kontrollstil des Überwachens wird demgegenüber stärker für präventive Zwecke genutzt. In dieser Hinsicht haben technische Entwicklungen in den vergangenen Jahren für eine enorme Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten gesorgt. Mit dem Einsatz neuer Überwachungstechniken ist auch eine größere räumliche und soziale Distanz zwischen Kontrollinstanz und -objekt möglich geworden. So werden beispielsweise Bürogebäude in einer Stadt per Videostandortleitung von einer Sicherheitsfirma überwacht, die in einer anderen Stadt ansässig ist. Gleichzeitig bedeutet die vermehrte Zwischenschaltung von Apparaten eine Anonymisierung der Beziehung zwischen Kontrolleur und Kontrollierten.

Allerdings sind die Rückkoppelungsakte als eigentliche reaktive Kontrollhandlungen von dieser Automatisierung selbst

nicht in gleichem Maße betroffen: Zum einen muss auch der Dieb, der beim Verlassen des Kaufhauses Alarm ausgelöst hat, wie „in alten Zeiten“ erst noch geschnappt werden. Zum andern stehen die Kontrolleure vor dem Problem, dass die eingesetzten Techniken eine Vielzahl von Informationen liefern und damit die kosten- und zeitaufwändige und langweilende Aufgabe der Selektion und Verarbeitung der zufließenden Daten nach sich ziehen. Bei vielen Käufern und Nutzern von Überwachungsapparaturen steht demgegenüber deren erhoffter Präventionseffekt, Kriminalität abzuschrecken, im Mittelpunkt.

### Hilfe zur Selbsthilfe



### Von der Fremd- zur Selbstkontrolle

#### ↳ Zielsetzung der Päd.

In der Übersicht bleibt unberücksichtigt, dass viele Kontrolleure Lernprozesse initiieren, in deren Verlauf sie danach streben, ihre Kontrollobjekte zur Selbstkontrolle anzuhalten und damit ihre Kontrolltätigkeit abzugeben. Echterliche Erziehung erscheint erst dann gelungen, wenn Kinder und Jugendliche Normen internalisiert haben und selbstverantwortlich handeln können. Des Weiteren sind zahlreiche Kontrollhandlungen im Rahmen des anleitenden oder überzeugenden Stils dadurch gekennzeichnet, dass Therapeuten, Berater und Sozialarbeiter ihre Klienten zu selbstverantwortlichem und selbstgesteuertem Handeln zu motivieren versuchen. Nicht nur Alkoholismus und Übergewicht werden heute als Abweichungen gesehen, die besser durch Selbsthilfegruppen als durch fremdgesteuerte Therapien korrigierbar sind.

Theorien, die auf der Annahme eines Individualisierungsprozesses gründen, behaupten übereinstimmend, dass Prozesse der sozialen Kontrolle zunehmend in das Individuum hinein verlagert werden, also ohne wahrnehmbare externe Kontrollinstanz ablaufen. Diese These wurde retrospektiv an historischem Material ausführlich entwickelt von Norbert Elias, der den Prozess zunehmender Selbstregulierung als konstitutiv für die Entwicklung der Zivilisation ansieht.<sup>15</sup>

① Gemäß Elias wird die Affektkontrolle „zunächst durch gesellschaftliche Fremdwänge

gewährleistet, die später durch ansozialisierte Selbstzwänge ersetzt werden. Intrinsiche, normgeleitete Motivationen ersetzen extrinsische, sanktionsorientierte Motivationen.“<sup>16</sup> Bei Elias bilden jene Individuen, welche die an sie gestellten Anforderungen der Selbstdisziplin meistern (zumeist Angehörige der Oberschichten), das Fundament für einen zivilisatorischen Fortschritt, der sich mit fortschreitender Zeit auch in den anderen sozialen Schichten durchsetzt.

### Zunehmende Abhängigkeit der Menschen

Was die Verwendung des Begriffs soziale Kontrolle betrifft, so hat sich erwiesen, dass es nicht möglich ist, Fremdkontrolle und Selbstkontrolle mit einem einheitlich definierten Kontrollkonzept abzudecken, da bei letzterer Kontrollinstanz und -objekt zusammenfallen. Vorgänge reaktiver sozialer Kontrolle mit unterscheidbaren Kontrollinstanzen und -objekten sind empirisch relativ leicht beobachtbar. Doch Prozesse der Selbstkontrolle entziehen sich direkter empirischer Beobachtung. Letztlich kann immer nur von als konform bewerteten Handlungen auf gelungene Selbstkontrolle und von deviant bewerteten Handlungen auf misslungene Selbstkontrolle interpretierend rückgeschlossen werden.

### Staat hat zunehmend das Monopol auf physische Gewalt. (Polizei)

Fallbeispiel: Unehelichkeit

Diese eher abstrakten Überlegungen werden im Folgenden anhand eines Beispiels konkretisiert. Dazu soll die Art und Weise des gesellschaftlichen Umgangs mit ledigen Müttern und ihren Kindern unter dem Blickwinkel des soeben vorgestellten Konzepts sozialer Kontrolle betrachtet werden. Zu diesem Zweck wird auch untersucht, wie sich bestimmte Kategorien, die in der oben stehenden Übersicht enthalten sind, empirisch ausformen beziehungsweise in der Vergangenheit ausgeformt haben.

Mit der Zuschreibung des Status' der Unehelichkeit wird zunächst nur der Umstand angesprochen, dass eine unverheiratete Frau ein Kind zur Welt gebracht hat. Doch in jenen Gesellschaften, in denen „die patriarchalisch strukturierte eheliche Gemeinschaft mit legitimen Kindern (...) zum allgemeinver-

<sup>15</sup> Vgl. Norbert Elias, Über den Prozess der Zivilisation, Frankfurt/M. 1976.

<sup>16</sup> Volker Eichener, Ratio, Emotion und Kognition, in: Zeitschrift für Soziologie, 18 (1989), S. 356.

⑨ Manierenbücher wurden untersucht.  
↳ Verhalten über Epochen

## \* Norm, hinsichtlich einer Familienführung.

Mann verheiratet mit Frau, diese haben Kinder

bindlichen Leitbild<sup>7</sup> wurde, war (und ist in Teilen auch heute noch) diese Zuschreibung mit einem komplexen Bündel an Sanktionen, Diskriminierungen und Stigmatisierungen verbunden. Diese Breite an Reaktionen zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht nur von formellen (Gerichte, Schulen, Jugendämter), sondern auch von informellen Kontrollinstanzen (Dorfgemeinschaft, Verwandtschaft, Arbeitskolleginnen und -kollegen) erfolgt. Der Buchtitel „Fräulein Mutter und ihr Bastard“<sup>8</sup> verweist auf diese Diskriminierungstendenzen. Auch die Wissenschaftler, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts mit der Unehelichkeit und ihren Folgen empirisch auseinanderzusetzen begannen,<sup>9</sup> konnten sich erst allmählich von solchen negativen Zuschreibungen und Diskriminierungstendenzen lösen.

Zugleich ist im Auge zu behalten, dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem sozialen Phänomen der Unehelichkeit untrennbar mit der Herausbildung und dem Aufstieg des Wohlfahrtsstaates im 19. und frühen 20. Jahrhundert verbunden war. Den einzelnen Etappen des staatlichen Umgangs mit „Unehelichen“ und ihrer jeweiligen juristischen Untersetzung soll im Folgenden besondere Beachtung geschenkt werden.

## Vom strafrechtlichen Tatbestand zur wohlfahrtsstaatlichen Disziplinierung

Um den Stellenwert der Unehelichkeit historisch einzuordnen, ist zu vergegenwärtigen, dass bis Anfang des 19. Jahrhunderts der Zugang zum Ehestatus vom sozialen und beruflichen Stand, von der Kirchenzugehörigkeit sowie von der Vermögenslage abhängig war.<sup>10</sup> Die Geltung solcher Ausschlusskriterien „produzierte“ unvermeidlich offiziell nicht gestattete sexuelle Beziehungen und in der Folge nicht eheliche Mutter- und Vaterschaft. In verschiedenen Fürstentümern

<sup>7</sup> Sybille Buske, Fräulein Mutter und ihr Bastard, Göttingen 2004, S. 10.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Vgl. Max Taube, Der Schutz der unehelichen Kinder in Leipzig, Leipzig 1893; Othmar Spann, Die Stiefvaterfamilie unehelichen Ursprungs, Berlin 1904; ders., Untersuchungen über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt/M., Dresden 1905.

<sup>10</sup> Vgl. Eva Arnold, Familiengründung ohne Partner, Münster u.a. 1999, S. 14.

wurden diese „Vergehen“ strafrechtlich sanktioniert, sofern sie polizeilich und gerichtlich bekannt wurden. Die Gesetzesbestimmungen sahen Gefängnisstrafen, Geldbußen und öffentliche Denunzierung vor. So erließ der Herzog zu Sachsen-Coburg-Saalfeld im Jahr 1825 ein „Gesetz die einfachen fleischlichen Vergehen betreffend“.<sup>11</sup>

harte Sanktionen bei Unehelich

Dieser auf Körper und Verhalten ausgerichteten Zwangskontrolle formeller Instanzen standen häufig subtilere, aber nicht weniger diskriminierende Reaktionen informeller Kontrollinstanzen wie Herkunftsfamilie, Nachbarschaft oder Arbeitgeber zur Seite. Aus der heutigen Perspektive erscheint es offensichtlich, dass diese Kontrollarbeit – so schmerhaft die damit verbundenen Sanktionen auch für die einzelnen Betroffenen waren – letztlich nur ein Sisyphus-Kampf gegen die Realitäten der menschlichen Natur sein und das unerwünschte Phänomen nicht einzämmen konnten.

\* lastern in der Familie

Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts vervielfachten Urbanisierung und Industrialisierung die Gelegenheiten zur Aufnahme nicht ehelicher Beziehungen. Viele junge Frauen wechselten aus der dörflichen Gemeinschaft in anonymere städtische Lebenswelten und waren dort vielfach als Dienstmädchen und Fabrikarbeiterinnen der elterlichen und dörflichen Kontrolle entzogen und ihren Arbeitgebern und Hausherren ausgeliefert.<sup>12</sup> Die damit verbundene Zunahme der Zahl nicht ehelicher Kinder, die materielle Armut ihrer Mütter und deren Herauslösung aus Familienverbänden erschwerten „private“ Lösungen (Aufwachsen der Kinder bei Großeltern und anderen Verwandten; Abgabe der Kinder an Pflegestellen und -mütter). Dies und die mangelnde Qualität der bis dahin entstandenen öffentlich-kirch-

<sup>11</sup> Darin wurde unter anderem ausgeführt: „Das einfache fleischliche Vergehen, das heißt, der freiwillige Beischlaf einer ledigen Mannsperson mit einer unverheyratheten Weibsperson, soll künftig als ein gemeinses Polizeyvergehen betrachtet und bestraft, und die Verhandlung der Untersuchung und die Bestrafung vor geistliche Gerichte nicht mehr gezogen, sondern beyde in Rücksicht auf die aus den Schwangerungen entstehenden civilrechtlichen Folgen (...) den treffenden Justizbehörden ausschließlich übertragen werden“ (§ 1).

<sup>12</sup> Zahlenangaben zum Beruf nicht ehelicher Mütter um 1900 finden sich bei: O. Spann, 1905 (Anm. 9), S. 33; S. Buske (Anm. 7), S. 43.

lichen Angebote an Findelhäusern begünstigten eine hohe Kindersterblichkeit, was wiederum erste Sozialreformer auf den Plan rief, die nach Lösungswegen aus dieser Misere suchten. Damit war die Saat gelegt für einen Wechsel der Sozialkontrolle weg von strafrechtlichen Sanktionen hin zu ersten wohlfahrtsstaatlich legitimierten Eingriffen: „Das uneheliche Kind wird explizit Thema unter dem Gesichtspunkt öffentlichen Schutzes. Wobei der Schutz hier zwei Dimensionen aufweist, eine medizinisch-ärztliche und eine gesellschaftspolitische.“<sup>13</sup>

Als ein solcher Sozialreformer entwickelte der Leipziger Armenarzt Max Taube ein Modell der Amtsvormundschaft, in dessen Rahmen die bis dato bei den Vormundschaftsgerichten verwalteten Vormundschaften für nicht eheliche Kinder auf die Leipziger „Ziekhäuser“ übertragen – das heißt vom juristischen in den fürsorgerischen Zuständigkeitsbereich verlagert – wurden. Gleichzeitig erfuhr die „Ziekhäuser“ eine Art Enthospitalisierung, indem nach „Ziehmüttern“ für die dort betreuten nicht ehelichen Kinder gesucht wurde.

Diese neuen Pflegefamilien wurden einer rigiden fürsorgerischen Kontrolle durch weibliche Beamte unterworfen: „Bei ihrem Eintritt betrachtet sie die Ziehmutter, überblickt die Wohnung nach Größe, Raum, Licht und Reinlichkeit; fragt nach der Anzahl der Bewohner. Darauf prüft sie das Kind, die Lagerstätte, Betten, Kleidung; besichtigt dann genau das Kind und endlich die Nahrung. Über diesen Befund gibt sie einen kurzen Bericht an die Registratur. Gleichzeitig werden in das vorhandene Ziekhäuserbuch durch zwei den Ziehmüttern unverständliche Buchstaben Bemerkungen über die Entwicklung und Verpflegung der Kinder eingetragen.“<sup>14</sup>

Reformerische Anstrengungen wie diese standen am Anfang einer Phase verstärkter fürsorgerischer Interventionen, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein dauerten. Erst das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) von 1900 gestand ledigen, volljährigen Müttern das Recht zu, für ihr Kind selbst zu sorgen, wobei für

<sup>13</sup> Dag Schöpfer, Disziplinierung der Geschlechter im Namen des Kindeswohls, Berlin 2010, S. 139.

<sup>14</sup> M. Taube (Anm. 9), S. 38.

die rechtliche Vertretung ihrer Kinder nach wie vor ein öffentlich bestellter Vormund zuständig blieb.<sup>15</sup>

Derartige rechtliche Besserstellungen konnten aber das Andauern informeller sozialer Kontrollen nicht verhindern. So stellte die Feministin und Mitbegründerin des Bundes für Mutterschutz Adele Schreiber im Jahr 1912 fest: „Am nachhaltigsten schädigten (...) das junge Weib, dessen ganze ‚Schuld‘ in seiner Mutterschaft besteht, die Härte der Eltern, die Sanktionen tugendhafter Arbeitgeber sowie die pharisäische Mitleidlosigkeit der Gesellschaft.“<sup>16</sup>

## Wandel der staatlichen Kontrolle seit den 1950er Jahren

In der deutschen Öffentlichkeit ist wenig bekannt, dass jener Artikel des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter besonderen staatlichen Schutz stellt, auch den Absatz enthält: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“<sup>17</sup> Der Umstand, dass ein solches Gleichstellungsgebot in die Verfassung aufgenommen und praktisch unverändert aus der Verfassung der Weimarer Republik (Artikel 121) übernommen wurde, deutete auf eine unerledigte politische Aufgabe hin. Besondere Aktualität erhielt dieses Gebot vor dem Hintergrund einer Vielzahl durch Kriegseinwirkungen zerriissener Familien und einer wachsenden Zahl nicht ehelicher Kinder mit Erzeugern aus den Reihen der Besatzungsmächte.

Es dauerte aber bis zum Jahr 1970, als unter Justizminister Gustav W. Heinemann das Nichtehelichengesetz verabschiedet wurde.<sup>18</sup> Dieses hatte unter anderem zur Folge, dass in allen Gesetzentexten der Begriff „unehelich“ durch „nicht ehelich“ ersetzt wurde. Das Gesetz bewirkte zudem einen wich-

<sup>15</sup> Vgl. E. Arnold (Anm. 10), S. 17.

<sup>16</sup> Adele Schreiber (Hrsg.), Mutterschaft, München 1912, zit. nach: Der Spiegel, Nr. 16 vom 15.4.1968, S. 41.

<sup>17</sup> Art. 6 Abs. 5 GG.

<sup>18</sup> Im Familiengesetzbuch der DDR wurde bereits seit 1950 nicht mehr zwischen ehelichen und nicht ehelichen Kindern unterschieden.

## Resümee

tigen Schritt in Richtung Anerkennung des Zusammenlebens Alleinerziehender mit ihren Kindern als eine Form von Familie, indem das Kind unter die elterliche Sorge der Mutter gestellt wurde und nicht länger das Jugendamt als Amtsvormund fungierte. Von 1970 bis Mitte des Jahres 1998 übernahm das Jugendamt allerdings noch die Funktion des Amtspflegers und war hierin für Fragen der Vaterschaftsanerkennung und -feststellung, für die Klärung von Unterhaltsfragen sowie für Namens- und Erbrecht des Kindes zuständig.<sup>19</sup>

Weitere Schritte in Richtung rechtlicher Gleichstellung und Rückzug fürsorglicher Kontrolle erfolgten im Rahmen der Kinderschaftsreform 1998. Mit ihrer Umsetzung wurde die Unterscheidung von ehelichen und nicht ehelichen Kindern aufgehoben. Die Jugendämter stellten ihre Aktivitäten in Form von Amtspflegschaften ein und offerierten stattdessen ihre Dienste – sofern von den unverheirateten Alleinerziehenden beantragt – in Form von Beistandschaften in Vaterschafts- und Unterhaltssachen.

Damit war eine weitere Etappe des Rückzugs direkt intervenierender wohlfahrtsstaatlicher Kontrolle in innerfamiliäre Angelegenheiten Alleinerziehender vollzogen. Stattdessen hat der Wohlfahrtsstaat eine Palette von Beratungs- und Unterstützungsangeboten ausgebreitet, deren Nutzung die Eigenaktivität der Alleinerziehenden erfordert.

Allein von den Zahlen her sind mit dem Vollzug der deutschen Vereinigung Geburten außerhalb von Ehen eher zum Normal- als zum Ausnahmefall geworden: Seit 1991 hat sich der Anteil der nicht ehelichen Geburten mehr als verdoppelt. Im Jahr 2010 wurden in den ostdeutschen Ländern 61 Prozent und in den westdeutschen Ländern 27 Prozent nicht eheliche Geburten gezählt. Selbst von den zweiten Kindern wurden in den ostdeutschen Ländern noch 49 Prozent außerhalb einer Ehe geboren; in den westdeutschen Ländern betrug dieser Anteil dagegen nur 17 Prozent.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Vgl. §§ 1706 ff. BGB in der Fassung bis 30.6.1998.

<sup>20</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trends, Berlin 2012, S. 17f.

Blickt man im Bewusstsein der soeben beschriebenen historischen Veränderungen auf die oben stehende Übersicht zurück, so ließe sich ein Trend einzeichnen, der von links oben nach rechts unten weist. Ein solcher diagonal verlaufender Pfeil entspricht praktisch dem Ergebnis

- a) eines Trends weg von Gewalt und Zwang ausübenden Modi sozialer Kontrolle hin zu Interventionen, die stärker auf Überzeugung und Anleitung beruhen.
- b) einer Bewegung von oben nach unten, bedingt durch den wachsenden Stellenwert präventiver anstelle reaktiver Kontrollmodi und durch eine bereits längere Zeit anhaltende Tendenz, das Verhalten von Kontrollobjekten zu beeinflussen anstelle körperbezogene Sanktionen und Zwangsmaßnahmen einzusetzen.

Dem entspricht die These, dass eine Verwissenschaftlichung sozialer Kontrolle<sup>21</sup> stattgefunden hat, in deren Gefolge Therapie- und andere „weiche“ Behandlungsformen in das Repertoire von Kontrollaktivitäten Eingang gefunden haben.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass solche festgestellten Trends nicht umkehrbar sind. Es wird im Zuge der zunehmenden gesellschaftlichen Fokussierung auf den Kinderschutz vom Personal der Jugendämter erwartet, dass sie in Fällen bedrohten Kindeswohls kontrollierend in Familien eingreifen und sogar mit Zwangsinstrumenten (Inobhutnahmen) Kinder aus diesen herausholen. Dies geschieht allerdings unabhängig davon, ob es sich bei den Eltern um Ehepaare, Unverheiratete oder Alleinerziehende handelt.

Mega trends

(1)

(2)

(3)

<sup>21</sup> Vgl. Reinhard Kreißl, Soziologie und soziale Kontrolle, in: Ulrich Beck/Werner Bonß (Hrsg.), Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung?, Frankfurt/M. 1989.

Désirée Waterstradt

# Sozialisierung oder Zivilisierung der Eltern?

Das heutige Verständnis von Sozialisation macht deutlich, dass die Vergesellschaftung von Menschen ein Leben lang anhält.

Désirée Waterstradt

M.A., geb. 1964; Beraterin für Marketing, Public Relations und Krisenkommunikation; derzeit Promotion zum Thema Elternschaft an der PH Karlsruhe/  
Soziologie, Georg-Angermair-Straße 1, 81245 München.  
waterstradt@waterstradt.com

Die vielschichtigen Facetten unserer Identität entwickeln wir im Laufe unseres Lebens nicht aus uns selbst heraus, sondern vor allem in den Beziehungen zu anderen Menschen – als ständige, aktive Aneignung unserer gesellschaftlichen Umgebung. „Sozialisation bezeichnet (...) den Prozess, in dessen Verlauf sich der mit einer biologischen Ausstattung versehene menschliche Organismus zu einer sozial handlungsfähigen Persönlichkeit bildet, die sich über den Lebenslauf hinweg in Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen weiterentwickelt. Sozialisation ist die lebenslange Aneignung von und Auseinandersetzung mit den natürlichen Anlagen, insbesondere den körperlichen und psychischen Grundlagen, die für den Menschen die ‚innere Realität‘ bilden, und der sozialen und physischen Umwelt, die für den Menschen die ‚äußere Realität‘ bilden.“<sup>1</sup>

In der Sozialisationstheorie spielen Eltern eine zentrale Rolle: Sie sollen die ersten Beziehungspartner und Beziehungsmaßstab jedes Menschen sein; als solche sollen sie als Übungspartner, Setzer von Bewertungsmaßstäben und emotionale Brücke in andere Beziehungsgeflechte fungieren; Eltern sollen durch das dauerhafte Zusammenleben mit ihren Kindern die primäre Sozialisationsinstanz Familie begründen.<sup>2</sup> Das gesellschaftliche und wissenschaftliche Interesse an der Sozialisation von Kindern durch Eltern ist deshalb verständlicherweise groß.

## Sozialisierung als Eltern

Die Ergebnisse der Verhaltensforschung machen einen wesentlichen Aspekt menschlicher Elternschaft deutlich: Im Umgang mit dem eigenen Nachwuchs gibt es bei Menschen kaum genetisch basierte, „natürliche“ Verhaltensaustattungen; das heißt, sie müssen sich diese im Lauf ihres Lebens erst aneignen. Sie müssen also zur Elternschaft sozialisiert werden, um den Umgang mit Nachwuchs zu erlernen. Menschliche Elternschaft ist insofern immer soziale Elternschaft, auch wenn sie unverzichtbare biologische Grundlagen hat.

Biologische Grundlagen können jedoch durch die jeweiligen Konzepte sozialer Elternschaft verstärkt oder abgeschwächt werden – wie etwa die Handhabung des Stillens zeigt: Elternschaftskonzepte gehobener Gesellschaftsschichten sahen schon in der Antike und bis ins 19. Jahrhundert, wenn möglich, eine Amme vor.<sup>3</sup> In unteren Gesellschaftsschichten sorgten bis Anfang des 20. Jahrhunderts die arbeitsbedingt geringe Stillfrequenz und die inadäquate, oft gesundheitsgefährdende Säuglingsernährung durch Tiermilch oder Nahrungsbreie für eine dramatisch hohe Säuglingssterblichkeit; auch in ganzen Regionen konnte Stillen unüblich sein – beispielsweise wurde in manchen Teilen Bayerns vor 1900 generell kaum gestillt.<sup>4</sup>

Die jeweiligen gesellschaftlichen Elternschaftsmuster geben vor, wer für welche Aufgaben bei der Sozialisierung von Kindern in welcher Phase zuständig ist, wie diese Menschen genannt werden, welche Beziehungen die verschiedenen Beteiligten untereinander haben sollen und wie sich die jeweiligen Beziehungen später weiterentwickeln sollen. Sie geben auch vor, welches Verhalten, Denken, Sprechen und Empfinden mit den jeweiligen Positionen einhergehen und damit die Kinder prägen sollen. Elternschaftsmuster können jedoch nicht jenseits der Menschen und ih-

<sup>1</sup> Klaus Hurrelmann, Einführung in die Sozialisationstheorie, Weinheim 2006, S. 15 f.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 127, S. 137.

<sup>3</sup> Vgl. Elke Niehäuser/Otmar Tönz, Zur Geschichte des Stillens, in: Veronika Scherbaum (Hrsg.), Stillen: Frühkindliche Ernährung und reproduktive Gesundheit, Köln 2003, S. 1–13.

<sup>4</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. I, München 1990, S. 18 f.

rer Gesellschaften existieren, sondern bedürfen ihrer als Träger dieser Muster. Nur wenn Menschen sie physisch und psychisch verinnerlichen, können sie diese auch verkörpern, weitertragen und dadurch gesellschaftliche Elternschaftsmuster aufrechterhalten – oder verändern. Als Träger solcher Muster „wissen“ Menschen beispielsweise, ob eine Frau ihr Kind stillen sollte oder nicht.

Der Wandel gesellschaftlicher Verhaltensmuster lässt sich häufig an den sie abbildenden Begriffskonzepten beobachten. In unserem Sprachraum etwa konnte der Begriff „Eltern“ bis zur Vereinheitlichung der deutschen Rechtschreibung vor etwa 100 Jahren noch als „Aeltern“ geschrieben werden. Diese Schreibweise deutet darauf hin, dass es in Beziehungen zu Kindern damals nicht primär um direkte genetische Abstammung ging, sondern um den Aspekt des sozialen Alters. So vollzog sich bereits im Mittelalter in Nordwesteuropa eine Lockerung des Abstammungsprinzips,<sup>15</sup> die zu einer erweiterten, flexibilisierten Verantwortungsübernahme der sozial Älteren für die Entwicklung der sozial Jüngeren führte.

Die in menschlichen Gesellschaften gelebten Elternschaftsmuster kann man auch als Habitus<sup>16</sup> der Elternschaft bezeichnen. Er gehört zur gesellschaftlichen „Umgebung“, in der Menschen aufwachsen, und er wird ihnen deshalb in seiner jeweiligen gesellschaftsspezifischen Variante zur zweiten Natur – genau wie etwa die jeweilige Sprache. So empfinden Menschen den für ihre Gesellschaft spezifischen Elternhabitus als „natürlich“ und die Elternhabitus anderer Zeiten oder Gesellschaften als „unnatürlich“, oftmals sogar als bedrohlich oder unmenschlich. Der Habitus der Elternschaft ist für jede Gesellschaft von zentraler Bedeutung, um deren Generativität und Zukunft zu gewährleisten. Auf seiner Grundlage bilden sich reale Ideale und Traumbilder von Elternschaft heraus.

Der Habitus der Elternschaft ist Teil der gesamten gesellschaftlichen Standards und Strukturen. Diese lassen Elternindividuen

<sup>15</sup> Vgl. Michael Mitterauer, Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs, München 2003, S. 276.

<sup>16</sup> Vgl. zum vielschichtigen Habitus-Konzept: Norbert Elias, Gesamtregister, Frankfurt/M. 2010.

wissen, ob sie sich mit ihrem persönlichen Elternschaftshabitus noch innerhalb oder schon außerhalb des gesellschaftlichen Elternschaftshabitus bewegen. Dies zeigen auch die gesellschaftsspezifischen Muster des „Lob- und Schimpfklatschs“<sup>17</sup> über Elternschaft an, die oftmals über viele Generationen weitergegeben werden – wie etwa unser Ausdruck der „Rabenmutter“. Je nach Spielräumen werden Verstöße gegen den jeweiligen gesellschaftlichen Elternschaftshabitus durch die umgebende Gesellschaft mehr oder weniger stark sanktioniert. Dabei reichen Sanktionen von leichten Beschämungen über Belehrungen, Schimpfklatsch, Zurechtweisungen und gemäßigte Strafen bis hin zu Haft, Folter und Todesstrafe. Während beispielsweise Kindsmord in der Antike und im Mittelalter lange Zeit als eine Art erweiterte, postnatale „Geburtenkontrolle“ üblich war, stand später darauf die Todesstrafe.

## Bedeutung des Elternschaftshabitus

Der Unterschied zwischen der „Sozialisierung durch Eltern“ und der „Sozialisierung als Eltern“ ändert den Betrachtungswinkel von Elternschaft grundlegend. Doch trotz des enormen konzeptionellen Unterschieds ist beides alltagspraktisch nur bedingt auseinanderzuhalten. Denn von klein auf lernen wir den Elternschaftshabitus unserer Gesellschaft kennen. Ob wir es wollen oder nicht, ob wir selbst Kinder haben oder nicht: Alle Menschen verinnerlichen den sozialen Elternschaftshabitus ihrer Gesellschaft von klein auf psychisch und physisch. Wie der lebenslange Spracherwerb zu einem sehr persönlichen Sprachstil wird, so wird die Aneignung des *sozialen* Elternschaftshabitus zum *persönlichen* Elternschaftshabitus. Dabei sind beide nicht starr, sondern entwickeln sich laufend weiter.

In ihrem Leben als Kinder, Jugendliche, Erwachsene oder Alte tragen Menschen stets ihre verinnerlichten Auffassungen von Elternschaft in alle Beziehungen hinein und sozialisieren andere zur Elternschaft – durch Erwartungen, Verhalten, Reden, Denkweisen, positive und negative Empfindungen,

<sup>17</sup> Vgl. Norbert Elias, Etablierte und Außenseiter, Frankfurt/M. 2006, S. 166 ff.

Gestik, Mimik, Beschämungen und zahllose andere Habitusaspekte. Da Menschen Beziehungswesen sind, haben der soziale Habitus wie der daraus entwickelte persönliche Habitus immer auch Aufforderungscharakter. So sehr die Wahlfreiheiten in etlichen Gesellschaften auch zugenommen haben mögen und so sehr wir diese auch rhetorisch verstärken, sie finden ihre Grenzen in grundlegenden Ordnungsprinzipien menschlicher Gesellschaften – wie etwa im Habitus.

In Anlehnung an den Kommunikationsforscher Paul Watzlawick ließe sich sagen, dass Menschen sich gegenseitig „nicht nicht sozialisieren“ können – auch und gerade zum Thema Elternschaft. Die hohe Emotionalisierung der Debatten zu diesem Thema bestätigt dies täglich aufs Neue: Während uns viele andere Habitusaspekte egal sind, wenn wir nicht betroffen sind, scheint sich die Betroffenheit beim Thema Elternschaft für jeden Menschen schnell einzustellen und lässt Abweichungen vom eigenen persönlichen Elternhabitus bedrohlich erscheinen. Dessen Infragestellung scheint wie ein Erdbeben für die Balancen unserer Beziehungsgeflechte zu wirken und in einer unmittelbaren Kettenreaktion viele grundlegende Aspekte unseres Lebens zu gefährden – wie etwa Gefühle, die berufliche Position, die Partnerschaft. Erhebliche Wandlungen des gesellschaftlichen Elternschaftshabitus machen eine grundlegende Neuinterpretation unseres gesamten bisherigen Lebens notwendig: War denn alles falsch, was wir früher für richtig, natürlich und unumstößlich hielten, was wir dachten und fühlten, wonach wir unser Leben und unsere sozialen Beziehungen ausgerichtet haben?

Umgekehrt können Menschen mit ihrem persönlichen Elternschaftshabitus nur sehr begrenzt gegen den sozialen Strom schwimmen. Beispielsweise spiegelt die hiesige Struktur von Berufswelt und Kleinkinderbetreuung unseren Elternschaftshabitus wider und führt in den Jahren nach der Geburt eines Kindes zu einer sehr ausgeprägten Traditionalisierung der elterlichen Geschlechterrollen. Angesichts des Gleichheitsanspruchs zieht dies zahlreiche offene und verdeckte Konflikte in Partnerschaft, Beruf und anderen Lebensbereichen nach sich – ganz zu schweigen von den inneren Konflikten der Beteiligten.

## Fehlende Geschlechtsneutralität

Dass Elternschaft nicht geschlechtsneutral ist und als zentrale Grundlage des *doing gender* gilt, haben wir von klein auf verinnerlicht. Ob bestimmte Funktionen des Elternschaftshabitus primär Frauen oder Männern oder aber beiden Geschlechtern zugeschrieben werden, ist gesellschaftsspezifisch. Wie sehr wir gesellschaftlich von der geschlechter spezifischen „Natur“ von Elternschaft überzeugt sind, zeigen bereits die tief verankerten Begriffskonzepte von weiblicher Elternschaft als „Mutterschaft“ und männlicher Elternschaft als „Vaterschaft“. Sogar soziologische Lexika kennen den Begriff der Elternschaft nicht, sondern verweisen lediglich auf familiäre und geschlechterduale Begriffskonzepte wie „Kindheit“, „Soziologie der Familie“, „Vaterschaft“ und „Mutterschaft“.<sup>18</sup>

Die Geschlechterforschung weist schon lange darauf hin, wie problematisch die Kategorie Geschlecht in Bezug auf den Elternschaftshabitus ist: Entweder das Geschlecht wird trotz besseren Sozialisationswissens als nicht weiter erklärbungsbedürftige Kategorie naturalisiert oder es wird im sprachlich geschlechterneutralen Begriff der Elternschaft verschleiert. Da uns bislang keine anderen Begriffskonzepte von Elternschaft zur Verfügung stehen, müssen wir je nach Kontext und Elternschaftsidealen entweder auf die naturalisierend-vergeschlechtlichten oder auf die geschlechtsverschleiernden Begriffe zurückgreifen: in Gesetzen, wissenschaftlichen Studien, Familienfördermaßnahmen, Spielen, Aufteilung von Haushaltsfunktionen. Unsere sprachlichen Begriffskonzepte transportieren im Sprachentwicklungsprozess eingelagerte, unterschiedliche Aspekte des Elternschaftshabitus früherer Gesellschaften und legen uns damit Beschreibungen von Elternschaft nahe, die zahlreiche Widersprüche zu unseren modernen Patchworkidentitäten entstehen lassen.

## Sozialisierung oder Zivilisierung?

Obwohl der theoretische Ansatz des Habitus heute zu den Sozialisationstheorien gezählt wird, hielten die Begründer des sozio-

<sup>18</sup> Vgl. u.a.: Gordon Marshall/John Scott (eds.), A Dictionary of Sociology, Oxford 2009.

logischen Habitusbegriffs Norbert Elias und Pierre Bourdieu davon nicht viel. Bourdieu war der Auffassung, dass eine Soziologie, die Sozialisation als Ausbildung des Habitus sieht, keine Sozialisationstheorie im engeren Sinne braucht.<sup>9</sup> Elias ging weiter: Auf der Basis sozialhistorischer Verhaltensstudien beschrieb er 1939 den Zusammenhang von Psychogenese und Soziogenese als Metaprozess menschlicher Zivilisation.<sup>10</sup> Wie die Sozialisationstheorie wies er darin zwar einerseits auf den lebenslangen psychischen Vergesellschaftungsprozess von Menschen hin. Jedoch zeigte er darüber hinaus den unauflösbarer Zusammenhang mit den historischen Entwicklungsprozessen von Gesellschaften auf. In der Verknüpfung von beidem meinte er, einen Metaprozess zu erkennen: den Zivilisationsprozess – weswegen er den lebenslangen psychischen Vergesellschaftungsprozess von Menschen als Zivilisierung bezeichnete und nicht als Sozialisierung.

Nicht nur die Entwicklungsprozesse von Menschen, sondern auch die ihrer Gesellschaften weisen jeweils eigene, quasi „individuelle“ Pfade auf. Dennoch weisen diese unterschiedlichen Entwicklungspfade nach Elias’ Überzeugung in allen menschlichen Gesellschaften langfristig in die gleiche Entwicklungsrichtung: Die Verflechtung nimmt zu, lässt Beziehungsgeflechte komplexer werden und führt zu einer Verringerung von Machtungleichheiten, die in ehemals hierarchischen Beziehungen Spannungen und Konflikte zunehmen lassen – wie etwa zwischen Herrschenden und Beherrschten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aber auch zwischen Nationen sowie nicht zuletzt auch zwischen Eltern und Kindern. Die Spannungen und Konflikte eskalieren nur dort nicht, wo das Nebeneinander ungezügelter Impulse und starker Selbstzwänge einer ebenmäßigeren, allseitigeren und stabileren Selbstregulierung von Menschen und ihren Gesellschaften weicht.

Mit seinen wissenschaftlichen Ansätzen elte Elias dem gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Mainstream voraus: Während Deutschland, Europa und die Welt im bar-

barischen Dezivilisierungsschub des deutschen Nationalsozialismus versanken, entwickelte er als exilierter deutscher Jude seine Zivilisationstheorie. Es ist wenig erstaunlich, dass sein Werk damals kaum Beachtung fand. Doch nach einer Neuauflage 30 Jahre später erhielt Elias für dieses Werk breite Anerkennung und 1977 schließlich den Adorno-Preis. Auf der Basis seiner grundlegenden Ansätze menschlich-gesellschaftlicher Entwicklung wurde er quasi *ex post* zum Klassiker der Soziologie in Theorie und Forschung – von der Wirtschafts-, Musik-, Umwelt-, Sport- und Zeitsoziologie über die Ungleichheits- und Migrationsforschung bis zur Psychologie. Im Bereich der Familien- und Elternschaftsforschung werden Elias’ Ansätze bislang jedoch eher selten verwendet.

Auf der Grundlage seiner Zivilisationstheorie waren Eltern für Elias nicht nur „die – oft unzulänglichen – Instrumente, die primären Exekutoren der Konditionierung“ im Zivilisationsprozess.<sup>11</sup> Denn auch an den Eltern-Kind-Beziehungen ließ sich nach seiner Überzeugung die Entwicklungsrichtung des Zivilisationsprozesses beobachten. Auf beide Aspekte von Elternschaft kam Elias in seinen Schriften immer wieder zurück.

Während die Kindzentrierung westlicher Familien voranschritt und das Kindeswohl wachsende Bedeutung erlangte, beschrieb Elias in einer Publikation zum „Internationalen Jahr des Kindes“ 1979 seine Sichtweise auf Familie als „Zivilisierung der Eltern“.<sup>12</sup> Er wies darauf hin, dass viele Probleme der heutigen Eltern-Kind-Beziehung Zivilisationsprobleme seien: der schwindende Machtunterschied zwischen Eltern und Kindern, die wachsende Bedeutung des Staates in der Eltern-Kind-Beziehung, das anachronistische Beharren auf einer idealisierenden Eltern-Kind-Beziehung, der wachsende Druck auf Eltern in Richtung einer ebenmäßigeren, allseitigeren und stabileren Selbstregulierung in der Beziehung zu ihren Kindern.

Seine wissenschaftlichen Ansätze hielt Elias keineswegs für unumstößlich oder abgeschlossen, sondern war an deren Verbesserung interessiert.

<sup>9</sup> Vgl. Beate Krais/Gunter Gebauer, Habitus, Bielefeld 2002, S. 61.

<sup>10</sup> Vgl. Norbert Elias, Über den Prozess der Zivilisation, Frankfurt/M. 1997.

<sup>11</sup> Ebd., S. 282f.

<sup>12</sup> Norbert Elias, Zivilisierung der Eltern, in: ders., Aufsätze und andere Schriften II, Frankfurt/M. 2006, S. 7–44.

rung interessiert, damit Menschen sich in der sozialen Welt besser orientieren können. Geraide deshalb betonte er, dass die sozialhistorisch beobachtbaren, gesellschaftlichen und psychischen Entwicklungsprozesse ohne eine Metaprozesstheorie unverständlich und unerklärbar bleiben müssten – auch die sozialhistorische Veränderung der Eltern-Kinder-Beziehung.

## Von der Kinderbeschämung zur Elternbeschämung

Im heutigen Elternschaftshabitus werden Beziehungen zu Kindern mit zweierlei Maß gemessen. Die „Balance zwischen Kindzentrierung und Kinddezentrifizierung“<sup>13</sup> spreizt sich immer weiter: Die zunehmende gesellschaftliche Kinddezentrifizierung führt für Eltern komplementär zu einer zunehmenden Kindzentrierung. Die Entwicklung lässt sich unter anderem an der Veränderung der emotionalen Selbststeuerung innerhalb der Habitusentwicklung ablesen: an Scham, Peinlichkeit, Moralvorstellungen, Geschmack, Stolz oder Ekel. Diese weichen Indikatoren machen deutlich, wofür sich wann und wer in einer Gesellschaft schämen muss. Auch für Elternschaft zeigen sie, welche Scham- und Peinlichkeitsstandards Eltern ihren Kindern beizubringen haben und welche für Eltern in ihrer Elternrolle gegenüber Dritten gelten. Mit anderen Worten: Wurde früher ein brüllendes Kind beim Einkauf beschämend zurechtgewiesen, so ist es heute an den Eltern, sich für die Szene zu schämen.

Gesellschaftliche Beschämungsbilanzen laufen entlang der jeweiligen Stärkeverhältnisse: Durch Beschämungen entwaffnete die Außenseiter, wodurch deren Gegenstigmatisierungen umgekehrt kraftlos bleiben und keinen Stachel besitzen.<sup>14</sup> Indem sich Außenseiter schämen, verurteilen sie die eigenen Erwartungen und verbieten sich, solche Erwartungen überhaupt noch erheben zu dürfen.<sup>15</sup> Fremdbeschämungen

werden mit der Zeit verinnerlicht, wodurch sie sich als Selbstbeschämungen verselbstständigen können. Mit der Verankerung einer zunehmenden Kindzentrierung im Elternschaftshabitus gilt die Beschämung von Kindern als psychisch problematisch sowie folgenschwer. Sie soll im Rahmen der Sozialisation einer freundlich-warmen, emotional zugewandt-akzeptierenden Anerkennung, positiv rückkoppelnder Anregung und entwicklungsgemäßen Anleitung weichen, welche die Wünsche und Bedürfnisse des Kindes berücksichtigen.<sup>16</sup>

Sozialhistorisch fiel die Beschämungsbalance lange Zeit zuungunsten der Kinder (und meist auch der Frauen) aus: in patriarchalen Beziehungsgeflechten gesichert durch die „väterliche Gewalt“, in ehegattenzentrierten Beziehungsgeflechten durch „elterliche Gewalt“. Eine kinddezentrizierte Gesellschaft, die von Eltern zunehmende Kindzentrierung fordert, verschiebt die Beschämungsbalance nicht nur familial zwischen Eltern und Kindern, sondern auch gesamtgesellschaftlich zuungunsten der Elternposition – ohne dadurch die Kinderposition gesamtgesellschaftlich unbedingt zu stärken. Mehr noch: Elternschaft selbst scheint zu einem Platz der Beschämung geworden zu sein.

Die Ursachen der Beschämungen reichen von direkten Äußerungen über Eigeninteressen bis zu strukturellen Blockaden – etwa die Einstufung von Familienaufgaben als „Gedöns“, der Allzweckverweis auf Verantwortung von Eltern oder die strukturelle Rücksichtslosigkeit von Wirtschaft und Staat gegenüber Eltern als Verantwortungsträgern der Familie. Unternehmen, staatliche Institutionen, Lebenspartner, pflegebedürftige eigene Eltern und Kinder stehen im Wettbewerb um die Humanressourcen von Elternindividuen. Lange Zeit führte dies vor allem Frauen in die „beschämende“ Lage, ihren wachsenden Aufgaben und Verantwortungen nicht gerecht werden zu können. Doch mit dem Wandel des männlichen Elternschaftsideals empfinden auch immer mehr Männer die distanzierte Beziehung zu ihren Kindern als unzeitgemäß und beschämend; so beginnen sie, in ehemals weibliche Beschämungssituazioni hineinzuwachsen.

<sup>13</sup> Trutz von Trotha, Eltern-Kind-Beziehung: Frankreich und Deutschland, Januar 2008, online: [www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/eltern-kind-beziehung.html](http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/eltern-kind-beziehung.html) (4.10.2012).

<sup>14</sup> Vgl. N. Elias (Anm. 7).

<sup>15</sup> Vgl. Sighard Neckel, Status und Scham, Frankfurt/M. 1991, S. 230.

<sup>16</sup> Vgl. K. Hurrelmann (Anm. 1), S. 164ff.

Allein das gesellschaftliche Kindheitsideal hält für Eltern eine fatale Beschämungszwickmühle bereit: Entweder sie gelten wahlweise als überfordernd und überehrgeizig oder als überbehütend oder vernachlässigend – für eine Frau liegt ein schmaler Grat zwischen „Super-Mutti“, „Glucke“ und „Rabenmutter“. Zudem sollen Eltern die zahllosen Beschämungen der eigenen Kinder in einer kinddezentrierten Gesellschaft wie eine Art Beschämungsschutz abfangen, abfendern und auf sich nehmen – klaglos, diskret und wirksam. Das macht die elterliche Beschämungszwickmühle nur noch unentrinnbarer, beispielsweise bei Beschwerden über Kinderlärm, schlechten Schulnoten, sexuellem Missbrauch oder Kriminalität der eigenen Kinder.

Doch auch ohne persönliche Elternschaft hält der Elternschaftshabitus mögliche Beschämungen bereit: Für Kinderlosigkeit sollten sich Menschen gegenüber einer Gesellschaft schämen, die darin Egoismus vermutet. Den unerfüllten Kinderwunsch sollten Menschen beschämmt vor einer Gesellschaft verbergen, die darin tiefliegende psychische Störungen, mangelnde Weiblichkeit oder Männlichkeit oder gar den heimlichen medizinischen Weg zum Designerbaby sieht. Die Reihe weiterer Beschämungen ließe sich problemlos fortsetzen.

## Entdeckung der Elternschaft ist notwendig

Noch weit über das Mittelalter hinaus war der Übergang zur Elternschaft in Verbindung mit der Ehe der Übergang zum selbstständigen Erwachsenenleben, während er heute vorhandene Selbstständigkeit eher einschränkt. Insgesamt ist er heute zu einem unterschätzten, nicht leicht zu bewältigenden Lebensereignis geworden, nicht zuletzt deshalb, weil es in unserer Gesellschaft ein enormer Unterschied ist, „Eltern zu haben“ oder „Eltern zu sein“. Elternschaftsideale und reale Bedingungen der Elternschaft klaffen erheblich auseinander. Deutlich wird Menschen dies erst, wenn sie selbst Eltern und von nun an zu Gefangenen und Dienern der beschämend überfordernden Ideale werden. Eltern stehen dann unter einem enormen Zeit-, Organisations-, Leistungs- und Erfolgsdruck, doch bei der Suche nach

Lösungen heißt es in Gesellschaft, Wissenschaft und Politik bislang noch eher selten: „Fragt die Eltern!“<sup>17</sup>

Von der früheren Kindererziehung wissen wir, dass Beschämung eine wirksame Methode ist, um Menschen fügsam zu machen. Bei Eltern ist dies nicht anders. Allerdings scheint es kein vielversprechender Weg zu sein, da Elternschaft erheblich an Attraktivität einbüßt. Die Beschämungsbalance könnte ein wichtiger Indikator sein, um Wandlungsphänomene der Elternschaft zu erklären – vielleicht auch das jahrhundertelange, hartnäckige Delegieren von (potenziell beschämenden) kindbezogenen Aufgaben an (oft weibliche) Außenseiter wie Sklaven, Bedienstete oder statusniedere Berufsgruppen.

Nach der „Entdeckung der Kindheit“ vor gut 200 Jahren brauchen wir dringend eine „Entdeckung der Eltern“<sup>18</sup> und der Elternschaft in ihrem gesamten sozialhistorischen, psycho- und soziogenetischen Zusammenhang. Wir benötigen mehr Wissen über die zugrunde liegende Entwicklung von Elternschaftshabitus und die damit in Verbindung stehenden Beziehungs- und Identitätsideale. Auch in Bezug auf Kinder war zunehmendes Interesse und Wissen die Basis, um von deren Beschämung und Instrumentalisierung zur Anerkennung als Individuen zu kommen und sich für ihre Wünsche und Bedürfnisse zu interessieren. Ohne weiteres Wissen über Elternschaft wird es uns nicht gelingen, den noch immer anhaltenden Schub der familialen Kindzentrierung sowie der gesellschaftlichen Kinddezentrierung zu bremsen und Elternschaft wieder attraktiver zu machen sowie zu stärken. „Das anachronistische Beharren auf einer idealisierten Vorstellung von der Eltern-Kind-Beziehung, wie von den Familienbeziehungen überhaupt, ist eines der großen Hindernisse, das einer sachgerechten Bewältigung zeitgenössischer Familienprobleme im Wege steht.“<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Vgl. Tanja Merkle/Carsten Wippermann, Eltern unter Druck, Stuttgart 2008, S. 6; Hans Bertram/Katharina Spieß, Fragt die Eltern!, Baden-Baden 2011.

<sup>18</sup> Haim Omer/Arist von Schlippe, Autorität ohne Gewalt, Göttingen 2010, S. 76.

<sup>19</sup> N. Elias (Anm. 12), S. 42f.

*Haci-Halil Uslucan · Bernd Dollinger*

# Delinquentes Verhalten Jugendlicher

*Haci-Halil Uslucan*

## Familiale Einflussfaktoren auf delinquentes Verhalten Jugendlicher

Die Jugend wird immer brutaler“, „unseire Kinder werden zu Tyrannen“, „Eltern versagen völlig bei der Erziehung“, „gewalttätige, archaische

Erziehungsmethoden von Migrantfamilien“, so und ähnlich lauten tägliche Horrormeldungen. Doch wie weit können diese Feststellungen jenseits von Einzelbeobachtungen durch empirische Forschungsbefunde untermauert werden? Welche Details und welche Analysen soll-

tten dabei berücksichtigt werden? Über die gesamte Lebensspanne betrachtet markiert die Jugendphase in allen Gesellschaften einen gefährdeten Schwellenzustand: Sie stellt ein Stadium physischer (Pubertät) und psychischer Umbrüche dar, in der vor allem die Frage der Identität eine zentrale Rolle spielt. Jugendliche können einerseits für ihre Handlungen und Verfehlungen nicht mehr den Schutzraum des Kindes beanspruchen, andererseits haben sie aber auch noch nicht die uneingeschränkten Möglichkeiten der Partizipation an der Lebenswelt des Erwachsenen.

Kulturhistorische Techniken wie Initiations- und Übergangsriten haben schon immer versucht, dieses anthropologische Datum des biografischen Überganges zu entschärfen. In modernen Gesellschaften haben jedoch solche überindividuellen Kulturtechniken an Relevanz eingebüßt; die Bewältigung dieses Überganges – vom Kind zum Erwachsenen – ist mehr denn je eine Frage des Einzelnen geworden.

Zwar widerspricht die Psychologie der Vorstellung, die Jugend sei immer und unausweichlich eine Zeit heftiger Krisen.<sup>1</sup> Nichtsdestotrotz gelten Devianz, Rebellion und Fehlanpassungen als typische Symptome dieser Phase und markieren eine gewisse Problembelastetheit dieses Lebensabschnittes. Studien, die den Zusammenhang zwischen psychologischem Wohlbefinden und Alter untersuchten, verdeutlichen, dass in fast allen Bereichen des Lebens wie Familie, Arbeit oder materieller Wohlstand Menschen unter 30 Jahren am unzufriedensten sind, sich jedoch hinsichtlich ihrer körperlichen Gesundheit durchweg positiver als ältere Gruppen zeigen.<sup>2</sup>

Die Erfahrung sozialer Anomie (das Gefühl, den eigenen „Platz in der Gesellschaft“ noch nicht gefunden zu haben) scheint im Jugendalter am stärksten ausgeprägt zu sein. Die Adoleszenz ist für männliche wie weibliche Jugendliche häufig durch ein Fehlen an sozialer Einbettung, normativer Führung und klarer Verantwortlichkeiten gekennzeichnet. Delinquenz ist aus dieser Perspektive als eine Form zu verstehen, Grenzen zu testen und an der Welt der Erwachsenen

<sup>1</sup> Vgl. Leo Montada, Delinquenz, in: Rolf Oerter/ders. (Hrsg.), Entwicklungspsychologie, Weinheim 1995.

<sup>2</sup> Vgl. Walter R. Gove, The Effect of Age and Gender on Deviant Behavior: A Biopsychosocial Perspective, in: Alice S. Rossi (ed.), Gender and the Life Course, New York 1985.

zu partizipieren; sie ist auch als Zeichen eines jugendlichen Autonomieanspruchs zu werten.

Was den lebensgeschichtlichen Verlauf von Gewalthandlungen betrifft, so heben einschlägige Studien hervor, dass die Gewalt- rate ab dem 13. Altersjahr stark ansteigt, aber spätestens nach dem 20. Jahr wieder absinkt. Eine genauere Analyse aus dem Jahr 1993<sup>13</sup> zeigt, dass es hier sinnvoll ist, zwischen zwei Gruppen zu unterscheiden: eine, deren Gewalthandlungen sich weitestgehend auf die Adoleszenz beschränkt (*adolescence-limited*), und eine andere, die über die gesamte Lebensphase Gewalthandlungen zeigt (*life-course-persistent antisocial behaviour*). So lassen sich bei der Entwicklung aggressiven Verhaltens *Frühstarter* von *Spätstartern* unterscheiden, wobei das Alter von 14 Jahren als „Marker“ zugrunde gelegt wird: Während *Frühstarter* oft durch eine häusliche Umgebung mit geringer elterlicher Aufsicht, negativen Erziehungspraktiken, aggressivem Verhalten während der Kindheit und einer Ablehnung durch Gleichaltrige charakterisiert sind, weisen *Spätstarter* während der Kindheit nur in geringem Maße aggressive Verhaltensweisen auf. Vielfach kommen Eltern von *Spätstartern* ihrer Aufsichtspflicht eher mäßig nach und haben selbst häufig Partnerschaftskonflikte.

Die Delinquenz von *Spätstartern* weist eine eher vorübergehende Natur auf und ist häufig weniger gravierend; sie ist vielfach ein „Ausprobieren“ sozialer Rollen und sozialer Normverletzungen, die abgelegt werden, wenn dieses Verhalten aus subjektiver Perspektive als nicht mehr funktional betrachtet wird. Vor allem bei der Billigung von Gewalt wird in der Forschung von einem *Aging-out*-Phänomen gesprochen: Mit zunehmendem Alter und der adäquaten Bewältigung von Entwicklungsaufgaben wird Gewalt kognitiv als eine Strategie der Konfliktlösung unattraktiver. Längsschnittstudien zeigen, dass nur rund ein bis vier Prozent aller Delinquenten ihre erste Straftat nach dem Alter von 17 Jahren begehen; ein *adult onset crime* (Beginn im Erwachsenenalter) scheint daher eher selten zu

<sup>13</sup> Vgl. Terrie Moffitt, „Life-Course Persistent“ and „Adolescent-Limited“ Antisocial Behaviour, in: Psychological Review, (1993) 100, S. 674–701.

sein.<sup>14</sup> Dabei kann die häufig besorgte Rede von der „Verjüngung“ der Delinquenzbelastung sowohl als ein sozialpolitisches Signal als auch eine „günstige Botschaft“ gedeutet werden, weil dann nämlich eher zu erwarten ist, dass diese Jugendlichen vermutlich am Beginn einer „delinquenten Karriere“ stehen und erzieherische Bemühungen eher einen Erfolg zeitigen werden.

In einigen Studien wird auf die erhöhte Gewaltbelastung von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte hingewiesen.<sup>15</sup> Doch bei der Deutung von Gewalthandlungen ist es unerlässlich, nicht allein auf den ethnischen Hintergrund zu fokussieren, sondern ebenfalls den Bildungshintergrund zu berücksichtigen. So ist in der Forschung gut belegt, dass Gewalthandlungen häufiger in Hauptschulen auftreten, Gymnasien dagegen mit diesem Problem deutlich weniger konfrontiert sind.<sup>16</sup> Gleichzeitig ist eine deutlich stärkere Präsenz von Migrantenjugendlichen in Hauptschulen zu verzeichnen. Für Heranwachsende ist der besuchte Schultyp oft verbunden mit erlebter Benachteiligung und birgt schlechtere Zukunftsperspektiven und Chancen für späteres soziales Prestige, Einkommen und vor allem Selbstverwirklichung.

Darüber hinaus ist in Erinnerung zu rufen, dass die Lebenswelten von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte heterogener und spannungsreicher sind als die der Einheimischen. Sie müssen sowohl elterliche Inkonsistenzen und Unklarheiten als auch kulturelle Inkonsistenzen, unterschiedliche Anforderungen und Erwartungen austragen. Bei ihnen kommt darüber hinaus ein Konfliktfeld hinzu, das in dieser Form bei Jugendlichen ohne Zuwanderungsgeschichte nicht vorhanden ist: das Themenpektrum um ihre Integration, Assimilation, Separation sowie ethnische Diskriminierung

<sup>14</sup> Vgl. David Farrington/Lloyd E. Ohlin/James Wilson (eds.), Understanding and controlling crime, New York 1986.

<sup>15</sup> Vgl. Dirk Baier et al., Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum, KFN-Forschungsbericht 109/2010.

<sup>16</sup> Vgl. Christian Babka von Gostomski, Einflussfaktoren inter- und intraethnischen Gewalthandelns bei männlichen deutschen, türkischen und Aussiedler-Jugendlichen, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, (2003) 23, S. 399–415.

im Alltag.<sup>17</sup> Und nicht zuletzt bringen einige Familien und Jugendliche auch Traumatisierungen oder traumatische Kriegs- und Gewalterlebnisse aus den Herkunfts ländern mit (so etwa aus dem Libanon oder Bosnien), die zu einer individuell deutlich höheren Gewalttoleranzschwelle führen.

## Rolle der Familie für das Gewalthandeln

Die Beschäftigung mit den Ursachen delinquenter Verhaltens kommt um die Institution der Familie nicht umhin, gehen doch gerade von ihr die bedeutendsten Impulse für Sozialisation und individuelle Entwicklung junger Menschen aus. Kulturhistorisch war Familie stets der Ort der primären Einweisung des Menschen in die Welt: In der Familie erfahren Kinder sowohl zuerst als auch am intensivsten elementare Gefühle wie Sicherheit, Geborgenheit, Liebe, Respekt oder Hilfsbereitschaft. Die eigenen Eltern sind die ersten Lehrerinnen und Lehrer, Bildnerinnen und Bildner des Menschen. Deshalb kann Familie sowohl ein zentraler Protektor als auch – im ungünstigen Fall – ein zentraler Risikofaktor im Leben junger Menschen sein. So zeigen beispielsweise Ergebnisse der Bindungstheorie, dass Kinder mit stabilen Bindungen an ihre primären Bezugspersonen über besser entwickelte soziale Fähigkeiten verfügen, während unsichere frühkindliche Bindungen, insbesondere bei Jungen, häufiger mit aggressivem Verhalten einhergehen.

Vor allem bei kindlichen Gewalttaten wird davon ausgegangen, dass die Erfahrung von Gewalt in der Erziehung den Kindern modellhaft vorführt, wie Konflikte mit Gewalt zu lösen sind.<sup>18</sup> Eltern dienen dabei als primäre Modelle kindlichen Verhaltens. Einheitlich zeigen die Befunde, dass Kinder mit Gewalterfahrung im Elternhaus häufig auch gegenüber Gleichaltrigen aggressiver sind als

<sup>17</sup> Vgl. Kismet Seiser, „Das ist bei türkischen Familien so ...“. Psychodynamische, kulturelle und migrationsspezifische Aspekte der Beratung von Migrantenfamilien“, in: Klaus Menne/Andreas Hundsatz (Hrsg.), Jahrbuch für Erziehungsberatung, München 2006.

<sup>18</sup> Vgl. Murray A. Straus, Beating the devil out of them: Corporal punishment in American families, Boston 1994.

Kinder ohne Gewalterfahrung. Auch Gewalt befürwortende Einstellungen sind bei Jugendlichen mit familialer Gewalterfahrung deutlich stärker ausgeprägt als bei jenen ohne Gewalterfahrung, wobei dieser Zusammenhang sich für männliche Jugendliche als stärker erweist als für weibliche.

Als psychologische Erklärung aus Resultaten der Bindungsforschung ist anzunehmen, dass Kinder, die im Elternhaus Gewalt erleiden, vermutlich zugleich bereits im Kleinkind- und Säuglingsalter nicht über verlässliche Bezugspersonen verfügten, somit von früh an eher misstrauisch gegenüber ihrer Umwelt waren und diese eher feindselig wahrgenommen haben. Im Kontakt mit anderen Kindern nehmen sie sich häufiger von diesen abgelehnt oder bedroht wahr, interpretieren die Handlungen anderer eher als feindselig oder provokativ und fühlen sich stärker genötigt, der vermeintlichen Bedrohung durch Gegenangriffe zuvorzukommen. Erlernte gewalttätige Muster werden dann in ähnlichen biografischen Kontexten wiederholt.

Nicht zuletzt zeigen Studien, dass in einem aggressiven Familienklima aufgewachsene Jugendliche nicht nur gegenüber Gleichaltrigen aggressiver waren, sondern sich auch als Erwachsene gegenüber ihren Kindern feindseliger verhielten als relativ unbelastet oder emotional akzeptiert aufgewachsene Jugendliche.<sup>19</sup> Gleichwohl die plakative Feststellung „Gewalt erzeugt weitere Gewalt, und geschlagene Kinder werden selber zu Schlägern“ in dieser Verkürzung nicht haltbar ist – denn Gewalt erfahrende Kinder können später auch depressive Verstimmungen und Rückzugsneigungen haben –, ist festzuhalten, dass das Risiko der Gewaltweitergabe bei selbst erfahrener Gewalt steigt, weil in der individuellen Entwicklung vor allem der aggressive Stil der erlebten Interaktion, also die speziellen Muster der Konfliktaustragung und Emotionsregulierung der Eltern, erworben und weitergegeben werden.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Angela Ittel/Poldi Kuhl/Nicole Werner, Familie, Geschlechterrolle und Relationale Aggression, in: Angela Ittel/Maria von Salisch (Hrsg.), Lügen, Lästern, Leiden lassen, Stuttgart 2005.

<sup>20</sup> Vgl. Ronald L. Simons et al., Intergenerational transmission of harsh parenting, in: Developmental Psychology, (1991) 27, S. 159–171.

In anderen Arbeiten, so etwa bei der sehr aufwendigen und anspruchsvollen Längsschnittstudie „Rochester Youth Development Study“,<sup>11</sup> sind die Zusammenhänge deutlicher. Die Studie konnte die Transmissionseffekte überzeugend belegen, da ein direkter Einfluss von erfahrener Gewalt auf die ausgeübte Gewalt festzustellen war. Dabei hatte die elterliche Gewalterfahrung im Alter von 12 bis 17 Jahren deutlich stärkere Effekte auf das eigene Gewaltverhalten (um das 5,2-fache gegenüber unbelasteten Jugendlichen) im Vergleich zu Jugendlichen, die Gewalt im Alter von 0 bis 11 Jahren erfuhrten (um das 1,7-fache gegenüber unbelasteten Jugendlichen). Am stärksten jedoch war die Gewaltbelastung der Jugendlichen, wenn sie bereits früh begann und immer noch anhielt.<sup>12</sup> Ferner sind gesicherte Zusammenhänge zwischen elterlicher körperlicher Züchtigung und jugendlichem Befinden wie etwa Depressivität, Suizidalität und Selbstwertgefühl vorzufinden. Mit anderen Worten: Hohe Gewalterfahrungen schlagen sich auch in erhöhten Raten an Depressivität von Jugendlichen nieder.<sup>13</sup>

Fasst man darüber hinaus die Ergebnisse familienpsychologischer Forschung zusammen, so sind sowohl für die Entwicklung als auch für die Verfestigung von Verhaltensauffälligkeiten bei Jugendlichen der Erziehungskontext beziehungsweise die *elterlichen Erziehungsstile* als eine bedeutsame Dimension herauszustellen.<sup>14</sup> Dabei kann von einer Inkonsistenz der Erziehungsstile zwischen den Elternteilen (Mutter, Vater oder andere primäre Bezugspersonen) und einer zeitlichen Inkonsistenz innerhalb der Verhaltensweisen eines Elternteils unterschieden werden, etwa der unterschiedlichen Reaktionen bei einander vergleichba-

<sup>11</sup> Vgl. zu den zentralen Ergebnissen der Studie: OJJDP Fact Sheet 103/1999, online: [www.ncjrs.gov/pdffiles1/fs99103.pdf](http://www.ncjrs.gov/pdffiles1/fs99103.pdf) (8.10.2012).

<sup>12</sup> Vgl. Terence P. Thornberry, The apple doesn't fall far from the tree (or does it?), in: Criminology, (2009) 47, S. 297–325.

<sup>13</sup> Vgl. Elizabeth T. Gershoff, Corporal punishment by parents and associated child behaviors and experiences, in: Psychological Bulletin, (2002) 128, S. 539–579.

<sup>14</sup> Vgl. Friedrich Lösel/Thomas Bliesener, Zum Einfluß des Familienklimas und der Gleichaltrigengruppe auf den Zusammenhang zwischen Substanzgebrauch und antisozialem Verhalten von Jugendlichen, in: Kindheit und Entwicklung, (1998) 7, S. 208–220.

ren erzieherischen Situationen. Zu vermuten ist, dass erzieherisch unberechenbar erlebte Elternteile die Kompetenz von Kindern und Jugendlichen, das Verhalten von Koakteuren im Alltag angemessen zu antizipieren, vermindern, weshalb diese dann häufiger in Konflikte mit Gleichaltrigen geraten und durch die höhere Konfliktanfälligkeit auch ein höheres Maß an Verletzbarkeit zeigen oder vermehrt in die Opferrolle geraten. Psychologisch betrachtet hat eine inkonsistente Erziehung (das heißt eine Unklarheit über die gültigen erzieherischen Normen) für Kinder in der Regel negative Folgen für die Entwicklung, weil sich dadurch ein „internales“ Kontrollbewusstsein – das Gefühl, die Umwelt durch das eigene Handeln steuern und mitgestalten zu können – schwächer ausbildet.

Auf der anderen Seite können in der Familie natürlich auch Ressourcen identifiziert werden: So hat sich etwa gezeigt, dass ein als positiv erlebtes Familienklima Gewalt hemmende Wirkungen entfaltet. Insofern ist die Deutung naheliegend, dass ein harmonisch erlebtes Familienklima Kindern und Jugendlichen positive Orientierungen und Handlungssicherheiten vermittelt, die es ihnen ermöglichen, in gewaltförmigen Situationen sowohl gewaltfreie Konfliktlösungen zu wählen, als auch gegenüber Konformitätsdruck von Gleichaltrigen immun zu sein, indem sie beispielsweise auf die emotionale elterliche Unterstützung zurückgreifen können. Vermutlich „schützen“ Eltern, die ihren Kindern im häuslichen Kontext Anerkennung, Akzeptanz und Verbundenheit bieten, diese davor, in Gewalthandlungen involviert zu werden.

Gilt das für alle Elternhäuser? Einige Ergebnisse legen nahe, hier schicht- und milieuspezifische Aspekte zu berücksichtigen, weil dieselben Erziehungspraktiken je nach Kontext unterschiedliche Auswirkungen zeigen können: So wirkte sich beispielsweise laut Studien aus den USA<sup>15</sup> körperliche Bestrafung erst dann negativ aus, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten wurden. Leichte körperliche Bestrafungen führten in manchen Familien zu geringe-

<sup>15</sup> Vgl. Kirby Deater-Deckard/Kenneth A. Dodge, Externalizing Behavior Problems and Discipline Revisited, in: Psychological Inquiry, (1997) 8, S. 161–175.

ren Verhaltensproblemen, während dieselbe Maßnahme (wie Klaps auf den Po) in anderen Familien die Eltern-Kind-Beziehung stärker belastete und eher als ein Zeichen mangelnder Erziehungskompetenz gedeutet wurde. Ferner sind die Folgen einer harschen Disziplinierung bei Vorliegen einer grundsätzlich emotional warmen Beziehung zwischen Eltern und Kindern längst nicht so gravierend wie bei einer emotional problematischen Beziehung.<sup>16</sup>

## Präventionsmaßnahmen

Wenn über Prävention und Intervention gesprochen wird, ist vorab zu klären, ob diese von ihrer Intention lobenswerten Maßnahmen auch immer die erwünschten Effekte zeitigen. Denn in bestimmten Konstellationen können Interventionen sogar Gewalt steigern.<sup>17</sup> Insbesondere bei sogenannten *high-risk youths*, Jugendliche mit einem hohen Gefährdungspotenzial, können Gruppentrainingsmaßnahmen eher kontraproduktive Effekte entfalten, wenn diese Jugendlichen in einem postpubertären Alter sind. Zurückgeführt wird dieser Effekt auf negative Verstärker, die von der Peergroup ausgehen: Der Einfluss Gleichaltriger war dabei etwa neun Mal stärker als beispielsweise der von Erwachsenen. Die höhere Dichte der negativen Einflüsse durch Gleichaltrige unterminierte auch den von Erwachsenen ausgehenden positiven Einfluss.

Um die generelle Wirksamkeit von Interventionsmaßnahmen einschätzen zu können, muss die Zielgruppe im Vorhinein spezifiziert werden. Dabei sind universelle Ansätze (also jene, die beispielsweise alle Jugendlichen, alle Kinder oder alle Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichten etc. in den Fokus der Prävention nehmen) weniger effektiv als selektive Ansätze, die eher bei jenen Gruppen ansetzen, die eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, das unerwünschte Verhalten auszubilden.

<sup>16</sup> Vgl. Andreas Beelmann et al., Zur Entwicklung externalisierender Verhaltensprobleme im Übergang vom Vor- zum Grundschulalter, in: *Kindheit und Entwicklung*, (2007) 4, S. 229–239.

<sup>17</sup> Vgl. Thomas J. Dishion/Joan McCord/François Poulin, When interventions harm, in: *American Psychologist*, 54 (1990) 9, S. 755–764.

Methodisch ist bei allen Präventionsprogrammen das Problem der Effektivitätsmessung eine Herausforderung: Denn mit Prävention sind stets Maßnahmen gemeint, die vorbeugend wirken sollen und letztlich die Ausbildung beziehungsweise die Ausprägung eines unerwünschten Ereignisses oder eines unerwünschten Persönlichkeitsmerkmals (wie der Aggression oder der antisozialen Persönlichkeit) verhindern sollen. Erfolg ist deshalb schwer nachzuweisen, weil es darum geht, etwas nicht Vorhandenes, nicht Ausgebildetes oder die Unterdrückung eines solchen Merkmals direkt an das Wirken einer Maßnahme zu binden. Denn es ist ja nicht der Normalfall, dass sich solche Merkmale immer ausbilden, da ja auch unabhängig von Präventionsmaßnahmen eine Vielzahl von Menschen ohne antisoziale Tendenzen aufwächst.

Darüber hinaus sollten Programme, die gezielt Kompetenzen fördern, auch nachweisen können, dass diese Entwicklung keine natürliche Veränderung ist, sondern Kompetenzzuwächsen durch die Intervention geschuldet ist. Und es sollte gezeigt werden können, dass die im Programm erlernten Verhaltensweisen einen Transfer zulassen oder tatsächlich auch transferiert werden. Konkret heißt das, dass diese im alltäglichen Handeln zum Einsatz kommen; so etwa, wenn das Kind während der Maßnahme eine Reduzierung seiner Gewalttätigkeit zeigte, sich diese auch später in seinem Alltag wiederfinden lässt und nicht auf die spezifische Trainingssituation begrenzt war.

## Gewaltprävention: Eine übergreifende Aufgabe

Jenseits dieser methodischen Anforderungen ist zu erwähnen, dass Gewaltpräventionsprogramme sich nicht nur auf das Individuum beziehungsweise auf die Familie beschränken dürfen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein müssen und den erweiterten sozialen Kontext (wie die Rolle der Gemeinde, die Rolle der Medien, Attraktivität des Quartiers, gesellschaftliche Notlagen) in den Blick nehmen müssen.

Auch sind Präventionsprogramme, die Gewalt im Kindesalter einzudämmen versuchen, besonders dann wirksam, wenn sie bei

den Eltern beziehungsweise an deren Erziehungskompetenzen ansetzen. So konnte beispielsweise bei aggressiv-verhaltensauffälligen vierjährigen Kindergartenkindern (also einer selektiven Gruppe) mittels eines Elterntrainings und durch Einsatz von Familienhelfern das auffällige Verhalten deutlich reduziert werden. Die Effekte blieben auch nach einem Jahr stabil.<sup>18</sup>

Im Allgemeinen wird bei jüngeren Kindern von einer kindzentrierten Sicht eher abgeraten; favorisiert werden familienzentrierte Maßnahmen. Denn in dieser Phase hat die Familie noch den stärksten Einfluss auf das kindliche Verhalten. Jedoch erweisen sich Elterntrainings allein als wenig wirksam, wenn Familien mehrfachen Belastungen und Risiken ausgesetzt sind (etwa Partnerschaftsprobleme, psychische Auffälligkeiten, soziale Isolation, sozioökonomische Benachteiligungen). Unter diesen Bedingungen ist nur mit mäßigen Erfolgen zu rechnen. Hier sind therapeutische sowie konkrete Verbesserungen der Lebenslage von Familien anzustreben.

Interventionsprogramme gegen jugendliche Gewaltbelastungen versprechen eher dann Erfolge, wenn sie recht früh beginnen (etwa in der Altersphase von der 3. bis 5. Klasse, in der sich das problematische Verhalten noch nicht verfestigt hat); und wenn sie im Training so durchgeführt werden, dass riskante (gefährdete) und nicht-riskante Jugendliche in einer Gruppe zusammen sind, also nicht nur eine „Behandlung“ von „gefährdeten“ erfolgt. Ein „Mix“ von „antisozialen“ und „prosozialen“ Jugendlichen scheint eher hilfreich zu sein.

Im Allgemeinen scheinen Trainings zur Förderung sozialer Kompetenzen Erfolg versprechend zu sein: Jugendliche, die an solchen Programmen teilnahmen, zeigten weniger antisoziale Verhaltensweisen. Dabei war zu beobachten, dass nach dem Training die kognitiven Fähigkeiten deutlich zunahmen und die Trainings auch vier bis sechs

<sup>18</sup> Vgl. Ulrike Lehmkuhl/Gerd Lehmkuhl/Manfred Döpfner, Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Frühe Verhaltensindikatoren, Verlauf und Interventionsansätze, in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, (2002) 45, S. 984–991.

Monate nach der Maßnahme noch ihre Wirkung zeigten. Die „harten Daten des antisozialen Verhaltens, also das sichtbare Verhalten,“ nahmen hingegen nach der Maßnahme nur tendenziell ab.<sup>19</sup>

Für die Interventionsforschung gilt als ein zentrales Prinzip, dass frühe Interventionen nur dann erfolgreich sind, wenn sie an die Familie beziehungsweise die familialen Werte und die Verwirklichung dieser Werte in Alltagsroutinen anknüpfen, hierbei also auch spezifische kulturelle Einflussfaktoren berücksichtigen.

Mit Blick auf Familien mit Zuwanderungsgeschichte heißt das, dass Interventionsmaßnahmen und Trainingsprogramme an deren alltagsweltliche Überzeugungen anschlussfähig sein sowie sprachliche und kulturelle Sensibilität zeigen müssen, wenn sie Effekte bei den betroffenen Kindern und Familien bewirken sollen.<sup>20</sup>

Letztlich sind die Voraussetzungen für die Integration neuer Werte und Überzeugungen (wie etwa des Prinzips der Gewaltfreiheit) in die eigene Wertestruktur von Angeboten und Anforderungen in einem von dem Einzelnen akzeptierten sozialen Milieu abhängig. Lediglich von außen verordnete Anweisungen haben hingegen eher geringe Auswirkungen auf die intrinsische Motivation oder auf ein auf Überzeugungen basierendes Handeln.

<sup>19</sup> Mario Gollwitzer, Ansätze zur Primär- und Sekundärprävention aggressiven Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen, in: ders. et al. (Hrsg.), Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen, Göttingen 2007.

<sup>20</sup> Vgl. Michael J. Guralnick, International perspectives on early intervention: A search for common ground, in: Journal of Early Intervention, (2008) 30, S. 90–101.

*Bernd Dollinger*

# Risiken politischer Steuerung am Beispiel der aktuellen Jugendkriminalpolitik

Prozesse der Sozialisation werden nachhaltig durch institutionelle Einwirkungen geprägt. Sozialisation findet stets innerhalb entsprechender Arrangements statt.

**Bernd Dollinger**

Dr. phil., geb. 1973; Professor an der Fakultät II, Department Erziehungswissenschaft – Psychologie, Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Universität Siegen, FB 2, Adolf-Reichwein-Straße 2, 57068 Siegen. dollinger@fbz.uni-siegen.de

Diese zu beeinflussen und förderlich zu gestalten, ist eine zentrale Aufgabe der Politik. Im Folgenden geht es um einen speziellen Bereich der damit angesprochenen Steuerungsaufgabe: die Kriminalpolitik. Sie dient in besonderer Weise der Demonstration, „dass der Staat handlungsfähig ist, dass er auf sein Gewaltmonopol pocht und dass er bürgerschaftliche Interessen ernst nimmt“.<sup>1</sup> Dies soll durch permanente Reformarbeit erreicht werden. Sie soll sicherstellen, dass der Umgang mit Delinquenz den jeweiligen gesellschaftlichen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen entspricht, und hierdurch soll zugleich Vertrauen in die politischen Akteure generiert werden.

Sehr aussagekräftig für die Jugendkriminalpolitik der vergangenen Jahrzehnte ist das Beispiel einer Reform, die mit dem 1. September 2012 in Kraft trat. Die als „Gesetz zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten“<sup>2</sup> bezeichnete Reform ist durch drei wichtige Inhalte gekennzeichnet: *erstens* die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage der „Vorbewährung“ (der Aussetzung einer Bewährungsentscheidung bezüglich der Verhängung von Jugendstrafe); *zweitens* die Einführung des sogenannten Warnschussarrestes (der Möglichkeit, Jugendstrafe zur Bewährung auszusetzen und einen jungen Täter gleichzeitig zu Jugendarrest zu verurteilen) sowie *drittens* die Verlängerung der maximalen Dauer einer Ju-

gendstrafe bei wegen Mordes verurteilten Heranwachsenden von bisher 10 auf 15 Jahre.

Diese Änderungen waren seit längerer Zeit Gegenstand von Forderungen einzelner Bundesländer und wurden in den Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung im Jahr 2009 aufgenommen. Angesichts der Vorlaufzeit handelte es sich nicht um einen Schnellschuss. Das Beispiel lässt sich folglich gut als Exempel für Prinzipien politischer Steuerung verwenden.

## Reformen des Jugendstrafrechts und empirische Befunde

Sehen wir dazu auf die wissenschaftliche Einschätzung der Reform. Im Gesetzesentwurf selbst wird – wie dies auch das Bundesverfassungsgericht fordert – auf eine „Wirkungsorientierung“ Wert gelegt, derzufolge jugendstrafrechtliche Regelungen und das Jugendstrafverfahren am Ziel der Legalbewährung des Einzelnen auszurichten sind. Dies erfordert, so wird festgehalten, „eine beständige Überprüfung auf kriminologischer und empirischer Grundlage, ob die gesetzlichen Regelungen im Hinblick auf die genannte Zielsetzung noch ausreichend und angemessen sind.“<sup>3</sup> Es ist vom Gesetzgeber sicherzustellen, dass die entsprechenden Vorgaben tatsächlich geeignet sind, ein Leben ohne Straftaten zu fördern und die jugendliche Identitätsentwicklung nicht unnötig gefährdet wird.

Allerdings ist es zumindest ambivalent, wenn eine empirische Begründung der Reform zwar anerkannt, ihr aber zugleich widersprochen wird, soweit der „Warnschussarrest“ und die Erhöhung der maximalen Dauer von Jugendstrafe infrage stehen: Zum einen hatten der Rechtsausschuss des Bundestages, der Ausschuss für Frauen und Jugend sowie der Finanzausschuss an den Bundesrat – letztlich erfolglos – die Empfehlung ausgesprochen, die Reform nicht zu billigen, sondern den Vermittlungsausschuss anzurufen.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Bernhard Frevel, Kriminalpolitik im institutionellen System der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Jürgen Lange (Hrsg.), Kriminalpolitik, Wiesbaden 2008, S. 118.

<sup>2</sup> BT-Drucksache 17/9389.

<sup>3</sup> Ebd., S. 11.

<sup>4</sup> Vgl. BR-Drucksache 350/1/12.

In den Empfehlungen der Ausschüsse heißt es, die Ausweitung des Arrests sei „überflüssig und rechtssystematisch verfehlt“, und die Erhöhung der maximalen Jugendstrafe sei „überflüssig“. Zum anderen legen die verfügbaren kriminologischen Befunde nahe, dass beide Reformmaßnahmen kontraproduktiv sind, da von ihnen zu erwarten ist, dass sie mit einer Erhöhung von Rückfallquoten assoziiert sind.

Entsprechend unzweideutig äußern sich wissenschaftliche Expertinnen und Experten: Beispielhaft sei genannt, dass der Kriminologe Arthur Kreuzer zur Ausweitung des Jugendarrests auf eine „Einmütigkeit“ unter Fachleuten „über dessen Nutzlosigkeit, ja Schädlichkeit“ aufmerksam macht.<sup>5</sup> Rückfallstudien weisen die starke Belastung junger Täterinnen und Täter mit Arrestfahrung durch wiederholte Deliktbegehung nach.<sup>6</sup> Von einem Ausbau des Jugendarrests, wie ihn der „Warnschussarrest“ leistet, wird deshalb erwartet, dass die Rückfallquoten der betroffenen jungen Täterinnen und Täter „verschlechtert werden“.<sup>7</sup>

Ähnlich fällt die wissenschaftliche Einschätzung langer Inhaftierungszeiten durch Jugendstrafe aus. Bei einer langen Haftdauer ist von besonderen „entsozialisierenden Folgen des Freiheitsentzugs“ auszugehen.<sup>8</sup> Mit der Haftentlassung hat sich die Lebenssituation für den Betreffenden „regelmäßig gegenüber dem Verurteilungszeitpunkt mit dem Abbruch sozialer Beziehungen, dem Verlust von Wohnung und Arbeit sowie der Schuldanhäufung noch verschlechtert“.<sup>9</sup> Dabei wei-

<sup>5</sup> Arthur Kreuzer, Warnschussarrest ist ein kriminalpolitischer Irrweg, 27.4.2012, online: [www.zeit.de/politik/deutschland/2012-04/warnschussarrest-bundestag](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-04/warnschussarrest-bundestag) (6.6.2012).

<sup>6</sup> Vgl. Jörg-Martin Jehle et al., Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine kommentierte Rückfallstatistik, Berlin 2003; ders. et al., Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2004 bis 2007, Berlin 2010.

<sup>7</sup> Vgl. Christine Hügel, Quo vadis Jugendarrest?, in: Eric Hilgendorf/Rudolf Rengier (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Heinz, Baden-Baden 2012, S. 415–425.

<sup>8</sup> Klaus Laubenthal/Nina Nestler, Geltungsbereich und Sanktionenkatalog des JGG, in: Bernd Dollinger/Henning Schmidt-Semisch (Hrsg.), Handbuch Jugendkriminalität, Wiesbaden 2011<sup>2</sup>, S. 475–482.

<sup>9</sup> Heribert Ostendorf, Jugendgerichtsgesetz, Baden-Baden 2009<sup>8</sup>, S. 490f.

sen empirische Längsschnittstudien nach, dass stabile soziale und berufliche Integrationsverhältnisse für die Beendigung von – statistisch insgesamt relativ seltenen – längerfristigen Kriminalitätskarrieren junger Täter besonders bedeutsam sind, während Inhaftierung diese Beendigung erschwert.<sup>10</sup> Eine Verlängerung der maximalen Dauer von Jugendstrafe führt folglich nach aktuellem, empirisch gesichertem Kenntnisstand zu einer Erhöhung von Rückfallquoten.

## Erklärungsversuche

Selten ist sich die Wissenschaft so einig wie im Falle der beiden eben diskutierten Reformmaßnahmen des Jugendstrafrechts: „Warnschussarrest“ und verlängerte Inhaftierungszeiten scheinen nicht die Bevölkerung zu schützen und die Legalbewährung von jungen Delinquennten zu fördern. Wiedereingliederung beziehungsweise Erziehung von Tätern zur Sicherheit der Bevölkerung werden folglich mit großer Wahrscheinlichkeit selten Erfolg zeitigen. Tatsächlich sind die empirischen Befunde derart eindeutig, dass politischen Akteuren der Widerspruch der Reformen mit dem wissenschaftlichen Kenntnisstand bekannt sein müsste. Ausschüsse und Experten hatten dies wiederholt deutlich gemacht.

Dieser Widerspruch von empirischer Be fundlage und politischem Handeln ist nicht neu. Er wurde und wird international breit diskutiert, da die Kriminalpolitik sich seit den 1970er Jahren zunehmend vom Rat der Wissenschaft und von Experten entfernt.<sup>11</sup> Es ist wichtig, diese Prozesse zu verstehen, da es nicht um Politikerschelte gehen soll. Vielmehr ist begreiflich zu machen, welchen Logiken Jugendkriminalpolitik gehorcht. Es existieren verschiedene Erklärungsversuche, um dies zu rekonstruieren. Drei wichtige Interpretationen seien genannt:

Punitive Bevölkerung: Es wird angenommen, Politikerinnen und Politiker seien durch eine hohe Straflust (Punitivität)

<sup>10</sup> Vgl. Edward Mulvey, Highlights From Pathways to Desistance: A Longitudinal Study of Serious Adolescent Offenders, in: Juvenile Justice Fact Sheet, März 2011, online: <https://ncjrs.gov/pdffiles1/ojjdp/230971.pdf> (30.7.2012).

<sup>11</sup> Vgl. David Garland, Kultur der Kontrolle, Frankfurt/M. 2008.

in der Bevölkerung gleichsam gezwungen, Strafverschärfungen zu realisieren. Sie kämen durch punitive Reformen demnach lediglich einer rechtsstaatlichen Aufgabe nach, nämlich dem moralischen Empfinden einer Mehrheit in der Bevölkerung zu entsprechen. Diese Annahme kann als widerlegt betrachtet werden: Zum einen werden Politikerinnen und Politiker selbst aktiv, um Strafverschärfungen durchzusetzen, um sich selbst als besonders durchsetzungsfest zu präsentieren.<sup>12</sup> Zum anderen ist die Bevölkerungsmehrheit nicht besonders punitiv eingestellt; nicht einmal für die USA (die sehr hohe Inhaftierungsraten haben) trifft dies als pauschale Aussage zu.<sup>13</sup> Werden ausreichend differenzierte Fragen gestellt, so erweisen sich viele Menschen als interessiert an Maßnahmen der Resozialisierung und des Schadensausgleichs.<sup>14</sup>

Eingeschränktes Handlungspotenzial der Politik: Politik scheint in vielen Bereichen des modernen Lebens kaum noch steuerungsfähig oder -willig zu sein. Die Kriminalpolitik bietet einen Ausweg, da sich zumindest beim Umgang mit Delinquenz die Instanzen des Staates als besonders handlungsfähig erweisen könnten. Eine Ausweitung strafrechtlicher Sozialkontrolle sei deshalb systematisch verbunden mit der staatlichen „Unfähigkeit zur Kontrolle der grenzüberschreitenden Kapital-, Menschen- und Zeichenströme“.<sup>15</sup> Tatsächlich erweisen sich entsprechend der These Loïc Wacquants international stark liberalisierte Gesellschaften als besonders straffreudig; Länder mit gering ausgebautem Wohlfahrtsstaat und deregulierter Wirtschaft zeigen besonders hohe Inhaftierungsraten.<sup>16</sup>

<sup>12</sup> Vgl. Katherine Beckett, *Making crime pay*, New York 1997.

<sup>13</sup> Vgl. Elizabeth K. Brown, *The dog that did not bark. Punitive social views and the professional middle class*, in: *Punishment & Society*, 8 (2006), S. 287–312.

<sup>14</sup> Vgl. Karl-Heinz Reuband, *Steigende Punitivität oder stabile Sanktionsorientierungen der Bundesbürger?*, in: *Soziale Probleme*, 21 (2010), S. 98–116.

<sup>15</sup> Vgl. Loïc Wacquant, *Die neoliberale Staatskunst: Workfare, Prisonfare und soziale Unsicherheit*, in: Bernd Dollinger/Henning Schmidt-Semisch (Hrsg.), *Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen*, Wiesbaden 2011, S. 77–109.

<sup>16</sup> Vgl. David Downes/Kirstine Hansen, *Welfare and punishment. The relationship between welfare spending and imprisonment*, in: *Crime and So-*

## Punitiver Wandel im Umgang mit Kriminalität?

Seit einigen Jahren wird in der kriminologischen Forschung über die Frage diskutiert, ob es einen „punitiven Wandel“ im Umgang mit Kriminalität gegeben hat. Gemeint ist die These, dass sich der Umgang mit Kriminalität zunehmend von einer wohlfahrtsstaatlichen Maxime der Resozialisierung entfernt und immer stärker auf Vergeltung, Sühne und Gesellschaftsschutz Wert gelegt wird. Einen wesentlichen Impuls für diese Annahme lieferten Entwicklungen in den USA und England/Wales sowie steigende Inhaftierungsraten in verschiedenen weiteren westlichen Ländern. Die breite Debatte zeigt jedoch, dass differenziert werden muss. So entwickeln sich massenmediale Diskurse, kriminalpolitische Trends, die Bevölkerungsmeinung und die institutionelle Rechtsanwendung nicht automatisch in die gleiche Richtung. Massenmedien berichten oftmals stark pointiert über Delikte, beispielsweise indem scheinbar klare Rollen (Täter versus Opfer) verteilt werden oder Tathintergründe unklar bleiben. In der Kriminalpolitik zeigte sich in Deutschland in den vergangenen Jahren ein Zuwachs an Punitivität. Dem internationalen Trend gemäß werden wissenschaftliche Befunde weniger als früher entscheidungsrelevant. Kriminalpolitische Reformen richten sich stattdessen mitunter an eine vermutete Bevölkerungsmeinung, etwa indem schwerwiegende Einzelfälle übergeneralisiert werden und akuter Handlungsdruck unterstellt wird. Die Bevölkerung selbst ist dabei keineswegs generell punitiv eingestellt, da zwischen Delikten und Tätergruppen unterschieden wird. Bezuglich der Handlungspraxis von Jugend- und Staatsanwälten sowie Jugendrichtern zeigt sich ebenfalls, dass die These einer allgemein gestiegenen Punitivität kaum zutrifft. In einer differenzierten Analyse im Jahr 2012 machte Wolfgang Heinz darauf aufmerksam, dass die Annahme einer wachsenden Strafbereitschaft „empirisch nicht bestätigt werden“ kann. Restriktiver als früher werden jedoch Gewalt- und Sexualdelikte behandelt.

Ohne dass diese These dadurch grundlegend hinterfragt wird, wird allerdings an-

ciety, 2000, online: [www.crimeandjustice.org.uk/opus303/Welfare\\_and\\_Punishment\\_webversion.pdf](http://www.crimeandjustice.org.uk/opus303/Welfare_and_Punishment_webversion.pdf) (26.8.2012); John R. Sutton, *The Political Economy of Imprisonment in Affluent Western Democracies, 1960–1990*, in: *American Sociological Review*, 69 (2004), S. 170–189.

gemahnt, dass sie zu unspezifisch ist. Es ist auf nationale und regionale Differenzen hinzuweisen; sie wirken langfristig und führen zu jeweils besonderen kriminalpolitischen und strafrechtlichen Systemen.<sup>17</sup> Die Kriminalpolitik eines Landes kann beispielsweise nicht aus ökonomischen Strukturen abgeleitet werden, sondern es zeigen sich national jeweils spezifische institutionelle Bedingungen. Um Kriminalpolitik und entsprechende Reformen verstehen zu können, ist deshalb genau zu analysieren, wie kriminalpolitische Systeme aufgebaut sind und welche diskursiven Deutungen sowie Begründungen angeführt werden, um Strafverschärfungen durchzuführen.<sup>18</sup>

Dies führt zur dritten Position, die auf Diskussionen um ein „symbolisches Strafrecht“ zurückgeht. Es wird damit nicht bestritten, dass ohnehin jede (straf-) rechtliche Regelung auch symbolische Qualitäten aufweist. Gemeint ist vielmehr eine besondere symbolische Qualität, und zwar eine hohe Expressivität der Darstellung und Kommunikation strafrechtlicher Normierungen bei gleichzeitigem Verzicht des Gesetzgebers auf eindeutige, begrenzte und zielfokussierte Regelungen. Der Hinweis auf ein symbolisches Strafrecht benennt in diesem Sinne eine „gleisnerische Vorspiegelung gesetzlicher Effektivität und Instrumentalität“,<sup>19</sup> während faktisch die Erreichung des explizit genannten Ziels nicht beabsichtigt oder realistisch ist. Es gehe mehr um politische Selbstdarstellung denn um faktischen Rechtsgüterschutz. Mitunter komme es sogar bloß auf die Ausformulierung, Titulierung und öffentliche Darstellung einer Normierung an, während die Normwendung weniger bedeutsam sei: Für die Politik genügten „exemplarische Aktivitätsnachweise“,<sup>20</sup> selbst wenn die Rechtsanwendung durch unklare Vorgaben und Zielbestimmungen vor Probleme gestellt werde.

<sup>17</sup> Vgl. Michael Tonry, Determinants of Penal Policy, in: Crime and Justice, 36 (2007), S. 1–48.

<sup>18</sup> Vgl. David A. Green, When children kill children. Penal populism and political culture, Oxford 2008.

<sup>19</sup> Winfried Hassemer, Symbolisches Strafrecht und Rechtsgüterschutz, in: Neue Zeitschrift für Strafrecht, 9 (1989), S. 553–559.

<sup>20</sup> Peter-Alexis Albrecht, Kriminologie, München 2010<sup>4</sup>, S. 74.

Die Positionen schließen sich nicht unmittelbar aus; vor allem der zweite und dritte Standpunkt ergänzen sich auf der Grundlage unterschiedlicher Schwerpunkte. Insbesondere die dritte Annäherung zeigt dabei Überschneidungen mit der obigen Analyse der aktuellen Reform des Jugendstrafrechts. Betrachten wir hierzu kurz den Begriff „Warnschussarrest“. Er signalisiert, dass jungen Delinquenten nun gewissermaßen ein „Schuss vor den Bug“ gegeben werde. Durch eine martialische Sprache („Warnschuss“) wird eine feindselige, ja kriegerische Haltung gegen Jugendkriminalität dargestellt. Wer Warnschüsse abgibt, will nicht resozialisieren, erziehen oder verstehen, er will durchgreifen und nötigenfalls, wenn auch der „Warnschuss“ nicht abschreckt, endgültig „ernst machen“. Die Symbolik der Regelungen ist entsprechend eindeutig. Es kann vermutet werden, dass der konkrete Gehalt der neuen Regelung in der Bevölkerung nicht im Einzelnen klar ist. Bereits zuvor konnten junge Täter beispielsweise bis zu vier Wochen Arrest erhalten (als „Dauerarrest“ gemäß § 16 Abs. 4 Jugendgerichtsgesetz). Untersagt war hingegen dessen Koppelung mit einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe. Ohnehin waren viele der mit einer Bewährung bedachten jungen Täterinnen und Täter bereits zuvor arrestiert oder in Untersuchungshaft, sodass sie durch Arrest nicht abgeschreckt wurden beziehungsweise werden konnten.<sup>21</sup>

Aber dies scheint unerheblich, denn die Politik tritt nun, indem der Terminus „Warnschussarrest“ massenmedial verbreitet wird, als Instanz auf, die jungen Tätern entschieden entgegentritt. Dies fügt sich ein in eine lange Reihe demonstrativ repressiver Inszenierungen strafrechtlicher Reformen.<sup>22</sup> Kriminalpolitik richtet sich über

<sup>21</sup> Vgl. A. Kreuzer (Anm. 5).

<sup>22</sup> So ist es kein Zufall, dass alleine der Name zahlreicher Reformvorschläge ein „hartes Durchgreifen“ der Politik signalisiert. Beispielhaft seien Reforminitiativen der Länder in den vergangenen Jahren genannt: „Gesetz zur Erleichterung ausländerrechtlicher Maßnahmen bei der Bekämpfung von Jugendgewalt und Kriminalität“ (Gesetzesantrag Bayern vom 4.3.2008); „Gesetz zum Schutz vor schweren Wiederholungstaten durch Anordnung der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung bei so genannten Ersttätern“ (Gesetzesantrag Meck-

symbolische Politik demnach an ein öffentliches Publikum und nur sekundär an Straftäter.<sup>23</sup>

## Folgewirkungen symbolischer Kriminalpolitik

Die Rationalität staatlicher Kriminalpolitik erweist sich angesichts der bisherigen Be trachtungen als ausbaufähig, zumindest in ihrem gegenwärtigen Auftreten und unter Bezug auf die Zielsetzung, Kriminalität zu verhindern. Aber eine normative Bewertung der Kriminalpolitik soll hier nicht im Vordergrund stehen. Wichtiger ist der analytische Umgang mit den skizzierten Besonderheiten der Kriminalpolitik. Sie ist auf besondere Weise symbolisch ausgerichtet und besitzt zugleich konkrete Folgewirkungen. Diese ergeben sich in verschiedene Richtungen.

Betrachten wir zunächst mögliche Folgen für die politischen Akteure. Intendiert sind natürlich Zustimmungsgewinne auf Seiten der Wählerschaft. Da diese nur in Ausnahmefällen kriminologisch geschult ist, ist der empirische Gehalt von Reformvorhaben relativ irrelevant, um diesen Zweck zu erreichen. Wenn nicht massenmedial wirksame Gegenmacht mobilisiert werden kann (etwa durch Wissenschaftler, die sich öffentlich artikulieren), so können die symbolischen Botschaften von der angeblichen Notwendigkeit eines „harten Durchgreifens“ gegen Kriminalität voll zum Tragen kommen. Dennoch sind Strafverschärfungen für politische Akteure kein Selbstläufer. Kriminalpolitik ist mit Motiven des Bevölkerungsschutzes und der Herstellung von Sicherheit verwoben, sodass Politiker entsprechend authentisch und glaubwürdig wirken müssen. Sie müssen ihre (Wahl-)Interessen auf eine Weise verfolgen, die sie nicht unmittelbar sichtbar macht. Dies gelingt, wenn an kulturell etablierte Einstellungen zu Jugend und

lenburg-Vorpommern vom 7.12.2005); „Gesetz zur Vermeidung von Rückfalltaten gefährlicher junger Gewalttäter“ (Gesetzesantrag Baden-Württemberg vom 20.1.2006) und „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Wiederholungstaten von Sexual- und Gewalttätern“ (Gesetzesantrag Bayern vom 13.12.2006).

<sup>23</sup> Vgl. David Garland, Punishment and modern society, Chicago 1993.

Kriminalität angeknüpft werden kann und massenmediale Darstellungen die entsprechende Haltung stützen.<sup>24</sup>

Ferner sind Reformvorhaben direkt relevant für (potenzielle) junge Täterinnen und Täter. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sie nach aktuellem Kenntnisstand durch umfassendere Arrestierung oder Inhaftierung kaum verbessert werden, sondern den schädlichen Folgen einer Sozialisation in „totalen Institutionen“<sup>25</sup> unterliegen: Sie werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Einpassung in informellen Gruppenzwang, zu Motiven der Selbstdurchsetzung und zu weiteren Einstellungs- und Verhaltensweisen „erzogen“, die selten rückfallverhindernd wirken. Zudem werden ihre zukünftigen Integrationschancen beschränkt.

Zu bedenken sind außerdem indirekte Folgen für Jugendliche, die (noch) nicht polizeilich auffällig wurden. Fast alle Jugendliche begehen – meist bagatellhafte – Delinquenz; es handelt sich um eine statistische Normalität jugendlicher Lebensführung.<sup>26</sup> Strafrechtliche Normen wirken angesichts der weiten Verbreitung von Delinquenz unter Jugendlichen nicht abschreckend: Sie sind entweder weitgehend irrelevant<sup>27</sup> oder sie werden von Jugendlichen genutzt, um sich von der „Mehrheitsgesellschaft“ zu unterscheiden, indem durch Delinquenz im Rahmen von Freunde gruppen Status ausgehandelt und Normgeltungen getestet werden. Die Übertretung von Normen kann hierbei subjektiv aufregend sein, indem Tabus gebrochen und gemeinsam mit Freunden durch die Regelverletzung Spannung erlebt

<sup>24</sup> Auch neue Medienformate scheinen im thematischen Kontext von Sicherheit und Kriminalität kaum dem Anspruch einer neutralen, sachangemessenen Darstellung zu entsprechen, sondern stützen eine hohe Straforientierung. Vgl. Jo Reichertz/ Oliver Bidlo/Carina J. Englert, Vom Securitainment zum Media-Con-Act(ivat)ing – Die Bedeutung der Medien bei der Herstellung Innerer Sicherheit, in: Kriminologisches Journal, 44 (2012), S. 181–197.

<sup>25</sup> Vgl. Erving Goffman, Asyle, Frankfurt/M. 2006<sup>15</sup>.

<sup>26</sup> Vgl. Michael Walter/Frank Neubacher, Jugendkriminalität, Stuttgart 2011<sup>4</sup>.

<sup>27</sup> Vgl. für das Beispiel Cannabiskonsum: Karl-Heinz Reuband, Strafverfolgung als Mittel der Generalprävention?, in: Bernd Dollinger/Henning Schmidt-Semisch (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Suchtforschung, Wiesbaden 2007, S. 131–168.

wird.<sup>28</sup> Offensichtlich ist es fester Bestandteil jugendlicher Sozialisation, eigenständig mit bestehenden Normierungen umzugehen und sie zu übertreten, während die Erwartung, man könne Jugendliche mit drastischen Sanktionsdrohungen abschrecken, an der Realität jugendlicher Lebensführung vorbeizieht. In der Kriminologie besteht vielmehr Einigkeit, dass jugendliche Delinquenz nicht dramatisiert werden sollte.<sup>29</sup> Wenn Jugendliche feste Partnerschaften eingehen und sukzessive beruflich integriert werden, verlieren sich diese Verhaltenstendenzen ohnehin meist von selbst.

Betrachten wir auf dieser Basis erneut die von der aktuellen Jugendkriminalpolitik vermittelte Botschaft, man müsse „härter“ als bislang gegen Jugendkriminalität vorgehen. Delinquenz wird durch die entsprechenden Darstellungen als eine Gefahr für die soziale Ordnung vorgestellt. Natürlich geht von Jugendkriminalität in Einzelfällen durchaus eine Gefahr für Menschen aus. Aber wie zuvor beschrieben, sind auch die sehr selten auftretenden schwerwiegenden Formen von Jugendkriminalität ein Fall für besonnene, zurückhaltende Maßnahmen und nicht für die Demonstration von Handlungsbereitschaft.

Wird Jugendkriminalität entgegen diesem Befund als nicht tolerierbares, der un nachgiebigen Intervention bedürftiges Problem behandelt, so müssen Jugendliche als ein Risiko für die Gesellschaft erscheinen.<sup>30</sup> Immer neue Warnungen vor einer „Welle“ der Jugendkriminalität, einer zunehmenden Brutalisierung „der“ Jugend, der ohne Anlass zuschlagenden „ausländischen Intensivtäter“ oder Ähnliches vermitteln ohne empirische Basis das Gefühl einer hohen Bedrohung durch Jugendliche und machen sie zu einem argwöhnisch zu betrachtenden Risiko.<sup>31</sup> So kann die oftmals zitierte The-

<sup>28</sup> Vgl. Jock Young, Merton with energy, Katz with structure: The sociology of vindictiveness and the criminology of transgression, in: *Theoretical Criminology*, 7 (2003), S. 389–414.

<sup>29</sup> Vgl. B. Dollinger/H. Schmidt-Semisch (Anm. 8).

<sup>30</sup> Vgl. Roland Anhorn, Von der Gefährlichkeit zum Risiko – Zur Genealogie der Lebensphase „Jugend“ als sozialem Problem, in: ebd., S. 23–42.

<sup>31</sup> Vgl. Detlev Frehsee, Korrumperung der Jugendarbeit durch Kriminalprävention?, in: Thomas Freund/Werner Lindner (Hrsg.), *Prävention*, Opladen 2001, S. 51–67.

se einer wachsenden Gewaltbereitschaft Jugendlicher empirisch nicht bestätigt werden. Beispielsweise wird in einer Studie auf der Basis einer Abwägung verschiedener Befunde festgestellt, „dass von einer zunehmenden Brutalisierung der Jugendgewalt nicht die Rede sein kann“.<sup>32</sup> Zu beachten ist hierbei, dass die Sensibilität gegenüber entsprechenden Verhaltensweisen zugenommen hat, sodass sie häufiger formell registriert werden, was aber nicht mit einer Zunahme des Verhaltens zu verwechseln ist. Wenn jugendliche Identitätsgestaltung und Sozialisation – sei es im Falle von Delinquenz oder nicht – entscheidend von sozialer Anerkennung und gesellschaftlichen Teilhabechancen geprägt werden, so zeigt sich erneut, dass eine auf einfache Rhetoriken abstellende Jugendkriminalpolitik kontraproduktiv ist.

## Fazit

Die Betrachtung der Jugendkriminalpolitik führt zu einer Ernüchterung: Politische Steuerung operiert in erster Linie nach Eigenlogiken des politischen Systems und deren Interaktion mit massenmedialen Darstellungen. Die politisch-massenmediale Kooperation der Kriminalitätsdarstellung<sup>33</sup> führte zuletzt zu einer Ausweitung von Kontrollbestrebungen und einer Dramatisierung von Bedrohungsrisiken, die einer realistischen Prüfung nicht standhalten.<sup>34</sup>

Ein wichtiger Schritt, um eine Instrumentalisierung von Kriminalität als Mittel politischer Selbstlegitimation zu vermeiden, kann darin bestehen, auf die Beschränkung von Kriminalitätskontrollen Wert zu legen. Während jüngst Prävention immer früher, Kontrolle immer umfassender und Ausgrenzung immer rigider angelegt war, ist es angebracht, auf rechtsstaatliche Selbstbeschränkung Wert zu legen, wie dies auf der Grundlage einer liberalen Strafrechtstheorie mit Recht eingefordert wird.<sup>35</sup>

<sup>32</sup> Dirk Baier, Jugendliche als Täter und Opfer, in: DVJJ (Hrsg.), *Achtung (für) Jugend!*, Mönchengladbach 2012, S. 179.

<sup>33</sup> Vgl. Sebastian Scheerer, Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf, in: *Kriminologisches Journal*, 10 (1978), S. 223–227.

<sup>34</sup> Vgl. Tobias Singelnstein/Peer Stolle, *Die Sicherheitsgesellschaft*, Wiesbaden 2012<sup>3</sup>.

<sup>35</sup> Vgl. P.-A. Albrecht (Anm. 20).

Die symbolische Qualität politischer Kommunikation zeigt allerdings die besondere Herausforderung, die sich hier ergibt: Kriminalpolitische Steuerung operiert oftmals durch emotionalisierende Darstellungen. So wird im Rahmen einer populistischen Kriminalpolitik die vermeintlich hohe Kriminalität von „Ausländern“ angeprangert oder der aus benachteiligten Kreisen stammende „Intensivtäter“ wird zum Zielpunkt besonderer Ausgrenzungsrhetoriken, womit die Lage der durch diese Rhetoriken adressierten Personen zusätzlich belastet werden kann. Vermutlich dürfte in diesen Fällen nur beharrliche Überzeugungsarbeit Erfolg versprechend sein, indem auf die Nebenfolgen punitiver Politik, auf wissenschaftliche Befunde zur Legalbewährung, auf die Schädlichkeit sozialer Ausgrenzung<sup>36</sup> und insbesondere auf die ethische Verpflichtung zur Anerkennung und Unterstützung gerade auch sozial ausgegrenzter und belasteter Menschen Wert gelegt wird. Strafrecht sollte dabei Minimalstrafrecht sein, Aspirationen der Gesellschaftspolitik sollten ihm verwehrt bleiben.

<sup>36</sup> Vgl. Richard G. Wilkinson/Kate Pickett, *The spirit level. Why equality is better for everyone*, London 2010.

Jutta Hartmann

# Institutionen, die unsere Existenz bestimmen: Heteronormativität und Schule

Die Journalistin Carolin Emcke hat kürzlich eine autobiografische Erzählung mit dem Titel „Wie wir begehrten“<sup>1</sup> vorgelegt. Darin rekonstruiert sie die Entwicklung des Begehrens an der Nahtstelle von Schule, Familie und Peergroup (Gruppe der Gleichaltrigen) als eine hochkomplexe Auseinandersetzung mit Erwartungen des sozialen Umfelds, vermeintlichen Selbstverständlichkeiten, uneindeutigen Bedürfnissen und widersprüchlichen Gefühlen sowie deren mehr oder weniger bewusste Verarbeitung. Die Autorin erzählt ebenso die eigene beglückende und leidenschaftlich bejahte Begehrungs geschichte, wie sie Überlegungen zur Entwicklung ihres Mitschülers Daniel aufgreift, der sich das Leben nahm. Warum hat er das getan? „War der Grund, warum ich noch Jahre nach dem Abitur gebraucht habe, um mein Begehr zu entdecken, derselbe wie der, warum er sich das Leben genommen hat? War die Sehnsucht, die wir nicht verstehen, nicht entdecken, nicht leben konnten in dieser Zeit, dieselbe?“<sup>2</sup> Die heute lesbisch lebende Autorin spielt sowohl auf das in der Regel mit der größten Selbstverständlichkeit vertretene und selten hinterfragte Alltagsverständnis von Heterosexualität als natürlich und normal als auch auf die mit diesem verbundenen Auslassungen an.

Jutta Hartmann

Dr. phil., Dipl.-Päd., geb. 1963  
Professorin für Allgemeine  
Pädagogik und Soziale Arbeit,  
Alice Salomon Hochschule  
Berlin, Alice-Salomon-Platz 5,  
12627 Berlin.  
[jutta.hartmann@ash-berlin.eu](mailto:jutta.hartmann@ash-berlin.eu)

eurotopics

28 Länder

300 Medien

1 Presseschau

[www.eurotopics.net](http://www.eurotopics.net)

schaftlichen Erwartungen und kollektiven Erfahrungen verarbeiteten sie in unterschiedlicher Weise. Gemeinsam war den beiden im Jahr 1967 Geborenen jedoch das erfahrene Schweigen über die vielfältigen Möglichkeiten, sich geschlechtlich zu begreifen und sexuell zu begehrn – ein Schweigen, worunter auch heute noch viele (nicht nur junge) Menschen leiden. Die Autorin gibt als eine Intention ihres Schreibens an, „gegen das Schweigen von damals eine Erzählung setzen“ zu wollen, „eine, die nicht nur die von Daniel sein könnte, sondern auch die all derer, die heute nach Geschichten suchen, die sie leben können“.<sup>13</sup> Emcke interessiert, wie das Begehrn bei ihr und anderen auftaucht und wie sie eine Sprache entwickeln konnte, die ihr erlaubt, ihr Begehrn differenzierter zu artikulieren. Ihr Interesse gilt den „Bedingungen der Möglichkeit des Begehrns“.<sup>14</sup>

In meinem Beitrag folge ich diesen Bedingungen dort, wo sie Teil schulischer Sozialisationsprozesse sind. Dabei werde ich an einigen Stellen auf die literarisch-essayistische Erzählung von Carolin Emcke zurückkommen, mich aber hauptsächlich der aktuellen wissenschaftlichen Debatte zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in transdisziplinärer Perspektive zuwenden. Zur theoretischen Einbettung der aufgeworfenen Fragen soll zunächst das analytische Konzept der Heteronormativität vorgestellt werden. Die Rolle, die Institutionen im Sozialisationsprozess von Individuen spielen, können so anhand der Wirkkraft von auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Institutionen in den Blick genommen werden: Zum einen auf der Ebene eines in der Regel nicht als Institution wahrgenommenen Verhaltensmusters mit Orientierungsfunktion – der Institution Heterosexualität –, zum anderen auf der Ebene der Beeinflussung der Persönlichkeitsentwicklung durch eine staatliche Bildungseinrichtung – der formalen Institution Schule. Denn die Herausbildung eines eigenen Verhältnisses zu sich selbst, eines Wissens über eigene Bedürfnisse, Gefühle, Eigenschaften, Fähigkeiten und Vorlieben findet immer statt in Auseinandersetzung mit Erwartungen

<sup>13</sup> Carolin Emcke, Wie wir begehrn, Frankfurt/M. 2012.

<sup>14</sup> Ebd., S. 16.

<sup>15</sup> Ebd., S. 34.

<sup>16</sup> Ebd., S. 110.

bedeutsamer Bezugspersonen, des sozialen Umfelds und mit darüber vermittelten gesellschaftlichen Einflüssen.

Im zweiten Teil gilt mein Interesse den Ergebnissen aktueller Studien, die den Umgang mit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Schule untersuchen: Mit welchen Mitteln und Mechanismen ist diese daran beteiligt, Heterosexualität als unhinterfragten *Common Sense* hervorzubringen, zu vermitteln oder auch infrage zu stellen? Anschließend werden ein dynamisches Verständnis von Identität und eine transformative *Diversity Education* als alternativer Denkrahmen und pädagogische Ermöglichungsbedingung vorgestellt.

## Struktur des Sozialen erkennen: Die heterosexuelle Matrix

Carolin Emcke beschreibt in ihrer Erzählung Klassenlisten, Umkleidekabinen und Beliebtheitstabellen der Heranwachsenden, die allesamt nach Geschlecht getrennt waren. Sie resümiert: „Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität waren gesetzt, noch bevor Geschlechtlichkeit oder Sexualität recht herangereift waren.“<sup>15</sup> In den Gender Studies dient der Begriff der Heteronormativität zur Analyse entsprechender Phänomene. Er problematisiert die Binarität sexueller Identitäten – heterosexuell/homosexuell – mit dem ihr zugrunde liegenden System der Zweigeschlechtlichkeit – männlich/weiblich. Der Begriff hebt die Erkenntnis hervor, dass der vorherrschende Geschlechterdiskurs in doppelter Weise heterosexualisiert ist. Zum einen basiert er auf der Annahme von zwei klar von einander unterscheidbaren, sich ausschließenden Geschlechtern und zum anderen auf der Setzung von Heterosexualität als natürlich und normal. Judith Butler, eine einflussreiche Theoretiker\_in<sup>16</sup> der Gender Studies, bezeichnet dies als „heterosexuelle Matrix“, die das Soziale in Gänze durchzieht und beispielsweise in Diskurse über Körper, Familie oder Staat eingeschrieben ist. Geschlecht

<sup>15</sup> Ebd., S. 18.

<sup>16</sup> Mit der Schreibweise des *gender gap* – eines Unterstrichs – wird versucht, Geschlecht als soziale Kategorie zu markieren sowie die binäre Struktur der Sprache zu überschreiten und der Vielfalt an Geschlechtern Raum zu geben.

und Sexualität bringen sich über dieses Regulierungsprinzip in einer Weise hervor, welche die potenzielle Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen begrenzt. Die gesetzte Normalität heterosexueller Geschlechtlichkeiten und Begehrungsstrukturen geht gleichzeitig mit der Konstruktion von Homo- und Bisexualität sowie von Trans\*<sup>7</sup> und Inter\* als Abweichung einher.

Die Einteilung aller Menschen in Frauen und Männer scheint banal und eine der größten Selbstverständlichkeiten zu sein. Im sozialen Alltag wird die Existenz zweier Geschlechter in der Regel nicht für erklärmungsbedürftig gehalten. Sie gilt als von Natur aus gegeben. Damit existiert ein kultureller Zwang, sich selbst in Abgrenzung und Unterscheidung zum jeweils anderen Geschlecht einem Geschlecht zuzuordnen. Vorherrschende Geschlechtsvorstellungen fließen so in das eigene Selbstverständnis ein. Für die Verwiesenheit von Geschlecht und Sexualität ist das im modernen Geschlechterdiskurs als kongruent und natürlich unterstellte Verhältnis zwischen anatomischem Geschlecht (*sex*), Geschlechtsidentität (*gender*) und sexuellem Begehr zu schlagend. Die vorherrschende Geschlechterordnung, die beispielsweise einen als weiblich klassifizierten Körper mit als weiblich klassifizierten Persönlichkeitsmerkmalen und Verhaltensmustern sowie einem notwendig auf Männer gerichteten Begehr verknüpft, erfährt durch das Konzept der Heteronormativität eine grundlegende Kritik. Diese fußt auf der Beobachtung, dass eine Vielzahl sozialer Geschlechter sowie verschiedenste Begehrungsweisen unterschieden werden können und auch das „biologische Geschlecht“ Produkt soziokultureller Hervorbringung ist. Entsprechend wird Geschlecht in der aktuellen Forschung als eine Handlung konzipiert, die über Sozialität bedingt ist und wie Sexua-

lität gebunden ist an die Wirkkraft „soziale(r) Normen, die unsere Existenz bestimmen“.<sup>8</sup>

Normen können als informelle Institutionen verstanden werden, die sich über Konventionen vermitteln. Sie habitualisieren sich, sodass sie als solche kaum wahrnehmbar sind. Die soziale Klassifikation legitimiert sich durch Naturalisierung. Heterosexualität als Institution zu verstehen bedeutet, sie nicht einfach als natürlich gegeben, vielmehr in ihrer sozialen Hervorbringung und gesellschaftlichen Funktionalität zu begreifen. Denn die gelebte Vielfalt erweist sich als hierarchisiert. Lebensweisen, die nicht den vorherrschenden Normalitätserwartungen entsprechen, werden gesellschaftlich untergeordnet und sozial abgewertet. Menschen werden durch Zuweisungen, entsprechendes Verhalten wie durch ihr geschlechtliches oder sexuelles Selbstverständnis zu Angehörigen von dominanten Gruppen oder von machtunterlegenen.

Geschlechter- und Sexualitätsnormen haben konstitutiven Einfluss auf alle Menschen – unabhängig davon, wie sich diese selbst verstehen und leben. Dabei erschweren sie jedoch denjenigen das Leben, die sich in diesen Normen nicht wiederfinden, insbesondere den Menschen, die deutlich wahrnehmbar nicht eindeutig als Frauen oder Männer, und den Menschen, die nicht eindeutig heterosexuell leben wollen oder können. Damit laufen diese Menschen Gefahr, ausgegrenzt zu werden. Ihr Leben mag durch Infragestellung, Diskriminierung, Pathologisierung gekennzeichnet sein – im Extremfall durch ein Absprechen, überhaupt ein lebenswertes Leben zu verkörpern. Die Kategorien Geschlecht und Sexualität erweisen sich so gesehen als gesellschaftliche Ordnungskategorien, über die Identität wie Macht, soziale Anerkennung und Teilhabechancen zugewiesen und verhandelt werden.

Die Einzelnen sind herausgefordert, die mit Geschlecht, Sexualität und Lebensweisen verbundenen Zuschreibungen und zum Teil heterogenen Erfahrungen kognitiv wie emotional zu verarbeiten. Sozialisation wäre als Prägung oder Determination falsch verstanden. Individuen verhalten sich zu den norma-

<sup>7</sup> Die Schreibweise Trans\* markiert den Bezug auf Menschen, die in vielfältiger Weise eine Nichtübereinstimmung ihres biologischen mit ihrem sozialen Geschlecht leben – Transsexuelle, Transidenten, Transgender und transgeschlechtliche Menschen. Inter\* markiert den Bezug auf Menschen, deren Geschlechtsorgane (bei Geburt) keine eindeutige Zuordnung zu einem von zwei Geschlechtern zulassen – Intersexuelle, Intersex, zwischen- oder intergeschlechtliche Menschen. Vgl. Jana Mittag/Arn Sauer, Geschlechtsidentität und Menschenrechte im internationalen Kontext, in: APuZ, (2012) 20–21, S. 55–62.

<sup>8</sup> Judith Butler, Die Macht der Geschleternormen und die Grenzen des Menschlichen, Frankfurt/M. 2009, S. 10.

tiven Zwängen, sind handlungsfähig. Sozialisation ist eine aktive Leistung des Subjekts. Anja Tervooren spricht von einem „Aufwachsen zwischen Tun und Widerfahren“<sup>9</sup> und analysiert Interaktionen und Praxen im Kontext von Schule, in denen die Heranwachsenden vor dem Horizont heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit diese aufrufen, aber auch unterwandern. Sie beschreibt beispielsweise eine Szene, in der eine Schülerin „ganz nebenbei als Junge durchgeht“, und arbeitet heraus, wie in einer gewöhnlichen Interaktion zwischen einem Lehrer und einer Grundschulklasse Geschlecht (verstanden als *sex* und *gender*) als contingent hervorgebracht wird. Tervooren verweist damit auf die alltäglichen Spielräume von Geschlecht.

Sozialisation zielt auf Integration in die Gesellschaft und ist immer normativ fundiert. Normen unterscheiden sich jedoch nicht nur im Grad ihrer Bewusstheit, sondern auch im Grad der Verhandelbarkeit und Güte der mit ihnen verfolgten Ziele. In ihrer Auseinandersetzung mit Geschlechternormen orientiert sich Butler an der Frage, was die Chance, ein lebenswertes Leben gestalten zu können, und was die Gefahr, ein unerträgliches Leben führen zu müssen, befördert. Butler sieht eine zentrale Aufgabe darin, gerade auch mit Blick auf Geschlecht und Sexualität „zwischen den Normen und Konventionen zu unterscheiden, die es den Menschen erlauben, zu atmen, zu begehrn, zu lieben und zu leben, und solchen Normen und Konventionen, welche die Lebensbedingungen selbst einengen oder aushöhlen“.<sup>10</sup> Es macht einen Unterschied, ob als ein Sozialisationsziel demokratisches Lernen oder heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit identifiziert wird.

In ihrer lebensgeschichtlichen Erzählung trifft Carolin Emcke als Erwachsene, ohne vorher gewusst zu haben, „dass es das gab“,<sup>11</sup> auf die intersexuelle Nicola, die „in einen Körper hineingeboren (war), der zwei Geschlechter entwickelt hatte und gleichsam unentschieden geblieben war. Ihre Pubertät, in der sich die Brüste gleichzeitig zu ihrem Penis ausbildeten, war eine Geschich-

<sup>9</sup> Anja Tervooren, Im Spielraum von Geschlecht und Begehrn. Ethnographie der ausgehenden Kindheit, Weinheim–München 2006, S. 37.

<sup>10</sup> Zit. nach: ebd., S. 20.

<sup>11</sup> C. Emcke (Anm. 1), S. 18.

te der fortlaufenden Ausgrenzung, weil die Ambivalenz ihres Geschlechts vor allem als soziale Bedrohung wahrgenommen worden war.“<sup>12</sup> Emcke berichtet, wie für Nicola die Umkleidekabinen beim Schulsport ein Ort qualvoller Erfahrung und Normierung darstellten. Eindeutigkeit verlangend sperrten sie sie aus. Nicola gab die Schule auf, nicht „weil sie die Anforderungen nicht hätte erfüllen können oder nicht gerne lernen wollte, sondern weil sie nicht passte in diese aufgeteilte Welt“.<sup>13</sup> Nicolas Geschlecht war mit ungleichen Bildungschancen verbunden. Ihr Beispiel zeigt eine Form von Heteronormativität im Schulalltag: Trans\* und Inter\* sind nicht vorgesehen.

## Umgang mit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Schule

Schule stellt einen sozialen Erfahrungsraum für Kinder und Jugendliche in einer lebensgeschichtlich bedeutsamen Phase dar und hat beachtlichen Anteil an deren Persönlichkeitsentwicklung, einschließlich ihres geschlechtlichen und sexuellen Selbstverständnisses. Im Kontext Schule sind Themen wie Geschlecht, Sexualität und Lebensformen für alle Anwesenden virulent und bedeutsam im Hinblick darauf, wie das eigene Selbst verstanden, Zugehörigkeiten gesichert und wie Beziehungen zu und Perspektiven auf andere Menschen entwickelt werden (können). Eine eigene Haltung zur Vielfalt an Lebensweisen zu entwickeln, aber auch die eigene Geschlechtlichkeit und das eigene Begehrn gestaltend hervorzubringen und zu leben sowie die eigene familiäre Lebensform anerkannt zu erfahren, ist abhängig von konkreten Aussagen wie von heimlichen Botschaften im Kontext Schule; das heißt davon, welche Verhaltensmuster und Normen selbstverständlich vorgelebt, welche Selbstverständnisse nahe gelegt, welches Wissen über Bedürfnisse, Interessen, Fähigkeiten und Eigenschaften den Kindern und Jugendlichen eröffnet werden. Die in diesen Bereichen entfaltete Wirkkraft ist in der Regel nicht Teil der offiziellen Bildungsinhalte, sondern erfolgt wie nebenbei. Es ist wichtig, die Macht des „heimlichen Lehrplans“ zu erkennen, um seine Einflüsse beurteilen und gegebenenfalls verändern zu können.

<sup>12</sup> Ebd., S. 20f.

<sup>13</sup> Ebd., S. 21.

Berechtigt ist daher zu fragen, in welcher Weise Schule Heteronormativität als Norm reproduziert, wie sie sich gleichzeitig vielleicht aber auch als ein Ort auszeichnen mag, an dem die Vielfalt möglicher geschlechtlicher und sexueller Selbstverständnisse in gleichwertiger und gleichberechtigter Art und Weise Eingang findet sowie eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Normen erfolgt: Haben alle Kinder und Jugendliche die gleichen Chancen, ihre (familiale) Lebensweisen in der Schule wiederzufinden? Wie beeinflusst Schule darüber die Entwicklung und soziale Haltung von Kindern und Jugendlichen? Welche Bedingungen schafft Schule dafür, vielfältige Lebensweisen als Wert wie auch Horizont eigener Lebensgestaltung zu begreifen?

Schulbücher haben den Auftrag, Gleichstellung zu befördern. Sie sollten auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft sein und dürfen nicht diskriminieren. Eine aktuelle Studie hat untersucht, inwiefern deutschsprachige Schulbücher diesem Auftrag mit Blick auf die Vielfalt von Geschlecht und Sexualität gerecht werden, welche Normen sie vermitteln und wie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\* und Inter\* dargestellt werden.<sup>14</sup> Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich in heutigen Schulbüchern zwar keine direkte Abwertung von nicht-genderkonformem Verhalten mehr findet, doch die untersuchten Bücher aus den Fächern Englisch, Biologie und Geschichte für die Sekundarstufe I eine heteronormative Ausrichtung aufweisen.

Ernüchternd sind die Ergebnisse mit Blick darauf, wie ungebrochen die Alltagstheorie heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit in den Schulbüchern reproduziert und wie selten gendertheoretisches Wissen aufgegriffen und umgesetzt wird. So konstruieren Englischbücher über das Aussehen der Personen mittels stereotyper Bilder „wie lange Haare bei Mädchen und kurze Haare bei Jungen“<sup>15</sup> Geschlecht in binärer Weise. In Geschichtsbüchern wird Homosexualität, wenn überhaupt, dann beiläufig vor allem im Kontext

<sup>14</sup> Vgl. Melanie Bittmer, Geschlechterkonstruktionen und die Darstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und Inter\* (LSBTI) in Schulbüchern. Eine gleichstellungsorientierte Analyse, Frankfurt/M. 2012.

<sup>15</sup> Ebd., S. 77.

von deren Verfolgung im Nationalsozialismus aufgegriffen. Biologiebücher thematisieren Homo- und Bisexualität zwar, doch erfahren die Schüler\_innen nichts über Trans\* und Inter\* und sind Definitionen von Geschlechtsverkehr nur einer normativ verengten heterosexuellen Praktik vorbehalten, die selbst der Heterosexualität nicht gerecht zu werden vermag. Gleichzeitig fehlen Homo- und Bisexualität in Alltagsdarstellungen: „Alle Paare oder Flirts entsprechen der heterosexuellen Norm. Kinder mit zwei Müttern oder Vätern“<sup>16</sup> kommen nicht vor. Damit vermitteln Schulbücher ein verzerrtes Bild sozialer Wirklichkeit und finden Kinder und Jugendliche, deren Lebensweise nicht den heteronormativen Erwartungen entsprechen, sich und ihre Erfahrungen nicht wieder.

Die Wirkkraft von Schulbüchern ist nicht zu unterschätzen. Der ihnen anhaftende Nimbus von Wahrheit befördert ihre Funktion, gesellschaftliches Wissen und soziale Ordnungen hervorzu bringen. Auch wenn die Erinnerung von Carola Emcke „Das war uns ja nicht einmal als Möglichkeit erschienen, dass auch Jungs hätten Jungs und Mädchen hätten Mädchen mögen können“<sup>17</sup> für Jugendliche heute so nicht mehr zutreffen mag, erweist sich das Schweigen in der Schule heute nicht als aufgehoben, sondern vielmehr nur als verschoben. Zu hinterfragende normative Eingrenzungen wie Auslassungen kennzeichnen auch drei Jahrzehnte später die Realität schulischer Erziehung.

Die Ergebnisse zweier Untersuchungen zu Einstellungen und Werthaltungen bei Schüler\_innen mögen unter anderem eine Wirkung entsprechender Sozialisationserfahrungen dokumentieren. Zum einen stellen beide Studien eine Diskrepanz zwischen aufgeschlossenen kognitiven Einstellungen der Befragten einerseits und den von ihnen zu gleichgeschlechtlichen Orientierungen geäußerten Verhaltensweisen und affektiven Reaktionen andererseits fest. Eine Mehrheit der befragten Berliner Schüler\_innen der Sekundarstufe I befürwortet die Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren, gibt aber gleichzeitig auch an, homophobe Schimpfwörter verwendet und sich über nicht geschlechtskonformes Verhalten lustig gemacht zu ha-

<sup>16</sup> Ebd., S. 79.

<sup>17</sup> C. Emcke (Anm. 1), S. 23.

ben.<sup>18</sup> Zum anderen trafen Forscher\_innen vielfach „auf biologistische, traditionelle und religiöse Erklärungsansätze“, auf durchgängig „egalitär- und dekonstruktivistisch-orientierte Einstellungsausprägungen“ der Schüler\_innen demgegenüber „nur vereinzelt“.<sup>19</sup>

Auch die Erkenntnisse der internationalen Studie „School is out?! Erfahrungen von Kindern aus Regenbogenfamilien in der Schule“<sup>20</sup> lassen sich zugleich als Bestandteil wie Effekt von Sozialisationserfahrungen interpretieren. Sie zeigen, dass zwar keine der in Deutschland interviewten Schüler\_innen angibt, aufgrund ihrer familiären Lebensformen körperliche Gewalt erfahren zu haben, deutlich sichtbar werden jedoch „Erfahrungen und Befürchtungen von Diskreditierung und Ausgrenzung auf verbaler und nonverbaler Ebene durch Peers und Pädagog\_innen“.<sup>21</sup> Von den befragten Schüler\_innen als unangenehm bis diskriminierend empfunden werden unter anderem heteronormative Vorurteile sowie die Auslassung ihrer Familien- und Lebensformen in Unterrichtsmaterialien und als Unterrichtsthema.<sup>22</sup> Sie fühlen sich als „nicht-normal“ markiert, was nicht nur sie als „Gruppe von Abweichenden“ hervorbringt, sondern vielmehr die Norm selbst reproduziert.

Eine besondere sozialisatorische Wirkkraft liegt auf der Ebene des direkten sozialen Kontakts. Die Ergebnisse der Studie zu Wissen, Einstellungen und Verhalten von Schüler\_innen und Lehrkräften an Berliner Schulen gegenüber Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen belegen den Einfluss von Inhalten, Lehrkräften und Schulkultur auf Einstellungen und Verhalten der Schüler\_innen: „Wenn Lehrkräfte oder Schulleiter/innen mit gutem Beispiel vorangehen, geht dies mit auf-

<sup>18</sup> Vgl. Ulrich Klocke, Akzeptanz sexueller Vielfalt an Berliner Schulen: Ausgewählte Ergebnisse aus der Befragung, Berlin 2012.

<sup>19</sup> Sarah Huch/Dirk Krüger, „Jeder sollte lieben dürfen, wen er lieben will.“ – Einstellungen und Werthaltungen von SchülerInnen zur sexuellen Orientierung unter Gender-Aspekten, in: Dirk Krüger et al. (Hrsg.), Erkenntnisweg Biologiedidaktik 7, Berlin 2008, S. 49f.

<sup>20</sup> Vgl. Uli Streib-Brzic/Christiane Quadflieg (Hrsg.), School is Out?! Vergleichende Studie „Erfahrungen von Kindern aus Regenbogenfamilien in der Schule“ durchgeführt in Deutschland, Schweden und Slowenien. Teilstudie Deutschland, Berlin 2011.

<sup>21</sup> Ebd., S. 32.

<sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 22.

geschlosseneren Einstellungen sowie mehr unterstützendem und weniger diskriminierendem Verhalten der Schüler/innen einher. Positive Wirkungen entstehen durch offen schwul, lesbisch oder bisexuell lebende Lehrkräfte; ein Schulleitbild, das sich klar gegen Mobbing und Ausgrenzung positioniert; Lehrkräfte, die sich nicht über lesbische, schwule oder nicht geschlechtskonforme Schüler/innen lustig machen; eine Thematisierung sexueller Vielfalt in möglichst vielen Jahrgängen und Fächern.“<sup>23</sup>

Die Institution Schule zeigt sich als ein widersprüchlicher Ort. Zum einen vermittelt sie über Geschlechter- und Sexualitätssozialisation gesellschaftlich tradiertes, den aktuellen Fachdebatten jedoch nicht mehr entsprechendes Wissen und reproduziert die heterosexuelle Matrix. Zum anderen ist Schule aber auch ein Ort, an dem viele Lehrende dem Anspruch folgen, aufgeklärt, reflektiert und kritisch überkommenen Ordnungen entgegenzuwirken und neue Erfahrungen zu ermöglichen, in denen andere Perspektiven auf- und kritische Positionen eingenommen werden können. Dieser Intention entsprechend sind in den vergangenen Jahrzehnten lesbische und schwule Lebensweisen als Thema in der Schule aufgegriffen worden. Doch unterscheiden sich die damit verbundenen Konzepte in Anspruch, Tiefe und Wirkung. Häufig wirkt Heteronormativität auch hier. Dies etwa in der Form, dass zunächst vermeintlich ganz allgemein über Lebensformen und Sexualität gesprochen und dann zusätzlich noch das Thema Homosexualität aufgegriffen und damit letztlich die Dualität von Norm und Abweichung reproduziert wird. Zweifelsohne ist durch das Benennen von Homo- und Bisexualität im Vergleich zu früher ein Fortschritt erzielt. Doch belegen die oben benannten widersprüchlichen Reaktionen der Schüler\_innen, dass diese Lebensweisen einen zugestandenen Platz bislang vorwiegend als Abweichung, nicht jedoch als Selbstverständlichkeit erhalten haben.

Wodurch läuft eine solche Thematisierung sexueller Vielfalt Gefahr, Macht- und Dominanzverhältnisse eher zu verstärken als abzubauen? In die Begriffe Homo- und Bisexualität ist der Verweis auf die Norm Heterosexualität, auf die Trennung zwischen Norm und Abweichung eingeschrieben. Ent-

<sup>23</sup> U. Klocke (Anm. 18), S. 10.

sprechende Konzepte sichern – in der Regel ebenso unbeabsichtigt wie unbesehen – die Norm, arbeiten der Institution Heterosexualität zumindest dann zu, wenn bestimmte Fragen nicht aufgeworfen werden. Dazu gehören, wie Vorstellungen von Normalität und Abweichung zustande kommen, welche sozialen Gruppen und Institutionen an deren Konstruktion beteiligt sind oder wie Normen gesellschaftlich – in unterschiedlicher Weise – verbindlich gemacht werden.<sup>24</sup>

Zentral scheint folglich zu sein, *wie* die Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt erfolgt, aber auch, *was* weiterhin ver stellt bleibt. Denn mit der bloßen Benennung einer Vielfalt unterschiedlicher Lebensweisen ist noch nichts über das zugrunde liegende Identitätsverständnis gesagt. Viele Konzepte verharren in einer Dichotomie von gleich- und gegengeschlechtlichen Lebensweisen, die durch ein Verständnis sexueller Orientierung fundiert sind, das Gunter Schmid als „eingelassen in Stahl und Beton“ bezeichnet.<sup>25</sup>

## Dynamisches Verständnis von Identität

Die aktuellen Gender Studies vertreten demgegenüber ein prozessuales Identitätsverständnis und weisen Vorstellungen von einer Identität zurück, die zu suchen und zu finden ist, wie ein Gegenstand, den man verloren hat. Insbesondere psychoanalytische Ansätze nehmen Instabilitäten und Diskontinuitäten, Brüche und Widersprüchlichkeiten in den Blick. Diese Debatten erhellen, wie über den gesellschaftlichen Imperativ der Heterosexualität ein Zwang zur Vereindeutigung innerpsychischer Ambivalenzen transportiert wird und starre Identitäten als Hinweis auf verleugnete Identifizierungen gelesen werden können. In Abgrenzung zu klassisch psychoanalytischen Ansätzen, die Identifizierung gleichgeschlechtlich und Begehrungen gegengeschlechtlich konzipieren, vertritt Judith Butler die These, dass wir letztlich nicht in der Lage sind, in Fragen der Identifikation und des Begehrens nach einem Entweder-oder-Prinzip zu funktionieren.

<sup>24</sup> Vgl. Johannes Stehr, Normalität und Abweichung, in: Albert Scherr (Hrsg.), Soziologische Basics. Eine Einführung für Pädagogen und Pädagoginnen, Wiesbaden 2006, S. 130–134.

<sup>25</sup> Gunter Schmid, Das Verschwinden der Sexualmoral, Hamburg 1996, S. 115.

Was mag nun unterstützen, das zu leben, was dem Imperativ nicht folgt? Für Carola Emcke war es der Musikunterricht, der ihr ein Hören zwischen den Tönen und eine analytische Lust ermöglichte, ein differenziertes Denken und eine Sprache, die sie auf ihr Begehrten zu übertragen versteht: „Warum hatte uns das niemand erklärt, dass sich für manche das Begehrten so wandeln kann wie eine Tonart, dass anfängliche Lust sich öffnen kann hin zu einer anderen, und, manchmal, wieder zu einer anderen? Warum sagt das heute niemand? Warum wird das Spielerische, Leichte, Dynamische aus der Sexualität genommen, warum sind die Klangfarben, die Tonarten der Lust als so statisch, abgegrenzt, einseitig gedacht, warum sind die Modulationen verschwunden aus dem Denken über das Begehrten?“<sup>26</sup>

Emcke nimmt das Fließende, das sich im Laufe des Lebens Verändernde von Geschlechtlichkeit und Begehrten in den Blick. Aus ihrer Erfahrung heraus stellt sie die fixierenden Begrifflichkeiten infrage und die mit ihnen nahegelegten, zumeist linearen Entwicklungserzählungen. Denn der Imperativ geradliniger Lebensgeschichten führt häufig dazu, dass die eigenen Widersprüche und Ambivalenzen eingebettet oder eindimensional erklärt werden: „Dass ich Handball spielte, scheint nachträglich immer einleuchtender zu sein, als dass ich klassische Musik liebte, dass ich mich die ganzen ersten Jahre immer in Männer verliebte, noch dazu glücklich, wischt sich aus der späteren Perspektive von außen leicht aus.“<sup>27</sup>

Identität als dynamisch zu begreifen, fordert bezogen auf die Kategorie Sexualität heraus, die Prozesshaftigkeit sexueller Identität auch mit Blick auf das zu sehen, was gemeinhin als gegebene sexuelle Orientierung gilt. Hetero-, Homo- oder Bisexualität sind Menschen nicht wesenhaft, sondern werden von diesen in komplexen Prozessen sexueller Bildung – mit Butler gesprochen über „Improvisationen im Rahmen des Zwangs“ – hervorgebracht. Ein solches Identitätsverständnis fordert Pädagogik heraus, dem Perspektivenwechsel zu folgen: weg von einer identitätszentrierten Orientierung an Identitätssuche und -stärkung hin zu einer

<sup>26</sup> C. Emcke (Anm. 1), S. 210f.

<sup>27</sup> Ebd., S. 97.

Auseinandersetzung mit dem konstruierten Charakter von Identitäten und zu einer Ausarbeitung und Gestaltung der eigenen Identität, die bisherige Grenzen befragt, ausdehnt oder auch überschreitet.

## Herausforderungen einer Diversity Education

In Zeiten expandierender Gesamt- und Ganztägsschulen verbringen Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit in der staatlichen Sozialisationsinstanz Schule. Immer mehr Menschen erkennen, dass Schule dabei nicht nur als Stätte der Wissensvermittlung gesehen, sondern ganz bewusst auch als ein Ort ausgebaut werden muss, der an den Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen ansetzt und der diesen unter den Nägeln brennende Fragen angemessen aufgreift. Ein verantwortlicher Umgang mit den zuvor erörterten Fragen und Erkenntnissen fordert alle an Schule Beteiligten auf, sich mit Geschlecht und Sexualität als identitätsstiftende und Gesellschaft strukturierende Kategorien auseinanderzusetzen, ihr Wissen zu erweitern, die eigene bisherige Haltung zu reflektieren, weiterzuentwickeln und einen kompetenten Umgang mit den damit verbundenen pädagogischen Herausforderungen zu entwickeln.

In den vergangenen Jahren wird mit Blick auf die Heterogenität der Schüler\_innen in den Klassen vermehrt eine *Diversity Education* empfohlen. Diese zielt auf Sensibilität und Reflexivität hinsichtlich der Wirkung von sozialen Differenzierungen, von Ungleichheitsverhältnissen und Diskriminierungspraktiken mit deren sozialstrukturellen Bedingungen. Geschlecht und Sexualität stellen zwei zentrale Differenzkategorien im Rahmen dieses umfassenden Konzepts dar, dem es um demokratisches Lernen, Diskriminierungsfreiheit, sozialen Zusammenhalt und um verhandelbare Werte und Normen geht. Nicht immer sind in Ansätzen von *Diversity Education* jedoch kritische Fragen zu Identität und Macht, zu Konstruktion und Dekonstruktion von Differenzen aufgenommen.

Um Dynamisierungen in der Triade Geschlecht-Sexualität-Lebensform aufzugreifen – Momente also, die vorherrschende Grenzen und Normalitätsvorstellungen in Be-

wegung bringen – und diese gleichzeitig mit zu ermöglichen, habe ich den Begriff „vielfältige Lebensweisen“ in die pädagogische Diskussion eingeführt und empfehle diesen auch zur Profilierung von Zugängen einer *Diversity Education*.<sup>128</sup> Der Begriff versucht Uneindeutigkeiten begrifflich zu fassen und kritisch Einspruch zu erheben gegen die Tendenz zur Vereindeutigung von Identitäten und zur Reproduktion starrer Machtverhältnisse. Um die Struktur von Normalität und Abweichung weder zu wiederholen, noch zu verleugnen, setzt ein solcher Zugang bei der gelebten Vielfalt selbst an und hat über das Reflektieren kategorialer Grenzen und Machtverhältnisse daran Teil, an deren Verschiebung zu arbeiten. Wenn es gut läuft, erfahren alle Beteiligten, was sein kann, was sein soll und wie Handlungsspielräume beweglich gehalten werden.

Nicht nur Sozialisationsinstanz, vielmehr auch Bildungsort zu sein, fordert Schule heraus, Reflexionsprozesse über die weitgehend unreflektiert transportierten Normen zu initiieren – gerade auch über die, die sie selbst wie selbstverständlich mitträgt. Für Jürgen Habermas beinhaltet Sozialisation bereits eine sukzessive Emanzipation gegenüber Zuschreibungen.<sup>129</sup> Das Moment von Befreiung und Kritik sehe ich deutlicher im klassischen Verständnis von Bildung auf- und in kritischer Bildungstheorie gegenüber der Übernahme vorgegebener Werte und Normen sowie dem reinen Erwerb von Qualifikationen hervorgehoben.

Die Erzählung von Carolin Emcke lässt sich so gesehen als eine Bildungsgeschichte lesen. Sie dokumentiert einen Umgang mit Sozialisationserfahrungen, der diese kritisch reflektieren und überschreiten und dabei Neues entstehen zu lassen versteht – ein Vermögen, das sich als wertvoller erweisen mag als einfache Integration und bloßes Wissen: Offenheit und die Fähigkeit zur Transformation bestehender Selbst- und Weltverständnisse.

<sup>128</sup> Vgl. Jutta Hartmann, Vielfältige Lebensweisen. Dynamisierungen in der Triade Geschlecht-Sexualität-Lebensform. Kritisch-dekonstruktive Perspektiven für die Pädagogik, Opladen 2002.

<sup>129</sup> Vgl. Jürgen Habermas, Kultur und Kritik, Frankfurt/M. 1973, S. 118–194.

*Käthe Schneider*

# Bildung zur Selbstbestimmung im Erwachsenenalter

**G**egenstand dieses Beitrags ist der Prozess der Bildung, verstanden als Prozess hin zur Selbstbestimmung im Erwachsenenalter.<sup>1</sup> Bildung als Selbst-

**Käthe Schneider**

Dr. paed., Dipl.-Päd., geb. 1963; Inhaberin des Lehrstuhls für Erwachsenenbildung, Institut für Bildung und Kultur, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Am Planetarium 4, 07737 Jena. k.schneider@uni-jena.de

bestimmung stellt das Selbst in den Fokus des Prozesses. Das Selbst ist sowohl Subjekt als auch Objekt:<sup>2</sup> Als Subjekt umfasst das Selbst das Ich („I“), als das Wissende und das bewusst handelnde Ich; als Objekt umfasst es das Bewusstsein von der eigenen Person, das Mich („Me“) oder das Gewusste. Das Selbst als Subjekt, als das bewusst handelnde und wissende Ich, generiert das Selbst als Objekt.<sup>3</sup> Es ist konstitutiv für den fundamentalen bedeutungsbildenden Prozess, welcher Selbstwirksamkeit, Identität mit sich, Einheit des Tuns und Unterscheidung von sich als Subjekt mit anderen Subjekten erfahren lässt.<sup>4</sup> Kurzum: Es ist Voraussetzung für eine eigene Identität und selbstbestimmtes Handeln. Das zentrale Strukturmerkmal dieses Bewusstseinsraums stellt die Perspektivität dar, das heißt, dass das Bewusstsein als zentriertes Bewusstsein an die „Perspektive der ersten Person“ gebunden ist:<sup>5</sup> „Er (dieser Bewusstseinsraum, K.S.) wird durch ein handelndes und erlebendes Subjekt zentriert, durch ein Selbst, das Beziehungen zu sich selbst und zur Welt aufbaut.“<sup>6</sup>

Diese subjektive Selbstheit wird am klarsten in der Intentionalität erfahren.<sup>7</sup> Intentionalität im philosophischen Sinne bedeutet, dass der geistige Zustand auf ein Objekt gerichtet ist oder dass die Person über ein Objekt nachdenkt, weswegen die Intentionalitätsrelation in erster Linie eine Wissensbeziehung zwischen Subjekt und Objekt darstellt.<sup>8</sup> Im Falle der Intentionalität bezieht sich eine Person in Gedanken auf einen Inhalt und erlangt ein Bewusstsein davon. Laut der Wissenschaftstheo-

retikerin Sunny Auyang kann ein Subjekt nur dadurch ein Bewusstsein von sich erlangen, wenn es Objekten in der Welt begegnet, die für das Subjekt erkennbar werden oder es ein Bewusstsein von diesen erlangt.<sup>9</sup> Das Objekt kann beispielsweise eine Theorie, ein Gedicht oder ein Handlungsziel sein:<sup>10</sup> Das Subjekt existiert nicht schon von Anfang an, sondern entsteht erst mit der Erkennbarkeit von Objekten und dem intersubjektiven Verstehen.<sup>11</sup> Wenn zahlreiche Relationen zwischen Subjekt und Objekt vorhanden sind, dann bestimmt sich das Selbst in einer zunehmend ausgedehnten „Perspektive der ersten Person“.<sup>12</sup>

Selbst als Subjekt. Das Bestreben, Erfahrungen zu bewältigen, zu integrieren und sie als sinnvoll zu erleben, ist die Essenz des Selbst als Subjekt.<sup>13</sup> In Anlehnung an den Psychologen Augusto Blasi wird der bedeutungsbildende Prozess des Subjekts unterschieden nach einem *Meaning-making*- und einem *Significance-making*-Prozess:<sup>14</sup> Während *meaning* rein kognitiv ist und für das *Wissen* steht, das sich durch Beziehungen von Objekten und Ereignissen und dem mentalen Zustand einer Person auszeichnet, wird durch den Begriff *significance* die *Bedeutung* von Ereignissen und Wissen für die Person ausgedrückt. *Significance* statet eine Person mit Einheit und Kohärenz

<sup>1</sup> Vgl. Käthe Schneider, *The Narrative Dimension of Becoming Oneself*, in: dies. (ed.), *Becoming Oneself*, Wiesbaden 2012, S. 55–74.

<sup>2</sup> Vgl. James William, *Psychology*, Greenwich 1963.

<sup>3</sup> Vgl. Dan P. McAdams, *Ego, Trait, Identity*, in: P. Michiel Westenberg/Augusto Blasi/Lawrence D. Cohn (eds.), *Personality Development*, Mahwah 1998, S. 29ff.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 34.

<sup>5</sup> Vgl. Thomas Metzinger, *Die Selbstmodell-Theorie der Subjektivität: Eine Kurzdarstellung für Nicht-Philosophen in fünf Schritten*, in: Werner Greve (Hrsg.), *Psychologie des Selbst*, Weinheim 2000, S. 318f.

<sup>6</sup> Ebd., S. 319f.

<sup>7</sup> Vgl. D. P. McAdams (Anm. 3), S. 34.

<sup>8</sup> Vgl. T. Metzinger (Anm. 5), S. 332.

<sup>9</sup> Vgl. Sunny Y. Auyang, *Who am I? What is it? The subject-object relation*, 1999, S. 1, online: [www.creatingtechnology.org/papers/mind.pdf](http://www.creatingtechnology.org/papers/mind.pdf) (26.9.2012).

<sup>10</sup> Vgl. T. Metzinger (Anm. 5), S. 332.

<sup>11</sup> Vgl. S. Y. Auyang (Anm. 9), S. 3.

<sup>12</sup> T. Metzinger (Anm. 5), S. 332.

<sup>13</sup> Vgl. D. P. McAdams (Anm. 3), S. 35.

<sup>14</sup> Vgl. Augusto Blasi, *Loevinger's Theory of Ego Development and Its Relationship to the Cognitive-Developmental Approach*, in: P. M. Westenberg/A. Blasi/L. D. Cohn (Anm. 3), S. 17.

aus.<sup>15</sup> Wenn man die nur aus heuristischen Gründen zulässige Trennung für den Zweck des weiteren Gedankengangs als möglich annimmt, dann gilt: Die Person repräsentiert im *meaning making system* die Welt als Wissen; sobald die Person dieses Wissen mit einer Wertigkeit versieht, erhält das Ding in unserer Erfahrung im *significance making system* seine Bedeutung.

Selbst als Objekt. Ich betrachte nun das Selbst als Objekt, das mithilfe des Drei-Ebenen Modells des Psychologen Dan McAdams verstanden werden kann:<sup>16</sup> Es umfasst die Ebenen (1) dispositionale Eigenschaften (*dispositional traits*), (2) charakteristische Anpassungen (*characteristic adaptations*) und (3) Lebenserzählung (*life narrative*). Ebene 1 mit den dispositionalen Eigenschaften bezieht sich auf vergleichbare Dimensionen von Personen, zu denen beispielsweise Eigenschaften der Introversion, Gewissenhaftigkeit, Verträglichkeit oder Offenheit für Erfahrungen zählen. Die dispositionalen Eigenschaften sind nicht an Bedingungen geknüpft, sind im Laufe des Lebens relativ stabil und situationsübergreifend. Die charakteristischen Anpassungen auf Ebene 2 sind kontextabhängige Verhaltens-tendenzen. Sie repräsentieren, wie Personen mit den unterschiedlichen Anforderungen, die das Leben an sie stellt, umgehen. Zu den charakteristischen Anpassungen zählen beispielsweise die Wahl und Realisierung neuer Ziele im Falle von Elternschaft oder im Falle von Verrentung und Pensionierung. Die Lebensgeschichte auf Ebene 3 bildet Konstruktionen der Personen ab, was bedeutet, dass Menschen Lebensgeschichten erzählen und ihrem Leben dadurch eine Bedeutung und einen Zweck geben.<sup>17</sup> Auf Ebene 3 der Persönlichkeit stellt sich der Person die grundsätzliche Frage nach dem: „Wer bin ich?“

Dieses Modell wurde 2006 um zwei weitere Ebenen ergänzt: die der Evolution und menschlichen Natur sowie die der Kultur.<sup>18</sup> Ersteres betrifft die evolutionär bedingten Universalitä-

<sup>15</sup> Vgl. Robert A. Emmons, Striving and feeling: Personal goals and subjective well-being, in: John Bargh/Peter Gollwitzer (eds.), *The psychology of action: Linking motivation and cognition to behavior*, New York 1996, S. 25.

<sup>16</sup> Vgl. D.P. McAdams (Anm. 3), S. 30.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 35.

<sup>18</sup> Vgl. ders./Jennifer L. Pals, A New Big Five, in: *American Psychologist*, 61 (2006) 3, S. 204–217.

en, die den Menschen schlechthin auszeichnen und die er mit allen Menschen teilt, wie etwa die Lernfähigkeit oder das Altern. Letzteres, das durch Bedeutungssysteme und Praktiken konstituiert wird, übt unterschiedliche Einflüsse auf die verschiedenen Persönlichkeitebenen aus: Die Kultur hat einen mäßigen Effekt auf den phänotypischen Ausdruck der Eigenschaften, einen stärkeren Effekt auf die charakteristischen Adaptionen und einen sehr starken Einfluss auf die Lebensgeschichte.<sup>19</sup>

Wenn man auf die Entwicklung des Selbst als Objekt blickt, zeigt sich, dass die *dispositional traits* im frühen Erwachsenenalter relativ stabil sind, wohingegen sich die charakteristischen Anpassungen und die Lebensgeschichten im Lebenslauf verändern. Vor diesem Hintergrund zielt die Veränderung bedeutungsbildender Prozesse im Erwachsenenalter aus pädagogischer Sicht vor allem auf die Formierung charakteristischer Anpassungen und der Lebensgeschichten ab.

## Entwicklung von Selbstbestimmung

Nun möchte ich systematisch Bezug nehmen auf die beiden Teilfragen, nämlich inwiefern (1) der Prozess (das Selbst als Subjekt) und (2) das Produkt (das Selbst als Objekt) im Sinne einer Weiterentwicklung bestimmt werden können.

Ich beginne meine Ausführungen mit der ersten Teilfrage. Zur Grundlegung der Entwicklung bedeutungsbildender Prozesse nehme ich Bezug auf die von dem Psychologen Robert Kegan entwickelte „Theorie zur Ontogenese des Selbst“.<sup>20</sup> Er nimmt eine entwicklungspsychologische Perspektive auf das Selbst ein: Die Entwicklung erfolgt nach der Art zu wissen (*ways of knowing*), die bestimmt, wie eine Person Bedeutungen bildet. Eine spezifische Subjekt-Objekt-Beziehung kennzeichnet jede Entwicklungsstufe der Bedeutungsbildung und zwar in Bezug auf das Verhältnis der Person zu sich selbst, zu anderen und zur Welt.<sup>21</sup> Das Subjekt ist dasjenige, in das die Person involviert ist, mit dem sie sich iden-

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 211. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Rudolf Leiprecht in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

<sup>20</sup> Vgl. Robert Kegan, *In Over Our Heads*, Cambridge, MA 1994.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 32ff.

tifiziert, sodass sie es als einen Teil von sich erfährt. Das Objekt hingegen stellt dasjenige dar, das die Person betrachten, reflektieren und ändern kann. Wenn sich die Bedeutungsbildung verändert, kommt es zu einer Transformation, das heißt zu einer Veränderung der Form zu wissen: Das Subjekt wird zum Objekt; die Person schafft Objekte. Die Entwicklung des Selbst führt nicht nur dazu, dass die Person mehr reflektieren und verändern kann, sondern durch einen Komplexitätsgewinn gelangt die Person auch zu einer neuen Perspektive auf sich, die anderen und die Welt.<sup>22</sup>

Ein Beispiel für eine Komplexitätszunahme zeigt sich darin, dass eine Person in ihren Beziehungen zu anderen nicht mehr nur unterschiedliche Rollen, die sie und andere Personen in einer Interaktion einnehmen, erkennen kann, sondern sie ist auch dazu in der Lage, zu verstehen, welche Strukturen und Formen die Beziehung zwischen zwei Personen steuern. Bewusstwerdungsprozesse tragen zu einer größeren Selbstbestimmung bei, weil die Person mehr von sich betrachten, reflektieren und verändern kann. Im Zuge dessen kann das Verhalten in Handeln überführt werden – ein Handeln, das sich durch eine Absicht auszeichnet. Die Bewusstwerdung stellt den Kern der Entwicklung des Geistes dar. Das, wozu gebildet wird, ist mit Richard Peters die Entwicklung des Geistes, *development of the mind*.<sup>23</sup>

Die Weiterentwicklung der Struktur der Bedeutungsbildung ist jedoch durch die Komplexitätszunahme nicht hinreichend abgebildet. Denn verschiedene Bedeutungssysteme einer Person können komplex sein und nebeneinander bestehen, sie müssen jedoch nicht über einen allgemeinen Zweck aufeinander bezogen sein.<sup>24</sup> Aus diesem Grund wird die Integration der Bedeutungen in das Wertesystem der Person als ein weiteres Kriterium für die Entwicklung des Prozesses vom Selbst als Subjekt begriffen, die den *Significance-making*-Prozess konstituiert.<sup>25</sup>

<sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 34.

<sup>23</sup> Vgl. Richard, S. Peters, *Ethics and Education*, London 1968<sup>5</sup>, S. 34.

<sup>24</sup> Vgl. Gisela Labouvie-Vief/Manfred Diehl, The role of ego level in the adult self, in: P. M. Westenberg/A. Blasi/L. D. Cohn (Anm. 3), S. 222.

<sup>25</sup> Vgl. Gil G. Noam, The self, adult development, and the theory of biography and transformation, in: Daniel K. Lapsley/F. Clark Power (eds.), *Self, ego, and identity*, New York 1988, S. 3 ff.

Kennon Sheldon und Tim Kasser begreifen diese *Integration als eine Kohärenz von Zielen* auf vertikaler und horizontaler Zielebene (das heißt, dass Ziele sowohl auf unterschiedlichen Ebenen als auch auf derselben Ebene, jedoch von verschiedener Art, einander dienlich sind).<sup>26</sup> Der Sinn für Kontinuität wird dadurch erfahrbar, dass sich Personen dauerhaft für übergeordnete allgemeine Lebensziele einsetzen. Das Handeln sollte sich an übergeordneten Zwecken und Bedeutungen orientieren, wodurch eine vertikale Kohärenz gewährleistet wird. Des Weiteren sollte es Beziehungen zwischen Zielen auf derselben Konkretisierungsebene, also eine horizontale Kohärenz geben, um das Handeln insgesamt als sinnhaft einheitlich und nicht als fragmentarisch zu erleben. Mit anderen Worten: Damit Ziele oder Gründe in zusammenhängende Systeme einer Person eingebettet werden können, bedarf es allgemeiner Lebenszwecke. Allgemeine Lebenszwecke befähigen den Menschen dazu, die Gegenwart mit Bezug auf die Zukunft zu deuten und gegenwärtige Ziele mit möglichen Bildern von dem Selbst zu verknüpfen.<sup>27</sup> Bildung impliziert solche allgemeinen Zwecke, die es ermöglichen, Gründe und Ziele zu bewerten. Dabei stehen die Entscheidungen für allgemeine Lebenszwecke in einem steten Bezug zu den konkreten Zielen.

Die Ausführungen zeigen, dass sich Selbstbestimmung formal in einer zunehmenden Komplexität von Objekten und einer zunehmenden Integration von Objekten in ein übergeordnetes System von Werten und Lebenszwecken manifestiert. Nun gehe ich einen Schritt weiter und postuliere aus normativer Sicht, dass Bildung auch impliziert, dass das, was ich betrachten kann und was integriert wurde, eine bestimmte Qualität haben sollte. Deren Bestimmung kann sicherlich nur normativ erfolgen. In Anlehnung an Krassimir Stojanov sei die folgende relevante Frage gestellt: Bezeichnen wir eine Person mit einem komplexen und integrierten Bedeutungssystem, die sich dem Terrorismus verschrieben hat, als eine gebildete Person?<sup>28</sup> Personen,

<sup>26</sup> Vgl. Kennon M. Sheldon/Tim Kasser, Pursuing personal goals, in: *Personality and Social Psychology Bulletin*, 24 (1998) 12, S. 1319–1331.

<sup>27</sup> Vgl. ebd.

<sup>28</sup> Vgl. Krassimir Stojanov, The Concept of Bildung and its Moral Implications, in: K. Schneider (Anm. 1), S. 76 ff.

deren Bildentwürfe sich wie in diesem Fall durch Normen fragwürdigen moralischen Gehalts auszeichnen, würden sicher nicht als gebildet gelten. Dies wäre konterintuitiv zu Bildung,<sup>129</sup> wenn auch formal diese Personen im Sinne des geführten Gedankengangs sich durch ein komplexes und integriertes Bedeutungssystem auszeichnen und als gebildet bezeichnet werden könnten. Wenn Bildung die Bestimmung zu einem intrinsisch wertvollen Selbst bedeutet, ist zu fragen, aufgrund welcher Kriterien ein Selbst als wertvoll gelten kann. Mit Bezug auf das Personkonzept von Charles Taylor kann ein Kriterium im intersubjektiv geteilten Guten gesehen werden.<sup>130</sup> Das intersubjektiv geteilte Gute zeigt sich darin, dass Einstellungen als grundlegende Einstellungen von vielen Menschen als wertvoll beurteilt werden. Das können Einstellungen sein, die den herrschenden Common Sense in Bezug auf das Gute abbilden.

Die Frage, inwiefern das Selbst als Subjekt des Erwachsenen im Sinne einer Weiterentwicklung bestimmt werden kann, sei in diesem Zugang so beantwortet: Die Entwicklung mit Blick auf den Erwachsenen zeigt sich in komplexeren Bedeutungssystemen, die miteinander verknüpft werden und von der Person als wertvoll erfahren werden. Die Intentionalität habe nicht nur allgemeingültigen Einstellungen zu gelten, sondern, wenn es solche gäbe, auch universalistischen.<sup>131</sup> Universalistische Einstellungen bewegen sich auf einem allgemeinen Niveau und können von allen Menschen als wertvoll erachtet werden.

## Bedeutung der Lebensgeschichte

Ich komme nun zu der zweiten Teilfrage, inwiefern die Entwicklung des Selbst als eines Objekts begriffen werden kann. Dabei richte ich mein Erkenntnisinteresse nur auf die Entwicklung der Persönlichkeitsebene 3, der Lebensgeschichte, die für das Selbst als Objekt und auch für den Erwachsenen zentral ist.

Die Lebensgeschichte kann verstanden werden als die Art und Weise, wie das „Ich“

<sup>129</sup> Vgl. ebd.

<sup>130</sup> Vgl. Charles Taylor, *Sources of the Self*, Cambridge, MA 1989, S. 94.

<sup>131</sup> Vgl. ebd.; K. Stojanov (Anm. 28).

(das Selbst als Subjekt) Elemente des „Mich“ (das Selbst als Objekt) in einer zeitlichen Sequenz arrängiert und dadurch das „Mich“ als Objekt konstruiert. Das Subjekt hat sich eine eigene Bedeutung gegeben, in dem es einen Zweck durch eine Geschichte herausgearbeitet hat.<sup>132</sup> Das „Ich“ ist in diesem Prozess der Erzähler und das „Mich“ der Protagonist der Erzählung. Erfahrungen sind von geringem Wert, wenn sie nicht miteinander verknüpft werden, was durch die in einer Geschichte hergestellte Einheit erfolgen kann; eine Einheit, welche eine Artikulation des Lebens ist, die diesem eine neue und reichere Bedeutung verleiht.<sup>133</sup> Das Erzählen der Lebensgeschichte vermag das „Mich“ mit einer Einheit und einem Lebenszweck auszustatten. Eine Lebensgeschichte entspricht im Wesentlichen der Grammatik des zielgerichteten Verhaltens, denn die Intentionalität des Menschen ist auch der Kern jeder Erzählung.<sup>134</sup> Ein Protagonist handelt, um ein Ziel zu erreichen, und reagiert dann auf die Konsequenzen.<sup>135</sup>

Eine Person kann mehr als eine Lebensgeschichte haben und über zahlreiche unverbundene Geschichten zum Selbst verfügen, was übrigens als ein besonderes Kennzeichen der Postmoderne gesehen wird. Die Entwicklung der Lebensgeschichte stellt einen Prozess der mehrfachen Veränderung in Richtung guter Geschichte dar, die sich im Laufe der Zeit in eine größere Kohärenz, Differenzierung und Integrierung ausformt.<sup>136</sup> Lebensgeschichten verändern sich über die Zeit beträchtlich, was auf die Persönlichkeitsentwicklung hinweist. Der Prozess der Bildung, der als reflexiv gedacht wird und auf die Formung des Selbst gerichtet ist, ist somit eng mit dem Erzählen der eigenen Lebensgeschichte verbunden.

<sup>132</sup> Vgl. Dan P. McAdams, *Personality, Modernity, and the Storyed Self*, in: *Psychological Inquiry*, 7 (1996) 4, S. 295, S. 307.

<sup>133</sup> Vgl. Guy A. M. Widdershoven, *The Story of Life*, in: Amia Lieblich/Ruthellen Josselson (eds.), *The Narrative Study of Lives*, Newburg Park 1993, S. 6f.

<sup>134</sup> Vgl. Dan P. McAdams, *The Psychology of Life Stories*, in: *Review of General Psychology*, 5 (2001) 2, S. 103.

<sup>135</sup> Vgl. Nancy L. Stein/Margret Policastro, *The concept of a story*, in: Heinz Mandl et al. (eds.), *Learning and comprehension of text*, Hillsdale 1984, S. 113–155.

<sup>136</sup> Vgl. D.P. McAdams (Anm. 3), S. 36.

## Zusammenfassung

Die Bildung Erwachsener zur Selbstbestimmung ist im Kern die Bestimmung des Menschen durch sich selbst als eines Wesens, das sich in der Erkennbarkeit und Bewusstwerdung von Objekten seiner Gründe und Normen des Handelns bewusst wird und diese als gültige anerkennt. Die Anerkennung ermöglicht der Person eine Autonomie im Handeln auf dem Weg zur Selbstbestimmung. Die handelnde erwachsene Person erlangt zunehmend *Freiheit*, wenn sie nach den selbst aufgelegten Normen und Zwecken handelt, und *Verantwortung*, wenn sie die Folgen des Handelns begründen kann.<sup>37</sup>

Bildung verstanden als Selbstbestimmung manifestiert sich in einer Komplexitätszunahme der bedeutungsbildenden Systeme und in einer zunehmenden Kohärenz dieser intrinsisch wertvollen Systeme. Die Gründe des Urteilens und Handelns werden miteinander verbunden, in ein kohärentes System gebracht und allgemeingültig. In Anlehnung an William Stern können mit dem sich entwickelnden vieleinheitlichen Selbst (*unitas multiplex*) wiederum neue Beziehungen eingegangen werden.<sup>38</sup> „Damit wird die Beziehung zur Welt immer wieder integrierend differenziert.“<sup>39</sup> Dadurch, dass die Welt immer mehr reflektiert und verändert werden kann, kann die Person mehr Beziehungen mit der Welt aufbauen. Mit zunehmender Komplexität und Integration der Bedeutungsprozesse wird auch die Lebensgeschichte kohärenter, offener und differenzierter. Die Betrachtung der Bildung als Selbstbestimmung verdeutlicht, dass Bildung im Erwachsenenalter analog zum Verständnis von Weisheit als Integration von Logos und Mythos begriffen werden kann:<sup>40</sup> Im Prozess der Bildung repräsentiert der Logos das Rationale, das Kognitive, das Objektivierbare, das Erklärbare, die Vernunft und das Wissen. Der Mythos steht dagegen für das Gefühlte und das Ganzheitliche.

<sup>37</sup> Vgl. Julian Nida-Rümelin, *Strukturelle Rationalität*, Stuttgart 2001.

<sup>38</sup> Vgl. William Stern, *Die menschliche Persönlichkeit*, Leipzig 1918.

<sup>39</sup> Urs Führer et al., *Selbstentwicklung in Kindheit und Jugend*, in: W. Greve (Anm. 5), S. 54.

<sup>40</sup> Vgl. G. Labouvie-Vief/M. Diehl (Anm. 24), S. 219–235.

## Politische Sozialisation

Politische Sozialisation (PS) ist in engem Zusammenhang mit politischer Kultur, politischer Meinungs- und Werteforschung und mit politischer Bildung zu sehen. Nimmt man die klassische Definition politischer Kultur als die „jeweilige Verteilung von Orientierungsmustern gegenüber politischen Gegenständen“<sup>1</sup> in einer Gesellschaft, dann bezeichnet PS den Erwerb dieser Orientierungsmuster durch das Individuum. Der Begriff ist sehr komplex, da „Sozialisation“ die gesamte – bewusste und unbewusste – Aneignung gesellschaftsbezogener Kenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen und Werte bezeichnet und dabei sowohl die Prozesse und Inhalte als auch die Handelnden betrachtet werden können. Bezieht sich PS im engeren Sinne zunächst auf die prozeduralen Aspekte, die Aneignung und Entwicklung der Orientierungen durch Gruppen oder Individuen, so lassen sich in einem weiteren Sinne auch die Ergebnisse bzw. Inhalte in den Vordergrund stellen – allerdings dann mit geringerer Trennschärfe zu den Kategorien der Werte- und Meinungsforschung.

In Deutschland wurden seit Beginn der 1970er Jahre die etwa eine Dekade früher begonnenen US-amerikanischen Forschungsansätze aufgenommen. Nach einem Boom weit angelegter Untersuchungen in den 1970er Jahren widmete sich die Forschung zur PS danach zunächst zahlreichen Einzelaspekten, um erst in den 1990er Jahren – unter dem Eindruck von Umbrüchen und neuen Entwicklungen – wieder größere Breite zu gewinnen.<sup>2</sup> Viele ältere Untersuchungsansätze, die in behavioristischer oder strukturfunktionaler Forschungstradition stehen, sind zu eindimensional. So läuft die abstrahierende Vorstellung einer nationalen politischen Kultur Gefahr, die Existenz regionaler, sozialer, religiöser usw. Teilkulturen zu übersehen. Auch ist PS nicht als bloße Übertragung eines fertigen Systems von Orientierungen auf eine neue Generation zu verstehen. Damit wäre Wandel im politischen Verhalten oder individuelle Abweichung nicht zu erklären. PS ist dagegen als aktiver Lernprozess zu untersuchen, der die politischen Denk- und Handlungsmöglichkeiten der Individuen konstituiert. (...)

Analytisch lässt sich der Blick auf die PS unterscheiden in die Teilaspekte: Instanzen, Prozesse und Inhalte. Bei den Instanzen kann nach Handlungsräumen, Institutionen und Akteuren gefragt werden. Weitgehend eingebürgert hat sich die Unterscheidung in primäre Sozialisationsinstanzen (Familie oder z. B. informelle Freundschaftsgruppe, Peergroup), sekundäre Instanzen (Schule, Vorschule, Jugendarbeit, Jugendverbände) und tertiäre (politische und

gesellschaftliche Institutionen: z.B. Parteien, Verbände und Kirchen). Sie ist allerdings dann als problematisch anzusehen, wenn damit eine klare zeitliche oder hierarchische Reihenfolge behauptet wird, die sich angesichts der gegenseitigen Beeinflussung und Verflechtung der Instanzen empirisch nicht belegen lässt. So sind etwa die Wirkungen der Familie auf die (frühe) PS kaum trennbar von deren sozialer Situation und vom Umfeld der Massenmedien. Auch der Effekt von Großereignissen, wie Kriegen, Systemumbrüchen oder Naturkatastrophen, auf die PS muss in Betracht gezogen werden.<sup>¶</sup>

Prozesse bezeichnen den intermediären Bereich der Vermittlung in ihrer kausalen und zeitlichen Struktur. Auf die Frage nach unterscheidbaren Phasen der PS gibt es keine eindeutigen Antworten. Die Kristallisierungsthese geht davon aus, dass die frühkindlich im familiären Kontext erworbenen allgemeinen Orientierungen („Primat der frühkindlichen Sozialisation“) dauerhaft wirksam bleiben („Persistenz“) und die späteren Orientierungen politischen Meinens und Handelns prägen („Strukturierung“). Als entscheidend für die Ergebnisse des Prozesses der PS wird nicht nur die Frage angesehen, wann und von wem, sondern auch wie gelernt wird. Unterschiedliche Kommunikations- und Erziehungsstile etwa in der Familie spielen dabei offensichtlich eine wichtige Rolle.<sup>¶</sup> Neuere Untersuchungen scheinen die Persistenz früh erworbbener Dispositionen zu belegen – allerdings nur für sehr allgemeine Faktoren, vor allem für die generelle Bereitschaft zu politischer Partizipation. Hier scheint die Ausprägung im frühen Jugendalter in hohem Maße vorentscheidend für spätere Lebensphasen zu sein.<sup>¶</sup>

<sup>¶</sup> Vgl. Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture*, Princeton 1963.

<sup>¶</sup> Vgl. Bernhard Claußen/Rainer Geißler (Hrsg.), *Die Politisierung des Menschen*, Opladen 1996; Christel Hopf/Wulf Hopf, *Familie, Persönlichkeit, Politik*, Weinheim–München 1997; Heinz Reinders, *Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendezeit*, Opladen 2001.

<sup>¶</sup> Vgl. Klaus Tenfelde, *Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert*, Bonn 1998.

<sup>¶</sup> Vgl. Ch. Hopf/W. Hopf (Anm. 2).

<sup>¶</sup> Vgl. H. Reinders (Anm. 2).

Auszug aus: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2003<sup>5</sup>; Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003, online: [www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40358/politische-sozialisation](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40358/politische-sozialisation) (12. 11. 2012).

Harald Schoen

# Persönlichkeit, politische Präferenzen und politische Partizipation

Die Vorstellung, dass die Persönlichkeit eines Menschen sein politisches Denken und Handeln beeinflusse, ist nicht neu.

In den Sozialwissenschaften und darüber hinaus erlangte sie vor mehr als einem halben Jahrhundert einige Prominenz. Damals meinten Theodor W. Adorno und seine Kolleginnen und Kollegen, mit der im Kindesalter geformten autoritären Persönlichkeit ein Denkmuster gefunden zu haben, das Menschen potenziell faschistisch werden lasse.<sup>¶</sup> Die Arbeit von Adorno und Kollegen zog wohl begründete Kritik auf sich.<sup>¶</sup> Doch wurde dabei das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Denn es wurde nicht nur Adornos Konzept verworfen, sondern es geriet die gesamte Vorstellung, politische Einstellungen und politisches Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern würden von deren Persönlichkeit beeinflusst, in Misskredit und Vergessenheit.<sup>¶</sup> Seit zwei Jahrzehnten erlebt diese Idee jedoch eine Renaissance. Die Grundannahme, dass in der Per-

Harald Schoen

Dr. phil., geb. 1972; Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Feldkirchenstraße 21, 96047 Bamberg.  
harald.schoen@uni-bamberg.de

<sup>¶</sup> Vgl. Theodor W. Adorno et al., *The Authoritarian Personality*, New York 1950.

<sup>¶</sup> Vgl. Richard Christie/Marie Jahoda (eds.), *Studies in the Scope and Method of „The Authoritarian Personality“*, Glencoe 1954; John Levi Martin, *The Authoritarian Personality, 50 Years Later: What Questions Are There for Political Psychology*, in: *Political Psychology*, 22 (2001) 1, S. 1–26.

<sup>¶</sup> Persönlichkeitseinflüsse auf politische Eliten wurden hingegen untersucht. Vgl. David G. Winter, *Personality and Political Behavior*, in: David O. Sears/ Leonie Huddy/Robert Jervis (eds.), *Political Psychology*, Oxford 2003.

sönlichkeit zusammengefasste psychische Kräfte politisches Denken und Handeln beeinflussen, ist dieselbe geblieben. Allerdings haben sich seit der Untersuchung zur „Authoritarian Personality“ Konzepte, Theorien und Instrumente der Forschung deutlich gewandelt. Daher werden im Folgenden zunächst wichtige Konzepte der Persönlichkeitsforschung im Überblick dargestellt, ehe Wirkungen von Persönlichkeitseigenschaften auf politische Vorlieben und politisches Verhalten erläutert sowie Folgerungen gezogen werden.

## Persönlichkeitseigenschaften

Fragt man nach der Persönlichkeit eines Menschen, bezieht man sich meist auf Verhaltensstendenzen, die eine Person über die Zeit und Situationen hinweg an den Tag legt, und die sie von anderen Personen gleichen Alters in der gleichen Kultur unterscheiden.<sup>14</sup> Wird beispielsweise eine Person als schüchtern beschrieben, ist damit gemeint, dass sie häufig zurückhaltender handelt als andere Personen. Der wohl führende Ansatz in der Persönlichkeitspsychologie sieht in Eigenschaften, die in Anlehnung an die Alltagspsychologie gewonnen werden, solche langfristig stabilen Merkmale zur Charakterisierung der individuellen Besonderheiten von Menschen.

Innerhalb des Eigenschaftsparadigmas hat sich seit den 1990er Jahren die Auffassung durchgesetzt, dass fünf relativ umfassende Eigenschaftsdimensionen, die sogenannten *Big Five*, genügen, um wesentliche Unterschiede zwischen Menschen zu erfassen.<sup>15</sup> Es handelt sich um die Dimensionen Verträglichkeit, Extraversion, emotionale Stabilität (oder Neurotizismus), Gewissenhaftigkeit und Offenheit für Erfahrung. *Verträglichkeit* bezieht sich auf das Bedürfnis nach harmonischen Beziehungen zu anderen Menschen. Personen mit hohen Werten auf dieser Dimension werden als vertrauensvoll, altruistisch, mitfühlend und warmherzig beschrieben und ziehen Kooperation dem Wettbewerb vor. *Extraversion* meint in erster Linie das Bedürfnis nach Aufmerksamkeit

<sup>14</sup> Vgl. Jens B. Asendorpf, Psychologie der Persönlichkeit, Heidelberg 2007<sup>4</sup>, insbes. Kap. 1–4.

<sup>15</sup> Diese fünf Dimensionen umfassen verschiedene Unterdimensionen oder Facetten, auf die hier nicht eingegangen wird.

und sozialer Interaktion. Hohe Extraversionswerte zeigen an, dass Menschen aktiv, gesprächig und durchsetzungsfähig sind. Personen am oberen Ende der *Gewissenhaftigkeitsdimension*, die sich wesentlich auf Zuverlässigkeit und Leistung bezieht, werden als fleißig, gründlich, gut organisiert und einfallsreich beschrieben. *Emotional stabile* Personen lassen sich nicht leicht aus der Ruhe bringen, können negative Emotionen wie Sorgen, Enttäuschung und Wut gut kontrollieren. Schließlich suchen Personen mit hohen Werten auf der *Offenheitsdimension* verschiedenste Informationen und Anregungen und werden als tolerant, vielfältig interessiert und aufgeschlossen für Neues beschrieben.<sup>16</sup>

Persönlichkeitseigenschaften sind zum Teil genetisch angelegt, zum Teil in frühen Lebensjahren erworben und bleiben im Laufe des Lebens relativ konstant. Damit sind die Neigungen und Bedürfnisse, die sich in Persönlichkeitseigenschaften niederschlagen, Einstellungen und Verhalten in spezifischen Situationen zeitlich vorgelagert und können auf diese wirken. Dies geschieht dadurch, dass sie Einfluss darauf nehmen, welche Ziele eine Person verfolgt, welche Stimuli in ihrer Umwelt sie als wichtig erachtet und wie sie darauf reagiert. Im Zusammenspiel mit Umwelteinflüssen führen tief verankerte Persönlichkeitseigenschaften somit zu charakteristischen Anpassungen eines Menschen, also zur Ausprägung bestimmter Gewohnheiten, Einstellungen und Verhaltensmuster.<sup>17</sup>

Vor diesem Hintergrund kann es kaum erstaunen, dass Persönlichkeitseigenschaften menschliches Verhalten in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären vorhersagen können. Ebenso liegt es nahe, Informationen über die Persönlichkeit von Menschen etwa bei der

<sup>16</sup> Vgl. Paul T. Costa/Robert R. McCrae, Revised NEO Personality Inventory (NEO PI-R) and NEO Five Factor Inventory. Professional Manual, Odessa 1992; Jeffery J. Mondak, Personality and the Foundations of Political Behavior, Cambridge, MA 2010, S. 47 ff.

<sup>17</sup> Vgl. Dan P. McAdams/Jennifer L. Pals, A New Big Five: Fundamental Principles for an Integrative Science of Personality, in: American Psychologist, 61 (2006) 3, S. 204–217. Vgl. kritisch zur Wirkung von Persönlichkeitsmerkmalen: Brad Verhulst/Lindon J. Eaves/Peter K. Hatemi, Correlation not Causation: The Relationship between Personality Traits and Political Ideologies, in: American Journal of Political Science, 56 (2012) 1, S. 34–51.

Personalauswahl zu nutzen. Beispielsweise würde man einer schüchternen Person nicht unbedingt raten, einen Beruf als Lehrkraft zu ergreifen, dagegen gewissenhafte Personen gerne mit Aufgaben betrauen, die Akribie erfordern.

Wenigstens auf den ersten Blick könnte es jedoch fragwürdig erscheinen, diese allgemeinen, gleichsam unpolitischen Persönlichkeitseigenschaften mit politischen Einstellungen und Verhaltensweisen in Verbindung zu bringen. Tatsächlich liegt es jedoch gar nicht so fern. Denn Menschen legen tief verankerte Verhaltenstendenzen nicht ab, sobald sie sich der politischen Sphäre nähern. Man mag allerdings zweifeln, ob das politische Geschehen Reize bereithält, auf die Personen in Abhängigkeit von ihren Persönlichkeitseigenschaften unterschiedlich reagieren. Eine wachsende Zahl von Befunden zu Wirkungen von Persönlichkeitseigenschaften auf politisches Verhalten und politische Präferenzen spricht dafür, dass diese Zweifel unbegründet sind.

## Persönlichkeit und politische Partizipation

Wie sehr sich Menschen für politisches Geschehen interessieren und wie stark sie sich am politischen Prozess beteiligen, hängt auch von Persönlichkeitseigenschaften ab. Solche Zusammenhänge entstehen, sofern politisches Engagement den mit der Persönlichkeit eines Menschen zusammenhängenden Neigungen und Bedürfnissen entspricht (positiver Zusammenhang) oder diesen widerspricht (negativer Zusammenhang).

Um diese Überlegung anwenden zu können, ist es nützlich, sich Eigenschaften verschiedener Formen von politischer Beteiligung ins Gedächtnis zu rufen. In politischen Prozessen versuchen Akteurinnen und Akteure nicht zuletzt ihre Auffassungen darzustellen, für sie zu werben und in der Auseinandersetzung mit anderen durchzusetzen. Politische Prozesse führen somit zu häufig konflikthaften Auseinandersetzungen zwischen Menschen. Für die verschiedenen Formen politischen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern gilt das in unterschiedlichem Maße. Die Kandidatur für ein öffentliches Amt und die Organisation einer Demonstration erfordern es beispiels-

weise, im öffentlichen Wettstreit die eigenen Standpunkte darzulegen und um Unterstützung zu werben. In Wahlen können Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Vorlieben hingegen geheim zum Ausdruck bringen. Im Vergleich mit den beiden anderen politischen Aktivitäten ist die Teilnahme an Wahlen somit weniger geeignet, Selbstdarstellungsbedürfnisse zu befriedigen, erfordert aber auch weniger Streitbarkeit und Mut zum öffentlichen Bekenntnis. Diese Unterschiede zwischen Formen politischer Teilhabe spiegeln sich in Einflüssen von Extraversion, emotionaler Stabilität und Verträglichkeit auf ihre Nutzung wider. Für die USA konnte gezeigt werden, dass verträgliche<sup>18</sup> Menschen politische und daher potenziell konflikthafte Diskussionen eher meiden. Dagegen sind emotional stabile und extravertierte Personen dazu überdurchschnittlich bereit.<sup>19</sup>

Hohe Extraversionswerte begünstigen darüber hinaus in verschiedenen Gesellschaften die Nutzung diverser Formen politischer Teilhabe, etwa Kontakte zu Abgeordneten, die Unterstützung von Parteien und Kandidaten in Wahlkämpfen sowie die Teilnahme an (genehmigten und nicht genehmigten) Demonstrationen.<sup>20</sup> Auch die Übernahme öffentlicher Ämter scheint wahrscheinlicher zu werden, je extravertierter, emotional stabiler und weniger verträglich Personen sind.<sup>21</sup>

Darüber hinaus entsprechen nicht alle Formen politischer Aktivität gleichermaßen den

<sup>18</sup> Der Einfachheit halber werden Menschen mit hohen Werten auf der jeweiligen Persönlichkeitsdimension mit dem entsprechenden Adjektiv beschrieben.

<sup>19</sup> Vgl. Alan S. Gerber et al., Disagreement and the Avoidance of Political Discussion: Aggregate Relationships and Differences across Personality Types, in: American Journal of Political Science (i.E.); Markus Steinbrecher/Harald Schoen, Persönlichkeit und politische Partizipation im Umfeld der Bundestagswahl 2009, in: Politische Psychologie, 2 (2012) 1, S. 58–74.

<sup>20</sup> Vgl. J.J. Mondak (Anm. 6); ders. et al., The Participatory Personality: Evidence from Latin America, in: British Journal of Political Science, 41 (2011) 1, S. 211–221; M. Steinbrecher/H. Schoen (Anm. 9); Michele Vecchione/Gian Vittorio Caprara, Personality determinants of political participation, in: Personality and Individual Differences, 46 (2009) 4, S. 487–492; Alan S. Gerber et al., Personality Traits and Participation in Political Processes, in: Journal of Politics, 73 (2011) 3, S. 692–706.

<sup>21</sup> Vgl. Heinrich Best, Does Personality Matter in Politics?, in: Comparative Sociology, 10 (2011) 6, S. 928–948.

geschriebenen und ungeschriebenen Regeln. Einige Formen sind illegal, andere legal, aber wenig verbreitet und gelten nicht als legitim, wieder andere sind erlaubt, gelten als legitim, ja die Nutzung mancher wird geradezu als Bürgerpflicht angesehen. Die Gewissenhaftigkeitsdimension erfasst unter anderem, inwieweit Menschen sich an geschriebenen oder ungeschriebenen Regeln orientieren. Daher erscheint es folgerichtig, dass in Deutschland hohe Gewissenhaftigkeitswerte dazu beitragen, dass Bürgerinnen und Bürger mit dem Wahlrecht eine gewisse Verpflichtung verbunden sehen und auch tatsächlich ihre Stimme abgeben. Dagegen halten sich Menschen mit dieser psychischen Disposition von weniger konventionellen und illegalen Formen der politischen Aktivität eher fern.<sup>12</sup> Schließlich darf nicht übersehen werden, dass politische Prozesse sich auf gesamtgesellschaftliche Fragen beziehen, die jenseits des unmittelbaren Erfahrungshorizonts vieler Menschen liegen. Sich mit Politik zu befassen, ist daher nicht selbstverständlich. Es erstaunt deshalb nicht, dass Offenheit für Erfahrung, also die Disposition, nach diversen Anregungen zu suchen, auch Interesse an politischen Fragen, politische Informiertheit wie auch verschiedene politische Aktivitäten begünstigt.<sup>13</sup>

Politisches Engagement spiegelt somit zu einem gewissen Teil die in Persönlichkeitseigenschaften erfassten Neigungen und Bedürfnisse von Menschen wider. Nicht zuletzt tragen offenbar hohe Werte auf den Dimensionen Offenheit und Extraversion zu ausgeprägter politischer Aktivität bei. Sie lassen es also wahrscheinlicher werden, dass Personen dem in der politischen Bildung häufig hochgehaltenen Ideal politisch interessierter und aktiver Bürgerinnen und Bürger entsprechen.

## Persönlichkeit und politische Präferenzen

Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften ist nicht auf den Grad politischer Ak-

<sup>12</sup> Vgl. Sandra Huber/Hans Rattinger, Die Nichtwähler – ein besonderer Menschenschlag?, in: Siegfried Schumann unter Mitarbeit von Harald Schoen (Hrsg.), Persönlichkeit, Wiesbaden 2005; M. Steinbrecher/H. Schoen (Anm. 9).

<sup>13</sup> Vgl. J.J. Mondak (Anm. 6); Harald Schoen/Mar-  
kus Steinbrecher, Beyond Total Effects, in: Political Psychology (i.E.).

tivität beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf politische Präferenzen. Dementsprechend spiegeln sich Unterschiede in der Persönlichkeit auch in politischen Wertorientierungen, ideologischen Vorstellungen sowie Einstellungen zu politischen Sachfragen, Kandidaten und Parteien wider. Eine wesentliche Ursache für diese Zusammenhänge ist wiederum darin zu suchen, dass etwa bestimmte Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme den psychischen Neigungen und Bedürfnissen einer Person besonders gut entsprechen oder diesen widersprechen. Beispielsweise könnte eine liberalere Zuwanderungspolitik von offenen Menschen als Möglichkeit gesehen werden, zusätzliche Anregungen zu erhalten, und daher begrüßt werden. Personen mit niedrigen Ausprägungen dürften dieselbe Aussicht eher als Störung oder Bedrohung empfinden und daher ablehnend reagieren.

Das Beispiel bezieht sich nicht zufällig auf Offenheit. Denn diese Eigenschaft erweist sich auch hier als ausgesprochen einflussreich.<sup>14</sup> Sehr offene Menschen tendieren eher zu politisch linken Grundorientierungen, betrachten überkommene Moralvorstellungen kritisch und legen vergleichsweise großen Wert auf erfüllende Beziehungen zu anderen Menschen, auf individuelle Selbstverwirklichung und auf das Wohlerge-

<sup>14</sup> Vgl. zu den in diesem Abschnitt dargestellten Befunden: Gian Vittorio Caprara et al., Personality and Politics, in: Political Psychology, 27 (2006) 1, S. 1–28; ders./Michele Vecchione/Shalom H. Schwartz, Mediational Role of Values in Linking Personality Traits to Political Orientation, in: Asian Journal of Social Psychology, 12 (2009) 1, S. 82–94; Alan S. Gerber et al., Personality and the Strength and Direction of Partisan Identification, in: Political Behavior (i.E.); Markus Klein, Der Stellenwert von Persönlichkeitseigenschaften im Rahmen einer Theorie des Postmaterialismus, in: S. Schumann (Anm. 12); J.J. Mondak (Anm. 6); Harald Schoen, Stabil, aber auch politisch stabilisierend?, in: S. Schumann (Anm. 12); ders., Personality Traits and Foreign Policy Attitudes in German Public Opinion, in: Journal of Conflict Resolution, 51 (2007) 3, S. 408–430; ders./Siegfried Schumann, Personality Traits, Partisan Attitudes, and Voting Behavior, in: Political Psychology, 28 (2007) 4, S. 471–498; Siegfried Schumann, Persönlichkeitssbedingte Einstellungen zu Parteien, München u.a. 2001; Michele Vecchione et al., Personality Correlates of Party Preference, in: Personality and Individual Differences, 51 (2011) 6, S. 737–742; Jürgen R. Winkler, Persönlichkeit und Rechtsextremismus, in: S. Schumann (Anm. 12).

hen auch ihnen fernstehender Menschen. Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu folgerichtig, dass Offenheit auch die Haltung zu politischen Sachfragen beeinflusst. Bei gesellschaftspolitischen Streitfragen befürworten offene Personen überdurchschnittlich häufig liberale Positionen, so etwa in der Zuwanderungspolitik, in der Abtreibungsfrage und bei der Regelung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. In der Außenpolitik treten sie mit erhöhter Wahrscheinlichkeit für die Vertiefung der europäischen Integration sowie eine im engen Verbund mit anderen Ländern abgestimmte Außenpolitik ein, während sie den Irakkrieg 2003 überdurchschnittlich stark ablehnten. In den USA begünstigt eine stark ausgeprägte Offenheit auch eine marktkritische Haltung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik; in Deutschland sind die entsprechenden Befunde nicht eindeutig. Bei Wahlen entscheiden sich sehr offene Personen schließlich überdurchschnittlich häufig für linke und linksliberale Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten, während sie konservative eher meiden.

Gewissenhaftigkeit scheint in gewisser Weise spiegelbildlich zu Offenheit zu wirken. Sehr gewissenhafte Menschen neigen dazu, in der Gesellschaftspolitik an traditionellen Moralvorstellungen festzuhalten und beurteilen daher Politikvorschläge kritisch, die davon abzurücken versprechen. In der Außenpolitik treten sie eher für isolationistische Positionen ein und sind überdurchschnittlich oft bereit, den Einsatz militärischer Gewalt zu befürworten. Letzteres dürfte nicht zuletzt mit ihrer Neigung zusammenhängen, eindeutig zwischen „richtig“ und „falsch“ zu unterscheiden. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik scheinen sie marktfreundliche Vorstellungen zu bevorzugen, auch wenn die Befunde für Deutschland an dieser Stelle nicht ganz eindeutig sind. Hohe Werte auf der Gewissenhaftigkeitsdimension begünstigen die Ausprägung eher rechter oder gar rechts-extremer Grundorientierungen sowie auf Bewahrung zielender Wertorientierungen. An der Wahlurne lassen sie ein Votum für konservative Parteien wahrscheinlicher werden, Stimmen für linke und linksliberale Parteien hingegen weniger wahrscheinlich.

Für die übrigen Persönlichkeitseigenschaften liegen weniger eindeutige und konsis-

tente Befunde vor. Hochgradig verträgliche Menschen befürworten überdurchschnittlich stark eine auf sozialen Ausgleich bedachte Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie kooperative und gewaltfreie Lösungen in der Außenpolitik. Für emotionale Stabilität konnten Wirkungen zugunsten einer marktfreundlichen Haltung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nachgewiesen werden. Extraversion scheint hingegen nur vereinzelt mit politischen Grundorientierungen, Einstellungen zu Sachfragen oder Wahlverhalten zusammenzuhängen.

Persönlichkeitseigenschaften beeinflussen, so können wir festhalten, auch politische Präferenzen. Zum Teil spielen dabei dieselben Eigenschaften eine prominente Rolle wie bei der politischen Aktivität, zum Teil auch andere. Extraversion beeinflusst offenbar die Bereitschaft zu politischer Aktivität, jedoch kaum politische Vorlieben. Für Gewissenhaftigkeit gilt der Tendenz nach das Gegenteil. Offenheit für Erfahrung erweist sich hingegen in beiden Hinsichten als einflussreich.

## Folgerungen

Wie der vorangegangene Überblick über ausgewählte Forschungsergebnisse zeigt, kommen die in Persönlichkeitseigenschaften gebündelten Neigungen und Bedürfnisse auch darin zum Ausdruck, wie stark sich Menschen mit Politik befassen, wie stark sie Möglichkeiten zur politischen Beteiligung nutzen, welche Standpunkte sie zu politischen Sachfragen beziehen, wie sie Parteien und Politiker bewerten und wen sie wählen. Wie in anderen Lebensbereichen auch spielen bei der politischen Urteilsbildung und Partizipation zum Teil unbewusste, kaum willentlich beeinflussbare psychische Neigungen und Bedürfnisse eine Rolle. Politik ist also durchaus eine Frage der Persönlichkeit.

Die vorgestellten Zusammenhänge dürfen allerdings nicht überinterpretiert werden. Manche Befunde scheinen von der Messmethode abzuhängen und über Gesellschaften hinweg nicht stabil zu sein.<sup>115</sup> Auch handelt

<sup>115</sup> Vgl. Alan S. Gerber et al., The Big Five Personality Traits in the Political Arena, in: Annual Review of Political Science, 14 (2011), S. 265–287. Auch sind

es sich um Tendenzen, nicht um deterministische Beziehungen. Beispielsweise mischen sich sehr extravertierte Menschen mit höherer Wahrscheinlichkeit als introvertierte häufig und vernehmbar in politische Prozesse ein. Aber stark ausgeprägte Extraversion führt nicht zwangsläufig zu politischer Aktivität, wie auch Introvertiertheit politisches Engagement nicht ausschließt.

Das kann kaum anders sein, da Persönlichkeitseigenschaften allgemeine, nicht politikspezifische Neigungen und Bedürfnisse erfassen. Geht es um Politik, kommen zusätzliche Einflüsse ins Spiel, beispielsweise früh erworbene Parteibindungen oder ein aus der Situation heraus erwachsendes Interesse an bestimmten Fragen.

Zudem setzen politische Eliten in ihrem Kampf um die politische Deutungshoheit Kommunikationsstrategien ein, welche die politische Prägekraft von Persönlichkeitseigenschaften verstärken oder abschwächen können. Nicht zuletzt diese Argumente sollten auch verdeutlichen, dass es verfehlt wäre, aus dem Nachweis von Wirkungen zum Teil erblicher, zum Teil früh erworbener Persönlichkeitseigenschaften zu folgern, politische Ansichten und Verhaltensweisen seien von frühester Jugend an für das gesamte Leben genau festgelegt.

Diese Einschränkungen vermögen aber nichts daran zu ändern, dass Persönlichkeitseigenschaften politische Präferenzen und politisches Verhalten beeinflussen. Geraade die Verknüpfung beider Wirkungen erscheint bemerkenswert und politisch bedeutsam. So begünstigt stark ausgeprägte Offenheit für Erfahrung nicht nur aktive Beteiligung am politischen Geschehen, sondern gleichzeitig eine Präferenz für eher linke, traditionelle Vorstellungen infrage stellende Politikentwürfe.

Personen, die persönlichkeitsbedingt politisch vergleichsweise aktiv sind, vertreten also aus demselben Grund überzufällig häufig bestimmte politische Standpunkte. Insofern sind diese politischen Standpunkte persönlichkeitsbedingt unter politisch akti-

einige Zusammenhänge komplizierter, als es an dieser Stelle ausgeführt werden konnte. Vgl. J.J. Mondak (Anm. 6); M. Steinbrecher/H. Schoen (Anm. 9).

ven Personen stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Sie dürften daher öffentlich sichtbarer sein und stärkeren Einfluss auf politische Prozesse und deren Ergebnisse, also etwa Gesetze, nehmen, als es ohne politische Wirkungen von Persönlichkeitseigenschaften der Fall wäre. Es scheint daher persönlichkeitsbedingte Ungleichheiten in der Repräsentation politischer Standpunkte zu geben.

Dieser Befund kann unterschiedlich bewertet werden. Im Vergleich zu den Wünschen der Bevölkerung stärker auf Wandel bedachte politische Entscheidungen könnten als Triebfeder des gesellschaftlichen Fortschritts angesehen werden. Die Bewertung dürfte noch wohlwollender ausfallen, wenn man annimmt, dass eine sich rasch wandelnde Gesellschaft – man denke an Migration, den demografischen Wandel und die Pluralisierung von Lebensformen – einer hohen Anpassungsfähigkeit politischer Entscheidungen bedürfe.

Legt man die Messlatte demokratischer Gleichheit an, kann ein kritisches Urteil resultieren.<sup>116</sup> Denn es treten offenbar Ungleichheiten auf, die überdies auf relativ stabilen, nicht beliebig veränderbaren und zum Teil unbewusst wirkenden Neigungen und Bedürfnissen beruhen. Über die Konsequenzen, die man aus den kleinen, subtilen Wirkungen von Persönlichkeitseigenschaften zieht, entscheiden somit nicht zuletzt demokratietheoretische Vorstellungen. Welche Position man hier bezieht, dürfte auch von Persönlichkeitseigenschaften abhängen.

<sup>116</sup> Vgl. Sidney Verba/Kay Lehman Schlozman/Henry Brady, Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge, MA 1995, S. 163 ff.

## **Werte, Milieus und Lebensstile. Zum Kulturwandel unserer Gesellschaft**

In den 1970er Jahren hat der amerikanische Soziologe Ronald Inglehart (1989) in der westlichen Welt einen einschneidenden Wertewandel von materialistischen (Vermögen und Besitztum) zu postmaterialistischen Werten (Selbstverwirklichung und Kommunikation) ausgemacht. Seine Überlegungen beruhten auf zwei zentralen Annahmen: 1. Menschen begehrten das in ihrer Umwelt, was relativ knapp ist (die Mangelhypothese). Die ältere Generation musste in der akuten Mängelsituation unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, so seine Vermutung, zunächst materielle Bedürfnisse befriedigen – infolgedessen war sie Anhänger materialistischer Werte; aber schon ihre Kinder – in den neu gewonnenen Wohlstand hineingeboren – würden dagegen verstärkt postmateriellen Werten der Selbstverwirklichung folgen. 2. Die grundlegenden Werte eines Menschen werden in seinen jungen Jahren, in der „formativen Periode“ geprägt und bleiben über den gesamten Lebenslauf stabil (die Sozialisationshypothese). Frühzeitig gebildete und dauerhafte Werte dienen als Richtschnur und Orientierung für die gesamte Lebensführung eines Menschen. (...)

Mit diesem Wertewandel lässt sich auch ein Stück weit die in dieser Zeit zu beobachtende Individualisierung sowie die Pluralisierung von sozialen Milieus und Lebensstilen erklären. Die Menschen richteten ihr Leben nicht mehr nach tradierten kollektiven Lebensweisen ein, die sie meist von den Eltern übernommen hatten. Vielmehr wurde es eine Frage der individuellen Wahl oder Kreation des eigenen Lebensstils, welchen Bildungsweg man einschlägt, welche Berufswahl man trifft, ob und wenn ja, wann man eine feste Beziehung eingehet, ob man heiratet oder nicht, ob man Kinder bekommt oder nicht, ob man sich gesellschaftlich und politisch engagiert oder nicht. (...)

### **Individualisierung und kulturelle Orientierung**

Der Wertewandel, so wie ihn Inglehart für die 1970er Jahre diagnostiziert hat, hängt mit dem breiter angelegten, fundamentalen sozialen Wandel moderner Gesellschaften hin zur Individualisierung der Lebensgestaltung zusammen. (...) Mehr Einkommen, Bildung, soziale Sicherheit, Freizeit und Mobilität haben dazu geführt, dass viele Menschen über mehr Ressourcen und mehr Optionen für individuelles Handeln verfügen. Sie lösen sich dadurch von den restriktiven Verhaltensregeln der zentralen Gemeinschaften, vor allem der Familie, der lokalen Gemeinde, der Religion und der sozialen Klasse bzw. Schicht. Dadurch sind die Menschen in der Lage, aber auch dazu gezwungen, ihr Leben relativ eigenständig zu gestalten, Entscheidungen in eigener Verantwortung zu fallen. Hierdurch wachsen die Freiheiten der Lebensführung, gleichzeitig steigen aber auch die Risiken des Scheiterns. Um Halt und Richtung zu finden, schließen sich daher viele Menschen mit anderen zusammen, die ähnliche Bestrebungen, Lebensstile und Lebensziele aufweisen, oder sie lehnen sich an Vorbilder aus den Medien, der Popkultur etc. an. Individualisierung äußert sich also nicht unbedingt in immer unterschiedlicher individueller Lebensgestaltung, sondern kann zu neuen gleichförmigen sozialen Gruppierungen führen. Allerdings unterscheiden sich diese Szenen, Cliques, Milieus und Lebensstilgruppierungen von älteren Gemeinschaften durch ihre größere Flüchtigkeit und Wandelbarkeit, sowohl was ihre charakteristischen Merkmale als auch ihre personelle Zusammensetzung betrifft: Waren früher religiöse Gemeinschaften, Klassenkulturen und regionale Zugehörigkeiten meist lebenslang prägend, so verlassen oder wechseln individualisierte Menschen die neuen Wahlgemeinschaften, wenn andere Umstände oder Neigungen es nahelegen. (...)

### **Die sozialstrukturelle Prägung kultureller Gemeinschaften**

Obwohl die genannten Individualisierungsvorgänge die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus und Lebensstilen – und nicht selten auch deren Existenz – unbeständiger machen, finden sich auch in modernen Gesellschaften relativ stabile kulturelle Gruppierungen. Sie entstehen aus einer Vielzahl von Bestimmungsgründen: aus religiöser Überzeugung, aus lokaler und regionaler Überlieferung, durch Einflüsse des Berufsmilieus.

Die Habitustheorie Pierre Bourdieus (1982) macht darüber hinaus darauf aufmerksam, dass relativ stabile soziale Milieus und Lebensstile immer wieder durch Anpassungsprozesse an die Lebensbedingungen sozialer Klassen und Klassenfraktionen zustande kommen und reproduziert werden. Bourdieu geht von drei Ressourcenarten und deren ungleicher Verteilung aus: dem ökonomischen Kapital (Geld), dem Bildungskapital (Bildungsabschlüsse, Bildungsgüter, inkorporierte Bildung) und dem sozialen Kapital (Beziehungen). Je nach Gesamtgröße ihres Kapitalbesitzes gehören die Menschen der Arbeiterklasse, dem Kleinbürgertum oder der Bourgeoisie an (vertikaler Aspekt). Und je nach Zusammensetzung bzw. Zukunftsaussichten ihres Kapitalbesitzes werden sie den Klassenfraktionen der Besitz- oder der Bildungsbourgeoisie, dem alten, dem neuen oder dem „exekutiven“ Kleinbürgertum sowie auf- und absteigenden Klassenfraktionen zugerechnet (horizontaler sowie Laufbahnspekt).

Wenn Menschen innerhalb der jeweiligen Lebensbedingungen ihrer sozialen Klasse bzw. Klassenfraktion aufwachsen, entstehen zwangsläufig und weitgehend unbewusst klassen- und klassenfraktionsspezifische Habitusformen. Das sind latente Denk-, Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster, die einerseits Spektrum und Formen alltäglichen Handelns begrenzen, andererseits aktives Handeln ermöglichen. So entsteht der typische, am Nützlichkeitsdenken orientierte Habitus der Arbeiterklasse aufgrund deren Lebenslage, die von harten Notwendigkeiten, Restriktionen und einer „Kultur des Mangels“ geprägt ist. Ihr Kauf- und Konsumverhalten orientiert sich daher weniger an ästhetischen Gesichtspunkten als an Preis, Gebrauchswert

und Haltbarkeit. Der Habitus der Arbeiterklasse legt also ein Sich-Einrichten in den gegebenen engen Verhältnissen nahe. Der Habitus des Kleinbürgertums dagegen ist, seiner Mittellage entsprechend, auf sozialen Aufstieg ausgerichtet, auf die ehrgeizige, teils ängstliche, teils plakative Erfüllung vorgegebener kultureller Normen. Diese Haltung greift auch über auf Fragen der Bildung und des Geschmacks. Der Habitus des Kleinbürgertums zeichnet sich durch ein eher angestrengetes Bemühen aus, „das Richtige“ zu tun. Der Habitus der Bourgeoisie hingegen ermöglicht es, sich in intimer Kenntnis der „richtigen“ Standards und des legitimen Geschmacks über das befissene Kleinbürgertum zu erheben, einen eigenen Stil zu entwickeln sowie diesen unter Umständen als gesellschaftliche Norm zu propagieren und durchzusetzen. (...) Die Prägekraft der jeweiligen Habitusformen und entsprechenden sozialen Milieus zeigt sich im praktischen Verhalten, im Lebensstil, in den präferierten Wohnungseinrichtungen und Speisen, Kleidungsstilen, Sportarten und Fernsehsendungen, den bevorzugten Musikstilen, Malern, Museen und Komponisten und vielem mehr.

### Die Struktur sozialer Milieus in Deutschland

„Soziale Milieus“ sind Gruppen Gleichgesinnter, die ähnliche Werthaltungen, Prinzipien der Lebensgestaltung und Mentalitäten aufweisen. Diejenigen, die dem gleichen sozialen Milieu angehören, empfinden einander als ähnlich, haben ähnliche kulturelle Wertorientierungen, interpretieren und gestalten ihre Umwelt in ähnlicher Weise und unterscheiden sich dadurch von Menschen anderer sozialer Milieus. Kleinere Milieus, die zum Beispiel typisch für eine Organisation, ein Stadtviertel oder einen Beruf sind, weisen über die gemeinsame Mentalität der Mitglieder hinaus häufig einen inneren Zusammenhang auf, der sich in einem Wirkungsfeld und in verstärkten Kontakten der Milieuzugehörigen zeigt.

Das Gefüge sozialer Milieus auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist zu einem guten Teil von der Klassen- und Schichtstruktur abhängig. Es gibt demnach typische Unterschicht-, Mittelschicht- und Oberschichtmilieus. Welche Werthaltungen und Mentalitäten ein Mensch aufweist, ist also – vermittelt über einen gemeinsamen Habitus – auch eine Frage seines Einkommens, seines Bildungsgrades und seiner beruflichen Stellung. Es sind diese Mentalitätsunterschiede, die die Mitglieder der einzelnen Schichten im Alltag zusammenführen bzw. trennen. (...)

Die Übergänge zwischen sozialen Milieus sind fließend. Viele Menschen leben am Rande eines Milieus, stehen zwischen Milieus oder sind mehreren Milieus zugleich zuzuordnen. Soziale Milieus stellen zwar relativ homogene Binnenkulturen einer Gesellschaft dar, aber keine strikt voneinander getrennten gesellschaftlichen Gruppierungen mit allgemein bekannten und anerkannten Namen und symbolisch (z.B. durch die Kleidung) klar ausgewiesenen Zugehörigkeitszeichen. Es handelt sich vielmehr um von Sozialwissenschaftlern nach typischen Merkmalskonstellationen zusammengefasste sowie „künstlich“ abgegrenzte und benannte Gruppierungen. In modernen Gesellschaften sind Großgruppen nicht mehr so leicht sichtbar, wie dies früher einmal der Adel, das Großbürgertum und die Industriearbeiterschaft waren. Sie müssen mehr als früher durch solche sozialwissenschaftliche „Milieulandkarten“ erst sichtbar gemacht werden. Als solche Sozialkartierungen entwickeln sie ein Eigenleben, indem sie zum zustimmenden oder ablehnenden Bezugspunkt von Selbst- und Fremdidentifikationen von Personen werden oder in institutionellen und kommerziellen Klassifikationssystemen (z.B. von Problemgruppen oder Konsumententypen) Eingang finden. (...)

### Was bewirkt die Milieuzugehörigkeit?

In modernen Dienstleistungsgesellschaften definieren sich die Menschen selbst nicht mehr so vorrangig durch ihren Beruf und ihre Schichtzugehörigkeit wie die Menschen in typischen Industriegesellschaften, auch wenn die zeitliche Beanspruchung durch die Berufarbeit bei den Führungskräften und in vielen Kreativberufen keineswegs nachgelassen hat. Vielmehr identifizieren sich die Angehörigen postindustrieller Gesellschaften nicht zuletzt durch ihre Werthaltungen und damit durch ihre Milieuzugehörigkeit sowie durch ihren Lebensstil. Oft symbolisieren sie dies durch ihre Kleidung, ihren Musikgeschmack etc. und tragen somit ihre Zugehörigkeit auch nach außen.

Immer mehr Menschen wollen ihren eigenen Lebensentwurf (aus)leben, jedoch in der Regel nicht allein, sondern zusammen mit Gleichgesinnten in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus und in der Nachbarschaft. Dies trägt dazu bei, dass die sozialen Milieus auch räumlich auseinanderrücken. Das macht sich zum Beispiel in den Städten bemerkbar. Nicht nur die sozialstrukturellen, sondern auch die soziokulturellen Merkmale der Bewohner der einzelnen Stadtviertel unterscheiden sich immer deutlicher. Angesichts dieser Tendenz hin zur „sozialen Segregation“ wird es immer schwieriger, eine „soziale Durchmischung“ in den einzelnen Stadtvierteln zu erreichen.

Die Menschen, die einem bestimmten sozialen Milieu angehören, denken und verhalten sich in der Praxis relativ ähnlich und unterscheiden sich dadurch von den Mitgliedern anderer Milieus z.B. hinsichtlich Konsumneigungen, Parteipräferenzen und Erziehungsstilen. Milieugliederungen dienen daher auch Marketinganalysten, um Zielgruppen zu definieren, Wahlkampfstrategen, um Wählerpotenziale zu erschließen, Sozialisationsforschern, um typische Lernstrategien zu lokalisieren und zu erklären.

Ist die Milieuzugehörigkeit von Menschen bekannt, dann weiß man viel über die Sehnsüchte, Interpretationen, Motive und Nutzenerwartungen von Menschen. So lässt sich die Nutzung bestimmter Medien, der Kauf bestimmter Konsumgüter, die Neigung zu bestimmten Parteien etc. aufgrund der Werthaltungen

und Zielsetzungen der Menschen ein gutes Stück weit erklären und voraussagen. Umgekehrt kann man so aufzeigen, welche Inhalte Zeitschriftenartikel, Werbebotschaften oder Parteiprogramme aufweisen müssen, um den Motiven und Werthaltungen bestimmter Menschen zu entsprechen. Ist dagegen die Schichtzugehörigkeit von Menschen bekannt, weiß man viel über die Ressourcen bzw. Kapitalien (Geld, Bildung, Beziehungen etc.), die den Einzelnen zur Verfügung stehen, um ihre Ziele zu erreichen und ihren Werthaltungen gemäß zu leben. Auf diese Weise können sich Informationen und Daten zur Schicht- und zur Milieuzugehörigkeit sehr gut ergänzen. (...)

### Lebensstilgruppierungen in Deutschland

Als Lebensstil bezeichnet man die typischen, mehr oder minder frei gewählten Routinen und Muster des Alltagsverhaltens von Menschen. Lebensstile werden unter anderem beeinflusst von den Werthaltungen und damit von der Milieuzugehörigkeit der Menschen. Ein „Konservativer“ wird in der Regel andere Gewohnheiten und Präferenzen haben als ein „Hedonist“. Aber auch die verfügbaren Ressourcen und damit die Klassen- und Schichtzugehörigkeit sowie die Haushalts- und Familienform prägen den Lebensstil. Wer über wenig Geld oder Bildung verfügt, dem werden bestimmte Lebensstile unerreichbar bleiben. Wer eine Familie gründet, der wird erleben, wie schnell und drastisch sich sein Lebensstil verändert. Bis zu einem gewissen Grad sind Lebensstile aber nicht nur von außen geformt, sondern werden von Menschen selbst gestaltet. In wohlhabenden und liberalen Gesellschaften, die den Menschen viele Möglichkeiten zur Lebensgestaltung bieten, spielen Lebensstile daher eine größere Rolle als in armen und autoritären Gesellschaften. (...)

Ähnlich wie soziale Milieus weisen auch die verschiedenen Lebensstilgruppierungen in der Regel Affinitäten zu einer bestimmten sozialen Schicht oder Klasse auf. Durch die Zunahme der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen rücken die Lebensstilgruppen daher in vertikaler Hinsicht weiter auseinander. Auf diese Weise schlägt sich die wachsende soziale Ungleichheit auch im Alltagshandeln der Menschen nieder. Durch die Pluralisierung sozialer Milieus in den letzten Jahrzehnten, auch infolge der Zuwanderung aus ganz anderen Kulturräumen, entfernen sich die Lebensstilgruppen auch horizontal voneinander. Wer in Deutschland lebt, sieht sich also keiner geschlossen-einheitlichen Kultur gegenüber. Vielmehr herrscht, wie in den meisten freiheitlichen westlichen Gesellschaften, eine pluralistisch-heterogene kulturelle Gemeinschaft aus vielfältigen historischen Erfahrungen, gemeinsamen westlich-europäischen Werten und genuin nationalen Eigenarten vor.

Auszug aus: Hans-Peter Müller, *Werte, Milieus und Lebensstile. Zum Kulturwandel unserer Gesellschaft*, in: Stefan Hradil (Hrsg.), *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*, Bonn 2012, S. 189–211, online: [www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde](http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde) (12. 11. 2012).

Stephan Lessenich

# Der Sozialstaat als Erziehungsagentur

Man wird in der Regel die Berufserziehung wie die Erziehung überhaupt nicht zu den sozialpolitischen Angelegenheiten rechnen.<sup>1</sup> So viele dauerhaft richtige Einsichten Hans Achinger, der Doyen der bundesdeutschen Sozialpolitikforschung, in seinem Wissenschaftlerleben auch gehabt haben mag: Hier irrte er. Und dies gleich in doppelter Hinsicht. Zum einen im eigentlichen Sinne, denn mit der fakischen Zustimmung zur typisch deutschen Ausgliederung des Erziehungs- wie des Bildungswesens aus dem Gegenstandsbereich sozialpolitischer Handelns reproduzierte er in seinem Standardwerk – das zu Recht „Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik“ verstanden wissen wollte – eine Leerstelle, die sich hierzulande erst in jüngster Zeit langsam zu füllen beginnt. Zum anderen aber auch im übertragenen Sinne, denn bei Lichte besehen kann kein Zweifel herrschen, dass eine der wesentlichen Wirkungen des modernen Sozialstaats und seiner „Institute“<sup>2</sup> in der politisch-sozialen Erziehung der Bürger und Bürgerinnen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften besteht.

Bei Lichte besehen war dies – so viel Ehrenrettung muss sein – selbstverständlich auch Hans Achinger bewusst. Schon seine Definition sozialpolitischer „Institute“ und ihrer Wirkungsmacht lässt dies deutlich werden, wollte er darunter doch „alle Apparaturen des Vollzugs sozialer Geld- und Sachleistungen verstehen, die Dauer besitzen, von eigenem Geist erfüllt sind und ihrerseits nach

Stephan Lessenich

Dr. rer. pol., geb. 1965; Professor für Vergleichende Gesellschafts- und Kulturanalyse am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Carl-Zeiss-Straße 2, 07743 Jena.  
stephan.lessenich@uni-jena.de

Bildung  
eine  
Politik

Lücken  
gefüllt werden

<sup>1</sup> Hans Achinger, Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat, Hamburg 1958, S. 76.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 102ff.

kurzer Zeit beginnen, die soziale Intention der Gesamtheit zu beeinflussen, zu deklarieren und zu steuern“.<sup>13</sup> Im selben Atemzug mit seinem Verweis der Erziehungsfrage in die Welt des Außersozialpolitischen gab er selbst einen unmissverständlichen Hinweis auf die erzieherischen Ambitionen des Sozialstaats seiner Zeit, übe dieser doch „einen stetigen Druck in der Richtung aus, daß abhängige Arbeit möglichst frühzeitig beendet werde“.<sup>14</sup>

Nun wirkt der sozialpolitische Druck auf die lohnabhängig Arbeitenden heute, ein gutes halbes Jahrhundert Sozialstaatsgeschichte später, in genau die entgegengesetzte Richtung, auf dass sie ihr Arbeitsleben möglichst spät beenden mögen. So oder so aber, mit und gegen Achinger, ist eines klar: Die „Institute“ des Sozialstaats formen und prägen, neben anderen gesellschaftlichen Institutionen, die moderne Marktgeseellschaft und die in ihr handelnden Subjekte, ihre Interessenslagen und Wertideen, ihre Alltagspraktiken und Lebenswege.

Der Sozialstaat ist eine veritable Erziehungsagentur, eine Schulungsinstanz sozialen Handelns. Als solcher wird er im Folgenden in einem ersten Schritt ganz grundsätzlich kenntlich gemacht und in seinen typischen Erziehungsmethoden charakterisiert. In einem zweiten Schritt werden die erzieherischen Ansprüche beschrieben, die er in seiner gegenwärtigen Gestalt als „aktivierender“ Sozialstaat an die Adressaten und Adressatinnen seiner Intervention stellt. Der Beitrag schließt mit einigen Überlegungen zur Frage der Erziehungsberichtigung im Sozialstaat.

## Kapitalismus als Schicksal

Es war mit Max Weber einer der Klassiker soziologischen Denkens, der vor nunmehr bald einem Jahrhundert vom Kapitalismus als „der schicksalsvollsten Macht unsres modernen Lebens“<sup>15</sup> sprach. Was aber ist am Kapitalismus – mit Weber verstanden als eine historisch spezifische Ordnung des wirtschaftlichen Handelns, im Sinne einer Orientierung

dieselben auf permanente Produktivitätssteigerung und Profitproduktion im Rahmen rationaler Betriebsführung – das Schicksalsvolle? Webers berühmte Sentenz ist nicht so zu verstehen, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung rückblickend gleichsam die unausweichliche, von „höheren“, sprich außersozialen Mächten ausgehende Bestimmung der industriellen Gesellschaften der westlichen Welt (und später des gesamten Globus) gewesen wäre. Vielmehr war gerade er es, der mit seinem Werk auf die konkreten historisch-sozialen Bedingungen und damit auf die Kontingenz (und eben nicht schicksalhafte Notwendigkeit) der Herausbildung des modernen Kapitalismus in ganz bestimmten Weltregionen verwiesen hat.

Schicksalsvoll ist der Kapitalismus für ihn allerdings in dem – zugleich handlungs- wie zukunftsorientierten – Sinn, dass dieser das Leben moderner Gesellschaften und der Menschen in modernen Gesellschaften auf eine besondere, durch keine andere soziale Instanz erreichte Weise beeinflusst, bestimmt und prägt. Es ist die wirtschaftsordnungsbedingte, das heißt vom Feld wirtschaftlichen Handelns ausgehende, Prägung ihrer Strukturbildungen und ihres Selbstverständnisses, der Denk- und Lebensweisen der Menschen, welche die moderne Gesellschaft – trotz ihrer Differenziertheit in verschiedenartigste Funktionsbereiche und Handlungsfelder – zu einer kapitalistischen Gesellschaft hat werden lassen und als solche immer wieder zu neuem Leben erweckt.<sup>16</sup>

Die „kapitalistische Gesellschaft“ ist ein Vergesellschaftungsmodus, der dadurch charakterisiert ist, dass eine bestimmte Form des Rentabilitätskalküls nicht nur das im engeren Sinne wirtschaftliche Handeln der Menschen anleitet, sondern auch deren Handlungsvollzüge in anderen, nicht- oder jedenfalls nicht unmittelbar wirtschaftlichen Dimensionen ihres Lebens – Familie und Freizeit, Lust und Liebe – bestimmt oder zumindest mitbestimmt. Auf das wirtschaftliche Handlungsfeld beziehungsweise das eigentliche „Wirtschaftsleben“ bezogen hatte Weber schon für seine Zeit eindrücklich beschrieben, wie der Kapitalismus zur – zunächst einmal „teilsystemischen“ –

<sup>13</sup> Ebd., S. 102.

<sup>14</sup> Ebd., S. 76.

<sup>15</sup> Max Weber, Vorbemerkung [1920], in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1988<sup>9</sup>, S. 4.

<sup>16</sup> Vgl. Uwe Schimank, Die Moderne: Eine funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft, in: Berliner Journal für Soziologie, 19 (2009) 3, S. 327–351.

gesellschaftlichen Herrschaftsgewalt aufsteigt und damit auch zu einer veritablen Sozialisations- und Erziehungsinstanz wird: „Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn, wenigstens als einzelnen, als faktisch unabänderliches Gehäuse, in dem er zu leben hat, gegeben ist. Er zwingt dem einzelnen, soweit er in den Zusammenhang des Marktes verflochten ist, die Normen seines wirtschaftlichen Handelns auf. Der Fabrikant, welcher diesen Normen dauernd entgegenhandelt, wird ökonomisch ebenso unfehlbar eliminiert, wie der Arbeiter, der sich ihnen nicht anpassen kann oder will, als Arbeitsloser auf die Straße gesetzt wird. Der heutige, zur Herrschaft im Wirtschaftsleben gelangte Kapitalismus also erzieht und schafft sich im Wege der ökonomischen Auslese die Wirtschaftssubjekte – Unternehmer und Arbeiter – deren er bedarf.“<sup>7</sup>

Wie aber setzt sich die kapitalistische Handlungsnorm – und damit der Kapitalismus als wirtschaftliche Handlungsordnung – gesellschaftshistorisch durch? Wie werden wirtschaftliche Handlungsnorm und Handlungsordnung dauerhaft reproduziert? Und wie können sie sich, auch jenseits des wirtschaftlichen Handlungsfelds, als gesellschaftliche Norm und Ordnung ausbreiten und etablieren?

Die ersten beiden Fragen verweisen auf das Problem der Institutionalisierung des Handelns beziehungsweise spezifischer Handlungsorientierungen<sup>8</sup> und fordern eine spontane Antwort heraus, die im Weiteren genauer auszuführen sein wird: Die effektive Durchsetzung und beständige Reproduktion der spezifisch kapitalistischen Handlungsnorm „rentablen“ Wirtschaftens lässt sich nur politisch erklären. Oder mit anderen Worten: Die Antwort liegt in der historischen Ausformung des modernen Staats als Sozialstaat. Die dritte Frage – die man inhaltlich auch als die nach den sozialen Mechanismen der „Ökonomisierung“ tendenziell aller gesellschaftlichen Lebensbereiche

<sup>7</sup> Max Weber, Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus [1904/05], in: ders. (Anm. 5), S. 37.

<sup>8</sup> Vgl. Thomas Schwinn, Max Webers Konzeption des Mikro-Makro-Problems, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), 45 (1993) 2, S. 220–237.

umschreiben könnte – zielt formalanalytisch auf das Phänomen der Isomorphie<sup>9</sup>, also der Herausbildung von insofern gleichgestaltigen (oder „gleichgerichteten“<sup>10</sup>) gesellschaftlichen Handlungsfeldern, als in ihnen strukturell gleichartige Handlungslogiken wirksam werden. Und auch auf diese Frage muss die Antwort lauten: Nur die in den Institutionen und Interventionen des modernen Sozialstaats verankerte und sich Bahn brechende politische Handlungslogik vermag diesen Prozess gesellschaftsweiter Gleichgestaltung nachvollziehbar zu machen.

Ist demnach der Kapitalismus die schicksalsvollste Macht des modernen Gesellschaftslebens, so ist es der Sozialstaat – beziehungsweise, im weiten Verständnis als politische Form moderner kapitalistischer Gesellschaftsordnung, der „Wohlfahrtsstaat“<sup>11</sup> –, der unter dem Druck und im Sog des Kapitalismus, gleichermaßen mit ihm und gegen ihn, als eine weitere Schicksalsmacht des individuellen wie kollektiven Lebens auf die Bühne der modernen Gesellschaftsformation tritt. Und wie der Kapitalismus so ist auch der Sozialstaat maßgeblich daran beteiligt, die Subjekte zu schaffen und zu erziehen, deren diese Gesellschaftsformation bedarf.

## Schicksalsmacht Sozialstaat

Um es gleich an dieser Stelle möglichst deutlich zu machen: Webers auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung gemünzte und hier auf die politisch überformte, wohlfahrtskapitalistische Gesellschaftsordnung übertragene und ausgeweitete Formulierung, wonach sich eine anonyme, überindividuelle Struktur „ihre“ konkreten, individuellen Akteure „schafft“, ist hier wie dort nicht so zu verstehen, als wäre damit ein gleichsam frankensteinscher Akt der systemischen Schöpfung willenloser Verhaltensautomaten gemeint. Weder „der Markt“ noch „der Staat“ formen den modernen Menschen nach Gutdünken zum politischen

<sup>9</sup> Vgl. Paul J. DiMaggio/Walter W. Powell, The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields, in: American Sociological Review, 48 (1983) 2, S. 147–160.

<sup>10</sup> Vgl. Karl Polanyi, Die Wirtschaft als eingerichteter Prozeß [1957], in: ders., Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1979, S. 219–244.

<sup>11</sup> Vgl. Stephan Lessenich, Theorien des Sozialstaats zur Einführung, Hamburg 2012, S. 25 ff.

Marktsubjekt, und „die Leute“<sup>12</sup> in modernen Gesellschaften sind keine beliebig formbaren Objekte in Markt- und Staatshänden.

Was Weber mit seiner Formulierung vor Augen hatte, waren real existierende Menschen in historisch konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen, die dem abstrakten Handlungstypus des Marktakteurs faktisch möglichst weitreichend entsprechen – das heißt möglichst weitgehend den Marktsignalen und -mechanismen gemäß handeln – müssen, wenn sie nach Maßgabe einer marktwirtschaftlichen Ordnung „Erfolg“ haben wollen: also danach trachten, Unternehmensgewinne einzufahren oder Arbeitseinkommen zu erzielen, und dies nicht nur einmal oder ab und an, sondern kontinuierlich und auf die Dauer. Ob die sozialen Akteure in diesem Sinne tatsächlich erfolgreich sind, ist dabei aber grundsätzlich ebenso offen – also eine strikt empirische, sich immer wieder neu stellende und zu klärende Frage – wie es nicht schon *a priori* gesichert ist, dass „das System“ darin erfolgreich ist, die sozialen Akteure zu systemkonformem, im hier interessierenden Fall also marktgemäßem oder markterfolgsgerechtem, Handeln anzuhalten.

Historisch bedurfte es jedenfalls des Staates, sprich einer auf den Markt, das Markthandeln und die Markthandelnden bezogenen politischen Intervention, um den modernen Kapitalismus überhaupt möglich zu machen und langfristig als wirtschaftliche (und tendenziell über das wirtschaftliche Feld ausgreifende) Handlungsordnung zu stabilisieren. Nicht „immer schon“ wurden die Menschen in den – mit Weber gesprochen – gesellschaftlichen Kosmos kapitalistischen Marktlebens hineingeboren, um sich in die damit gegebenen Umstände ein- und in ihnen zurechtfinden zu müssen. Der moderne Kapitalismus ist, auch wenn die gegenwärtig herrschende Ökonomik dies nicht wissen und wahrhaben will, ein durch und durch politischer Kapitalismus. Von Anfang an funktionierte er nur aufgrund politischer Intervention – im Sinne etwa der Sicherung des Privateigentums und entsprechender individueller Verfügungsrechte über selbiges, der Gewährleistung persönlicher Freiheitsrechte und damit auch „freier“ Arbeitskräfte, der Produktion

<sup>12</sup> Vgl. Georg Vobruba, *Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse*, Wiesbaden 2009.

öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen (vom Bildungs- und Gesundheitswesen bis zur Verkehrs- und Energieversorgung) als Voraussetzungen eines marktförmigen Warenaustauschs, öffentlicher Eingriffe zum Ausgleich des zyklischen Ungleichgewichts von Arbeitsangebot und -nachfrage, der sozialen Sicherung nicht (oder noch nicht oder nicht mehr) „marktgängiger“ Arbeitskraft.<sup>13</sup>

Mit all diesen Institutionen und Interventionen setzte der Sozialstaat gleichsam eigene – marktbezogene und zugleich doch einer politischen Logik gehorrende sowie mit der potenziellen staatlichen Zwangsgewalt versehene – Daten, an denen die Marktakteure, Unternehmer wie Arbeiter, ihr Handeln wohl oder übel auszurichten hatten: „neue Lebensdaten für alle“.<sup>14</sup>

Eben diese „politische Ökonomie“ des sozialen Handelns in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aber gilt im Grundsatz, bei allem Gestaltwandel des Wohlfahrtskapitalismus, bis heute: Wenn auch unter historisch (und national) wechselnden Bedingungen, so bewegen sich die modernen Individuen doch stets in einem Geflecht politisch-ökonomischer beziehungsweise ökonomisch-politischer, „marktstaatlicher“ Rahmungen und Maßgaben des Handelns, deren Achtung ihnen nicht wirklich freigestellt ist (beziehungsweise deren Missachtung sie sich leisten können müssen, womit die Missachtungsfähigkeit von entsprechenden Handlungsvorgaben als ein Ausweis sozialer Macht gelten kann). Hineingeboren und -erzogen in eine politisch gestaltete und sanktionsbewehrte Handlungsordnung des Marktes werden die Menschen zu Marktsubjekten geformt, und das im passiv-aktiven Doppelsinne: den „Marktgesetzten“ unterworfen und zu Akteuren ihres je eigenen „Marktschicksals“.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die politisch-ökonomische Sozialfigur, an der die übergroße Mehrzahl der besitzlosen – und mehrheitlich männlichen – Marktakteure ihre Handlungen orientierten und die

<sup>13</sup> Vgl. Gero Lenhardt/Claus Offe, *Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik*, in: Christian von Ferber/Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), *Soziologie und Sozialpolitik*, Oldenbourg 1977, S. 98–127.

<sup>14</sup> H. Achinger (Anm. 1), S. 97.

damit gesellschaftlich struktur- und kulturprägend wurde, die des „verberuflichen Arbeitnehmers“:<sup>15</sup> Die Herausgabe von Arbeitskraft im lohnabhängigen, betrieblichen, qualifizierten, tariflich wie sozialpolitisch gesicherten, ununterbrochenen und langfristigen „Normalarbeitsverhältnis“ wurde zur gesellschaftlichen Norm und Normalität<sup>16</sup> – wenn auch nur, wie bereits angedeutet wurde und hier nicht weiter ausgeführt werden kann, einer geschlechterpolitisch wie nationalgesellschaftlich halbierten.<sup>17</sup> Ausbildungsweg und Erwerbsverläufe, Familienformen und Haushaltsstrukturen, Konsummuster und alltägliche Lebensführung waren durch und durch „arbeitnehmerlich“ geprägt<sup>18</sup> – durch einen ebenso marktschaffenden wie -regulierenden, -schützenden wie -kompensierenden Sozialinterventionsstaat, dessen gesellschaftlich handlungsprägende Effekte gar nicht überschätzt werden können.

Über seine zentralen Steuerungsmedien Recht (von der Schulpflicht bis zum Kündigungsschutz), Geld (von der Arbeitslosenhilfe bis zur Eigenheimzulage) und Moral (von der „Leistungsgerechtigkeit“ bis zum „Generationenvertrag“) bildete er das institutionelle Korsett der „Arbeitnehmergesellschaft“<sup>19</sup> der langen Nachkriegszeit, deren Kinder im Zuge und Zeichen einer historisch nie dagewesenen Prosperitätsrevolution nicht etwa gefressen, sondern genährt wurden – nicht zuletzt in ihren Hoffnungen auf eine dauerhafte Verfestigung der arbeitnehmergesellschaftlichen Verhältnisse.<sup>20</sup>

<sup>15</sup> Vgl. G. Günter Voß/Hans J. Pongratz, Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: KZfSS, 50 (1998) 1, S. 131–158.

<sup>16</sup> Vgl. Ulrich Mückenberger, Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft?, in: Zeitschrift für Sozialreform, 31 (1985) 7/8, S. 415–434, S. 457–475.

<sup>17</sup> Vgl. Stephan Lessenich, Das Anerkennungsdefizitsyndrom des Wohlfahrtsstaats, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 37 (2012) 11, S. 99–115.

<sup>18</sup> Vgl. zur Charakterisierung der DDR als „arbeiterliche Gesellschaft“: Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999.

<sup>19</sup> M. Rainer Lepsius, Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierungen, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 187.

<sup>20</sup> Vgl. Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa

Doch die Verhältnisse blieben nicht so. Zwar gewannen durch die Ausbildung sozialstaatlicher „Institute“ – Gesetze und Ämter, Programme und Einrichtungen – „die neuen, von der Sozialpolitik umgestalteten Lebensformen Dauer und bestimmtes Gepräge“.<sup>21</sup> Doch andererseits veränderte sich, gewissermaßen im Hintergrund und in einer komplexen Konstellation von Bedingungsverhältnissen, die Struktur und Dynamik der wirtschaftlichen Handlungsordnung und der auf sie bezogenen politischen Interventionen. Im späten 20. Jahrhundert entwickelt sich die Strukturdynamik eines flexiblen Kapitalismus – sowie eines damit vermittelten und wahlverwandten, „aktivierenden“ Sozialstaats. Auch diese neue ökonomisch-politische Formation aber erzieht und schafft sich – in dem nunmehr erläuterten Sinn – die Subjekte, deren sie bedarf, und schreitet zu sozialpolitischen Akten ihrer „Resozialisierung“.<sup>22</sup>

## Formierung des Aktivbürgers

Der flexible Kapitalismus verlangt nach „neuen“, veränderten, oder genauer: sich selbst verändernden, den veränderten Verhältnissen permanent anpassenden Subjekten. Flexibel sei der Mensch, selbstständig und unternehmerisch: So liest sich, in Kürzestform, das Handlungsanforderungsprofil der neuen, marktliberalen Wirtschaftsordnung an die – noch – arbeitnehmerisch sozialisierten Marktakteure.<sup>23</sup> Der moderne Kapitalismus, so hatte Weber treffend formuliert, zwingt dem Einzelnen die Normen seines wirtschaftlichen Handelns auf, „soweit er in den Zusammenhang des Marktes verflochten ist“.<sup>24</sup> Der (zumindest in seiner Selbstbeschreibung) moderne Kapitalismus der Gegenwart zeichnet sich vor allem anderen dadurch aus, dass sich in ihm Märkte ausweiten, ja tendenziell entgrenzen: Dem Handeln der Einzelnen werden

des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M.–New York 1984; Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000.

<sup>21</sup> H. Achinger (Anm. 1), S. 102.

<sup>22</sup> Vgl. ausführlich: Stephan Lessenich, Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld 2008.

<sup>23</sup> Vgl. Luc Boltanski/Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003; Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt/M. 2007.

<sup>24</sup> M. Weber (Anm. 7).

nicht nur im wirtschaftlichen Handlungsbereich – und dort in verschärftem Maße –, sondern in immer weiteren, außerwirtschaftlichen Handlungsfeldern die Normen wirtschaftlichen Handelns aufgezwungen.

Auch diese erweiterte Subjektformierung in kapitalistischer Absicht aber vollzieht sich nicht „von selbst“ – beziehungsweise nicht allein durch den bloßen Zwang der Marktkräfte und eine gesellschaftliche Kultur der Marktnähe (obwohl beide Faktoren, je für sich und im Zusammenspiel miteinander, durchaus wirkmächtig sind). Auch hier und heute hat vielmehr die moderne, sozialstaatlich verfasste Politik ihre – mal mehr, mal weniger sichtbare – Hand im Spiel gesellschaftlichen Handelns, erweist sich die zunehmende Ökonomisierung des Sozialen zugleich als eine Tendenz zu seiner effektiven Politisierung.<sup>125</sup>

Was vom flexiblen Marktsubjekt zumindest erwartet, im Zweifel aber gefordert oder auch erzwungen wird, ist der kreative Umgang – bis hin zum Zerstörerischen – mit seinem individuellen Arbeitsvermögen. Selbstkontrolle in der betrieblichen Arbeitsorganisation, Selbstökonomisierung mit Blick auf die Marktfähigkeit der eigenen Arbeitskraft, Selbstrationalisierung der Lebensführung im Sinne ihrer Ausrichtung an den durch Unternehmen und Märkte gesetzten Handlungsanforderungen: Dies sind die idealtypischen Handlungsmuster des flexibel-kapitalistischen „Arbeitskraftunternehmers“.<sup>126</sup>

Das Bild dieser Sozialfigur, die mit ihr verbundenen Vorstellungen angemessenen und insofern „Erfolg versprechenden“ Handelns in zunehmend vermarktlichten Handlungskontexten, bestimmt in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer stärker auch die Formen und Mechanismen sozialpolitischer Intervention.<sup>127</sup> Der Sozialstaat im beziehungsweise des flexiblen Kapitalismus wird mehr und mehr zu einem institutionellen Arrangement der „Erziehung zur Marktlichkeit“: „In ihren zentralen Lebensäußerungen soll die einzel-

<sup>125</sup> Vgl. S. Lessenich (Anm. 11), S. 113 ff.; grundsätzlich dazu auch: Michael Th. Greven, Die politische Gesellschaft, Opladen 1999.

<sup>126</sup> Vgl. G. G. Voß/H. J. Pongratz (Anm. 15).

<sup>127</sup> Vgl. Stephan Lessenich, „Aktivierender“ Sozialstaat. Eine politisch-soziologische Zwischenbilanz, in: Reinhard Bispinck et al. (Hrsg.), Sozialpolitik und Sozialstaat, Wiesbaden 2012, S. 41–53.

ne Person sich auf die Befähigung zum Markt, auf die Beherrschung von Wettbewerbshandeln, auf die Einsicht in die Funktionsweise von Wettbewerb und die Legitimation des Marktes ausrichten.“<sup>128</sup> Vom Ende der Frühverrentung und der Absenkung des Rentenniveaus bis hin zur Sicherstellung der (stets als „Frauenproblem“ gerahmten) Vereinbarkeit von Kind und Karriere oder der Konditionierung von Sozialleistungen für Erwerbslose: „Aktivierende“ Sozialpolitik sucht, nicht nur hierzulande und in einem vieldimensionalen Arrangement aus „positiven“ und „negativen“ Interventionen, jeden einzelnen Menschen zum funktionsfähigen Arbeitsmarktsubjekt werden zu lassen.<sup>129</sup>

Vom wirtschaftlichen Handlungsfeld greift diese Politik schrittweise auch auf andere gesellschaftliche Lebensbereiche, vom Erwerbssystem auch auf das Vor- und Nacherwerbsleben aus und über: die frökhkindliche Erziehung wird zu einem prioritären Gegenstand einer langfristigen Sozialpolitik der Produktivkraftproduktion, die Jugendhilfe zum Ort der institutionellen Einübung in den marktzentrierten „Gebrauch der eigenen Kräfte“<sup>130</sup>, die Nacherwerbsphase zum Bezugspunkt aktivistischer Anrufungen im Sinne der Ausweitung der produktiven Lebenszeit,<sup>131</sup> „lebenslanges Lernen“ zur geradezu selbstverständlichen Auf- und Anforderung an jeden Einzelnen und jede Einzelne (und damit an „uns alle“) – und wo die inhaltlichen wie zeitlichen Grenzen zwischen Arbeit und „Leben“ (beziehungsweise „Nicht-Arbeit“) verlaufen, dürfte mittlerweile kaum jemandem noch klar sein (und soll dies wohl auch nicht mehr).<sup>132</sup> Der

<sup>128</sup> Frank Nullmeier, Vermarktlichung des Sozialstaats, in: WSI-Mitteilungen, 57 (2004) 9, S. 497.

<sup>129</sup> Vgl. Claire Annesley, Lisbon and social Europe: towards a European „adult worker model“ welfare system, in: Journal of European Social Policy, 17 (2007) 3, S. 195–205.

<sup>130</sup> Fabian Kessl, Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität sozialer Arbeit, Weinheim 2005.

<sup>131</sup> Vgl. Silke van Dyk et al., Vom „verdienten Ruhestand“ zum „Alterskraftunternehmer“? Bilder des Alter(n)s im gesellschaftlichen Wandel nach dem Systemumbruch, in: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.), Aufbruch der entsicherten Gesellschaft, Frankfurt/M.–New York 2012, S. 369–387.

<sup>132</sup> Vgl. Karin Gottschall/G. Günter Voß (Hrsg.), Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag, München 2003.

„Arbeitnehmer“ hat als Sozialnorm ausgedient, das flexible, nach dem Pfadfinderprinzip agierende Marktsubjekt – „Allzeit bereit“, „Selbst ist das Selbst“, „Suche Deinen Weg!“ – ist das neue gesellschaftliche Rollenmodell.

Die neue Sozialpolitik der Aktivierung ist an der Etablierung und Institutionalisierung entsprechender Handlungsorientierungen maßgeblich beteiligt. In ihrem programmatischen Kern ist sie als eine „neue politische Pädagogik der Menschen-Führung“<sup>33</sup> zu verstehen: Jeder Mensch ist Hüter eines Humankapitalschatzes, jeder Bürger ein Träger von produktiven Potenzialen – und alle sind sie gehalten, diese Schätze zu heben und ihre Potenziale zu entfalten. Nichts und niemand (ob nun *high* oder *low potential*) soll unverwertet bleiben, alles muss raus – auf den Markt des Arbeitslebens und der Lebensarbeit, der Arbeit am Leben und eines Lebens für die Arbeit. Und für den flexibel-kapitalistischen Sozialstaat ist diese ökonomische Sozialisation des Aktivbürgers zugleich ein Akt seiner politischen Re-Sozialisierung, denn die aktive Ausübung von selbststeuerndem und eigenverantwortlichem Handeln auf Märkten ist zugleich immer auch – so der sozialpolitische Lehr- und Lernauftrag – eine soziale Tat im Sinne der „mikropolitischen“ Verantwortungsübernahme für das Gemeinwohl.<sup>34</sup>

## Sozialpolitische Erziehungsillusionen

Der moderne Sozialstaat ist eine gesellschaftliche Erziehungsagentur. Seit den Anfängen der kapitalistischen Wirtschaftsformation ist er eine aktive Instanz der Sozialisierung der Subjekte im Sinne der kapitalistischen Handlungsrationale. In seiner neuen, jüngsten Gestalt als „aktivierender“ Sozialstaat spielt er eine zentrale Rolle bei der politischen Produktion und Reproduktion von dem flexiblen Kapitalismus angepassten, kontextangemessen handelnden Aktivbürgern als ökonomisch-soziale Produktivsubjekte. Wohlgemerkt: Es ist dies nicht im Sinne einer bloßen, direktiven, autoritativen Formierung der Menschen

<sup>33</sup> Ulrich Brieler, „Erfahrungstiere“ und „Industriesoldaten“: Marx und Foucault über das historische Denken, das Subjekt und die Geschichte der Gegenwart, in: Jürgen Martschukat (Hrsg.), Geschichte schreiben mit Foucault, Frankfurt/M.–New York 2002, S. 74.

<sup>34</sup> Vgl. Stephan Lessenich, Krise des Sozialen?, in: APuZ, (2009) 52, S. 28–34.

von „oben“ gemeint und zu verstehen, sondern einer komplexen Wechselwirkungskonstellation ineinandergrifender Prozesse wirtschaftlichen und sozialen, kulturellen und institutionellen Wandels. Und auch der – gar nicht so geheime – Lehrplan des aktivierenden Sozialstaats setzt sich nicht nach Art des Nürnberger Trichters durch, sondern wird in einem ebenso komplexen, interaktiven und letztlich unkalkulierbaren Prozess der institutionellen Strukturierung alltäglicher Handlungspraktiken und deren Rückwirkung auf die institutionalisierten Handlungskontexte vermittelt. Letztlich gilt also auch hier das Marxsche Diktum, dass die Menschen „ihre“ Geschichte machen (und sie machen müssen) – aber eben unter vorgefundene, sprich ihrerseits von Menschen gemachten, Bedingungen. Nur so, in dieser immerwährenden Vermittlungsschleife von sozialen Handlungen und sozialen Strukturen, lässt sich die institutionelle Konstitution von Subjekten in modernen Gesellschaften denken.<sup>35</sup>

Was bedeutet dies aber für den Auftritt des Sozialstaats als „erziehungsberechtigte“ oder jedenfalls – gegenwärtig im Sinne des Aktivbürgers als Produktivsubjekt – erziehungsbeabsichtigende gesellschaftliche Institution? Zum einen, dass man ihm analytisch nur gerecht wird, wenn man ihn auch in seiner basalen Sozialisations- und Erziehungsfunktion ernst nimmt: Mit einer mal mehr (Riester-Rente), mal weniger (Hartz-Gesetze) sanften Pädagogik der Marktvergesellschaftung trägt der Sozialstaat in seiner gegenwärtigen Gestalt zur marktgerechten Selbsterziehung der Leute und damit zur sozialen Praxis des alltäglich-subjektiven *doing capitalism* bei. Zum anderen lässt diese spezifische Perspektive auf den Sozialstaat zugleich auch die sozialen Grenzen seiner Intervention erkennen: Ob und wie die Menschen den institutionellen Erziehungsauftrag in ihrem Handeln annehmen und ausführen, abwandeln oder abweisen, ist keineswegs durch eine schicksalsvolle Macht vorgegeben und vorherbestimmt, sondern eine empirisch offene Frage des sozialen Alltagsgeschehens. Insofern ist nicht einmal auszuschließen, dass die selbsterklärt Erziehungsberechtigten am Ende von den zu Erziehenden erzogen werden.

<sup>35</sup> Vgl. Anthony Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft, Frankfurt/M.–New York 1988, S. 35.

# Der neue **Alleskönner!**



Kompakt und informativ

Das neue Magazin der bpb.

Mit Veranstaltungen, Publikationen, Berichten und Interviews zu Themen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur.  
Im Oktober 2012 erschienen: Ausgabe #2.

[www.bpb.de/magazin](http://www.bpb.de/magazin), [magazin@bpb.de](mailto:magazin@bpb.de)



Bundeszentrale für  
politische Bildung

## Call for Papers

### Transparenz/Privatsphäre

Was gilt heute als „privat“, was als „öffentlich“? Bedarf es einer Neudefinition von Privatsphäre? Stehen wir vor einem Zeitalter der Transparenz? Was würde das für Politik und Gesellschaft bedeuten? In der APuZ „Transparenz und Privatsphäre“ (geplant für April 2013) soll das Thema in bis zu sechs Beiträgen beleuchtet werden. Dabei sind sowohl längere wissenschaftliche Beiträge als auch feuilletonistisch gehaltene Essays möglich. Der Call for Papers läuft bis zum 7. Januar 2013 und richtet sich an Nachwuchswissenschaftler/-innen, Nachwuchsjournalist/-innen und Blogger/-innen.

Den Call for Papers können Sie hier herunterladen:  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn



#### Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz  
Dr. Asiye Öztürk  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring  
Sarah Laukamp (Volontärin)  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Redaktionsschluss dieses Heftes:  
19. November 2012

#### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

#### Rez

le-tex publishing services GmbH  
Weißenfelser Straße 84  
04229 Leipzig

#### Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung *Parlament* ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung *Parlament*  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501 4253  
Telefax (069) 7501 4502  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

#### Nachbestellungen

IBRo  
Kastanienweg 1  
18184 Roggentin  
Telefax (038204) 66 273  
[bpb@ibro.de](mailto:bpb@ibro.de)  
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Nächste Ausgabe 51–52/2012 · 17. Dezember 2012

## Weltuntergang

Jorgen Randers

2052. Droht der globale Kollaps?

Franz M. Wuketits

Apokalyptische Rhetorik als politisches Druckmittel

Michael Tilly

Kurze Geschichte der Apokalyptik

Wolf-Detlef Rost

Die Apokalypse aus psychologischer Sicht

Alex Gertschen

Der tägliche Untergang der Maya

Arnold Hanslmeier

Kosmische Katastrophen

Christian Hoffstadt

Über die Aktualität des Weltuntergangs

Eva Horn

Der Untergang als Experimentalraum

Judith Schossböck

Letzte Menschen



Die Texte dieser Ausgabe – mit Ausnahme der Auszüge – stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.

# Sozialisation

APuZ 49–50/2012

*Rudolf Leiprecht*

3–7

## Sozialisation und Kultur

Bei der Thematisierung von Sozialisation und Kultur gilt es, Reduktionismen zu vermeiden. Situative Faktoren, strukturelle Voraussetzungen oder individuelle Verantwortlichkeiten können leicht aus dem Blick geraten.

*Peter Franz*

10–15

## Normkonformität durch soziale Kontrolle

Verschiedene Instanzen sozialer Kontrolle gewährleisten die Durchsetzung wichtiger Normen. Doch auch sie verändern sich durch sozialen Wandel. Dies wird am Beispiel des gesellschaftlichen Umgangs mit „Unehelichen“ aufgezeigt.

*Désirée Waterstradt*

16–21

## Sozialisierung oder Zivilisierung der Eltern?

Der Sozialisationsprozess beinhaltet auch die Sozialisierung zum jeweiligen Elternschaftideal. Die sozialhistorischen Veränderungen von Elternschaft erklärt das aber noch nicht. Hierfür brauchen wir dringend mehr Wissen über Elternschaft.

*Haci-Halil Uslucan · Bernd Dollinger*

22–34

## Delinquentes Verhalten Jugendlicher

Delinquenz und Fehlanpassungen gelten als typische Symptome der Jugendphase. Der erste Beitrag untersucht familiäre Einflussfaktoren auf jugendliche Delinquenz. Der zweite benennt Herausforderungen im Hinblick auf deren politische Steuerung.

*Jutta Hartmann*

34–41

## Heteronormativität und Schule

Heterosexualität ist ein in der Regel nicht als Institution wahrgenommenes Erwartungsmuster, dem soziale Ordnungsfunktion zukommt. Am Beispiel Schule wird erörtert, mit welchen Mechanismen es erzeugt, aber auch verschoben wird.

*Käthe Schneider*

42–46

## Bildung zur Selbstbestimmung im Erwachsenenalter

Selbstbestimmung heißt, sich als Wesen zu begreifen, das sich durch die Erkennbarkeit von Objekten der Normen des eigenen Handelns bewusst wird, diese anerkennt und dadurch individuelle Autonomie erlangt.

*Harald Schoen*

47–52

## Persönlichkeit, politische Präferenzen und Partizipation

In politischem Engagement und politischen Vorlieben kommen auch langfristig stabile Persönlichkeitseigenschaften zum Ausdruck. Persönlichkeitseinflüsse können zu Verzerrungen in Prozessen politischer Interessenvermittlung beitragen.

*Stephan Lessenich*

55–61

## Der Sozialstaat als Erziehungsagentur

Der Sozialstaat ist eine Erziehungsagentur und Schulungsinstanz sozialen Handelns. Als solche wird er kenntlich gemacht. Typische Erziehungsmethoden werden charakterisiert und die erzieherischen Ansprüche beschrieben.

???

→ AV

T<sub>1</sub> ... T<sub>n</sub>

## ① Historisch wichtige Theorie

Klassische Schule der Kriminologie

↳ Beccaria → Vorausnahme des „Labelings“

## ② Ende 19 Jh. Biologisch / Anthrop.

→ Antitheorie zu ①

→ Täter(in) zeigt Verhalten weil er/sie biologische Merkmale hat

↳ Lombroso

→ Diese Theorie wird heute wieder aktuelle durch „Hirnforschung“

## ③ Mit Beginn des 20 Jh. entwickelt sich eine Soziologische Betrachtungsweise.

→ E. Durkheim ⇒ geprägtes Konzept der „Anomie“

Es gibt Phasen, wo Menschen nicht wissen was sie tun sollen.

Merton Anomietheorie muss verändert werden.

## ④ Bis heute wird die Anomietheorie angewendet (Heitmeyer).

↳ GMF (nimmt zu) Gruppenbezogene Menschen Feindlichkeit

„Ich halte andere Menschen ab weil:

- sie arbeitslos sind
- sie behindert sind
- usw.

„Integration“ verhindert Anomie

↓  
Veranschaulicht  
am  
Bertelsmannradar

↓  
Welche Faktoren  
halten eine  
Gesellschaft  
zusammen.

## ⑤ Labeling - Theorie

↳ Abw. Verh. ist das Produkt einer Effizientierung. Jemand sagt „das was du jetzt gemacht hast, ist AV.“

Vor der Labeltheorie

Faktor → Abweichendes Verhalten

Bsp.: ↓

Tumor → führt zu Verhalten

↓  
Explanans

→ Explanandum

↓  
Ätiologisch (vor)

interventionistisch  
→

(labeling-theorie sagt, was passiert nach dem Abweichenden Verhalten. AV → ?)

Howard S. Becker (Labeltheorie)

Fritz Sack (DE importiert)

Labelingtheorie hat zu Maßnahmen im Strafvollzug (Jugend) geführt.

"Divisionsmaßnahmen"

↑  
leiten um

## ⑥ Psychologische Theorie AV

- ↳ Persönlichkeitseigenschaften sind ausschlaggebend "Neurotizismus" o. a. Psychopathologische Eigenschaften
- ↳ Fehlende Empathie

## ⑦ Interdisziplinäre Theorien AV

Zu ① ↳ Ursprung in der Aufklärung (Hexenverbrennung)

- ↳ Menschen sind rationale Menschen (selbst verantwortlich). Oft durch gesellschaftliche Bedingungen herangebracht.

Von Interesse sind ist die Tat, nicht der Täter. Ungeachtet seiner Persönlichkeit.

Bsp.: Richter überprüft die Tat & regibt dadurch ein Strafmaß.

↳ Richter sollten „entmachtet“ werden.

Utilitarismus (Menschen streben nach zwei Dingen, Optimierung von Lust, Vermeidung von Unlust)

Strafe als Abschreckung, nach der Schwere des Deliktes (2 Sack Mehl gestohlen, 2 Tage Gefängnis)

4 Säcke schlimmer als 2

Gefängnis soll „Modernisiert“ werden

- ⇒ Die Tat im Mittelpunkt, nicht der Täter.
- ⇒ Resozialisiert & wieder ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft.

zu 2

Biologisch / Anthrop.

↳ Lombroso

↳ Nach Entwicklung der Biologie

↳ Sozial-Darwinismus

Naturwissenschaftlich strukturieren

↳ Messungen an Delinquenten (Knoße, Gewicht usw.)

⇒ Es gibt den geborenen „Verbrecher“

Phänotypologie → Schädelform & Soz. Verhalten.

Anwendung auf krim. Verhalten anhand körperlicher Merkmale („äußerliche“)

Rassistische Hintergründe

„Atavismen“ Erbbedingt zurückgeblieben.

## Das Gehirn vor Gericht

Die Hirnforschung hält Einzug in die Gerichtssäle. Spuren des Bösen finden sich viele im Denkorgan. Noch allerdings haben Hirnscans wenig Aussagekraft, wenn es um das Überführen eines Täters oder den Beweis seiner Schuldfähigkeit geht. Italien 2011: Eine geständige Mörderin wird zu 20 Jahren Haft verurteilt – anstelle von lebenslänglich. Die Frau hatte ihre Schwester getötet und die Leiche verbrannt. Ein Mordversuch an ihren Eltern scheiterte. Das vergleichsweise milde Urteil verdankt sie Bildern von ihrem Gehirn. Es hat im Vergleich zu ~~Kontrollpersonen ein geringeres Volumen – insbesondere im Bereich des cingulären Cortex und in der Insellinde.~~ Außerdem besitzt die Frau ein Risiko-Gen, das mit einem Hang zu aggressivem Verhalten einhergeht.

Diese genetische Auffälligkeit – eine Mutation im MAO-A-Gen zeigte auch ein Mörder, dem zwei Jahre zuvor ein italienisches Gericht strafmildernde Umstände zugestanden hatte. Und eine posthum entdeckte Veränderung im Gehirn von Ulrike Meinhof soll auch die Schuldfähigkeit der RAF-Terroristin in Zweifel ziehen.

## Das Wichtigste in Kürze

- Neurowissenschaftler kennen eine Reihe von Gehirnregionen, die bei antisozialem oder gewaltbereitem Verhalten eine Rolle spielen. Dazu zählen etwa Frontalhirn, Amygdala, Inselcortex und Cingulum.
- Vor Gericht sagen die Veränderungen im Denkorgan jedoch wenig aus: Es gibt bislang keine einheitlichen Muster, um "Tätergehirne" zu beurteilen. Gehirne sind individuell verschieden und lassen sich nur schwer miteinander vergleichen.
- Von Nutzen könnte die Neurologie für die Rechtsprechung dennoch sein. So könnten Hirnscans helfen, die richtige Behandlungsstrategie zu wählen und Therapierfolge zu dokumentieren.

## Veränderte Gehirne – verändertes Verhalten

Schon seit geraumer Zeit machen sich Wissenschaftler im Gehirn auf die Suche nach den Spuren des Bösen. So etwa bei Psychopathen, gelten sie doch als Prototyp des kaltblütigen Killers: Sie sind berechnend, manipulieren geschickt und kennen weder Furcht noch Mitleid. Und das wollen Forscher auch im Oberstübchen erkennen. Kent Kiehl etwa, von der University of Mexico, untersucht seit Jahren Psychopathengehirne. Er hat festgestellt: Das paralimbische System ist defekt. Das hufeisenförmige Gebilde tief im Gehirn, das neben der Amygdala auch die Insula, den cingulären und den orbitofrontalen Cortex umfasst, ist bei Psychopathen auffallend inaktiv. Mitgefühl und Angst sucht man daher vergebens.

Ein anderes Störungsbild, ein anderer Defekt. Das Urbach-Wiethe-Syndrom, eine seltene Erbkrankheit, geht unter anderem mit einer Verkalkung der Amygdala einher. Die Betroffenen gelten als „gofußkalt“, sie können Emotionen nur schwer erkennen und verarbeiten. So kennt beispielsweise eine amerikanische Betroffene mit den Initialen SM keine Furcht und vermag diese auch bei ihrem Gegenüber nicht zu identifizieren. Andere Fallberichte erwähnen Persönlichkeitsveränderungen und beschreiben Betroffene als impulsiv und enthemmt und mit eingeschränktem Urteilsvermögen.

Der Psychologe Hans Markowitsch von der Universität Bielefeld untersuchte im Jahr 2003 zehn Probanden mit dieser Störung und stellte fest: Sie waren nicht in der Lage, Emotionen aus Gesichtern zu lesen. Konfrontierte man sie beispielsweise mit einer weinenden Frau im gelb-schwarz geringelten Kleid, so vermochten sie sich später zwar an das auffällige Muster der Bekleidung erinnern, nicht aber daran, ob die Frau fröhlich oder traurig war.

Schäden im Frontalhirn, insbesondere im präfrontalen Cortex, gehen mit Persönlichkeitsveränderungen einher, wie emotionaler Verflachung, Triebenthemmung oder Pseudopsychopathie, der Missachtung sozialer Normen. Das zeigt etwa der berühmte historische Fall von Phineas Gage. Oder der Fall eines vierzigjährigen Familienvaters, den die US-Neurologen Jeffrey Burns und Russel Swedlow, heute beide an der University of Kansas, im Jahr 2003 beschrieben. Der Mann wurde verurteilt, weil er sich plötzlich seinen eigenen Kindern gegenüber pädophil verhielt. Später entdeckten Ärzte einen großen Tumor in seinem rechten Stirnhirn. Nach der OP verschwand seine pädophile Neigung.

\* Fälle sind Einzelfälle

Und die frontotemporale Demenz, bei der Stirnhirn und Schläfenlappen degenerieren, wandelt normale Bürger zu antisozialen Störenfrieden. Die Betroffenen neigen urplötzlich zu Exhibitionismus, beginnen zu klauen oder werden gewalttätig.

### Viele Spuren – wenig Aussagekraft

„Wir kennen eine ganze Reihe von Gehirnregionen, die bei auffällig antisozialem oder gewaltbereitem Verhalten eine Rolle spielen“, sagt Markowitsch. Allerdings: Bis auf einige Sonderfälle, wie etwa dem pädophilen Familienvater, dem ein Tumor aufs Stirnhirn drückte, ~~sagt ein Bild des Täterhirns für die Rechtslage erstmal gar nichts~~. „Man kennt bislang keine Muster, nach denen man Gehirne in Sachen Schuldfähigkeit beurteilen könnte“, sagt Grischa Merkel, Rechtswissenschaftlerin an der Universität Greifswald. „Zudem ist jedes Gehirn ~~einzigartig – man kann es nur bedingt mit anderen vergleichen~~.“

Skepsis ist auch in Sachen Lügendetektion per fMRT geboten. Zwar zeigt mittlerweile eine ganze Reihe von Studien, dass beim Lügen das anteriore Cingulum sowie Regionen des Frontalhirns auffallend aktiv sind. Es kostet das Gehirn zusätzliche Energie und das mache sich im fMRT bemerkbar, folgt etwa der US-Forscher Daniel Langleben von der University of Pennsylvania. Doch handelt es sich bei den bunten Hirnbildern um Tendenzen, ermittelt auf der Basis von Probandengruppen – verlässliche Rückschlüsse auf den Einzelnen lassen sie nicht zu. Seit die Hirnforschung untersucht, wie sich bestimmte Verhaltensweisen im Gehirn aufzeigen lassen, ist die Frage entstanden, ob man solche Erkenntnisse auch als Beweismittel vor Gericht zulassen sollte. Erste Präzedenzfälle gibt es schon, die Forscher selbst sind jedoch meist skeptisch.

Zudem weisen die Studien methodische Fehler auf: „Langleben und Kollegen gehen davon aus, dass die ehrliche Antwort dem Grundzustand des Gehirns entspricht“, kritisiert Stephan Schleim, Kognitionswissenschaftler an der Universität Groningen. „Lüge würde demnach vor allem in der Unterdrückung der Wahrheit und verstärkter Kontrolle der Antwort bestehen.“ Außerdem bezweifelt er, ob die Studienergebnisse der Realität wirklich standhalten können: Schließlich wurden die Probanden zum Lügen aufgefordert.

### Schuldig aber krank

Hinweise auf Lügen, Verbrechen und Gewalt gibt es im Gehirn demnach viele. ~~Einen echten Nutzen vor Gericht haben sie eher nicht~~. Diese Einschätzung teilt auch US-Hirnforscher Michael Gazzaniga von der University of California in Santa Barbara. Befragt, was Psychiater im Gehirn eines Verbrechers sehen könnten, sagte er gegenüber dem Spiegel: „Mag sein, dass sie irgendetwas finden: Die Frage ist nur: Was sagt uns das?“ So zeigten Versuche zwar, dass Menschen mit schweren Schäden im präfrontalen Cortex eine etwa dreifach erhöhte Wahrscheinlichkeit haben, gewalttätig zu werden. Aber davon gäbe es viele. „Wollen wir denen allen eine eingebaute Entschuldigung zugestehen?“

Ganz so einfach macht es sich die Rechtsprechung freilich nicht: „Ein Hirnscan oder ein anderer neurologischer Befund alleine reicht vor Gericht nicht aus, um die Schuldfähigkeit zu klären“, betont Rechtswissenschaftlerin Merkel. Der Richter mache sich ein umfassendes Bild unter Berücksichtigung aller Fakten. „Aber natürlich kann etwa ein Verteidiger solche Aufnahmen hinzuziehen, wenn er auf Schuldunfähigkeit plädiert.“ So wie bei den erwähnten italienischen Mördern.

Oder wie im Fall des Norwegers Andreas Behring Breivik. Der Mann, der im Sommer 2011 bei zwei Attentaten insgesamt 77 Menschen tötete, wurde für unzurechnungsfähig erklärt – ganz ohne Hirnscan übrigens. Aber ist er deswegen unschuldig? Gazzaniga verneint: „Ich würde es umdrehen: Schuldig aber krank.“

*↗ Hirnhirftes haben unterschiedliche Leistungen*

Wie aber soll die Gesellschaft mit derart kranken Straftätern umgehen? Hierzulande lautet die Antwort meist forensische Psychiatrie, auch Maßregelvollzug genannt. „Dieses Urteil fürchten Täter in der Regel mehr als eine normale Haftstrafe“, sagt Markowitsch. „Forensik geht mit einer enormen Stigmatisierung einher, und die Verurteilten wissen nicht, wann und ob sie jemals wieder auf freien Fuß kommen.“ Das hängt nämlich nicht vom Strafmaß ab, ~~sondern vom zuständigen~~ Psychiater. Wer als unheilbar krank und dabei noch als gefährlich gilt, sitzt unter Umständen für immer. Auf den Maßregelvollzug kann bei verminderter Straffähigkeit die Sicherungsverwahrung folgen – ein Schicksal, das auch schulpflichtigen Tätern blüht, die zwar nicht als krank, aber als besonders gefährlich gelten.

*\* Grundlagenwissen ist notwendig für die Pathologie*

BiB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung meldet:

Immer weniger Großfamilien in Deutschland: Ursachen und Folgen

Datum 19.10.2016

In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 6. September 2016 identifiziert Dr. Martin Bujard den Rückgang der Zahl von kinderreichen Familien als die entscheidende Ursache für das niedrige Geburtenniveau in Deutschland. Dabei wurde lange Zeit davon ausgegangen, dass das deutsche Problem ein besonders großer Anteil kinderloser Frauen ist.

In einer aktuellen Studie von Martin Bujard und Harun Sulak (beide BiB), die gerade in Heft 3 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie erschienen ist (siehe auch Meldung dazu), wird aber deutlich, dass der Geburtenrückgang in Deutschland zu 68 % dadurch zu erklären ist, dass größere Familien mit drei oder mehr Kindern immer seltener werden. Dagegen sind Kinderlose nur für knapp 26 % des Rückgangs verantwortlich. Dies ist eine deutsche Besonderheit und eine Frage der Kultur. So gibt es in Deutschland Vorbehalte gegenüber kinderreichen Familien, die in anderen Ländern mit einem höheren Geburtenniveau wie Skandinavien, den Vereinigten Staaten oder Frankreich nicht vorhanden sind, sagte Dr. Bujard. Dies zeigt sich zum Beispiel am Ruf kinderreicher Familien in Deutschland. So stimmten in der BiB-Studie zu Familienleitbildern in Deutschland 72 % der Befragten der Aussage zu, dass kinderreiche Familien in der Gesellschaft als asozial gelten. Dies belegt eine große Angst vor Stigmatisierung. Allerdings sagten in der gleichen Umfrage nur acht Prozent der 5.000 Teilnehmer, dass sie persönlich so über Kinderreiche denken. Somit wird eine Geringschätzung vermutet, die in dieser Form gar nicht existiert. Vielmehr ist die tatsächliche Anerkennung für Eltern von vielen Kindern gerade in der jungen Generation sehr groß.

Insgesamt stellt sich die Frage, warum sich die kulturellen Normen in Deutschland so von den Nachbarländern unterscheiden, so Dr. Bujard. Auf der Suche nach den Ursachen zeigt ein Blick in die 1960er Jahre, dass neben dem erstmaligen Zugang zur Pille in weiten Teilen der Bevölkerung auch eine ausgeprägte Angst vor Überbevölkerung existierte. Daraus leiteten viele Medien damals ab, dass man nicht mehr als zwei Kinder haben sollte. Verstärkt wurde dies durch die Stigmatisierung von kinderreichen Familien als asozial. Offenbar waren hier die Deutschen in ihrem Streben bei der Umsetzung der Zwei-Kind-Norm besonders perfektionistisch, vermutet der Politologe. Aus sozialpolitischen Gründen wäre es hilfreich, kinderreichen Familien mehr Geld zur Verfügung zu stellen, um Kinderarmut zu bekämpfen. Denn das Kindergeld für das dritte Kind ist heute kaum höher als Ende der 1970er Jahre, wenn man die Inflation herausrechnet. Dagegen ist in der gleichen Zeit das Kindergeld für die ersten beiden Kinder deutlich angestiegen. Für die Geburtenrate erwartet Dr. Bujard dadurch allerdings kaum Änderungen. Das Familienideal mit zwei Kindern ist aus seiner Sicht nur schwer von oben zu ändern, es ist ein kulturell geprägtes Phänomen.



1950er Jahre, wurden auf diese „Pessen-Theorie“ zurückgegriffen

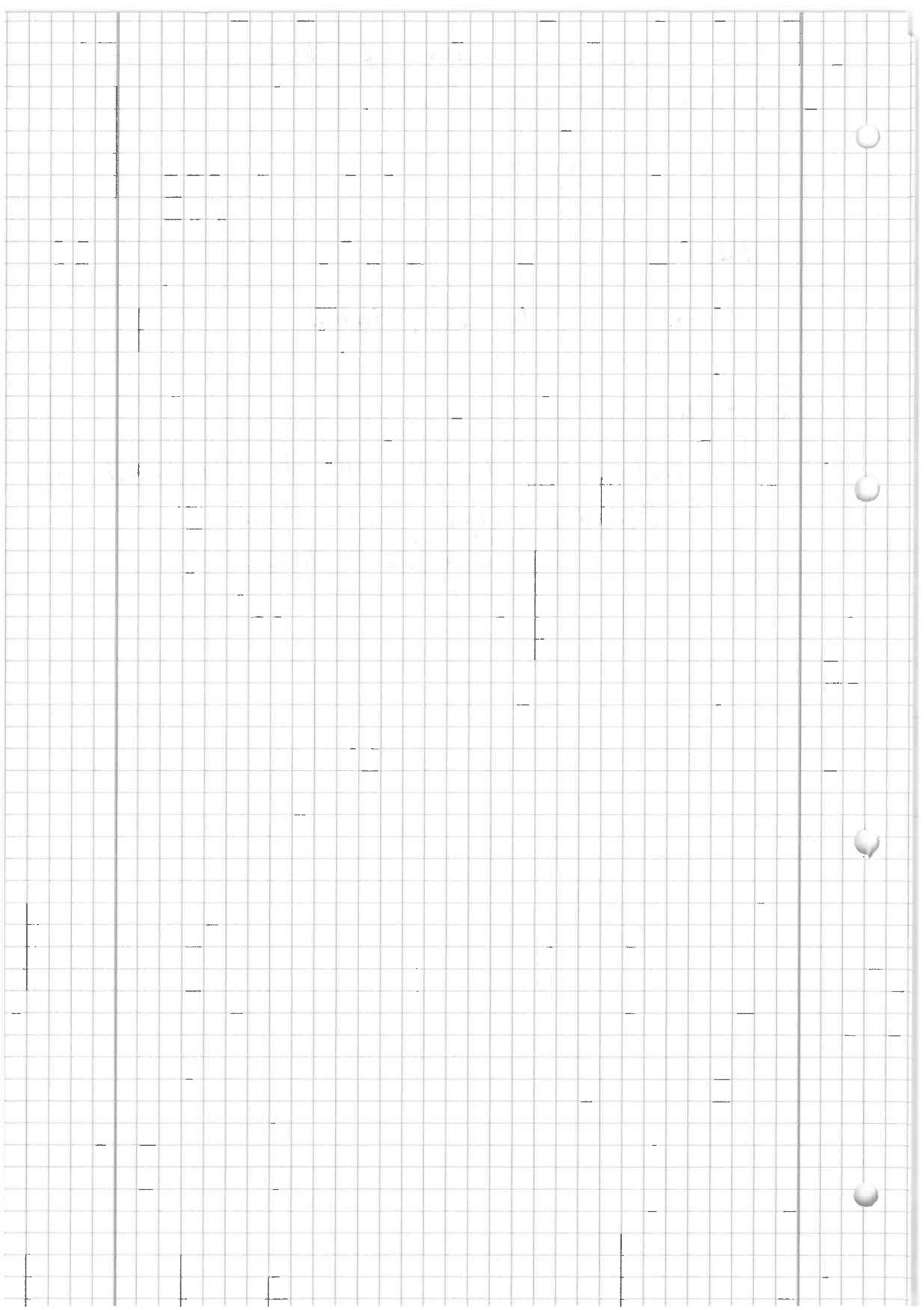
2010 Theorie kommt zurück

① Aufgabe

↳ bestimmen Sie das Expl / Explen.

② Aufgabe

↳ Erläutern Sie den Begriff der Stigmatisierung am Beispiel „Kinderreicher Familien“  
Kinderreicher  
mehr als 3 Kinder



Theorien nach Disziplinen ordnen.

↳ 1. Kriminologie & Rechtswissenschaften

→ Tat ist wichtiger als Täter

↳ 2. Biologische Theorie

↳ 3. Psychologische Theorien

→ Bsp.: Extraversion

→ Neurotizismus

↳ Soziologische Theorien

↳ Ökonomische Theorien

↳ Kriminalität ist unterliegt einer Kosten/Nutzenfrage

2. Möglichkeit diese Theorien in Griff zu bekommen:

↳ Schwerpunkte: Wo liegen die Schwerpunkte

→ Individualistische Theorie: Was stimmt nicht

↳ Psychologische Theorie, weil einzelne Individuen einbezogen werden

↳ Biologische

↳ Ökonomische

→ Gesellschaft & Makrostrukturen

↳ Soziologische Theorie

↳ Rechtswissenschaften

↳ Organisationen / Institutionen (Sociologie)

### 3. Integrative Theorie / Synthetische Theorien

↳ interdisziplinär

→ Soziologische mit Psychologisch verknüpfen

→ Mehrere Ebenen verknüpfen

→ Mehrere Disziplinen auf mehrere Ebenen verknüpfen

4.

#### 4.1 Kausal erklärende Theorien

↳ Vorbild der Naturwissenschaften  
(allg. Wirkwissenschaften)

~~Exk~~

↳ Quantitativ (Messungen / Umfragen)

↳ Deutend / Rekonstruieren (interpretativ)

→ Vorbild nicht mehr die Naturwiss. sondern die Geisteswiss. & Kulturwiss.

(wie verstehen Menschen Abweichungen)

⇒ Den Sinn dahinter

#### 5. Ätiologische Theorien (Ursachen)

↳ Mediz. Krankheit (Entstehung abr. Verhalten zu erklären)

#### Interaktive Theorien (Konsequenzen)

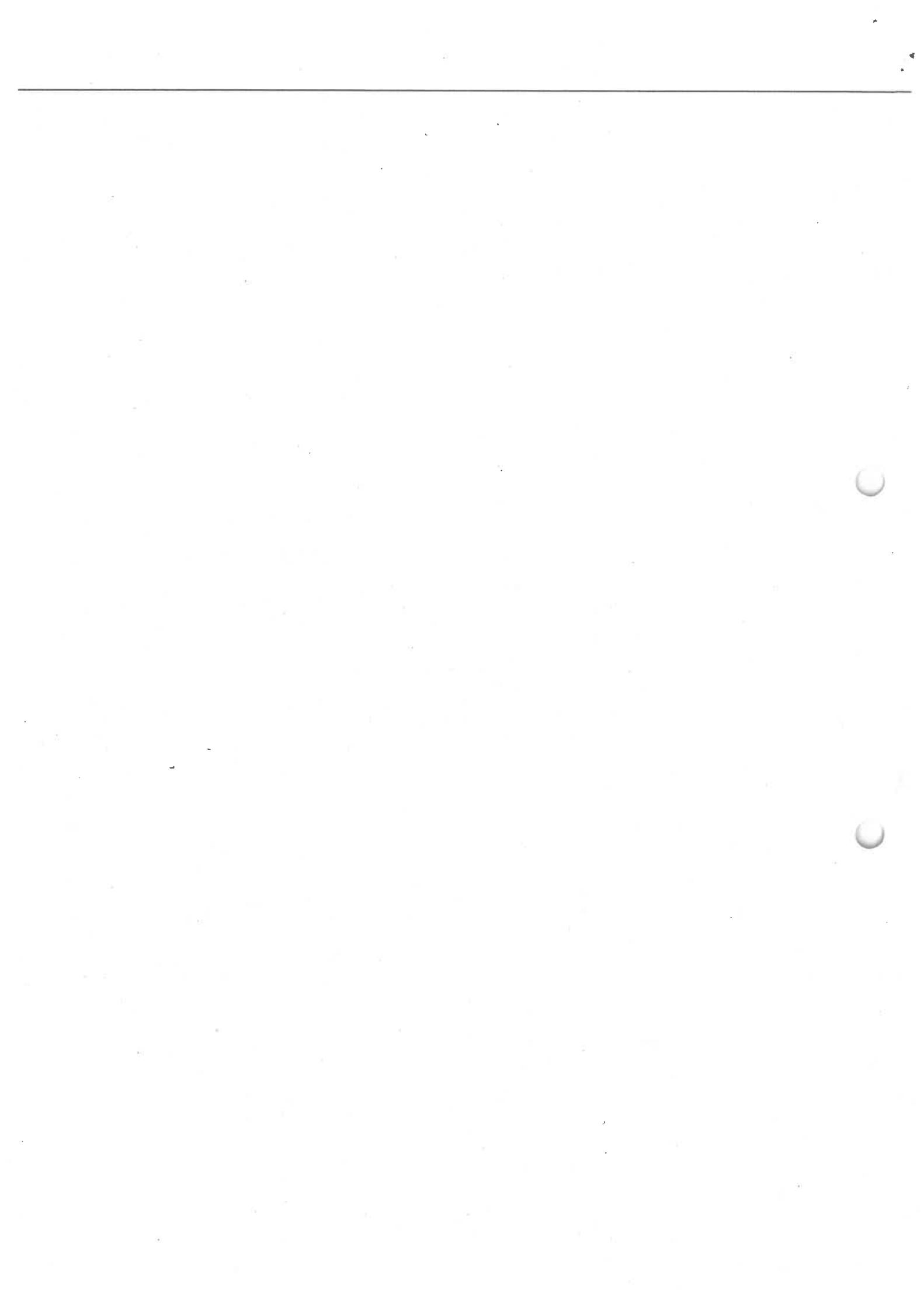
↳ befassen sich mit den Prozessen nach dem abr. Verhalten

# Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt

messen was verbindet

Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich





---

# Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt

messen was verbindet

## Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich



### Autoren

Georgi Dragolov

Zsófia Ignácz

Jan Lorenz

Jan Delhey

Klaus Boehnke





# Inhalt

Vorwort	6
Einleitung	8
1. Zusammenhalt – eine gesellschaftliche Qualität in neun Dimensionen	12
2. Die Messmethode: vorhandene Datenquellen nutzen	18
3. Befunde: gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich	28
4. Ursachen und Wirkungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts	44
5. Zusammenfassung und Fazit	54
6. Literaturverzeichnis	58
7. Anhang	64
Die Autoren	76
Impressum	77

# Vorwort

Liz Mohn  
stellvertretende Vorsitzende  
des Vorstands der  
Bertelsmann Stiftung



Die westlichen Gesellschaften haben in den letzten Jahrzehnten große Veränderungen erlebt und stehen vor entscheidenden Herausforderungen für die Zukunft: demografischer Wandel und Umbau der Wohlfahrtssysteme, Einwanderung und Integration, Globalisierung und internationaler Wettbewerb, Wertewandel und Technologiesprünge in Arbeitswelt und Privatleben. Hinzu kommt: Die Staaten Europas und Nordamerikas befinden sich immer noch in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Spannungen in den Krisenländern nehmen zu. In Südeuropa grasiert die Sorge vor einer Zunahme der Arbeitslosigkeit – besonders unter den Jugendlichen – und dem sozialen Abstieg. So demonstrieren junge Menschen in Spanien für mehr Teilhabe und eine Zukunftsperspektive. Viele verlassen in der Zwischenzeit ihre Heimat, zum Beispiel nach Deutschland, auf der Suche nach Arbeit und einer besseren Zukunft. Wie kann es Gesellschaften gelingen, in Zeiten von Krisen und raschen gesellschaftlichen Veränderungen das notwendige Maß an Zusammenhalt sicherzustellen?

Die Bertelsmann Stiftung will dazu beitragen, ein zukunftsfähiges und lebenswertes Gemeinwesen zu fördern. Ein Gemeinwesen, das stabile und vertrauensvolle Beziehungen

ermöglicht, dem die Menschen sich verbunden fühlen und in dem sie dazu bereit sind, sich für andere und das Gemeinwohl einzusetzen.

Wir leben heute in einer Gesellschaft, in der es wichtig ist, niemanden außen vor zu lassen. Der Ausschluss von Schwachen und scheinbar Andersartigen ist eine der größten Gefahren, denen wir uns als Gesellschaft gegenübersehen. Ein lebenswertes Gemeinwesen ist eines, das alle Menschen mit einschließt und ihnen eine gerechte Chance auf ein gelingendes Leben ermöglicht. Die Bertelsmann Stiftung steht daher für einen „inklusiven“ gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Vielfalt nicht nur ermöglicht, sondern als Chance begreift.

Einwanderung ist in fast allen Ländern ein bewegendes Thema, nicht zuletzt in Deutschland. Betrachtet man die Bevölkerungszusammensetzung verschiedener Länder, so zeigt sich deutlich, wie vielfältig und facettenreich die Gesellschaften geworden sind – beispielsweise was ethnische Herkunft, kulturelle Bräuche oder religiöse Überzeugungen angeht. Umso mehr interessiert uns die Frage, wie es unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Werten und Lebensentwürfen gelingt, zusammenzuleben

und gemeinsam die Gesellschaft zu gestalten. Es gilt, Brücken der Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kulturen und Religionen zu bauen.

Viele Menschen befürchten, dass im Prozess der Modernisierung und durch die Zunahme gesellschaftlicher Vielfalt der Sinn für Zusammenhalt in der Gesellschaft abnimmt. Sie sind auf der Suche nach Orientierung und Heimat. Manche sehnen sich nach einer Vergangenheit, in der das gemeinschaftliche Miteinander scheinbar stabiler, menschlicher und moralischer gewesen sein soll. Wie steht es jedoch tatsächlich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und anderen vergleichbaren Ländern?

Mit dem Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt richten wir unsere Aufmerksamkeit auf die Entwicklungsverläufe des gesellschaftlichen Zusammenhalts in 34 Staaten im letzten Vierteljahrhundert bis heute. Mit diesem ambitionierten Instrument lässt sich zeigen, welchen Gesellschaften es gelingt, auch in schweren Zeiten Zusammenhalt herzustellen, und welche Gesellschaften an Zusammenhalt verloren haben. Dieser Vergleich soll uns helfen, über Grenzen hinweg voneinander zu lernen und gemeinsam die anstehenden großen Herausforderungen zu bewältigen.

In der vorliegenden Studie ist es gelungen, Zusammenhalt zu messen und transparent darzustellen. Wir erkennen damit, dass es ganz unterschiedliche Wege gibt, Zusammenhalt herzustellen, und dass alle Länder bestimmte Stärken und Schwächen haben. Dadurch, dass wir Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten miteinander vergleichen, wird sichtbar, welche Faktoren den Zusammenhalt verringern oder zunehmen lassen.

Wenn wir die Zusammenhänge und Verläufe besser verstehen, dann ist dies ein wichtiger Schritt, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch zukünftig zu stärken. Denn eines zeigt die hier vorliegende Studie ganz deutlich: Wenn Menschen in einem Gemeinwesen leben, dem sie sich verbunden fühlen und in dem sie miteinander verbunden sind und sich für das Gemeinwohl einsetzen, dann haben sie auch eher die Chance, ein zufriedenes und erfülltes Leben zu führen.

*Liz Uhde*

# Einleitung

Umfragen zeigen, dass in der Bevölkerung mehrheitlich die Wahrnehmung existiert, der Zusammenhalt würde schwinden oder sei gefährdet. So stimmten beispielsweise 2011 in einer repräsentativen Erhebung 74 Prozent der Befragten der Aussage zu „Die Gesellschaft fällt eigentlich immer mehr auseinander“ und mehr als die Hälfte waren der Meinung „Der Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet“ (Zick & Küpper 2012).

Manche haben dabei Individualisten vor Augen, die nur an sich denken und jede Identifikation mit dem Gemeinwesen verloren haben, andere das Entstehen von Parallelgesellschaften ohne Bezug zur Gesamtgesellschaft. Wertewandel, Globalisierung, Einwanderung, soziale Polarisierung und technologischer Wandel, so wird vermutet, treiben die Menschen auseinander. Stimmt dieser Eindruck? Was ist überhaupt gesellschaftlicher Zusammenhalt, und wie stellt er sich empirisch dar?

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird gemeinhin als Wert an sich gesehen: als Ausdruck eines intakten und solidarischen Gemeinwesens, in dem die Menschen einander helfen und einen gewissen Teamgeist entwickeln. In diesem Sinn gilt gesellschaftlicher Zusammenhalt als normativ wünschenswerte

Qualität, die dazu beiträgt, eine Gesellschaft lebenswert und zukunftsfähig zu machen. Zudem wird gesellschaftlicher Zusammenhalt oft auch als Ressource betrachtet, als eine Voraussetzung für volkswirtschaftlichen Erfolg und das Funktionieren der Demokratie. Und schließlich ist gesellschaftlicher Zusammenhalt die Grundlage des individuellen Sozialkapitals: Damit ist die Summe aller Vorteile gemeint, die einem Menschen durch die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft zuwachsen. Falls die These vom schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt stimmen sollte, wären also vielfältige negative Auswirkungen etwa auf die Lebenszufriedenheit, den sozialen Frieden und die Wirtschaftskraft zu befürchten.

Tatsächlich stehen moderne westliche Gesellschaften vor einer Reihe von Herausforderungen, die als Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erscheinen: Zur Wirtschafts- und Finanzkrise kommen längerfristige Trends wie Globalisierung, wachsende Ungleichheit, Einwanderung und eine wachsende kulturelle Diversität. Umso wichtiger ist es, Veränderungen des Zusammenhalts und ihre Ursachen und Auswirkungen zu verstehen, um „gute“, den Zusammenhalt fördernde gesellschaftspolitische Entscheidungen treffen zu können.

Dieser zentralen Bedeutung gesellschaftlichen Zusammenhalts stehen ausgesprochen dürftige empirische Erkenntnisse gegenüber: Zwar bekommen „harte“ wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt in der Sozialberichterstattung zunehmend Konkurrenz in Form umfassenderer Kennzahlen, die auch „weichere“ Indikatoren wie Bildung und Gesundheit erfassen. Aspekte gesellschaftlichen Zusammenhalts spielen dabei aber nur eine randständige Rolle. Eine auf gesellschaftlichen Zusammenhalt spezialisierte, international vergleichende Berichterstattung hat sich bislang noch nicht etabliert – und damit finden sich auch kaum empirische Antworten auf wichtige Fragen, zum Beispiel ob der Zusammenhalt tatsächlich schwindet und wie Deutschland in Bezug auf den Zusammenhalt im internationalen Vergleich abschneidet.

Um die gesellschaftliche Debatte, aber auch die Forschung auf diesem Feld zu stärken, hat die Bertelsmann Stiftung die vorliegende Studie in Auftrag gegeben. Darin entwickeln die Autoren Georgi Dragolov, Zsófia Ignácz, Jan Lorenz, Jan Delhey und Klaus Boehnke ein Instrument, das den Zustand des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu verschiedenen Zeitpunkten misst, also empirisch und quantitativ erfasst. Grundlage dafür ist die

in einer Vorstudie (Bertelsmann Stiftung 2012) erarbeitete Definition. Danach ist gesellschaftlicher Zusammenhalt die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen und setzt sich aus belastbaren sozialen Beziehungen, einer positiven emotionalen Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung zusammen. Aus dieser Definition ergeben sich insgesamt neun Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die sich zu einem messbaren Konstrukt verbinden. Auf diese Weise ist es möglich, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in verschiedenen Ländern zu vergleichen und Tendenzen in der zeitlichen Entwicklung sowohl in seinen einzelnen Dimensionen als auch anhand eines zusammenfassenden Gesamtindex zu beschreiben.

Diese Messung – eine Analyse von Daten, die in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten erhoben wurden – ist methodisch komplex und stellt hohe wissenschaftliche Ansprüche. Die Auswahl von Indikatoren bei schwieriger Datenlage ist notwendigerweise häufig ein Kompromiss: Entweder ist ein Indikator für einzelne Länder oder Zeitpunkte nicht verfügbar oder der in allen Ländern und zu allen Zeitpunkten verfügbare Indikator hat

inhaltliche Schwächen. Die Autoren wollen daher ihr Ergebnis auch eher als „diagnostisches Werkzeug“ denn als abschließendes Urteil verstanden wissen. Dennoch liefert diese Studie eine geeignete Faktengrundlage, um die Diskussion über gesellschaftlichen Zusammenhalt zu präzisieren und weiterzu entwickeln. Wir meinen, damit den Qualitätsanforderungen an soziale Indikatoren weitestgehend zu entsprechen, wie sie vom britischen Ökonomen Anthony Atkinson (2005) formuliert wurden. Ihnen zufolge sollte ein Indikator, der gesellschaftspolitische Wirkung entfalten will,

- a) den Kern der Fragestellung treffen und klare Werturteile ermöglichen,
- b) robust und statistisch validiert sein,
- c) internationale Vergleichbarkeit sicherstellen,
- d) auf verfügbaren aktuellen Daten beruhen und empfänglich für Veränderungen sein und
- e) auf zielgerichtete politische Maßnahmen reagieren, aber nicht manipulierbar sein.

Unser Dank gilt zuvorderst den Autoren, die eine ausgesprochen innovative und spannende Arbeit geleistet haben. Darüber hinaus danken wir den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Expertenworkshops „Measuring Social Cohesion: A New System of Indicators“ am 20. Januar 2013 in Gütersloh: Eldad Davidov, Tadas Leončikas, Heinz-Herbert Noll, Jost Reinecke, Peter Schmidt, Jürgen Schupp, Claire Wallace und Sabine Walper gaben wertvolle Hinweise und Anregungen. Ebenso danken wir Oscar Gabriel und Roland Habich für ihre kritische

Kommentierung. Wir danken ferner der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) für den Vorabzugang zu den EQLS-Daten von 2011.

Dass dieses Instrument den Namen Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt trägt, kommt nicht von ungefähr. Ein Radar macht Dinge sichtbar, die vor einem liegen, aber mit bloßem Auge nicht erkennbar sind. Sinnbildlich blicken wir mit diesem Radar also auf Zustand und Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und sind so – im besten Falle – in der Lage, zukünftige Risiken frühzeitig zu erkennen. Der vorliegende erste Bericht des Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt liefert einen internationalen und zeitlichen Überblick. In den kommenden Untersuchungen werden wir uns einer detaillierteren Analyse der Situation in Deutschland zuwenden sowie die in dieser Studie bereits ange deuteten Ursache- und Wirkungszusammenhänge intensiver analysieren, bevor wir 2014 einen Ausblick auf mögliche gesellschaftliche Entwicklungsszenarien und kommende Herausforderungen geben werden. Im Laufe dieses Arbeitsprozesses soll das Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert werden.

**Stephan Vopel**  
Director  
Programm Lebendige Werte

**Kai Unzicker**  
Project Manager  
Programm Lebendige Werte



# 1. Zusammenhalt – eine gesellschaftliche Qualität in neun Dimensionen

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein neueres, in den 1990er-Jahren aufgekommenes Wohlfahrtskonzept (vgl. etwa Noll 2000; Pahl 1991) mit Wurzeln in klassischen Arbeiten von Emile Durkheim (1897) und Ferdinand Tönnies (1887). Es soll einen spezifischen Aspekt der kollektiven Lebensqualität zum Ausdruck bringen: die Qualität des solidarischen Miteinanders in einer Gesellschaft. Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, anders formuliert, die Frage nach der Gemeinschaft in der Gesellschaft.

„Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ist die Frage nach der Gemeinschaft in der Gesellschaft.“

In internationalen Vergleichen zu Wohlstand und Lebensqualität von Gesellschaften spiegelt sich dieses Konzept bislang allerdings trotz der Hinwendung der Sozialberichterstattung zu breiter angelagten, nicht mehr rein ökonomischen Kennzahlen kaum wider: Der Human Development Index (UNDP 2010; UNDP 2013a; UNDP 2013b) etwa misst seit 30 Jahren die menschliche Entwicklung in Lebenserwartung, Bildungsstand und Pro-Kopf-Einkommen; der Zusammenhalt von Gesellschaften wird nicht einbezogen. Der Social Progress Index (Porter, Stern & Loría 2013) misst sozialen Fortschritt in den drei Hauptdimensionen „Grundbedürfnisse“, „

„Grundlagen für Zufriedenheit“ und „Grundlagen für Lebenschancen“, wobei die Qualität der sozialen Beziehungen erneut unberücksichtigt bleibt. Im OECD Better Life Index tauchen Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts unter den Rubriken „Gemeinschaft“ und „bürgerschaftliches Engagement“ zwar auf, angesichts von insgesamt zehn Rubriken ist das Thema Zusammenhalt allerdings nicht zentral (siehe <http://www.oecdbetterlifeindex.org>). Der Legatum Prosperity Index (Legatum Institute 2012) misst Prosperität im Sinne von materiellem und immateriellem Wohlstand in acht Dimensionen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird als „soziales Kapital“ mit einer Dimension berücksichtigt. Die OECD stellt neben dem Better Life Index noch eine weitere Studie mit sozialen Indikatoren bereit (OECD 2011b). Darin informiert sie kurz über fünf Indikatoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die sich in ähnlicher Form auch in der hier vorgelegten Studie finden. Die Indikatoren werden allerdings nur für den Zeitpunkt 2011 berichtet.

Die vorhandenen Studien ermöglichen also bestenfalls punktuelle Vergleiche, aber keine Gesamtschau des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Um den Boden für eine solche umfassende empirische Messung zu bereiten, untersuchte eine Vorstudie zur vorliegenden Arbeit (Bertelsmann Stiftung 2012) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung anhand



der einschlägigen Literatur die theoretischen Grundlagen des Konzeptes. Wie dort gezeigt wurde, gibt es einen akademischen Konsens darüber, dass Zusammenhalt ein Merkmal der Gesellschaft ist: Individuelle Werte und Verhaltensweisen beeinflussen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und werden von ihm beeinflusst; Zusammenhalt ist aber kein Merkmal einzelner Bürgerinnen und Bürger. Es gibt weiterhin Übereinstimmung darin, dass Zusammenhalt ein gradueller Phänomen ist, das heißt, Gesellschaften können mehr oder weniger kohäsiv sein. Der Grad des Zusammenhalts kommt in Einstellungen und im Verhalten der Gesellschaftsmitglieder und von gesellschaftlichen Gruppen zum Ausdruck. Schließlich wird gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Literatur übereinstimmend als mehrdimensionales Konstrukt aufgefasst.

### Unsere Definition von gesellschaftlichem Zusammenhalt

Gesellschaftlicher Zusammenhalt – synonyme Begriffe sind sozialer Zusammenhalt oder Kohäsion – ist die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen. Eine kohäsive Gesellschaft ist gekennzeichnet durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder

mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung. Soziale Beziehungen repräsentieren hierbei das horizontale Netz, das zwischen einzelnen Personen und Gruppen innerhalb der Gesellschaft existiert. Verbundenheit wiederum steht für die positive Bindung der Menschen an das Gemeinwesen als solches und seine Institutionen. Gemeinwohlorientierung schließlich beschreibt die Handlungen und Haltungen der Gesellschaftsmitglieder, in denen sich Verantwortung für andere und für das Gemeinwesen ausdrückt. Diese drei Bereiche verstehen wir als die drei Kernbereiche von Zusammenhalt.

*„Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen.“*

Die drei Bereiche gliedern sich wiederum in jeweils drei Dimensionen, die separat erfasst werden. Die sozialen Beziehungen werden dabei als Stärke von sozialen Netzen, Ausmaß des Vertrauens in die Mitmenschen und Akzeptanz von Diversität gemessen. Die Verbundenheit wird über die Stärke der Identifikation mit dem Gemeinwesen, das Ausmaß des Vertrauens in Institutionen und das Maß an Gerechtigkeitsempfinden erfasst. Die Gemeinwohlorientierung wird schließlich in das Ausmaß von Solidarität und

Hilfsbereitschaft, die Stärke der Bereitschaft zur Anerkennung sozialer Regeln und das Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger untergliedert.

Diese allem Folgenden zugrunde liegende Definition beruht auf der genannten Vorstudie sowie auf Konsultationen mit einer von der Bertelsmann Stiftung für die hier vorgelegte Studie versammelte Expertengruppe.

Abbildung 1 veranschaulicht noch einmal die Bereiche und Dimensionen.

gehören“, während relational die sozialen Beziehungen zwischen Gesellschaftsmitgliedern bzw. den die Gesellschaft konstituierenden Gruppen beschreibt.

Damit schließen wir bewusst materiellen Wohlstand, soziale Ungleichheit und Wohlbefinden aus unserer Definition aus, obwohl sie in einigen anderen Definitionen von gesellschaftlichem Zusammenhalt eine Rolle spielen (vgl. z. B. Berger-Schmitt 2002).

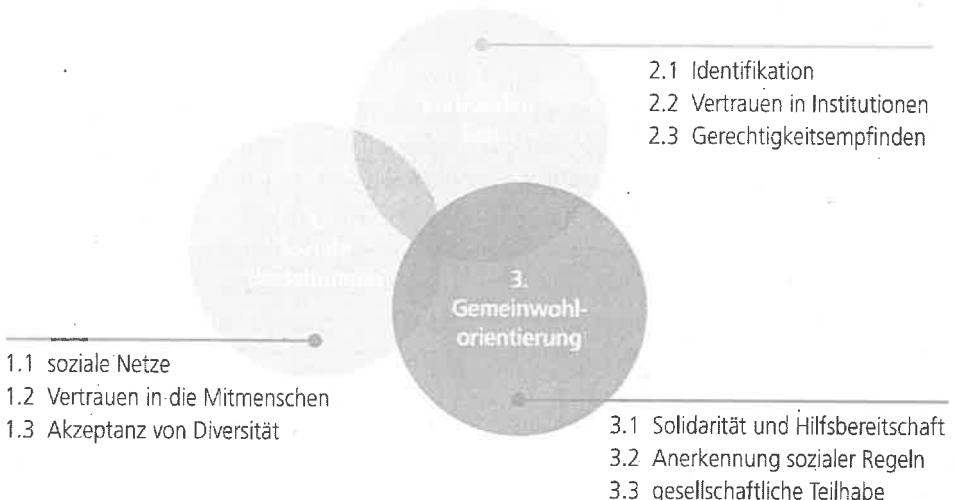
**Abbildung 1** Die drei Bereiche gesellschaftlichen Zusammenhalts mit ihren Dimensionen

### Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Merkmal eines Kollektivs

Multidimensional

Erfassung auf Mikro-, Meso- und Makroebene



### Ein bewusst schlankes Konzept

Unser Konzept repräsentiert insofern einen Konsens, als es Dimensionen beinhaltet, die in vielen Definitionen aus der Wissenschaft und von Thinktanks als zentral angesehen werden. Es betont den ideellen und den relationalen Charakter von Zusammenhalt. Ideell meint hier die kognitiven und affektiven Facetten, zum Beispiel das Gefühl, „dazuzu-

Wir schließen diese Aspekte aus, um eine konzeptionelle Überdehnung zu vermeiden: Maße des Zusammenhalts sollten eine bestimmte gesellschaftliche Qualität erfassen, nicht gute Lebensbedingungen schlechthin. Fast noch wichtiger: Der Ausschluss von materiellen Ressourcen und deren Verteilung aus unserer Definition von Zusammenhalt ermöglicht auch eine Analyse, inwiefern materieller Wohlstand und Ungleichheit den

gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflussen, und gerade dies ist ja eine der gesellschaftspolitisch drängendsten Fragen.

**„Maße des Zusammenhalts sollten eine bestimmte gesellschaftliche Qualität erfassen, nicht gute Lebensbedingungen schlechthin.“**

Mit der Vorlage eines solchen „schlanken“ Konzepts von Zusammenhalt soll generell die Unterscheidung zwischen Bedingungen, Bestandteilen und Folgen von Zusammenhalt verbessert werden. Auch insofern unterscheidet sich der hier für das Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt erarbeitete Index von vielen anderen aggregierten Lebensqualitätsmaßen wie dem Human Development Index und dem Social Progress Index, die versuchen, Wohlfahrt allumfassend abzubilden, und sich daher nicht wirklich für vertiefte Ursache-Wirkungs-Analysen eignen.

Fähigkeit mag durch das Ausmaß kultureller, ethnischer oder religiöser Diversität in einer Gesellschaft beeinflusst sein, aber Diversität selbst ist kein Maß für (womöglich geringen) gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern nur der konstruktive Umgang mit ihr signalisiert Zusammenhalt.

Noch in einem weiteren Punkt weicht das hier vorgelegte Konzept vom Mainstream der Forschung ab: Wir räumen dem Wertekonsens oder der Wertehomogenität (Stichwort: Leitkulturdebatte) keine zentrale Position ein. Erstens ist unklar, welche Werte möglichst von allen geteilt werden müssten, um Zusammenhalt zu gewährleisten; zweitens stellt sich die Frage, ob Zusammenhalt in modernen Gesellschaften überhaupt noch der Wertehomogenität innerhalb der Bevölkerung bedarf. Der Ausschluss von Werten und Wertekonsens aus der Definition von gesellschaftlichem Zusammenhalt ermöglicht es auch hier, zu einem späteren Zeitpunkt zu analysieren, welche Wertepräferenzen und welches Ausmaß von Wertekonsens Zusammenhalt am stärksten beeinflussen.

Insgesamt legen wir einen Ansatz vor, der Zusammenhalt gerade nicht mit Homogenität gleichsetzt – sei es mit Blick auf Wohlstandsverteilung, religiös-ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung oder Werte. Einen solchen Homogenitätsansatz halten wir für ein veraltetes Konzept, das der Lebenswirklichkeit differenzierter und komplexer Gesellschaften nicht gerecht wird. Um mit einem der Gründerväter der Soziologie, Emile Durkheim, zu sprechen: Moderne Gesellschaften beruhen nicht auf „mechanischer Solidarität“ (Solidarität, die aus Ähnlichkeit erwächst), sondern auf „organischer Solidarität“ (die auf Verschiedenheit und gegenseitiger Abhängigkeit fußt).

**„Moderne Gesellschaften beruhen nicht auf Solidarität, die aus Ähnlichkeit erwächst, sondern auf Solidarität, die auf Verschiedenheit und gegenseitiger Abhängigkeit fußt.“**

### Die Rolle von Gerechtigkeit und Diversität

Hervorgehoben werden sollte, dass das Gerechtigkeitsempfinden Teil unserer Definition ist und nicht etwa objektiv abbildbare (Un-)Gleichheit oder (Un-)Gerechtigkeit. Die objektive Ungleichverteilung von Ressourcen stellt aus unserer Sicht eine mögliche Ursache geringen gesellschaftlichen Zusammenhalts dar, während ein verbreitetes Ungerechtigkeitsempfinden als Ausdruck schwachen Zusammenhalts interpretiert werden kann.

Mit dem gleichen Argument ist kulturelle, ethnische oder religiöse Diversität in der Gesellschaft nicht Teil der Definition, wohl aber die Akzeptanz von Diversität: Gesellschaftlichen Zusammenhalt kann es in heutigen Gesellschaften nur dann geben, wenn es gelingt, mit Diversität umzugehen. Diese

### Inklusion statt Ausgrenzung

Dieses Heterogenität zulassende Konzept beinhaltet gleichzeitig, dass der Zusammenhalt der Mehrheit nicht auf Kosten der Ausgrenzung von Minderheiten erzielt werden darf.

### „Der Zusammenhalt der Mehrheit darf nicht auf Kosten der Ausgrenzung von Minderheiten erzielt werden.“

So ließe sich ein hypothetischer Konsens darüber, dass die einheimische Bevölkerung bei der Arbeitsplatzvergabe den Vorzug vor Immigranten erhalten solle, durchaus als Ausdruck starken Zusammenhalts werten, jedoch eben nur eines partikularistischen Zusammenhalts, der Immigrantinnen und Immigranten ausschließt. Dass eine derartige Ausgrenzung den Zusammenhalt der Mehrheitsgesellschaft zu fördern vermag und

genau zu diesem Zweck eingesetzt wird, zeigen zahlreiche Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart. Allerdings machen diese auch deutlich – man denke nur an den Nationalsozialismus –, dass daraus zumindest für die betroffenen Minderheiten verheerende Konsequenzen erwachsen.

Im scharfen Gegensatz dazu orientiert sich unsere Trias von sozialen Beziehungen, emotionaler Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung mit ihren neun Dimensionen am Leitbild eines inklusiven gesellschaftlichen Zusammenhalts, der die Pluralität der Lebensentwürfe und Identitäten nicht nur als gegeben hinnimmt, sondern als Stärke zu begreifen sucht.

Tabelle 1 gibt weitere Erläuterungen und fasst jede Dimension in einem Leitsatz zusammen, der für die Auswahl von Einzelindikatoren (siehe Kapitel 2.5) maßgeblich ist.

**Tabelle 1** Die Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts und ihre Leitsätze

Bereich	Dimension	Leitsatz
	1.1 soziale Netze	Die Menschen haben starke und belastbare soziale Netze.
<b>1. soziale Beziehungen</b> erzeugen Zusammenhalt durch ein Netz von horizontalen Beziehungen zwischen Personen und gesellschaftlichen Gruppen aller Art, das von Vertrauen geprägt ist und Diversität zulässt.	1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	Die Menschen haben großes Vertrauen in ihre Mitmenschen.
	1.3 Akzeptanz von Diversität	Die Menschen akzeptieren Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft.
	2.1 Identifikation	Die Menschen fühlen sich mit ihrem Gemeinwesen stark verbunden und identifizieren sich als Teil davon.
<b>2. Verbundenheit</b> erzeugt Zusammenhalt durch eine positive Identifikation der Menschen mit dem Gemeinwesen, großes Vertrauen in dessen Institutionen und dem Empfinden, dass die gesellschaftlichen Umstände gerecht sind.	2.2 Vertrauen in Institutionen	Die Menschen haben großes Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen.
	2.3 Gerechtigkeitsempfinden	Die Menschen sehen die Verteilung der Güter in der Gesellschaft als gerecht an und fühlen sich gerecht behandelt.
	3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	Die Menschen fühlen sich verantwortlich für ihre Mitmenschen und helfen ihnen.
<b>3. Gemeinwohlorientierung</b> erzeugt Zusammenhalt durch Handlungen und Haltungen, die Schwache unterstützen, sich an sozialen Regeln orientieren und die gemeinschaftliche Organisation des Gemeinwesens ermöglichen.	3.2 Anerkennung sozialer Regeln	Die Menschen halten sich an grundlegende soziale Regeln.
	3.3 gesellschaftliche Teilhabe	Die Menschen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben teil und beteiligen sich an öffentlichen Debatten.

## 2. Die Messmethode: vorpahndene Datenquellen nutzen

Zusammenhalt ist kein dinglicher Zustand, der sich so einfach erfassen ließe wie etwa die menschliche Körpertemperatur. Deshalb ist das für diese Studie entwickelte Messinstrument notgedrungen komplex, und es sind mehrere Schritte nötig, um am Ende den Grad des Zusammenhalts – annäherungsweise – als Wert eines Gesamtindex berichten zu können.

„Das Messinstrument ist notgedrungen komplex, und es sind mehrere Schritte nötig, um den Grad des Zusammenhalts als Wert eines Gesamtindex berichten zu können.“

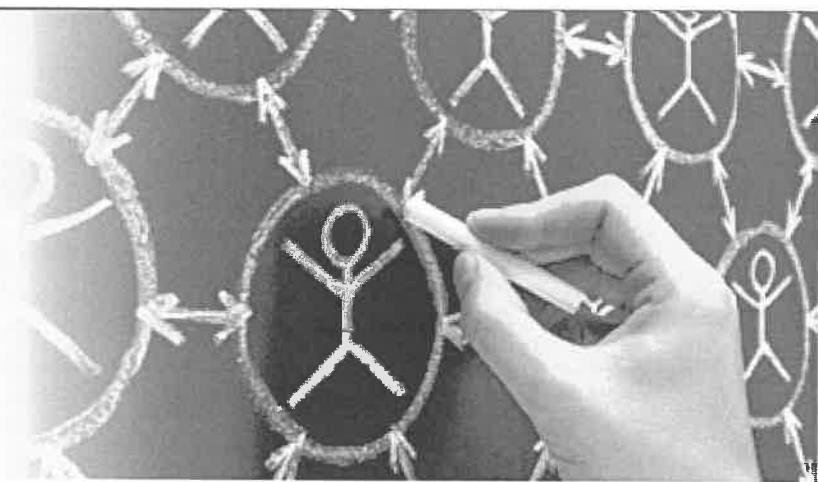
Im Folgenden geben wir eine Übersicht über den Weg dorthin: über die Auswahl der betrachteten Zeiträume und Länder, die verwendeten Datensätze, die Auswahl von Einzelindikatoren und über die Grundzüge der Berechnungsmethode. Der Länderdatensatz mit dem Gesamtindex Zusammenhalt sowie den Werten in den verschiedenen Dimensionen und den Einzelindikatoren wird zukünftig zum Download bereitgestellt. Einzelheiten darüber, wie wir aus den Rohdaten die Dimensionswerte und den Gesamtindex Zusammenhalt berechnet haben, werden in einem separaten Methodenbericht dokumentiert.

### 2.1 Untersuchte Länder

Unsere Studie berichtet das Ausmaß gesellschaftlichen Zusammenhalts in 34 Ländern. Dabei handelt es sich um die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) und um sieben weitere westliche Länder aus der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Australien, Israel, Kanada, Neuseeland, Norwegen, die Schweiz und die USA. Die Länderauswahl folgt sowohl konzeptionellen als auch pragmatischen Erwägungen. Zum einen stehen diese Länder an einer hinreichend ähnlichen Stelle ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, was eine notwendige Voraussetzung für einen sinnvollen Vergleich darstellt. Zum anderen liegen für diese Länder ausreichend Daten vor. Tabelle 2 zeigt die untersuchten Länder im Überblick.

### 2.2 Zeiträume

Wir messen den gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Zeitraum von knapp 25 Jahren, von 1989 bis 2012. Dies ist ein Zeitraum großer globaler Umwälzungen: Beispielsweise fallen politisch der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und die folgende EU-Erweiterung in diese Periode. Das tägliche Leben wurde durch die

**Tabelle 2** Untersuchte Länder**EU und OECD**

Belgien (BE)	Großbritannien (GB)	Portugal (PT)
Dänemark (DK)	Irland (IE)	Schweden (SE)
Deutschland (DE)	Italien (IT)	Spanien (ES)
Estland (EE)	Luxemburg (LU)	Slowakische Republik (SK)
Finnland (FI)	Niederlande (NL)	Slowenien (SI)
Frankreich (FR)	Österreich (AT)	Tschechische Republik (CZ)
Griechenland (GR)	Polen (PL)	Ungarn (HU)

**Nur EU**

Bulgarien (BG)	Litauen (LT)	Rumänien (RO)
Lettland (LV)	Malta (MT)	Zypern (CY)

**Nur OECD**

Australien (AU)	Neuseeland (NZ)	USA (US)
Israel (IL)	Norwegen (NO)	
Kanada (CA)	Schweiz (CH)	

BertelsmannStiftung

neuen Kommunikationstechnologien und den Übergang zur Wissensgesellschaft revolutioniert. In sozialstruktureller Hinsicht sind es Zeiten von massiver Einwanderung – für viele westliche Länder in diesem Ausmaß neu – und Umbauten des Wohlfahrtsstaats. Die westlichen Gesellschaften sind heute allesamt global vernetzter und einem größeren Veränderungsdruck ausgesetzt als noch im

„Goldenen Zeitalter“ der Wohlfahrtsstaaten, das in den 1980er-Jahren endete.

Da sich der Zusammenhalt einer Gesellschaft auch in historisch turbulenten Zeiten nicht von heute auf morgen drastisch ändern darf, ist eine Analyse des zeitlichen Verlaufs in eher größeren Zeitabschnitten interessant. Wir nehmen deshalb vier Zeitabschnitte

**Tabelle 3** Die vier Erhebungszeiträume

1. 1989 bis 1995	2. 1996 bis 2003	3. 2004 bis 2008	4. 2009 bis 2012
			BertelsmannStiftung

in den Blick (Tabelle 3). Auch hier folgen wir wieder konzeptionellen und pragmatischen Überlegungen: Einerseits bemühen wir uns um eine sozialhistorisch sinnvolle Abgrenzung, andererseits müssen wir uns am Vorhandensein geeigneter Datensätze orientieren.

„Da sich der Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht von heute auf morgen ändern dürfte, ist eine Analyse eher in größeren Zeitabschnitten interessant.“

Aus zeitgeschichtlicher Perspektive umfasst der erste Zeitraum die Jahre zwischen dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Regierungszeit der ersten demokratisch gewählten Regierungen in den Staaten des vormaligen Ostblocks. Der zweite Abschnitt bezieht sich auf die Jahre der intensiven Vorbereitung der Erweiterung der Europäischen Union um neue – vorwiegend postsozialistische – Länder. Der dritte Abschnitt beginnt mit dem Jahr der großen EU-Osterweiterung und endet mit dem Eintritt in die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise 2008. Der vierte und letzte Abschnitt beginnt mit dem Krisenjahr 2009 und endet 2012, dem letzten Jahr, für das verwertbare Daten vorliegen. Die Zuordnung der Krisenjahre 2008 und 2009 zu unterschiedlichen Erhebungszeiträumen ist vorwiegend pragmatisch begründet: Die Datenlage allein für die Jahre 2010 bis 2012 wäre zu dürfsig gewesen. Diese Situation verbessert sich erheblich, wenn wir 2009 dem jüngsten Zeitabschnitt zuschlagen.

## 2.3 Sekundärdatenanalyse

Diese Studie ist eine Sekundärdatenanalyse. Sie beruht auf existierenden Daten, die mit anderen und zum Teil sehr unterschiedlichen Forschungszielen erhoben wurden. Wir greifen dabei auf repräsentative internationale Befragungsstudien zurück, ferner auf Experteneinschätzungen und auf Informationen, die von internationalen Institutionen bereitgestellt werden.

Eine Sekundärdatenanalyse hat viele Vorteile. Sie ermöglicht es uns, valide und verlässliche Einzelindikatoren für die Messung von gesellschaftlichem Zusammenhalt zusammenzutragen. Für einen Zeitvergleich ist die Sekundärdatenanalyse ohnehin der einzige sinnvolle methodische Zugang, wenn man nicht zu retrospektiven Befragungen greifen will („Wie war es vor 20 Jahren?“), die dann weniger die tatsächliche Situation zu dem damaligen Zeitpunkt wiedergeben als den heutigen Blick darauf.

„Die Sekundärdatenanalyse ermöglicht es, valide und verlässliche Einzelindikatoren für die Messung von gesellschaftlichem Zusammenhalt zusammenzutragen.“

Natürlich haben Sekundärdatenanalysen auch Nachteile, die aber in unserem Fall die skizzierten Vorteile in keiner Weise aufwiegen. Der erste Nachteil entspringt der Tatsache, dass Sekundärdaten typischerweise Forschungsprojekten entstammen, die eine andere Stoßrichtung hatten. Man wird also nicht immer Einzelindikatoren finden, die – weil der gleichen konzeptionellen Sichtweise verhaftet – exakt das messen, was wir auf der Grundlage unserer Definition von Zusammenhalt messen möchten. Der zweite Nachteil entsteht insbesondere dann, wenn eine Studie wie im vorliegenden Fall einen längeren Zeitraum abdecken soll. Dann kommt es nämlich häufiger vor, dass die nutzbaren Daten verschiedenen Quellen entstammen und nur bedingt vergleichbar sind. Und schließlich: Für manche Länder gibt es Datenlücken, wenn – aus welchem Grund auch immer – bestimmte Studien zu einem gegebenen Zeitpunkt nicht durchgeführt wurden.

Glücklicherweise haben sich die Methoden der quantitativen Sozialforschung in den letzten zwei Jahrzehnten beachtlich weiterentwickelt. Statistische Verfahren, wie die Faktorenanalyse (siehe Glossar im Anhang) erlauben es, nur denjenigen Teil eines Einzelindikators zu berücksichtigen, der für die Messung einer Dimension einschlägig ist. Zudem gibt es Algorithmen, die einzelne fehlende Datenpunkte anhand des Gesamtdatensatzes so balanciert zu schätzen vermögen, dass sie eine brauchbare Näherung für tatsächlich erhobene Daten darstellen. Die Validität dieser Methode kann dadurch belegt werden, dass man versuchsweise vorhandene Daten in einem Datensatz weglässt, diese auf der Basis der übrigen Daten schätzt und dann die geschätzten mit den tatsächlichen Daten vergleicht. Neuere Statistikprogramme – in unserem Kontext vor allem das Programm Mplus (Muthén & Muthén 1998–2011) – bieten hierfür nahezu perfekte Schätzoptionen an. Eine genaue Darstellung der Probleme und Lösungen findet sich im Methodenbericht ([www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de](http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de)).

## 2.4 Auswahl der Daten

### Verwendete Datenquellen

Folgende Datensätze haben wir in unsere Auswertung einbezogen:

1. World Values Survey (WVS bzw. WEVS)
2. European Values Study (EVS bzw. WEVS)
3. Gallup World Poll (GWP)
4. European Social Survey (ESS)
5. European Quality of Life Survey (EQS)
6. International Social Survey Programme (ISSP)
7. International Social Justice Project (ISJP)
8. Eurobarometer (EB)
9. International Crime Victims Survey (ICVS)
10. International Country Risk Guide (ICRG)
11. Shadow Economies in Highly Developed OECD Countries (Schneider & Buehn, 2012, kurz: S&B)
12. Measures of Democracy 1810–2010 (Vanhhanen, 2011, kurz: VAN)

Genauere Erläuterungen zu den einzelnen Datensätzen sowie eine Tabelle, welche Datensätze für einen bestimmten Erhebungszeitraum und ein bestimmtes Land verwendet wurden, finden sich im Anhang.

### Zur Unvermeidlichkeit normativer Setzungen

Eine Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ist kein wertfreies Unterfangen. Allein eine solche Studie durchzuführen, heißt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt als etwas normativ Positives bewertet wird.

*„Eine solche Studie durchzuführen, heißt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt als etwas normativ Positives bewertet wird.“*

Auch unsere Definition von Zusammenhalt und deren Ausformulierung in Form von Bereichen und Dimensionen basiert auf wertenden Entscheidungen und nicht auf einer völlig neutralen Zusammenfassung der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur (die ihrerseits auch nicht wertneutral ist). So ist die Festlegung, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt die Akzeptanz von Diversität mit umfasst, eine normative Setzung.

Ebenso wenig ist die im folgenden Abschnitt 2.5 geschilderte Auswahl der Einzelindikatoren wertfrei, auch wenn sie zuvorderst von den Grundsätzen guten Messens geleitet wird, wie sie in Psychologie und Sozialwissenschaften erarbeitet wurden: Zumindest die Anfangsentscheidung, welche Indikatoren wir in eine umfassende Prüfung ihrer Messqualität aufnehmen, bleibt immer auch eine normative Entscheidung. Die anschließende quantitativ-statistische Prüfung der Indikatoren soll helfen, deren Eignung zu plausibilisieren, führt aber nicht zu wertfreien Maßen.

Schließlich ist auch im Hinblick auf die Einzelindikatoren zwischen normativ-bewertenden und neutral-beschreibenden Indikatoren zu unterscheiden. Zum Beispiel können Teilnehmer in einem Survey gefragt werden, ob sie es für richtig halten, wenn Lesben und Schwule (Stichwort: Akzeptanz von Diversität) ihr Leben gemäß ihrer eigenen Vorstellungen führen dürfen. Man kann die Befragten aber auch um ihre Einschätzung bitten, ob zum Beispiel eine bestimmte Wohngegend, eine Region oder ein bestimmtes Land Lesben und Schwulen ein gutes Leben ermöglicht. Auf einem Kontinuum von normativ-bewertenden zu neutral-beschreibenden Aussagen ist die erste Frage näher am normativ-bewertenden, die zweite Frage eher am neutral-beschreibenden Pol des Kontinuums zu verorten. Wir haben uns bemüht, stets beide Arten von Indikatoren einzubeziehen; wenn aber statistisch gleich gut geeignete Indikatoren zur Auswahl standen und eine Entscheidung erforderlich

war, weil zum Beispiel zu viele Indikatoren für eine Dimension vorlagen, haben wir der neutral-beschreibenden Variante den Vorzug gegeben.

## 2.5 Das Vorgehen Schritt für Schritt

### Indikatorenauswahl nach Plausibilitätskriterien

Unsere Definition von Zusammenhalt haben wir in Kapitel 1 vorgestellt. Auf dieser Basis sichtete unser Forschungsteam alle in Betracht kommenden Datensätze und wählte nach dem Kriterium der Plausibilität alle infrage kommenden Einzelindikatoren aus. Wenn alle fünf Teammitglieder unabhängig voneinander in der Einschätzung übereinstimmten, dass ein Indikator eine bestimmte Dimension gesellschaftlichen Zusammenhalts angemessen inhaltlich erfassen würde, wurde dieser in den folgenden Schritten berücksichtigt.

### Von Individualdaten zu Maßzahlen für Länder

Die meisten der von uns einbezogenen Daten lagen zunächst als Befragungsdaten von durchschnittlich etwa 1000 Personen pro Land vor. Durch Bildung von Mittelwerten wandelten wir diese in Maßzahlen für Länder um: Gesellschaftlichen Zusammenhalt haben wir oben als Qualität eines Gemeinwesens (hier eines Landes) und nicht als Merkmal von Individuen definiert. Hieraus folgt auch, dass sich alle empirischen Analysen auf die Ebene der Länder und nicht auf die Ebene der Individuen beziehen.

Auch beim Gallup World Poll handelt es sich vom Grundsatz her um Individualdaten, doch standen uns Indikatoren aus dieser Quelle nur in bereits aggregierter Form, also bereits

zu Ländermaßzahlen zusammengefasst, zur Verfügung. Indikatoren aus anderen Quellen, etwa Expertenratings zu ethnischen Konflikten oder Schwarzarbeit, liegen in der Regel bereits auf Länderebene vor. In der Literatur werden solche Daten gelegentlich als objektive Indikatoren bezeichnet, weil sie nicht (oder zumindest nicht direkt) auf Befragungen von Individuen zurückgehen. Wir halten diese Bezeichnung für irreführend und sprechen lieber von neutral beschreibenden Indikatoren, wobei wir oben bereits deutlich gemacht haben, dass wir alle denkbaren Indikatoren auf einem Kontinuum von normativ-bewertend und neutral beschreibend angeordnet sehen und nicht als zwei unterschiedliche Typen (etwa subjektiv versus objektiv).

#### Von Jahren zu Erhebungszeiträumen

Wie oben beschrieben, messen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in vier Zeiträumen. Sehr selten kam es vor, dass zu demselben Indikator Daten aus demselben Datensatz für zwei verschiedene Jahre vorlagen, die aber in denselben Erhebungszeitraum fallen. In diesen Fällen haben wir die entsprechenden Indikatoren gemittelt.

#### Indikatorenreduktion

In einem nächsten Schritt waren viele Indikatoren gleich wieder auszuschließen, weil sie entweder nur für einen einzigen Zeitraum oder nur für wenige Länder vorlagen. Weiterhin galt es, aus ähnlich bis identisch formulierten Indikatoren denjenigen mit der größten Länder- und Zeitabdeckung auszuwählen.

Statistisch betrachtet stellen die 34 ausgewählten Länder eine relativ kleine Stichprobe dar, für die nach einer klassischen Faustregel maximal elf Indikatoren für die Abbildung

einer Dimension je Zeitraum genutzt werden sollten (Cattell 1966). Deshalb bedurfte es einer weiteren Auswahlstufe. Als Richtschnur galt: Damit ein Indikator für die Messung einer Dimension infrage kam, sollten Daten aus mindestens zwei Erhebungszeiträumen und aus mindestens zehn Ländern vorliegen. Keine Regel jedoch ohne Ausnahme: Indikatoren, die in einem Datensatz nur aus einem Zeitraum vorlagen, konnten dennoch in die Endauswahl kommen, wenn aus einem anderen Datensatz zu einem hinreichend formulierungsgleichen Indikator Daten aus einem anderen Zeitraum vorlagen. Eine weitere Ausnahme ließen wir für Indikatoren zu, die in der Literatur als paradigmatisch für die Erfassung einer bestimmten Dimension gesellschaftlichen Zusammenhalts verhandelt werden und einen neutral-beschreibenden Charakter haben. Diese Zusatzannahme ermöglicht es, zu einem späteren Zeitpunkt unsere Forschungsergebnisse mit denen aus anderen Zusammenhängen sinnvoll in Beziehung zu setzen.

*„Wir verfolgen einen Ansatz der Sozialberichterstattung, der als Narrow-Choice-Approach charakterisiert wird und die Erfassung einer theoretisch hergeleiteten Variablen über wenige Indikatoren favorisiert.“*

Mit der Festlegung auf die beschriebenen Auswahlregeln verfolgen wir einen Ansatz der Sozialberichterstattung, der als Narrow-Choice-Approach charakterisiert wird, also die Erfassung einer theoretisch hergeleiteten Variablen über wenige Indikatoren favorisiert. Prominentes Beispiel für diesen Ansatz ist der bereits erwähnte Human Development Index, der die durchschnittliche Lebenserwartung, den Bildungsstand der Bevölkerung (in insgesamt drei Teilindikatoren) und das Pro-Kopf-Einkommen in einem Land über das sogenannte geometrische Mittel (dies entspricht der n-ten Wurzel aus dem Produkt

## INFO

### Beispiel für reflektive Indikatoren

Zur Plausibilisierung mag ein Beispiel aus einem anderen Bereich dienen: In vielen Ländern wird Studienplatzbewerbern die Teilnahme am SAT-Test abverlangt. Dieser Test umfasst Aufgaben aus den Bereichen Mathematik und Englisch. Von Jahr zu Jahr wechseln die Aufgaben (= Einzelindikatoren), weil man ausschließen will, dass sich die gestellten Aufgaben unter Studienbewerbern herumsprechen. Dennoch nimmt der Test für sich in Anspruch, dass die Testresultate über die Jahre hinweg vergleichbar bleiben und ein verlässliches Maß für die Mathematik- und Englischfähigkeiten (= zugrunde liegendes Phänomen) darstellen.

von n Indikatoren) in einem Index zusammenfasst, der den Entwicklungsstand von Ländern abbilden soll.

sierenden Dimensionswert – und wenn ein Stellvertreter (Indikator) ausfällt, kann ein anderer in die Lücke springen.

### Statistische Sichtung der Datenqualität mittels explorativer Faktorenanalysen

Um sicherzustellen, dass die nach den beschriebenen Auswahlregeln verbliebenen Indikatoren auch jeweils die avisierte Dimension des gesellschaftlichen Zusammenhalts messen, bestand der nächste Schritt in explorativen Faktorenanalysen auf Länderebene. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass es sich um reflektive Indikatoren handelt (siehe Glossar im Anhang). Mithilfe der explorativen Faktorenanalysen wurde nun geprüft, ob die jeweilige Auswahl von Indikatoren tatsächlich ausreichend stark miteinander korreliert ist, sodass man davon ausgehen kann, dass sie alle tatsächlich – zumindest partiell – dieselbe Dimension gesellschaftlichen Zusammenhalts messen. Indikatoren, deren Korrelation zu schwach ausfiel, wurden nicht weiter berücksichtigt. Als Schwellenwert haben wir im Einklang mit einschlägigen Überblicksartikeln (vgl. Peterson 2000) einen Wert der sogenannten Faktorladung (Zusammenhang zwischen Indikator und Dimension) von 0,25 gewählt. Tabelle 5 im Anhang zeigt die Liste aller 58 Indikatoren, mit denen schließlich Maße für die neun Dimensionen des Zusammenhalts berechnet wurden.

### Messung der neun Dimensionen

Wie bereits mehrfach angesprochen, sind nicht alle Indikatoren lückenlos für alle Zeiträume verfügbar. Die Annahme reflektiver Indikatoren bedeutet jedoch, dass man jede Dimension alternativ mit verschiedenen Einzelindikatoren erfassen kann. Vereinfacht ausgedrückt dienen letztere als Stellvertretervariablen für den uns eigentlich interes-

Unsere Daten erfüllen die dafür notwendigen statistischen Voraussetzungen: Unsere konfirmatorischen Faktorenanalysen belegen entsprechende Korrelationsmuster zwischen den Indikatoren, die für alle Zeiträume verfügbar sind, und denjenigen, die nur für einen Teil der Messzeitpunkte vorliegen. Schließlich gehen aus diesen konfirmatorischen Analysen auch die gewünschten Maßzahlen des gesellschaftlichen Zusammenhalts für die 34 Länder in neun Dimensionen hervor.

Diese Vorgehensweise bringt eine Einschränkung mit sich: Es kann nicht immer eindeutig geklärt werden, ob zeitliche Veränderungen der Ergebnisse auf soziale Prozesse zurückgehen, also reale Veränderungen widerspiegeln, oder dem Austausch von Indikatoren geschuldet sind. Kontrollanalysen zur zeitübergreifenden Bedeutungsäquivalenz machen uns allerdings hinreichend sicher, dass es sich bei den weiter unten dargestellten Prozessen des Wandels im gesellschaftlichen Zusammenhalt einzelner Länder zuvorderst um echte Veränderungen handelt.

Ein weiteres Merkmal unseres reflektiven Messkonzepts ist, dass immer nur relative Aussagen zum Stand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einem Land zulässig sind: Ein Land ist, je Erhebungszeitraum, gut oder schlecht im Vergleich zu den 33 anderen Ländern. Über die absolute Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts lassen sich keine Aussagen machen, ebenso wenig darüber, ob der Zusammenhalt über die Zeit absolut betrachtet stärker oder schwächer geworden ist. Solche Aussagen treffen zu können wäre wünschenswert, erscheint unter den gegebenen Voraussetzungen aber als nicht machbar.

## Berechnung von Dimensionswerten

Es gibt, wie gesagt, Lücken in der Datengrundlage, die einzelne Dimensionen in einzelnen Ländern zu einzelnen Zeitpunkten betreffen. Mittels des sogenannten Full Information Maximum Likelihood, eines verlässlichen statistischen Schätzverfahrens, ist die Schließung der Lücken in der Datengrundlage ein leicht zu beherrschendes Problem: Fehlende Dimensionswerte in einem Zeitraum werden anhand von verfügbaren Werten aus anderen Zeiträumen geschätzt. Diese Vorgehensweise ist präziser als alle Alternativen, etwa das einfache Kopieren von Werten aus anderen Zeitpunkten. Natürlich sind im Ergebnisteil die auf solche Weise geschätzten Dimensionswerte besonders gekennzeichnet; sie sollten trotz der Solidität der Schätzverfahren mit mehr Vorsicht interpretiert werden.

Wenn alle Dimensionswerte für sämtliche Länder und Erhebungszeiträume zur Verfügung stehen, werden die berechneten Dimensionswerte auf der Basis ihrer je eigenen Streuung standardisiert, damit die Länderwerte für alle neun Dimensionen gleich stark um den Wert Null variieren. Nach diesem Schritt kann dann auch der Gesamtindex des gesellschaftlichen Zusammenhalts berechnet werden.

## Gesamtindex des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Zentrales Resultat unserer Berechnungen sind die Werte für die neun Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts, die wir für alle Länder ermittelt haben. Allerdings ist es auch sinnvoll, die Ergebnisse stärker zu verdichten. Dafür haben wir einen Gesamtindex Zusammenhalt als Mittelwert aller neun Dimensionswerte berechnet. Weiterhin haben wir Teilindizes für die drei Bereiche soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung als Mittelwerte ihrer

jeweils drei Dimensionen berechnet. Da die Werte der Dimensionen standardisiert sind, gehen alle Dimensionen gleich stark in die Berechnung des Gesamtindex ein.

Generell folgen wir bei der Indexberechnung dem Ansatz der formativen Indexbildung. Dabei werden ohne eine weitere Prüfung der Korrelation die jeweiligen Dimensionen als Bausteine des betreffenden Index aufgefasst. Dieses Vorgehen ist sowohl in der Sozialberichterstattung als auch in der ökonomischen Forschung üblich. So wird auch der Human Development Index nach dieser Logik gebildet. Dass dies gerechtfertigt ist, ergibt sich aus der Vorstudie (Bertelsmann Stiftung 2012): Wir bilden Indizes aus Dimensionen, die im Einklang mit der wissenschaftlichen Literatur als zusammengehörig definiert wurden.

Abbildung 2 fasst unsere analytischen Schritte noch einmal zusammen.

## INFO

### Schwellenwerte für die Bildung der fünf Gruppen

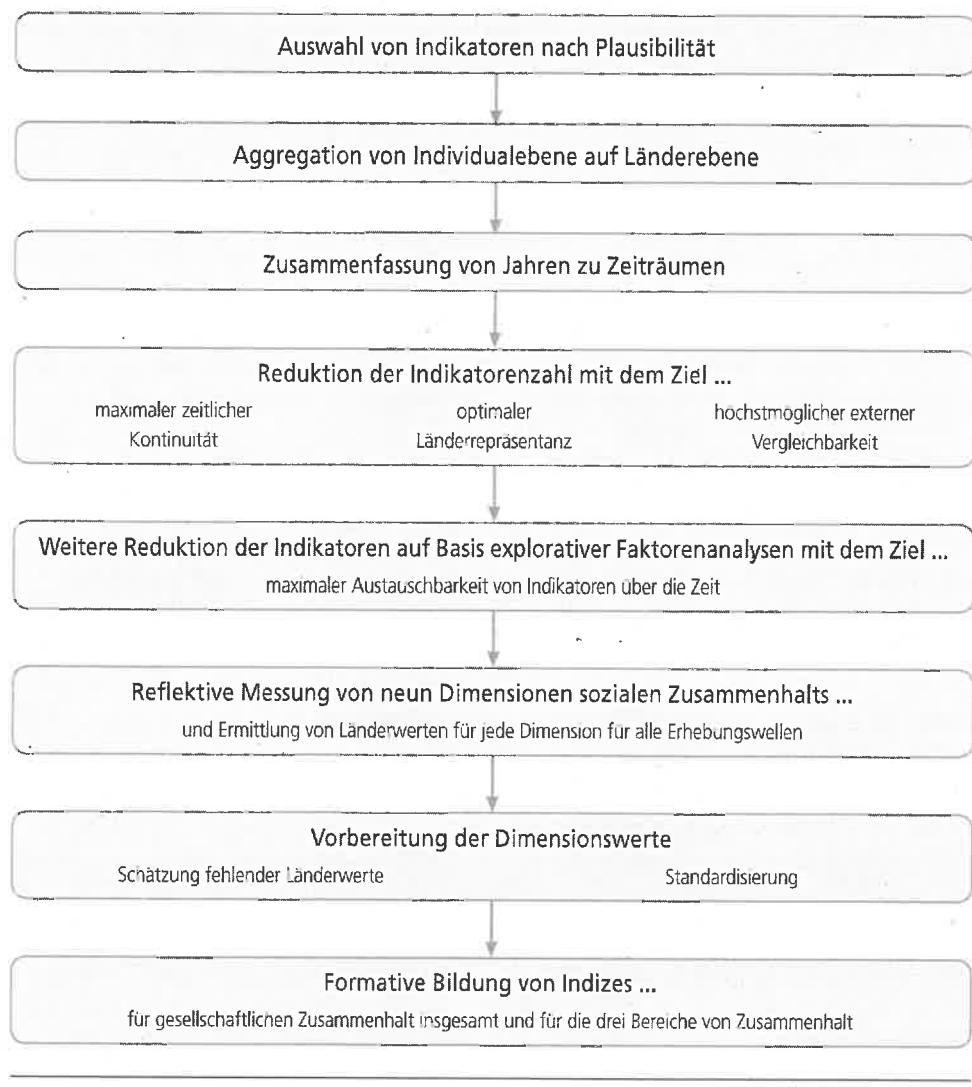
Die Abgrenzung zwischen den Gruppen erfolgt nach einheitlichen Schwellenwerten für alle Dimensionen. Alle Dimensionswerte gehen dabei standardisiert, das heißt mit einem Mittelwert von null und einer Standardabweichung von eins, in die Gruppenbildung ein. Nun werden die Schwellenwerte so gewählt, dass für eine Normalverteilung (glockenförmige Verteilung) etwa 20 Prozent der Länder in jeder Gruppe vertreten wären. Für unsere Stichprobe aus 34 Ländern hieße das: In der Mittelgruppe finden sich typischerweise sechs Länder, in den anderen Gruppen sieben. Für den Gesamtindex, der ja der Mittelwert aller Dimensionswerte ist, haben wir für die Gruppenabgrenzung daselbe Verfahren verwendet. Die empirischen Werte in den Dimensionen sind jedoch nicht normalverteilt. Dies führt dazu, dass die tatsächliche Anzahl der Länder in den Gruppen in den einzelnen Dimensionen und dem Gesamtindex variieren kann.

## Gruppierung der Länder

Auf Basis der Werte für die einzelnen Dimensionen wurden die Länder jeweils in fünf Gruppen eingeteilt. Diese Einteilung erfolgte für jede Dimension getrennt: die Spitzengruppe (dunkelblau), das obere Mittelfeld (blau), die Mittelgruppe (hellblau), das untere Mittelfeld (gelb) sowie die Schlussgruppe (orange).

Zu verweisen ist noch einmal darauf, dass ein zeitlicher Vergleich der Gruppenzugehörigkeit nur eine relative Veränderung im Vergleich zu den anderen Ländern wider spiegelt. Steigt ein Land beispielsweise vom dritten zum vierten Erhebungszeitraum vom Mittelfeld ins obere Mittelfeld auf, dann muss dies nicht bedeuten, dass der Zusammenhalt in dem betreffenden Land in einem absoluten Sinne stärker geworden ist – ebenso könnten sich die anderen Länder absolut betrachtet verschlechtert haben. Allerdings

**Abbildung 2** Arbeitsschritte zur Ermittlung von Maßzahlen gesellschaftlichen Zusammenhalts



| Bertelsmann Stiftung

lassen sich absolute Trends hilfsweise anhand einzelner Indikatoren nachzeichnen, sofern diese gleichlautend in mehreren Erhebungszeiträumen erhoben wurden.

Wir verzichten in diesem Bericht darauf, die – im Datensatz selbstverständlich zugänglichen – genauen Dimensionswerte anzugeben, um einer Überinterpretation der Ergebnisse vorzubeugen: Die scheinbare Präzision der Zahlen könnte sonst dazu

verleiten, Vergleiche nach dem Muster „Der Zusammenhalt in Land X ist doppelt so stark wie in Land Y“ vorzunehmen. Solche Aussagen sind aber aufgrund der Datenbasis und der Messmethode nicht sinnvoll. Zu beachten ist weiterhin, dass durch die Definition einheitlicher Schwellenwerte für die Zuordnung von Ländern zu Gruppen zwei Länder, die unter Umständen sehr nahe beieinanderliegen, dennoch in unterschiedlichen Gruppen zu finden sind.



### 3. Befunde: gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich

#### 3.1 Die Rangfolge im Überblick

Welche Länder haben nun einen eher starken, welche einen schwachen Zusammenhalt? Abbildung 3 zeigt die aktuelle Rangliste der 34 Länder und deren Zuordnung zu den fünf Gruppen. Die Länder sind nach dem Wert des Gesamtindex Zusammenhalt absteigend geordnet. Daneben wird die Gruppenzugehörigkeit eines Landes in den neun Dimensionen dargestellt (im Anhang sind die Ranglisten für die drei früheren Erhebungszeiträume dokumentiert: Abbildung 16–18). Abbildung 4 zeigt den zeitlichen Trend (relative Veränderungen) für den Gesamtindex Zusammenhalt von 1989 bis 2012 über alle Länder hinweg.

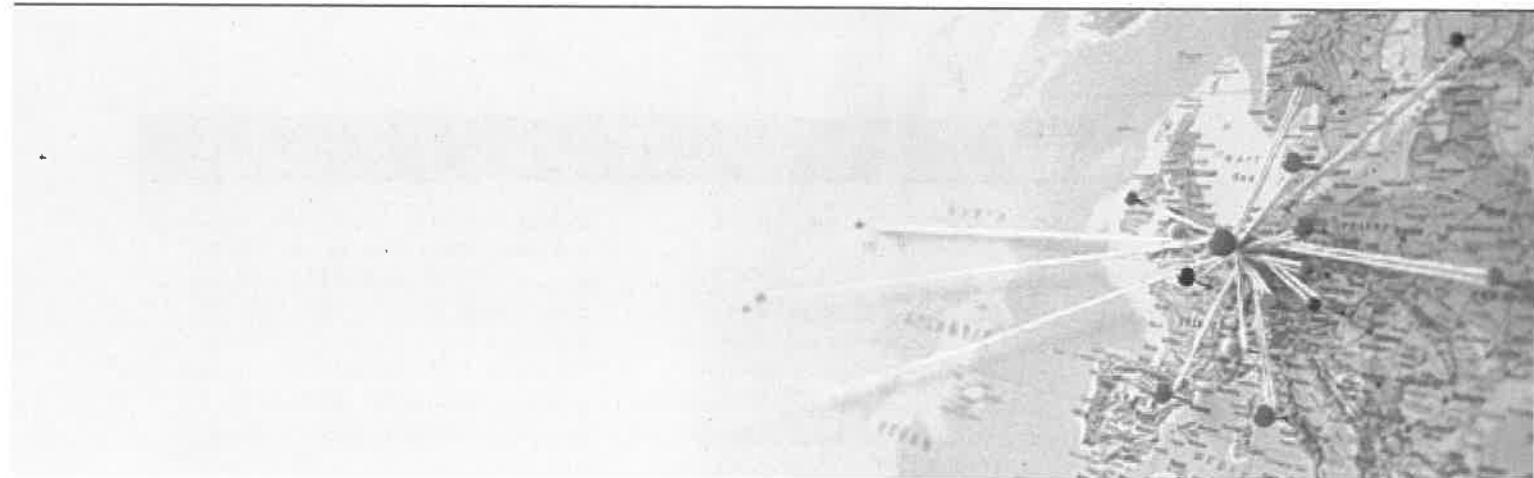
„Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in Dänemark am stärksten, es folgen Norwegen, Finnland und Schweden.“

Demnach ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in Dänemark am stärksten, es folgen Norwegen, Finnland und Schweden. Auf den Plätzen fünf bis acht schließen sich die angelsächsisch geprägten außereuropäischen Länder an. Weiter geht es mit eher kleineren und wohlhabenden westeuropäischen Ländern sowie, noch eben im oberen Mittelfeld, Deutschland. In der mittleren

Gruppe finden sich mit Großbritannien, Frankreich und Spanien drei der großen EU-Länder. Das untere Mittelfeld reicht von Estland bis Zypern und setzt sich aus ostmitteleuropäischen Ländern und Mittelmeieranrainern zusammen. Die Schlussgruppe besteht aus den zwei baltischen Staaten Litauen und Lettland sowie den südosteuropäischen Ländern Bulgarien, Griechenland und Rumänien. Insgesamt ergibt sich ein überraschend klares geografisches Muster mit folgender vereinfachter Abstufung: Nordeuropa; Nordamerika-Ozeanien; Westeuropa; Südeuropa und Ostmitteleuropa gleichauf; Baltikum; Südosteuropa. Dies ist ein Muster, das aus anderen internationalen Vergleichen etwa zur Lebensqualität oder zum subjektiven Wohlbefinden bekannt ist.

#### Typische und untypische Dimensionen

Der Blick auf die neun Dimensionen zeigt, dass in einem Land nicht notwendigerweise alle Aspekte von Zusammenhalt gleichermaßen ausgeprägt sein müssen. So liegen Norwegen und Schweden zwar fast in allen Dimensionen in der Spitzengruppe, haben aber bei der Identifikation ihrer Bürgerinnen und Bürger mit dem Gemeinwesen nur mittlere Werte. Auch die Niederlande, Deutschland und Großbritannien liegen bei vielen Dimensionen im (oberen) Mittelfeld, fallen



aber durch eine vergleichsweise niedrige Identifikation auf; tatsächlich bilden sie hier die Schlussgruppe. Umgekehrt sind in den Ländern, deren Zusammenhalt insgesamt eher schwach ist, auch positive Aspekte zu entdecken: So schneiden Portugal und Rumänien bei der Akzeptanz von Diversität deutlich besser ab als in den meisten anderen Dimensionen – und besser als viele westeuropäische Nationen. Und in Zypern, Bulgarien und Griechenland identifizieren sich die Menschen sehr stark mit dem Gemeinwesen, sodass diese Länder trotz ihres allgemein geringen Grades von Zusammenhalt in dieser Dimension in der Spitzengruppe zu finden sind. Insgesamt aber ergibt sich in der Zusammenschau der Dimensionen doch ein recht konsistentes Bild. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein Syndrom, das sich in verschiedenen Facetten in ähnlicher Weise widerspiegelt.

*„Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein Syndrom, das sich in verschiedenen Facetten in ähnlicher Weise widerspiegelt.“*

Am ehesten stellen noch die Identifikation mit dem Gemeinwesen und die Akzeptanz von Diversität eigenständige Facetten dar, die dem Syndromcharakter des gesellschaftlichen Zusammenhalts etwas weniger als die anderen Dimensionen entsprechen.

Nicht zufällig haben sich die Beispiele im vorhergehenden Absatz auf diese beiden Dimensionen bezogen. Man kann also sagen: Auch wenn man weiß, wie stark sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Land identifizieren, kann man daraus nicht unbedingt schließen, wie stark der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt ausgeprägt ist. Weiß man dagegen, wie belastbar die sozialen Netze sind oder wie gerecht oder ungerecht die Menschen ihre Gesellschaft erleben, so kann man auf dieser Basis recht gut abschätzen, wie es um den Zusammenhalt insgesamt bestellt ist. Diese Überlegungen werden durch eine empirische Korrelations- und Ähnlichkeitsanalyse der Dimensionsprofile gestützt: Ihr zufolge fallen Identifikation und Akzeptanz von Diversität etwas aus dem Rahmen, sind also eher untypisch, während die übrigen Dimensionen eng verwoben sind. Besonders eng ist die Verzahnung zwischen sozialen Netzen, Vertrauen in die Mitmenschen und dem Gerechtigkeitsempfinden. Die empirische Prüfung erfolgte durch Analysen der Korrelationsmatrix der Dimensionen sowie deren Distanzmatrix und ihrer Darstellung mittels multidimensionaler Skalierung.

Inhaltlich kann das bedeuten, dass die Identifikation mit dem Land zu einem Gutteil eine „mechanische Solidarität“ ist, die in postindustriellen Gesellschaften als soziomoralische Ressource für andere Aspekte des Zusammenhalts nicht mehr

## INFO

### Lesehilfe zu den Abbildungen 3 und 4

Die Abbildung 3 führt untereinander die 34 untersuchten Länder auf, geordnet nach dem Gesamtindex Zusammenhalt – dem Zahlenwert ihres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Da der absolute Zahlenwert aufgrund der komplexen Berechnungsmethode nur eingeschränkt interpretierbar ist, wird er hier nicht numerisch angegeben. Stattdessen werden die Länder auf Basis der Zahlenwerte in fünf Gruppen eingeteilt, die anhand der Farben erkennbar sind: Die Länder mit einem dunkelblauen Punkt in der linken Spalte (Dänemark bis Australien) gehören zur Spitzengruppe bezüglich ihres Zusammenhalts. Danach folgen oberes Mittelfeld (blauer Punkt), Mittelgruppe (hellblauer Punkt), unteres Mittelfeld (gelber Punkt) und Schlussgruppe (oranger Punkt). Deutschland ist also eben noch dem oberen Mittelfeld zuzuordnen; Rumänien ist insgesamt Schlusslicht.

Die Gruppeneinteilung und Farzuordnung anhand der berechneten Zahlenwerte wiederholt sich in den neun Dimensionen. Dänemark liegt also in fast allen Dimensionen in der Spitzengruppe, lediglich bei Solidarität und Hilfsbereitschaft sowie bei Anerkennung sozialer Regeln rangiert es „nur“ im oberen Mittelfeld. In diesen beiden Dimensionen platzieren sich dafür die USA und

die Niederlande in der Spitzengruppe. Deutschland wiederum ist ebenso wie in der Gesamtwertung auch in den meisten Dimensionen im oberen Mittelfeld platziert – etwas schlechter schneidet es bei der Akzeptanz von Diversität ab (Mittelgruppe), deutlich schlechter bei der Identifikation (Schlussgruppe). Überdurchschnittlich stark ist in Deutschland dagegen die Anerkennung sozialer Regeln: Hier liegt Deutschland mit den USA, den Niederlanden und einigen anderen Ländern in der Spitzengruppe.

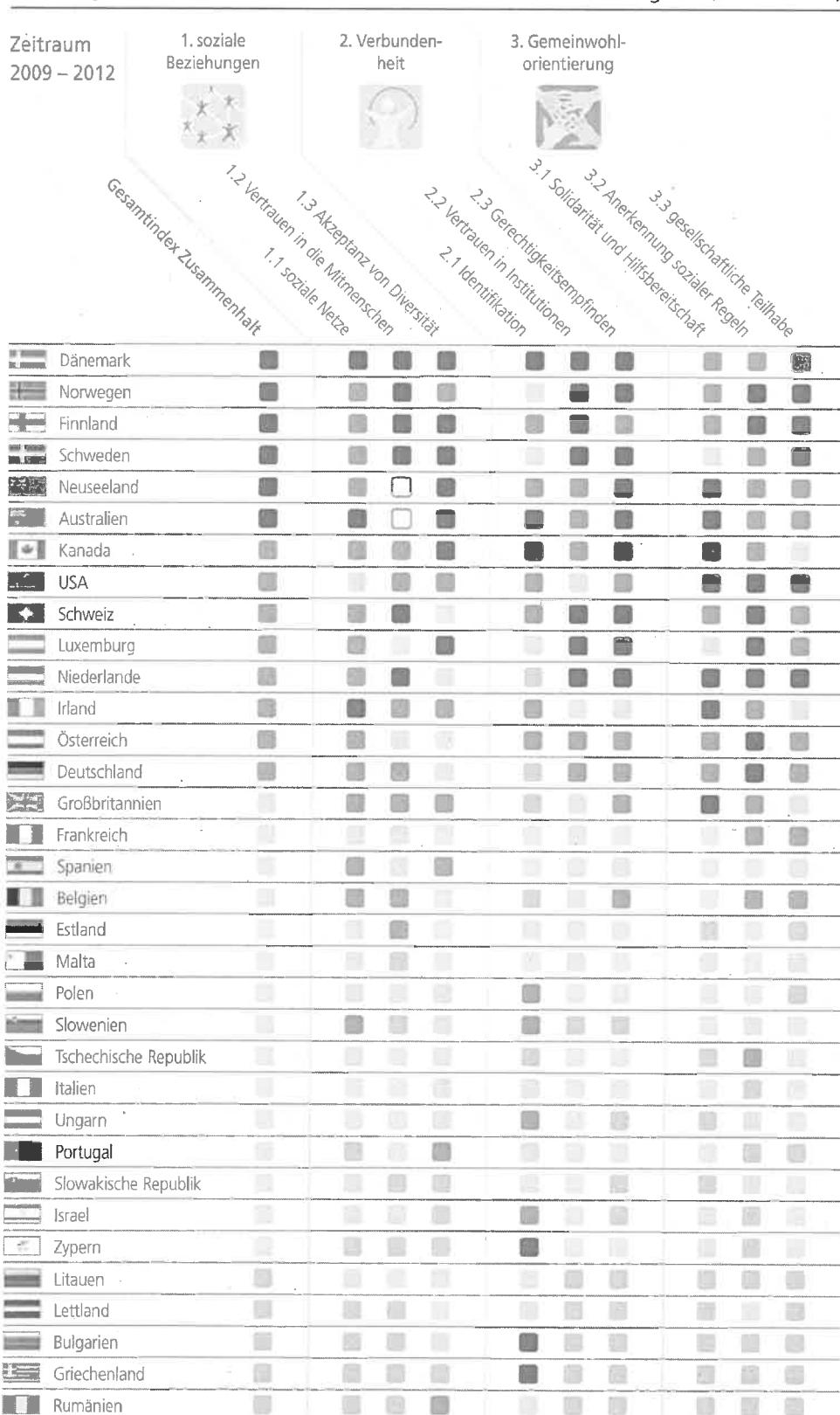
Während sich alles bisher Gesagte auf den vierten Erhebungszeitraum (2009 bis 2012) bezieht, gibt Abbildung 4 die zeitliche Entwicklung seit 1989, also über alle vier Erhebungszeiträume, wieder. Angegeben ist hier nur die Gesamtplatzierung anhand des zusammenfassenden Index, wie er auch der Spalte ganz links zugrunde liegt. Dänemark, Norwegen und Schweden befanden sich demnach kontinuierlich in der Spitzengruppe (viermal dunkelblau), Finnland dagegen gelang erst ab dem zweiten Erhebungszeitraum der Sprung vom oberen Mittelfeld in die Spitzengruppe. Deutschland wiederum hat erst in jüngster Vergangenheit zum oberen Mittelfeld aufgeschlossen: In den drei davor liegenden Erhebungszeiträumen landete es jeweils in der Mittelgruppe, zu der auch Spanien, Belgien, Frankreich und Malta gehörten.

zwangsläufig gebraucht wird. Die Hebelwirkung von Identifikation auf andere Dimensionen ist vermutlich gering, da die Verknüpfung locker ist. Das dürfte beispielsweise beim Vertrauen in die Mitmenschen anders sein – hier sind positive Ausstrahlungseffekte auf andere Dimensionen wahrscheinlich, was wachsendes Vertrauen zum wertvollen Hebel macht, wollte man den Zusammenhalt stärken. Die zweite Dimension, die öfter vom Gesamtbild abweicht, ist die Akzeptanz von Diversität. Das röhrt vermutlich daher, dass es bei dieser Dimension eine spezifische Gemengelage von grundlegender Solidarität, aktuellem Problemdruck (zum Beispiel durch starke Einwanderung) und politischen Handlungsstrategien (Assimilation versus multikulturelle Gesellschaft) gibt.

Treten noch situationelle Faktoren wie der Mord an Theo van Gogh in den Niederlanden mit entsprechenden Umschwüngen des öffentlichen Meinungsklimas hinzu, so führt auch das zu einer eher lockeren Anbindung an die anderen Dimensionen von Zusammenhalt.

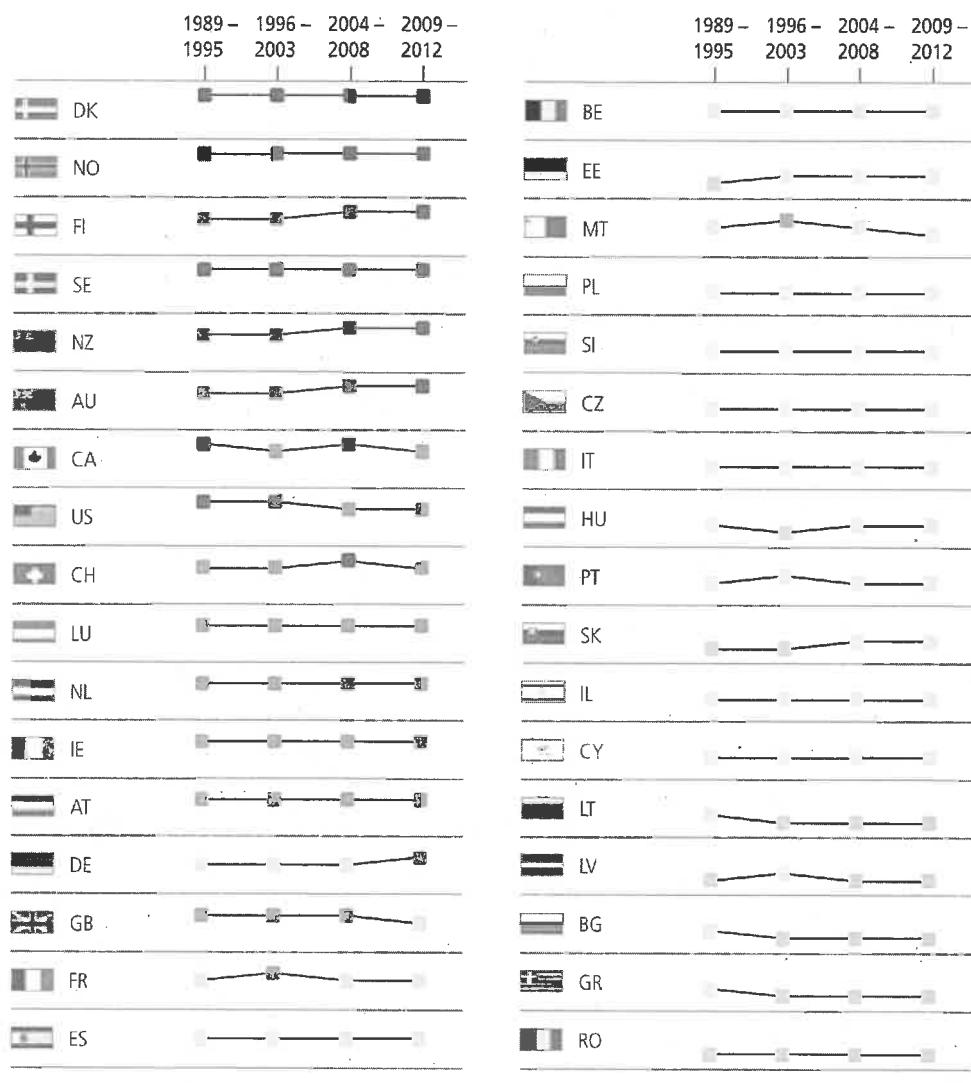
### Zeitliche Entwicklung

Eine wichtige Information aus Abbildung 4 ist der zeitliche Wandel. Man sieht unmittelbar, dass viele Länder über alle vier Zeiträume ihre Farbe behalten. Die nordischen Länder haben, mit Ausnahme Finlands, über die gesamten fast 25 Jahre hinweg einen

**Abbildung 3** Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich (2009 – 2012)

Dargestellt sind die Mittelwerte der neun Dimensionen für die EU- und westlichen OECD-Länder. Die fünf Farben markieren die Spitzengruppe (dunkelblau = ■), das obere Mittelfeld (blau = □), die Mittelgruppe (hellblau = ■), das untere Mittelfeld (gelb = ■) und die Schwellengruppe (orange = ■). Punkte mit weißer Füllung (□) stellen für Dimensionswerte, die in hilfe anderer Zeiträume geschätzt wurden.

Abbildung 4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt im zeitlichen Verlauf



Dargestellt ist der Verlauf des Gesamtindex Zusammenhalt über die vier Erhebungszeiträume. Die fünf Farben markieren die Spitzengruppe (dunkelblau = ■), das obere Mittelfeld (blau = ■), die Mittelgruppe (hellblau = ■), das untere Mittelfeld (gelb = ■) und die Schlussgruppe (orange = ■).

Bertelsmann Stiftung

sehr starken Zusammenhalt und nehmen die Spitzenplätze ein. Ebenso konstant – auf ihrem jeweiligen Niveau – halten sich die Niederlande, Österreich, Spanien, Polen, Italien und Zypern, um nur einige Beispiele für Stabilität zu nennen.

**„Das Ausmaß des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist ein sehr beständiges Merkmal von Gesellschaften.“**

Das Ausmaß des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist, das belegen unsere Ergebnisse deutlich, ein sehr beständiges Merkmal von Gesellschaften, das sich in der Regel über kürzere Zeiträume nicht dramatisch verändert (einer genaueren Beobachtung bedürfen freilich in den nächsten Jahren die südeuropäischen Länder, die unter der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden). Wo es relative Veränderungen gibt, sind es in der Regel Aufstiege in die nächstbessere Gruppe oder Abstiege in die nächstslechtere. Nur

Malta verändert sich über zwei Gruppen-grenzen hinweg. Über die Zeit verbessert haben ihre Position zum Beispiel Finnland, Neuseeland, Australien, Deutschland und die Slowakische Republik; verschlechtert haben sich beispielsweise die USA, Großbritanni-en, Frankreich, Lettland, Bulgarien sowie, wie bereits erwähnt, Malta; Kanada pen-delt hingegen zwischen den zwei obersten Gruppen. Eine intensivere Betrachtung der spezifischen Gründe für diese Auf- und Ab-wärtsbewegungen muss späteren Analysen überlassen bleiben.

### 3.2 Deutschland im oberen Mittelfeld

Blickt man zunächst auf den Gesamtindex Zusammenhalt, so findet sich Deutschland im oberen Mittelfeld der Rangliste. Dieser Platzierung entsprechen auch eine Reihe von Dimensionen: Soziale Netze, Vertrauen in die Mitmenschen, Vertrauen in Instituti-onen, Gerechtigkeitsempfinden, Solidarität und Hilfsbereitschaft, gesellschaftliche Teilhabe – überall ist Deutschland im oberen Mittelfeld positioniert. Allerdings schneidet Deutschland keineswegs überall gleich ab. Positiv fällt die Anerkennung sozialer Regeln auf, bei der Deutschland unter den besten Nationen liegt. Dies entspricht auch dem stereotypen Bild der Deutschen als einem ordentlichen und gesetzestreuen Volk.

*„Die Deutschen identifizieren sich nur wenig mit ihrer Nation – was sich wohl weiterhin auf die Erfahrungen mit den Verbrechen und Katastrophen des Nationalsozialismus zurückführen lässt.“*

Bei zwei Dimensionen schneidet Deutsch-land weniger gut ab: Am stärksten sticht heraus, dass sich die Deutschen nur wenig

mit ihrer Nation identifizieren – was sich wohl weiterhin auf die Erfahrungen mit den Verbrechen und Katastrophen des National-sozialismus zurückführen lässt. Ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt, dass Deutschland hier in den ersten drei Zeiträumen Rang 33 der 34 Länder belegt. Die historische Erklärung durch Nationalsozialismus und Kriegsschuld wird auch durch die Tatsache gestützt, dass die nationale Identifikation über den gesamten Erhebungszeitraum schwach ist; auch das „Sommermärchen“ der Fußballweltmeisterschaft 2006 konnte das nicht grundlegend ändern (es führte nur dazu, dass Deutschland auf Rang 30 von 34 landete, aber weiterhin in der Schlussgruppe verblieb). Allerdings scheint eine – vielleicht ja sogar wünschenswerte – Distanz zur eigenen Nation ein in Mitteleuropa durchaus verbreitetes Phänomen zu sein: Die zwei anderen Länder, die ähnlich konstant in der Schlussgruppe liegen, sind Belgien und die Niederlande.

### Bedenkliche Entwicklung der Akzeptanz von Diversität

Bei der Akzeptanz von Diversität gehört Deutschland nur zur Mittelgruppe, mit vergleichbaren Werten wie die Niederlande. Diese Dimension erscheint in ihrer zeitli-chen Entwicklung (siehe Abbildung 5) als die problematischste, hat Deutschland hier doch nach der Jahrhundertwende deutlich an Boden verloren. Da dieser bedenkliche Trend über einen längeren Zeitraum hinweg zu beobachten ist, lässt er sich nicht auf die Wirtschaftskrise in den letzten Jahren zu-rückführen, die Deutschland ohnehin besser gemeistert hat als viele andere europäische Länder.

*„Integration – nicht nur von Zuwanderern, sondern ganz allgemein von „Andersartigen“ – tut not.“*

Es besteht also Handlungsbedarf dahingehend, die in Deutschland vergleichsweise intakten sozialen Netze auch für Menschen zu öffnen, die einen Migrationshintergrund haben oder deren Lebensweise vom landläufigen Mainstream abweicht: Integration – nicht nur von Zuwanderern, sondern ganz allgemein von „Andersartigen“ – tut not, wenn Deutschland in Zukunft positiven Nutzen aus der Unterschiedlichkeit seiner Bürgerinnen und Bürger ziehen will. Noch einmal sei darauf verwiesen, dass wir einen relativen Abstieg Deutschlands in der Akzeptanz von Diversität im Vergleich zu anderen Ländern konstatieren, nicht eine absolute Verschlechterung.

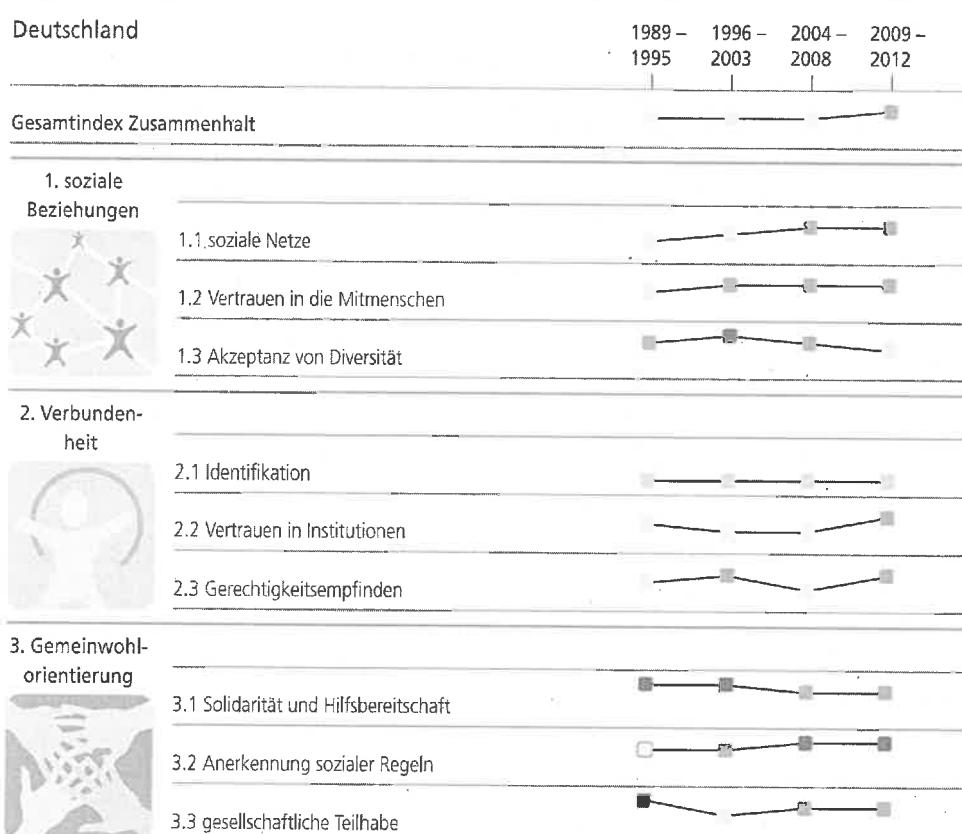
### Weitere Tendenzen

Wie Abbildung 5 ebenfalls zeigt, war der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt in Deutschland im internationalen Vergleich seit der deutschen Vereinigung eher stabil, weist aber eine aufsteigende Tendenz ab 2008 auf.

*„Seit 2008 hat der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland im internationalen Vergleich eine aufsteigende Tendenz.“*

Von den 1990er-Jahren bis zur ersten Dekade des neuen Jahrhunderts gehörte Deutschland

**Abbildung 5** Trends des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland



Dargestellt sind die Werte für den Gesamtindex Zusammenhalt und die neun Dimensionen im Zeitverlauf. Punkte mit weiterer Füllung stellen für Dimensionswerte, die mit „lf“ angegeben sind, geschätzte Werte dar.

noch zum Mittelfeld, mittlerweile ist es, wenn auch knapp, ins obere Mittelfeld aufgerückt. Der Abstand zur Spitzengruppe bleibt indes weiter groß.

Besonders positiv entwickelt – wohlgemerkt immer relativ zu anderen Ländern gesehen – haben sich vor allem die sozialen Netze, die heute enger geknüpft sind, als dies noch in den 1990er-Jahren der Fall war. Leichte Rangverbesserungen gab es beim Vertrauen in die Mitmenschen, beim Vertrauen in Institutionen und beim Gerechtigkeitsempfinden. In den beiden letztgenannten Dimensionen gibt es aber keinen linearen Trend. Beim Gerechtigkeitsempfinden rangierte Deutschland in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre im oberen Mittelfeld, rutschte dann zu Zeiten der Hartz-Reformen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe 2003 ins untere Mittelfeld, um heute mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und wieder steigenden Löhnen auf einen Platz im oberen Mittelfeld zurückzufinden. Parallel dazu hat sich Deutschland beim Vertrauen in Institutionen deutlich verbessert, was vermutlich ebenfalls darauf zurückzuführen ist, dass Deutschland weit besser durch die Eurokrise gekommen ist als befürchtet. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Belastungen durch Euro- und Schuldenkrise zukünftig auf das Gerechtigkeitsempfinden und das Vertrauen in Institutionen auswirken.

Eine weitere Tendenz nach oben hat Deutschland auch bei der Anerkennung sozialer Regeln zu verzeichnen. Ein leichter Abwärts-trend ist in der Dimension Solidarität und Hilfsbereitschaft zu konstatieren, bei der Deutschland aber immer noch einen Platz im oberen Mittelfeld einnimmt.

### 3.3 Drei Muster starken Zusammenhalts: nordische, angelsächsische und alpenländische Variante

Bisher haben wir uns in der Diskussion von der Stärke des Gesamtindex leiten lassen.

Eine andere Herangehensweise ist es, die Dimensionen zu betrachten und ähnliche Länder zu Gruppen zusammenzufassen, um dann das typische Muster gesellschaftlichen Zusammenhalts für diese Ländergruppen zu bestimmen. Genau dies haben wir mit einer Ähnlichkeitsanalyse (multidimensionale Skalierung) unternommen. Durch unsere Gruppierung werden also Länder zusammengefasst, deren Profile nahe beieinanderliegen. Die sozialwissenschaftliche Statistik hält für Gruppierungsanalysen eine ganze Reihe von Verfahren bereit. Die von uns durchgeführte Ähnlichkeitsanalyse versteht sich als Option für einen ersten Einblick, die weitere, vertiefende Analysen anregen soll. Abbildung 6 zeigt die Ländergruppen und ihre typischen Profile. Die Gruppen sind dabei den Ländergruppen recht ähnlich, die wir anhand der Stärke des Gesamtindex Zusammenhalt ausgemacht haben. Die drei bestplatzierten Ländergruppen repräsentieren unterschiedliche erfolgreiche Varianten, die starken gesellschaftlichen Zusammenhalt in je eigener Prägung aufweisen: gemäß einer „nordischen“ Variante, einer „angelsächsischen“ (aus dem Großbritannien selbst allerdings nach unten herausfällt) und einer „alpenländischen“ (zu der auch Luxemburg zählt – natürlich ohne Alpenlage).

Den durchgängig weit vorn platzierten nordischen Ländern Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden ist ein universalistischer Wohlfahrtsstaat gemein, der stark umverteilend wirkt und Chancengleichheit schafft; zudem ist die Institutionenqualität außergewöhnlich hoch. Dies scheinen die „Erfolgsfaktoren“ hinter dem starken Zusammenhalt nordischer Prägung zu sein.

Eine zweite Variante bilden die angelsächsischen Länder Australien, Kanada, Neuseeland und die USA sowie Irland. Sie belegen in der Regel die Plätze gleich hinter den skandinavischen Nationen. Beim Gerechtigkeitsempfinden liegen sie gleichauf mit den nordischen Ländern, bei Solidarität und Hilfsbereitschaft vor ihnen. Interessant ist, dass

diese Länder in vielerlei Hinsicht ganz andere Rahmenbedingungen als die nordischen Länder haben, zum Beispiel einen eher liberalen Wohlfahrtsstaat, der weniger umverteilt und durch eine größere Einkommensklaff zwischen Arm und Reich gekennzeichnet ist. Zugleich sind vor allem die Überseeländer als Einwanderungsgesellschaften ethnisch und religiös sehr heterogen und handhaben diese Heterogenität durch multikulturelle Politiken. Auch Irland – historisch ein klassisches Auswanderungsland – ist in den vergangenen zehn Jahren zum Einwanderungsland geworden. Mit Irland und den USA befinden sich zwei vergleichsweise religiöse Länder in dieser Gruppe. Offenbar gelingt es diesen Ländern, unter ganz anderen Voraussetzungen einen ähnlich starken gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erzeugen wie die eher religionsfernen nordischen Nationen.

„Offenbar gelingt es den angelsächsischen Ländern einen ähnlich starken gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erzeugen wie die nordischen Nationen.“

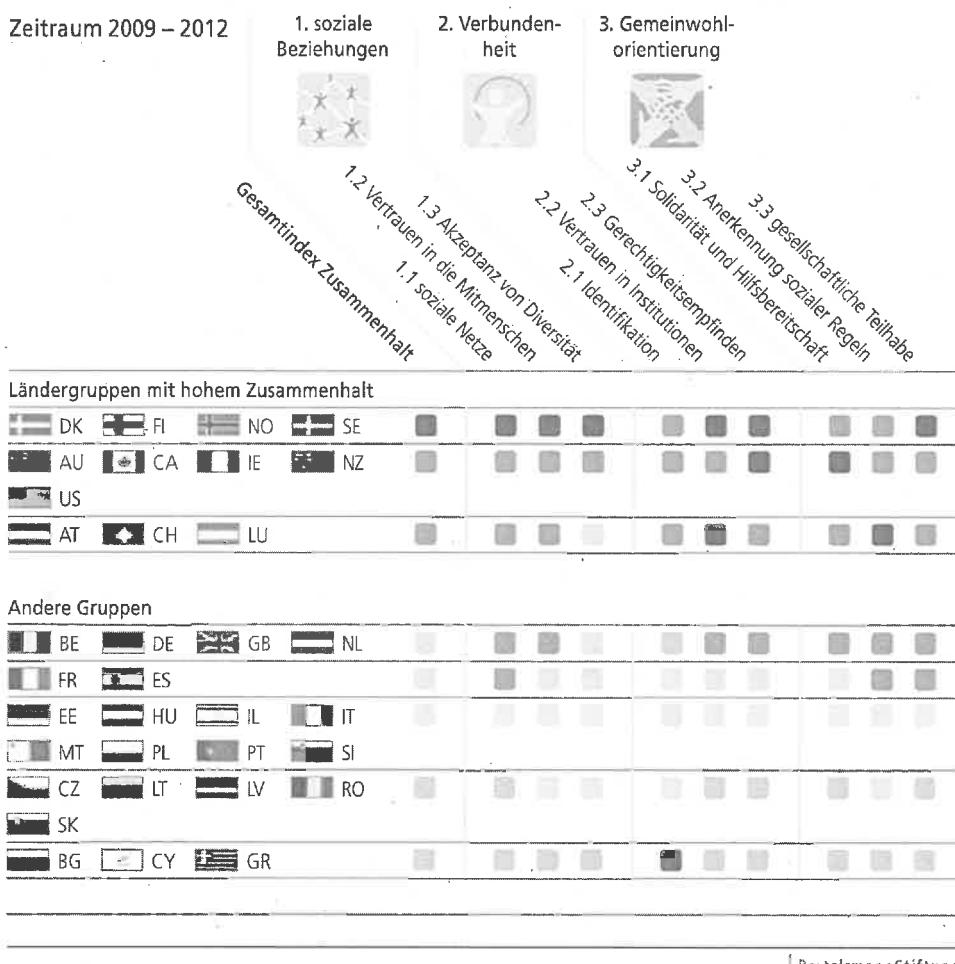
Die dritte Ländergruppe mit einem ähnlichen und überdurchschnittlich starken Zusammenhaltsprofil bilden Luxemburg, Österreich und die Schweiz. Ihre besonderen Stärken liegen im Institutionenvertrauen und in der Anerkennung sozialer Regeln. Ein relativer Schwachpunkt, insbesondere in der Schweiz und Österreich, ist die Akzeptanz von Diversität, die dort unterdurchschnittlich ist. Für Österreich und die Schweiz ist dies auch die Dimension, in der sie sich über die Zeit verschlechtert haben. Populistische Parteien und das berühmte Anti-Minarett-Referendum passen zu dieser Diagnose. Was die gesellschaftlichen Charakteristika anbelangt, sind die Länder dieser Gruppe vor allem klein und wohlhabend.

Ein ähnliches Profil des Zusammenhalts haben Deutschland, Großbritannien, die

Niederlande und Belgien. Obwohl sie in vielen Dimensionen im oberen Mittelfeld zu finden sind, liegen sie bei der Identifikation in der Schlussgruppe und bei der Akzeptanz von Diversität üblicherweise im unteren Mittelfeld. Die im Vergleich zu anderen Ländern sinkende Akzeptanz von Diversität ist in dieser Gruppe eine Entwicklung der letzten zehn Jahre, nicht etwa ein ganz neues Phänomen.

Frankreich und Spanien zeigen sich etwas schlechter positioniert als die Ländergruppe um Deutschland, allerdings ist bei ihnen die Identifikation nicht ganz so niedrig ausgeprägt wie in Deutschland. Die mittel-, ost- und südeuropäischen Länder sowie Israel aus der unteren Hälfte teilen sich in zwei Gruppen auf. Die eine Gruppe hat in fast allen Dimensionen typischerweise Platzierungen im unteren Mittelfeld, aber eine höhere Platzierung bei der Identifikation. Die Länder aus der anderen Gruppe haben eine niedrigere Identifikation und liegen auch in einigen anderen Dimensionen in der Schlussgruppe, weisen aber bei der Akzeptanz von Diversität häufig bessere Werte als die gerade genannten Länder auf, obwohl sie auch im Durchschnitt im unteren Mittelfeld liegen. Bulgarien, Griechenland und Zypern zeichnen sich durch Spitzenplatzierungen bei der Identifikation aus, liegen aber in allen anderen Dimensionen in der Schlussgruppe.

Die drei Ländergruppen mit hohem Zusammenhalt zeigen sich auch im zeitlichen Verlauf seit 1989 recht stabil. Das gilt hingegen nicht für die anderen Gruppen, für die sich einige Entwicklungslinien aufzeigen lassen. In den 1990er-Jahren liegen zum Beispiel Irland und Großbritannien noch eng beieinander, bevor sich ihr Weg trennt und sich die Ähnlichkeiten zu den jetzigen Gruppen herausbilden. Ebenso lassen sich in den 1990er-Jahren die Gruppe aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden sowie die Gruppe aus Österreich, der Schweiz und Luxemburg kaum voneinander abgrenzen; seitdem haben sich erkennbare Unter-

**Abbildung 6** Typische Profile ähnlicher Länder (2009 – 2012)

schiede im Profil des Zusammenhalts herausgebildet. An der Spitze des Feldes sieht es genau umgekehrt aus und die Zeichen stehen auf Konvergenz: Die Länder, die die oben beschriebenen drei erfolgreichen Varianten repräsentieren, liegen in ihrem Zusammenhaltsprofil aktuell enger beieinander als vor 20 Jahren.

### 3.4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt von 1989 bis 2012

Welche auffälligen Veränderungen gibt es in den einzelnen neun Dimensionen über das von uns untersuchte knappe Vierteljahrhundert? Im Folgenden zeigen wir wichtige

Trends nacheinander für die drei Bereiche soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung auf. Wie im gesamten Bericht stehen dabei relative Veränderungen im Mittelpunkt; schlaglichtartig werden wir für einzelne Indikatoren aber auch auf absolute Veränderungen eingehen.

#### Soziale Beziehungen

Abbildung 7 zeigt die Länder in der Rangfolge, die sich nach dem Teilindex soziale Beziehungen im vierten Erhebungszeitraum ergibt. In den weiteren Spalten sind die zeitliche Entwicklung der drei Dimensionen soziale Netze, Vertrauen in die Mitmen-

schen und Akzeptanz von Diversität sowie der aktuelle Gesamtindex zum Vergleich dargestellt.

Das Länderranking des Vertrauens in die Mitmenschen ist im zeitlichen Verlauf am stabilsten, gefolgt von den sozialen Netzen. Das Ranking der Akzeptanz von Diversität verändert sich am stärksten über die Zeit, was wohl primär mit den veränderten Wanderungsströmen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs zusammenhängt. Die Niederlande und Deutschland – beides Länder mit starker Zunahme von Einwanderung – rutschen beispielsweise von der Spitzengruppe in die Mittelgruppe, die Schweiz sogar vom oberen ins untere Mittelfeld, während Polen und Rumänien – beides Auswanderungsländer – von schlechten Platzierungen in die Mittelgruppe oder sogar ins obere Mittelfeld aufsteigen. Für Polen dürfte auch eine gewisse Säkularisierung die Akzeptanz „bunterer“ Lebensentwürfe (Stichwort: Homosexualität) gefördert haben. Das Ranking in der Akzeptanz von Diversität, die man vielleicht auch als Weltoffenheit interpretieren könnte, unterscheidet sich – im Gegensatz zu den anderen beiden Dimensionen – deutlich vom Gesamtranking. Bei den sozialen Netzen liegen Irland und Australien mit an der Spitze. Die USA platzieren sich hier nur in der Mittelgruppe, was einem absteigenden Trend geschuldet ist. Vertrauen in die Mitmenschen ist in Estland über die Zeit gestiegen, in Italien und Polen gefallen.

### „Bei den sozialen Netzen liegen Irland, Australien und Großbritannien mit an der Spitze.“

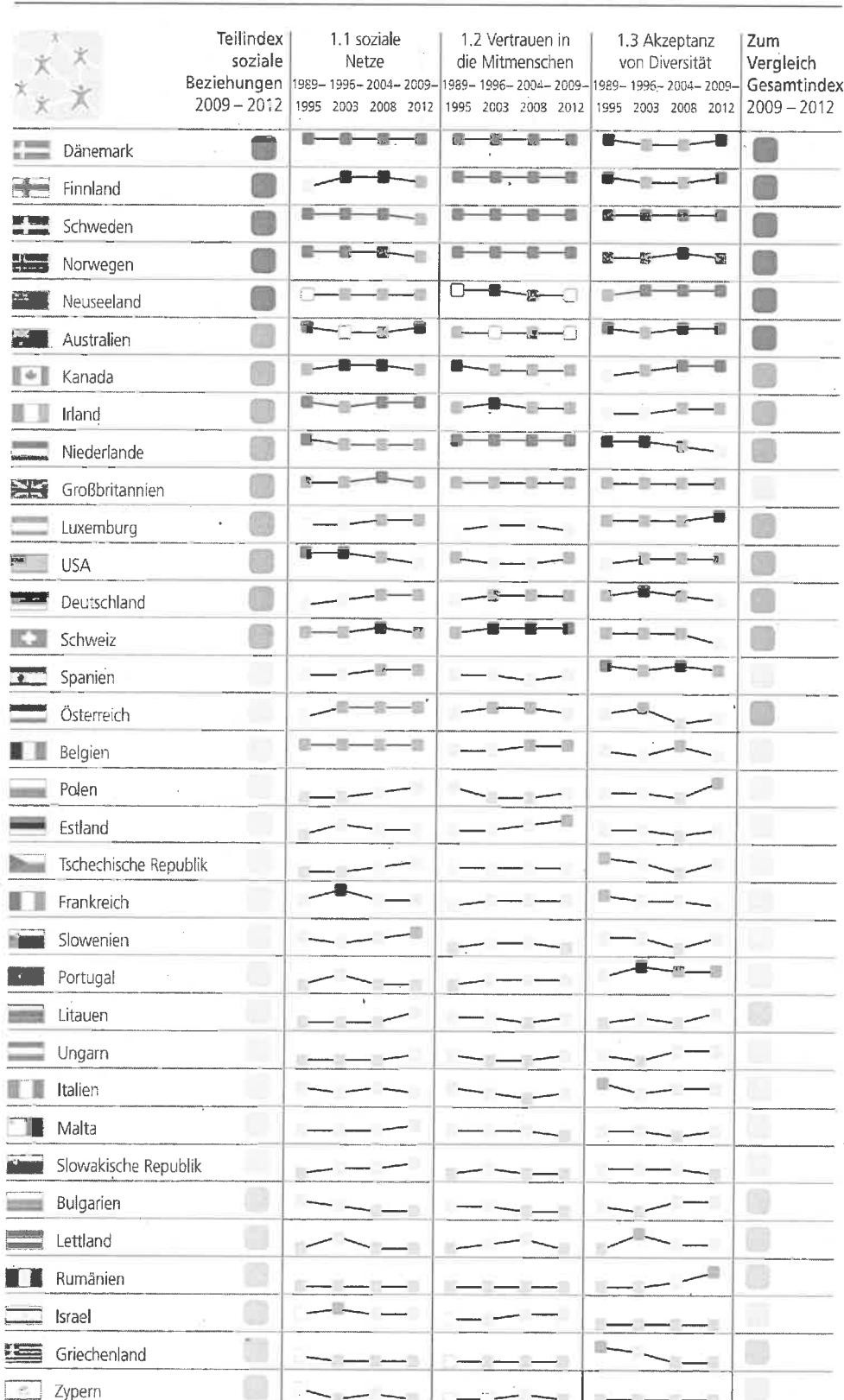
Analysiert man die absolute Entwicklung des Vertrauens in die Mitmenschen im Durchschnitt aller Länder anhand der Einzeldatoren, so zeigt sich in den letzten 20 Jahren ein leichter Aufwärtstrend. Dieser Trend gilt auch für Deutschland. Bei den anderen beiden Dimensionen gibt es je nach Indikator uneinheitliche Trends. Während

die Akzeptanz von Schwulen und Lesben eher zunimmt, ist die Anzahl der Menschen, die Immigrantinnen und Immigranten als Bereicherung empfinden, rückläufig; auch religiöse und ethnische Spannungen nehmen tendenziell zu. Bei den sozialen Netzen, der privatesten Dimension des gesellschaftlichen Zusammenhalts, gibt es dagegen viel Stabilität. Aktuell geben im Durchschnitt über alle Länder 91 Prozent (Deutschland 93 Prozent) der Menschen an, Freunde oder Verwandte zu haben, die ihnen bei Schwierigkeiten helfen. Mitte der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts waren es 92 Prozent (Deutschland 94 Prozent). Die Wichtigkeit von Freundschaft im Leben nimmt leicht zu.

### Verbundenheit

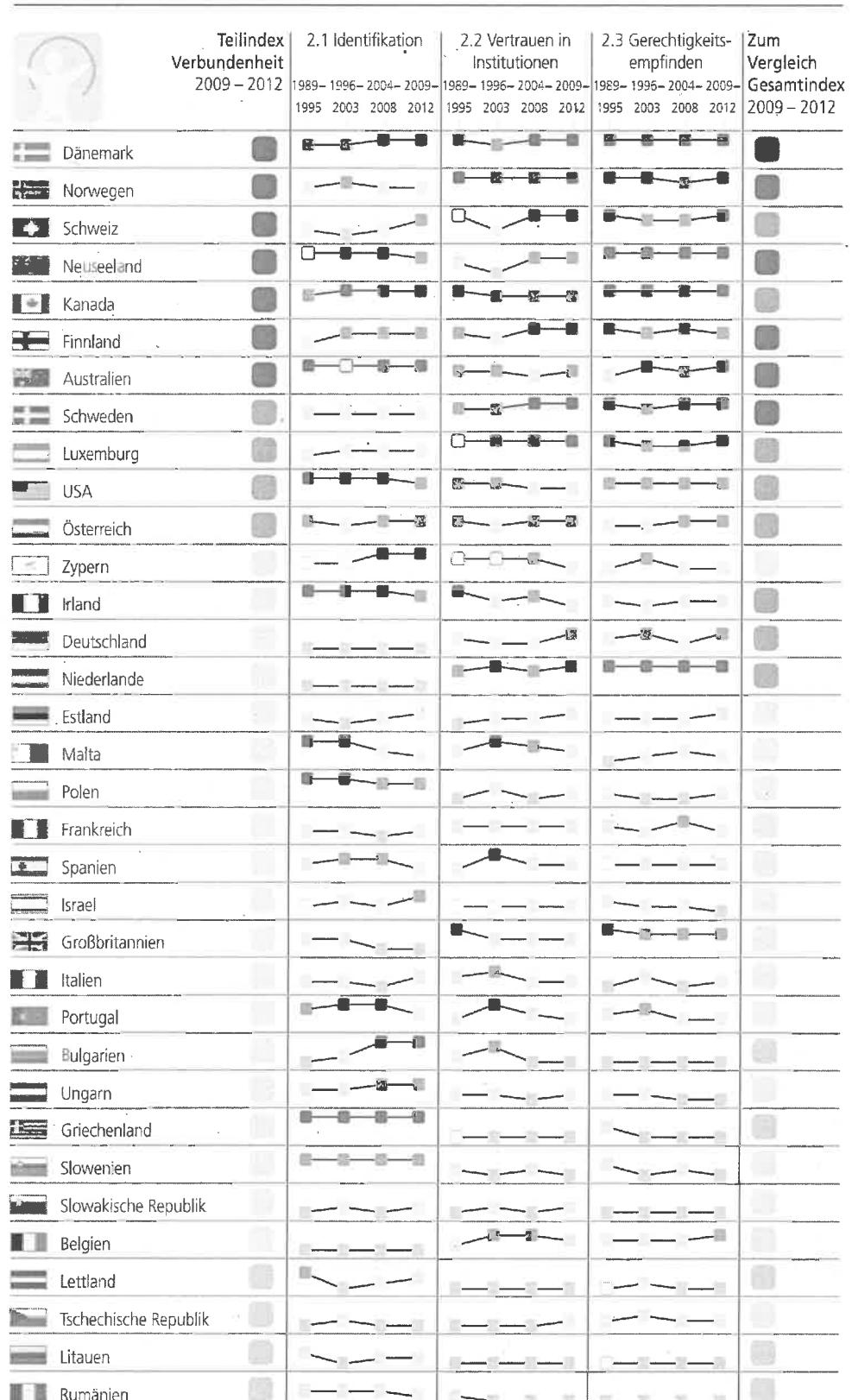
Abbildung 8 zeigt die Rangfolge des aktuellen Teilindex Verbundenheit, den zeitlichen Verlauf der Positionen der Länder in den drei Dimensionen Identifikation, Vertrauen in Institutionen und Gerechtigkeitsempfinden sowie den aktuellen Gesamtindex zum Vergleich.

Die Identifikation ist, wie bereits ausgeführt, eine untypische Dimension gesellschaftlichen Zusammenhalts: Hohe Werte hier garantieren in keiner Weise einen hohen Gesamtwert gesellschaftlichen Zusammenhalts. Einige skandinavische Länder (Norwegen und Schweden) befinden sich nur in der Mittelgruppe. In der Spitzengruppe befinden sich neben Australien, Kanada und Dänemark auch Zypern, Griechenland und Bulgarien, letzteres nach einem rasanten Anstieg. Die untere Hälfte wird von west- und mitteleuropäischen Ländern um Deutschland und Frankreich gebildet. Im Hinblick auf die Eurokrise 2010 und 2011 fällt auf, dass es unterschiedliche Veränderungen bei der Identifikation mit dem Gemeinwesen in den Ländern gab, die in Schwierigkeiten waren. Während die Identifikation in Irland, Portugal und Spanien

**Abbildung 7** Teilindex soziale Beziehungen (Erhebungszeitraum 2009 – 2012)

Die Abbildung zeigt die Rangliste aller Länder, sortiert nach dem Teilindex soziale Beziehungen im aktuellen Erhebungszeitraum, sowie die zeitliche Entwicklung der drei zugehörigen Dimensionen. Zum Vergleich ist der Gesamtindex Zusammenhalt für den aktuellen Erhebungszeitraum rechts ausgewiesen.

**Abbildung 8** Teilindex Verbundenheit (Erhebungszeitraum 2009 – 2012)



Die Abbildung zeigt die Rangliste aller Länder, sortiert nach dem Teilindex Verbundenheit im aktuellen Erhebungszeitraum, sowie die zeitliche Entwicklung der drei zugrundeliegenden Dimensionen. Zum Vergleich ist der Gesamtindex Zusammenhalt für den aktuellen Erhebungszeitraum rechts ausgewiesen.

zurückgeht, ist sie in Griechenland, Italien und Zypern ansteigend oder stabil hoch. Was das absolute Niveau der Identifikation im Schnitt aller Länder angeht, zeigt die Entwicklung einzelner Indikatoren keine deutlichen Veränderungen in der Zeit von 1989 bis 2012.

Das Vertrauen in die Institutionen ist eine Dimension, in der die Rangplatzierungen häufig schwanken. Sucht man nach Trends in den absoluten Werten einzelner Indikatoren, zeigt sich über alle Länder gemittelt eine leichte Aufwärtsentwicklung beim Vertrauen in Polizei und Gesundheitssystem und ein leichter Abwärtstrend beim Vertrauen in Parlament und Justiz. Das Vertrauen in Finanzinstitutionen fällt stark ab: Noch Mitte der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts vertrauten im Durchschnitt 64 Prozent der Menschen den Finanzinstitutionen, jetzt sind es nur noch 49 Prozent (in Deutschland Rückgang von 53 Prozent auf 41 Prozent). Hier lassen sich vermutlich die Spuren der Wirtschafts- und Finanzkrise erkennen, die maßgeblich vom Bankensektor heraufbeschworen wurde.

**„Das Gerechtigkeitsempfinden schwankt unter anderem in Deutschland und Frankreich stark. In vielen anderen Ländern ist es allerdings eine eher stabile Dimension.“**

Das Gerechtigkeitsempfinden schwankt unter anderem in Deutschland und Frankreich stark. In vielen anderen Ländern ist es allerdings eine eher stabile Dimension. Bulgarien, Rumänien und die Slowakische Republik liegen zum Beispiel konstant in der Schlussgruppe; Dänemark, die Niederlande und Neuseeland befinden sich konstant in der Spitzengruppe. Auch im mittleren Bereich gibt es recht stabile Platzierungen über die Zeit, etwa in den USA oder Großbritannien. Die absolute Entwicklung einzelner Indikatoren zeigt einen leichten Anstieg bei

der Frage, ob man sich als gerecht entlohnt empfindet, gleichzeitig gibt es den steigenden Wunsch, dass die Regierung die Einkommensunterschiede angleichen solle – eine Reaktion auf die in vielen Ländern gewachsene Einkommensungleichheit (OECD 2011a). Diese Tendenzen gelten im Durchschnitt aller Länder; Deutschland folgt dem generellen Trend.

### Gemeinwohlorientierung

Die Rangfolge gemäß dem Teilindex Gemeinwohlorientierung (2009–2012) geht aus Abbildung 9 hervor, ebenso die Entwicklung der Länder in den drei zugehörigen Dimensionen Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln und gesellschaftliche Teilhabe sowie zum Vergleich der aktuelle Gesamtindex.

Dänemark – sonst Spaltenreiter in vielen Bereichen, auch innerhalb Skandinaviens – zeigt sich im Teilindex Gemeinwohlorientierung nur im oberen Mittelfeld, sogar hinter Deutschland. Stattdessen gehören die Niederlande, Österreich und die USA zur Spitzengruppe.

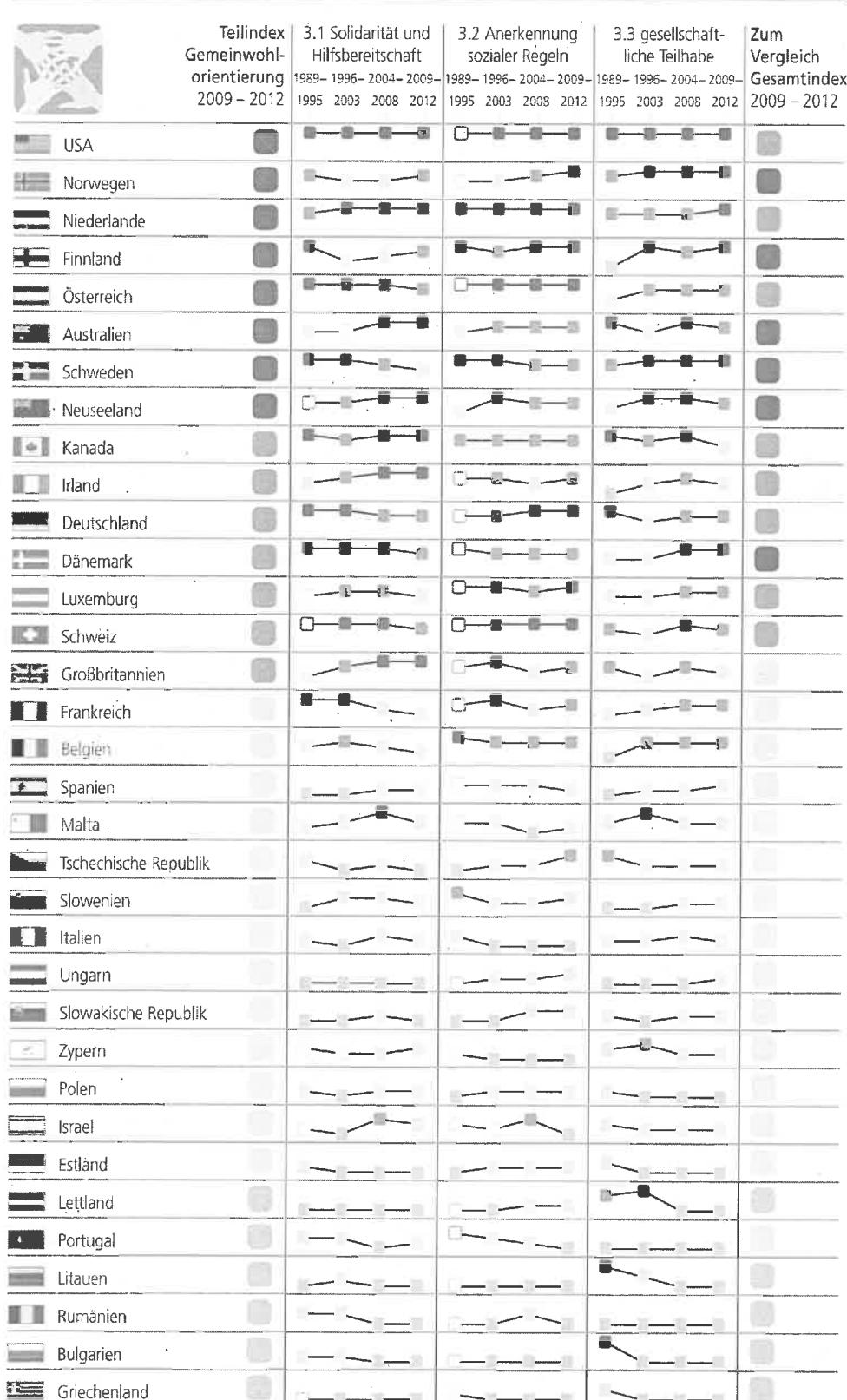
Was Solidarität und Hilfsbereitschaft anbelangt, fallen in der relativen Entwicklung besonders der starke Rückgang in Schweden und Frankreich sowie der rasante Aufstieg Großbritanniens ins Auge. Die absolute Entwicklung der Indikatoren zeigt in den vergangenen zehn Jahren zwei eher schwache Trends: Der Anteil derer, die für das Gemeinwohl spenden, geht leicht zurück (im Gesamtdurchschnitt aller Länder von 45 Prozent auf 44 Prozent, in Deutschland von 55 Prozent auf 47 Prozent), während der Anteil derer, die berichten, einer unbekannten Person geholfen zu haben, leicht steigt (im Gesamtdurchschnitt aller Länder von 44 Prozent auf 47 Prozent, in Deutschland von 52 Prozent auf 54 Prozent).

„Die Anerkennung sozialer Regeln ist eine konstante Stärke westeuropäischer Länder, aber auch der USA.“

Die Anerkennung sozialer Regeln ist im relativen Vergleich eine konstante Stärke westeuropäischer Länder wie der Schweiz, der Niederlande und Österreichs, aber auch der USA. Deutschland ist zur Spitzengruppe gestoßen und hat sich dort behauptet. Einige ehemalige Ostblockstaaten zeigen deutliche Aufwärtstrends, allen voran die Tschechische Republik, die Slowakische Republik und Ungarn; ein Zeichen der Konsolidierung des neuen Gesellschaftssystems in diesen Ländern. Den stärksten Abfall gibt es in Portugal. Betrachtet man die absoluten Werte der Einzelindikatoren, entwickelt sich die

Anerkennung sozialer Regeln eher nach oben: Der Anteil der Schattenwirtschaft an der Wirtschaftsleistung geht zurück. Das Sicherheitsgefühl auf den Straßen steigt leicht. Auch Deutschland folgt diesen Trends.

Die Rangliste der gesellschaftlichen Teilhabe ändert sich von den ersten beiden Zeiträumen im Vergleich zu 2012 in einigen Ländern deutlich, mit Finnland, Irland und Belgien als Aufsteigern und Bulgarien, Lettland und Litauen als Absteigern. In absoluten Werten entwickelt sich die gesellschaftliche Teilhabe eher leicht zurück. Beispielsweise sinken Wahlbeteiligung und Interesse für Politik, und die freiwillige Arbeit in Organisationen stagniert. Deutschland konnte sich allerdings von diesem Negativtrend abkoppeln, hier gab es einen leichten Aufwärtstrend.

**Abbildung 9** Teilindex Gemeinwohlorientierung (Erhebungszeitraum 2009 – 2012)

Die Abbildung zeigt die Rangliste aller Länder, sortiert nach dem Teilindex Gemeinwohlorientierung für aktuellen Erhebungszeitraum, sowie die zeitliche Entwicklung der drei zugehörigen Dimensionen. Zum Vergleich ist der Gesamtindex Zusammenhalt für den aktuellen Erhebungszeitraum rechts ausgewiesen.

# 4. Ursachen und Wirkungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts

## 4.1 Sozioökonomische Faktoren beeinflussen den Zusammenhalt – Migration nicht

Einer der Ausgangspunkte unserer Studie war die häufig verbreitete Meinung, dass die deutsche Gesellschaft – wie die modernen Gesellschaften überhaupt – auseinanderdrifte: Jeder sei nur noch mit sich selbst beschäftigt, die Menschen seien nicht mehr solidarisch mit ihren Mitmenschen. Diese Befürchtungen werden im öffentlichen Diskurs immer wieder mit Verweis auf Entwicklungen wie Globalisierung, Einwanderung, den wirtschaftlichen Strukturwandel und jüngst die Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Im Folgenden wollen wir prüfen, inwieweit diese Verbindungen tatsächlich bestehen: Wir wollen erkunden, welche Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern und welche ihm entgegenstehen.

„Wir wollen erkunden, welche Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern und welche ihm entgegenstehen.“

Dazu betrachten wir Korrelationen (siehe Glossar im Anhang) zwischen dem Gesamtindex Zusammenhalt und möglichen Einflussgrößen. Maßzahlen für letztere entstammen dabei dem Zeitraum 2004–2008, während der Gesamtindex den aktuellen Grad an gesellschaftlichem Zusammenhalt abbildet

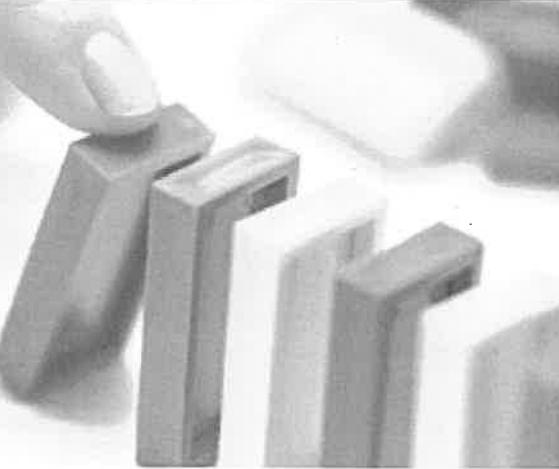
(2009–2012). Diese zeitliche Versetzung erlaubt zwar nicht unmittelbar, aus der Korrelation auf einen ursächlichen Zusammenhang zu schließen, erhöht aber zumindest die Plausibilität einer solchen Interpretation.

Wir haben Einflussgrößen aus fünf Themenfeldern untersucht. Nachfolgend dokumentieren wir einfache und partielle Korrelationen. Bei letzteren ist der Zusammenhang zwischen der jeweiligen Einflussgröße und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt um das Bruttoinlandsprodukt bereinigt, die gängige Messgröße für das Wohlstandsniveau der Länder (das vermutlich seinerseits viele Einflussgrößen beeinflusst). Weiterhin visualisieren wir einige hervorstechende Zusammenhänge mit Streudiagrammen.

### Ursachenkomplex Wohlstandsniveau und Wirtschaftslage

Zu diesem Ursachenkomplex besteht die Erwartung, dass es wohlhabenden Gesellschaften mit florierender Wirtschaft besser gelingt, Zusammenhalt zu erzeugen, weil sie über mehr Ressourcen verfügen.

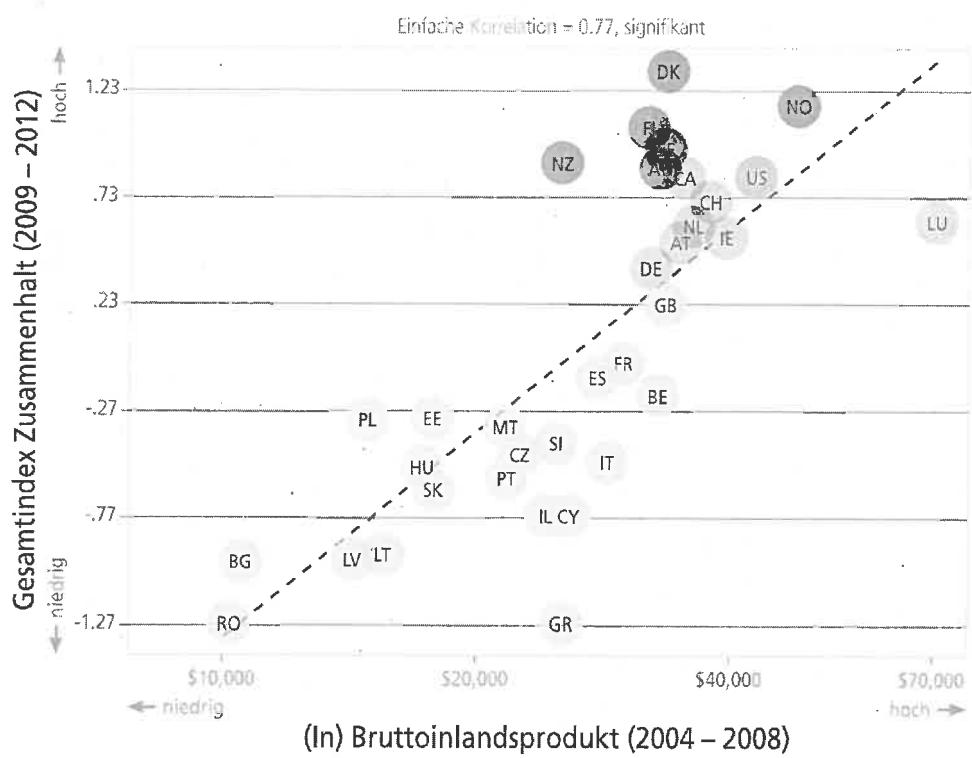
„Je höher das Bruttoinlandsprodukt, desto stärker ist der gesellschaftliche Zusammenhalt.“



Wir finden eine sehr hohe positive Korrelation ( $r = 0,77$ ) zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (BIP, Worldbank 2012b) und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt: Je höher

das BIP, desto stärker ist der gesellschaftliche Zusammenhalt. Geld hilft also, ist aber, wie wir später sehen werden, nur ein Aspekt. So haben etwa Dänemark und Neuseeland einen

**Abbildung 10** Zusammenhalt (2009 – 2012) in Abhängigkeit vom Bruttoinlandsprodukt (2004 – 2008)



## INFO

Diese Länderkürzel werden in den folgenden Abbildungen verwendet:

AT	Österreich
AU	Australien
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CA	Kanada
CH	Schweiz
CY	Zypern
CZ	Tschechische Republik
DE	Deutschland
DK	Dänemark
EE	Estland
ES	Spanien
FI	Finnland
FR	Frankreich
GB	Großbritannien
GR	Griechenland
HU	Ungarn
IE	Irland
IL	Israel
IT	Italien
LT	Litauen
LU	Luxemburg
LV	Lettland
MT	Malta
NL	Niederlande
NO	Norwegen
NZ	Neuseeland
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SE	Schweden
SI	Slowenien
SK	Slowakische Republik
US	USA

höheren Grad an Zusammenhalt, als es ihrem BIP entsprechen würde. Für Griechenland gilt das Umgekehrte; hier wird das Wirken anderer sozialer Kräfte besonders deutlich.

Der Human Development Index (HDI, UNDP 2013b) weist ebenfalls eine sehr hohe positive Korrelation ( $r = 0,80$ ) mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Das erweiterte Verständnis von Wohlstand, das im HDI zum Ausdruck kommt, lässt gesellschaftlichen Zusammenhalt noch etwas besser vorhersagen als das Bruttoinlandsprodukt allein. Rechnet man den Einfluss des Bruttoinlandsprodukts – also die rein wirtschaftliche Prosperität – heraus, sodass nur Bildung und Gesundheit übrig bleiben, so reduziert sich der Zusammenhang zwischen HDI und gesellschaftlichem Zusammenhalt, bleibt aber positiv ( $r = 0,43$ ).

Der Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenrate (Worldbank 2012b) und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ist wie erwartet negativ: Je höher die Arbeitslosenrate, desto geringer ist der Zusammenhalt ( $r = -0,51$ ). Berechnet man jedoch die um den Einfluss des BIP bereinigte Partialkorrelation, so verschwindet der Zusammenhang (er ist im statistischen Sinne nicht mehr signifikant). Das bedeutet, dass der eigenständige Effekt von Arbeitslosigkeit auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt nur gering ist. Bei der zunächst berechneten negativen Korrelation handelt es sich um eine Art Scheinzusammenhang, der sich durch den gleichzeitigen Einfluss des Bruttoinlandsprodukts auf beide Größen ergibt: Wenn die Wirtschaft brummt, fördert das, wie oben gezeigt, den Zusammenhalt und es stehen mehr Menschen in Lohn und Brot.

### Ursachenkomplex Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat

Hier ist die Erwartung, dass eine ungleiche Wohlstandsverteilung den Zusammenhalt

schwächt, weil Ungleichheit polarisiert und Interessengegensätze schafft. Weiterhin steht zu vermuten, dass umgekehrt der Wohlfahrtsstaat als integrative Kraft wirkt und den Zusammenhalt stärkt.

Tatsächlich geht nach unseren Berechnungen größere Einkommensungleichheit (UNU-WIDER 2008), gemessen am Gini-Koeffizienten, mit geringerem gesellschaftlichen Zusammenhalt einher ( $r = -0,57$ ). Auch nach Korrektur um das Wohlstandsniveau der Länder (BIP) bleibt der Zusammenhang statistisch signifikant ( $r = -0,36$ ): Das Credo „Gleichheit ist besser“, wie es prominent von Wilkinson und Pickett in ihrem Bestseller „The Spirit Level“ vertreten wird (Wilkinson 1996; Wilkinson & Pickett 2010), findet in unserem Vergleich Bestätigung.

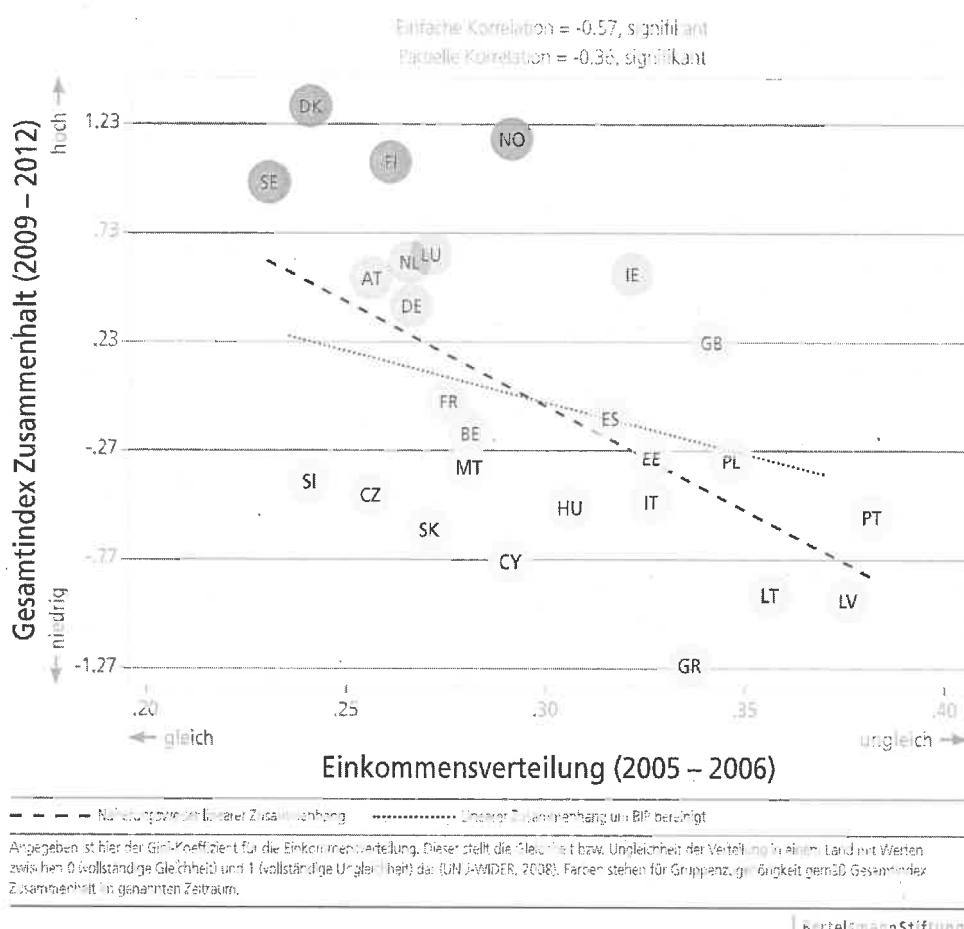
„Größere Einkommensungleichheit geht mit geringerem gesellschaftlichen Zusammenhalt einher.“

Die Stärke des Wohlfahrtsstaates messen wir als Anteil der Staatsausgaben für Sozialleistungen am Bruttonsozialprodukt (OECD 2012). Weder vor noch nach der Korrektur um das BIP (vor:  $r = 0,14$ , danach:  $r = 0,03$ ) zeigt sich jedoch ein signifikanter Zusammenhang. Dies war aufgrund der oben besprochenen Länderrankings zu erwarten: Zwar sind ausgebauten Wohlfahrtsstaaten Spitzenspieler in Sachen Zusammenhalt, doch kommen gleich dahinter die Länder Nordamerikas und Ozeaniens, die gemessen am OECD-Durchschnitt traditionell geringe Sozialstaatsquoten haben.

### Ursachenkomplex sozialstrukturelle und technologische Modernisierung

Bei diesem Ursachenkomplex findet sich in der öffentlichen Diskussion prominent die These, dass Modernisierung die sozialmoralischen Ressourcen einer Gesellschaft und

**Abbildung 11** Gesamtindex Zusammenhalt in Abhängigkeit von Einkommensverteilung (2005 – 2006)



Angegeben ist hier der Gini-Koeffizient für die Einkommensverteilung. Dieser stellt die Gleichheit bzw. Ungleichheit der Verteilung in einem Land mit Werten zwischen 0 (vollständige Gleichheit) und 1 (vollständige Ungleichheit) dar (UN-WID, 2008). Farben stehen für Gruppenzugehörigkeit gemäß Gesamtindex Zusammenhalt in genannten Zeitraum.

Weltbankstiftung

damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt eher schwäche. Neue Technologien oder die weltweite Verflechtung machten Gesellschaften zwar effizienter, raubten ihnen aber Solidaritätsgrundlagen.

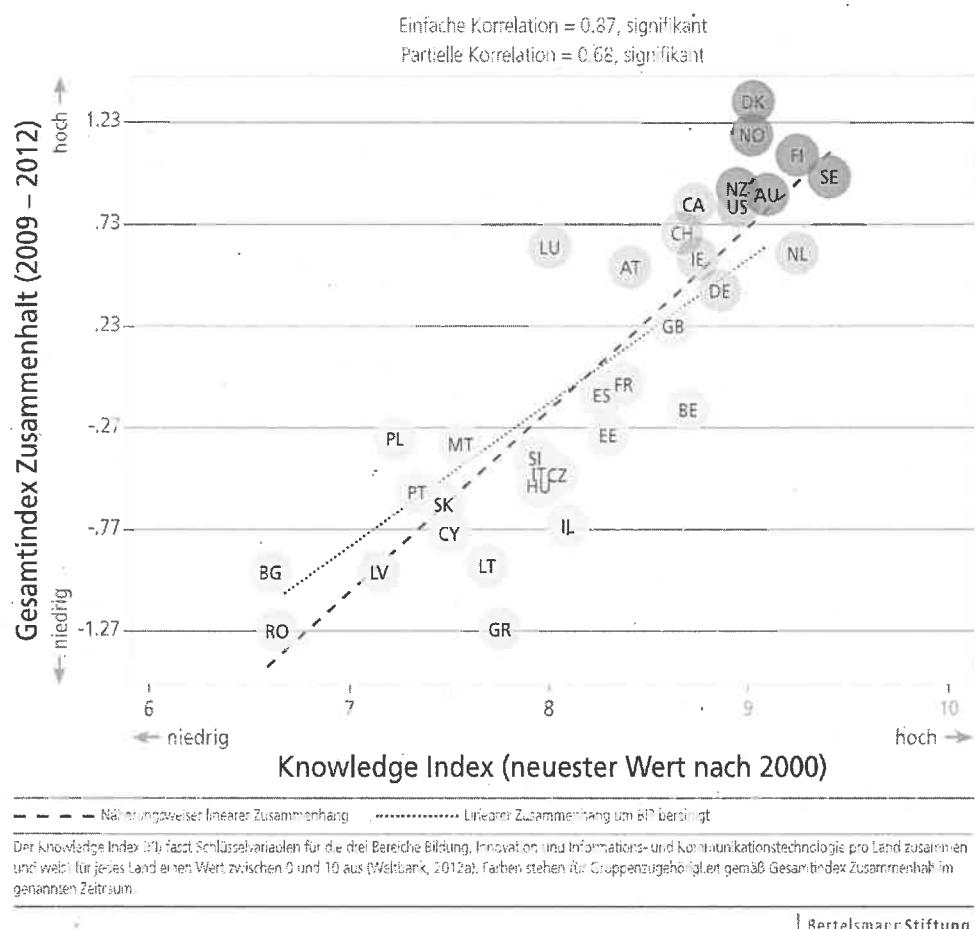
Mit dem Knowledge Index der Weltbank (Worldbank 2012a) wird erfasst, wie weit die Länder auf dem Weg hin zu Wissensgesellschaften fortgeschritten sind. Dieser Index bündelt Informationen zum Bildungsstand, dem ökonomischen Innovationsgrad und zur Infrastruktur an Informations- und Kommunikationstechnologie. Entgegen der erwähnten These zeigt sich hier jedoch keine negative; sondern eine sehr ausgeprägte positive Korrelation. Demnach zeichnen sich gerade die innovativsten Gesellschaften durch

starken gesellschaftlichen Zusammenhalt aus ( $r = 0,87$ ). Der Zusammenhang bleibt auch nach der Bereinigung um die Effekte des Wohlstands niveaus erhalten ( $r = 0,68$ ). Dies legt die Deutung nahe, dass die technologische Modernisierung den gesellschaftlichen Zusammenhalt eher stärkt als schwächt.

*„Globalisierung“ untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt offenbar nicht. Gerade die innovativsten Gesellschaften zeichnen sich durch starken gesellschaftlichen Zusammenhalt aus.“*

Das gleiche Bild ergibt sich zunächst bei der Globalisierung, die wir über den

Abbildung 12 Gesamtindex Zusammenhalt in Abhängigkeit vom Knowledge Index



KOP-Globalisierungsindex (Dreher, Gaston & Martens 2008) messen ( $r = 0,56$ ). Allerdings verschwindet die positive Korrelation mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nach dem Herausrechnen des Wohlstands niveaus ( $r = 0,17$ ). Festzuhalten ist jedoch, dass Globalisierung den gesellschaftlichen Zusammenhalt offenbar nicht untergräbt.

#### Ursachenkomplex Diversität

Ist eine ethnisch und religiös heterogene Gesellschaft weniger kohäsiv? In öffentlichen Debatten wird diese Frage eher mit Ja beantwortet. Und tatsächlich gibt es entsprechende Befunde, vornehmlich aus den USA (Putnam 2000; Putnam 2007) und Australien

(Leigh 2006). Dort gibt es offenbar geringeres Vertrauen und ein weniger ausgeprägtes Vereinsleben und Engagement in den ethnisch heterogenen Bundesstaaten.

Unsere Daten sprechen eine andere Sprache. So gibt es zum Beispiel keinerlei statistisch signifikanten Zusammenhang der ethnischen Fraktionalisierung (Alesina et al. 2003) mit dem Gesamtindex Zusammenhalt ( $r = -0,08$ ), auch nicht bei Kontrolle des Wohlstandsniveaus ( $r = -0,07$ ). Bei der ethnischen Fraktionalisierung handelt es sich um einen in der Wirtschaftswissenschaft häufig verwendeten Indikator für den Grad der ethnischen Diversität einer Gesellschaft. Der Wert entspricht der Wahrscheinlichkeit, dass zwei zufällig ausgewählte Personen nicht der gleichen ethnischen Gruppe angehören. Je höher diese

Wahrscheinlichkeit, desto diverser (fragmenter) ist die Gesellschaft.

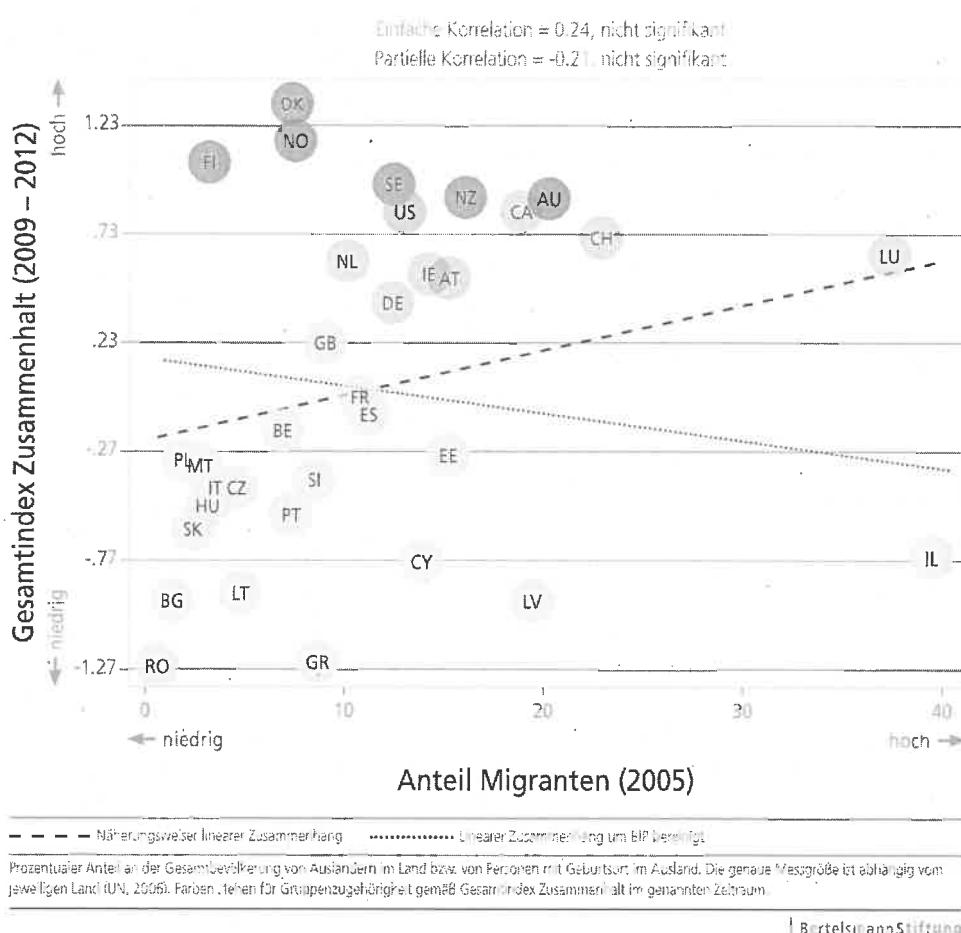
Ganz gegen die Richtung der landläufigen Meinung weist ein anderer Diversitätsindikator: der Anteil von Migrantinnen und Migranten (UN 2006). Gemäß unseren Berechnungen existiert kein negativer, sondern ein positiver Zusammenhang (der allerdings nicht statistisch signifikant ist): je größer der Anteil an Zuwanderern, desto stärker der gesellschaftliche Zusammenhalt. Interessanterweise verkehrt sich der Zusammenhang ins Negative, wenn man den BIP-Einfluss herausrechnet. Allerdings bleibt er mit  $r = -0,21$  recht schwach und nicht signifikant. Auffällig ist, dass Luxemburg und Israel besonders hohe Migrantenanteile

aufweisen. Entfernt man diese beiden Länder versuchsweise aus der Stichprobe, wird der – um das BIP bereinigte – Zusammenhang zwischen Migrantenanteil und Zusammenhalt leicht positiv, bleibt aber weiterhin nicht signifikant.

*„Einwanderung und Diversität sind kein grundlegendes Hindernis für gesellschaftlichen Zusammenhalt.“*

Dieser Befund zeigt auf jeden Fall, dass Wohlstand und Migrantenanteil zusammenhängen: Wohlhabende Länder ziehen Einwanderer an. Zugleich wird klar, dass Einwanderung und Diversität in den heutigen Größenordnungen kein grundlegendes Hindernis für gesellschaftlichen Zusammen-

**Abbildung 13** Gesamtindex Zusammenhalt (2009 – 2012) in Abhängigkeit vom Anteil an Zuwanderern (2005)



halt sind. Darin stimmen wir mit anderen Länder vergleichenden Studien überein (z. B. Gesthuizen, van der Meer & Scheepers 2009). Denkbar ist aber, dass sich Heterogenität kleinräumiger auswirkt, etwa auf der regionalen oder lokalen Ebene. Diese „lokale“ Ebene ist aber nicht Gegenstand dieses Berichts, der sich auf den (gesamt-)gesellschaftlichen Zusammenhalt konzentriert.

### Ursachenkomplex Kultur und Werte

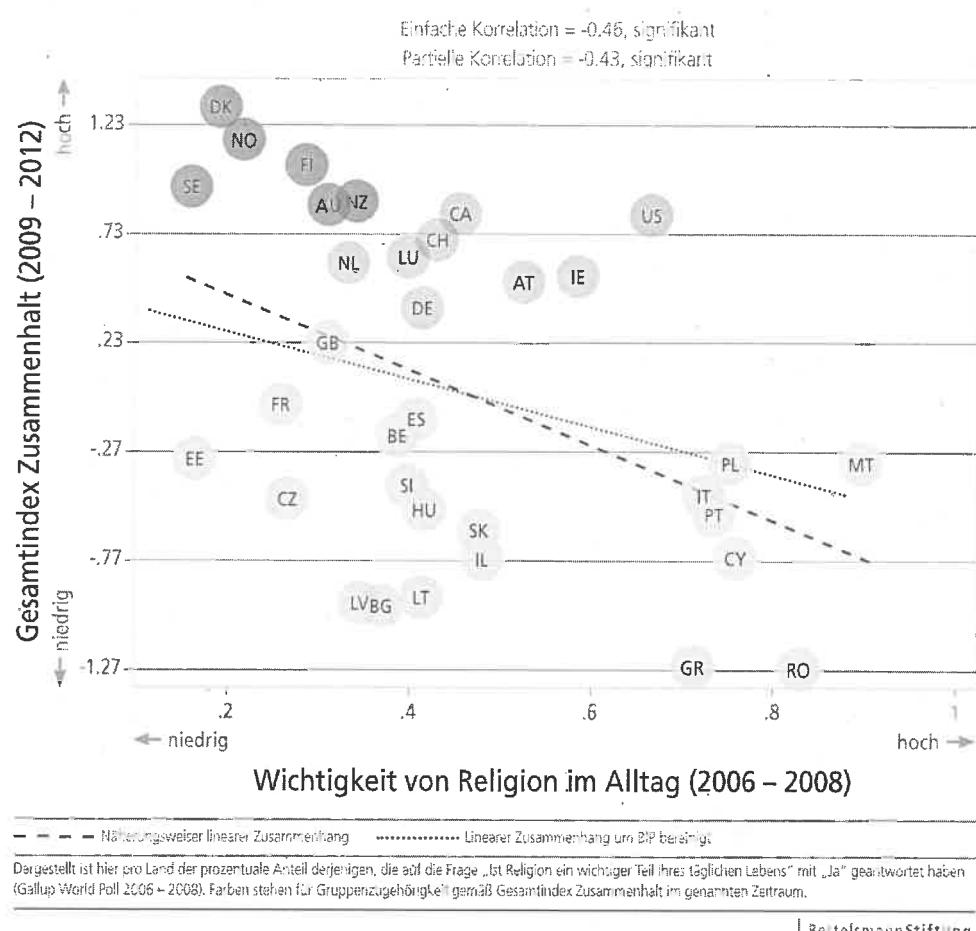
Hinter diesem Ursachenkomplex steht die Vermutung, dass Zusammenhalt zu einem Gutteil auf kulturell-moralischen Ressourcen beruht und ein intaktes Wertegerüst braucht.

Der Religion wird oft zugeschrieben, solch ein stabiles Wertegerüst bereitzustellen; deshalb geht man davon aus, dass der Teppich des gesellschaftlichen Zusammenhalts dort besonders eng geknüpft ist, wo Religion eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielt.

Die Daten liefern nun Hinweise für Zweifel hieran. Die Wichtigkeit von Religion im Alltag (Gallup 2009) und der gesellschaftliche Zusammenhalt sind deutlich negativ korreliert ( $r = -0,46$ , nach Kontrolle des Wohlstands niveaus:  $r = -0,43$ ).

Beim Anteil religiöser Menschen (WVS 2009) sind die Befunde ähnlich: Je höher der Anteil von Menschen in einem Land ist, die sich als

**Abbildung 14** Gesamtindex Zusammenhalt (2009 – 2012) in Abhängigkeit von der Wichtigkeit von Religion im Alltag (2006 – 2008)



**„Kompetitive** Gesellschaften sind etwas weniger kohäsiv als kooperationsorientierte Gesellschaften, doch der Zusammenhang ist schwach und weit von statistischer Signifikanz entfernt.“

religiös bezeichnen, desto schwächer ist der gesellschaftliche Zusammenhalt ( $r = -0,49$ , nach Kontrolle des BIP:  $r = -0,32$ ).

Man kann ferner vermuten, dass es einen Unterschied macht, welche Werte in einer Gesellschaft hochgehalten werden. Es existieren unterschiedliche wissenschaftliche Konzepte in der Werteforschung: Hofstede, Hofstede & Minkov (2010) unterscheiden zum Beispiel maskuline und feminine Kulturen. Eine maskuline Gesellschaft betont Wettbewerb, eine feminine Werte wie Toleranz und Mitgefühl. Unsere Untersuchung zeigt jedoch zumindest für diese Werte keinen Effekt: Kompetitive (maskuline) Gesellschaften sind zwar der Tendenz nach etwas weniger kohäsiv als kooperationsorientierte (feminine) Gesellschaften, doch der Zusammenhang ist schwach und weit von statistischer Signifikanz entfernt ( $r = -0,12$ , nach Kontrolle des Wohlstands niveaus:  $r = -0,19$ ). Ob dies aber auch für andere Werthaltungen und Wertekonzepte gilt, bedarf weiterer Untersuchungen.

wechselseitige Abhängigkeit vom Bruttoinlandsprodukt ergibt – nach unserer Analyse eine weniger große, manchmal sehr geringe Rolle. Dabei ist anzumerken, dass sich diese Resultate auf die Qualität des Zusammenhalts insgesamt beziehen. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass beispielsweise ethnische Vielfalt oder verbreitete Arbeitslosigkeit bestimmte Aspekte des Zusammenhalts schwächen können. Dazu bedarf es weiterer Analysen.

Darüber hinaus erscheint die Frage, ob und gegebenenfalls wie Werthaltungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt voneinander abhängen, ertragreich für weitere Untersuchungen. Hier ist es notwendig, weitere Werthaltungen und Muster von Werthaltungen auf differenzierte Weise zu prüfen.

Auch zum Zusammenhang von Religiosität und Zusammenhalt sind weitere Analysen notwendig. Zu prüfen wäre vor allem, ob wir es hier mit einer umgekehrten Kausalität zu tun haben: Könnte Religiosität eine Strategie sein, um einen schwachen gesellschaftlichen Zusammenhalt auszugleichen? Ein Befund aus dem jüngst publizierten Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Stiftung 2013) legt dies nahe. Dort wird gezeigt, dass religiöse Menschen zumindest individuell über ein höheres Sozialkapital verfügen als nicht religiöse.

Weiterhin gilt, dass die Korrelationsanalysen immer nur eine Art „statistische Daumenregel“ liefern. So heißt ein starker negativer Zusammenhang für die Religiosität nicht, dass automatisch überall dort, wo Religion eine große Rolle spielt, der Zusammenhalt schwach ausfällt. Einzelfälle wie die USA können durchaus von dieser Regel abweichen. So ist auch nicht auszuschließen, dass der relativ starke gesellschaftliche Zusam-

#### Einflussfaktoren: Ergebnisse im Überblick

Tabelle 4 fasst die Ergebnisse zu den fünf Ursachenkomplexen noch einmal zusammen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sozioökonomische, technisch-strukturelle und religiöse Merkmale eines Landes den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt wesentlich stärker bestimmen als Einwanderung und ethnische Heterogenität. Auch Arbeitslosigkeit, die Stärke der wohlfahrtsstaatlichen Orientierung, Globalisierung und Grundtendenzen von Wertorientierungen spielen als eigenständige Einflussgrößen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – das heißt jenseits des Effekts, der sich durch die

**Tabelle 4** Überblick über Abhängigkeiten des Gesamtindex Zusammenhalt mit möglichen Ursachen

	Einfache Korrelation des Gesamtindex Zusammenhalt (2009 – 2012) mit ...	Korrelation bei Auspartialisierung des BIP	Anzahl Länder	Datenquelle (der Ursache)
<b>Ursachenkomplex Wohlstandsniveau und Wirtschaftslage</b>				
Bruttoinlandsprodukt (ln)	0,77***	k.A.	34	Worldbank, 2012b
Human Development Index	0,80***	0,43**	34	UNDP 2013a, UNDP 2013b
Arbeitslosenrate	-0,51***	-0,20	34	Worldbank, 2012b
<b>Ursachenkomplex Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat</b>				
Einkommensungleichheit	-0,57**	-0,36*	26	UNU-WIDER, 2008
Stärke des Wohlfahrtsstaates	0,14	0,03	28	OECD, 2012
<b>Ursachenkomplex Sozialstrukturelle und technologische Modernisierung</b>				
Knowledge Index	0,87***	0,68***	34	Worldbank, 2012a
KOF Globalisierungsindex	0,56***	0,17	34	Dreher et al, 2008
<b>Ursachenkomplex Diversität</b>				
Ethnische Fraktionalisierung	-0,08	-0,07	34	Alesina et al. 2003
Anteil von Immigranten	0,24	-0,21	34	UN, 2006
<b>Ursachenkomplex Kultur und Werte</b>				
Wichtigkeit von Religion im Alltag	-0,46***	-0,43**	34	Gallup, 2009
Anteil religiöser Menschen	-0,49***	-0,32*	32	WVS / EVS, 2009 – 2011
Maskuline/feminine Kultur	-0,12	-0,19	33	Hofstede, Hofstede & Minkov (2010)

Angaben ist der Korrelationskoeffizient r (siehe Glossar im Anhang) jeweils für den einfachen Zusammenhang und für den, um das Bruttoinlandsprodukt berichtigten Zusammenhang. Ferner ist die Zahl der Länder angegeben, die in der jeweiligen Analyse einbezogen waren. Signifikanz der Zusammenhänge: bei zweiseitigen Tests \* signifikant auf Zehnprozentniveau, \*\* signifikant auf Fünfprozentniveau und \*\*\* signifikant auf Einprozentniveau.

| Bertelsmann Stiftung

menhalt in den USA sogar Kraft aus der Religiosität des Landes schöpft. Anderorts scheint dies allerdings nicht der Fall zu sein.

#### 4.2 Zusammenhalt ist gut für die Lebenszufriedenheit

Zum Abschluss dieser Studie wollen wir einen ersten Blick auf die Auswirkungen von gesellschaftlichem Zusammenhalt

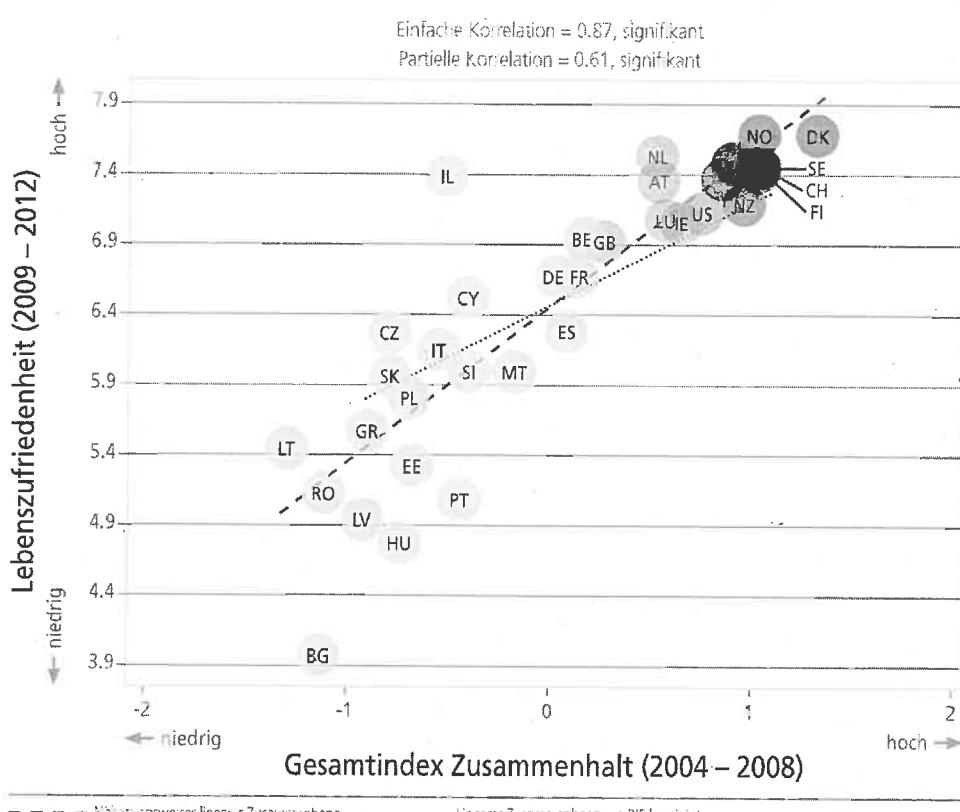
wagen. Eine gängige Betrachtungsweise ist, diesen als Ressource zu sehen, die kollektiv oder individuell genutzt werden kann. Eine Möglichkeit, konkrete „Nutzen“ zu testen, besteht darin, den Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit der Menschen zu untersuchen: Ist Zusammenhalt etwas Gutes, das eine Gesellschaft lebenswert macht, so sollte sich dies in einer höheren Lebenszufriedenheit der Bevölkerung ausdrücken.

Dies überprüfen wir mithilfe einer Korrelationsanalyse analog zu den möglichen Ursachen des Zusammenhalts, nur dass wir diesmal die zeitliche Reihenfolge umkehren: Der Gesamtindex „Zusammenhalt“ geht diesmal als mutmaßliche Ursache ein, weshalb wir die Werte aus dem vorletzten Erhebungszeitraum (2004–2008) verwenden und die Korrelation mit der Lebenszufriedenheit in den Jahren 2009 bis 2012 berechnen.

„Die Menschen in den Ländern, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt stark ist, bewerten ihr Leben sehr viel positiver.“

Das Bild ist eindeutig: Menschen in den Ländern, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt stark ist, bewerten ihr Leben sehr viel positiver. Die skandinavischen Länder befinden sich am oberen Ende der Trendgeraden (starker Zusammenhalt und hohe Lebenszufriedenheit), baltische und südost-europäische Länder am unteren Ende (schwächerer Zusammenhalt und deutlich niedrigere Lebenszufriedenheit). Der Zusammenhang der zwei Variablen ist außergewöhnlich hoch ( $r = 0,87$ ) und bleibt auch in der partiellen Korrelation – also wieder bereinigt um das BIP – sehr hoch und signifikant ( $r = 0,61$ ). In Anlehnung an Wilkinson & Pickett (2010) ist man versucht zu sagen: „Zusammenhalt ist Glück.“

**Abbildung 15** Lebenszufriedenheit (2009 – 2012) in Abhängigkeit vom Gesamtindex Zusammenhalt (2004 – 2008)



Angegeben sind die Mittelwerte der Antworten auf folgende Frage: „Bitte stellen Sie sich eine Leiter mit Sprossen vor, die von null am unteren Ende bis zehn am oberen Ende nummeriert ist. Nehmen wir einmal an, dass das obere Ende der Leiter für das bestmögliche Leben und das untere Ende der Leiter für das denkbar schlechteste Leben für Sie steht. Auf welcher Stufe der Leiter sehen Sie sich zurzeit persönlich? Je höher die Stufe, umso besser fühlen Sie sich in Ihrem Leben und je niedriger die Stufe, umso schlechter fühlen Sie sich in Ihrem Leben: Welche Stufe passt am besten zu Ihnen, wie Sie sich derzeit fühlen?“ Hierbei handelt es sich um die sogenannte „Leiter des Lebens“ von Cantril (1965) (Gallup World Poll 2009 – 2012). Farben stehen für Gruppenzugehörigkeit gemäß Gesamtindex Zusammenhalt im genannten Zeitraum.

# 5. Zusammenfassung und Fazit

Über den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere ob und warum er schwindet und welche Konsequenzen dies haben könnte, wird viel gesprochen. Dabei gilt Zusammenhalt allgemein als positiver Wert und wichtige soziale Ressource eines Gemeinwesens. Trotzdem gibt es kaum Versuche, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu messen. Auf diese Lücke zielt die vorliegende Studie. Sie erfasst den gesellschaftlichen Zusammenhalt quantitativ in neun Dimensionen, die den drei Bereichen soziale Beziehungen, Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und Gemeinwohlorientierung zugeordnet sind, sowie in einem zusammenfassenden Gesamtindex.

Diese Maßzahlen werden für 34 westliche OECD- bzw. EU-Länder (EU plus Australien, Israel, Kanada, Neuseeland, Norwegen, die Schweiz und die USA) für jeweils vier Erhebungszeiträume zwischen 1989 und 2012 statistisch ermittelt. Grundlage ist eine Zusammenstellung von Indikatoren aus international vergleichenden Befragungsstudien und anderem wissenschaftlichen Material. Diese Messung sollte als innovatives diagnostisches Werkzeug verstanden werden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und darüber hinaus einzuschätzen, nicht als abschließendes Urteil.

Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

## 1. Skandinavien ist führend.

Im 34-Länder-Vergleich zeigt sich ein recht eindeutiges Bild eines nach „Länderfamilien“ abgestuften gesellschaftlichen Zusammenhalts. Oben stehen die skandinavischen Länder, und das auch über fast alle Dimensionen hinweg. Ebenfalls hoch ist der Zusammenhalt in den klassischen Einwanderungsgesellschaften Nordamerikas und Ozeaniens sowie in den kleinen, wohlhabenden westeuropäischen Ländern Schweiz, Luxemburg und den Niederlanden. Einen mittleren bis unterdurchschnittlichen Zusammenhalt findet man in den süd- und osteuropäischen Ländern. Die Schlussgruppe wird von südosteuropäischen und zwei von drei baltischen Ländern (nämlich Lettland und Litauen) gebildet. In diesen Ländern (etwa Griechenland, Bulgarien und Zypern) ist zwar oft die Identifikation mit dem Land hoch, aber das kompensiert kaum die Zentrifugalkräfte, die bei anderen Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts offenbar werden.

## 2. Deutschland hat sich relativ zu den anderen Nationen leicht verbessert.

Deutschland rangiert aktuell im oberen Mittelfeld des internationalen Vergleichs und steht besonders gut bei der Anerkennung sozialer Regeln da, während die Identifikation mit dem Land traditionell gering ausfällt. Im Ländervergleich aufwärts ging es insbesondere bei der Verfügbarkeit und Belastbarkeit sozialer Netze, beim Vertrauen



in Institutionen und beim Gerechtigkeits-empfinden. Dieser Aufstieg könnte durchaus mit dem guten wirtschaftlichen Abschneiden Deutschlands trotz Finanz- und Eurokrise zu tun haben. Bedenklich erscheint hingegen der Abwärtstrend bei der Akzeptanz von Diversität, der Bereitschaft also, sich auf Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund oder anderem Lebensentwurf einzulassen. Hier ist Deutschland von der Spitzen- in die Mittelgruppe zurückgefallen. Somit liegen nun Länder wie Großbritannien, Spanien, Portugal und Rumänien in Sachen Akzeptanz von Diversität aktuell vor Deutschland.

**3. Viel Stabilität, wenig Wandel im Länderranking.** Die Position der Länder im 34er-Feld ist über die vier untersuchten Zeiträume hinweg stabil: Zusammenhalt ist keine leicht veränderbare Größe, sondern ein recht beständiges Merkmal von Gesellschaften. Zu den Ländern, die sich relativ gesehen verbessern konnten, zählen im oberen Drittel Finnland, Neuseeland und Australien; im mittleren Drittel Deutschland und Estland; im unteren Drittel die Slowakische Republik. „Absteiger“ sind im oberen Drittel des Feldes Kanada, im mittleren Drittel Großbritannien und Malta (das Land mit der auffälligsten Verschlechterung), im unteren Drittel Litauen, Bulgarien und Griechenland. Die Positionsverschlechterung dieser Länder datiert allerdings schon aus den 1990er-Jahren und ist damit kein Ergebnis der jüngsten Finanzkrise.

#### 4. Eher gering sind absolute Veränderungen.

In den letzten 23 Jahren hat sich im gesellschaftlichen Zusammenhalt in der OECD-Welt kaum etwas verändert: Wo regelmäßig erhobene Meinungsbilder Aussagen über absolute Veränderungen möglich machen, halten diese sich in engen Grenzen. Einzig im Bereich des Vertrauens in Institutionen gibt es eine Ausnahme: Der Ruf von Finanzinstitutionen hat sich dramatisch verschlechtert.

#### 5. Drei günstige Bedingungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dies sind vor allem Wohlstand, eine ausgewogene Einkommensverteilung und technologischer Fortschritt hin zur Wissensgesellschaft. Zumindest über die hier untersuchten Länder hinweg scheint ein hoher Grad von Religiosität eher hinderlich für einen starken Zusammenhalt zu sein. Globalisierung, ethnische Diversität und eine kompetitive Kultur unterminieren den Zusammenhalt demgegenüber – entgegen landläufiger Annahme – nicht.

#### 6. „Zusammenhalt ist Glück“.

In kohäsiven Gesellschaften haben die Menschen ein höheres subjektives Wohlbefinden, wie es sich zum Beispiel in der Lebenszufriedenheit ausdrückt. Dabei gilt die schlichte Regel: Je mehr Zusammenhalt, desto besser.

Damit haben wir einen ersten empirisch fundierten internationalen Überblick über Stand, relative Trends und Einflussgrößen des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie seiner Bedeutung für die Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn das menschliche Glück sicher nicht der alleinige Maßstab der Gesellschaftspolitik sein kann, zeigt das Ergebnis doch, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt für die subjektive Lebensqualität der Menschen ist. Andere mögliche Auswirkungen des Zusammenhalts – man denke an Wirtschaftskraft, Demokratiequalität, die generelle gesellschaftliche Problemlösungskapazität oder auch den Bildungsstand – waren dagegen kein Thema dieser Studie. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

Kann nun eine geschickte Gesellschaftspolitik gezielt versuchen, den Zusammenhalt zu stärken? Für konkrete Politikempfehlungen jenseits des zugegeben sehr allgemeinen Ratschlags, für Wohlstand zu sorgen und eine Kluft zwischen Arm und Reich zu vermeiden, wissen wir noch zu wenig. Wir bräuchten zunächst ein vertieftes Verständnis davon, wie das Zusammenspiel sozialer Kräfte und gesellschaftlicher Rahmenbe-

dingungen Zusammenhalt konkret erzeugt. Zudem kann man nicht erwarten, dass es Patentrezepte gibt, die sich überall anwenden lassen. Das legen die Beispiele von Ländern wie Schweden und den USA nahe, die beim gesellschaftlichen Zusammenhalt ähnlich gut abschneiden, diese Qualität des Miteinanders aber aus sehr unterschiedlichen Bedingungskonstellationen heraus, mutmaßlich also auf ganz verschiedene Weise erzeugen.

Fast alle Länder haben zumindest gewisse Schwachpunkte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Bei diesen Schwachpunkten liegen aus unserer Sicht die spezifischen Interventionsmöglichkeiten. Im Fall Deutschlands ist dies die Bereitschaft, Andersartigkeit zu akzeptieren, ja als Chance zu begreifen. Eine zentrale Stellschraube scheint weniger die von den politischen Parteien häufig thematisierte Gerechtigkeitslücke per se zu sein – Interventionsnotwendigkeiten (und Chancen) gibt es vielmehr im Bereich einer umfassend verstandenen Inklusion, die darauf zielt, die Akzeptanz von Zuwanderinnen und Zuwanderern sowie ganz allgemein für Menschen mit andersartigen Lebensstilen und -entwürfen zu erhöhen.



## 6. Literaturverzeichnis

### A

Alesina, A., Devleeschauwer, A., Easterly, W., Kurlat, S. & Wacziarg, R. (2003). Fractionalization. Journal of Economic Growth, 8 (2), 155-194.

Atkinson, A. B. (2005). Social Indicators, Policy, and Measuring Progress. In S. Svalfors (Hrsg.), Analyzing Inequality - Life Chances and Social Mobility in Comparative Perspective (S. 83-107) Stanford University Press.

### B

Berger-Schmitt, R. (2002). Considering Social Cohesion in Quality of Life Assessments. Concept and Measurement. Social Indicators Research (58), 403-428.

Bertelsmann Stiftung (2012). Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick. (verfasst von: David Schiefer, Jolanda van der Noll, Jan Delhey und Klaus Boehnke), Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2013). Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland. (verfasst von: Detlef Pollack und Olaf Müller), Gütersloh.

### C

Cantril, H. (1965). The Pattern of Human Concerns. New Brunswick, N. J.: Rutgers University Press.

Cattell, R. B. (1966). Handbook of multivariate experimental psychology. Chicago: Rand McNally.

### D

Dreher, A., Gaston, N. & Martens, P. (2008). KOF Index of Globalization. Measuring Globalisation – Gauging its Consequences. New York: Springer.

Durkheim, E. (1897). Le suicide: Étude de sociologie. Paris: Félix Alcan.

### E

EB. (2012a). Eurobarometer 62.0 (Oct-Nov 2004). INRA, Brussels. European Commission. Köln: GESIS Datenarchiv.

- EB. (2012b). Eurobarometer 65.2 (Mar-May 2006). INRA, Brussels. European Commission. Köln: GESIS Datenarchiv.
- EB. (2012c). Eurobarometer 43.1bis (May-Jun 1995). INRA, Brussels. European Commission. Köln: GESIS Datenarchiv.
- EB. (2012d). Eurobarometer 54.1 (Oct-Nov 2000). INRA, Brussels. European Commission. Köln: GESIS Datenarchiv.
- EB. (2012e). Eurobarometer 63.4 (May-Jun 2005). INRA, Brussels. European Commission. Köln: GESIS Datenarchiv.
- EB. (2012f). Eurobarometer 67.1 (Feb-Mar 2007). INRA, Brussels. European Commission. Köln: GESIS Datenarchiv.
- EB. (2012g). Eurobarometer 67.2 (Apr-May 2007). INRA, Brussels. European Commission. Köln: GESIS Datenarchiv.
- EB. (2012h). Eurobarometer 73.3 (Mar-Apr 2010). INRA, Brussels. European Commission. Köln: GESIS Datenarchiv.
- EQLS. (2006). European Quality of Life Survey, 2003. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Colchester, Essex: UK Data Archive.
- EQLS. (2009). European Quality of Life Survey, 2007. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Colchester, Essex: UK Data Archive.
- EQLS. (2013). European Quality of Life Survey, 2012. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Colchester, Essex: UK Data Archive.
- ESS. (2012a). European Social Survey Round 1 Data. ESS-1 2002 Documentation Report. Edition 6.3. Bergen, Norwegen: European Social Survey Data Archive; Norwegian Social Science Data Services.

## 6. Literaturverzeichnis

---

ESS. (2012b). European Social Survey Round 2 Data. ESS-2 2004 Documentation Report. Edition 3.4.. Bergen, Norwegen: European Social Survey Data Archive; Norwegian Social Science Data Services.

ESS. (2012c). European Social Survey Round 3 Data. ESS-3 2006 Documentation Report. Edition 3.4. Bergen, Norwegen: European Social Survey Data Archive; Norwegian Social Science Data Services.

ESS. (2012d). European Social Survey Round 4 Data. ESS-4 2008 Documentation Report. Edition 5.1. Bergen, Norwegen: European Social Survey Data Archive; Norwegian Social Science Data Services.

ESS. (2012e). European Social Survey Round 5 Data. ESS-5 2010 Documentation Report. Edition 3.0. Bergen, Norwegen: European Social Survey Data Archive; Norwegian Social Science Data Services.

EVS: (2011). European Values Study 1981-2008, Longitudinal Data File. GESIS Data Archive, Cologne, Germany, ZA4804 Data File Version 2.0.0 (2011-12-30) DOI:10.4232/1.11005.

### G

---

Gallup. (2009). Gallup World Poll 2006-2008. The Gallup Organization.

Gallup. (2013). Gallup World Poll. The Gallup Organization.

Gesthuizen, M., van der Meer, T. & Scheepers, P. (2009). Ethnic Diversity and Social Capital in Europe: Tests of Putnam's Thesis in European Countries. Scandinavian Political Studies, 32(2), 121-142.

### H

---

Hofstede, G. (2001). Culture's consequences: Comparing values, behaviours, institutions, and organisations across nations. (2nd ed.). Beverly Hills CA: Sage.

Hofstede, G., Hofstede, G. J. & Minkov, M. (2010). Cultures and Organizations. Software of the Mind (3rd ed.). New York: McGraw Hill Professional.

---

ICRG. (2013). International Country Risk Guide. New York: PRS Group.

ICVS. (2010). Integrated Database from the International Crime Victims Survey (1989-2006). Den Haag: DANS.

ISJP. (2002). International Social Justice Project 1991 und 1996 (ISJP 1991 und 1996). ZA3522 Datenfile Version 1.0.0. Wegener, Bernd and Mason, David S. Köln: GESIS Datenarchiv.

ISSP. (1994). International Social Survey Programme: Social Inequality II - ISSP 1992. Codebook ZA2310. ISSP Research Group. Köln: GESIS Datenarchiv.

ISSP. (2002). International Social Survey Programme: Social Inequality III - ISSP 1999. Codebook ZA3430. Köln: GESIS Datenarchiv.

ISSP. (2012). International Social Survey Programme: Social Inequality IV - ISSP 2009. Codebook ZA5400. Köln: GESIS Datenarchiv.

Legatum Institute. (2012). The 2012 Legatum Prosperity Index. London: Legatum Institute.

Leigh, A. (2006). Trust, Inequality and Ethnic Heterogeneity. Economic Record, 82, 268-280.

Muthén, L. K., & Muthén, B. O. (1998–2011). Mplus User's Guide. Sixth Edition. Los Angeles: Muthén & Muthén.

Noll, H. H. (2000). Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin, Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie.

OECD. (2011a). Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising. OECD Publishing.

OECD. (2011b). Society at a Glance 2011: OECD Social Indicators. OECD Publications.  
doi:10.1787/soc\_glance-2011-en

OECD. (2012). Social expenditure: Aggregated data. OECD Social Expenditure Statistics.

Pahl, R. E. (1991). The search for social cohesion from Durkheim to the European Commission. Archives Européennes de sociologie, 32(2), 345-360.

Peterson, R. (2000). A Meta-Analysis of Variance Accounted for and Factor Loadings in Exploratory Factor Analysis. Marketing Letters, 11(3), 261-275.

Porter, M. E., Stern, S. & Loria, R. A. (2013). Social Progress Index 2013. Washington DC: Social Progress Imperative.

Putnam, R. (2000). Bowling Alone. New York: Simon & Schuster.

Putnam, R. (2007). E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century. The 2006 Johan Skytte Prize Lecture. Scandinavian Political Studies, 30 (2), 137-174.

Schneider, F. & Buehn, A. (2012). Shadow Economies in Highly Developed OECD Countries. What Are the Driving Forces? (IZA Discussion Paper 6891). Zürich: IZA.

Tönnies, F. (1887). Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig: Fues's Verlag.

UN. (2006). International Migration 2006. New York: United Nations Department Of Economic and Social Affairs.

## 6. Literaturverzeichnis

---

UNDP. (2010). Human Development Report 2010: The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development. New York: United Nations development Programme.

UNDP. (2013a). Human Development Report 2013: The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World. New York: United Nations Development Programme.

UNDP. (2013b). Human Development Report. International Human Development Indicators. New York: United Nations Development Programme.

UNU-WIDER. (2008). World Income Inequality Database. Helsinki: United Nations University, World Institute for Development Economics Research.

**V** van Kesteren, J. (2007). Integrated Database from the International Crime Victims Survey (ICVS) 1989-2005, Codebook and Data. Tilburg: INTERVICT.

Vanhelan, T. (2011). Measures of Democracy 1810-2010. FSD1289, version 5.0 (2011-07-07). Tampere: Finnish Social Science Data Archive.

**W** Wilkinson, R. G. (1996). Unhealthy societies: the afflictions of inequality. New York: Routledge.

Wilkinson, R. G. & Pickett, K. (2010). The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone. London, New York: Penguin Books.

Worldbank. (2012a). Knowledge for Development. Washington DC: Worldbank.

Worldbank. (2012b). World Development Indicators. Washington DC: Worldbank.

WVS. (2009). World Values Survey 1981-2008 Official Aggregate v.20090901. World Values Survey Association. Madrid: ASEP/JDS.

**Z** Zick, A. & Küpper, B. (2012). Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände Folge 10 (S. 152-176). Berlin: Suhrkamp.



# 7. Anhang

## 7.1 Glossar

### Indikator

Messgröße bei einer Erhebung, hier: Item (einzelne Frage) einer Umfrage, die jeweils die Ansicht oder Einstellung der Befragten zu einem ganz speziellen Thema spiegelt. Beispiel: Wie wichtig sind, auf einer fünfstufigen Skala, Freunde und Bekannte in Ihrem Leben?

### Dimension

Hier: einer von neun Aspekten gesellschaftlichen Zusammenhalts gemäß der Definition in Kapitel 1. Beispiel: Solidarität und Hilfsbereitschaft.

### Index

Zusammenfassende, aus mehreren Größen errechnete Kennzahl, anhand derer sich beispielsweise Länder vergleichen lassen. Beispiel: Gesamtindex Zusammenhalt.

### Mittelwert

Auch arithmetisches Mittel genannt. Durchschnitt aller Einzelwerte, berechnet als die Summe der Einzelwerte geteilt durch deren Anzahl.

### Korrelation

Statistisches Maß für die Abhängigkeit zweier Variablen voneinander, das jedoch keinen ursächlichen Zusammenhang belegt. Wenn beispielsweise die Zahl der Störche mit der

Zahl der Geburten in deutschen Landkreisen korreliert, bedeutet das: Dort, wo es viele Störche gibt, kommen tendenziell auch mehr Kinder zur Welt (woraus aber nicht automatisch gefolgert werden kann, dass Babys von Störchen gebracht werden).

### Korrelationskoeffizient $r$

Maß für die Abhängigkeit zweier Messgrößen voneinander. Beim Maximalwert eins stehen die zwei Größen in einem idealtypischen linearen Zusammenhang: Trägt man die Messpunkte in einem Streudiagramm gegeneinander auf, liegen sie bei  $r = 1$  alle auf einer beim Winkel von 45 Grad ansteigenden Geraden. Bei  $r = -1$  besteht ein umgekehrter, ebenso idealtypischer Zusammenhang: je größer Messwert  $x$ , desto kleiner Messwert  $y$  (absteigende Gerade im Streudiagramm beim Winkel von 45 Grad). Bei Werten dazwischen wird der statistische Zusammenhang schwächer, der Winkel der Gerade nimmt ab oder zu, bis hin zu völlig unabhängigen Messgrößen und  $r = 0$  (entsprechend einer ungeordneten Punktwolke mit einer Geraden, die zur  $x$ - oder  $y$ -Achse rechtwinklig verläuft).

### Faktorenanalyse

Komplexes mathematisch-statistisches Verfahren, um aus einer größeren Zahl gemessener Indikatoren näherungsweise

auf eine kleinere Zahl zugrunde liegender Faktoren (auch latente Variablen genannt) zu schließen. Die Faktorenanalyse wird beispielsweise in der Persönlichkeitspsychologie eingesetzt, um aus umfangreichen Fragebogenitems grundlegende Charaktereigenschaften zu ermitteln. Jede Charaktereigenschaft ist ein Faktor, der für einen bestimmten Teil der Varianz jedes Fragebogenitems verantwortlich ist. Hier verwendet zur Berechnung der neun Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts aus einer größeren Zahl von Einzelindikatoren je Land.

#### Reflektive Indikatoren

Indikatoren, die vom zugrunde liegenden Phänomen (hier: der Dimension des Zusammenhalts) kausal abhängen und dieses somit widerspiegeln. Dieses Konzept wird bei der Faktorenanalyse implizit vorausgesetzt. In der Konsequenz müssen verlässliche reflektive Indikatoren ein und derselben Dimension hochgradig miteinander korreliert sein: Ändert sich die Dimension, ändern sich alle zugehörigen Einzelindikatoren etwa im selben Ausmaß, oder anders ausgedrückt: Jeder Einzelindikator kann quasi synonym für die Dimension insgesamt stehen. Von daher betrachtet man reflektive Indikatoren als austauschbare Messgrößen für ein konkretes zugrunde liegendes Phänomen.

#### Formative Indikatoren

Indikatoren (hier: Dimensionen), die als „Bausteine“ eines zugrunde liegenden Phänomens (hier: des gesellschaftlichen Zusammenhalts) wirken. Obwohl sie dieses Phänomen verursachen, müssen sie nicht untereinander empirisch korreliert sein. Eine gut begründete Theorie (hier: unsere Definition von Zusammenhalt in Kapitel 1), warum eine bestimmte Auswahl von formativen Indikatoren die Bausteine eines Phänomens sind, genügt den wissenschaftlichen Anforderungen. Formative Indikatoren sind nicht miteinander austauschbar.

## 7.2 Datensätze

### Beschreibung der Datensätze

#### 1) World Values Survey (WVS)

Der World Values Survey wird von einem weltweiten Netzwerk von Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern durchgeführt. Der Fokus des WVS liegt auf Werten und deren Auswirkungen auf das soziale und politische Leben. Entstanden ist der World Values Survey aus der European Values Study (EVS, siehe unten). In Zusammenarbeit mit dem EVS führte der WVS von 1981 bis 2007 bisher vier Erhebungswellen durch. Insgesamt werden weltweit gut 90 Länder abgedeckt. Befragt werden repräsentative Bevölkerungsstichproben (WVS 2009).

#### 2) European Values Study (EVS)

Die European Values Study ist ein von der gleichnamigen Stiftung geleitetes Forschungsprogramm zum Thema menschliche Werte (Ideen, Glaube, Präferenzen, Einstellungen und Meinungen) und wird seit 1981 alle neun Jahre in einer zunehmenden Zahl europäischer Länder durchgeführt. Die vierte Welle im Jahr 2008 umfasste 48 Länder und Regionen. Auch hier werden repräsentative Bevölkerungsstichproben befragt (EVS 2011). Die Entsprechung zwischen den Fragebogenitems aus WVS und EVS erlaubt uns, die beiden Surveys in fusionierter Form (WEVS) zu nutzen.

#### 3) Gallup World Poll (GWP)

Der Gallup World Poll wird von der Gallup Organization durchgeführt und zusammengestellt, einem der weltweit führenden Markt- und Meinungsforschungsinstitute. Der GWP wird seit 2005 jährlich und in einigen Ländern auch vierteljährlich erhoben. Befragt werden repräsentative Bevölkerungsstichproben in gut 150 Ländern zu verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen. Daten aus dem Gallup World Poll sind auch wesentliche Bestandteile im Social Progress Report,

im Legatum Prosperity Index, in den OECD-Better-Life-Dimensionen sowie in den OECD Social Indicators (GWP 2013).

#### 4) European Social Survey (ESS)

Der akademische European-Social Survey wird in 32 Ländern in Europa und darüber hinaus durchgeführt, um langfristige Veränderungen in den Einstellungen und im Verhalten der Menschen in Europa darzustellen. Der Survey wurde 2001 von der European Science Foundation initiiert und wird seither alle zwei Jahre mit repräsentativen Bevölkerungsstichproben durchgeführt. Er umfasst Wahrnehmungen, Einstellungen und Selbstbeschreibungen der europäischen Bevölkerung zu einer Vielzahl von Themen, die für das heutige Europa wichtig sind. Dazu zählen zum Beispiel Einwanderung, Vertrauen, politische Orientierung, Wertvorstellungen, subjektives Wohlbefinden und Gesundheit (ESS 2012a; ESS 2012b; ESS 2012c; ESS 2012d; ESS 2012e).

#### 5) European Quality of Life Survey (EQLS)

Der von Eurofound durchgeführte European Quality of Life Survey untersucht eine Vielzahl von Lebensaspekten, unter anderem Einkommen, Bildung, Familie, Gesundheit, Lebenszufriedenheit und wahrgenommene Qualität der Gesellschaft. Der Survey wurde 2003 zum ersten Mal durchgeführt und umfasste damals 28 Länder. Zwei weitere Erhebungen folgten in den Jahren 2007 und 2011. Auch hier werden repräsentative Bevölkerungsstichproben befragt (EQLS 2006; EQLS 2009; EQLS 2013).

#### 6) International Social Survey Programme (ISSP)

Das International Social Survey Programme ist eine Kooperation verschiedener Institute, die Surveys zu Themen der sozialwissenschaftlichen Forschung durchführen. Es ist durch die Zusammenarbeit des – vormaligen – Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim (ZUMA) und

des National Opinion Research Centers der University of Chicago entstanden. Das ISSP ist ein jährliches Programm, das in derzeit 48 Ländern weltweit den einzelnen nationalen Surveys eine internationale und interkulturelle Komponente (Modul) hinzufügt. Für unsere Zwecke ist vor allem das Modul „Soziale Ungleichheit“ nützlich, das in den Jahren 1992, 1999 und 2009 eingesetzt wurde (ISSP 1994; ISSP 2002; ISSP 2012).

#### 7) International Social Justice Project (ISJP)

Das International Social Justice Project ist eine internationale Forschungsinitiative zu sozialen, ökonomischen und politischen Aspekten von Gerechtigkeit, die in ihren ersten Jahren von Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern aus zwölf Ländern durchgeführt wurde. Wurden 1991 noch repräsentative Bevölkerungsstichproben aus zwölf Ländern befragt, waren es 1996 nur noch sechs, später noch weniger. Aufgrund der eingeschränkten Länderabdeckung verwenden wir das ISJP als Ergänzung zum ISSP (ISJP 2002).

#### 8) Eurobarometer (EB)

Das Eurobarometer wurde im Jahre 1973 gestartet. Seitdem wird es in einem halbjährlichen Takt im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt. Dafür werden in den Mitgliedsstaaten der EU jeweils repräsentative Bevölkerungsstichproben gezogen. Untersucht werden Fragen zu sozialen und politischen Einstellungen, die von wesentlicher Bedeutung für die Strategien und Vorgehensweisen der Europäischen Union sind. Nur wenige und in unregelmäßigen Abständen gestellte Fragen beziehen sich auf Themen, die für den Zusammenhalt innerhalb kleinerer Gemeinwesen als der EU relevant sind. Das Eurobarometer ist vor allem zur Messung der Dimension „Identifikation“ nützlich (EB 2012a; EB 2012b; EB 2012c; EB 2012d; EB 2012e; EB 2012f; EB 2012g; EB 2012h).

#### 9) International Crime Victims Survey (ICVS)

Der International Crime Victims Survey wurde im Jahre 1989 erstmals erhoben. Ziel war eine kriminologische Bestandsaufnahme auf der Basis von repräsentativen Bevölkerungsstichproben. Insgesamt wurden in Europa fünf Wellen erhoben. Der Survey erfasst Wahrnehmungen und Einstellungen in Bezug auf Kriminalität und Gerechtigkeit (ICVS 2010; van Kesteren 2007).

#### 10) International Country Risk Guide (ICRG)

Der International Country Risk Guide wurde im Jahre 1980 von „International Reports“-Redakteuren gegründet und wird heute von der Political Risk Services Group erstellt. Deren Ziel ist es, Geschäftsleute über Investitionsrisiken in ausgewählten Ländern zu informieren. Dieser Auftrag wurde seitdem mehrfach erweitert um Fragen zu sozialen und politischen Risiken, zum Beispiel zu ethnischen und religiösen Spannungen sowie Korruption (ICRG 2013).

#### 11) Schattenwirtschaft in OECD-Ländern (S&B)

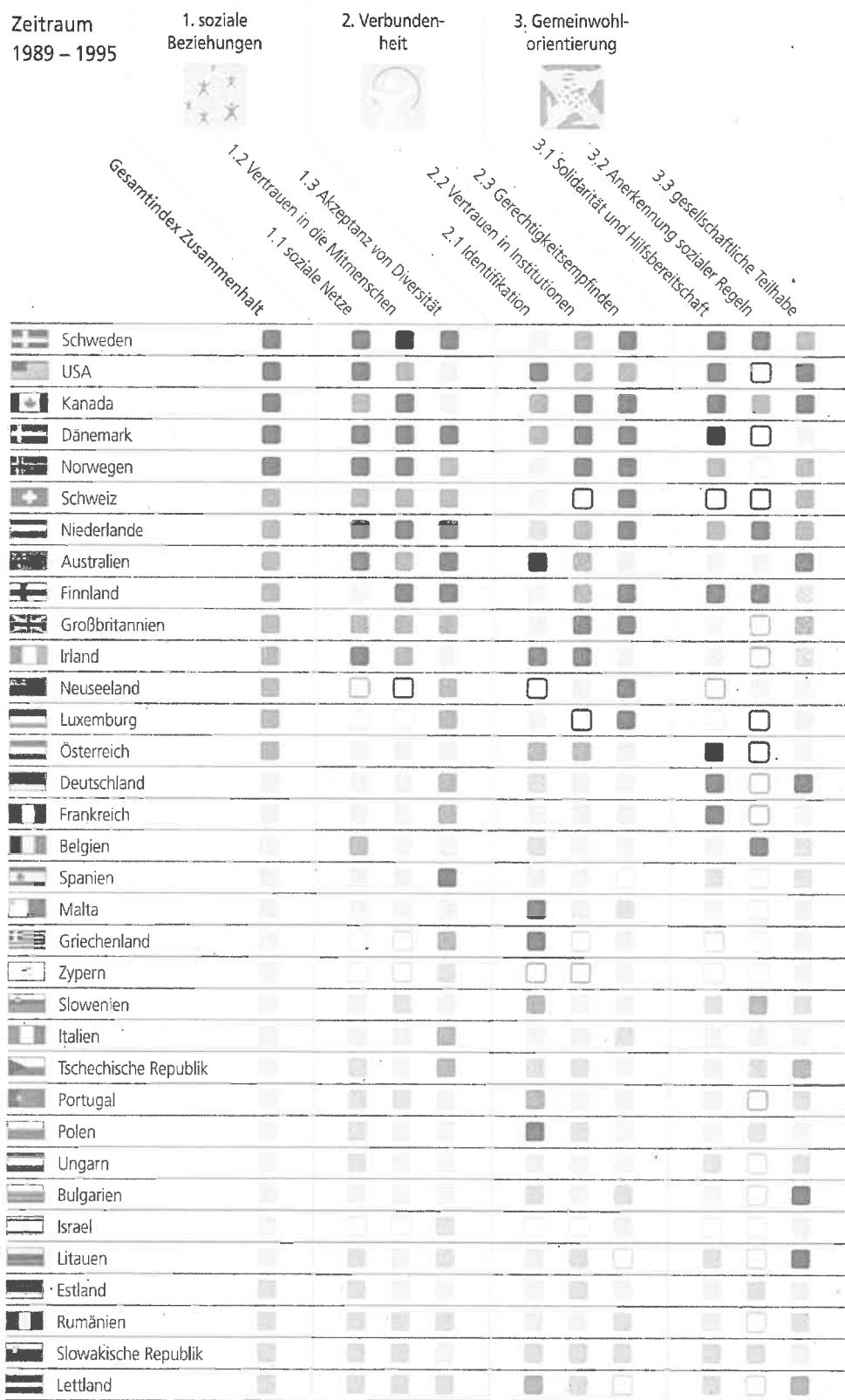
Die Einschätzung der Bedeutung der Schattenwirtschaft in OECD-Ländern ermöglicht eine von Schneider und Buehn durchgeführte Studie (2012). Da die Schattenwirtschaft von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht erfasst wird, wird sie über Indikatoren wie Steuerbelastung, Steuermoral, Arbeitslosigkeit und Unternehmensfreiheit abgebildet. Daten sind von 1995 bis 2010 für eine breite Auswahl von Ländern verfügbar.

#### 12) Demokriktiemaße (VAN)

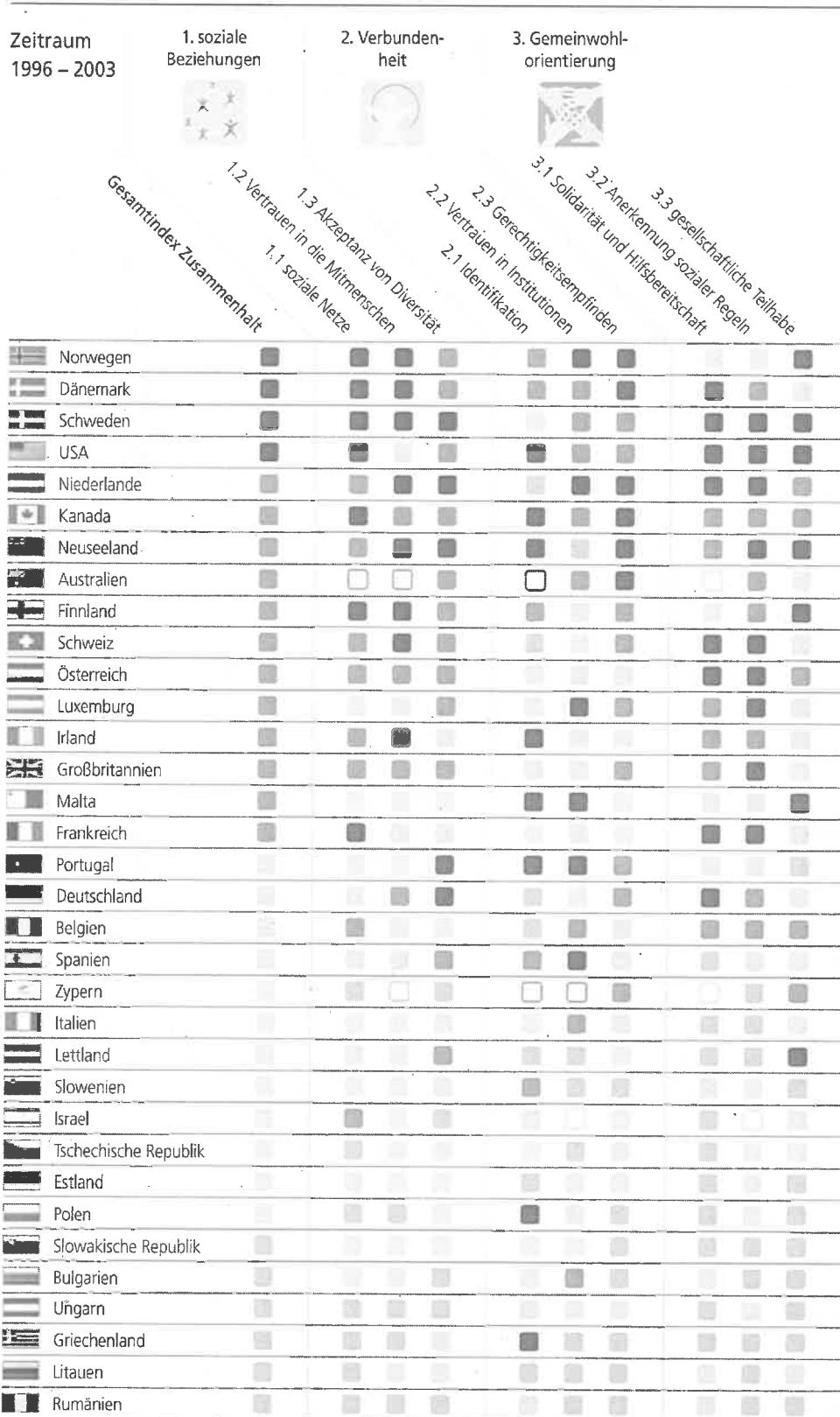
Tatu Vanhanen (2011) hat eine einzige Datensammlung zur Entwicklung von Demokratie(n) zusammengestellt. Sie umfasst jährliche Daten für den Zeitraum von 1810 bis 2010. Wir nützen den Indikator ‚Partizipation‘, der die Beteiligung der Bevölkerung bei Wahlen und Abstimmungen misst.

### 7.3 Weitere Abbildungen und Tabellen

**Abbildung 16** Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich (1989 – 1995)

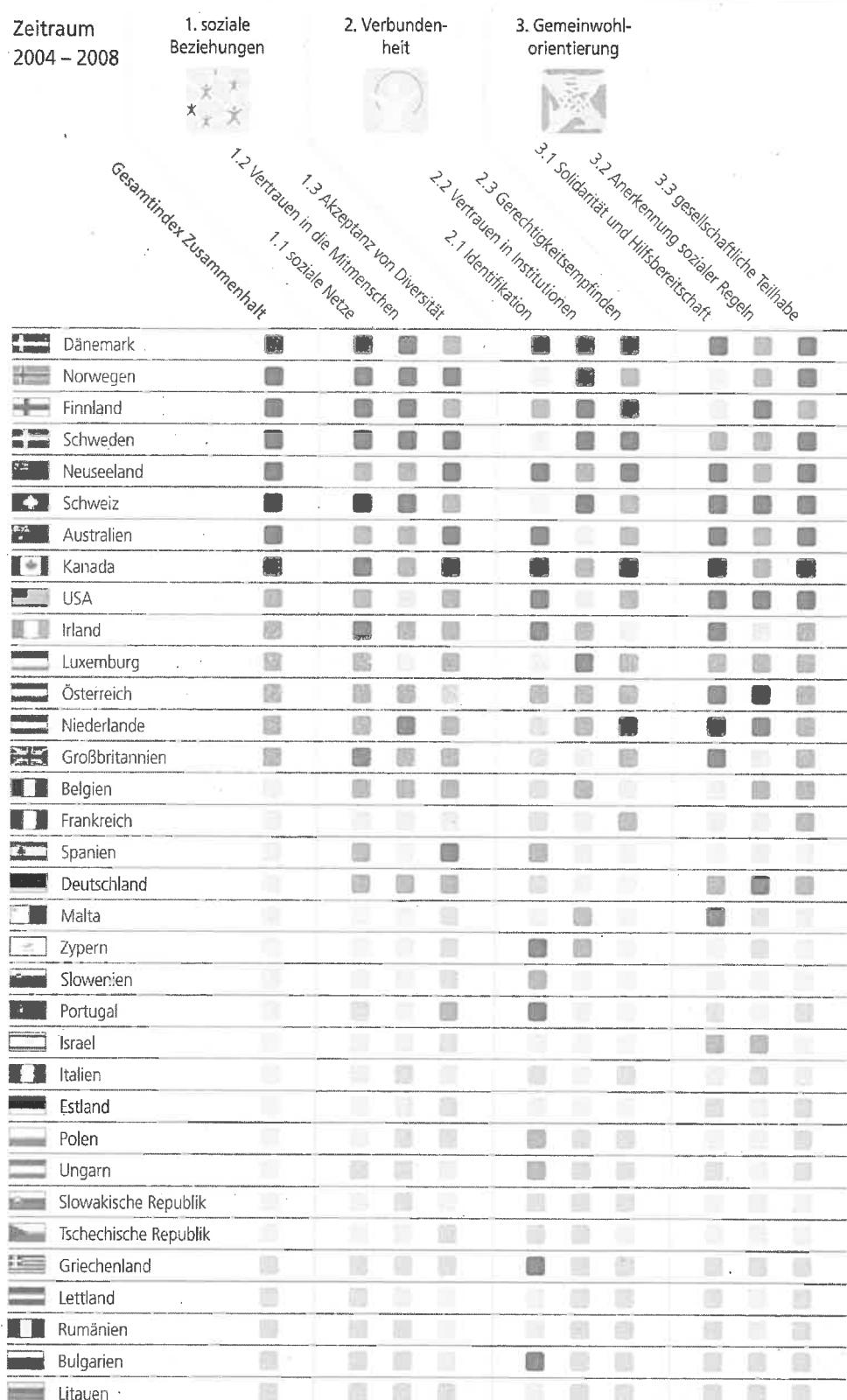


Dargestellt sind die Mittelwerte der 16 Dimensionen für die EU- und westlichen OECD-Länder. Die fünf Farben markieren die Spitzengruppe (dunkelblau = ■), das obere Mittelfeld (blau = □), die Mittelpuppe (hellblau = △), das untere Mittelfeld (gelb = ▲) und die Schlossgruppe (orange = ▲). Punkte mit weißer Füllung (□) stehen für Dimensionen, die mittlerweile Zeiträume geschätzt wurden.

**Abbildung 17** Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich (1996 – 2003)

Dargestellt sind die Mittelwerte der neun Dimensionen für die EU- und westlichen OECD-Länder. Die fünf Farben markieren die Spitzengruppe (dunkelblau = ■), das obere Mittelfeld (blau = □), die Mittelgruppe (hellblau = △), das untere Mittelfeld (gelb = ▲) und die Schlussgruppe (orange = ○). Punkte mit weißer Füllung (□) liegen bei Dimensionswerten, die mittlerweile anderen Zentren geschätzt wurden.

Abbildung 18 Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich (2004 – 2008)



Dargestellt sind die Mittelwerte der neun Dimensionen für die EU- und westlichen OECD-Länder. Die fünf Farben markieren die Spitzengruppe (dunkelblau = ■), das obere Mittelfeld (blau = ■), die Mittelgruppe (hellblau = ■), das untere Mittelfeld (gelb = ■) und die Schlagsgruppe (orange = ■). Punkte mit weißer Füllung (□) stehen für Dimensionswerte, die in Höhe anderer Zeiträume geschätzt wurden.



**Tabelle 5** Liste aller benutzten Indikatoren

Dimension	Indikatoren
1. soziale Beziehungen	<p><b>1.1 soziale Netze</b></p>  <p>Wichtig im Leben: Freunde und Bekannte Wie oft...einsam gefühlt (-)? Wie oft ... treffen mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen? Unterstützung: Rat bei ernsten persönlichen oder familiären Problemen Freunde oder Verwandte, auf die Sie bei Schwierigkeiten jederzeit zählen können</p>
	<p><b>1.2 Vertrauen in die Mitmenschen</b></p>  <p>Man kann den meisten Menschen vertrauen Die meisten Menschen versuchen, sich fair zu verhalten Die Menschen versuchen meistens, hilfsbereit zu sein</p>
	<p><b>1.3 Akzeptanz von Diversität</b></p>  <p>Nicht gern als Nachbarn: Menschen anderer Hautfarbe (-) Nicht gern als Nachbarn: Ausländer/Gastarbeiter (-) Experten-Bewertung zu ethnischen Spannungen (-) In Ordnung: Homosexualität Schwule und Lesben sollten ihr Leben so führen dürfen, wie sie es wollen Das kulturelle Leben wird in [Land] im Allgemeinen durch Zuwanderer bereichert Die Kultur unseres Landes wird von Einwanderern unterwandert (-) Experten-Bewertung zu religiösen Spannungen (-) Stadt/Region guter Ort für ethnische Minderheiten Stadt/Region guter Ort für Schwule und Lesben</p>
2. Verbundenheit	<p><b>2.1 Identifikation</b></p>  <p>Wie stark verbunden fühlen Sie sich mit [Land]? Wie stolz sind Sie die Staatsbürgerschaft von [Land] zu haben? Würde idealerweise dauerhaft in ein anderes Land ziehen (-)?</p> <p><b>2.2 Vertrauen in Institutionen</b></p>  <p>Vertrauen in die (lokale) Polizei Vertrauen in den Bundestag (Parlament) Vertrauen in die (politischen) Parteien Vertrauen in die Gerichte/Justiz Vertrauen in das Gesundheitswesen Vertrauen in die finanziellen Institutionen Korrektheit der Wahlen Anteil an Leute, die eine Straftat nicht berichtet haben, wegen Angst vor Polizei (-)</p> <p><b>2.3 Gerechtigkeitsempfinden</b></p>  <p>Experten-Bewertung zur Korruption (-) Korruption in der Wirtschaft (-) Um in [Land] heute ganz nach oben zu kommen, muss man korrupt sein (-) Wenn man in der heutigen Zeit vorankommen will, muss man auch Dinge tun, die nicht in Ordnung sind (-) Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um die Einkommensunterschiede zu verringern (-) Mein Gehalt/Lohn ist gerecht Mein Gehalt/Lohn entspricht meiner Leistung Es gibt Spannungen zwischen Armen und Reichen (-)</p>
3. Gemeinwohlorientierung	<p><b>3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft</b></p>  <p>Der Staat sollte mehr Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder Bürger abgesichert ist. (-) Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten anderen Menschen geholfen (außer Familie, an Arbeitsplatz oder in Vereinen/Verbänden/Organisationen)? Gemeinschaftliche oder soziale Arbeit (z. B. Älteren oder Behinderten helfen) Im letzten Monat für Gemeinwohl Geld gespendet Im letzten Monat einem Unbekannten geholfen</p> <p><b>3.2 Anerkennung sozialer Regeln</b></p>  <p>Inwieweit befolgen die Leute die Verkehrsregeln? Wie schlimm ist es, ein Verkehrsdelikt zu begehen (-)? Anteil Personen, die sich nachts auf der Straße sicher fühlen Fühle mich sicher allein in der Stadt/Umwgebung Experten-Schätzung Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (-)</p> <p><b>3.3 gesellschaftliche Teilhabe</b></p>  <p>Wichtig in Leben: Politik Interessieren Sie sich für Politik? Abzeichen/Aufkleber einer politischen Kampagne getragen An einer Unterschriftenansammlung beteiligt Mit einem Politiker oder Beamten im öffentlichen Dienst Kontakt aufgenommen Die eigene Meinung vor einem Staatsbediensteten vertreten Mitgewirkt/ehrenamtlich für eine gemeinnützige Organisation gearbeitet Freiwillig bei einer Organisation gearbeitet In einer Organisation/Verband/Verein mitgearbeitet Experten-Bewertung zur Wählerpartizipation basiert auf Beteiligungsquoten bei Wahlen und Anzahl von Volksabstimmungen .</p>

Mit einem (-) gekennzeichnete Indikatoren gehen „umgekehrt“ in die Berechnung der Dimension ein. Erklärung der Kürzel: EB = Eurobarometer, EQS = European Quality of Life Survey, ESS = European Social Survey, GWP = Gallup World Poll, ICIG = International Country Crime Guide, ICSV = International Crime Victims Survey, ISJP = International Social Justice Project, ISSP = International Social Survey Programme, S&B = Schneider & Buehl (2012), VAN = Vanhanen (2011), WEVS = World Values Survey oder European Values Study.

Zeitraum 1	Zeitraum 2	Zeitraum 3	Zeitraum 4
WEVS	WEVS	WEVS	EQLS
	ESS	ESS	ESS
	EQLS	EQLS	EQLS
		GWP	GWP
WEVS	WEVS	WEVS	GWP
	ESS	ESS	ESS
	ESS	ESS	ESS
WEVS	WEVS	WEVS	
WEVS	WEVS	WEVS	
ICRG	ICRG	ICRG	ICRG
WEVS			
	ESS	ESS	ESS
	ESS	ESS	ESS
ICRG	ICRG	ICRG	EQLS
		GWP	ICRG
		GWP	GWP
		GWP	GWP
EB	EB	EB	EB
WEVS	WEVS	WEVS	GWP
		GWP	GWP
WEVS	WEVS	GWP	GWP
	WEVS	WEVS	EQLS
		WEVS	ESS
WEVS	WEVS	GWP	GWP
		GWP	GWP
		GWP	GWP
		GWP	GWP
ICVS	ICVS	ICVS	
ICRG	ICRG	ICRG	ICRG
		GWP	GWP
	ISSP		ISSP
	EQLS	EQLS	
	ESS	ESS	ESS
ISJP	ISSP		ISSP
	ISSP		ISSP
	EQLS	EQLS	EQLS
WEVS	WEVS	WEVS	
	ESS	ESS	
		GWP	EQLS
		GWP	GWP
		GWP	GWP
		EQLS	
ICVS	ICVS		ESS
S&B	S&B	GWP	GWP
		S&B	S&B
WEVS	WEVS	WEVS	
WEVS	WEVS	WEVS	
	ESS	ESS	
WEVS	WEVS	WEVS	EQLS
	EQLS	GWP	
	EQLS	GWP	
	ESS	ESS	
VAN	VAN	VAN	VAN

**Tabelle 6** Abdeckung der Länder

	1. Erhebungszeitraum (1989 – 1995)								2. Erhebungszeitraum (1996 – 2003)																	
	WEVS	EQLS	ESS	GWP	EB	ISSP	ISJP	ICRG	S&B	ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS	GWP	EB	ISSP	ISJP	ICRG	S&B	ICVS	VAN				
	Australien	WEVS																								
Belgien	WEVS			EB				ICRG		ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB		ICRG	S&B	ICVS	VAN				
Bulgarien	WEVS							ISJP	ICRG		VAN	WEVS	EQLS					ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Dänemark	WEVS			EB				ICRG		VAN	WEVS	EQLS	ESS				EB		ICRG	S&B	ICVS	VAN				
Deutschland	WEVS			EB				ISJP	ICRG		VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB	ISSP		ICRG	S&B		VAN			
Estland	WEVS							ISJP		ICVS	VAN	WEVS	EQLS							ICRG	S&B		VAN			
Finnland	WEVS			EB				ICRG		ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB		ICRG	S&B	ICVS	VAN				
Frankreich	WEVS			EB				ICRG		VAN	WEVS	EQLS	ESS				EB	ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Griechenland								EB		ICRG		VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB		ICRG	S&B		VAN			
Irland	WEVS			EB				ICRG		VAN	WEVS	EQLS	ESS				EB		ICRG	S&B		VAN				
Israel										ICRG		VAN	WEVS		ESS			ISSP		ICRG			VAN			
Italien	WEVS			EB				ICRG		ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB		ICRG	S&B		VAN				
Kanada	WEVS							ICRG		ICVS	VAN	WEVS						ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Lettland	WEVS										VAN	WEVS	EQLS					ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Litauen	WEVS										VAN	WEVS	EQLS							ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Luxemburg				EB				ICRG			VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB			ICRG	S&B		VAN			
Malta	WEVS							ICRG			VAN	WEVS	EQLS							ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Neuseeland										ICRG		ICVS	VAN	WEVS					ISSP		ICRG	S&B		VAN		
Niederlande	WEVS			EB				ISJP	ICRG	ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB			ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Norwegen	WEVS							ICRG			VAN	WEVS		ESS				ISSP		ICRG	S&B		VAN			
Österreich	WEVS			EB				ICRG			VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB	ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Polen	WEVS							ISJP	ICRG	ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS				ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Portugal	WEVS			EB				ICRG			VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB		ICRG	S&B	ICVS	VAN				
Rumänien	WEVS							ICRG			VAN	WEVS	EQLS							ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Schweden	WEVS			EB				ICRG		ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB	ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Schweiz	WEVS							ICRG			VAN	WEVS		ESS						ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Slowakische Rep.	WEVS							ISJP	ICRG	ICVS	VAN	WEVS	EQLS							ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Slowenien	WEVS							ISJP		ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS				ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Spanien	WEVS			EB						ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB	ISSP			S&B	ICVS	VAN			
Tschechische Rep.	WEVS							ISJP	ICRG	ICVS	VAN	WEVS	EQLS	ESS				ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Ungarn	WEVS								ISJP	ICRG		VAN	WEVS	EQLS	ESS				ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN		
USA	WEVS							ISJP	ICRG		VAN	WEVS						ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Großbritannien	WEVS			EB				ISJP	ICRG		VAN	WEVS	EQLS	ESS			EB	ISSP		ICRG	S&B	ICVS	VAN			
Zypern									ICRG		VAN	EQLS						ISSP		ICRG	S&B		VAN			

Dargestellt ist, welche Indikatoren in den unterschiedlichen Erhebungszeiträumen genutzt wurden. Erklärung der Kurzzeichen: EB = Eurobarometer, EQLS = European Quality of Life Survey, ESS = European Social Survey, GWP = Gallup World Poll, ICRG = International Country Risk Guide, ICVS = International Crime Victims Survey, ISJP = International Social Justice Project, ISSP = International Social Survey Programme, S&B = Schneider & Buehn (2012), VAN = Vanham (2011), WEVS = World Values Survey oder European Values Study.



# Die Autoren

**Georgi Dragolov M. Sc.,**  
wissenschaftlicher Mitarbeiter,  
Jacobs University Bremen

**Zsófia Ignácz M. A.,**  
wissenschaftliche Mitarbeiterin,  
Jacobs University Bremen

**Dr. Jan Lorenz,**  
wissenschaftlicher Mitarbeiter,  
Jacobs University Bremen

**Professor Dr. Jan Delhey**  
Lehrstuhl für Soziologie,  
Jacobs University Bremen

**Professor Dr. Klaus Boehnke**  
Lehrstuhl für sozialwissenschaftliche  
Methodenlehre, Jacobs University Bremen

## Impressum

© 2013 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### Verantwortlich

Stephan Vopel, Dr. Kai Unzicker

### Gestaltung

Medienfabrik Gütersloh GmbH, Gütersloh

### Bildnachweis

Titelbild © Jan Kranendonk – Shutterstock,  
Urbanhearts – Fotolia.com,  
Frank Waßerführer – PantherMedia,  
Hisham Ibrahim – Corbis

Seite 13 © Dmitry Naumov – Fotolia.com

Seite 19 © Ivelin Radkov – Fotolia.com

Seite 29 © Image Source – Corbis

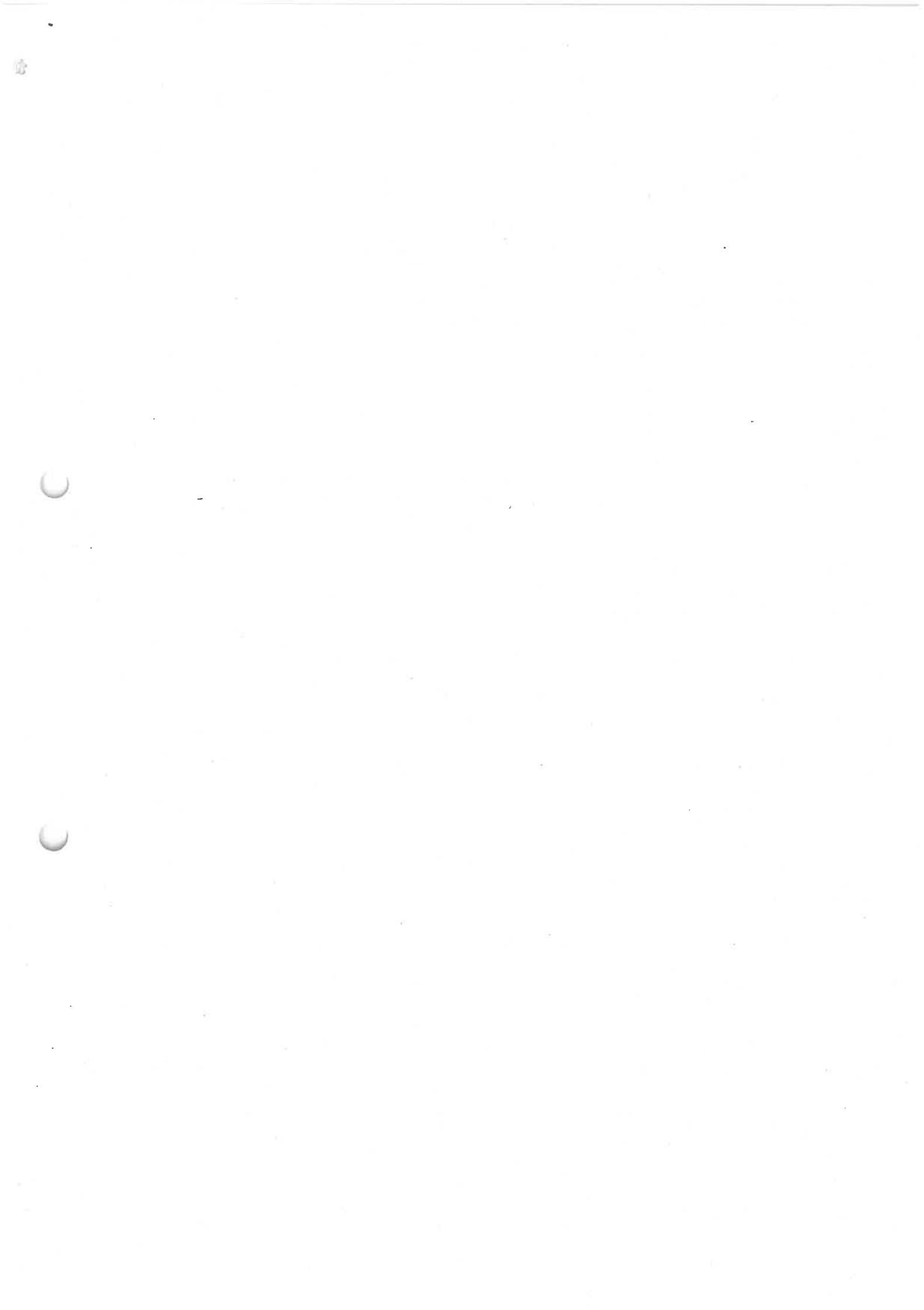
Seite 45 © wakila – iStockphoto

Seite 55 © Monika Schüll – PantherMedia

### Druck

druck.haus Rihn GmbH, Blomberg





# Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt

messen was verbindet

## Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich

### Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon: + 49 5241 81-0  
Fax: + 49 5241 81-81999

### Kontakt

Stephan Vopel  
Director  
Programm Lebendige Werte  
Telefon: +49 5241 81-81397  
Fax: +49 5241 816-81131  
E-Mail: stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Kai Unzicker  
Project Manager  
Projekt Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt  
Telefon: +49 5241 81-81405  
Fax: +49 5241 816-81131  
E-Mail: kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

[www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de](http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de)

## 5.2 GMF => Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

- ↳ Kurzporträt (W. Heitmeyer → A. Zick)
- ↳ Lektüre
- ↳ Gruppenarbeit → 4 Maßnahmen wie mit GMF präventiv umgegangen wird  
schriftlich

## Einstellungssyndrom

- ↳ Rassismus, Antisemitismus, Abwertung von Obdachlosen & Homosexuellen, Behinderten & Arbeitslosen, Islamismus, Abwertung von Frauen (Sexismus)
- ↳ Etablierten Vorrang wird gefordert  
⇒ uns steht zu...

Abneigung gegen Gruppen !

⇒ Bestimmte Form von Anomie. Gesellschaft wird durch & durch ökonomisiert.

Ökonomisches Denken wird ausgeprägt in anderen Gesell. Bereichen.

- ↳ Fam. muss sich der Erwerbstätigkeit unterordnen
- ↳ Bildungssystem muss sich der Ökonomie unterordnen
- ↳ Medien: Massentauglich ⇒ Inhaltlich nicht relevant. Masse muss angesprochen werden „dramatisieren“ Bsp.: BILD
  - „Personalisieren“
  - „Emotionalisieren“

- Mehr Geld zu generieren
- ↳ Politik wird ökonomisiert
  - ⇒ Ratingagenturen
- ↳ Ökonomisierung des Sports
  - ⇒ Sponsorenverträge
- „Jeder ist seines Lebens Unternehmer“
- „Leistung & Aufmerksamkeit“
- „Nützlichkeit & Produktivität wichtigster Faktor
  - ↳ Personen die hier nicht mithalten können werden negativ betrachtet
- Mit Vernichtung der Moral meinen wir ... das im Verhältnis untereinander die basieren ...

### GMF-Survey

- ↳ 80% wägen ab, was ihnen bestimmte Kontakte bringen.

# Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

*Alternativ: Die Würde des Menschen ist...*

Zu den zentralen Werten einer demokratischen Gesellschaft gehören die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Sicherung der physischen und psychischen Unversehrtheit ihrer Mitglieder.

Eva Groß

Dipl.-Soz., M.A., geb. 1976;  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
im Projekt „Gruppenbezogene  
Menschenfeindlichkeit“ am  
Institut für interdisziplinäre  
Konflikt- und Gewaltforschung,  
Universität Bielefeld, Postfach  
10 01 31, 33501 Bielefeld.  
[eva\\_maria.gross@uni-bielefeld.de](mailto:eva_maria.gross@uni-bielefeld.de)

Andreas Zick

Dr. rer. nat. phil. habil., geb.  
1962; Professor an der Fakultät  
für Erziehungswissenschaft,  
Universität Bielefeld, Universi-  
tätsstraße 25, 33015 Bielefeld.  
[zick@uni-bielefeld.de](mailto:zick@uni-bielefeld.de)

Daniela Krause

Dipl.-Soz., geb. 1981; Wissen-  
schaftliche Mitarbeiterin im  
Projekt „Gruppenbezogene  
Menschenfeindlichkeit“ (s.o.).  
[daniela.krause@uni-bielefeld.de](mailto:daniela.krause@uni-bielefeld.de)

wicklungen die Befürwortung von Ideologien der Ungleichwertigkeit, die ihrerseits soziale Ungleichheit langfristig zementieren können. Wir haben in dem Bielefelder Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) in Deutschland<sup>1</sup> über viele Jahre hinweg in jährlichen repräsentativen Umfragen beobachtet, wie beispielsweise eine zunehmende Ökonomisierung von sozialen Bezie-

hungen oder wirtschaftliche Krisen negative Vorurteile gegenüber Gruppen und Diskriminierungsabsichten befördern. Im Folgenden beschreiben wir vornehmlich das Syndrom der GMF. Es basiert auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, die sich in der Abwertung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen manifestiert und soziale Ungleichheit zementiert. Zentral ist hier jene Ungleichwertigkeit, die sich in Stereotypen, Vorurteilen und Feindseligkeiten ausdrückt.

## Syndrom der Ungleichwertigkeit

Menschenfeindlichkeit markiert und legitimiert die Ungleichwertigkeit von Individuen und Gruppen, sodass deren Diskriminierung wahrscheinlicher wird. Der Begriff Menschenfeindlichkeit bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Gruppen und meint kein interindividuelles Feindschaftsverhältnis. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfasst Stereotype, Vorurteile und Diskriminierungen gegen Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu schwachen Gruppen in unserer Gesellschaft, kurz: die Abwertung von Gruppen. Das besondere Kennzeichen unseres Begriffsverständnisses ist seine Spannbreite. Einerseits umfasst die Abwertung negative Stereotype, kognitiv überformte Vorurteile, aber auch emotionale soziale Distanzierungen oder Absichten, eine Fremdgruppe zu schädigen. Es markiert eine Differenz zwischen Gruppen. Andererseits ist die Spannbreite markiert durch die Reichweite der Abwertungen: Nicht nur Personen fremder Herkunft erleben Abwertung, Diskriminierung und Gewalt, sondern auch solche gleicher Herkunft, die als abweichend stigmatisiert werden.

Neben Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und der Abwertung von Menschen, die Asyl suchen oder Sinti und Roma angehören, umfasst das Konzept auch die Abwertung von Menschen mit religiösen Überzeugungen wie das Judentum und den Islam, also Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Einbezogen ist auch die Herabsetzung von Menschen mit

*Es geht  
um  
Gruppen  
nicht  
um  
individuen*

<sup>1</sup> Der Artikel basiert auf Daten aus diesem Projekt. Es wird von der Volkswagen-Stiftung, der Freudenberg-Stiftung und der Möllgaard-Stiftung gefördert. Leiter ist Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld). Vgl. Webseite: [www.uni-bielefeld.de/ikg](http://www.uni-bielefeld.de/ikg) (2.3.2012).

~~anderem Geschlecht oder einer anderen sexuellen Orientierung sowie von Menschen, die obdachlos oder arbeitslos sind. Daneben umfasst das Konzept auch ganz allgemein die Abwertung von allen, die neu hinzugekommen sind, also Etablierten vorrechte als Prototyp des Vorurteils.<sup>12</sup>~~

**KERN**  
Ein wesentliches Merkmal ist, dass diese Abwertungen, welche die Ungleichwertigkeit von Gruppen erzeugen und zugleich etablieren, in einem *Syndrom* verbunden sind. Die Abwertungen, die wir als Elemente des GMF-Syndroms verstehen, hängen untereinander zusammen und haben einen gemeinsamen Kern, der durch die generelle Ideologie, dass Ungleichwertigkeit von Gruppen die Gesellschaft bestimmt und dies auch gut sei, beschrieben ist.<sup>13</sup> Das bedeutet, dass eine Person, sofern sie Zustimmung zur Abwertung einer bestimmten Gruppe äußert, mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit dazu neigt, auch andere schwache Gruppen abzuwerten und zu diskriminieren.<sup>14</sup>

Gehört  
Keinem  
extremen  
Richtung  
an (Rechts  
o. Links)  
Sondern  
ist weit  
verbreitet

Zweitens gehen wir davon aus, dass das GMF-Syndrom kein Phänomen ist, das allein am extremen Rand des politischen Spektrums angesiedelt ist, sondern ein breites, weithin geteiltes Meinungsmuster in der deutschen Bevölkerung widerspiegelt. Drittens kann ein Element dann Teil des GMF-Syndroms werden, wenn die Gleichwertigkeit der entsprechenden Gruppe in der Gesellschaft zur Disposition gestellt wird. Mit Blick auf die Verbreitung der Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung und die Frage, wie sich empirisch die Abwertungen entwickeln, zählen wir seit 2011 zwölf soziale Gruppen zum GMF-Syndrom (Abbildung 1).<sup>15</sup> Zugleich entspricht die Abbildung einer empirischen Modellprüfung des Syndroms mit den Daten des repräsentativen Surveys aus dem Jahre 2011, welches die Passung des Modells unterstützt.

## Ideologie der Ungleichwertigkeit und Ungleichheit

Die Ideologie der *Ungleichwertigkeit* stellt den gemeinsamen Kern aller Abwertungen von Gruppen dar. Da dies zentral ist, soll es im Zusammenhang mit *sozialer Ungleichheit* näher erläutert werden. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit stellt die prinzipielle Gleichwertigkeit von Gruppen oder Menschen, die Mitglieder von Gruppen sind, infrage. Menschen werden einer ausschließenden Bewertung ausgesetzt, sie sind mit Ungleichheitssemantiken konfrontiert, die im Gegensatz zu graduellen Klassifikationen solche kategorialen Natur erzeugen.<sup>16</sup> Im Gegensatz zu graduellen Klassifikationen, worin Menschen und Gruppen nach quantitativen Differenzen beispielsweise in Bildung oder Einkommen beurteilt werden und welche in der Regel mit einer durchlässigen Statushierarchie einhergehen, fallen kategoriale Klassifikationen qualitative Urteile einer grundsätzlichen Andersartigkeit bestimmter Gruppen. Diese basieren häufig auf unveränderbaren Merkmalen wie Geschlecht oder ethnische Zugehörigkeit. Kategoriale Klassifikationen auf Basis der Ideologie der Ungleichwertigkeit bieten sich dafür an, soziale Ungleichheit kategorial exkludierend zu formen und eine starre, un-durchlässige Statushierarchie zu etablieren und zu festigen.

graduell  
→ quantif.  
Einkommen  
Bildung

(Ja/Nein)  
Kategoriale  
qualitativ  
+> Andersartig  
keit best.  
Gruppen  
↓  
Tendenz  
zur  
Exklusion  
↓  
ausgrenzen

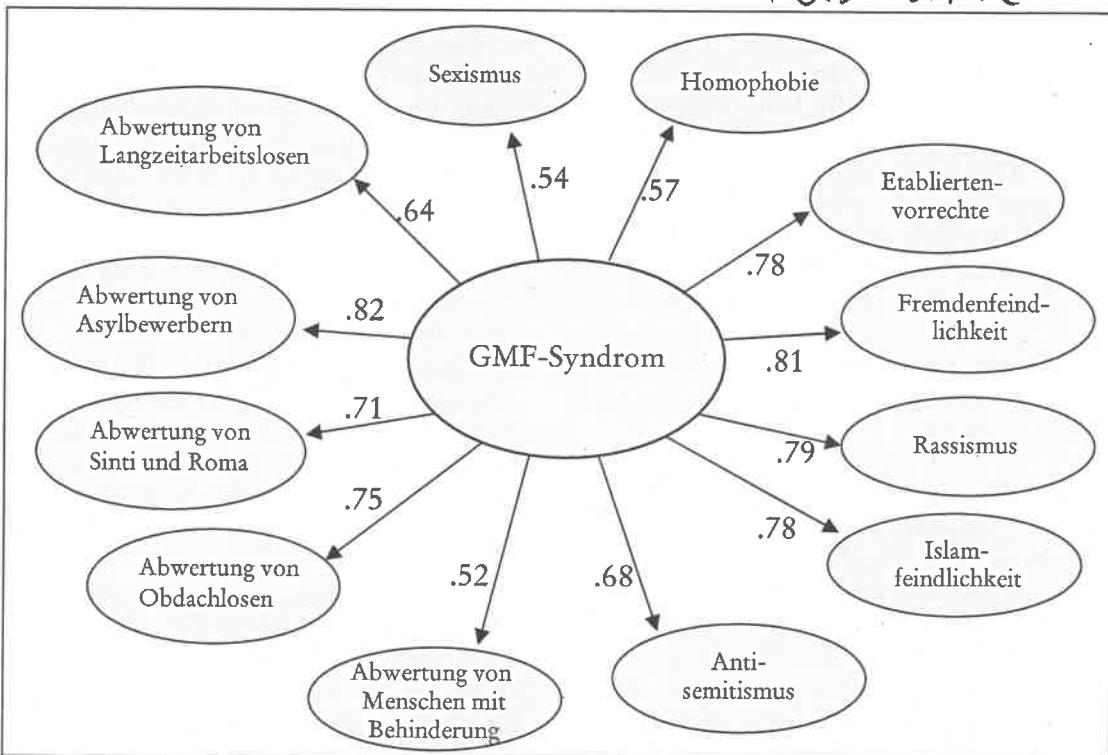
Eine Ungleichwertigkeitsideologie ist zentral für das GMF-Syndrom, weil sie letztendlich danach trachtet, *soziale Ungleichheit* zwischen Gruppen herzustellen. Einerseits wird Ungleichheit durch sozioökonomische Traditionen und Entwicklungen verstärkt oder abgeschwächt. Andererseits bedarf die Ungleichheit einer Ungleichwertigkeitsideologie, die sie stabilisiert und legitimiert. Die materielle Verarmung statusniedriger Grup-

ge 10, Berlin 2012; Wilhelm Heitmeyer, Presseinformation, 12.12.2011, online: www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout\_Fassung\_Montag\_1212.pdf (15.2.2012).

<sup>12</sup> Vgl. Sighard Neckel/Ferdinand Sutterlüty, Negative Klassifikationen – Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit, in: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.), Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden 2005.

Abbildung 1: Das empirisch geprüfte GMF-Syndrom 2011

/ Bestandteile



Die Werte entsprechen standardisierten Parameterschätzungen einer konfirmatorischen Faktorenanalyse zweiter Ordnung; hohe Werte in der Grafik bedeuten eine besonders starke Verknüpfung mit dem Kern des Syndroms. Alle Werte sind größer als .5, das heißt, alle Elemente hängen über den Kern (Faktor zweiter Ordnung) miteinander hinreichend gut zusammen, sodass sie als Syndrom bezeichnet werden können.

Quelle: A. Zick/A. Hövermann/D. Krause (Anm. 5).

pen oder die ökonomische Schwächerstellung und Zuweisung von subdominannten Statuspositionen werden durch die Ungleichwertigkeit erzeugt und zugleich nachvollziehbar.

Neben die soziale Erniedrigung tritt das Urteil der moralischen Unterlegenheit mit der ideologischen Funktion, Hierarchien, Überlegenheit und Machtpositionen zu sichern. Soziale Ungleichheit kann in Ungleichwertigkeit transformiert werden und anders herum. Vorurteile beziehungsweise die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit erfüllen damit zentrale soziale Funktionen: Sie bestimmen und stabilisieren dominante und subdominante Verhältnisse zwischen Eigengruppe und Fremdgruppe in einem gegebenen sozialen Kontext und begünstigen eine kategorial ausgrenzende soziale Ungleichheit. Insbesondere im Hinblick auf den gemeinsamen Kern von Vorurteilen, die Ideologie der Ungleichwertigkeit, tritt diese Funktion hervor. Sie stellt soziale Ungleichheit her,

indem sie die Abwertung von Gruppen und ihren Mitgliedern von Grund auf legitimiert und im Speziellen, beispielsweise in Form der einzelnen Syndromelemente der GMF, erklärt. Homosexuellen wird mit dem Argument der „Widernatürlichkeit“ oder des „Unmoralischen“ Ungleichwertigkeit attestiert. Im Rassismus wird die Ungleichwertigkeit durch biologische Minderwertigkeit oder Andersartigkeit erklärt, bei Obdachlosen und Arbeitslosen durch gesellschaftliche und insbesondere wirtschaftliche „Nutzlosigkeit“.

Menschenfeindliche Vorurteile werden kraft ihrer Verwurzelung in gesellschaftlich-kulturellen Diskursen und aktuellen Débatten zum festen Bestandteil des vermeintlichen Wissens einer Gesellschaft. Menschenfeindlichkeit ist kein Randphänomen. Durch ihren gemeinsamen Kern – die Ideologie der Ungleichwertigkeit – repräsentieren sie eine allgemein geteilte gesellschaftliche Überzeugung in Bezug auf soziale Gruppen und ihre Verhältnisse zueinander.

In ihrer gesellschaftlichen Wissensfunktion<sup>7</sup> repräsentieren Vorurteile im Rahmen eines allgemeinen Diskurses gesellschaftlich geteilte Mythen über eine bestimmte Eigengruppe (wie Gesellschaft, Kultur, soziale Klassen) in Bezug auf Fremdgruppen und deren Diskriminierung. Damit stellen die Elemente der Menschenfeindlichkeit, ähnlich wie andere gesellschaftliche Ideologien, Mythen dar, welche die soziale Hierarchie verstärken.<sup>8</sup> Sie dienen also der Stabilisierung und Aufrechterhaltung der sozialen Hierarchie zwischen Gruppen und legitimieren damit die Diskriminierung niedriger Statusgruppen.

Wie eine spezifische Hierarchie beschaffen ist, ist (ähnlich wie der genaue Zusammenhang von Ungleichwertigkeitsideologie und sozialer Ungleichheit) eine Frage der gesellschaftlich historischen Situation und Entwicklung. Die Bewertungsstandards gegenüber den Gruppen, die als ungleichwertig etikettiert werden, sowie die Salienz der Ungleichwertigkeit bestimmter Gruppen variieren historisch. Der Soziologe Sighard Neckel diagnostiziert für Deutschland gegenwärtig eine zunehmend kategorial exkludierende Dichotomisierung der Sozialstruktur:<sup>9</sup> In Kombination mit einer Entwicklung der Wirtschaft hin zu *Winner-Take-All-Märkten* führt die Vermarktlichung der Gesellschaft zu einer sukzessiven Aushöhlung des klassischen Leistungsprinzips in der Wirtschafts- und Arbeitswelt durch das gegenwärtige Erfolgsprinzip. Die Ökonomisierung „züchte“ damit eine scharfe gesellschaftliche Unterscheidung in Gewinner und Verlierer. Auf der Verliererseite stünden neben den Arbeitslosen eine große Zahl von Erwerbstätigen wie Geringqualifizierte und der „industrielle Kern der Arbeitsgesellschaft“,<sup>10</sup> die eine Entwertung ihrer Arbeitsleistung erfahren würden. Am untersten Ende der Rangordnung ständen diejenigen, die kaum mehr Aussichten haben, in eine reguläre Erwerbsarbeit einzutreten oder zurückzukehren.

<sup>7</sup> Vgl. A. Zick/B. Küpper/W. Heitmeyer (Anm. 3).

<sup>8</sup> Vgl. Jim Sidanius/Felicia Pratto, Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression, New York 1999.

<sup>9</sup> Vgl. Sighard Neckel, Flucht nach vorn, Frankfurt/M.-New York 2008.

<sup>10</sup> Ebd., S. 171.

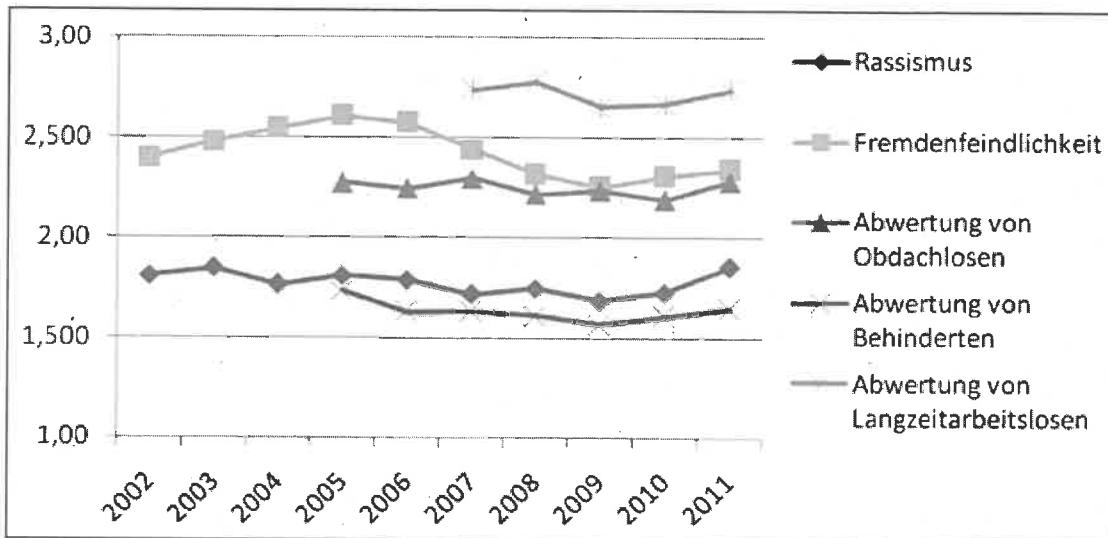
Trifft diese Diagnose zu, so müsste die Menschenfeindlichkeit in Deutschland zunehmend gegen „ökonomische Verlierer“ wie beispielsweise Langzeitarbeitslose gerichtet sein, um die von Neckel diagnostizierte Statusordnung zu stabilisieren und zu reproduzieren. Allzu eindeutig ist die soziale Realität aber nicht, da in der Regel nicht nur eine einzige, festlegbare Gruppe die statusniedrige Position in der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung darstellt. Ganz in der Ungleichwertigkeitsrhetorik, die seit einigen Jahren in den öffentlichen Debatten mit schwingt, könnten sich die heutigen Verlierer auch aus einer Mischung aus „nutzlosen Sozialschmarotzern“ und „angeborenen Minderwertigen“ aufgrund ihrer Herkunft zusammensetzen.

In Einklang mit der funktionalistischen Beschreibung von Vorurteilen als Stabilisatoren sozialer Ungleichheit konnten wir im Rahmen unseres Projektes empirisch zeigen, dass die Befürwortung von Leistungs- und Erfolgsprinzip, die als spezifische Gerechtigkeitsprinzipien einer fundamentalen Legitimation sozialer Ungleichheit in modernen westlichen Gesellschaften dienen, signifikant mit einer Menschenfeindlichkeit gegen gegenwärtig statusniedrige Gruppen zusammenhängen.<sup>11</sup> Das Anrechtsprinzip – worin der Status weniger von individueller Anstrengung und Leistung abhängt als vielmehr von gesellschaftlichen Zuschreibungen und Vererbung, das auf Statuswahrung zielt und mit seiner Berufung auf tradierte, zugeschriebene Ansprüche primär in feudalen Gesellschaften das Legitimationsprinzip für soziale Ungleichheit darstellt – geht verstärkt mit Rassismus, also einer als angeboren etikettierten Minderwertigkeit von Menschen, einher. Leistungs- und Erfolgsprinzip hängen dagegen insbesondere mit der Abwertung der als leistungsschwach und erfolglos etikettierten Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen zusammen.

Das spezifische Vorurteil scheint mit der passgenauen Gerechtigkeitsvorstellung zur sozialen Ungleichheit einherzugehen, um die spezifische Gerechtigkeitsideologie zu bestärken. Der Rassismus dient der Festi-

<sup>11</sup> Vgl. Anna Klein/Eva Groß, Gerechte Abwertung, in: Bernd Dollinger/Henning Schmidt-Semisch (Hrsg.), Gerechte Ausgrenzung?, Wiesbaden 2011.

Abbildung 2: Wieder ansteigende Elemente der GMF



Quelle: W. Heitmeyer (Anm. 5).

gung des Anrechtsprinzips, während die gegenwärtigen erfolgs- und leistungsorientierten Gerechtigkeitsprinzipien sich der Abwertung von vermeintlich nutzlosen und leistungsschwachen Gruppen bedienen: ein Indiz für die Gültigkeit der beschriebenen sozialfunktionalen Bedeutung von Vorurteilen.

Ein weiteres Einstellungsmuster, das eine noch prinzipiellere Zustimmung zu oder Ablehnung von sozialen Hierarchien und damit sozialer Ungleichheit ausdrückt, ist die sogenannte *Soziale Dominanzorientierung*.<sup>112</sup> Diese Einstellung wurde im GMF-Survey mit erhoben und ist über die gesamte Zeitspanne ein starker Erklärungsfaktor aller GMF-Syndromelemente.

## Trends

Unsere Analysen der jährlich und repräsentativ erhobenen Umfragen unterstützen den Eindruck, dass viele soziale Gruppen im zurückliegenden Jahrzehnt kontinuierlich von der Mitte der Gesellschaft als ungleichwertig beschrieben werden. Die Zustimmung zu menschenfeindlichen Meinungen folgt dabei keinem linearen Auf- oder Abwärtstrend. Die Konjunktur der Menschenfeindlichkeit unterliegt sozialen Prozessen der Integration und Desintegration.

<sup>112</sup> Vgl. J. Sidanius/F. Pratto (Anm. 8).

tion von Gruppen, die immer wieder durch historische Ereignisse zur Disposition gestellt werden.

Die meisten Abwertungen von Gruppen erscheinen seit dem ersten Erhebungszeitpunkt der GMF zyklisch, mit kontinuierlichen Auf- und Abwärtsbewegungen. Wesentlich für die Bewertung der Trends ist der Referenzpunkt, unter dem die Menschenfeindlichkeit betrachtet wird, um den dahinter liegenden Ursachen genauer nachzugehen. Abbildung 2 zeigt jene Elemente, die von 2010 auf 2011 angestiegen sind.<sup>113</sup> Es handelt sich hierbei vorwiegend um Gruppen, die das Stigma der „verminderten Leistungsfähigkeit“ und „ökonomischen Nutzlosigkeit“ tragen. Ist dies ein Hinweis auf die Relevanz von Leistungs- und Erfolgsprinzip als Gerechtigkeitsideologien gegenwärtiger sozialer Ungleichheit?

Die Trends der islamfeindlichen Einstellungen sowie die Befürwortung von Etabliertenvorrechten<sup>114</sup> weisen darauf hin, wie

<sup>113</sup> Absolute Vergleiche zwischen den GMF-Elementen wie beispielsweise „Antisemitismus ist insgesamt geringer als Islamfeindlichkeit“ sind nicht geboten, da die Aussagen zur Erfassung der GMF unterschiedlich hart oder weich formuliert sind. Relative Vergleiche hingegen wie beispielsweise „im Jahre 2002 wurde den antisemitischen Aussagen weniger zugestimmt als im Jahre 2009“ sind dagegen möglich.

<sup>114</sup> Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 5).

menschenfeindliche Meinungen durch historische Ereignisse geprägt werden können, die gesellschaftliche Entwicklungsphasen markieren. Islamfeindlichkeit stieg nach dem 11. September 2001 (bis 2006) leicht, aber kontinuierlich an. Der 11. September stellt eine Art Signalereignis dar, durch das eine Umstellung von ethnischen Kategorien auf religiöse (beispielsweise von Türken auf Muslime) entstanden ist. Damit geht eine Homogenisierung insofern einher, als dass seltener zwischen einem politisierten militärtanen Islam und dem alltäglichen Ausleben des Islams unterschieden wird. Dies hat eine Aktualität von Islamfeindlichkeit zur Folge.

Im Kontext der jüngsten Integrationsdebatten und der ökonomischen Krise seit 2008, die ebenfalls ein Signalereignis darstellt, stiegen Islamfeindlichkeit und die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten erneut an, wobei die Krise weniger die religiöse Überformung von Abwertung, sondern vielmehr das Gefühl der Bedrohung des eigenen Status hervorgerufen haben dürfte. Dieser kann durch Muslime ebenso bedroht sein wie durch allgemein neu Hinzugekommene, wie sie die Etabliertenvorrechte fokussieren. Nach Abflauen der Krisenfolgen nahmen parallel beide GMF-Elemente wieder ab.

Bei anderen Elementen der GMF scheint auch eine Kommunikationslatenz, also die gesellschaftliche Repression allzu offener Abwertungen von Gruppen langfristig Wirkung zu zeigen. So verweisen die Zustimmungen zu offen antisemitischen oder sexistischen Meinungen oder auch die Zustimmung zu negativen Meinungen über Menschen mit homosexueller Orientierung auf eine langfristige Reduzierung dieser ungleichwertig machenden Meinungen.<sup>115</sup>

## Gesellschaftliche Entwicklungen

Von zentraler Bedeutung für das Verständnis der GMF ist die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen. Dazu gehören strukturelle Entwicklungen und die damit einhergehenden sozialen Mentalitäten, welche die Ungleichwertigkeit befördern können. Einige

zentrale Entwicklungen und Mentalitäten werden im Folgenden hervorgehoben.

Zweifelsfrei ist die ökonomische Krise für die Frage des Umgangs mit schwachen Gruppen in den vergangenen Jahren zentral gewesen. Die Krise hat signifikant die Zustimmung zu Stereotypen, Vorurteilen und ungleichwertig machenden Diskriminierungsintentionen gegenüber sozialen Minderheiten befördert – vor allem, weil Bürgerinnen und Bürger im Zustand der Bedrohung die Gleichwertigkeit von Gruppen zur Disposition gestellt haben. Auch unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren zeigt sich, dass diejenigen Befragten, die sich von Wirtschafts- und Finanzkrisen bedroht fühlen, Abwertungen von Gruppen signifikant stärker zustimmen. Das Muster unterstreicht die sozialfunktionale Bedeutung der Menschenfeindlichkeit. Insbesondere Muslime, Asylbewerber und Zuwanderer, die – so wurde die Abwertung erfasst – scheinbar das soziale Netz belasten, werden von der Gruppe, die sich von der Krise bedroht sieht, abgewertet. Die Krise trägt damit indirekt, vermittelt über spezifische Vorurteile, zur aktuellen Formung sozialer Ungleichheit bei, indem die Ungleichwertigkeitssemantiken in Form der Menschenfeindlichkeit direkt von der subjektiven Krisenwahrnehmung beeinflusst sind.

Zugleich treibt die bundesrepublikanische Gesellschaft auch einen Prozess voran, der die klassischen Integrationsmodi wie Versagungen, die zur Menschenfeindlichkeit führen, konterkariert. Wir haben in der vergangenen Dekade beobachtet, dass sich eine zunehmend ökonomistische Grundauffassung in die soziale Orientierung der Bürgerinnen und Bürger eingeschrieben hat. Dies zeigt sich beispielsweise in einer signifikanten Zunahme von ökonomistischen Werthaltungen, also der Bewertung von Menschen und nicht-ökonomischen Institutionen nach ökonomischen Nützlichkeitskriterien.

Wir bezeichnen den gesellschaftlichen Prozess, der mit subjektiven Einstellungen wie ökonomistischen Orientierungen einhergeht, als Ökonomisierung des Sozialen. Dieser Prozess zeichnet sich dadurch aus, dass sich in den gegenwärtigen Regierungsweisen unterschiedlicher gesellschaftspoli-

<sup>115</sup> Vgl. ebd.

tischer Bereiche wie beispielsweise im Bereich der Arbeitsmarktpolitik oder auch in den Hochschulreformen, Markt- und Wettbewerbslogiken radikalisieren. Diese Logiken werden dabei nicht auf staatliches Handeln beschränkt, sondern dehnen sich auf alle Bereiche menschlichen Lebens und Handelns aus, auch auf individuelles Handeln.<sup>16</sup> Während der klassische Liberalismus die Regierung anhielt, die Form des Marktes zu respektieren, sei der Markt in der gegenwärtigen Konzeption nicht mehr das Prinzip der Selbstbegrenzung der Regierung, sondern das Prinzip, das sich gegen sie kehrt;<sup>17</sup> eine Art „ständiges ökonomisches Tribunal“, vor dem sich alles Handeln zu verantworten habe,<sup>18</sup> beziehungsweise eine Kontrollverschiebung weg von der Politik und hin zum Kapital.<sup>19</sup>

### *Alles ist Konkurrenz*

Die Rationalität neoliberalen Regierens läuft darauf hinaus, den Wettbewerbsmechanismus zu generalisieren und den Markt im Sinne der Humankapitaltheoretiker als universales Modell der Vergesellschaftung zu etablieren. Die Gesellschaft nimmt damit die Gestalt einer „generalisierten Konkurrenz“<sup>20</sup> an. Da die Ökonomie hier nicht mehr als ein fest umrissener und eingegrenzter Bereich mit eigener Rationalität, eigenen Gesetzen und Instrumenten gilt, sondern prinzipiell alle Formen menschlichen Handelns umfasst, verschwimmen aus dieser Perspektive die Grenzen zwischen Ökonomie und Sozialem. Diese Entwicklungen haben Folgen für jene Gruppen, die den verschärften Wettbewerbsbedingungen nicht standhalten und nach der Marktlogik wenig nützlich sind. Der Markt als Vergesellschaftungsmodus orientiert sich primär an der Nützlichkeit und weniger an der Moral. Dies schlägt sich subjektiv in den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger nieder.

<sup>16</sup> Vgl. Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst, Frankfurt/M. 2007.

<sup>17</sup> Vgl. Thomas Lemke/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling, Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie, in: dies. (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart, Frankfurt/M. 2000.

<sup>18</sup> Vgl. Michel Foucault zit. nach: U. Bröckling (Anm. 16).

<sup>19</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/M. 2001.

<sup>20</sup> U. Bröckling (Anm. 16), S. 84.

Unsere Analysen zeigen, dass jene, deren Lebensorientierung sehr viel deutlicher als bei anderen durch ökonomistische Orientierungen geprägt ist, nahezu alle Gruppen abwertet, die im Syndrom der GMF beschrieben sind.

Die Ökonomisierung des Sozialen trägt dazu bei, insbesondere Langzeitarbeitslose, als Konkurrenten und „Sozialschmarotzer“ empfundene Ausländer, Muslime und Obdachlose über die entsprechenden Vorurteile auf ihre statusniedrige Position zu verweisen. Diese fundamentale gesellschaftliche Entwicklung festigt und formt so indirekt und vermittelt über Menschenfeindlichkeit eine aktuelle Form der sozialen Ungleichheit.

Gefühle von Bedrohung, Orientierungs- und Einflusslosigkeit verweisen auf die Bedeutung des ökonomischen Status für die Frage der Beurteilung von Gruppen. Ängste, Ohnmacht, ökonomische Unsicherheitsgefühle und Abstiegsängste machen Menschen anfällig, jene abzuwerten, die in der gesellschaftlichen Hierarchie unten lokalisiert werden. Dabei sind jene Bürger, die selbst prekären sozialen Schichten, Milieus oder Gruppen angehören, auf den ersten Blick anfälliger für die leichtfertige Zustimmung zu menschenfeindlichen und die Ungleichwertigkeit markierenden Einstellungen.<sup>21</sup> Oft ist die prekäre Lage auch mit Bildungsdefiziten verbunden, die anfällig machen, Abwertungen zuzustimmen. Gemeinsam mit den Einflüssen der oben skizzierten subjektiven Einschätzung von Bedrohung und Verunsicherung spricht einiges für die klassische Beobachtung eines „Arme-Leute-Rassismus“.

Das Bild täuscht allerdings gewaltig: Analysen über die Zustimmung zu abwertenden Meinungen in verschiedenen Einkommensgruppen zeigen einen seit 2009 teils sprunghaften Anstieg von Menschenfeindlichkeit in höheren Einkommensgruppen. Für diejenigen Gruppen, die im Zuge der Ökonomisierung des Sozialen als Zielscheibe von Menschenfeindlichkeit an Konjunktur gewinnen, da sie für das Stigma der ökonomischen Nutzlosigkeit beziehungsweise verminderter Leistungsfähigkeit besonders passgenau

<sup>21</sup> Vgl. A. Zick/A. Hövermann/D. Krause (Anm. 5).

infrage kommen (Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Ausländer, Menschen mit Behinderung, aber auch allgemein neu Hinzugekommene), ist sehr deutlich zu sehen, dass auch und insbesondere bei Befragten aus den höheren Einkommensgruppen in den vergangenen drei Jahren die Abwertungen signifikant angestiegen sind. Dies kann als Indiz für die Verteidigung bestehender Statushierarchien durch die starken Gruppen in Krisenzeiten, in denen diese ins Wanken geraten könnten, gewertet werden. Für die als „nutzlos“ und „Minderleister“ etikettierten Gruppen konnten wir zum letzten Erhebungszeitpunkt auch einen Anstieg der Abwertungen in der Gesamtbevölkerung beobachten (*Abbildung 2*).

Möglicherweise spielen diese Beobachtungen eine zentrale Rolle in Bezug auf die sich abzeichnende soziale Hierarchie und damit auf die spezielle Beschaffenheit der gegenwärtigen oder zukünftigen sozialen Ungleichheit in Deutschland. Übernimmt die Ideologie der Ungleichwertigkeit gewissermaßen die Federführung in der Herstellung dieser Ungleichheit, so droht eine kategorial exkludierende Statusordnung, die besonders anfällig ist für ein Umschlagen in physische oder psychische Gewalt.<sup>22</sup>

In der sozialen Hierarchie ganz unten stehen diejenigen, die aus ökonomischen Kalkülen wenig nützlich sind, wobei diese Kategorie freilich prinzipiell offen ist für neue Gruppen. Die neuen Arbeitsmigranten der globalisierten Wirtschaftsgemeinschaft, Teilzeit- und Kurzzeitarbeitskräfte, aber auch viele andere soziale Gruppen stehen auf der Agenda der Ungleichwertigkeit, welche die Ungleichheit erhält. Ob diese Form der sozialen Ungleichheit ihren Ursprung in sozialstrukturellen Entwicklungen hat, primär durch Vorurteilsideologien und -diskurse produziert wird oder ob diese strukturellen und kulturell-ideologischen Entwicklungen Hand in Hand gehen, ist dabei eine hoch interessante Frage, die des gesellschaftlichen Diskurses bedarf.

<sup>22</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Ideologie der Ungleichwertigkeit, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt/M. 2008; Sighard Neckel, Die gefühlte Unterschicht, in: Rolf Lindner/Lutz Musner (Hrsg.), Unterschicht, Freiburg i.Br. 2007.

## Ausblick

Wir finden die Weiterführung eines zeitdiagnostischen Monitors der Menschenfeindlichkeit für eine Gesellschaft wie die bundesrepublikanische – in deren Entwicklung sich immer wieder Ungleichwertigkeit einschleicht – hochgradig bedeutsam. Einerseits kann damit die demokratische Qualität der Gesellschaft, die sich bei aller Ökonomisierung auf die Gleichwertigkeit beruft, bemessen werden. Andererseits kann damit beobachtet werden, wie sich Entwicklungen im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich auf den Umgang mit schwachen Gruppen und damit auf die moralische Qualität der Gesellschaft auswirken.

Dafür ist es neben den Untersuchungen zur objektiven Spaltung der Gesellschaft etwa anhand von objektiven Strukturindikatoren oder in Form von Studien zur Prekarisierung am Arbeitsmarkt nötig, soziale und politische Faktoren und Entwicklungen in Zusammenhang mit Ungleichwertigkeit und deren Folgen für Ungleichheit zu beobachten. Empirische Studien zeigen, dass dichotomes, also kategoriales Denken im Gegensatz zu graduell empfundenen Statusunterschieden, an Konjunktur gewinnt. Die Erfahrung zunehmender sozialer Spaltung in „die da oben“ und „die da unten“, „Leistungsträger“ und „Minderleister“, „Gewinner“ und „Verlierer“, „Nützliche“ und „Nutzlose“ oder die Wahrnehmung, selbst zu den „nutzlosen Verlierern“ zu gehören, bestärken dieses Denken, das letztlich einen zivilisatorischen Rückschritt darstellt.

Die Ideologie der Ungleichwertigkeit, wie sie über die Vorurteile der GMF transportiert wird, stellt eine gefährliche Legitimationsbasis für eine solch kategorial desintegrative Gesellschaftsordnung dar. Welchen Einfluss gesellschaftliche Entwicklungen, seien sie schleichend oder mit Signalwirkung, auf solche desintegrativen Ideologien haben, und wie genau das Zusammenspiel zwischen Ungleichwertigkeit, Ungleichheit und Gewalt funktioniert, sind Fragen, denen sich eine Gesellschaft kontinuierlich stellen kann, möchte sie die Gleichwertigkeit von Individuen und Gruppen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft herstellen, sichern und weiter vorantreiben.



Soziale Arbeit

Sozialer Bereich: Kriminelle in der Bevölkerung

Institut für Delinquenz und Kriminalprävention

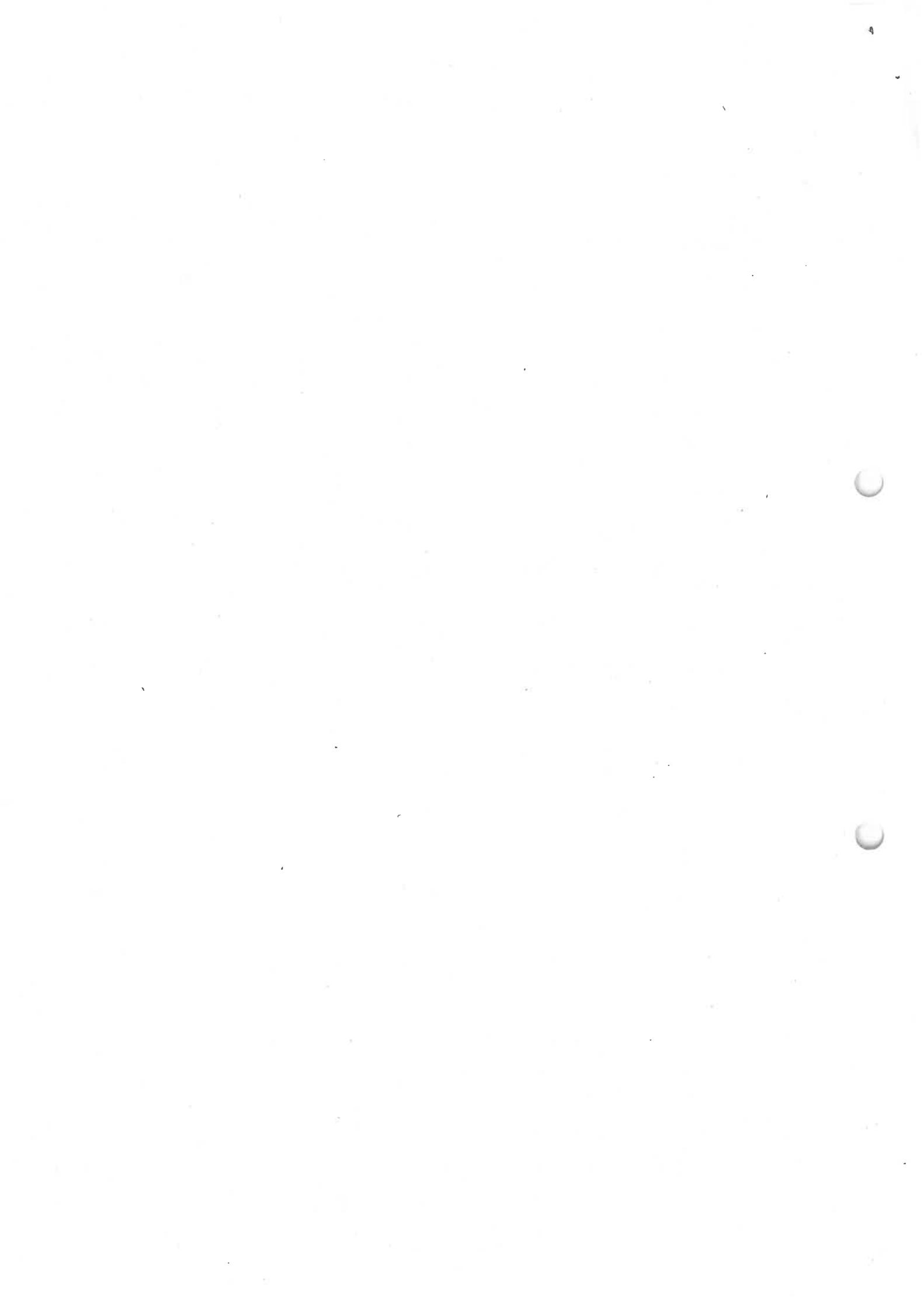
# **Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland**

## **Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer**

**Januar 2018**

**Prof. Dr. Christian Pfeiffer**  
**Prof. Dr. Dirk Baier**  
**Dr. Sören Kliem**

unter Mitarbeit von Prof. Dr. Thomas Mößle, Laura Beckmann und Eberhard Mecklenburg  
Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Entwicklung der Gewalt.....</b>	<b>7</b>
2.1	Entwicklung der Gewalt im Polizeilichen Helffeld .....	7
2.2	Jugendgewalt im Dunkelfeld .....	13
	<i>Exkurs: Entwicklung der innerschulischen Gewalt .....</i>	21
2.3	Spezifische Viktimisierungsformen .....	24
2.3.1	Sexueller Kindesmissbrauch .....	24
2.3.2	Sexuelle Gewalt gegen Frauen .....	26
2.3.3	Häusliche Gewalt gegen Frauen .....	28
<b>3</b>	<b>Erklärungsansätze der Entwicklung .....</b>	<b>31</b>
3.1	Soziale Makrostruktur .....	32
3.2	Elterliche Erziehung .....	35
	<i>Exkurs: Gewalt gegen eigene Eltern .....</i>	41
3.3	Soziale Bindungen .....	41
3.4	Peers und delinquente Normen .....	48
3.5	Formelle soziale Kontrolle .....	51
3.6	Zusammenfassung .....	54
<b>4</b>	<b>Aktuelle Herausforderungen.....</b>	<b>57</b>
4.1	Extremismus und fundamentalistischer Islamismus.....	57
4.2	Online-Viktimisierung .....	61
4.3	Teen Dating Violence.....	67
4.4	Objektive Sicherheitslage vs. subjektive Sicherheit .....	68
<b>5</b>	<b>Flüchtlinge in Niedersachsen als Opfer und Täter von Gewalt.....</b>	<b>71</b>
5.1	Der seit 2014 zu beobachtende Anstieg der Gewaltkriminalität in Niedersachsen – gibt es einen Zusammenhang mit der seit 2015 starken Zuwanderung?“ .....	71
5.2	Erklärungsangebote für den Anstieg der Gewaltkriminalität.....	72
5.2.1	Bevölkerungszuwachs durch Flüchtlinge .....	72
5.2.2	Alters- und Geschlechtszusammensetzung .....	73
5.2.3	Die Akzeptanz gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen .....	74
5.2.4	Das Anzeigeverhalten von Gewaltopfern .....	74

5.2.5	Die verschiedenen Gruppen von Flüchtlingen und ihre jeweiligen Aufenthaltsperspektiven .....	77
5.2.6	Die individuellen und sozialen Rahmenbedingungen des Lebens von Flüchtlingen (Ergebnisse eines Workshops mit Expertinnen und Experten der Flüchtlingsbetreuung) .....	80
5.2.7	Zwischenfazit .....	81
5.3	Die Differenzierung nach den vier Deliktgruppen der Gewaltkriminalität .....	83
5.4	Die Reduktion des Tatvorwurfs im Zuge des Strafverfahrens – eine Datenanalyse am Beispiel der tatverdächtigen Flüchtlinge aus nordafrikanischen Ländern .....	87
5.5	Zusammenfassung und erste Folgerungen .....	88
<b>6</b>	<b>Ausblick .....</b>	<b>93</b>
	<b>Literatur .....</b>	<b>95</b>
	<b>Anhang .....</b>	<b>99</b>

# 1 Einleitung

Die mediale Berichterstattung über zum Teil sehr schwere Gewalttaten kann in der Bevölkerung den Eindruck entstehen lassen, dass in Deutschland ein Anstieg der Gewaltkriminalität zu verzeichnen ist. Die Politik reagiert auf die sich ausbreitende Sorge der Bevölkerung vor zunehmender Gewalt mit verschiedenen innenpolitischen, polizeilichen ebenso wie justiziellen Maßnahmen. Die Kriminalisierung von Verhaltensweisen gehört zu diesen justiziellen Maßnahmen ebenso dazu wie die Erhöhung von Strafrahmen für bestimmte Delikte bzw. das Beschränken von generell eher punitiveren Sanktionen. Die Einführung des Warnschussarrests im Jahr 2013 ist mit Blick auf die Gruppe der Jugendlichen ein Beispiel für eine solche Sanktion. Die general- wie spezialpräventive Wirkung dieser Sanktionen sind zweifelhaft; sie signalisieren aber Handlungsstärke, die, zumindest in der Perspektive verschiedener Personengruppen in Deutschland, der Politik bzw. dem Staat abhandengekommen ist.

Dass die Entwicklung der Gewalt, gerade mit Blick auf die Jugendlichen, in Deutschland im letzten Jahrzehnt stark rückläufig gewesen ist, wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, obwohl die Kriminologie dies bereits seit einigen Jahren konstatiert. Ein Rückgang der Gewalt steht für viele Menschen in zu starkem Widerspruch zu den eigenen Meinungen und Eindrücken, nicht unbedingt zu den eigenen Erfahrungen. Anliegen dieses Berichts ist es, die in Deutschland zur Entwicklung der (Jugend)Gewalt existierenden Befunde vorzustellen und gleichzeitig die Frage zu beantworten, welche Faktoren die positiven Veränderungen bewirkt haben. Eine differenzierte Betrachtung der vorhandenen Befunde führt zugleich nicht nur dazu, die positiven Veränderungen zu fokussieren; sie erlaubt auch, Probleme und Herausforderungen zu benennen, die in den kommenden Jahren an Relevanz gewinnen dürften. Ein Ziel dieses Berichts ist es daher, eben solche Probleme und Herausforderungen zu identifizieren, auch wenn diesbezüglich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

Um zu einer verlässlichen Einschätzung der Gewaltentwicklung zu gelangen, können in Deutschland verschiedene Datenquellen herangezogen werden. Einerseits werden begangene Straftaten von der Polizei registriert. Eine Registrierung hängt allerdings davon ab, ob eine Tat von einem Opfer oder einer anderen Person angezeigt wird bzw. ob die Polizei bei Ermittlungsarbeiten eine Straftat aufdeckt. Die polizeilich registrierte Kriminalität wird auch als Hellfeld-Kriminalität bezeichnet. Der Begriff des Hellfelds verweist darauf, dass nur ein Teil aller strafbaren Handlungen den Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis gelangt und in den verschiedenen Kriminalstatistiken erfasst wird. Ein, je nach Delikt unterschiedlich großer Anteil an strafbaren Handlungen verbleibt im Dunkelfeld. Problematisch ist, dass das Verhältnis zwischen dem Hell- und dem Dunkelfeld nicht nur mit dem Delikttyp variiert, sondern auch über die Zeit bzw. über bestimmte geographische Einheiten hinweg. Ansteigende oder rückläufige Entwicklungen in der Hellfeldstatistik ebenso wie Unterschiede zwischen Städten, Regionen oder Bundesländern können deshalb sowohl tatsächliche Veränderungen bzw. Unterschiede markieren; sie können aber auch auf Veränderungen bzw. Unterschieden im Anzeigeverhalten, in den polizeilichen Ermittlungsaktivitäten, in der Registrierungspraxis (inkl. Registrierungsfehlern), in gesetzlichen Rahmenbedingungen usw. basieren (vgl. Lamnek 1998, S. 384ff). Die wichtigste Statistik zur Hellfeld-Kriminalität ist die Polizeiliche Kriminalstatistik, in der alle aufgedeckten Straftaten erfasst werden und soweit wie möglich auch Angaben zu den Tatverdächtigen.

Eine zweite Datenquelle, die zur Frage der Entwicklung der Kriminalität herangezogen werden kann, sind Dunkelfeldstudien. Die Bezeichnung ist etwas irreführend, weil diese Studien nicht nur beanspruchen, den nicht der Polizei zur Kenntnis gelangten Anteil der Kriminalität zu erfassen, sondern sowohl

die Hell- als auch die Dunkelfeldkriminalität. Dunkelfeldstudien sind i.d.R. so angelegt, dass eine repräsentative Auswahl der Bevölkerung bzw. einer Bevölkerungsgruppe über ihre Erlebnisse mit delinquenten Verhaltensweisen befragt wird. Zu unterscheiden sind dabei Opfer- und Täterbefragungen. Mit Blick auf die Jugendlichen existiert mittlerweile eine Vielzahl an Opfer- und Täterbefragungen, mit denen es möglich ist, die Entwicklung der Jugendgewalt im Dunkelfeld über fast zwei Jahrzehnte hinweg nachzuzeichnen.

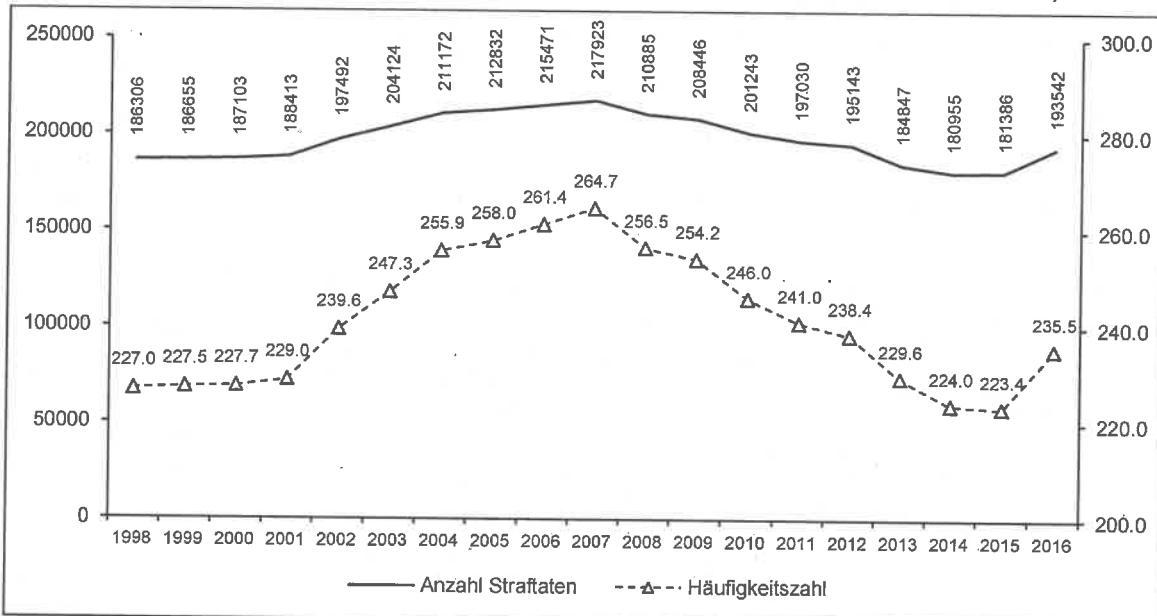
Die Befunde von Auswertungen der Hellfeldstatistik ebenso wie von Dunkelfelduntersuchungen werden im zweiten Abschnitt dieses Berichts vorgestellt. Ein Schwerpunkt wird dabei auf die Gruppe der Jugendlichen gelegt. In der Polizeilichen Kriminalstatistik werden Jugendliche als Personen im Alter zwischen 14 und unter 18 Jahren definiert. Die meisten Dunkelfeldstudien beschränken sich auf Schülerinnen und Schüler der neunten Jahrgangsstufe, die in Deutschland durchschnittlich 15 Jahre alt sind. Die Beschränkung auf diese Altersgruppe hat forschungsökonomische Gründe: Dunkelfeldbefragungen unter Jugendlichen werden hauptsächlich an Schulen durchgeführt, da hier nahezu alle Jugendlichen erreicht werden können. In Deutschland besteht in einigen Bundesländern eine neunjährige Schulpflicht, so dass einige Schülerinnen und Schüler die Schule nach der neunten Klasse verlassen und repräsentative Studie nur noch mit einem deutlich höheren finanziellen und personellen Aufwand durchgeführt werden könnten. Neben der Frage der Entwicklung der Jugendgewalt wird sich der Bericht im dritten Abschnitt verschiedenen Erklärungsfaktoren des Rückgangs der Jugendgewalt widmen, bevor im vierten Abschnitt ausgewählte aktuelle Herausforderungen im Bereich des Gewaltverhaltens vorgestellt werden. Da sich im Laufe der vorzustellenden Auswertungen zeigen wird, dass die enorme Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland eine eigenständige Herausforderung in Bezug auf die aktuelle und zukünftige Gewaltsituation darstellt, wird sich mit diesem Thema im fünften Abschnitt gesondert beschäftigt. Hinzuweisen ist an dieser Stelle darauf, dass in Bezug auf die Befunde von Dunkelfeldstudien z.T. zwischen deutschen Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterschieden wird. Ein Migrationshintergrund definiert sich in diesen Befragungsstudien dadurch, dass ein Befragter oder mindestens ein leiblicher Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde bzw. keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

## 2 Entwicklung der Gewalt

### 2.1 Entwicklung der Gewalt im Polizeilichen Hellfeld

Als Gewaltkriminalität werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik im Wesentlichen vier Deliktkatgien zusammengefasst: Mord/Totschlag, Vergewaltigung, Raub und gefährliche und schwere Körperverletzungen. Die Entwicklung der derart definierten Gewaltkriminalität ist für die Jahren 1998 bis 2016 in Abbildung 1 dargestellt. Die Anzahl der Gewalt-Straftaten ist demnach von 1998 bis 2007 von 186.306 auf 217.923 gestiegen. Im Anschluss daran sinkt diese Zahl bis 2014 auf 180.955 um immerhin ein Sechstel. Im Jahr 2014 wird zugleich die niedrigste Zahl an Gewalt-Straftaten im gesamten Beobachtungszeitraum seit 1998 ausgewiesen. In den letzten beiden Jahren kommt es dann wieder zu einem Anstieg der Gewalt-Straftaten, wobei das Niveau von 2007 weiterhin deutlich unterschritten wird.

Abbildung 1: Entwicklung der Gewaltkriminalität seit 1998 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)

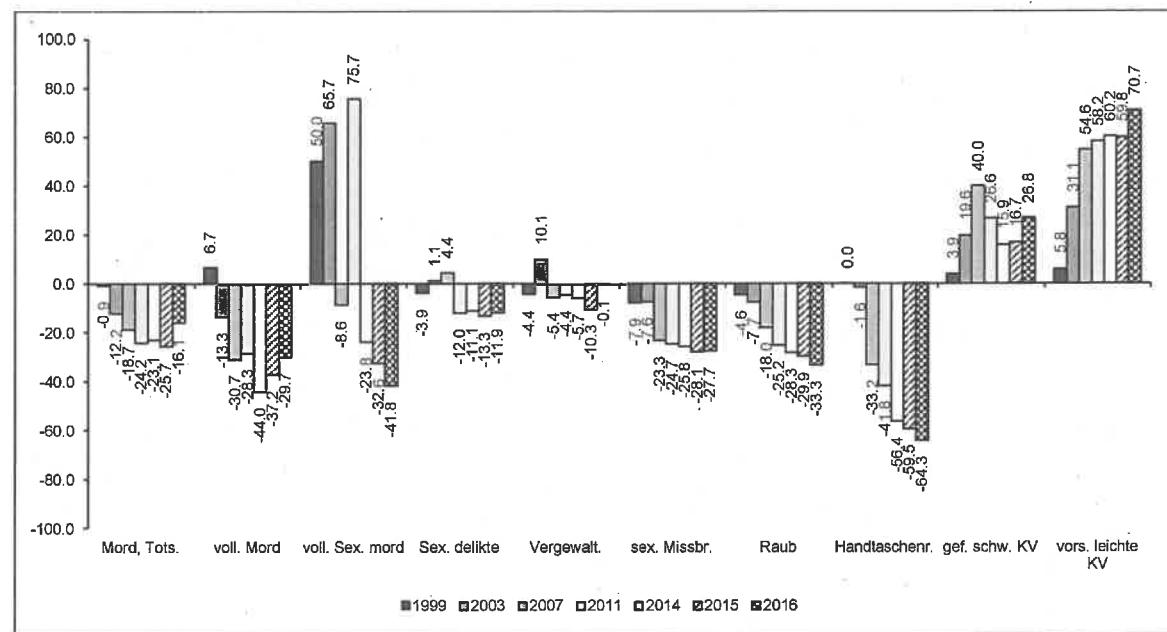


Jenseits der Anzahl der Straftaten wird gewöhnlich auf die Häufigkeitszahl zurückgegriffen, um die Entwicklung von Straftaten nachzuzeichnen. Die Häufigkeitszahl gibt an, wie viele Straftaten pro 100.000 Einwohnern von der Polizei registriert wurden. Es handelt sich damit um eine an der Bevölkerungsanzahl relativierte Maßzahl, die berücksichtigt, ob die Bevölkerung zunimmt (was einen Anstieg der Anzahl an Straftaten erwarten ließe) oder abnimmt (was einen Rückgang erwarten ließe). Im Zeitraum 1998 bis 2016 hat es zunächst einen Anstieg der Bevölkerungszahl bis 2003, danach einen Rückgang bis 2013 und im Anschluss wieder einen Anstieg gegeben. Insofern ist eine Relativierung der Anzahl an Gewalt-Straftaten an dieser Bevölkerungsentwicklung sinnvoll. Allerdings ist zu beachten, dass insbesondere die Bevölkerungszahlen der Jahre 2015 und 2016 aufgrund der hohen Zuwanderung an Flüchtlingen ungenau sind und eine Unterschätzung der tatsächlichen Bevölkerungsanzahl darstellen; dies wiederum hat zur Folge, dass die Häufigkeitszahl überschätzt wird. Wie Abbildung 2 belegt, ändert eine solche Relativierung nichts daran, dass im Jahr 2007 die höchste Häufig-

keitszahl festzustellen ist (264,7 Gewalt-Straftaten je 100.000 Einwohner) und danach ein Rückgang einsetzt, der ebenfalls etwa ein Sechstel beträgt. Auffällig ist auch bei Betrachtung der Häufigkeitszahl die Trendumkehr, die sich im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 zeigt. Ungeachtet dessen lässt sich konstatieren, dass es in den letzten zehn Jahren zu einem beachtlichen Rückgang der Gewaltkriminalität in Deutschland gekommen ist.

Für die einzelnen Delikte, die zur Gewaltkriminalität zählen, ergeben sich zwar nicht in Bezug auf das Ausmaß, wohl aber in Bezug auf die Richtung, durchweg entsprechende Trends, wie Abbildung 2 zeigt. Dargestellt sind die relativen Veränderungen der Häufigkeitszahl ausgewählter Jahre zur Häufigkeitszahl des Jahres 1998. Im Anhang in Tabelle A1 sind sowohl die Anzahl an Straftaten als auch die Häufigkeitszahlen abgebildet, die den Berechnungen zugrunde liegen. An einem Beispiel soll das Lesen der Abbildung verdeutlicht werden: Im Jahr 1998 wurden 2.877 Straftaten des Delikts Mord bzw. Totschlag polizeilich registriert, 1999 waren es 2.851; 2016 2.418. Die Häufigkeitzahlen für diese Jahre lauten 3,51, 3,48 und 2,94. Die Veränderung von 3,51 auf 3,48 entspricht einem relativen Rückgang von -0,9 %, die Veränderung von 3,51 auf 2,94 von -16,1 %. Nur diese relativen Entwicklungen finden sich in der Abbildung. Ausnahmsweise sind die aufeinanderfolgenden Jahre 2014, 2015 und 2016 dargestellt, weil sich zum Jahr 2016 teilweise abweichende Trends zeigen.

**Abbildung 2: Entwicklung der Häufigkeitszahl verschiedener Delikte relativ zum Jahr 1998 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)**



Werden die vier übergeordneten Gewaltdeliktkategorien betrachtet, ergeben sich folgende Entwicklungen:

- Der Mord/Totschlag ist seit 1998 um bis zu 25,7 %, d.h. um mehr als ein Viertel rückläufig. Im Jahr 2016 liegt die Häufigkeitszahl noch immer um 16,1 % unter der des Jahres 1998. Im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 kommt es aber wieder zu einem Anstieg. Zum Mord/Totschlag sind in der Abbildung zusätzlich zwei Unterkategorien dargestellt. Erstens zeigt sich dabei für die Kategorie des vollendeten Mordes ein insgesamt noch starker Rückgang als für Mord/Totschlag insgesamt: Von 1998 bis 2015 ist die Anzahl vollendeter Morde um 37,2 % zurückgegangen. Oder in absoluten Zahlen ausgedrückt: Während es deutschlandweit 1998 noch 452 vollendete Morde gab (1999 sogar 482), lag die Zahl im Jahr 2015 bei

281; die niedrigste Anzahl im Beobachtungszeitraum findet sich für das Jahr 2013 mit 241 vollendeten Morden (zwischen 1999 und 2013 hat sich die Anzahl vollendeter Morde also halbiert). Zweitens ergibt sich für den vollendeten Mord im Zusammenhang mit Sexualdelikten, wenn man auch die achtziger Jahre in die Längsschnittbetrachtung einbezieht, ein besonders starker Rückgang. Da es sich hier um ein seltenes Delikt handelt, werden jeweils die Zahlen von Dreijahreszeiträumen betrachtet. Danach wurden in den Jahren 1983 bis 1985 in Westdeutschland und West-Berlin 130 solcher vollendeter Sexualmorde registriert. In den Jahren 1998 bis 2000 reduzierte sich diese Zahl in Gesamtdeutschland auf 46 und ging von 2014 bis 2016 auf 24 zurück. Dies ist eine Abnahme um 81 %.

2. Die vollendete, vorsätzliche Tötung von Kindern wird gesondert betrachtet, weil sich hier nach der PKS seit 1995 eine auffällig starke Veränderung abzeichnet. Insgesamt gesehen ist die Zahl solcher Totschlags- und Morddelikte an 0- bis unter 14-jährigen zwischen 1995 und 2016 von 172 auf 68 zurückgegangen. Pro 100.000 der Altersgruppe ergibt dies eine Abnahme um 51,8 %. Am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen wurden hierzu zwei Aktenanalysen durchgeführt (vgl. Haug/Zähringer 2017, Höynck et al. 2015). Danach handelt es sich bei dem Täterinnen und Tätern gegenüber 0- bis unter 6-jährigen Tötungsofern nahezu ausschließlich und bei den 6- bis unter 14-jährigen zu 65,3 % um die biologischen oder sozialen Eltern. Der starke Rückgang des Tötens von Kindern verläuft damit parallel zu einer entsprechenden Entwicklung, die sich zur Misshandlung von Kindern durch ihre Eltern abzeichnet (vgl. dazu 3.2). Die Daten belegen, dass in den Familien die schwere Gewalt gegen Kinder seit mehr als 20 Jahren generell sehr stark abgenommen hat.
3. Für Vergewaltigung ergeben sich schwächere Veränderungen, die aber mehrheitlich auch auf einen Rückgang hindeuten. Der Vergleich der Jahre 2015 und 1998 ergibt bspw. einen Rückgang der Häufigkeitszahl von 10,3 %. Die höchste Anzahl an Vergewaltigungen wurde im Jahr 2004 mit 8.831 registriert, die niedrigste 2015 mit 7.022. Im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 ist es zu einem Anstieg der Vergewaltigungen gekommen, so dass fast das Niveau von 1998 wieder erreicht ist. Dieses liegt aber noch immer niedriger als das Niveau, das zu Anfang der 2000er festzustellen war. Zusätzlich sind zwei weitere Deliktategorien in der Abbildung dargestellt: Dabei handelt es sich zum einen um die Sammelkategorie „Sexualdelikte“, in die die Vergewaltigung mit eingeht, die aber als Sammelkategorie nicht zur Gewaltkriminalität gezählt wird. Die Entwicklungen sind bei dieser Deliktategorie, zumindest wenn die letzten zehn Jahre betrachtet werden, noch positiver als bei der Vergewaltigung. Zum anderen sind die Veränderungen der Häufigkeitszahlen des sexuellen Missbrauchs von Kindern dargestellt, die ebenfalls nicht als Gewaltkriminalität gelten. In Bezug auf dieses Delikt sind die Häufigkeitszahlen seit 1998 um über ein Viertel zurückgegangen. Eine Umkehrung des Trends nach 2015 deutet sich hier nicht an.
4. In Bezug auf Raubtaten ergeben sich nahezu kontinuierliche Rückgänge seit 1998. Die Häufigkeitszahl des Jahres 2015 liegt 29,9 % niedriger als die Zahl des Jahres 1998, die Häufigkeitszahl des Jahres 2016 sogar 33,3 %. Raubstraftaten haben also seit 1998 um ein Drittel abgenommen, wobei es im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 wiederum keine Trendumkehr gibt. Eine Deliktategorie des Raubs ist der Handtaschenraub. Für diesen ergibt sich im Beobachtungszeitraum ein Rückgang um fast zwei Drittel (-64,3 %).
5. Die gefährliche und schwere Körperverletzung ist im Gegensatz zum Raub kontinuierlich bis zum Jahr 2007 angestiegen; auch in den Jahren danach liegt das Niveau der Häufigkeitszahl weiterhin über dem Niveau von 1998. Gleichwohl kommt es von 2007 (154.849 Delikte) bis 2014 (125.752 Delikte) zu einem deutlichen Rückgang entsprechender Straftaten in Deutschland. Zum Jahr 2015 (127.395 Delikte), insbesondere aber zum Jahr 2016 (140.033) zeigt sich allerdings wieder ein Anstieg der Straftaten, wobei auch hier zu betonen ist, dass das hohe Niveau von 2007 noch nicht erreicht ist.

Abbildung 2 stellt zusätzlich die Entwicklung eines weiteren Delikts vor, das nicht zur Gewaltkriminalität gezählt wird, gleichwohl aber physische Gewalt beinhaltet, weshalb eine Betrachtung in diesem Kontext gerechtfertigt erscheint: die vorsätzliche, leichte Körperverletzung. Im Widerspruch zu allen anderen betrachteten Delikten gilt für dieses Delikt ein kontinuierlicher Anstieg, der auch nach 2007 weitergeht. Während 1998 deutschlandweit 237.493 vorsätzliche, leichte Körperverletzungen registriert wurden, waren es 2016 406.038. Die Häufigkeitszahl hat sich in diesem Zeitraum um 70,7 % erhöht. Der Widerspruch, der sich zu den anderen Delikten zeigt, lässt sich auflösen, wenn beachtet wird, dass sich in dem fast 20-jährigen Beobachtungszeitraum die Sensibilität gegenüber eher geringfügiger Gewalt verändert hat. Raubtaten oder gefährliche und schwere Körperverletzungen stellen Delikte dar, bei denen es ein eher geringes Dunkelfeld gibt; die Opfer dieser Delikte erstatten gewöhnlich Anzeige, um den Schaden ersetzt zu bekommen bzw. den Täter/die Täterin der Bestrafung zuzuführen. Dies war vor 20 Jahren nicht anders als heute. Für leichtere Übergriffsformen hingegen ist die Bereitschaft, diese bei der Polizei anzugeben, gestiegen. Ein Beispiel hierfür sind Übergriffe, die sich im schulischen Kontext ereignen: Schulleiterinnen und Schulleiter gehen immer häufiger dazu über, diese anzugeben, z.T. deshalb, weil dies durch bundeslandspezifische Erlasse gefordert wird. Der kontinuierliche Anstieg der vorsätzlichen, leichten Körperverletzungen steht deshalb dafür, dass mehr Delikte vom Dunkelfeld ins Hellfeld gelangen, nicht dafür, dass es zu einer Verrohung der Gesellschaft gekommen wäre. Die Entwicklungen zu den anderen, deutlich schwereren Gewaltdelikten widersprechen einer solchen Verrohungsnahme eindrücklich.

Um die Entwicklung der Gewaltkriminalität für verschiedene Altersgruppen darzustellen und damit auch die Frage zu beantworten, wie sich die Jugendgewaltkriminalität im Polizeilichen Hellfeld verändert hat, muss auf die Tatverdächtigen Bezug genommen werden. Erst wenn zu einer Straftat ein Tatverdächtiger bekannt ist, lässt sich etwas über das Alter von in Straftaten involvierten Personen aussagen. Diesbezüglich sind zwei Einschränkungen zu beachten:

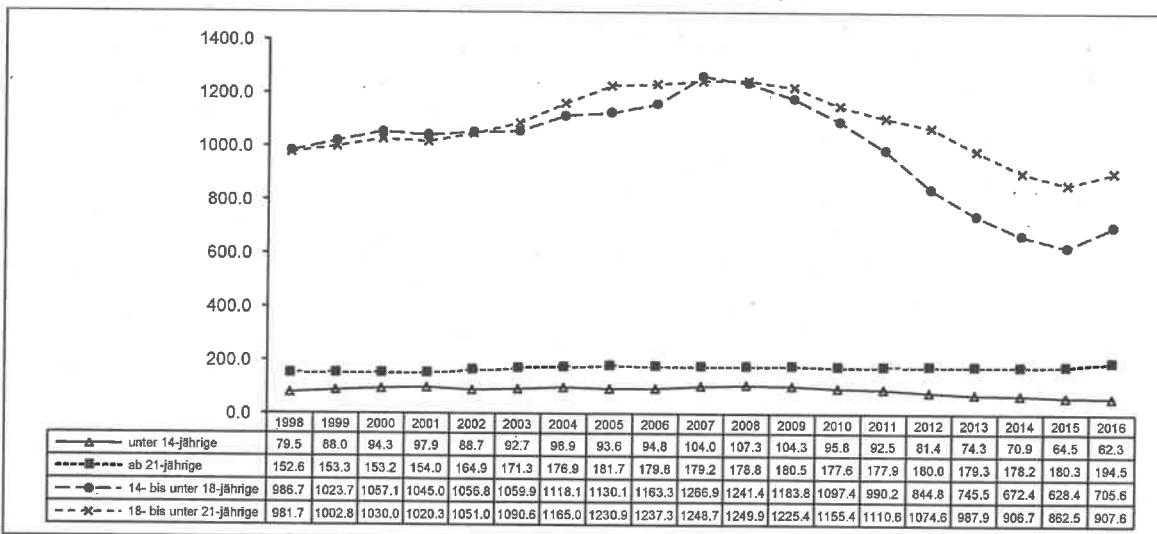
1. Aussagen über Tatverdächtige sind umso verlässlicher, je mehr Straftaten angezeigt und letztlich aufgeklärt werden. Die Anzeige- und Aufklärungsquote sind demnach auch ein Maß der Verlässlichkeit der Angaben über Tatverdächtige. Zu nicht angezeigten und nicht aufgeklärten Straftaten ist nicht bekannt, wie sich Merkmale wie das Alter, das Geschlecht oder die Staatsangehörigkeit der Täterinnen und Täter verteilen; je kleiner der Anteil solcher Straftaten ist, umso mehr wissen wir über die Täterinnen und Täter und deren soziodemografische Merkmale. Für die Aufklärungsquote der Gewaltkriminalität gilt, dass sie als hoch einzustufen ist: Im Jahr 1998 wurden 71,9 % aller Gewalt-Straftaten aufgeklärt, 2016 waren es sogar 75,8 %. Bei Mord/Totschlag lag die Aufklärungsquote 2016 bei 94,6 %, bei Vergewaltigungen bei 78,6 %, bei Raubtaten bei 52,0 % und bei schweren und gefährlichen Körperverletzungen bei 82,6 %. Gleichzeitig bedeuten diese Zahlen, dass zu insgesamt einem Viertel der Täterinnen und Täter von Gewaltdelikten das Alter nicht bekannt ist, weil keine Tatverdächtigen ermittelt werden konnten. Auf die Anzeigequote wird weiter unten eingegangen.
2. Tatverdächtige sind noch keine Täterinnen bzw. Täter. Die Polizei definiert als tatverdächtig eine Person, die „nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, rechtswidrig eine (Straf-)Tat begangen zu haben“ (Polizeiliche Kriminalstatistik). Inwiefern der Tatverdacht gerechtfertigt ist, zeigt sich aber erst im weiteren Verlauf der Ermittlungen; nicht selten werden ursprünglich als tatverdächtig eingestufte Personen vom Tatverdacht freigesprochen und die Verfahren eingestellt. Eine Betrachtung der Tatverdächtigen ist damit keine Betrachtung von Täterinnen und Tätern.

Werden vor dem Hintergrund dieser Einschränkungen die Entwicklungen der Tatverdächtigen betrachtet, so ergibt sich das in Abbildung 3 dargestellte Bild. Differenziert werden vier Altersgruppen: Kinder (unter 14-jährige), Jugendliche (14- bis unter 18-jährige), Heranwachsende (18- bis unter 21-jährige) und Erwachsene (ab 21-jährige). Bei der Darstellung wird sich nicht auf absolute Zahlen, son-

dern auf Tatverdächtigenbelastungszahlen konzentriert. Diese geben an, wie viele Tatverdächtige pro 100.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe polizeilich registriert worden sind. Die absoluten Zahlen sind in Tabelle A2 im Anhang aufgeführt. Die Tatverdächtigenbelastungszahlen zeigen zunächst, dass Kinder am seltensten wegen Gewaltkriminalität als Tatverdächtige registriert wurden, gefolgt von Erwachsenen. Deutlich höhere Belastungszahlen ergeben sich für Jugendliche und Heranwachsende. Damit bestätigt sich, dass im Bereich der Gewaltkriminalität 14- bis unter 21-jährige besonders auffällig sind. Die Entwicklung der Belastungszahlen unterscheidet sich zwischen den Altersgruppen. Mit Blick auf die Erwachsenen gilt, dass deren Belastungszahl von 152,6 im Jahr 1998 auf 194,5 im Jahr 2016 und damit um insgesamt 27,5 % gestiegen ist. Für alle anderen Altersgruppen ergeben sich demgegenüber Rückgänge in den Belastungszahlen. Die Zahlen zum Jahr 2016 liegen bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden unter denen des Jahres 1998; im Vergleich zur höchsten Belastungszahl im Beobachtungszeitraum sind z.T. massive Rückgänge vorhanden. Der Rückgang der Gewaltkriminalität in Deutschland ist damit in erster Linie ein Rückgang der Gewaltkriminalität jüngerer Altersgruppen. Im Einzelnen sind folgende Entwicklungen herauszuheben:

1. Bei Heranwachsenden ist die Tatverdächtigenbelastungszahl der Gewaltkriminalität zwischen 2008 und 2015 um 31,0 % zurückgegangen. Im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 steigt die Zahl allerdings wieder leicht an.
2. Bei Kindern ist die Tatverdächtigenbelastungszahl zwischen 2008 und 2016 um 41,9 % gesunken.
3. Die stärkste Entwicklung zeichnet sich für die Jugendlichen ab: Zwischen 2007 und 2015 hat sich die Tatverdächtigenbelastungszahl um 50,4 % reduziert. Der Anstieg zum Jahr 2016 ist auch bei dieser Altersgruppe auffällig, führt aber nicht annähernd dazu, dass die Höchstzahlen wieder erreicht werden. Auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik ist damit ein historisch einzigartiger Rückgang der Jugendkriminalität zu konstatieren.

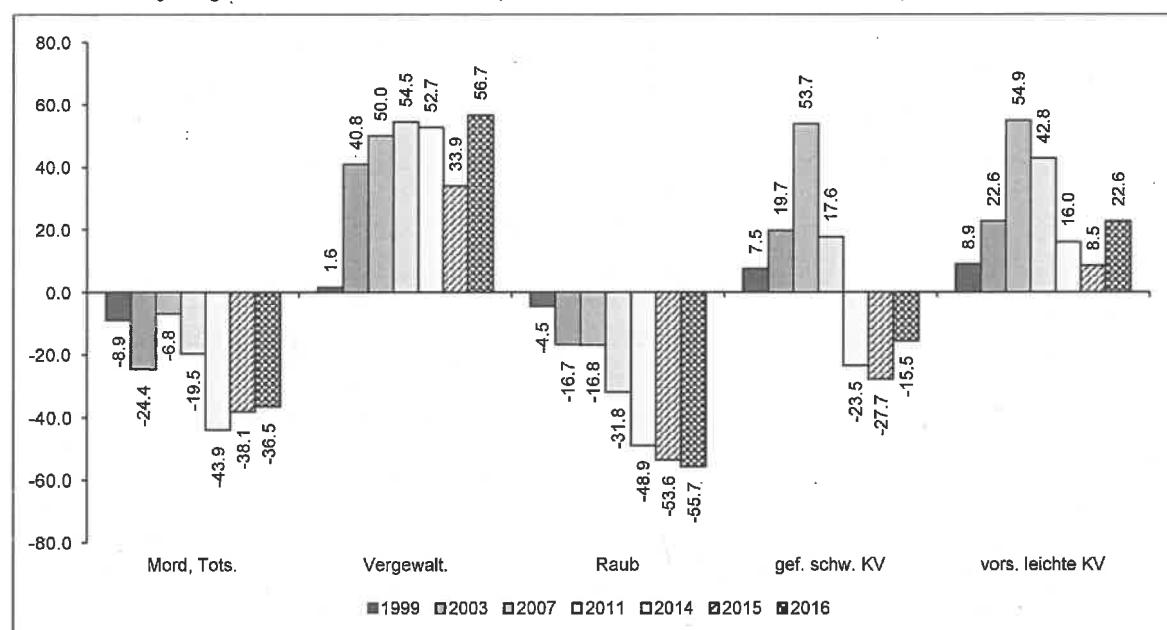
**Abbildung 3: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl Gewaltkriminalität seit 1998 für verschiedene Altersgruppen (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)**



Da sich für Jugendliche der stärkste Rückgang zeigt, soll sich bei den nachfolgenden, differenzierten Auswertung auf diese Altersgruppe konzentriert werden. Abbildung 4 zeigt die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen der vier Delikte der Gewaltkriminalität sowie der vorsätzlichen, leichten Körperverletzung. Damit ist wieder die relative Veränderung der Belastungszahlen zum Ausgangsjahr 1998 dargestellt. Die Ausgangswerte zur Tatverdächtigenanzahl, zur Einwohnerzahl sowie zur Tatverdächtigenbelastungszahl finden sich in Tabelle A3 im Anhang. In Bezug auf Jugendliche wird dabei

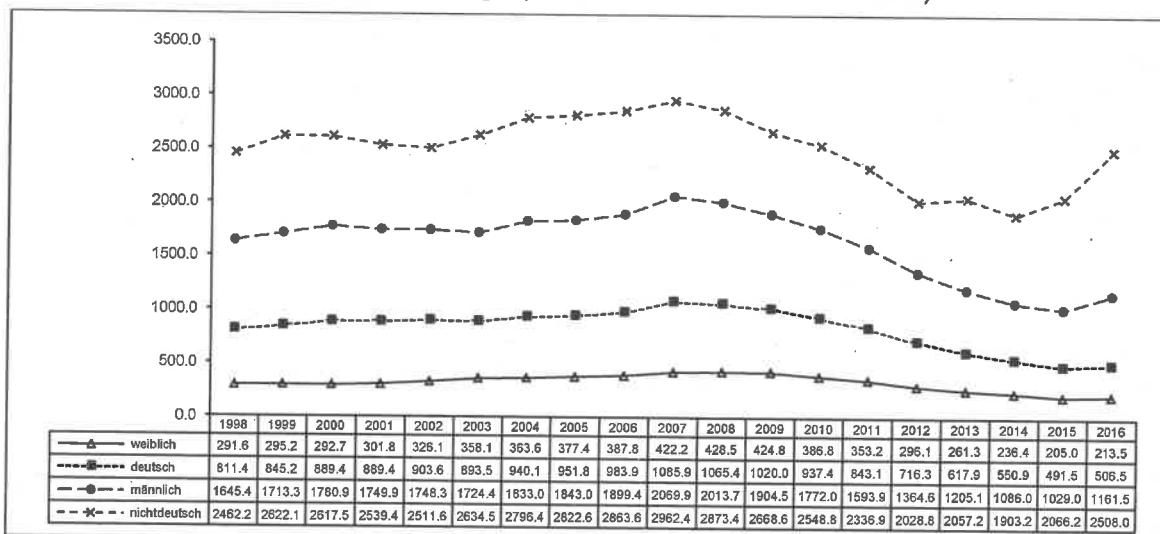
besonders deutlich, dass eine Relativierung der Tatverdächtigenanzahl an der Bevölkerung notwendig ist: Die Anzahl an In Deutschland lebenden Jugendlichen hat sich seit Beginn der 2000er Jahre um etwa ein Sechstel reduziert; ein Rückgang der Tatverdächtigenanzahl um diesen Anteil wäre daher unter ceteris paribus Bedingungen zu erwarten. Der empirisch zu beobachtende Rückgang fällt aber noch deutlich stärker aus, wie aus Abbildung 4 abzulesen ist. So ist die Tatverdächtigenbelastungszahl bei Mord/Totschlag und Raub kontinuierlich seit 1998 rückläufig. Von 1998 bis 2016 ist die Zahl bei Mord/Totschlag um 36,5 % gesunken, bei Raub um 55,7 %. Im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 ergibt sich zu beiden Delikten auch keine Trendumkehr. Die absoluten Zahlen zum Raub unterstreichen dabei am stärksten, welch enorme Entwicklung im Beobachtungszeitraum stattgefunden hat: Während 1998 noch 13.169 Jugendliche als Tatverdächtige einer Raubtat registriert wurden, waren es 2016 nur 5.075. Zu beiden Formen der Körperverletzungen zeigt sich zunächst bis 2007 ein Anstieg der Tatverdächtigenbelastungszahlen. Dabei liegen die Zahlen zum Jahr 2007 um 53,7 bzw. 54,9 % über den Zahlen von 1998. Danach setzt ein starker Rückgang bis 2015 ein: Bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung sinkt die Belastungszahl von 1.029,0 auf 484,1 (d.h. um 53 %), bei der vorsätzlich, leichten Körperverletzung von 1.047,11 auf 733,36 (d.h. um 30 %; vgl. Tabelle A3 im Anhang). Bei beiden Delikten gilt zugleich auch, dass es im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 zu einem merklichen Anstieg kommt, wobei das hohe Niveau aus 2007 nicht erreicht wird. Die Entwicklung der Belastungszahlen zur Vergewaltigung unterscheidet sich von den anderen Delikten, und zwar insofern, als sich eine Zunahme der Belastungszahlen auch nach 2007 zeigt. Hier nicht dargestellt ist, dass die Höchste Belastungszahl im Jahr 2010 erreicht wurde (24,46); danach nimmt diese bis auf 19,02 im Jahr 2015 ab (Tabelle A3 im Anhang), d.h. um immerhin mehr als ein Viertel. Inssofern ist das Muster der Entwicklung nicht grundsätzlich verschieden; der Rückgang setzt nur etwas später ein. Im Jahr 2016 liegt die Belastungszahl allerdings bei 22,25, nähert sich also dem Höchstwert wieder an und liegt deutlich über der Belastungszahl von 1998 (14,20). Prinzipiell gehört auch das Delikt der Vergewaltigung zu jenen Delikten, die von einer geringen Anzeigebereitschaft gekennzeichnet sind. Für den Anstieg der Zahlen und das aktuell höhere Niveau im Vergleich zu 1998 spielt ein Anstieg der Anzeigebereitschaft daher eine Rolle.

**Abbildung 4: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl verschiedener Delikte bei 14- bis unter 18-jährigen relativ zum Jahr 1998 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)**



Eine letzte Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik bezieht sich auf jene Subgruppen an Jugendlichen, die mit den vorhandenen Daten unterschieden werden können (vgl. Tabelle A4 im Anhang): auf männliche und weibliche Jugendliche einerseits und deutsche und nichtdeutsche Jugendliche andererseits. Abbildung 5 belegt, dass von allen vier Gruppen die weiblichen Jugendlichen die geringste Belastungszahl aufweisen, d.h. am seltensten polizeilich wegen des Begehens von Gewaltdelikten registriert werden; für nichtdeutsche Jugendliche ergibt sich demgegenüber in allen Jahren die höchste Belastungszahl, wobei hierbei u.a. zu beachten ist, dass nichtdeutsche Tatverdächtige einer höheren Wahrscheinlichkeit unterliegen, von den Opfern bei der Polizei angezeigt zu werden (vgl. Abschnitt 5). Darüber hinaus bestätigt die Abbildung, dass sich die Entwicklungen zu allen vier Gruppen bis zum Jahr 2014/2015 weitestgehend gleichen: Auf einen Anstieg der Belastungszahlen bis 2007 folgt ein starker Rückgang. Werden die jeweils höchste und die jeweils niedrigste Belastungszahl (2014 oder 2015 vs. 2007 oder 2008) miteinander ins Verhältnis gesetzt, so findet sich für männlichen Jugendlichen ein Rückgang um 50,3 %, für weibliche Jugendliche sogar um 52,2 %; bei nichtdeutschen Jugendlichen beträgt der Rückgang 35,8 %, bei deutschen Jugendlichen 54,7 %. Für nichtdeutsche Jugendliche ist der Rückgang also geringer ausgeprägt. Zudem ergibt sich für diese Gruppe nach 2014 ein sehr starker Anstieg. Bei deutschen Jugendlichen ist der Anstieg von 2015 auf 2016 hingegen eher schwach (+3,1 %) – zu 2014 ergibt sich sogar ein Rückgang. Auch wenn die Belastungszahlen der Jahre 2015 und 2016 zu den nichtdeutschen Jugendlichen nur Schätzwerte darstellen, da nicht mit Sicherheit bekannt ist, wie sich im Zuge des Zuzugs von Flüchtlingen die Bevölkerungszahlen entwickelt haben, so belegen die Daten der Kriminalstatistik, dass der Anstieg der Gewaltkriminalität primär die nichtdeutschen Jugendlichen betrifft und mit der Zuwanderung von Flüchtlingen zusammenfällt. Dieser auffällige Gegentrend zu den ansonsten rückläufigen Entwicklungen ist Ausgangspunkt dafür, in einem gesonderten Abschnitt die Thematik Flüchtlinge als Täter und Opfer einer eigenständigen Analyse zu unterziehen (vgl. Abschnitt 5).

**Abbildung 5: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl Gewaltkriminalität seit 1998 für verschiedene Gruppen 14- bis 18-jähriger (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)**

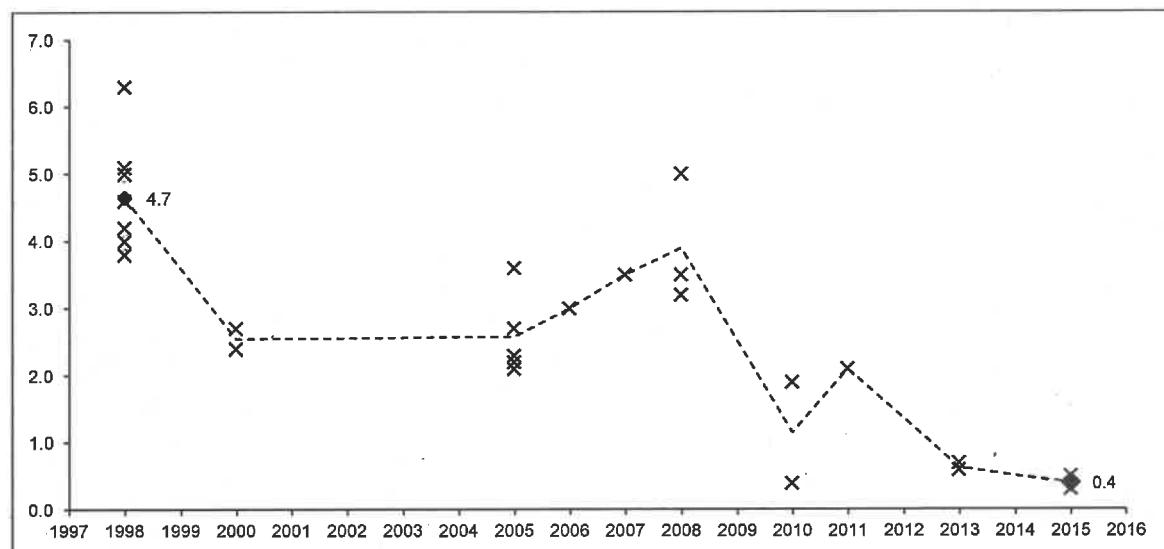


## 2.2 Jugendgewalt im Dunkelfeld

Um die Entwicklung der Jugendgewalt im Dunkelfeld nachzuzeichnen, soll nachfolgend auf die wiederholt durchgeföhrten Dunkelfeldbefragungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens zurückgegriffen werden (abgekürzt: KFN-Schülerbefragungen). Im Jahr 1998 wurde hier erst-

mals eine solche Befragung in verschiedenen Städten Deutschlands durchgeführt (vgl. Wetzeis et al. 2001). Zu einigen dieser Städte gab es zu einem späteren Zeitpunkt mindestens eine weitere Wiederholungsbefragung (Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, München, Rostock, Schwäbisch Gmünd, Stuttgart). In darauffolgenden Jahren wurden zudem in Oldenburg, in den Landkreisen Heidekreis und Emsland sowie im gesamten Bundesland Niedersachsen Befragungen durchgeführt, die mindestens ein weiteres Mal wiederholt wurden. Zu diesen Gebieten liegen damit zu mindestens zwei Erhebungszeitpunkten Informationen über das Gewaltverhalten der Jugendlichen vor; auf diese Gebiete wird sich bei den nachfolgenden Auswertungen beschränkt, obwohl vom KFN weitere Befragungen in anderen Gebieten Deutschlands durchgeführt wurden. Methodisch wurde in allen Befragungen in der gleichen Art und Weise vorgegangen: Ausgewählt wurde jeweils eine große Anzahl an Schulklassen der neunten Jahrgangsstufe sämtlicher Schulformen; in diesen Klassen wurde dann eine von geschulten Testleitern beaufsichtigte schriftliche Befragung durchgeführt. In dieser wurde dann u.a. nach dem Begehen von Raubtaten (z.B. „jemand mit Gewalt etwas abgenommen“) und Körperverletzungen (z.B. „einen anderen Menschen verprügelt und verletzt“). Auf diese beiden Gewaltdelikte soll sich hier konzentriert werden, weil andere Gewaltdelikte (z.B. sexuelle Übergriffe) nicht in allen Befragungen erhoben wurden. Im Anhang in Tabelle A5 sind für alle Gebiete mit Wiederholungsbefragung die Raten an Jugendlichen aufgeführt, die angegeben haben, in den zurückliegenden zwölf Monaten mindestens einen Raub bzw. eine Körperverletzung ausgeführt zu haben. Diese Raten lassen sich entlang des Erhebungsjahrs ordnen und grafisch abtragen. Dies ist in Abbildung 6 und in Abbildung 7 geschehen. Für das Jahr 1998 gibt es jeweils acht Prävalenzraten, für das Jahr 2000 zwei usw. Zusätzlich kann der Mittelwert der Prävalenzraten bestimmt werden. Damit wird es möglich, eine Art Gesamtrend über die Erhebungsjahre zu bestimmen. Wir dabei zunächst der Trend zum Raub betrachtet, so fällt dieser deutlich rückläufig aus: Im Jahr 1998 lag die durchschnittliche Prävalenzrate mehr als zehnmal höher als 2015 (4,7 zu 0,4 %). Auch wenn der Trend nicht kontinuierlich abfällt – zu berücksichtigen ist, dass die Befragungen jeweils nur für einzelne Gebiete repräsentativen Anspruch haben und nicht für die gesamte Bundesrepublik und damit Ausreißerwerte nach oben bzw. unten jederzeit vorkommen können – so bestätigt der Dunkelfeldtrend den Trend im Hellfeld eindrucksvoll.

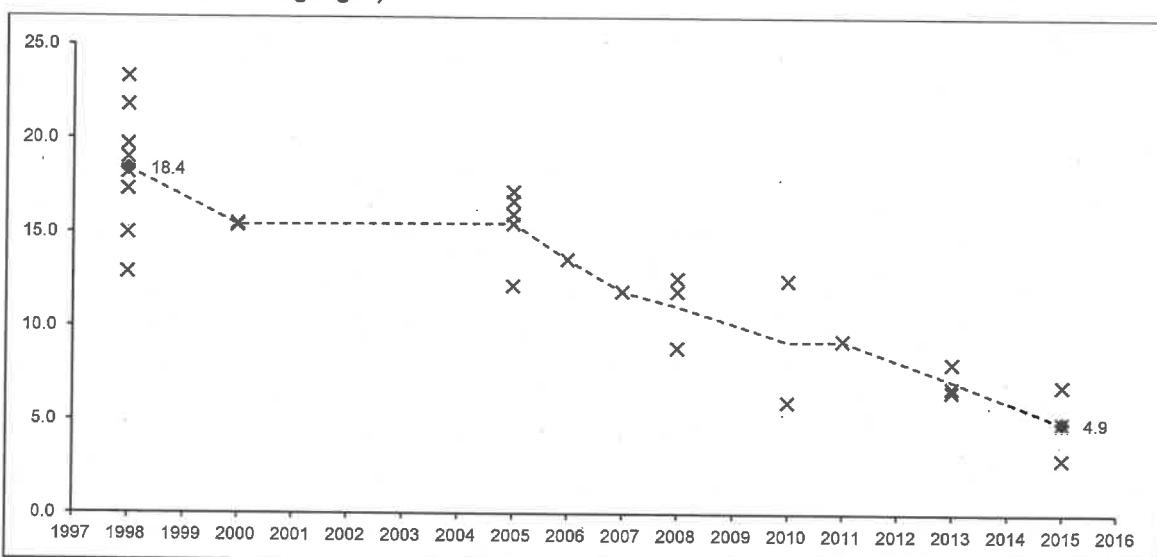
**Abbildung 6: Zwölf-Monats-Prävalenzen des Raubs nach Erhebungsjahr (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



Dasselbe Bild ergibt sich mit Blick auf Körperverletzungen. Während im Jahr 1998 noch durchschnittlich 18,4 % der Jugendlichen angegeben haben, mindestens eine Körperverletzung in den zurückliegenden zwölf Monaten ausgeführt zu haben, lag die Durchschnittsrate der Befragungen des Jahres

2015 nur noch bei 4,9 %, also um mehr als zwei Drittel niedriger. Sowohl beim Raub als auch bei den Körperverletzungen sind dabei in Bezug auf die Dunkelfeldauswertungen zwei Befunde zu beachten: Erstens deutet sich bereits im Zeitraum 1998 bis 2007 ein Rückgang der Täterraten an; im Hellfeld war dies nur beim Raub, nicht aber bei der Körperverletzung der Fall. Zweitens ergibt sich aber im Dunkelfeld in Übereinstimmung mit dem Hellfeld eine starke rückläufige Entwicklung seit ca. 2005 – im Hellfeld war insbesondere das Jahr 2007 das Jahr mit besonders hohen Tatverdächtigenbelastungszahlen. Zwischen dem Dunkel- und dem Hellfeld existiert hier also eine beachtliche Parallelie, die die Validität der im Dunkelfeld erhobenen Selbstauskünfte unterstreicht.

**Abbildung 7: Zwölf-Monats-Prävalenzen der Körperverletzung nach Erhebungsjahr (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



Insofern sich auch im Dunkelfeld der Zeitraum um die Jahre 2005 bis 2008 herum als ein wichtiger Wendepunkt darstellt, soll sich bei einer nach Gruppen von Jugendlichen differenzierenden Darstellung auf diesen Zeitraum konzentriert werden. In Tabelle 1 sind die Prävalenzraten des Raubs und der Körperverletzung im Vergleich der Geschlechter, der Schulgruppen und der Herkunftsgruppen dargestellt. Um eine möglichst genaue Schätzung der Prävalenzraten zu erhalten, wird sich dabei auf eine deutschlandweite Repräsentativbefragung von 44.610 Neuntklässlerinnen und Neuntklässlern aus den Jahren 2007/2008 (Baier et al. 2007) sowie zwei niedersachsenweit repräsentative Befragung unter ca. 10.000 Jugendlichen derselben Altersgruppe (Bergmann et al. 2017) bezogen. Das zentrale Ergebnis lautet, dass sich für alle unterschiedenen Subgruppen an Jugendlichen rückläufige Täterraten ergeben. Allerdings scheint sich der Rückgang abzuschwächen: Zwischen 2013 und 2015 sind die Rückgänge alles in allem eher gering; für die Subgruppe der Jugendlichen aus Förder-/Hauptschulen ergibt sich sogar ein Anstieg der Prävalenzraten des Raubs. Darüber hinaus belegen die Auswertungen, dass männliche Jugendliche deutlich häufiger als Täter von Raubtaten und Körperverletzungen in Erscheinung treten als weibliche Jugendliche; gleiches gilt für Schüler/innen aus Förder-/Hauptschulen im Vergleich zu Schüler/innen aus Gymnasien sowie für Schüler mit Migrationshintergrund im Vergleich zu deutschen Jugendlichen.

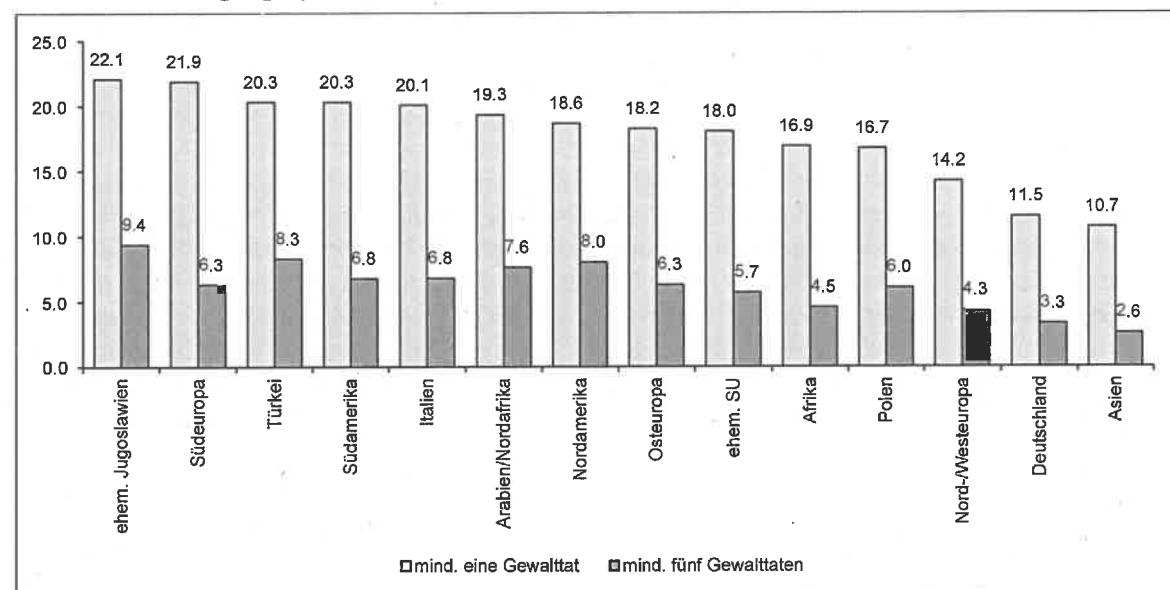
**Tabelle 1: Zwölf-Monats-Prävalenzen des Raubs und der Körperverletzung nach Erhebungsjahr, Geschlecht, Schulform und Herkunft (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**

		Geschlecht		Schulform		Herkunft	
		männlich	weiblich	FS/HS	RS/GS/OS	Gym	Migrant/in
Raub	2007/2008	4.0	1.0	3.8	2.5	1.5	2.0
	2013	0.7	0.5	0.9	0.6	0.5	0.5
	2015	0.8	0.2	1.7	0.4	0.4	0.4
Körperverletzung	2007/2008	17.8	5.5	17.3	12.0	6.7	9.9
	2013	9.8	3.3	13.1	6.9	4.0	5.5
	2015	7.7	2.1	10.0	5.5	2.7	4.1

FS/HS = Förder-/Hauptschule, RS/GS/OS = Real-/Gesamt-/Oberschule, Gym = Gymnasium

Da sich für Raubtaten wie für Körperverletzungen Höherbelastungen für Migrantinnen und Migranten ergeben, stellt Abbildung 8 die Gewaltraten (zusätzlich zu Raub und Körperverletzung werden noch schwere Körperverletzung, Erpressung und sexuelle Gewalt berücksichtigt) differenziert für die in der Schülerbefragung 2007/2008 unterschiedenen ethnischen Gruppen vor. Diese Befragung wird aufgrund der besonders hohen Befragtenanzahl und damit der Möglichkeit, zahlreiche Migrantengruppen zu unterscheiden, für eine vertiefte Betrachtung der ethnischen Unterschiede im Gewaltverhalten herangezogen; vergleichbare Befunde ergeben sich auch bei den Befragungen neueren Datums. In Abbildung 8 werden jene Herkunftsänder ausgewiesen, zu denen ausreichend Befragte vorhanden waren. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Prävalenzraten zwischen den Gruppen deutlich variieren: Asiatische Befragte weisen niedrigere Prävalenzraten auf als deutsche Befragte, Jugendliche aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens die höchsten. Mit Blick auf die Mehrfach-Gewalttäterraten (mindestens fünf Gewaltdelikte in den letzten zwölf Monaten) wird der Unterschied in den Raten besonders deutlich: Bei der höchst belastetsten Gruppe liegt diese 3,7mal höher als bei der am niedrigsten belasteten Gruppe. Die Migrantinnen und Migranten sind also alles andere als homogen hinsichtlich ihres Gewaltverhaltens. Zugleich ist dennoch festzustellen, dass nahezu alle Gruppen häufiger Gewaltverhalten zeigen als die Deutschen.

**Abbildung 8: Prävalenzraten des Gewaltverhaltens nach ethnischer Herkunft (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



Um die Hintergründe der höheren Gewaltbelastung von Migrantinnen und Migranten zu untersuchen, sind in Tabelle 2 auf Basis der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 verschiedene Indikatoren des sozio-ökonomischen Status sowie der kulturellen Orientierung für ausgewählte ethnische Gruppen dargestellt (vgl. Baier 2015). Dabei ist eine ausgeprägte sozio-ökonomische Benachteiligung der Migrantinnen und Migranten feststellbar. Während von allen deutschen Befragten nur 21,8 % eine Förder- oder Hauptschule besuchen, sind es bei den türkischen Jugendlichen und Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien doppelt so viele; umgekehrt stellt sich das Verhältnis beim Gymnasialbesuch dar. Türkische Jugendliche sind zudem fast dreimal häufiger vom Bezug staatlicher Transferleistungen betroffen. Hierunter wird gefasst, dass mindestens ein Elternteil arbeitslos ist oder die Familie Sozialhilfe/Hartz IV erhält.

Gleichwohl ergeben sich bei kulturellen Variablen ebenfalls große Unterschiede. Alle Migrantengruppen berichten mehr als doppelt so häufig davon, in der Kindheit schwere elterliche Gewalt erfahren zu haben; d.h. sie wurden geschlagen, getreten oder verprügelt. Die Zustimmung zu Männlichkeitsnormen – gemessen über Aussagen wie z.B. „Ein Mann, der nicht bereit ist, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren, ist ein Schwächling“ – ist nur für einen sehr kleinen Anteil der deutschen Befragten festzustellen (2,7 %); bei den türkischen Jugendlichen und bei den Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien liegt der Anteil sechsmal so hoch.

Ebenfalls dargestellt sind verschiedene Indikatoren der Integration. Diese basieren auf einem Konzept von Esser (2000), für den Integration nicht allein die sozio-ökonomische Komponente (strukturelle Integration), sondern ebenso den Erwerb von Sprachkenntnissen (kulturelle Integration), die Aufnahme von interethnischen Freundschaftsbeziehungen (soziale Integration) und die emotionale Identifikation (identifikative Integration) umfasst. Diese breitere Sichtweise der Integration erscheint sinnvoll, hat allerdings den Nachteil, dass Vergleiche im Wesentlichen nur unter den Migrantengruppen möglich sind. Diese belegen, dass die Gruppen unterschiedlich stark integriert sind. Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion weisen von den hier betrachteten Gruppen die stärkste Vernetzung mit deutschen Jugendlichen auf (45,5 % aller Freunde haben eine deutsche Herkunft) und fühlen sich auch am häufigsten als deutsch (52,1 %). Der Gesamt-Integrationswert, der eine Kombination aus verschiedenen Integrationsindikatoren darstellt (vgl. Baier et al. 2010), liegt bei diesen Jugendlichen bei 54,3 Punkten, bei den türkischen Jugendlichen dagegen nur bei 39,9 Punkten. Besonders niedrig ist bei den türkischen Jugendlichen dabei die identifikative Integration ausgeprägt. Das unterschiedliche Ausmaß der Integration stellt eine Erklärung für die unterschiedlichen Gewaltarten der Migrantengruppen dar, insofern weitergehende Analysen belegen konnten, dass eine bessere Integration mit niedrigerem Gewaltverhalten einher geht (Baier et al. 2010).

**Tabelle 2: Indikatoren des Status, der Kultur und der Integration nach Migrantengruppe (in % bzw. Mittelwert; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**

		Deutschland	Türkei	ehem. SU	ehem. Jugoslawien
sozio-ökonomischer Status	Besuch Förder-/Hauptschule	21.8	49.2	38.8	53.8
	Besuch Gymnasium	33.4	12.8	18.3	15.5
	Bezug staatl. Transferleistungen	10.2	28.2	20.9	23.1
Kultur	schwere elterliche Gewalt in Kindheit	11.4	27.8	26.9	26.9
	Zustimmung zu Männlichkeitsnormen	2.7	14.8	6.1	13.2
Integration	Anteil deutscher Freunde	-	32.5	45.5	41.4
	Anteil sich als deutsch wahrnehmend	-	26.2	52.1	35.1
	Integrationswert	-	39.9	54.3	47.7

Um zu prüfen, welche der vorgestellten Indikatoren für die höhere Gewaltbelastung verantwortlich ist, sind in Tabelle 3 noch einmal die Gewaltprävalenzen der ausgewählten vier Gruppen abgetragen. Zusätzlich werden diese unter Kontrolle verschiedener Merkmale dargestellt. Erkenntbar ist, dass die deutschen Befragten insgesamt eine signifikant niedrigere Gewalt- und Mehrfach-Gewaltprävalenz haben als alle drei betrachteten Migrantengruppen. Dieses Bild ändert sich nur unwesentlich, wenn der sozio-ökonomische Status konstant gehalten wird. Dies geschieht dadurch, dass in der entsprechenden Spalte die Prävalenzraten für jene Jugendlichen dargestellt sind, die eine mittlere Schulform besuchen (Real- oder Gesamtschule) und deren Familien keine staatlichen Transferleistungen beziehen. Auch unter in diesem Sinne vergleichbaren Umständen weisen die deutschen Befragten eine signifikant niedrigere Gewaltprävalenz auf als die Migrantinnen und Migranten. Eine Ausnahme betrifft die Mehrfach-Gewalttäterraten der Jugendlichen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion: Deren höhere Räte scheint primär sozio-ökonomisch bedingt.

Werden zusätzlich zum sozio-ökonomischen Status die kulturellen Orientierungen der Gruppen konstant gehalten, verschwinden sämtliche Unterschiede zu den Deutschen. Verglichen werden also nur Jugendliche im mittleren Bildungsgang ohne Transferbezug, die keine elterlichen Gewalterfahrungen machen mussten und Männlichkeitsnormen ablehnen. Deutsche Jugendliche mit diesen Eigenschaften haben zu 6,5 % mindestens eine Gewalttat ausgeführt, türkische Jugendliche zu 5,2 %, Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu 5,8 %. Etwa größer fällt der Unterschied zu den Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien aus (11,3 %); dieser wird jedoch nicht mehr als signifikant ausgewiesen. Die Betrachtung der Mehrfach-Gewalttäterraten belegt keinerlei größere Unterschiede zwischen den Gruppen: Jugendliche mit den genannten Eigenschaften gehören sehr selten zu den Mehrfach-Gewalttätern, unter deutschen ebenso wie unter anderen Jugendlichen.

Die Auswertungen legen damit nahe, dass es nicht allein die schlechtere sozio-ökonomische Situation und die Bildungsbenachteiligung ist, die Migrantinnen und Migranten häufiger zu Gewaltverhalten motiviert. Zu beachten sind vielmehr die kulturellen, auch religiös bedingten Unterschiede, die sich in der Kindererziehung ebenso zeigen wie in der Wertschätzung gewaltaffiner Orientierungen. Inwieweit die Unterschiede im kulturellen Bereich darauf zurückzuführen sind, dass diese aus den Herkunftsländern 'importiert' oder aufgrund einer marginalisierten sozialen Lage neu konstruiert werden, bleibt dabei unklar. In jedem Fall reicht es nicht aus, nur die Angleichung der sozialen Lage der Migrantinnen und Migranten zu fokussieren, wenn es Ziel ist, deren erhöhte Gewaltbereitschaft zu reduzieren.

**Tabelle 3: Prävalenzraten des Gewaltverhaltens nach Migrantengruppe und Status bzw. kultureller Orientierung (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**

	mind. eine Gewalttat			mind. fünf Gewalttaten		
	insgesamt	gleicher Status <sup>a</sup>	gleicher Status und gleiche kulturelle Orientierungen <sup>b</sup>	insgesamt	gleicher Status <sup>a</sup>	gleicher Status und gleiche kulturelle Orientierungen <sup>b</sup>
Deutschland	11,5	12,0	6,5	3,3	3,3	1,2
Türkei	20,3	18,9	5,2	8,3	7,9	0,4
ehem. SU	18,0	16,3	5,8	5,7	3,8	0,0
ehem. Jugoslawien	22,1	21,4	11,3	9,4	7,8	1,4
Deutschland unterscheidet sich signifikant bei p < .05 von	ehem. SU, Türkei, ehem. Jugoslawien	ehem. SU, Türkei, ehem. Jugoslawien	-	ehem. SU, Türkei, ehem. Jugoslawien	Türkei, ehem. Jugoslawien	-

<sup>a</sup> kein Bezug staatl. Transferleistung, Besuch von Real- bzw. Gesamtschule

<sup>b</sup> kein Bezug staatl. Transferleistung, Besuch von Real- bzw. Gesamtschule, keine Erfahrung schwerer elterlicher Gewalt in der Kindheit, Ablehnung von Männlichkeitsnormen

Die Schülerbefragungen erlauben es ebenfalls, etwas über die Entwicklung der sexuellen Gewalt auszusagen. Hierfür ist es aber notwendig, die Angaben darüber zu betrachten, ob man selbst Opfer verschiedener Delikte geworden ist. Erfragt wurde nicht nur, ob man selbst Raubtaten oder Körperverletzungen erlebt hat, sondern ebenfalls, ob man Opfer sexueller Übergriffe geworden ist („gegen Willen mit Gewalt oder durch ernsthafte Androhung von Gewalt zu sexuellen Handlungen oder zur Duldung von sexuellen Handlungen gezwungen“). Die Prävalenzraten liegen hier insgesamt sehr niedrig (Tabelle 4). In der deutschlandweiten Repräsentativbefragung gaben 1,0 % der Jugendlichen an, mindestens eine entsprechende Tat in den letzten zwölf Monaten erlebt zu haben; in den niedersachsenweiten Befragungen lagen die Raten mit 0,6 bzw. 0,7 % etwas niedriger. Im Vergleich der Jahre 2013 und 2015 deutet sich eine Stabilität der Opferraten an, wie das auch im Helffeld der Fall ist. Die Konstanz im Helffeld kann daher nicht singulär auf das Anzeigeverhalten zurückgeführt werden. Jugendliche sind in gleichbleibender Häufigkeit sexuellen Übergriffen ausgesetzt – insbesondere auch durch Gleichaltrige, wie weiterführende Auswertungen belegen (Bergmann et al. 2017, S. 45); dies gilt zusätzlich für den Bereich des Internets oder jugendlicher Intimbeziehungen. Die Visktimisierung Jugendlicher mit sexueller Gewalt stellt daher eine zukünftige Herausforderung dar, auf die noch einmal gesondert im vierten Abschnitt des Berichts eingegangen wird. Wie die in Tabelle 4 zusätzlich dargestellten Opferprävalenzen zum Raub und zur Körperverletzung belegen, fallen die Entwicklungen schwächer aus als wenn die Täterraten betrachtet werden (s.o.). Dies ist möglicherweise damit zu begründen, dass sich die Täterraten auf eine Altersgruppe, nämlich die Neuntklässlerinnen und Neuntklässer beziehen. Die Opferraten beziehen sich aber indirekt auch auf andere Altersgruppen: Jugendliche werden nicht allein durch Gleichaltrige viktimalisiert, sondern insbesondere auch durch ältere Personen. Wenn sich deren Gewaltbereitschaft nicht in gleichem Maß senkt wie der der Neuntklässlerinnen und Neuntklässler, dämpft dies den Rückgang der Opferraten.

**Tabelle 4: Entwicklung der Gewalt-Opferraten (in %; Quelle: KFN Schülerbefragungen)**

	2007/2008	2013	2015
sexuelle Gewalt	1.0	0.6	0.7
Raub	4.8	3.3	2.9
Körperverletzung durch einzelne Person	11.1	8.7	8.2

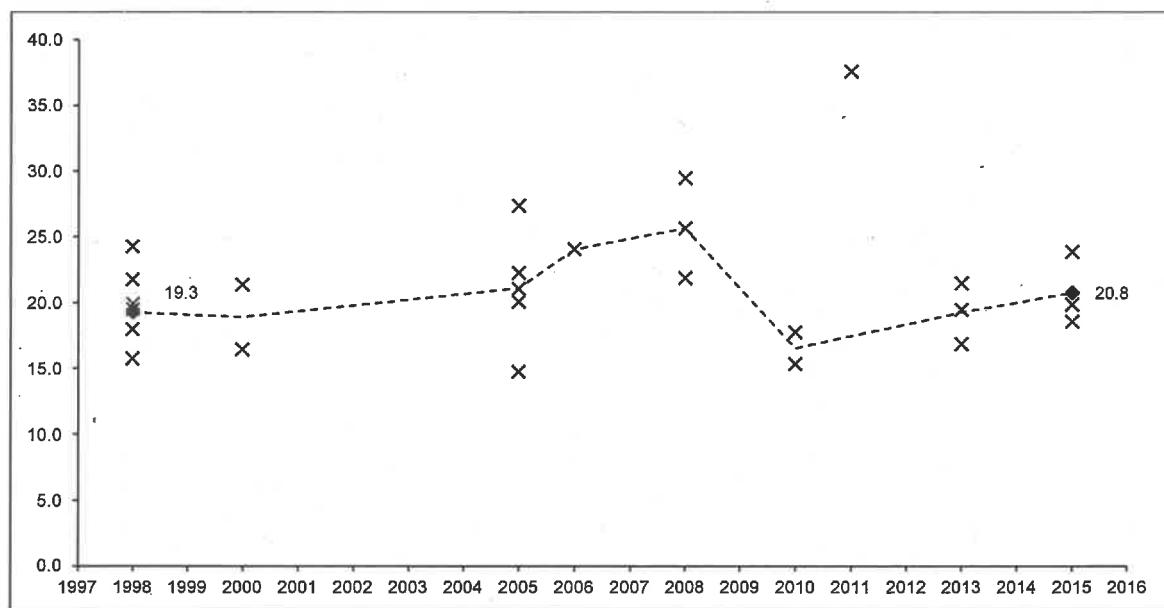
Exemplarisch kann dies durch Daten der niedersachsenweiten Schülerbefragung 2015 aufgezeigt werden (Bergmann et al. 2017, S. 44ff). In dieser zeigt sich, dass 56,7 % aller Gewaltopererfahrungen von Täterinnen bzw. Tätern ausgeführt worden sind, die ein Alter zwischen 14 und 18 Jahren hatten. Weitere 34,8 % der Täterinnen und Tätern sind 18 Jahre oder älter. Heranwachsende und Erwachsene stellen mithin auch für Jugendliche eine relevante Tätergruppe dar, zu denen sich in der Polizeilichen Kriminalstatistik weniger starke Rückgänge der Tatverdächtigenbelastungszahlen gezeigt haben. Wiederholt durchgeführte Dunkelfeldstudien zur selbstberichteten Gewalttäterschaft gibt es für diese Altersgruppen in Deutschland bislang nicht.

Die Angaben der Opfer zu ihren Gewalterlebnissen beinhalten noch weitere interessante Erkenntnisse (Bergmann et al. 2017, S. 44ff.). Wird bspw. der Ort betrachtet, an dem eine Gewalttat ausgeübt wurde, zeigt sich, dass etwa jede vierte Tat in der Schule (bzw. auf dem Schulweg) und ebenfalls etwa jede vierte Tat zu Hause stattfinden. Weitere relevante Übergriffsorte sind in der Öffentlichkeit zu finden, d.h. im öffentlichen Personennahverkehr (und dessen Haltestellen) bzw. auf Straßen, auf Plätzen oder allgemein in der Stadt. Bieten Sportplätze oder Schwimmbäder, Discos bzw. Partys und sonstige Orte (Stadien, Jugendzentren, öffentliche Feste, Spielplätze, Geschäfte) Gelegenheiten für Gewaltübergriffe im Jugendalter. Schwere Tatfolgen stellen dabei aber die Ausnahme dar: Bei etwa jeder neunten Tat entsteht dem jugendlichen Opfer ein Schaden von ab 50 Euro. Bei etwa jeder sechsten Tat muss eine ärztliche Behandlung erfolgen. Gewalt im Jugendalter spielt sich dabei vor allem unter

Personen ab, die sich kenne: In zwei Dritteln der Fälle geben die Opfer von Gewaltübergriffen an, dass der Täter bekannt ist.

Neben diesen Informationen werden die Opfer von Gewalttaten im Fragebogen ebenfalls gebeten, mitzuteilen, ob das Erlebnis bei der Polizei angezeigt wurde. Darauf aufbauend lässt sich die Anzeigerate bei Gewaltdelikten bestimmen. Im Anhang in Tabelle A5 sind für die Gebiete mit Wiederholungsbefragung die Anzeigeraten dargestellt. Werden diese wieder entlang der Jahre abgetragen und wird pro Jahr wieder ein Durchschnittswert berechnet, so ergibt sich das in Abbildung 9 präsentierte Bild: Die Anzeigerate bei Gewaltdelikten ist demnach zwischen 1998 und 2008 angestiegen, von durchschnittlich 19,3 auf 25,7 %. Dies bedeutet, dass immerhin etwa ein Drittel mehr Gewaltdelikte aus dem Dunkelfeld ins Hellefeld gekommen sind. Allein eine solche Entwicklung würde zu einem Anstieg der Gewaltkriminalität im Hellefeld führen, auch wenn es im Dunkelfeld gar keinen Anstieg, sondern, wie gesehen, einen Rückgang der Gewalt gegeben hat. Nach 2008 sinkt die Anzeigerate wieder leicht. Das Jahr 2011 ist ein deutlicher Ausreißer; zu beachten ist, dass hier nur eine Rate aus einem Gebiet zur Verfügung steht, die an dieser Stelle nicht in die Mittelwertberechnung eingeht. Bei rückläufiger Anzeigerate würde sich im Hellefeld bei sonst gleichem Verhalten ein Rückgang der Gewalt zeigen. Dieser fällt aber deutlich stärker aus als der Rückgang der Anzeigerate. Zudem belegen die Befunde aus dem Dunkelfeld, dass es neben dem Rückgang der Anzeigerate einen Rückgang des Gewaltverhaltens gibt. Zugenummen zeigen sich dann die starken Rückgänge, die im Hellefeld seit 2007 zu beobachten sind. Neben diesen Befunden zur Entwicklung der Anzeigerate weist Abbildung 9 noch auf einen anderen Befund hin: Nur etwa ein Fünftel, bestenfalls ein Viertel aller Delikte gelangt mittels einer Anzeige ins Polizeiliche Hellefeld. Der Großteil der Jugendgewalt verbleibt, u.a. auch wegen der allgemein geringeren Schwere (s.o.), im Dunkelfeld, was noch einmal die Notwendigkeit unterstreicht, dieses Dunkelfeld mittels angemessener empirisch methodischer Verfahren zu untersuchen.

**Abbildung 9: Entwicklung der Anzeigerate bei Gewaltdelikten seit 1998 (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



Die Anzeigerate variiert dabei, wie Auswertungen der Schülerbefragungen aus verschiedenen Jahren immer wieder belegen konnten, mit täterbezogenen Merkmalen (Bergmann et al. 2017, S. 46f). Bekannte Täter werden bspw. deutlich seltener angezeigt als unbekannte Täter. Zudem zeigt sich, dass deutsche Täter nur halb so häufig mit einer Anzeige rechnen müssen wie Täter mit Migrationshinter-

grund. In der niedersachsenweiten Schülerbefragung 2015 zeigt sich hierzu bspw. Folgendes: Die geringste Anzeigerate ist zu beobachten, wenn ein deutsches Opfer auf einen deutschen Täter trifft (13,0 %). In der Konstellation „deutsches Opfer – Täter mit Migrationshintergrund“ liegt die Anzeigerate mit 27,2 % hingegen am höchsten. Dies ist zu beachten, wenn über die Kriminalitätsbelastung von Nichtdeutschen im Hellfeld gesprochen wird. In Abschnitt 5 wird dieser Befund daher noch einmal aufgegriffen und weiter ausgearbeitet.

### *Exkurs: Entwicklung der innerschulischen Gewalt*

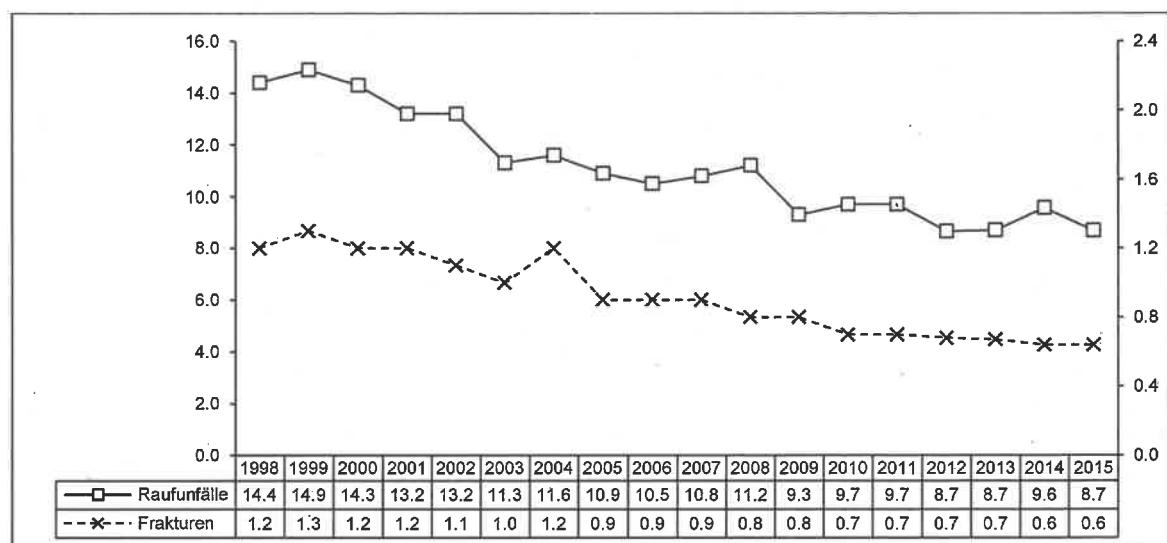
Um die Entwicklung der innerschulischen Gewalt darzustellen, kann auf zwei Quellen zurückgegriffen werden: einerseits wiederum auf KFN-Schülerbefragungen, andererseits auf die Statistiken der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (früher: Bundesverband für Unfallkassen) zu so genannten „Raufunfällen“ an Schulen, bei denen ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden musste. Grundsätzlich handelt es sich bei diesen Statistiken ebenfalls um Hellfelddaten, da diese auf Meldungen der Schulleiterinnen und Schulleiter zu jenen Vorkommnissen beruhen, bei denen es zu versicherungsrelevanten Schäden durch Unfälle aufgrund tätlicher Auseinandersetzungen zwischen Schülerinnen/Schülern in der Schule oder auf dem Schulweg gekommen ist. Eine solche Meldung ist allerdings eine versicherungsrechtliche Obliegenheit, deren Nichterfüllung für die betreffende Schule Schadensersatzpflichten nach sich ziehen kann. Deshalb ist zu vermuten, dass entsprechende Vorfälle weitestgehend vollständig gemeldet werden, das Dunkelfeld mithin klein ist. Die Daten über derartige „Raufunfälle“ erscheinen damit als ein valider Indikator zur Beurteilung der Entwicklung der Gewalt an Schulen.

In Abbildung 10 ist die Längsschnittentwicklung solcher „Raufunfälle“ für den Zeitraum 1998 bis 2015 dargestellt. Danach hat die Häufigkeit von „Raufunfällen“ je 1.000 versicherte/r Schüler/innen vom Höchstwert im Jahr 1999 (14,9) bis 2015 (8,7) um 41,7 % abgenommen. Ein guter Indikator möglicher qualitativer Veränderungen ist daneben die Entwicklung der Häufigkeit der tätlichen Auseinandersetzungen unter Schülerinnen/Schülern, die mit Frakturen auf Seiten eines der Beteiligten geendet haben. Die entsprechenden Daten zeigen, dass von einer Zunahme der Brutalität nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil: Zwischen 1999 und 2016 ging die Zahl der Übergriffe mit Frakturen (z.B. Nasenbeinbrüche, Rippenbrüche) von 1,3 auf 0,6 pro 1.000 Schüler/innen um über die Hälfte zurück. Die Dynamik der Entwicklung hat sich aber in den letzten Jahren abgeschwächt. Für die „Raufunfälle“ allgemein ergeben sich seit 2009 keine starken Veränderungen mehr, für die „Raufunfälle“, die in Frakturen geendet haben, seit 2008.

Die Befunde aus Schülerbefragungen stimmen mit diesem Befund überein: Die Schulgewalt geht zurück, allerdings schwächer als das Gewaltverhalten allgemein. Dies lässt sich unter Rückgriff auf einen Vergleich einer deutschlandweiten Schülerbefragung mit 44.610 Neuntklässlerinnen und Neuntklässlern aus den Jahren 2007/2008 (Baier et al. 2009) und zwei niedersachsenweiten Schülerbefragungen unter jeweils ca. 10.000 Jugendlichen dieser Altersgruppe aus den Jahren 2013 und 2015 (Bergmann et al. 2017) aufzeigen (Abbildung 11). In allen drei Erhebungsjahren wurden u.a. drei Formen von Opfererfahrungen in abgefragt: 1. Physische Gewalt („Ich wurde von anderen Schülerinnen/Schülern absichtlich geschlagen oder getreten“ bzw. „Andere Schüler/innen haben mich erpresst und gezwungen, Geld oder Sachen herzugeben“), 2. Verbale Gewalt („Andere Schüler/innen haben mich gehänselt oder hässliche Dinge über mich gesagt“) und 3. Relationale Aggression („Ich wurde aus gemeinsamen Unternehmungen ausgeschlossen, weil das andere Schüler gewollt haben“ und „Andere Schüler/innen haben mich wie Luft behandelt und absichtlich nicht mehr beachtet“). Erfasst wurden damit nicht allein körperliche Übergriffe, sondern aggressive Verhaltensweisen, die eine sprachliche Herabsetzung beinhalten oder auf den sozialen Ausschluss zielen. Die Schüler/innen

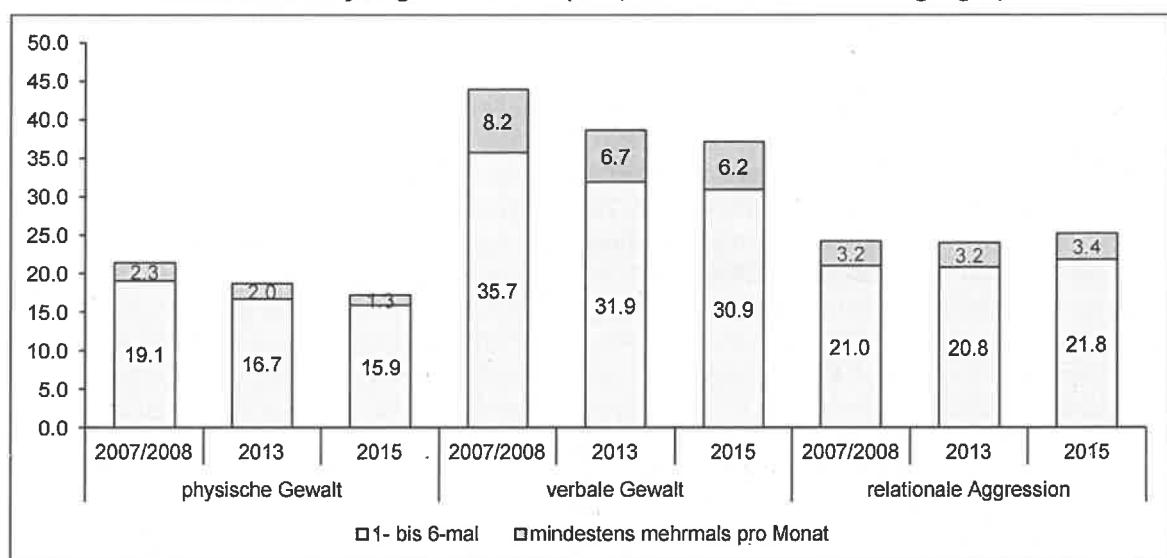
sollten sich bei ihren Antworten jeweils auf das letzte Schulhalbjahr beziehen. Unterschieden wird zwischen seltenen Opfererfahrungen (bis höchstens 6mal im letzten Schulhalbjahr) und häufigen Opfererfahrungen (mindestens mehrmals pro Monat).

**Abbildung 10: Entwicklung von Schulen gemeldeter „Raufunfälle“/Frakturen infolge von Raufereien je 1.000 versicherte Schüler 1993 bis 2015 (Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung)**



Wird die physische Gewalt betrachtet, so zeigt sich, dass die Gesamt-Opferrate von 21,4 auf 17,2 % zurückgegangen ist. Der Anteil an Opfern mit häufigen Opfererfahrungen hat sich von 2,3 auf 1,3 % reduziert. Auch bei der verbalen Gewalt ist ein Rückgang erkennbar: Während 2007/2008 noch insgesamt 43,9 % der Schüler/innen vom mindestens einmaligen Erleben eines verbalen Übergriffs berichteten, waren es 2015 noch 37,1 %. Bei der relationalen Aggression ergibt sich demgegenüber ein leichter Anstieg von 24,2 auf 25,2 %. Denkbar ist, dass es sich um einen wahren Anstieg dieser Aggressionsform handelt. Möglich ist aber ebenso, dass das Bewusstsein unter Jugendlichen für dieses Verhalten (und dessen Einstufung als aggressives Verhalten) zunimmt.

**Abbildung 11: Entwicklung des Anteils an Schülern, die Opfer verschiedener Übergriffe in der Schule im letzten Schulhalbjahr geworden sind (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



Inwieweit sich Jungen und Mädchen hinsichtlich des Erlebens von Schulgewalt unterscheiden, ist in Tabelle 5 dargestellt. Dabei wird sich auf die am kürzesten zurückliegende, niedersachsenweit repräsentative Befragung aus dem Jahr 2015 bezogen; dargestellt werden die Anteile an Schülerinnen bzw. Schülern, die berichtet haben, dass sie häufig (also mindestens mehrmals pro Monat) ein Verhalten erlebt haben (vgl. auch Baier/Bergmann 2016). Jungen sind demnach häufiger Opfer von (häufiger) physischer Gewalt als Mädchen. Mädchen berichten stattdessen häufiger davon, verbale Gewalt, insbesondere aber relationale Aggressionen, zu erleben. Insofern wird damit die Auffassung gestützt, dass Mädchen nicht generell weniger Aggressionen durch Gleichaltrige ausgesetzt sind wie Jungen. Stattdessen erreicht das Aggressionserleben ein etwa gleiches Ausmaß, nimmt aber andere Formen an wie bei Jungen.

Zusätzlich dargestellt sind die Raten häufiger Opfer getrennt nach Schulform und Herkunft. Als „deutsch“ gelten Befragte, die selbst in Deutschland geboren wurden und die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und für deren leibliche Eltern beides zutrifft. Der Vergleich der Schulformen ergibt folgendes Bild: An Förder-/Hauptschulen liegt die Opferrate bei den Delikten der physischen und der verbalen Gewalt höher als an Gymnasien. Bei der relationalen Aggression lassen sich hingegen keine Schulformunterschiede feststellen. Insofern gibt es auch an Gymnasien durchaus aggressives Verhalten; dieses bezieht sich aber eher auf indirekte Aggressionsformen. Zwischen einheimischen Deutschen und Migrantinnen und Migranten ergeben sich nahezu keine Unterschiede in den Opferraten.

**Tabelle 5: Anteil Schüler, die häufig Opfer verschiedener Übergriffe in der Schule im letzten Schulhalbjahr geworden sind, nach verschiedenen Merkmalen (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**

	Geschlecht		Schulform			Herkunft	
	männlich	weiblich	FS/HŠ	RS/GS/OS	Gym	deutsch	Migrant/in
physische Gewalt	2.4	0.3	1.7	1.5	0.9	1.3	1.5
verbale Gewalt	5.5	6.9	7.7	6.4	5.5	6.2	6.3
relationale Aggression	2.2	4.6	3.2	3.5	3.2	3.2	4.0

FS/HŠ = Förder-/Hauptschule, RS/GS/OS = Real-/Gesamt-/Oberschule, Gym = Gymnasium

Nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch Lehrkräfte können Opfer von Gewalt werden. In den niedersachsenweiten Schülerbefragungen 2013 und 2015 (vgl. Bergmann et al. 2017, S. 65ff) wurden deshalb auch die Lehrkräfte gebeten, einen Fragebogen auszufüllen und ihre Opfererfahrungen zu berichten. Tabelle 6 stellt dar, wie häufig die befragten Lehrkräfte angegeben haben, verschiedene Übergriffe im Schulbereich oder außerhalb der Schule im letzten Schulhalbjahr erlebt zu haben.

**Tabelle 6: Lehrkräfte als Opfer von physischer Gewalt (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen).**

	im Schulbereich		außerhalb der Schule	
	2013	2015	2013	2015
Mir wurde von einem/mehreren Schüler/n Gewalt angedroht	3.1	4.3	0.7	1.1
Ich bekam von einem/mehreren Schüler/n einen Drohbrief	0.7	0.0	0.5	0.6
Ich wurde von einem /mehreren Schüler/n mit einer Waffe bedroht (z.B. Messer)	0.2	0.4	0.0	0.0
Ein/ mehrere Schüler hat/haben mich geschlagen	0.0	0.4	0.0	0.0
Ich wurde von einem/mehreren Schüler/n sexuell belästigt	0.4	1.2	0.0	0.0

Dabei zeigt sich, dass es eine Ausnahme für Lehrkräfte ist, in der Schule von Schülerinnen bzw. Schülern körperlich angegriffen oder bedroht zu werden. So berichten nur 3,1 % (2013) bzw. 4,3 %

(2015), dass Ihnen Gewalt angedroht wurde; insgesamt nur 0,7 % der Lehrkräfte gaben 2013 an, im letzten Schulhalbjahr einen Drohbrief bekommen zu haben, 2015 berichtete dies keine Lehrkraft. Körperliche Angriffe durch Schüler/innen wurden 2013 von keiner der befragten Lehrkräfte berichtet, 2015 von 0,4 %. Auch außerhalb der Schule sind körperliche Übergriffe oder Bedrohung seitens der Schüler sehr selten. Im Vergleich der Jahre 2013 und 2015 zeigen sich z.T. leichte Anstiege der Prävalenzraten. Aufgrund des insgesamt sehr niedrigen Niveaus sollte allerdings davon abgesehen werden, dies als einen Trend ansteigender Gewalt gegen Lehrkräfte zu interpretieren.

## 2.3 Spezifische Viktimisierungsformen

Nachfolgend werden in Bezug auf zwei Erwachsenen-Dunkelfeldbefragungen des KFN Entwicklungs-trends zu drei spezifischen Viktimisierungsformen vorgestellt: sexueller Kindesmissbrauch, sexuelle Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt gegen Frauen. Die zugrundeliegenden Befragungen wurden 1992 und 2011 durchgeführt. Sie decken damit zwar nicht exakt den bisher fokussierten Zeitraum von 1998 bis 2016 ab. Dennoch machen sie einen Vergleich von Viktimisierungsraten über einen 20-Jahre-Zeitraum hinweg möglich, was in dieser Form einmalig ist (vgl. Hellmann 2014; Stadler et al. 2012). Eine weitere, vergleichbare Befragung nach 2011 wurde bislang noch nicht durchgeführt.

Im Jahr 2011 wurden im Auftrag des Bundesministerium für Bildung und Forschung 11.428 Personen (hiervon 9.162 deutsche Personen ohne Migrationshintergrund) im Altersbereich von 16 bis 40 Jahren retrospektiv zu eigenen Viktimisierungserfahrungen befragt (vgl. Hellmann 2014, Stadler et al. 2012). Dieses Forschungsvorhaben erlaubt neben der Ermittlung aktueller und repräsentativer Prävalenzen auch einen Einblick in die zeitliche Entwicklung unterschiedlicher Phänomene. Hierzu wurde diese Studie weitgehend parallel zu einer bereits 1992 durchgeföhrten KFN-Untersuchung konzipiert. Beide repräsentativen Datenerhebungen lag folgendes Untersuchungsdesign zugrunde: Nach einem vorgesetzten persönlichen Interview („Face-to-Face-Interview“) wurde dem/der Untersuchungsteilnehmer/in ein Fragebogen überreicht, der von diesem/r anschließend in Abwesenheit des/der Interviewers/in selbstständig und anonym ausgefüllt wurde. Hierbei ging es um sehr sensible Fragenkomplexe zu innerfamiliären physischen und sexuellen Opfererfahrungen im Kindes- und Erwachsenenalter unter Einschluss innerfamiliärer Vorfälle. Der Einsatz eines solchen Drop-off-Fragebogens hatte sich in der Studie des Jahres 1992 im Hinblick auf die Mitteilungs- und Teilnahmebereitschaft bewährt und wurde deshalb 2011 wiederholt (vgl. Wetzels et al. 1995, Wetzels/Pfeiffer, 1997).

### 2.3.1 Sexueller Kindesmissbrauch

Auf Basis der Studienergebnisse aus 2011 zeigt sich, dass deutsche Befragte beim sexuellen Kindesmissbrauch (bis einschließlich 16. Lebensjahr) eine Lebenszeitprävalenz (mindestens einmal im Leben einen Übergriff erfahren) von 6,2 % aufweisen (mit und ohne Körperkontakt); wird nur der Missbrauch mit Körperkontakt betrachtet, liegt die Rate bei 4,4 % (Hellmann 2014, S.103). Neben einem ausgeprägten Geschlechtereffekt – Frauen sind etwa sechs Mal häufiger von sexuellem Kindesmissbrauch betroffen als Männer (Hellmann 2014, S. 103ff.) – zeigt sich zudem, dass Befragte unterschiedlicher Alterskohorten deutlich abweichende Viktimisierungshäufigkeiten berichten: So verringert sich das Opferrisiko sexueller Missbrauchserfahrung mit Körperkontakt von 9,5 % für die 31- bis 40jährigen Frauen (ältestes unterscheidbare Kohorte) auf 3,0 % für die 16- bis 20-jährigen Frauen bzw. von 1,8 % für die männlichen 31- bis 40-jährigen auf 0,9 % für die 16- bis 20-jährigen Männer (Hellmann 2014, S.104).

Ein Vergleich der Befragungsergebnisse 2011 und der Befragungsergebnisse 1992 steht im Einklang mit diesem Befund: So verringert sich die Quote der Frauen mit Missbrauchserfahrung mit Körperkontakt im Verlauf der 19 Jahre von 9,6 % auf 7,4 %, die der Männer von 3,2 % auf 1,5 % (vgl. Stadler et al. 2012, S. 32). Wenn man ergänzend erneut die Daten der drei Altersgruppen des Jahres 2011 heranzieht, zeigt sich, dass sich dieser Rückgang besonders ausgeprägt in der Gruppe der 16- bis 20-jährigen zeigt (6,5 % in 1992 zu 1,8 % in 2011; Rückgang um 75,0 %) und sich dann für die folgenden Altersgruppen der 21- bis 30-jährigen (5,9 % in 1992 auf 4,2 % in 2011; Rückgang um 31,8 %) und der 31- bis 40-jährigen (7,0 % in 1992 zu 5,7 % in 2011) abschwächt (vgl. Stadler et al. 2012, S. 33). Somit führen die beiden methodischen Zugangswege (Altersgruppenvergleich und Kohortenvergleich) zu derselben Erkenntnis: Der sexuelle Missbrauch hat seit 1992 deutlich abgenommen – und es gilt, dass diese Veränderung umso stärker ausfällt, je jünger die Befragten sind.

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik erreichte die Häufigkeit angezeigter Fälle des sexuellen Kindesmissbrauchs im Jahr 1997 mit 16.888 Fällen ihren Höchststand (1998: 16.596 Fälle; vgl. Tabelle A1 im Anhang). Für 2016 werden 12.019 Fälle berichtet. Somit kann ein Rückgang der angezeigten Fälle des sexuellen Kindesmissbrauchs um mehr als ein Viertel vorgefunden werden (vgl. auch Abbildung 2). Dabei erscheint es wesentlich, die Frage zu stellen, ob die Abnahme der polizeilich registrierten Missbrauchsfälle eine Folge davon ist, dass die Opfer den Gang zur Polizei immer seltener antreten. Auf Basis der Opferbefragung aus den Jahren 1992 und 2011 kann demgegenüber belegt werden, dass für diesen Zeitraum ein deutlicher Anstieg der Anzeigebereitschaft existiert (Wetzels et al. 1995, Wetzels/Pfeiffer 1997, Wetzels 1997, Stadler et al. 2012, Stadler et al. 2012a): So hat sich die Anzeigekurve im Verlauf der Jahre für die schweren Fälle des sexuellen Missbrauchs (mit Körperkontakt) fast verdoppelt hat (Zunahme von 7,4 auf 14,0 %). Ferner wurde zu beiden Datenerhebungen für drei Altersgruppen eine ergänzende Analyse durchgeführt. Auch sie belegt einen deutlichen Anstieg der Anzeigekurve, der umso stärker ausfällt, je jünger die Befragten sind: Bei den 16- bis 20-jährigen hat die Anzeigekurve um 34,6 % zugenommen, bei den 21- bis 30-jährigen um 17,9 %, bei den 31- bis 40-jährigen um 9,0 %.

Diese Zunahme der Anzeigebereitschaft überrascht nicht, weil zu vermuten ist, dass es den jungen Menschen heute erheblich leichter fällt, über schwierige Fragen der Sexualität zu sprechen als noch vor 20 Jahren. Vor allem dürfte aber die positive Entwicklung damit zusammenhängen, dass die Zahl der Menschen und Organisationen angestiegen ist, die mit ihrer engagierten Opferbetreuung den von sexueller Gewalt Betroffenen zunehmend Mut gemacht haben, die Täter anzuzeigen. Somit kann der positive Trend aus den Dunkelfelduntersuchungen in der Polizeilichen Kriminalstatistik nur teilweise abgebildet werden, da die positive Entwicklung durch die parallel laufende Zunahme der Anzeigebereitschaft in abgeschwächter Form dargestellt wird.

In einer weiteren Vergleichsanalyse der beiden Opferbefragungen haben Stadler et al. (2012) zwei Entwicklungen zur Erklärung des Missbrauchsrückgangs untersucht. Zum einen beziehen sie sich auf eine Erkenntnis, die bereits aus den Daten der Opferbefragung des Jahres 1992 abgeleitet wurde: Kinder, die in einem sehr konflikthaltigen Familienklima aufwachsen, haben im Vergleich zu solchen, die gewaltfrei und liebevoll erzogen werden, ein drei- bis viermal so hohes Risiko, innerhalb oder außerhalb der Familie missbraucht zu werden. Der Anteil von Problemfamilien, in denen Kinder geschlagen werden und wenig Zuwendung erhalten, ist aber in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre stark zurückgegangen (siehe Abschnitt 3.2). Zum anderen sehen Stadler et al. (2012) als eine Ursache für das Sinken des Missbrauchsrisikos die seit Anfang der 1990er Jahre besonders von den in der Opferbetreuung aktiven Gruppen, Individuen und Verbänden geleistete Sensibilisierung für die Leiden der Missbrauchsopfer und die damit verbundene, wachsende gesellschaftliche Ächtung aller Formen des sexuellen Missbrauchs. Hinzu kommen die von diesen Akteurinnen und Akteuren ebenso wie von kommunalen und staatlichen Einrichtungen auf den Weg gebrachten Präventionsbemühungen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass entgegen den Eindrücken der medialen Berichterstattung die Häufigkeit des sexuellen Kindesmissbrauchs in der Bundesrepublik rückläufig ist. Legt man die Zahlen der KFN-Opferbefragung zugrunde, ergibt sich für die gegenwärtig in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen ein Schätzwert von etwa 185.000 unter 16-jährigen betroffenen Missbrauchsopfern – diese Schätzung basiert auf der Prävalenz der Gruppe 16- bis 20-jährigen aus der KFN-Opferbefragung des Jahres 2011 (1,8 %; vgl. Stadler et al., 2012); dieser Wert liegt deutlich unter anderen Schätzungen, welche teilweise prominent in den Medien zirkulieren. Verwiesen wird u.a. auf eine Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO, die im Jahre 2012 für die europäische Region eine durchschnittliche Opferrate von 9,6 % (sexueller Missbrauch mit und ohne Körperkontakt) ermittelte hatte. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass der WHO-Studie keine für Europa repräsentative Stichprobe zugrunde lag. Es handelt sich also lediglich um eine grobe Schätzung. Sie beruhte auf teilweise veralteten und nur in wenigen Ländern realisierten Datenerhebungen, die zudem methodisch sehr unterschiedlich durchgeführt worden waren. Es wird deshalb empfohlen, sich bei derartigen Schätzungen stattdessen an den Befunden der oben zitierten, 2011 durchgeföhrten Repräsentativbefragung zu orientieren, die es zudem ermöglicht, für eine solche Schätzung die Prävalenzrate der 16- bis 20-jährigen zugrunde zu legen.

Allerdings sollte das bisher Erreichte keinen Anlass bieten, sich auf den Erfolgen auszuruhen. Vielmehr kann aus diesen Zahlen der Ansporn abgeleitet werden, die Präventionsbemühungen weiter zu verstärken. Denn eines bleibt im Hinblick auf die sexuelle Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen unbestritten: Auch wenn man nicht eine Million, sondern die Zahl von ca. 185.000 missbrauchten Kindern und Jugendlichen zugrunde legt, besteht nicht der geringste Anlass, in den Anstrengungen zur Bekämpfung solcher Taten und zur verbesserten Betreuung der Opfer nachzulassen. Im Gegen- teil: Angesichts der hohen und langanhaltenden Belastung, die der sexuelle Missbrauch für die Opfer bedeutet, sollten wir in den Schutz vor sexueller Gewalt noch mehr als bisher investieren.

### 2.3.2 Sexuelle Gewalt gegen Frauen

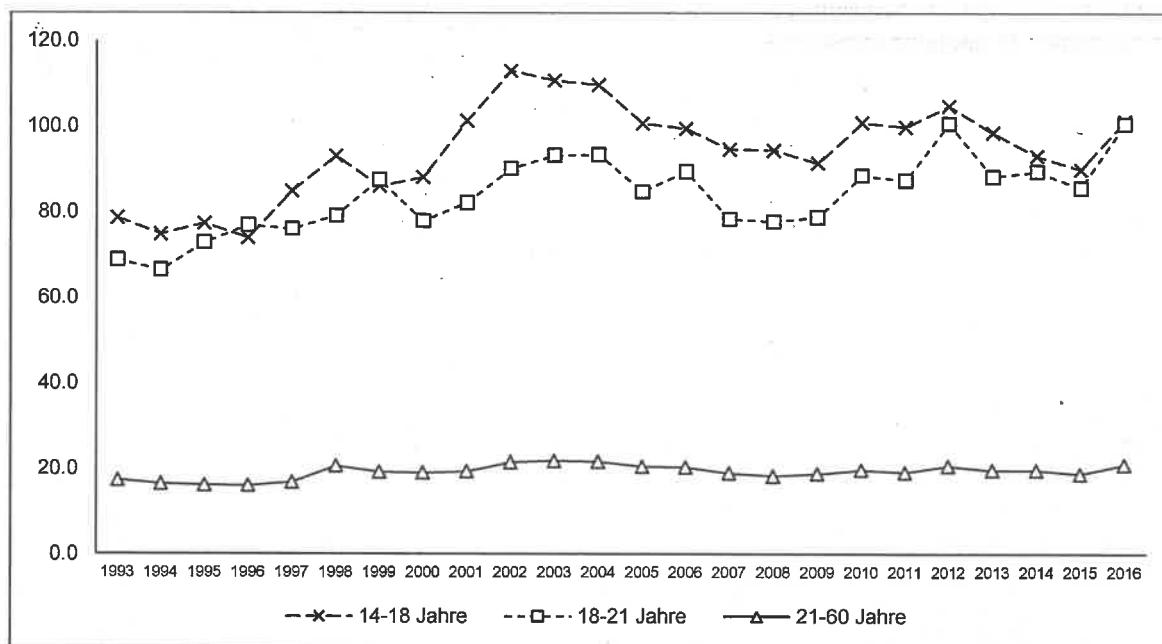
Das Strafgesetzbuch subsumiert unter § 177 Abs. 2, 3 und 4 den Straftatbestand Vergewaltigung und sexuelle Nötigung sowie unter § 178 den Straftatbestand Vergewaltigung und sexuelle Nötigung mit Todesfolge. Neben den körperlichen Folgeerscheinungen durch solche sexuellen Übergriffe durch Unbekannte, Partner oder Angehörige erscheinen auch die seelischen Verletzungen in Folge einer Vergewaltigung oder sexuellen Nötigung von erheblichem Ausmaß. So geht aus einer US-amerikanischen Untersuchung (Kessler 1995) aus den frühen 1990er Jahren hervor, dass in Folge sexueller Nötigung etwa jede Fünfte, in Folge einer Vergewaltigung mehr als jede zweite Betroffene solche Belastungen aufweist, die den diagnostischen Kriterien einer Posttraumatischen Belastungsstörung zuzurechnen sind. Auch können sich im Zuge solcher Ereignisse andere psychische Symptome zeigen, die vor allem den affektiven Störungsbildern (vor allem Depression) sowie den phobischen Störungsbildern (vor allem Ängste und Panikstörungen) zuzuordnen sind (Campbell et al. 2007, Kliem et al. 2015, Perkonigg et al. 2000, Price/van Stolk-Cooke 2015, Silove et al. 1997). Entsprechend können solche Erlebnisse einen weitreichenden Einfluss auf die künftige Lebensgestaltung und Lebensqualität ausüben (z. B. Whitelock et al. 2013).

Auf Basis der KFN-Dunkelfeldbefragungen aus den Jahren 1992 und 2011 kann die Veränderung der Prävalenz sexueller Gewalt gegen Frauen näher untersucht werden; hierfür kann auf N = 4.778 weibliche Befragte zwischen 16 und 40 Jahren ohne Migrationshintergrund aus dem Jahr 2011 und eine entsprechend strukturierte Stichprobe von N = 1.073 Frauen aus dem Jahr 1992 zurückgegriffen werden (Hellmann 2014). Während im Jahr 1992 noch 4,9 % der befragten Frauen die Frage „Hat Sie

innerhalb der letzten 5 Jahre jemand mit körperlicher Gewalt oder unter Androhung von Gewalt gegen Ihren Willen zum Beischlaf (Geschlechtsverkehr) oder beischlafähnlichen Handlungen gezwungen oder versucht, das zu tun?“ positiv beantworteten, waren dies im Jahr 2011 noch 2,5 % der befragten Frauen, was einem Rückgang um fast die Hälfte entspricht. Werden die erfassten sexuellen Gewalterfahrungen in die Kategorien „innerhalb von Haushalt und Familie“ (Täterkategorien: Ehepartner, nicht-eheliche Partner, Ex-Partner, andere Haushaltsmitglieder) und „außerhalb von Haushalt und Familie“ (Täterkategorien: flüchtig bekannte Personen, bekannte Personen außerhalb des eigenen Haushalts, unbekannte Personen) aufgeteilt, zeigt sich für beide Kategorien im Vergleich der Jahre 1992 (innerhalb: 2,31 %; außerhalb: 1,65 %) und 2011 (innerhalb: 1,60 %; Außerhalb: 0,79 %) ein Rückgang (Fälle außerhalb von Haushalt und Familie: -65,9 %; Fälle innerhalb von Haushalt und Familie: -48,2 %; vgl. Hellmann/Pfeiffer 2015, S. 532). Für eine Subgruppe lagen sowohl Viktimisierungserfahrungen innerhalb und außerhalb von Haushalt und Familie vor. Für diese Subgruppe verringert sich die 5-Jahresprävalenz von 0,99 auf 0,11 % (vgl. Hellmann/Pfeiffer 2015, S. 532).

Vergleicht man diese Dunkelfeldbefunde mit den polizeilich registrierten Straftaten, zeigt sich ein anderes Bild: So nimmt insbesondere für die Altersgruppen der 14- bis unter 18-jährigen und der 18- bis unter 21-jährigen die Anzahl polizeilich registrierter Straftaten zu (Abbildung 12). Diese Hellfeld-Dunkelfeld-Diskrepanz lässt sich teilweise, aber nicht vollständig durch den Einbezug der ehelichen Vergewaltigung in den Straftatbestand des § 177 StGB aus dem Jahr 1997 erklären. Zeitgleich erscheint aber auch eine erhöhte Anzeigebereitschaft der Betroffenen (insbesondere was Fälle innerhalb von Haushalt und Familie betrifft) als mögliche Ursache denkbar (vgl. Hellmann/Pfeiffer 2015, Stadler et al. 2012). Es soll aber an dieser Stelle angeführt werden, dass ein Anstieg der Anzeigequote nicht bedeutet, dass tatsächlich die Mehrheit der begangenen Straftaten zu Anzeige gebracht würde. Die Dunkelfeldbefragung aus dem Jahr 2011 zeichnet hier ein gänzlich anderes Bild: Nur 12,1 % der von sexueller Gewalt betroffenen Frauen bringen nach eigenen Angaben die Tat zur Anzeige; weitere 3,5 % der Fälle werden durch Familienangehörige oder Freundinnen zur Anzeige gebracht (vgl. Hellmann 2014, S. 148). Hierbei scheint insbesondere die Gruppe der 16- bis 20-jährigen Betroffenen vor einer Anzeige zurückzuschrecken: Lediglich 3,4 % der Betroffenen zeigen die sexuelle Gewaltviktimisierung an (vgl. Hellmann 2014, S. 148). Befragt man die betroffenen Frauen nach den Gründen, weshalb die sexuelle Gewaltviktimisierung nicht zur Anzeige gebracht wird, zeigen sich als zentrale Gründe – über alle Altersstufen hinweg – Schamgefühle (Fragewortlaut: „weil mir die Sache peinlich war“; 53,1 %) sowie „Angst vor einem Strafverfahren“ (22,9 %) und fehlender Glaube an die Polizeiarbeit („die Polizei kann nichts ausrichten“; 15,6 %), die die Betroffenen von einer Anzeigearrestation abhalten (vgl. Hellmann 2014, S. 152).

**Abbildung 12: Entwicklung der Opferziffern für weibliche Opfer für Vergewaltigung/sex. Nötigung in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen**



Eine bundesweite Analyse zur Strafverfolgung der Vergewaltigung zeigt zudem einen Trend: Vor 20 Jahren erlebten 21,6 % der eine Anzeige erstattenden Frauen die Verurteilung des Täters, 2013 waren es nur noch 8,1 % (vgl. Hellmann/Pfeiffer 2015, S. 535). Die Hintergründe dieses Trends sind noch weiter zu eruieren. Zu beachten ist allerdings, dass sich für die betroffenen Frauen im Falle von fehlerhaften Freisprüchen ein Risiko der sekundären Visktimisierung ergibt, da sie zum einen in ihrem sozialen Umfeld womöglich der Falschaussage bezichtigt werden (insbesondere bei Tätern aus dem Freundeskreis oder der Familie); zum anderen orientiert sich die Entscheidung der für die Opferentschädigung zuständigen Behörden, einer Frau nach einer Vergewaltigungsanzeige beispielsweise eine Traumatherapie zu finanzieren, faktisch am Ausgang eines Strafverfahrens (vgl. Hellmann/Pfeiffer 2015).

### 2.3.3 Häusliche Gewalt gegen Frauen

Häusliche Gewalt gegen Frauen erscheint international (vgl. Müller/Schröttle 2004) sowie in der Bundesrepublik (Garcia-Moreno et al. 2006) als gesellschaftliches Problemfeld mit ausgeprägter Prävalenz und Reichweite. In Abhängigkeit von Intensität und Frequenz können neben den körperlichen Folgeerscheinungen auch Zusammenhänge zwischen häuslicher Gewalt und verschiedenen psychischen Störungsbildern (wie affektiven Störungen, Angststörungen, der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTSD) sowie Schlaf- und Essstörungen) vorgefunden werden. Neben den individuellen Folgen versuracht häusliche Gewalt auch ausgeprägte volkswirtschaftliche Belastungen: So werden alleine für die USA jährliche Kosten in Höhe von etwa 7,4 Milliarden US -Dollar als direkte (medizinische Versorgungskosten) und indirekte (Produktivitätsverlust, psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung) Folge von häuslicher Gewalt geschätzt (National Center for Injury Prevention and Control 2003). Neben den negativen Auswirkungen der häuslichen Gewalt für die betroffenen Frauen sind häufig innerhalb der Familie auch Kinder durch indirektes (Zeugenschaft) oder direktes psychisches oder physisches Gewalterleben mitbetroffen (z.B. Appel/Holden 1998, Bourassa 2007, Osofsky 2003). Dementsprechend wurden in der Vergangenheit auch immer wieder Forderungen formuliert,

Maßnahmen zu ergreifen, um die Betroffenen besser vor häuslicher Gewalt zu schützen (z. B. Black et al. 2011, Fox et al. 2009, Hossain et al. 2014, Jewkes 2002).

Zum 1. Januar 2002 ist das Gewaltschutzgesetz (GewSchG) als Teil des „Gesetzes zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung“ in der Bundesrepublik in Kraft getreten. Durch dieses Gesetz sollten zum einen die Rechte der Betroffenen gestärkt sowie zum anderen den Strafverfolgungsbehörden mehr Möglichkeiten eingeräumt werden, um gegen häusliche Gewalt vorzugehen. Betroffene haben hierdurch beispielsweise die Möglichkeit, einen Antrag auf Überlassung der gemeinsam genutzten Wohnung, auf Betretungsverbot, Annäherungsverbot und Kontaktverbot gegenüber dem Täter/der Täterin zu stellen. Die Polizei kann dieses zivilrechtliche Instrumentarium durch eine Wegweisung aus der Wohnung ergänzen.

Dieser sinnvolle gesetzgeberische Schritt stellt dabei die Validität der erfassten Gewaltviktimsierungen aus der Perspektive des Hellfeldes (PKS) in Frage. Zwar kann auf Basis der PKS-Daten zu Gewalttaten durch Täter der Beziehungskategorien „Verwandtschaft“ ein Anstieg der häuslichen Gewalt festgestellt werden: So zeigt sich, dass vollendete Körperverletzung durch „Verwandtschaft“ seit dem Jahr 1997 von etwa 38.500 erfassten Fällen über 71.200 Fälle (2003) auf etwa 130.000 Fälle im Vergleichsjahr 2012 zugenommen haben (Stand 2015: 147.800 Fälle). Werden diese Zahlen differenziert nach einer vorliegenden partnerschaftlichen Beziehung betrachtet, kann auch für die Jahre 2012 (100.787 weibliche Betroffene; Bundeskriminalamt 2015, S. 13) bis 2016 (108.956 weibliche Betroffene; Bundeskriminalamt 2016, S. 5) ein solcher Anstieg der erfassten Fälle im Hellfeld nachgezeichnet werden. Bei Vergegenwärtigung dieser Zahlen sollte nicht vernachlässigt werden, dass aus einem Anstieg der registrierten Fälle partnerschaftlicher Gewalt im Hellfeld nicht automatisch auf einen tatsächlichen Anstieg dieser Delikte geschlossen werden darf. Hellfeldzahlen unterliegen verschiedenen und über die Zeit variierten Fehlerquellen (z.B. Anzeigeverhalten der Betroffenen und der Bevölkerung; Kontrollverhalten der Polizei), welche die ermittelten Fallzahlen verzerrn können. Im Kontrast dazu liefern Dunkelfelddaten (z.B. durch Opferbefragungen) ein genaueres Bild von tatsächlicher Häufigkeit und Struktur der untersuchten Delikte. So ließe am Beispiel der häuslichen Gewaltviktimsierung vermuten, dass durch die Einführung des Gewaltschutzgesetzes und der hiermit verbundenen erhöhten Anzeigebereitschaft die vorgestellten Hellfeldzahlen Verzerrungsprozessen unterworfen sind. Insbesondere darf vermutet werden, dass die Zunahme der angezeigten Fälle von Gewalt innerhalb von Haushalt und Familie auf eine gesteigerte Sensibilität der Bevölkerung zurückzuführen sind (siehe auch Hellmann 2014).

Um die Entwicklung häuslicher Gewaltviktimsierungen aus der Perspektive des Dunkelfeldes zu untersuchen, wurden die Angaben aus den Repräsentativbefragungen der Jahre 1992 und 2011 miteinander verglichen (siehe Hellmann 2014). Zur Erfassung häuslicher Gewalt wurden die international etablierten Conflict Tactic Scales (Straus et al. 1996) genutzt. Hierbei wurde das Erleben leichterer Gewaltformen (z. B. „Mit mir zusammenlebende Familien- oder Haushaltsglieder haben bei Streit oder Auseinandersetzungen mit einem Gegenstand nach mir geworfen“) und schwerer Gewaltformen (z. B. „Mit mir zusammenlebende Familien- oder Haushaltsglieder haben mir absichtlich Verbrennungen oder Verbrühungen zugefügt“) separat erfasst und in ein zweistufiges Antwortformat (keine Erfahrung vs. mindestens eine Erfahrung) überführt (vgl. Hellmann 2014). Erfasst wurde in beiden Befragungen die 5-Jahres-Opferprävalenzrate. Hinsichtlich der Befragung des Jahres 1992 zeigte sich für die befragten Frauen für leichtere Gewalthandlungen innerhalb von Haushalt und Familie eine 5-Jahresprävalenz von 12,5 %; zusätzlich berichteten 5,5 % der Befragten von schweren Gewalthandlungen in den letzten fünf Jahren (vgl. Hellmann 2014). Bis 2011 verringert sich die 5-Jahresprävalenz schwerer Gewalt um 58 % auf insgesamt 2,3 % und die 5-Jahresprävalenz leichterer Gewaltformen um 35 % auf 8,1 % (vgl. Hellmann 2014, S. 131). Auf Basis der Dunkelfeldbefragung 2012 kann dar-

über hinaus eine Einschätzung hinsichtlich der beteiligten Täter sowie zum Anzeigeverhalten der betroffenen Frauen abgegeben werden: Demnach tritt in etwa 62 % der Fälle der Ehemann bzw. der Partner der betroffenen Frauen als Täter in Erscheinung. Die Gewalt durch den Partner wird dabei lediglich von etwa 19 % der betroffenen Frauen zur Anzeige gebracht (vgl. Hellmann 2014, S. 114). Ein Vergleich mit dem Anzeigeverhalten betroffener Frauen aus dem Jahr 1992 kann aber nicht vorgenommen werden. In lediglich 3,5 % der erfassten Fälle partnerschaftlicher Gewalt wurde der Täter im Sinne des GewSchG auf richterliche Anordnung der Wohnung verwiesen (vgl. Hellmann 2014).

Zusammenfassend belegen die Auswertungen, dass sich seit 1992 die Häufigkeit häuslicher Gewalt im Dunkelfeld für Frauen deutlich verringert hat. Für leichtere Gewalthandlungen ist ein Rückgang um 35 % und für schwere Gewalt um 58 % zu verzeichnen. Inwiefern dieser Rückgang mit der Einführung des GewSchG im Zusammenhang steht, kann auf Basis der Befragungen nicht überprüft werden. Festgehalten werden kann lediglich, dass der Mehrheit der Befragten aus 2011 das GewSchG und die hiermit verbundenen Schutzrechte für Betroffene unbekannt sind (vgl. Hellmann 2014).

### 3 Erklärungsansätze der Entwicklung

Eine Betrachtung der Erklärungsansätze einer rückläufigen Kriminalitäts- insbesondere Jugendkriminalitätsentwicklung sollte sich an den Erklärungsfaktoren kriminellen Verhaltens orientieren. Wenn bspw. bekannt ist, dass das elterliche Erziehungsverhalten Einfluss auf das kriminelle Verhalten eines Jugendlichen hat und wenn gleichzeitig Veränderungen des Erziehungsverhaltens über die Zeit hinweg festzustellen sind, die mit der Veränderung der Kriminalität übereinstimmen, dann kann begründeter Weise davon ausgegangen werden, dass eine veränderte elterliche Erziehung einen Erklärungsansatz für die Kriminalitätsentwicklung darstellt. Die Einflussfaktoren des kriminellen Verhaltens sind zahlreich und können an dieser Stelle nicht sämtlich daraufhin geprüft werden, inwieweit sie den Rückgang der Jugendkriminalität erklären können, dies auch deshalb, weil nicht für sämtliche Einflussfaktoren auch Informationen über deren Entwicklung in den zurückliegenden 20 Jahren zur Verfügung stehen.

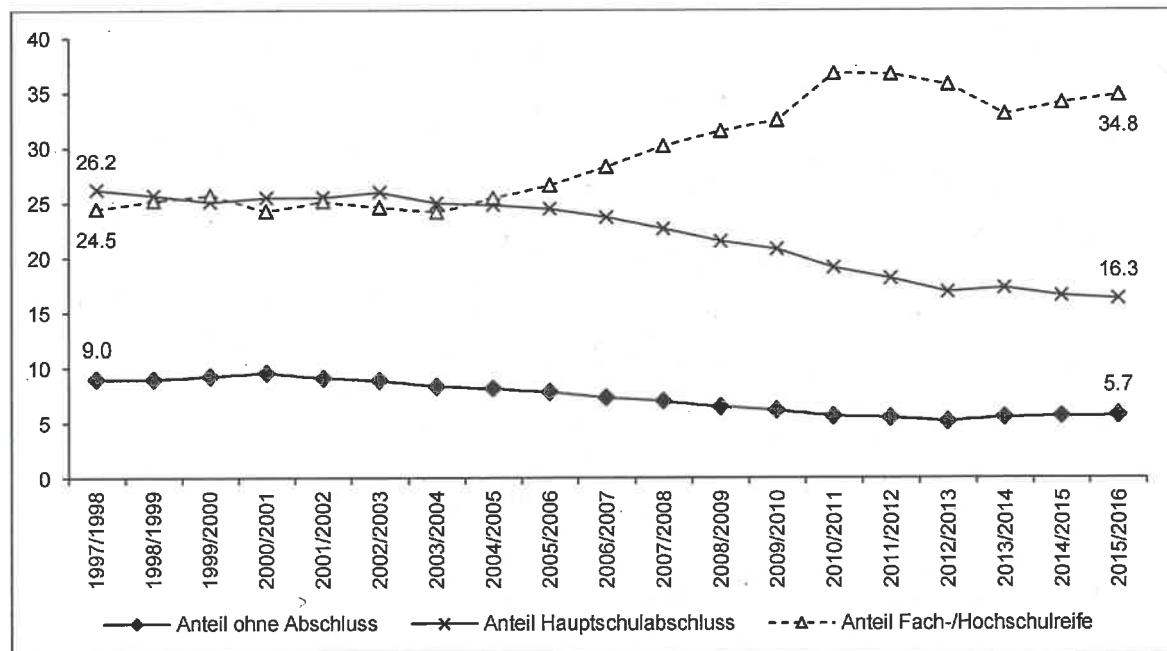
Eine erste, bereits sehr umfangreiche Liste von Einflussfaktoren, die für die Erklärung des Rückgangs der Jugendkriminalität zu berücksichtigen wären, stammt von Glueck und Glueck (1959). Sie benennen Faktoren aus verschiedenen Bereichen, so u.a. die Herkunft, ökonomische Verhältnisse, Familienverhältnisse, den schulischen Werdegang, Freizeitverhalten oder frühe kriminelle Auffälligkeiten (vgl. Eifler 2002, S. 34f). Die Liste enthält zahlreiche Faktoren, die sich später in anderen Studien als wichtige Bedingungsfaktoren bestätigt haben (vgl. u.a. Beelmann/Raabe 2007, S. 47ff; Raithel/Mansel 2003; Scheithauer/Petermann 2003). Diese Faktoren wurden verschiedentlich zu theoretischen Modellen zusammengefasst. Ein solches Modell, an dem sich die nachfolgenden Ausführungen orientieren, stammt von Boers und Reinecke (2007, S. 46). Unterschieden wird in diesem Modell zwischen distalen und proximalen Einflussfaktoren. Als distale Faktoren werden sozialstrukturelle Variablen und damit verbunden die Schicht- bzw. Milieuzugehörigkeit eingestuft („soziale Makrostruktur“). Diese Faktoren bedingen die proximalen Faktoren, die sich zum einen aus den sozialen Beziehungen bzw. Bindungen, die ein Individuum in der Familie, der Schule oder im Freizeitbereich aufrechterhält, zusammensetzen. Der elterlichen Erziehung kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu, weshalb diesem Bindungsfaktor im Folgenden ein eigener Abschnitt gewidmet wird. Die Bindungen stehen zum Zweiten in Beziehung mit Einflussfaktoren, für die in der Vergangenheit sehr enge Bezüge zum kriminellen Verhalten nachgewiesen wurden (vgl. u.a. Baier et al. 2010a): die Bekanntschaft mit delinquenteren Freunden sowie die Orientierung an delinquenteren Normen. Ein dritter proximaler Faktor stellt die formelle soziale Kontrolle dar, womit Aktivitäten von Polizei und Justiz, insbesondere deren Sanktionsverhalten, gemeint sind. Dieses Modell der distalen und proximalen Einflussfaktoren wird von den Autoren auch empirisch geprüft (Boers et al. 2010, S. 507ff). Direkte Zusammenhänge mit dem Gewaltverhalten werden dabei für die delinquenteren Normen und die delinquenteren Peerbeziehungen berichtet. Für die soziale Benachteiligung oder traditionelle Werthaltungen ergeben sich in Übereinstimmung mit dem Modell nur indirekte Zusammenhänge. Auch in anderen Studien werden mehrstufige Erklärungsmodelle getestet. So berichten Baier et al. (2009, S. 84ff) ein Modell, dass als proximale Einflussfaktoren den Kontakt zu delinquenteren Freunden, das Schulschwänzen (als Indikator der sozialen Bindung zur Schule) und den Alkohol- und Drogenkonsum (als Indikator für den Freizeitbereich) identifiziert, als distale Faktoren die soziale Lage (Makrostruktur) und die Erziehungserfahrungen im Elternhaus. Für letztere, die über das Erleben elterlicher Gewalt abgebildet werden, zeigen die Analysen zugleich aber auch direkte Beziehungen zum jugendlichen Gewaltverhalten, weshalb dieser Faktor als distaler wie proximaler Faktor einzustufen ist. Was sich für die Entwicklung der verschiedenen Faktoren in den zurückliegenden Jahren ergibt, wird nachfolgend vorgestellt.

### 3.1 Soziale Makrostruktur

Die sozialstrukturelle Lage einer Person wird in Deutschland meist anhand des Bildungsabschlusses und des Erwerbsstatus beschrieben. Eine niedrige Bildung und die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit indizieren eine schlechtere soziale Lage, verbunden mit geringeren Chancen gesellschaftlicher Teilhabe. Infolge einer solchen schlechteren Lage kann es zu kriminellen Verhalten kommen. Hierauf weist u.a. Merton (1995) in seiner Deprivationstheorie hin. Dieser Theorie zufolge ist delinquentes Verhalten wahrscheinlicher, wenn für Teile der Bevölkerung einer Gesellschaft die kulturellen Ziele (z.B. beruflicher Erfolg, Wohlstand, Prestige) aufgrund struktureller Barrieren (z.B. schlechte Bildungschancen, Armut) nicht erreichbar sind. Illegale bzw. illegitime Mittel werden eingesetzt (z.B. Diebstahl), um die kulturellen Ziele zu erreichen. Die empirischen Befunde stützen allerdings diese Annahmen nur zum Teil: Eine niedrige Bildung bzw. der Besuch von Schulformen, die zu einem niedrigeren Schulabschluss führen, gehen mit erhöhter Delinquenz einher (Baier/Pfeiffer 2007). Das Erleben von Arbeitslosigkeit oder die Verfügbarkeit eines geringen Einkommens sind hingegen für das kriminelle Verhalten von geringerer Bedeutung, wobei sich Zusammenhänge mit dem Ausüben von Diebstählen zeigen (Rabold/Baier 2007).

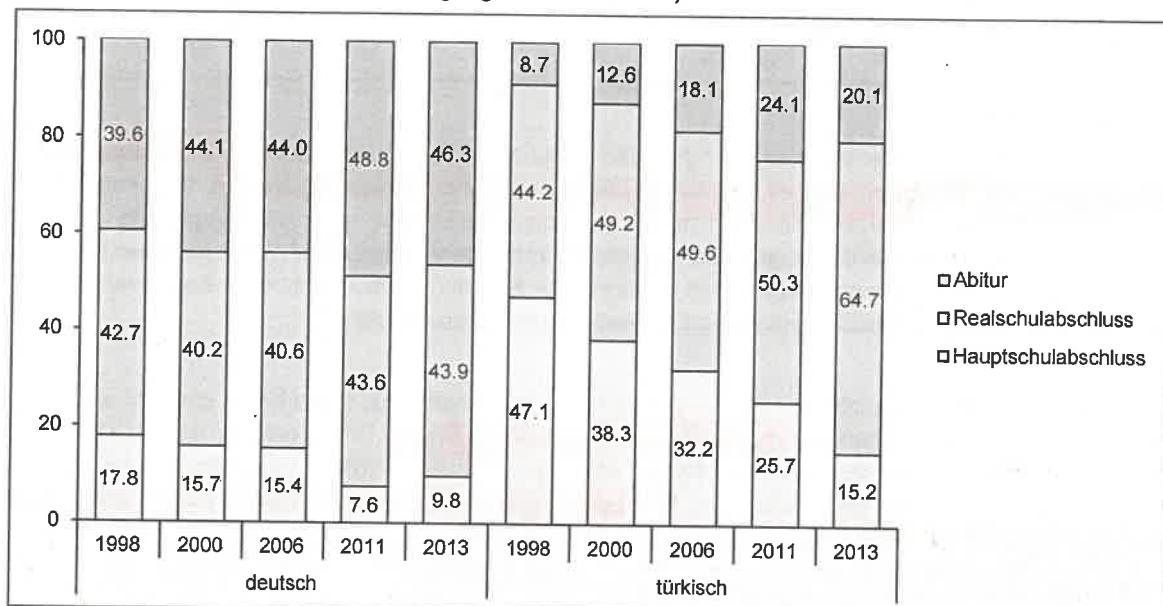
In Bezug auf die Bildungsabschlüsse ergeben sich über die Jahre hinweg sehr positive Entwicklungen: Der Anteil an Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist von 9,0 auf 5,7 % gesunken im Vergleich der Schuljahre 1997/1998 und 2015/2016 (Abbildung 13). Ein Rückgang ist ebenfalls für den Anteil an Schulabgängerinnen und -abgängern mit Hauptschulabschluss zu verzeichnen (von 26,2 auf 16,3 %). Parallel dazu steigt der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die ihre Schulzeit mit einem Abitur bzw. einer Fachhochschulreife abschliessen (von 24,5 auf 34,8 %). Höhere Bildungsabschlüsse, die als ein Präventivfaktor kriminellen Verhaltens gelten können, nehmen zu; höher gebildete Personen begehen zugleich weniger kriminelles Verhalten. Die Entwicklung der Bildungsteilhabe stellt damit einen Erklärungsfaktor der rückläufigen Kriminalität dar.

Abbildung 13: Entwicklung des Anteils verschiedener Schulabschlüsse nach Schuljahr (in %; Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen)



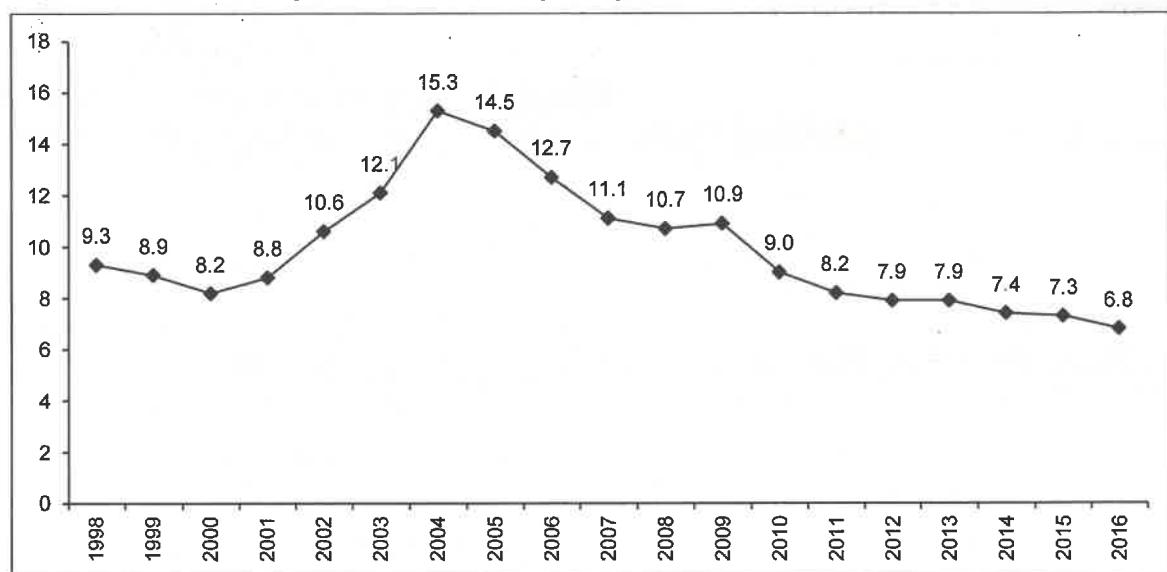
In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass sich insbesondere die Bildungsintegration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessert hat. Anhand der wiederholt durchgeführten KFN-Schülerbefragungen in Hannover zeigt sich bspw., dass bei deutschen Jugendlichen zwischen 1998 und 2013 der Anteil derer, die ein Abitur anstreben, von 39,6 auf 46,3 % gestiegen ist, bei türkischen Jugendlichen von 8,7 auf 20,1 % (Abbildung 14). Bei türkischen Jugendlichen liegt der Anteil aktuell damit 2,5mal höher als früher. Parallel dazu zeigen sich für Hannover signifikante Rückgänge der Jugendkriminalität, die wiederum bei türkischen Jugendlichen sehr deutlich ausfallen (Rabold et al. 2008, S. 126ff). Allerdings zeigen die Auswertungen auch, dass der Anteil türkischer Jugendlicher, die ein Abitur anstreben, noch deutlich hinter dem Anteil der deutschen Jugendlichen zurückbleibt. Zusätzlich können diese positiven Entwicklungen in Bezug auf Migrantinnen und Migranten nicht deutschlandweit generalisiert werden: In München hatte sich im Vergleich der Befragungen der Jahre 1998 und 2005 ein Rückgang des Anteils an türkischen Jugendlichen, die ein Abitur anstreben, ergeben. Lokale und regionale Gegebenheiten beeinflussen die Integration, wobei die Hintergründe für solch diametral gegenläufige Trends noch weiter untersucht werden müssen.

**Abbildung 14: Angestrebter Schulabschluss nach Erhebungsjahr und ethnischer Gruppe (in %; Quelle: Schülerbefragung 9. Jahrgangsstufe Hannover)**



Nicht nur für den Bereich der Bildung, auch für den Bereich der Erwerbstätigkeit ergeben sich im Zeitvergleich positive Entwicklungen, wie die nachfolgende Abbildung 15 verdeutlicht. Die Erwerbslosenquote der 15- bis unter 25-jährigen Jugendlichen hat sich von 1998 bis 2004 zwar deutlich von 9,3 auf 15,3 % erhöht; im Anschluss ist aber ein Rückgang um mehr als die Hälfte auf 6,8 % festzustellen. Dabei hat es auch nach 2007, dem Jahr, in dem im Polizeilichen Hellfeld ein starker Rückgang vor allem der Jugendgewaltkriminalität einsetzt, gegeben. Da der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität als eher schwach einzustufen ist, ist die dargestellte Entwicklung als Erklärung der rückläufigen Jugendkriminalität nur bedingt geeignet.

**Abbildung 15: Entwicklung der Erwerbslosenquote für 15- bis unter 25-jährige (in %; Quelle: Statistisches Bundesamt; jeweils Dezember des jeweiligen Jahres; ILO-Konzept, BV4.1 Trend)**



Ein weiterer Indikator für Veränderung der gesellschaftlichen Makrostruktur stellt die Entwicklung von Werthaltungen dar, die zu einem Teil die Milieuzugehörigkeit einer Person bestimmen. Werthaltungen beschreiben über eine konkrete Situation hinaus verweisende Lebens- und Handlungsziele. Hadjar (2004, S. 35ff) definiert Werthaltungen als individuell vorhandene Ziele des Wünschenswerten, die einen Einfluss auf Einstellungen haben und Leitlinien für Handlungsentscheidungen bereitstellen. Insofern sind Werthaltungen auch Bedingungsfaktoren für Verhaltensweisen.

Wertehaltungen werden in unterschiedlicher Weise konzeptualisiert: Ingelhart (1977) unterscheidet im Wesentlichen zwei Wertehaltungen: moderne und postmoderne Werte. Differenzierter ist das Konzept von Schwartz (1992), welches zehn Wertetypen entlang von zwei orthogonal zueinander stehenden Wertedimensionen unterscheidet. Die erste Wertedimension wird als „Selbststärkung vs. Selbstüberwindung“ umschrieben. „Selbststärkung“ bezieht sich dabei auf eine Macht- und Leistungsorientierung, d.h. auf eine Konzentration auf sich selbst; „Selbstüberwindung“ bezieht sich auf einen Humanismus und Universalismus, also auf eine Orientierung, die auf andere Personen gerichtet ist. Die zweite Wertedimension unterscheidet die Pole „Offenheit gegenüber Neuem“ und „Bewahrung des Bestehenden“. Personen, die offen gegenüber Neuem sind, suchen nach Anregung, nach Herausforderungen, nach Abenteuer und Risiko. Die „Bewahrung des Bestehenden“ schließt die Orientierung an Traditionen, die Konformität und die Suche nach Sicherheit ein.

Angelehnt an das Konzept von Schwartz (1992) lässt sich über die Zusammenhänge von Wertehaltungen und kriminellem Verhalten auf Basis der empirischen Befundlage folgern, dass diese eher schwach sind. Werte der „Selbststärkung“ (Hedonismus, Leistungs- und Machtwerte) stehen tendenziell mit erhöhter Kriminalität in Verbindung, Werte der „Selbstüberwindung“ (Universalismus, Humanismus) sowie Werte der „Bewahrung des Bestehenden“ (Konformität, Tradition) mit reduzierter Kriminalität (vgl. u.a. Hermann 2003). Die Entwicklung dieser Wertehaltungen lässt sich anhand der Shell-Jugendstudien nachzeichnen, die seit 2002 in vergleichbarer Form ein Instrument beinhalten, mit dem selbststärkende, selbstüberwindende und traditionsorientierte Werte abgebildet werden können. In Tabelle 7 ist der Anteil an Jugendlichen dargestellt, die im jeweiligen Erhebungsjahr einen Wert als wichtig erachtet haben. Die einzelnen Werte erhalten dabei eine sehr unterschiedliche Zustimmung. So gaben im Jahr 2015 84 % der Jugendlichen an, dass ihnen wichtig ist, Gesetz und Ordnung zu

respektieren; im gleichen Jahr waren es zugleich nur 20 %, die angegeben haben, dass es ihnen wichtig ist, das zu tun, was andere auch tun. Die Höhe der Zustimmung zu einzelnen Werten soll an dieser Stelle deshalb nicht vertieft betrachtet werden. Wichtiger sind die Entwicklungen, die sich seit 2002 zeigen. Um diese sichtbar zu machen, wurde der Mittelwert des Anteils zustimmender Jugendlicher der Jahre 2010/2015 zum Mittelwert des Anteils zustimmender Jugendlicher der Jahre 2002/2006 ins Verhältnis gesetzt. Dabei ist erkennbar, dass es für jede Wertedimension Hinweise auf einen Anstieg der Bedeutsamkeit gibt: Bei drei von vier Werten ergibt sich jeweils ein z.T. starker Anstieg, bei jeweils einem von vier Werten einen eher leichten Rückgang. Im Einzelnen zeigt sich bspw., dass der Anteil an Jugendlichen, für die es wichtig ist, das Leben in vollen Zügen zu genießen (Selbststärkung) von 71 auf 80 % gestiegen ist; der Anteil an Jugendlichen, die es als wichtig erachten, sich politisch zu engagieren (Selbstüberwindung), ist von 22 auf 33 % gestiegen; am Althergebrachten festzuhalten (Bewahrung des Bestehenden) ist mittlerweile für 25 % wichtig, im Vergleich zu 19 % im Jahr 2002.

Insofern Werte der Selbststärkung zunehmen, diese aber mit erhöhter Kriminalität in Beziehung stehen, kann die entsprechende Entwicklung keine Erklärung für die rückläufige Jugendkriminalität darstellen. Für die beiden anderen Werte ist dies hingegen anzunehmen: Die Veränderungen der Wertemilieus hin zu einer stärkeren Orientierung an Selbstüberwindungs- und Traditionswerten senkt die Kriminalität und kann die rückläufige Entwicklung damit zum Teil erklären; da die Zusammenhänge zwischen Werthaltungen und delinquentem Verhalten aber eher schwach sind, stellen die beobachteten Entwicklungen zu den beiden zuletzt genannten Werthaltungen auch nur schwache Erklärungen der Kriminalitätsentwicklung dar.

**Tabelle 7: Anteil Befragte, die Wert als wichtig erachten (in %; Quelle: Gensicke 2015, Shell-Jugendstudien 2002 und 2006, eigene Berechnungen)**

	2002	2006	2010	2015	Veränderung 2010/2015 zu 2002/2006
<b>Selbststärkung</b>					
Leben in vollen Zügen genießen	71	71	78	80	+++
einen hohen Lebensstandard haben	63	65	69	69	++
sich gegen andere durchsetzen	59	54	55	57	-
Macht und Einfluss haben	35	34	37	33	+
<b>Selbstüberwindung</b>					
sich umweltbewusst verhalten	60	61	59	66	+
sozial Benachteiligten helfen	54	53	58	60	+++
an Gott glauben	37	36	36	33	--
sich politisch engagieren	22	20	23	32	+++
<b>Bewahrung des Bestehenden</b>					
Gesetz und Ordnung respektieren	81	82	81	84	+
nach Sicherheit streben	78	81	79	79	-
am Althergebrachten festhalten	19	17	21	25	+++
das tun, was andere auch tun	16	14	14	20	+++

+ Zunahme < 5 %, ++ Zunahme 5 % bis < 10 %, +++ Zunahme ab 10 %; - Abnahme < 5 %, -- Abnahme 5 % bis < 10 %, --- Abnahme ab 10 %

### 3.2 Elterliche Erziehung

Zum 1. Januar 2000 hat der Deutsche Bundestag das elterliche Züchtigungsrecht ersatzlos gestrichen. Zwei Jahre später ist das Gewaltschutzgesetz in Kraft getreten, das Polizei und Gerichten ein

wirksames Vorgehen gegen innerfamiliäre Gewalt erlaubt. Diese rechtlichen Veränderungen sind Ausdruck eines veränderten Erziehungsbewusstseins: Negative Formen der Erziehung, insbesondere der Gewalteinsatz, werden immer stärker sozial geächtet. Ziel ist vielmehr die gewaltfreie, der positiven kindlichen Entwicklung förderliche Erziehung. Wie zahlreiche Studien belegen, erhöhen Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen delinquent werden; demgegenüber schützt eine liebevolle, zugewandte Erziehung vor Delinquenz (u.a. Baier/Pfeiffer 2015, Gershoff 2002).

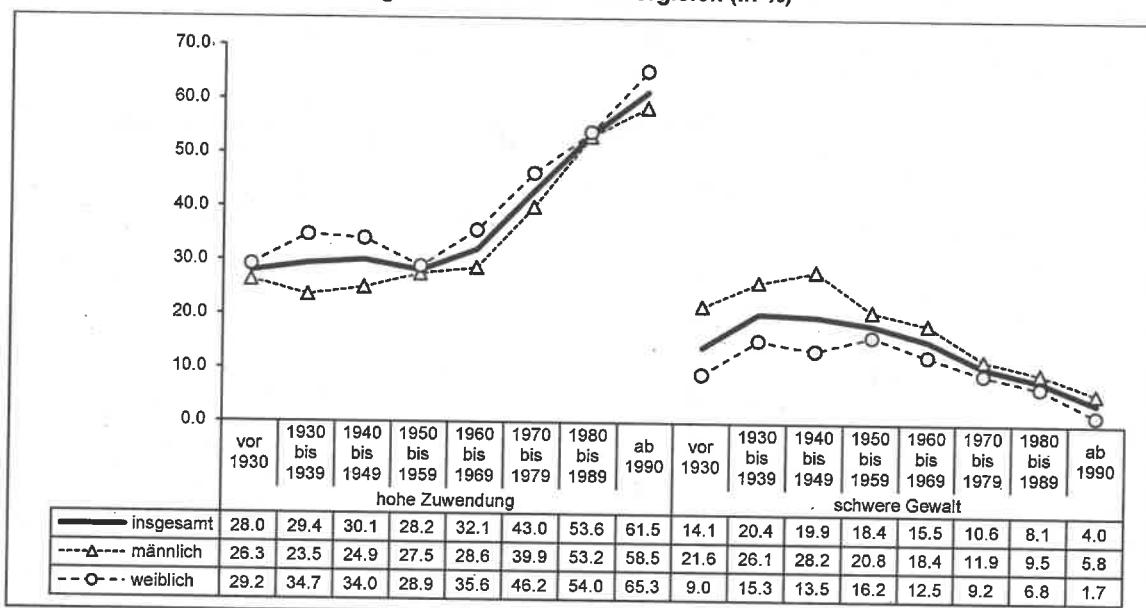
Warum elterliche Gewaltausübung und kindliches Gewaltverhalten in Beziehung stehen, lässt sich unterschiedlich begründen (vgl. Baier/Pfeiffer 2015). Entsprechend der sozialen Lerntheorie kann davon ausgegangen werden, dass die Kinder die sie prügelnden Eltern als Vorbilder betrachten und das vorgelebte Verhalten imitieren. Persönlichkeitsorientierte Ansätze gehen daneben davon aus, dass die Anwendung elterlicher Gewalt die Persönlichkeit eines Kindes negativ beeinflusst und dass die dadurch anerzogenen Persönlichkeitsfaktoren (wie z.B. eine geringe Empathie und Selbstkontrolle) das Gewaltverhalten erhöhen. Neben diesen Erklärungen wird auch auf neurologische Veränderungen bei Kindern, die Gewalt erleben, hingewiesen. Schädigungen in Gehirnbereichen, die für die Hemmung aggressiver Impulse oder die Steuerung der Hormonproduktion zuständig sind, können eine erhöhte Gewaltbereitschaft nach sich ziehen. Psychodynamische Ansätze betonen zuletzt, dass die Anwendung elterlicher Gewalt eine Ohnmachtserfahrung darstellt. Durch die Ausübung von Gewalt, d.h. die Ausübung von Macht, kompensieren die Jugendlichen ihre Ohnmachtserfahrungen.

Muss der Zusammenhang zwischen elterlicher Erziehung und delinquenterem Verhalten aufgrund ausreichender empirischer Befunde an dieser Stelle nicht im Detail nachgewiesen werden, so ist zu belegen, dass sich das Erziehungsverhalten tatsächlich in eine positive Richtung verändert hat, damit diese Veränderung als Erklärung rückläufiger Kriminalität dienen kann. Die Anzahl vorhandener Studien zur Entwicklung des Erziehungsverhaltens ist allerdings begrenzt. Bussmann (2005) kommt in einer Replikation von Studien über elterliche Gewalt aus den 1990er Jahren und aus dem Jahr 2001 zu dem Ergebnis, dass sich ein positiver Trend zur gewaltfreien Erziehung abzeichnet. Dieser äußert sich vor allem darin, dass ein deutlich geringerer Anteil der befragten Eltern Gewalt als legitimes Erziehungsmittel einstuft. Die Ansicht, dass das Schlagen des Kindes einer Körperverletzung gleichzusetzen ist, hat zwischen 1996 und 2004 deutlich zugenommen. In einer anderen Studie, die im Jahr 2007 durchgeführt wurde, berichten Bussmann et al. (2010) einen Rückgang auch in Bezug auf das Erziehungshandeln. Dabei werden Geburtskohorten eines Erhebungsjahrs miteinander verglichen. Da die Befragten älter als 25 Jahre waren und für die Zeit ihrer Kindheit antworten sollten, erlaubt ein solcher Geburtskohortenvergleich durchaus Entwicklungsaussagen. Konstatiert wird, dass die Geburtskohorte der vor 1962 Geborenen zu 55,5 % Gewalt in der elterlichen Erziehung erlebt hat; bei nach 1979 Geborenen beträgt die Quote nur noch 38,1 %.

Einen solchen Geburtskohortenvergleich präsentiert auch die nachfolgende Abbildung 16. Grundlage sind insgesamt vier zwischen 2004 und 2014 deutschlandweit durchgeführte Repräsentativbefragungen mit insgesamt 9.445 ab 16-jährigen Befragten (vgl. für Details der Studien Baier et al. 2017). In dieser Befragung wurde einerseits die elterliche Zuwendung erfasst (mit Aussagen wie „Meine Eltern haben mich gelobt, wenn ich etwas besonders gut gemacht habe“), andererseits der Einsatz schwerer elterlicher Gewalt. Als schwere Gewalt wurden dabei folgende Verhaltensweisen eingestuft: „Meine Eltern haben mich stark verprügelt“ und „Meine Eltern haben mich zusammengeschlagen“. Die Abbildung zeigt, wie häufig die Befragten der Geburtskohorten von den verschiedenen Erziehungserfahrungen berichten. Deutlich wird erstens, dass der Anteil an Personen mit hoher Zuwendung in jüngeren Geburtskohorten deutlich zunimmt, der Anteil an gewaltsam erzogenen Personen deutlich rückläufig ist. Die Auswertungen belegen damit, dass sich eine gewaltfreie, von emotionaler Nähe geprägte Erziehung immer weiter durchsetzt. Zweitens scheint dies aber nicht linear zu geschehen. Auffällig ist, dass für die älteste Kohorte (vor 1930) niedrigere Anteile in Bezug auf die Gewalterfahrungen festzu-

stellen sind als für darauf folgende Kohorten. Zu beachten ist, dass zu dieser Geburtskohorte keine repräsentativen Ergebnisse vorliegen dürften, da die Befragungen in den Jahren 2004 bis 2014 durchgeführt wurden, d.h. zu einem Zeitpunkt, zu dem ein Teil der Kohorte bereits verstorben war und nicht befragt werden konnte.

Abbildung 16: Elterliche Erziehung im Geburtskohortenvergleich (in %)

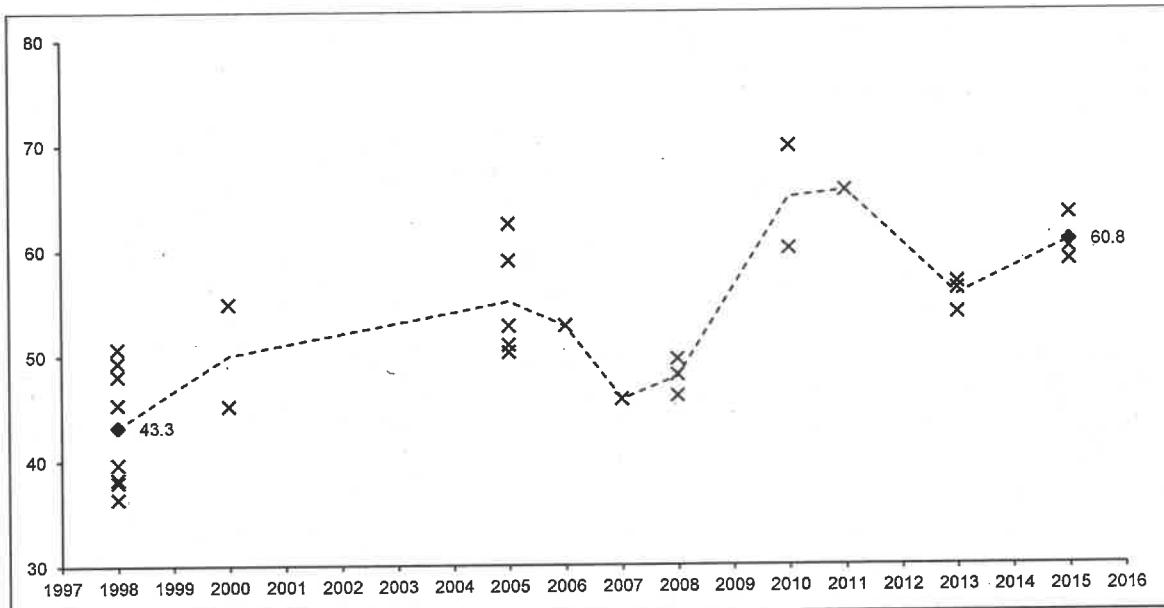


Ebenfalls dargestellt in der Abbildung ist ein Geschlechtervergleich. Dieser belegt, dass Mädchen aller Kohorten häufiger Zuwendung von Seiten der Eltern erlebt haben als Jungen; umgekehrt gilt, dass Jungen häufiger Gewalt durch die Eltern erfahren als Mädchen. Vor allem in den Geburtskohorten vor 1959 zeigen sich starke Geschlechterunterschiede beim Erziehungsverhalten. Diese ebnen sich über die Kohorten hinweg allmählich ein. Gleichwohl zeigt sich ein auffälliger Befund zur Zuwendung der beiden jüngsten Kohorten: Der Geschlechterunterschied nimmt hier wieder zu. Ein vergleichbarer Befund ergibt sich aufgrund einer anderen Befragung: Im Jahr 2011 wurden deutschlandweit über 11.000 16- bis 40jährige Personén zu Erlebnissen des sexuellen Missbrauchs befragt (vgl. Abschnitt 2.3). In dieser Befragung sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch Auskunft über ihre Erziehungserfahrungen geben. Den Ergebnissen zufolge sind für weibliche Befragte stärkere Entwicklungs-trends festzustellen als für männliche Befragte (Baier et al. 2013). Der Vergleich der jüngsten Kohorte der 16- bis 20-jährigen zur ältesten Kohorte der 31- bis 40-jährigen zeigt hier, dass bei den weiblichen Befragten der Anteil derer, die hohe elterlicher Zuwendung in der Kindheit erfahren haben, um mehr als ein Viertel gestiegen ist, bei den männlichen Befragten hingegen nur im ein Zehntel; der Anteil derer, die Gewalt in der Kindheit erlebt haben, ist bei den weiblichen Befragten um fast zwei Drittel, bei den männlichen Befragten aber nur um etwas mehr als ein Drittel zurückgegangen. Die Geschwindigkeit des Wandels hin zur positiven Erziehung fällt in Bezug auf Mädchen damit höher auf als in Bezug auf Jungen; zugleich bestätigt sich aber für beide Geschlechter ein positiver Trend.

In Abbildung 16 sind langfristige Trends abgebildet. Dass sich auch in den zurückliegenden 20 Jahren weitere positive Entwicklungen im elterlichen Erziehungsverhalten zeigen, wird durch die nachfolgende Abbildung 17 bestätigt. Abgetragen sind, wie bereits in Abschnitt 2.2, für alle Gebiete, in denen zu mindestens zwei Erhebungszeitpunkten Befragungen stattgefunden haben, die Anteile an Jugendlichen, die angegeben haben, in der Kindheit keine elterliche Gewalt erlebt zu haben. In Tabelle A6 im Anhang finden sich die Raten im Detail aufgeführt. Für die Betrachtung hier ist vor allem der Trend, der auf Basis der Anteile errechnet werden kann, relevant. Dieser zeigt, dass von 1998 bis 2015 der

Anteil an Jugendliche, die in der Kindheit gewaltfrei erzogen worden sind, von durchschnittlich 43,3 auf 60,8 %, d.h. um mehr als ein Drittel gestiegen ist. Auch im Zeitraum nach 2007, für den sich in den Kriminalstatistiken starke Rückgänge der Jugendgewalt ergeben, belegen die vorhandenen Daten einen Anstieg des Anteils gewaltfrei erzogener Jugendlicher. Auch wenn die Daten keine lineare Entwicklung aufzeigen und sich jeweils Ausreißerwerte nach oben und nach unten feststellen lassen (was der Datengrundlage geschuldet ist, die nur einzelne Gebiete und wenige Zeitpunkte abdeckt), kann der insgesamt weiter ansteigende Trend rückläufiger elterlicher Gewalt anhand der KFN-Schülerbefragungen eindrücklich belegt werden.

**Abbildung 17: Anteil Jugendliche, die in Kindheit keine elterliche Gewalt erlebt haben (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



Im Zusammenhang mit der Entwicklung der elterlichen Erziehung wird immer wieder die Frage gestellt, ob psychische Formen der elterlichen Gewalt im selben Maß sinken wie physische Formen der elterlichen Gewalt. Zur Entwicklung der psychischen Gewalt liegen bislang jedoch keine vergleichbaren Daten vor. Eine Erkenntnisquelle bieten die niedersachsenweiten Schülerbefragungen, die 2013 und 2015 unter jeweils ca. 10.000 Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe durchgeführt wurden (vgl. für Details der Studien Bergmann et al. 2017). Abbildung 18 stellt die Befunde dieser Befragung dar. Mit Blick auf die schwere elterliche Gewalt ergibt sich in dieser Befragung ebenfalls ein Rückgang: Während 2013 noch 12,8 % mindestens einmal schwere elterliche Gewalt in der Kindheit erfahren haben, waren es in der Befragung 2015 nur noch 11,8 %. Die im Vergleich zur Geburtskohortendarstellung höheren Raten lassen sich dadurch erklären, dass drei statt zwei Formen der Gewalt mit etwas anderen Formulierungen und jeweils differenziert für Vater und Mutter erfragt wurden („mich mit einem Gegenstand geschlagen“, „mich mit der Faust geschlagen oder mich getreten“, „mich geprügelt, zusammengeschlagen“). Für die Zuwendung, die in dieser Befragung mit insgesamt sechs Aussagen (z.B. „mich getröstet, wenn ich traurig war“) erfragt worden ist, findet sich in Übereinstimmung mit der Geburtskohortendarstellung ein Anstieg des Anteils an Jugendlichen, die in der Kindheit hohe Zuwendung erlebt haben. Für die psychische Gewalt ergibt sich im Jahresvergleich mehr oder weniger ein konstanter Anteil derer, die diese Form elterlicher Übergriffe häufiger erlebt haben; d.h. für diese Form der Erziehung ist keine der Zuwendung oder der schweren Gewalt entsprechende Entwicklung festzustellen. Aufgrund der kurzen Zeitreihe sollten zugleich keine allzu weitreichenden Folgerungen abgeleitet werden. Erfasst wurde die psychische Gewalt mit den Aussagen „meine Mu-

ter/mein Vater hat mich als dumm, faul, hässlich, dick oder Ähnliches bezeichnet“ und „meine Mutter/mein Vater hat andere verletzende oder beleidigende Dinge zu mir gesagt“.

**Abbildung 18: Elterliche Erziehung im Jahres- und Migrantengruppenvergleich (in %)**

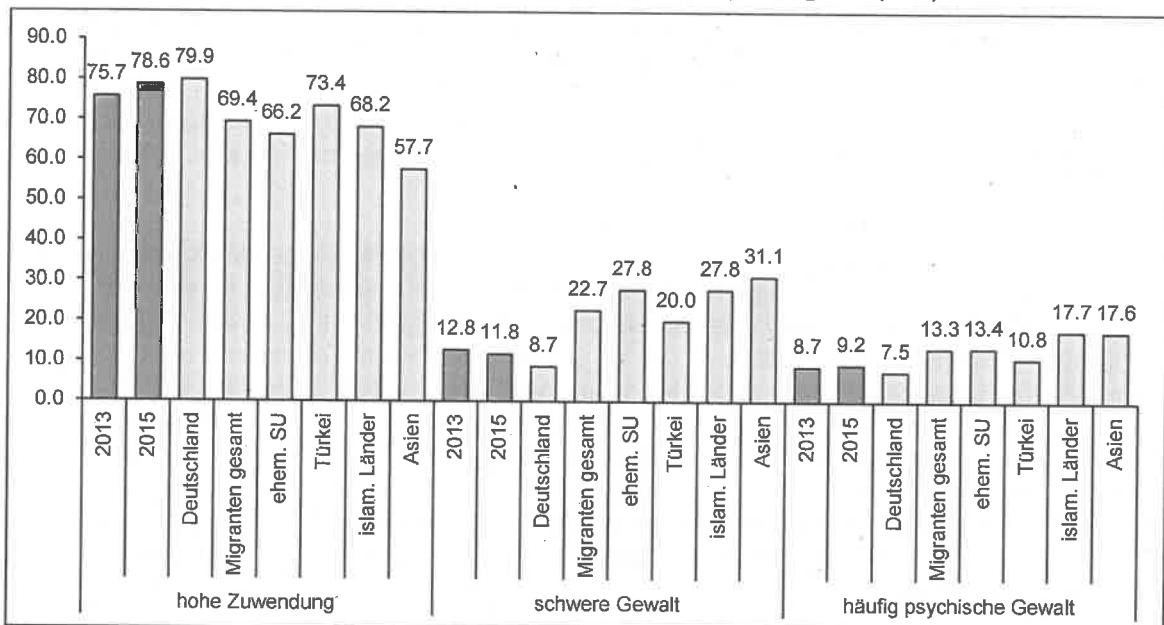


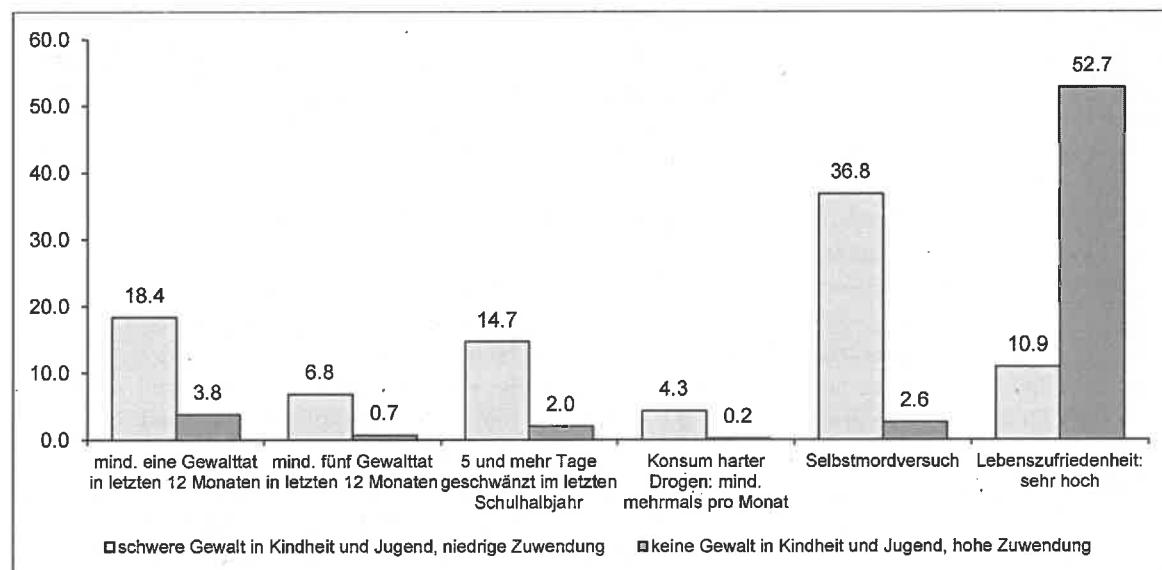
Abbildung 18 weist neben dem Entwicklungsaspekt darauf hin, dass es mit Blick auf die familiäre Erziehung Unterschiede zwischen deutschen Familien und Familien mit Migrationshintergrund gibt. Dargestellt sind dabei die beiden größten Migrantengruppen Niedersachsens (türkische Jugendliche bzw. Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion) sowie zwei Migrantengruppen, für die sich in den Auswertungen wiederholt besonders hohe oder niedrige Anteile gezeigt haben: Unter Jugendlichen aus islamischen Ländern wurden Befragte zusammengefasst, die aus Ländern stammen, in denen der Großteil der Bevölkerung dem muslimischen Glauben angehört (z.B. Libanon, Irak, Iran, Syrien, Pakistan); unter asiatischen Jugendlichen werden Befragte zusammengefasst, die aus Ländern Asiens stammen (vor allem Vietnam, Thailand, Sri Lanka, Philippinen). Für die Auswertungen wurden dabei die Befragten der Jahre 2013 und 2015 gepoolt. Besonders deutliche Unterschiede finden sich hinsichtlich der schweren Gewalt: Während deutsche Jugendliche nur zu 8,7 % berichten, mindestens eine Form der schweren elterlichen Gewalt in der Kindheit erlebt zu haben, sind es unter allen Migrantinnen und Migranten 22,7 %, d.h. etwa drei Mal mehr Jugendliche. Für asiatische Jugendliche zeigt sich dabei mit 31,1 % der insgesamt höchste Anteil. Bei der psychischen Gewalt gilt, dass deutsche Jugendliche zu 7,5 % häufige Erlebnisse berichten, Migrantinnen und Migranten hingegen zu 13,3 %, also fast doppelt so häufig. Auch hier ergeben sich für asiatische Jugendliche sowie für Jugendliche aus islamischen Ländern besonders hohe Raten. Ein umgekehrtes Bild ergibt sich für die elterliche Zuwendung: Von einer hohen Zuwendung berichten Migrantinnen und Migranten seltener als Deutsche. Asiatische Jugendliche weisen die niedrigste Quote an Befragten auf, die eine hohe Zuwendung in der Kindheit erfahren haben. Diese unterschiedlichen Erziehungswelten stellen durchaus eine Herausforderung dar; die um die Jugenddelinquenz weiter zu senken, ist es notwendig, stärker noch die Eltern zu erreichen und zu einem positiveren Umgang mit den Kindern zu motivieren.

Wie erwähnt, sind die Zusammenhänge zwischen der elterlichen Erziehung und dem delinquenten Verhalten hinlänglich belegt. Die Folgen einer negativen Erziehung reichen aber über diese Verhaltensweisen weit hinaus. Um dies zu illustrieren, werden in der nachfolgenden Abbildung 19 zwei Gruppen gegenüber gestellt: Unter Bezug auf die niedersachsenweiten Befragungen der Jahre 2013

und 2015 wird einerseits eine Gruppe Jugendlicher unterschieden, die weder in der Kindheit noch in der Jugend irgendeine Form der (erfragten) Gewalt erlebt hat und in Bezug auf die Kindheit angab, eine hohe Zuwendung von Seiten der Eltern erfahren zu haben. Andererseits werden dieser Gruppe jene Jugendlichen gegenüber gestellt, die sowohl in der Kindheit als auch der Jugend schwere Gewalt erleben mussten und gleichzeitig niedrige Zuwendung erhielten. Es bestätigt sich dabei zunächst, dass die erste Gruppe deutlich seltener Gewaltverhalten ausgeführt hat als die zweite Gruppe: Jugendliche, die in sehr positiven familiären Umständen aufgewachsen sind, haben zu 3,8 % in den letzten zwölf Monaten eine Gewalttat ausgeführt; zu 0,7 % gehören sie den Mehrfachgewalttätern an. Bei Jugendlichen in sehr negativen familiären Umständen liegen die Raten mit 18,4 bzw. 6,8 % um ein Vielfaches höher.

Deutliche Unterschiede ergeben sich aber auch bei den anderen berücksichtigten Merkmalen. So gehören die Jugendlichen mit sehr negativen Erziehungserfahrungen weit häufiger zu den Mehrfachschwänzern (mindestens fünf Tage im letzten Schulhalbjahr geschwänzt) und zu den Konsumenten harter Drogen (Ecstasy, Speed, Kokain usw.) als die Jugendlichen mit sehr positiven Erziehungserfahrungen. Letztere haben daneben nur zu 2,6 % schon einmal einen Selbstmordversuch unternommen, Jugendliche mit sehr negativen Erfahrungen hingegen zu 36,8 %. Eine sehr hohe Lebenszufriedenheit attestieren sich von diesen Jugendlichen wiederum nur 10,9 %, von den Jugendlichen mit sehr guten Erfahrungen 52,7 %. Baier et al. (2013) zeigen zudem, dass Personen mit positiven Erziehungserfahrungen weit seltener Gewalt in der Erziehung der eigenen Kinder einsetzen als Personen, die selbst in ihrer Kindheit Gewalt erleben mussten; d.h. die positiven Erfahrungen werden auch an die nächste Generation weitergegeben.

**Abbildung 19: Elterliche Erziehung und mögliche Folgen (in %)**



Bemerkenswert sind hinsichtlich der berichteten Zusammenhänge zwei Aspekte: In Bezug auf den Gewalteinsatz zeigen erstens bspw. Pfeiffer et al. (1999, S. 22), dass bereits leichte Gewaltformen folgenreich sind. Berichtet wird zusätzlich der Befund, dass Jugendliche, die in ihrem bisherigen Leben durchgängig Übergriffe durch die Eltern erlebt haben, das höchste Risiko eigener Delinquenz besitzen. Wenn sich die Gewalterfahrungen aber nur auf die Kindheit, nicht auf die Jugend beziehen, fallen die Gewaltraten bereits deutlich niedriger aus. Dies ist für die Prävention ein entscheidender Befund, da er bedeutet, dass Maßnahmen, die der Verhinderung elterlicher Gewalt dienen, auch dann wirken, wenn sie zu einem lebensbiografisch späteren Zeitpunkt erfolgen. Es ist also nie zu spät, um

innerfamiliäre Gewaltkreisläufe zu durchbrechen, wobei auch hier gilt, dass eine frühe Intervention bzw. die Prävention anzustreben ist.

Zweitens handelt es sich bei keinem der betrachteten Zusammenhänge um einen deterministischen Zusammenhang. Am Beispiel des Gewaltverhaltens aus Abbildung 19 zeigt sich bspw., dass immerhin 81,6 % der Jugendlichen mit sehr negativen Erziehungserfahrungen keine Gewalttat in den zurückliegenden zwölf Monaten ausgeführt haben. Dies führt zu der Frage, unter welchen Bedingungen gewaltsam erzogene Kinder und Jugendliche nicht gewalttätig werden. Diese Bedingungen werden auch als Resilienzfaktoren bezeichnet. Die Forschung hierzu verweist u.a. auf Persönlichkeitseigenschaften wie ein positives Temperament (wie Optimismus, Frustrationstoleranz), Selbstwirksamkeit und kognitive Kompetenzen (wie Intelligenz, gute Schulleistungen; Lösel/Farrington 2012). Baier und Pfeiffer (2011) zeigen darüber hinaus, dass auch der Schule eine Bedeutung zukommt: Jugendliche, die zu Hause Gewalt erfahren haben, werden unter bestimmten schulischen Bedingungen eher davon abgehalten, Gewaltverhalten auszuführen. Ein hemmender Faktor ist bspw. die Lehrerkontrolle: Wenn Lehrer klar signalisieren, dass Gewalt unerwünscht ist und Gewaltverhalten entdeckt und sanktioniert wird, hält dies davon ab, zum Gewalttäter zu werden, insbesondere auch jene Schüler, die zu Hause Gewalt erleben. Gerade für die Präventionsarbeit ist es wünschenswert, dass sich weitere Studien mit Resilienzfaktoren beschäftigen. Neben der Schule kommen hierfür solch zentrale Sozialisationsinstanzen wie die Freundesgruppe, Vereine, die erweiterte Familie (z.B. Großeltern), Mentoren, professionelle Helfer usw. in Frage.

#### *Exkurs: Gewalt gegen eigene Eltern*

Gewalt in der Familie geht nicht einzig von den Eltern aus und richtet sich auf die Kinder; auch umgekehrte Gewaltbeziehungen sind im Familienkontext zu beobachten. Zum Thema Gewalt gegen die eigenen Eltern finden sich in Deutschland bislang allerdings kaum empirische Studien. Im Rahmen der erwähnten niedersachsenweiten Schülerbefragung 2013 und 2015 wurden in einer zufällig bestimmten Teilstichprobe zwei Formen der Gewalt erfragt: Verbale Gewalt wurde über die Items „Ich habe meine Mutter/meinen Vater beschimpft oder beleidigt“ bzw. „mit Worten gedroht“, physische Gewalt mit den Items „Ich habe meine Mutter/meinen Vater hart angepackt oder gestoßen“, „geschlagen oder getreten“ und „mit einem Gegenstand geschlagen“ erhoben. Die Jugendlichen sollten ihre Antwort auf die letzten zwölf Monate beziehen.

Die Ergebnisse des Vergleichs der beiden Erhebungszeitpunkte zeigen, dass verbale wie auch physische Gewalt gegen Eltern rückläufig ist (Bergmann et al. 2017, S. 121f). Der Anteil an Jugendlichen, die verbale Gewalt ausgeübt haben, ist von 47,4, auf 42,2 % gesunken, der Anteil an Jugendlichen, die physische Gewalt ausgeführt haben, von 7,5 auf 4,5 %. Verbale Gewalt wird signifikant häufiger von Mädchen als von Jungen ausgeführt. Bei der physischen Gewalt fallen die Geschlechterunterschiede hingegen kaum ins Gewicht. Zusätzliche Auswertungen belegen daneben, dass Jugendliche, die in ihrer Kindheit Gewalt durch die Eltern erleben mussten, ein signifikant höheres Risiko aufweisen, den eigenen Eltern Gewalt anzutun als Jugendliche, die keine elterliche Gewalt erlebt haben (Baier 2015a). In Familien, in denen ein gewalttägiges Klima herrscht, richtet sich Gewalt also nicht nur gegen die Kinder, sondern ebenso gegen die Eltern.

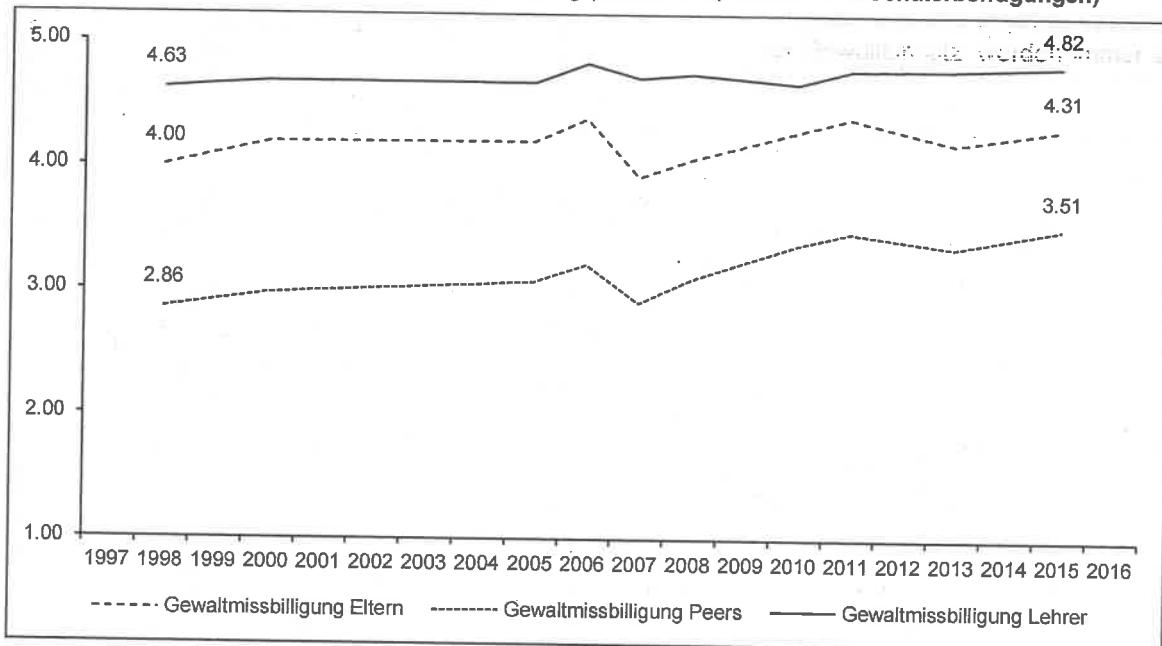
### 3.3 Soziale Bindungen

Erfahrungen im Elternhaus beeinflussen, welche Bindung Kinder und Jugendliche zu gesellschaftlichen Normen aufbauen. Neben dem Elternhaus sind für diesen Bindungsaufbau weitere Sozialisati-

onsbereiche relevant. Akteure aus diesen Sozialisationsbereichen üben eine mehr oder weniger ausgeprägte soziale Kontrolle aus. Je stärker die soziale Kontrolle ist, umso eher wird eine Bindung zu gesellschaftlichen Normen etabliert und abweichendes Verhalten und Kriminalität verhindert. Diese Ideen wurden im Rahmen der Bindungstheorie von Hirschi (1969) formuliert. Später wurde die Theorie von Gottfredson und Hirschi (1990) weiterentwickelt, und zwar derart, dass nicht mehr die äußere soziale Kontrolle, sondern die innere Kontrolle, die Selbstkontrolle, fokussiert wird. Je höher die Selbstkontrolle ist, desto stärker ist die Normbindung und umso eher wird auf die Ausübung kriminellen Verhaltens verzichtet, weil es langfristig mehr schadet als nützt. Bindung, soziale Kontrolle in verschiedenen Sozialisationsbereichen und Selbstkontrolle sind damit verschiedene Faktoren, deren Entwicklung an dieser Stelle zu betrachten ist.

Seit 1998 wird im Rahmen der KFN-Schülerbefragung erhoben, wie verschiedene Personengruppen im Umfeld von Jugendlichen reagieren würden, wenn der/die Befragte Gewaltverhalten ausüben würde. Wenn diese Gruppen das Gewaltverhalten missbilligen, ist von einer stärkeren sozialen Kontrolle auszugehen als wenn diese Gruppen das Gewaltverhalten nicht missbilligen. Die Abfrage erfolgt dabei in Form einer Vignette, d.h. ein Jugendlicher liest zunächst im Fragebogen folgende Geschichte: „Stell dir vor, du wärst in der Pause mit einem anderen Schüler in Streit geraten. Du wirst wütend und schlägst ihm ins Gesicht. Er fällt hin, seine Jeans bekommt einen Riss und seine Nase blutet stark. Wenn du so etwas tun würdest: Wie schlimm würden folgende Menschen das finden?“ (Text aus Befragung 2015) Im Anschluss daran soll mitgeteilt werden, wie schlimm die Mutter, der Vater, die Lehrkräfte, die Mitschüler/innen usw. das Verhalten finden würden, wobei „1 – gar nicht schlimm“ und „5 – sehr schlimm bedeutet“. Über die Antworten dieser Vignette kann sichtbar gemacht werden, dass sich die soziale Kontrolle im sozialen Umfeld von Jugendlichen seit der ersten Abfrage erhöht hat. In Abbildung 20 sind die Mittelwerte der Antworten der Jugendlichen zu jenen Befragungsgebieten aufgeführt, in denen in der Vergangenheit wiederholt KFN-Schülerbefragungen durchgeführt wurden. Im Anhang in Tabelle A6 finden sich die detaillierten Mittelwerte. Zunächst bestätigt die Abbildung die positive Entwicklung in Bezug auf die Familie: Die durchschnittliche Gewaltmissbilligung der Eltern ist von 4,0 auf 4,31 gestiegen, was vor dem Hintergrund der von eins bis fünf reichenden Antwortvorgaben als ein signifikanter Anstieg zu werten ist. In Bezug auf die Lehrkräfte fällt der Anstieg der Gewaltmissbilligung geringer aus; der Mittelwert steigt hier von 4,63 auf 4,82. Zu beachten dabei ist, dass der Mittelwert bereits 1998 sehr hoch lag und nahe an den maximal möglichen Wert von 5,00 heranreichte. Veränderungen im Sinne eines Anstiegs sind von solch einem hohen Niveau auch nur schwer möglich, weshalb der festzustellende Anstieg ebenfalls als eine relevante Zunahme zu werten ist. Besonders deutlich hat sich allerdings die Gewaltmissbilligung der Peers verändert. Während die durchschnittliche Gewaltmissbilligung im Jahr 1998 nur bei 2,86 lag, erreichte sie im Jahr 2015 einen Wert von 3,51. Gewalt im speziellen, Kriminalität im allgemeinen wird von den Gleichaltrigen weniger toleriert; dies stellt eine starke Motivation dar, auf dieses Verhalten zu verzichten, insofern das Ansehen unter Gleichaltrigen für Jugendliche von herausgehobener Bedeutung ist. Von Baier (2008, S. 64ff) durchgeführte Zusammenhangsanalysen zeigen, dass vor allem die Gewaltmissbilligung der Gleichaltrigen, weniger dagegen die Gewaltmissbilligung der Lehrkräfte und der Eltern das Gewaltverhalten verringert. Der Anstieg der Gewaltmissbilligung durch Peers, der sich insbesondere in den Jahren nach 2007 zeigt, ist daher als ein wichtiger Erklärungsfaktor der rückläufigen Jugendkriminalität einzustufen.

Abbildung 20: Entwicklung der Gewaltmissbilligung (Mittelwerte; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)



Neben der Gewaltmissbilligung der Lehrkräfte ergeben sich für andere schulbezogene Variablen ebenfalls geringe bis mittelstarke Zusammenhänge mit delinquenterem Verhalten. So gilt bspw., dass in Schulen, in denen eine Kultur des Hinschauens existiert, Jugendliche weniger Gewalt ausführen (Baier/Pfeiffer 2011, Wilmers et al. 2002, S. 149ff.). Daneben wird empirisch bestätigt, dass eine höhere Bindung an die Schule kriminellem Verhalten vorbeugt (Jenkins 1997). Insofern die Schule zugleich ein zentraler Ort für die Bereitstellung von Anerkennung über den Weg der guten Schulleistungen ist, ziehen schlechte Leistungen Gefühle des Scheiterns und der Deprivation nach sich, was Frustrationserlebnisse auslösen kann, die über die Ausübung von Delinquenz kompensiert werden. Mit all diesen Überlegungen übereinstimmend berichten Rabold und Baier (2007), dass eine hohe wahrgenommene Interventionsbereitschaft der Lehrkräfte (als Operationalisierung der Kultur des Hinschauens), eine hohe Schulbindung sowie eine gute Mathematiknote Delinquenz verhindern. Dabei zeigt sich jedoch nicht für jede der insgesamt fünf analysierten Verhaltensweisen ein Zusammenhang, weshalb insgesamt von einem eher geringen Einfluss dieser Faktoren auszugehen ist. Für einen anderen schulbezogenen Indikator ergeben sich demgegenüber in dieser Analyse für alle betrachteten Verhaltensweisen signifikante Zusammenhänge: das Schulschwänzen. Das Fehlen im Unterricht und der Aufenthalt an Orten mit einer niedrigeren Sozialkontrolle schaffen Gelegenheiten zum Begehen delinquenter Taten. Zudem geht Schulschwänzen mit einem erhöhten Risiko einher, dass sich die schulischen Leistungen der Kinder bzw. Jugendlichen verschlechtern, was zur Folge haben kann, dass die gesamte Bildungskarriere weniger erfolgreich verläuft. Längsschnittstudien bestätigen, dass Schulschwänzen als Ursache delinquenter Verhaltens einzustufen ist und der Zusammenhang nicht allein darauf beruht, dass Personen, die schwänzen, auch andere Problemlagen aufweisen (wie schwierige familiäre Verhältnisse; Baier 2017).

Für die genannten schulischen Einflussfaktoren des delinquenteren Verhaltens liegen Daten zur Entwicklung vor. In Tabelle 8 wird sich dabei auf einen Vergleich der deutschlandweiten Schülerbefragung des KFN aus den Jahren 2007/2008 (Baier et al. 2009) und der niedersachsenweiten Schülerbefragung 2013 bzw. 2015 beschränkt, weil in den früheren KFN-Schülerbefragungen die Faktoren nicht oder in nicht identischer Weise erhoben wurden. Zudem ist die Entwicklung der Faktoren insbesondere nach dem Jahr 2007 von Interesse. In Bezug auf die Interventionsbereitschaft der Lehrkräfte ergibt

sich ein leichter Anstieg. Die Jugendlichen mussten hier die zwei Aussagen „Die Lehrkräfte greifen ein, wenn es unter Schülern zu Gewalt kommt.“ und „Die Lehrkräfte gucken am liebsten weg, wenn es Schlägereien zwischen Schülern gibt.“ auf einer Antwortskala von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ einschätzen; bei der zweiten Aussage handelt es sich um ein Umkehritem, weshalb bei der Auswertung die Antworten so getauscht werden; dass hohe Werte für eine hohe Bereitschaft der Lehrkräfte stehen, bei Gewalt oder anderen Problemen zu intervenieren. Der Mittelwert, der über dem theoretischen Mittelwert von 2,5 steht und damit eine überdurchschnittliche Interventionsbereitschaft der Lehrkräfte indiziert, steigt über die Jahre von 3,21 auf 3,41, was als ein leichter Anstieg einzustufen ist. Keine Trends hat es demgegenüber bei den Schulleistungen und der Schulbindung gegeben. Die Schulleistungen werden entsprechend des von eins bis sechs reichenden Notenspektrums für die Fächer Deutsch, Mathematik und Geschichte im Fragebogen erfasst; diese Durchschnittsnote lag 2007/2008 bei 3,01, 2015 bei 3,04. Die Schulbindung wurde in allen Befragungen mit folgenden zwei Aussagen erfasst, denen wiederum von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ zugestimmt werden konnte: An meiner Schule gefällt es mir wirklich gut“ und „Ich gehe gerne zur Schule“. Die durchschnittliche Schulbindung liegt etwas über dem theoretischen Mittelwert von 2,5, was darauf verweist, dass etwas mehr Schüler/innen eine hohe als eine niedrige Bindung aufweisen. Im Laufe der Jahre verändert sich der Mittelwert kaum.

**Tabelle 8: Entwicklung schulischer Faktoren (Mittelwerte bzw. in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**

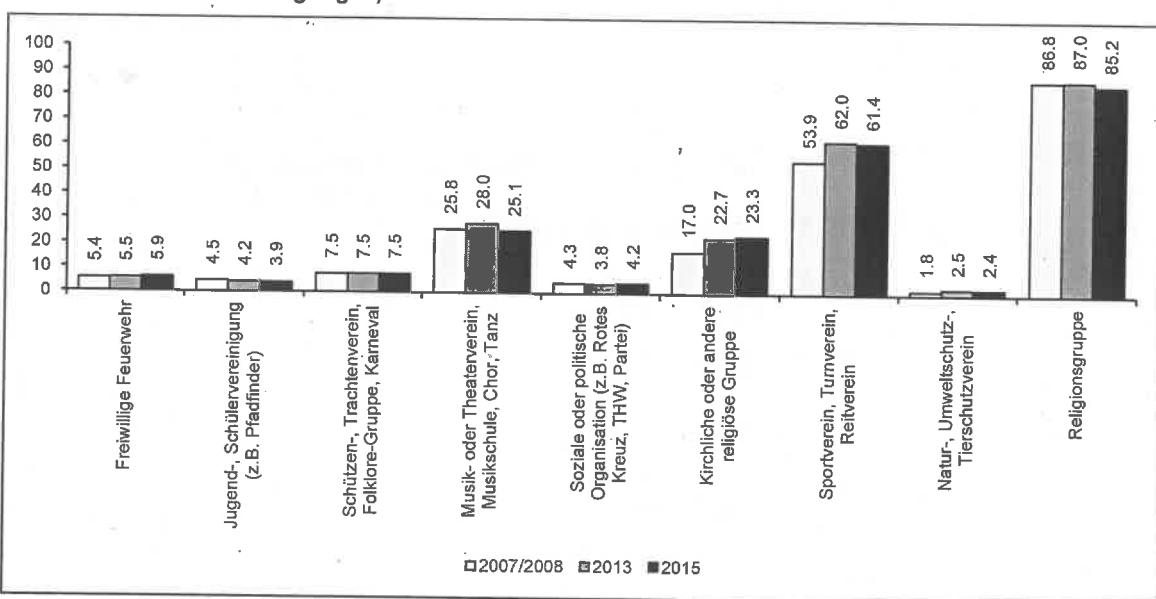
	2007/2008	2013	2015
Interventionsbereitschaft Lehrkräfte	3.21	3.36	3.41
Schulnoten	3.01	3.07	3.04
Schulbindung	2.65	2.63	2.69
Anteil Schulschwänzer/innen	44.8	23.3	21.5
Anteil Mehrfachschwänzer/innen	12.1	4.7	3.9

Sehr starke Entwicklungen sind hingegen beim Schulschwänzen zu verzeichnen. Der Anteil an Jugendlichen, die im Fragebogen angegeben haben, dass sie der Schule im letzten Schulhalbjahr mindestens eine Stunde unerlaubt ferngeblieben sind, sinkt von 44,8 auf 21,5 %. Der Anteil an Jugendlichen, die mindestens fünf Tage gefehlt haben (Mehrzahlenschwänzer/innen), fällt von 12,1 auf 3,9 %. Diese starken Rückgänge, die sich in den Daten zeigen, sind allerdings zurückhaltend zu interpretieren. Zu beachten ist, dass ab dem Jahr 2013 die Abfrage des Schwänzens im Fragebogen in entscheidender Weise verändert wurde: Noch bevor erhoben wurde, ob ein Jugendlicher Schulstunden und/oder Schultage geschwänzt hat, wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie überhaupt im letzten Schulhalbjahr geschwänzt haben; es erfolgte also vorgängig eine Filterung der Jugendlichen. Diese Änderung erschien sinnvoll, damit Schüler/innen, die nicht geschwänzt haben, die Fragen zum Schwänzen überspringen konnten. Die Filterung könnte zur Folge haben, dass sich mehr Schüler/innen als Nicht-Schwänzer/innen einstufen, da sie zunächst einer Selbstdefinition als Schulschwänzer/innen zustimmen müssen, bevor sie dann die Anzahl geschwänzter Stunden und Tage berichten. Über die Entwicklung des Schulschwänzens zwischen 2007/2008 kann daher keine verlässliche Auskunft gegeben werden. Der Vergleich der Jahre 2013 und 2015 deutet aber einen Rückgang an, weshalb in diesem Bereich tendenziell von einem Rückgang ausgegangen werden kann. Die präsentierten Auswertungen lassen damit den Schluss zu, dass eine Zunahme der Kultur des Hinschauens und eine Abnahme des Schulschwänzens zum Rückgang der Jugendkriminalität beigetragen haben.

In den Schülerbefragungen der Jahre 2007/2008 bzw. 2013 und 2015 wurde auch nach der Zugehörigkeit zu Vereinen oder Gruppen gefragt. Die Vereinsmitgliedschaft wird nicht selten als ein Schutzfaktor delinquenter Verhaltens betrachtet, eben weil in diesen Vereinen normenkonforme Bindungen aufgrund u.a. der sozialen Kontrolle durch Erwachsene aufgebaut werden sollten. Allerdings zeigt die

kriminologische Forschung, dass die Zusammenhänge zwischen der Mitgliedschaft und dem Verhalten eher schwach sind (vgl. Goldberg 2003). Von einem generell schützenden Effekt kann nicht die Rede sein. Berichtet wird bspw. auch, dass die Mitgliedschaft in bestimmten Vereinen mit erhöhten Alkoholkonsum und Rechtsextremismus einher geht (vgl. Baier/Rabold 2009, Baier 2009). Nicht nur, dass es keinen stabilen Zusammenhang zwischen der Vereinszugehörigkeit und dem delinquenter Verhalten gib, im Zeitvergleich ergeben sich auch keine einheitlichen Trends zur Entwicklung der Vereinsmitgliedschaft, weshalb alles in allem zu folgern ist, dass dieser Bindungsbereich keine Relevanz für die Entwicklung der Jugendkriminalität hat. Wie Abbildung 21 zeigt, ergeben sich für einige Vereine leicht zunehmende Mitgliedschaftsquoten (u.a. Sportvereine), für andere Vereine leicht abnehmende Mitgliedschaftsquoten (u.a. Religionsgruppen).

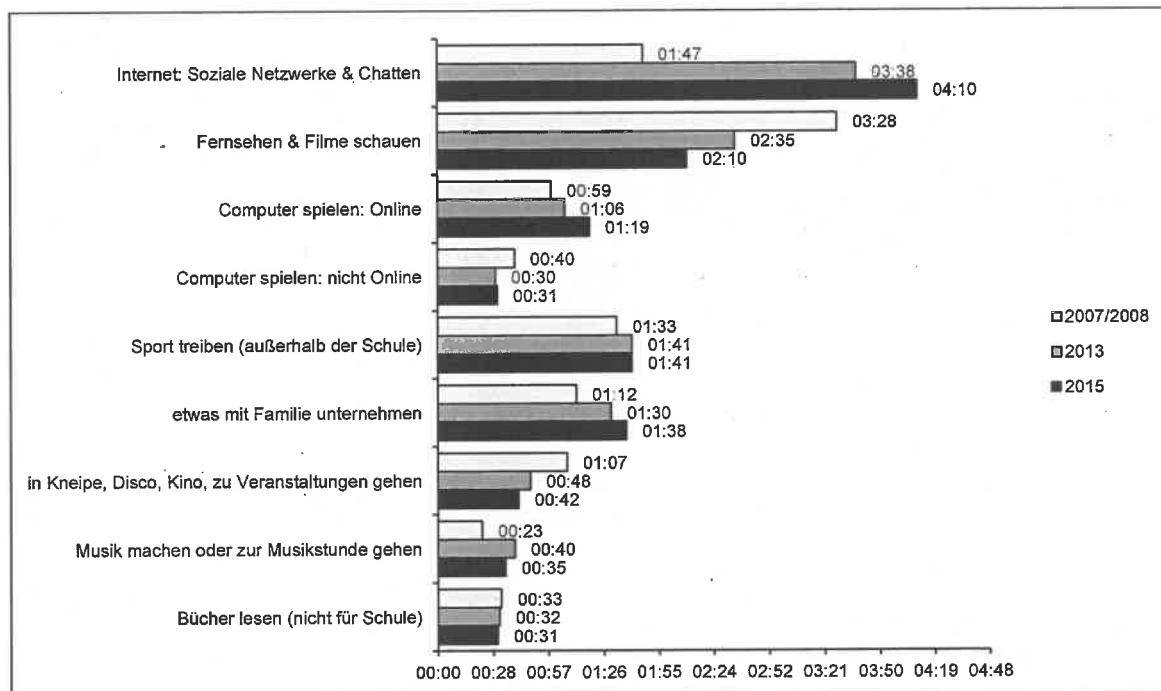
**Abbildung 21: Anteil Befragte, die Mitglied in Verein, Organisation, Gruppe sind (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



Die Aufmerksamkeit sollte damit weniger auf die formelle Zugehörigkeit zu Vereinen oder Gruppen gelegt werden, sondern vielmehr auf die konkreten Aktivitäten, denen Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit nachgehen. Im Rahmen verschiedener Freizeitaktivitäten bauen Kinder und Jugendliche normkonforme oder normenabweichende Bindungen zur Gesellschaft auf. Abbildung 22 stellt für verschiedene Aktivitäten gegenüber, wie lange Jugendliche in den verschiedenen Erhebungsjahren unterschiedlichen Freizeitaktivitäten nachgegangen sind. Von besonderem Interesse ist dabei zunächst die Dauer, die Jugendliche mit Aktivitäten wie „in Kneipe, Disco, Kino, zu Veranstaltungen gehen“ verbringen, aus zwei Gründen: Erstens suchen die Jugendlichen hierbei Orte auf, an denen schneller Konflikte aufgrund der Gegenwart vieler anderer Jugendlicher, des Konsums von Alkohol usw. entstehen und gewaltförmig ausgetragen werden können. Zweitens handelt es sich um eher unstrukturierte, von der Kontrolle der Erwachsenen weitestgehend entbundene Aktivitäten. Empirische Studien können entsprechend einen mittelstarken Zusammenhang zwischen diesen Aktivitäten und delinquenter Verhalten feststellen (u.a. Osgood et al. 1996). Die Zeit, die Jugendliche mit solchen Aktivitäten zu bringen, ist deutlich zurückgegangen: In der deutschlandweiten Schülerbefragung 2007/2008 lag sie noch bei 67 Minuten, in der niedersachsenweiten Schülerbefragung 2015 nur mehr noch bei 42 Minuten, also mehr als ein Drittel niedriger. Der Rückgang der Beschäftigung mit unstrukturierten Freizeitaktivitäten kann daher als ein Erklärungsfaktor der rückläufigen Jugendkriminalität eingestuft werden.

Für die anderen in Abbildung 22 dargestellten Aktivitäten lassen sich hingegen keine derart klaren Folgerungen formulieren. Zwar stehen Aktivitäten wie das Musikmachen oder Bücherlesen tendenziell mit niedrigerer Kriminalität in Verbindung; für diese Aktivitäten ergeben sich aber in den Daten keine eindeutigen Trends. Die Zeit für das Musizieren ist zunächst gestiegen, dann aber wieder zurückgegangen; die Zeit für das Bücherlesen bleibt über die Jahre hinweg stabil. Für andere Aktivitäten sind die Zusammenhänge mit dem delinquentschen Verhalten bislang kaum untersucht, weshalb die Bedeutung für den Rückgang der Jugendkriminalität nicht eingeschätzt werden kann. Dies betrifft das Sporttreiben, das in seiner Bedeutung wichtiger wird; dies betrifft aber insbesondere die Zeit, die mit Familienunternehmungen verbracht werden: Während dies 2007/2008 noch 72 Minuten waren, waren es 2015 bereits 98 Minuten. Vermutet werden könnte, dass diese Aktivität tendenziell kriminalitätssenkend ist, da Zeit zusammen mit Erwachsenen verbracht wird. Empirische Befunde liegen hierzu jedoch noch nicht vor.

**Abbildung 22: Durchschnittliche tägliche Beschäftigungsdauer für verschiedene Aktivitäten (in Stunden : Minuten; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**

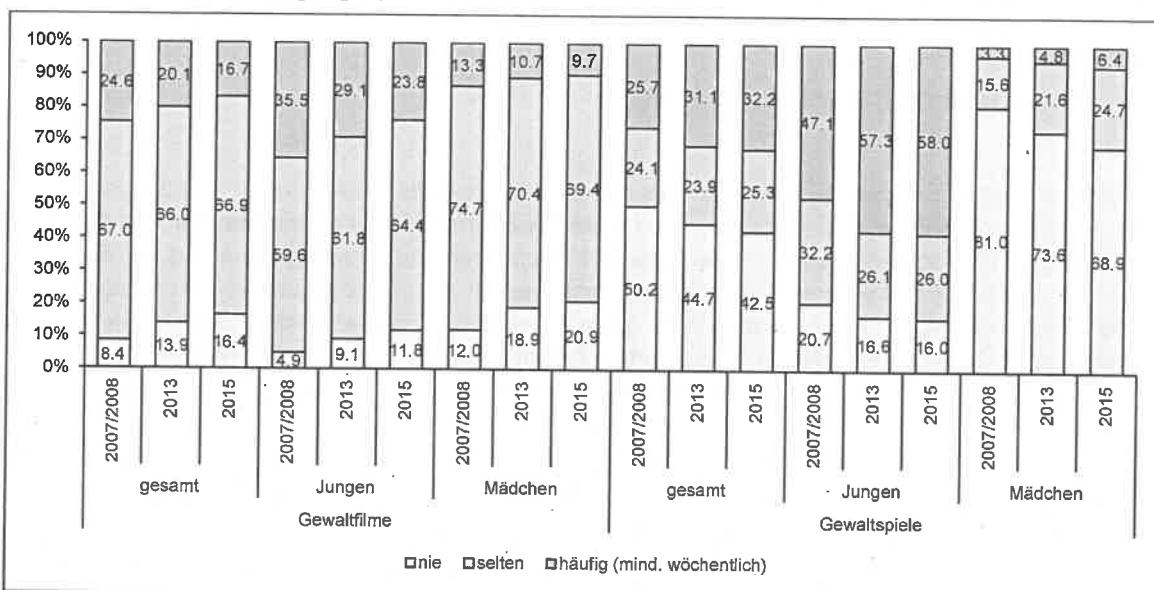


Sehr starke Veränderungen ergeben sich für Medien-Aktivitäten: Die Zeit für internetbezogene Aktivitäten (inkl. Onlinespielen) steigt sehr stark an, die Zeit für die Beschäftigung mit klassischen Medien (Fernsehen, Filme) geht deutlich zurück. Werden alle vier in Abbildung 22 aufgeführten Medienaktivitäten summiert, so lag die durchschnittliche Mediennutzungsdauer in der Befragung 2007/2008 bei sechs Stunden und 54 Minuten, in der Befragung 2015 bei acht Stunden und zehn Minuten; zu berücksichtigen ist dabei, dass die Jugendlichen Medien auch parallel nutzen. Obwohl sich für die Dauer des Medienkonsums Zusammenhänge mit verschiedenen Variablen wie den Schulleistungen ergeben, ist für das kriminellen Verhalten nicht von einem direkten Einfluss der Dauer auszugehen (vgl. für einen Überblick Mößle 2012). Entscheidender als die Dauer sind die konsumierten Inhalte. Verschiedene Studien, darunter auch Längsschnittstudien, belegen, dass vor allem zwischen dem Gewaltmedienkonsum und dem Gewaltverhalten ein Zusammenhang besteht, nachdem der Konsum von Gewaltfilmen oder Gewaltcomputerspielen tendenziell mit häufigerem Gewaltverhalten einher geht (u.a. Baier/Pfeiffer 2011a; Mößle 2012). Der Entwicklung des Gewaltmedienkonsums kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Abbildung 23 stellt für die drei KFN-Schülerbefragungen die Anteile an

Jugendlichen vor, die Gewaltfilme (Horrorfilme ab 16/18 Jahren, sonstige Filme wie Actionfilme, Thriller ab 18 Jahren) oder Gewaltcomputerspiele (Ego- und Third-Person-Shooter, Prügelspiele) konsumiert haben.

Der Trend ist uneinheitlich: Der Gewaltfilmkonsum sinkt, der Gewaltspielekonsum steigt. In der Befragung 2007/2008 gaben 24,6 % der Jugendlichen an, mindestens wöchentlich Gewaltfilme zu sehen, 2015 waren es nur noch 16,7 %. Der Rückgang zeigt sich bei Jungen wie bei Mädchen, wobei Jungen deutlich häufiger Gewaltmedien konsumieren. In Bezug auf die Gewaltspiele findet sich, dass der Anteil der häufigen Spieler von 25,7 auf 32,2 % gestiegen ist. Auch hier gilt die Entwicklung für beide Geschlechter; der Anteil häufiger Spieler ist dabei unter den Jungen ca. zehnmal höher als unter den Mädchen. Letztlich heben sich damit beide Entwicklungen in etwa auf. Auch wenn es einen Zusammenhang zwischen Gewaltmedienkonsum und delinquenterem Verhalten gibt, kann aufgrund der insgesamt eher stabilen Entwicklung des Gewaltmedienkonsums (Filme und Spiele zusammengefasst) nicht gefolgert werden, dass der Medienkonsum die Entwicklung der Jugendkriminalität beeinflusst hat. Weitere Aufmerksamkeit sollte zukünftig aber dem Gewaltcomputerspielekonsument geschenkt werden, der unter (männlichen) Jugendlichen noch immer sehr weit verbreitet ist, mit weiterhin zunehmender Tendenz.

**Abbildung 23: Konsum von Gewaltfilmen und Gewaltspielen nach Geschlecht (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



Angesprochen wurde, dass als ein Ergebnis der sozialen Kontrolle und des Aufbaus normenkonformer Bindungen das Vorhandensein einer erhöhten Selbstkontrolle zu betrachten ist. In den Befragungen der Jahre 2007/2008 bis 2015 wurde jeweils ein Messinstrument eingesetzt, dass eine Dimension der Selbstkontrolle erfasst. Selbstkontrolle setzt sich entsprechend Gottfredson und Hirschi (1990, S. 89ff.) aus sechs Dimensionen zusammen: Personen mit niedriger Selbstkontrolle sind erstens impulsiv, d.h. unfähig das eigene Leben langfristig zu planen und auf ein Ziel hin auszurichten. Sie beschäftigen sich zweitens im Wesentlichen mit einfachen Aufgaben, weil ihnen der Fleiß, die Beharrlichkeit und die Ausdauer für die Bewältigung von Herausforderungen fehlen. Drittens fühlen sie sich zu risikoreichen Verhalten hingezogen. Sie neigen viertens zu körperlichen Aktivitäten. Fünftens agieren sie eher selbstbezogen. Schließlich sechstens erscheinen sie oft gereizt, haben eine geringe Ambiguitäts- und Frustrationstoleranz und müssen daher bei Konflikten eher auf körperliche, als auf verbale Lö-

sungen setzen. Analysen dieser sechs Dimensionen haben gezeigt, dass vor allem die Risikosuche starke Zusammenhänge mit kriminellem Verhalten aufweist (Baier/Branig 2009), weshalb sich auf die Erfassung dieser Dimension in den Befragungen konzentriert wurde. Die Aussagen, mit denen die Risikosuche in den drei Befragungen erhoben wurde, lauten (Antwortkategorien von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“): „Ich teste gerne meine Grenzen, indem ich etwas Gefährliches mache.“, „Manchmal finde ich es aufregend, Dinge zu tun, die mich in Gefahr bringen können.“, „Aufregung und Abenteuer sind mir wichtiger als Sicherheit.“ und „Ich gehe gern ein Risiko ein, einfach weil es Spaß macht“.

Werden die Mittelwerte der Risikosuche über die Jahre betrachtet, ergeben sich zwei Befunde: Erstens zeigt sich, dass nur eine Minderheit der Jugendlichen eine hohe Risikosuche aufweist; die Mittelwerte liegen jeweils unter dem theoretischen Mittelwert von 2,5. Zweitens bleiben die Mittelwerte über die Jahre hinweg vollkommen konstant; sowohl 2007/2008, als auch 2013 und 2015 liegt der Mittelwert bei 2,11 (vgl. Bergmann et al. 2017, S. 110). Veränderungen der Selbstkontrolle stellen damit keine Erklärung der rückläufigen Jugendkriminalität dar. Dies ist überraschend, ergeben sich doch für verschiedene Sozialisationsbereiche Veränderungen, die auf eine Zunahme der sozialen Kontrolle und der Bindung hinweisen. Dieser Widerspruch kann an dieser Stelle nicht aufgelöst werden. Hinzuweisen ist aber darauf, dass Gottfredson und Hirschi (1990) in ihrer theoretischen Konzeption der Selbstkontrolle auch davon ausgehen, dass diese teilweise genetisch determiniert ist. Für genetische Prädispositionen sind aber innerhalb einer kurzen Zeit keine Veränderungen zu erwarten.

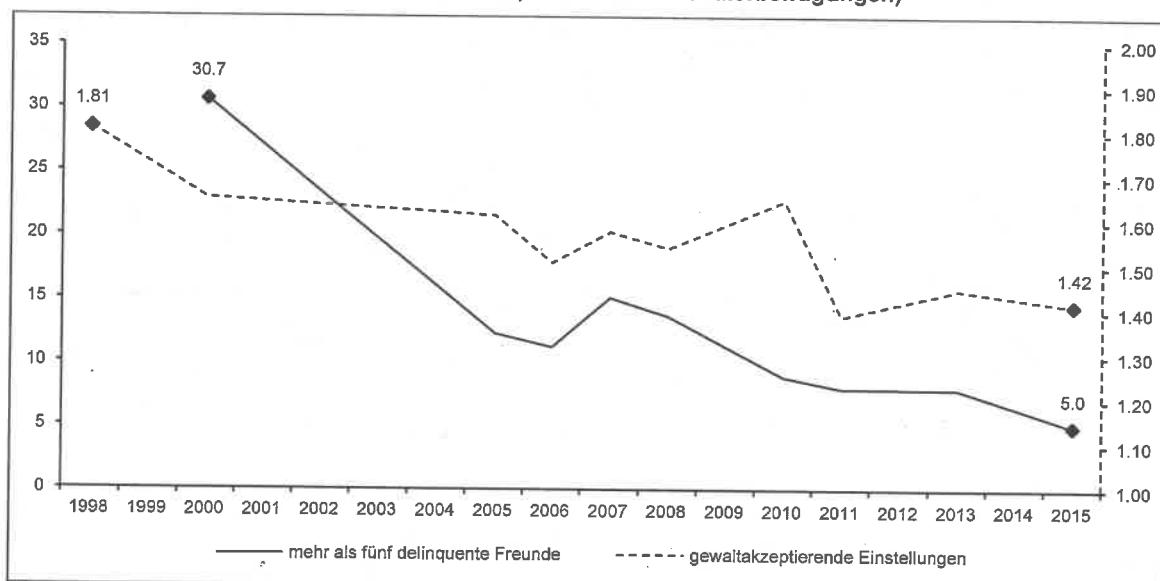
### 3.4 Peers und delinquente Normen

Auf den besonderen Einfluss der Peers für das delinquente Verhalten von Kindern und Jugendlichen wurde bereits im Zusammenhang mit dem Faktor der Gewaltmissbilligung hingewiesen. Zur Gewaltmissbilligung der Freunde ergaben sich sehr starke Entwicklungen in Richtung Zunahme. Ein anderer Faktor, der in Bezug auf Peers kriminologisch hochrelevant ist, ist der Kontakt mit delinquenteren Gleichaltrigen. Warr (2002, S. 40) formuliert zu diesem Faktor: „No characteristic of individuals known to criminologists is a better predictor of criminal behavior than the number of delinquent friends an individual has.“ Auch aus Deutschland liegen zahlreiche Befunde vor, die belegen, dass der Kontakt mit delinquenteren Freunden ein starker Einflussfaktor der Delinquenz ist (vgl. Baier et al. 2010a). Dies ist dabei nicht nur ein Selektionseffekt, nach dem sich delinquente Personen häufiger entsprechenden Peers anschließen; es ist vielmehr auch von einem Sozialisationseffekt auszugehen, nach dem auch unauffällige Jugendliche erst aufgrund des Umgangs mit delinquenteren Personen dazu gebracht werden, delinquente Taten auszuführen.

Dass es einen Rückgang des Kontakts zu delinquenteren Freunden gegeben hat, ist allein schon aufgrund der rückläufigen Jugendgewalt zu erwarten. Weniger Jugendgewalt bedeutet, dass weniger Jugendliche Gewalttaten ausüben und damit weniger gewalttätige Jugendliche als potenzielle Freunde zur Verfügung stehen. Mit Hilfe der KFN-Schülerbefragungen kann eine entsprechende Entwicklung eindrucksvoll bestätigt werden. Zumindest ab den Befragungen des Jahres 2000 wurden die Neuntklässlerinnen und Neuntklässler gebeten, anzugeben, wie viele Freunde sie kennen, die in den letzten zwölf Monaten einen Ladendiebstahl, eine Raubtat, eine Körperverletzung oder Drogenhandel ausgeführt haben. Da der Kontakt zu einigen wenigen delinquenteren Freunden im Jugendalter nicht ungewöhnlich ist, wird sich bei den Auswertungen vor allem auf jene Jugendlichen konzentriert, die ausgeprägte delinquente Netzwerke aufweisen. Dies wird dadurch abgebildet, dass der Anteil an Jugendlichen betrachtet wird, die mehr als fünf delinquente Freunde haben. In Tabelle A6 im Anhang ist für die verschiedenen Befragungsgebiete, in denen Wiederholungsbefragungen stattgefunden haben,

dieser Anteil abgebildet. Aus den Anteilen wurde zu den einzelnen Jahren wiederum der Mittelwert berechnet. Entsprechend dieser Mittelwerte zeigt sich, dass im Jahr 2000 noch durchschnittlich 30,7 % der Jugendlichen Kontakt zu mindestens fünf delinquenden Freunden hatten; dieser fällt bis 2015 auf 5,0 % (Abbildung 24). Zu beachten ist, dass auch nach 2007 der Kontakt zu vielen delinquenden Freunden rückläufig ist. Der Kontakt zu delinquenden Freunden ist damit ein wichtiger Erklärungsfaktor der rückläufigen Jugendkriminalität.

**Abbildung 24: Entwicklung des Kontakts zu delinquenden Freunden und der gewaltakzeptierenden Einstellungen (in % bzw. Mittelwerte; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**

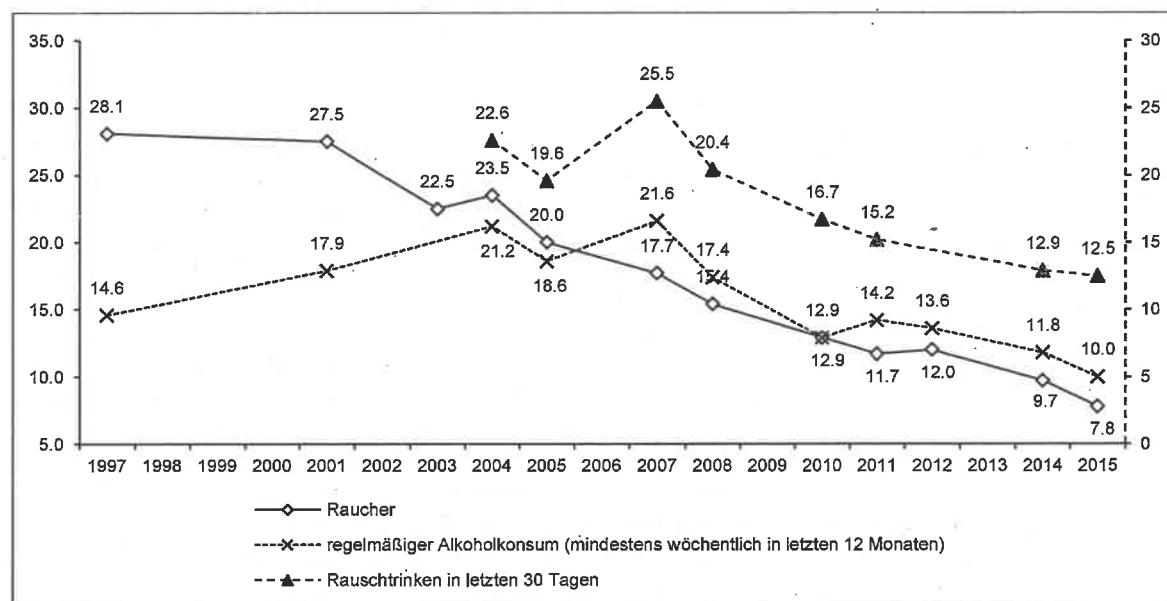


Dies gilt ebenso für einen zweiten, in Abbildung 24 betrachteten Faktor. Seit 1998 werden in den Schülerbefragungen gewaltakzeptierende Einstellungen erhoben, die eine Operationalisierung delinquenter Normen darstellen. Von den Jugendlichen sind dabei folgende vier Aussagen zu beurteilen (von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“): „Ein bisschen Gewalt gehört einfach dazu, um Spaß zu haben.“, „Wenn ich zeigen muss, was ich drauf habe, würde ich auch Gewalt anwenden.“, „Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.“ und „Ohne Gewalt wäre alles viel langweiliger.“ Zu den Antworten kann für jede Befragung zu jedem Erhebungszeitpunkt der Mittelwert für alle Jugendlichen berechnet werden. In Tabelle A6 im Anhang sind die Mittelwerte dargestellt. Werden diese wiederum über die Jahre gemittelt, ergibt sich ein starker Rückgang der Gewaltakzeptanz: Zwar lag der Mittelwert bereits 1998 mit 1,81 deutlich niedriger als der theoretische Mittelwert, was darauf hinweist, dass nur ein kleiner Anteil der Jugendlichen gewaltakzeptierende Einstellungen aufrecht erhält. Dieser Mittelwert ist bis 2015 auf 1,42 weiter gesunken. Auch für diesen Faktor gilt dabei, dass ein Rückgang noch nach 2007 sichtbar wird. Wird zusätzlich berücksichtigt, dass es zwischen gewaltakzeptierenden Einstellungen und delinquenterem Verhalten einen starken Zusammenhang gibt (u.a. Fuchs et al. 2004), ist dieser Faktor als ein wichtiger Erklärungsfaktor des Rückgangs der Jugendkriminalität einzustufen.

Unter der Überschrift „Peers und delinquente Normen“ soll noch ein weiterer Faktor diskutiert werden: der jugendliche Alkohol- und Drogenkonsum. Dieser stellt eine bestimmte Form des Freizeitverhaltens dar, weshalb er auch weiter oben unter „soziale Bindungen“ diskutiert hätte werden können. Alkohol- und Drogenkonsum ist im Jugendalter aber in erster Linie ein Peer-Phänomen und lässt auf eine Affinität zu delinquenteren Normen schließen – im Jugendalter ist der Konsum der meisten Substanzen nicht erlaubt – weshalb eine Betrachtung in diesem Abschnitt sinnvoll erscheint. Der Drogenkonsum,

insbesondere der Alkoholkonsum, steht in einem engen Verhältnis zur Ausübung kriminellen und gewalttätigen Verhaltens (vgl. u.a. Baier/Rabold 2009, Baier et al. 2016); rückläufige Entwicklungen in diesem Bereich würden demnach eine Erklärung für den Kriminalitätsrückgang darstellen. Unter Rückgriff auf die wiederholte Jugendbefragung (12- bis 17-jährige) lässt sich die Entwicklung des Alkohol- und Drogenkonsums seit 1997 gut darstellen (Orth 2016). In Abbildung 25 findet sich dabei zunächst die Entwicklung zum Rauchen und zum Alkoholkonsum. Der Anteil Jugendlicher Raucher ist demnach seit 1997 kontinuierlich von 28,1 auf 7,8 % um fast drei Viertel gesunken. Zum Alkoholkonsum zeigt sich zunächst ein Aufwärts-, dann ein starker Abwärtstrend. 1997 gaben 14,6 % der Jugendlichen an, mindestens wöchentlich Alkohol zu trinken; dieser Wert steigt bis 2007 auf 21,6 % an, um anschließend auf 10,0 % zu sinken. Das Rauschtrinken, das umfasst, dass zu einer Trinkgelegenheit mindestens fünf alkoholische Getränke konsumiert werden, wird erst seit 2004 erfasst. Von 2007 bis 2015 ist der Anteil an Jugendlichen, die in den zurückliegenden 30 Tagen mindestens einmal Rauschtrinken praktiziert haben, von 25,5 auf 12,5 % gesunken, hat sich also innerhalb dieser kurzen Zeit halbiert. Der Rückgang des Alkoholkonsums kann daher tatsächlich als ein wichtiger Erklärungsfaktor der rückläufigen Jugendkriminalität eingestuft werden – zumindest für den Zeitraum ab 2007.

**Abbildung 25: Anteil Konsumenten verschiedener Substanzen unter 12- bis 17-jährigen in Deutschland (in %; Quelle: Orth 2016)**

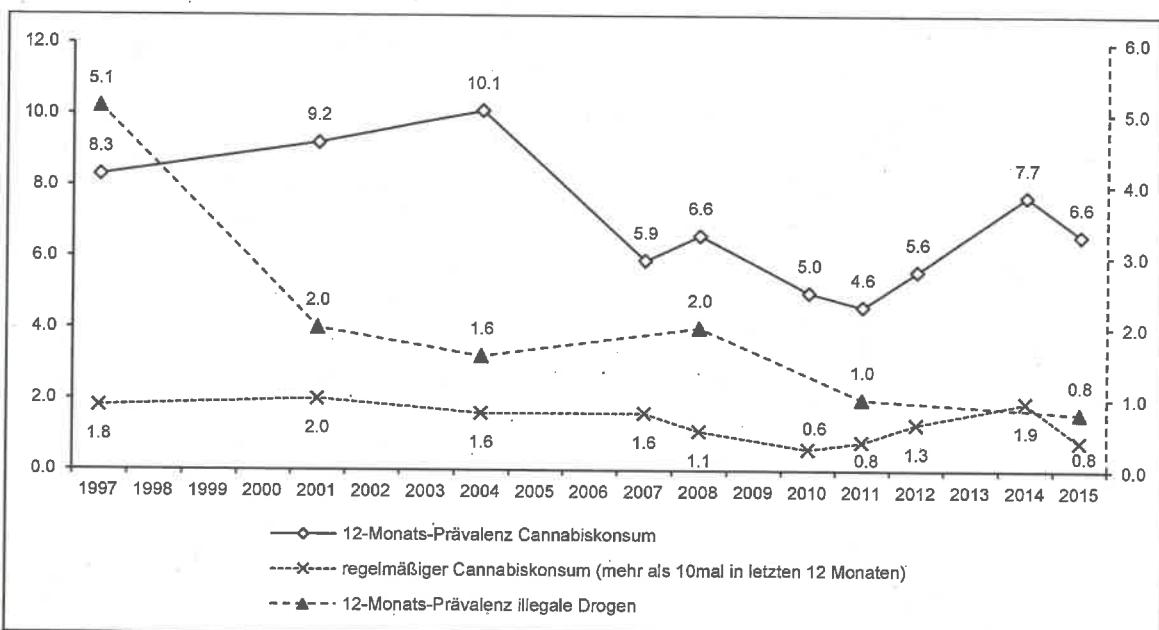


Der Konsum anderer Substanzen ist deutlich geringer verbreitet als der Konsum von Alkohol und Zigaretten (Abbildung 26). Mit Blick auf den Cannabiskonsum ist tendenziell von einem Rückgang auszugehen: 2004 gaben 10,1 % der Jugendlichen an, mindestens einmal in den zurückliegenden zwölf Monaten Cannabis probiert zu haben, 2015 waren es nur noch 6,6 %; werden die häufigen Cannabiskonsumenten betrachtet (mehr als zehn Mal in den letzten zwölf Monaten), so ergibt sich ein Rückgang von 2,0 (2001) auf 0,8 % (2015). Beide Trends zum Cannabiskonsum sind aber nicht kontinuierlich rückläufig. Zwischen 2011 und 2014 zeigt sich ein Anstieg des Cannabiskonsums. Insofern diese Trends nicht mit der Entwicklung der Jugendkriminalität übereinstimmen und insofern Cannabiskonsum eher kein Einflussfaktor des delinquentschen Verhaltens darstellt (Baier et al. 2016), sind die Entwicklungen zum Cannabiskonsum für die Erklärung der Kriminalitätsentwicklung nicht relevant. Dass der Cannabiskonsum anscheinend in jüngster Zeit wieder ansteigt, ein Trend, der sich im Übrigen auch im Vergleich der niedersachsenweiten Schülerbefragungen 2013 und 2015 zeigt, die zugleich auch die positiven Trends beim Alkoholkonsum bestätigen (vgl. Bergmann et al. 2017, S. 68ff),

ist dennoch ein Hinweis, die Drogenprävention in diesem Bereich zu intensivieren. Zumindest in Bezug auf Jugendliche ist davon auszugehen, dass Cannabiskonsum zwar nicht auf das kriminelle Verhalten wirkt, dafür aber andere psychische und organische Schäden hervorruft (u.a. Thomasius/Holtmann 2016).

Zuletzt in Abbildung 26 dargestellt ist der Anteil an Jugendlichen, die in den zurückliegenden zwölf Monaten illegale Drogen wie Ecstasy oder LSD konsumiert haben. Dieser Anteil lag 1997 mit 5,1 % am höchsten; bis 2001 ist er stark zurückgegangen (2,0 %) und liegt im Jahr 2015 mit 0,8 % am niedrigsten. Auch im Vergleich der Jahre 2007 und 2015 ist damit ein Rückgang des Konsums illegaler Drogen festzustellen. Da derzeit noch kaum untersucht ist, wie sich der Konsum illegaler Drogen auf das delinquente Verhalten auswirkt und vor allem ob hier eine Differenzierung zwischen unterschiedlichen Substanzen notwendig ist, kann die Relevanz der Entwicklung des Konsums illegaler Drogen auf die Kriminalitätsentwicklung an dieser Stelle nicht abschließend eingeschätzt werden.

**Abbildung 26: Anteil Konsumenten verschiedener Substanzen unter 12- bis 17-jährigen in Deutschland (in %; Quelle: Orth 2016)**



### 3.5 Formelle soziale Kontrolle

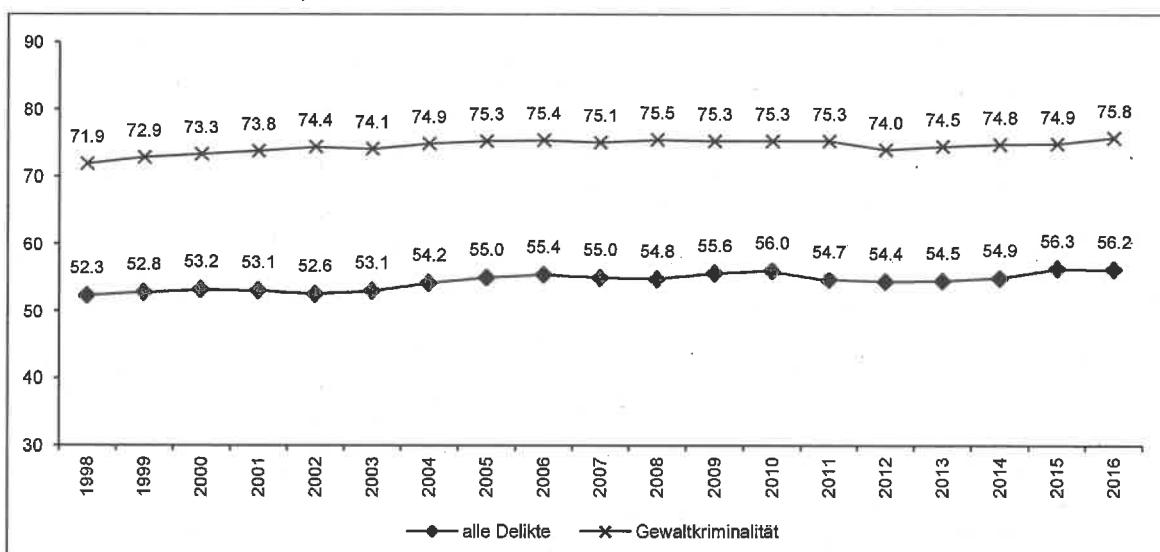
Die soziale Kontrolle, die Jugendliche in der Familie, in der Schule, in Vereinen oder im Peerkontext erfahren, wird gewöhnlich als informell bezeichnet. Demgegenüber stehen Instanzen der formellen sozialen Kontrolle, die im Wesentlichen durch die Polizei bzw. die Justiz gebildet werden. Diese Akteure haben mindestens zwei Möglichkeiten, um auf die Kriminalitätsentwicklung Einfluss zu nehmen: durch Intervention oder durch Abschreckung. Intervention bedeutet, dass Straftäterinnen und Straftäter eine bestimmte Behandlung erfahren, die verhindert, dass sie weitere Delikte begehen; die Spannbreite möglicher Maßnahmen ist groß und reicht von der Diversion über die Verhängung von Arbeitsleistungen oder Anti-Aggressionskursen bis hin zur Haftstrafe. Zum Teil ist mit diesen Maßnahmen auch die Hoffnung auf Abschreckung potenzieller Täter/innen verbunden. Die kriminologische Forschung zeigt allerdings, dass diese Abschreckungswirkung von Strafen eher begrenzt ist. Stattdessen

gilt als gesicherte Erkenntnis, dass dem Risiko des Aufdeckens von Straftaten für die Abschreckungswirkung eine weit höhere Bedeutung zukommt als der Sanktionshöhe (vgl. Hawkins/Zimring 1976, S. 159ff; Ross 1976). Wer davon ausgeht, dass die Polizei nur eine sehr geringe Chance hat, eine Tat aufzuklären, ist eher in Versuchung, sie zu begehen, als jemand, der eine deutlich höhere Aufdeckungswahrscheinlichkeit unterstellt. Obwohl es an dieser Stelle sicherlich interessant wäre, das Interventionsverhalten der Justiz und die Praxis der Verhängung von Sanktionen nach begangenen Straftaten für die zurückliegenden 20 Jahre nachzuzeichnen, liegt dies jenseits des hier möglichen (vgl. hierfür u.a. Heinz 2017). Stattdessen soll sich auf die Frage konzentriert werden, inwieweit sich Veränderungen in Bezug auf das Aufdecken von Straftaten ergeben.

Die Aufdeckung von Straftaten bzw. Straftätern und -tätern erfolgt einerseits dadurch, dass erlebte Straftaten überhaupt bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden bzw. dass diese die Straftaten selbst aufdeckt. Andererseits ist die Entwicklung der Aufklärungsquote zu beachten, die angibt, zu wie viel Prozent der registrierten Straftaten mindestens ein/e Tatverdächtige/r ermittelt wurde (mit den unter 2.1 aufgeführten Einschränkungen). Steigen die Anzeige- und die Aufklärungsquote, steigt das Risiko für Straftäter/innen, für ihr Verhalten sanktioniert zu werden, was auf potenzieller Straftäter/innen abschreckend wirkt.

Die Entwicklung der Anzeigekurve wurde bereits in Abschnitt 2.2 vorgestellt. Demnach kommt es zwischen 1998 und 2008 zu einem Anstieg, der damit einhergeht, dass etwa ein Drittel mehr Gewaltdelikte ins Hellsfeld gelangen. Nach 2008 sinkt die Anzeigerate allerdings wieder leicht. Die Entwicklung der Anzeigerate folgt daher nur bedingt der Entwicklung der Jugendkriminalität, weshalb sie nicht als Erklärung der Entwicklung dienen kann. Hinsichtlich der Aufklärungsquote ergibt sich ebenfalls, dass ihr Trend eher nicht mit dem Trend der Kriminalitätsentwicklung übereinstimmt (Abbildung 27). Demnach ist es zwischen 1998 und 2007 zu einem Anstieg der Aufklärungsquote bei Gewaltdelikten von 71,9 auf 75,1 % gekommen; nach 2007 verändert sich die Aufklärungsquote bei Gewaltdelikten aber kaum noch (2015: 75,8 %). Gerade in der Zeit des starken Kriminalitätsrückgangs seit 2007 ist damit keine Veränderung der Aufklärungsquote erkennbar. Dies gilt auch in Bezug auf die Aufklärungsquote insgesamt, die sich von 52,3 auf 55,0 % (2007) erhöht hat, danach aber nur noch geringfügig auf 56,2 % steigt. Die These einer zunehmenden Abschreckung aufgrund zunehmender formeller Sozialkontrolle bestätigt sich mit Blick auf die ausgewählten Indikatoren daher eher nicht.

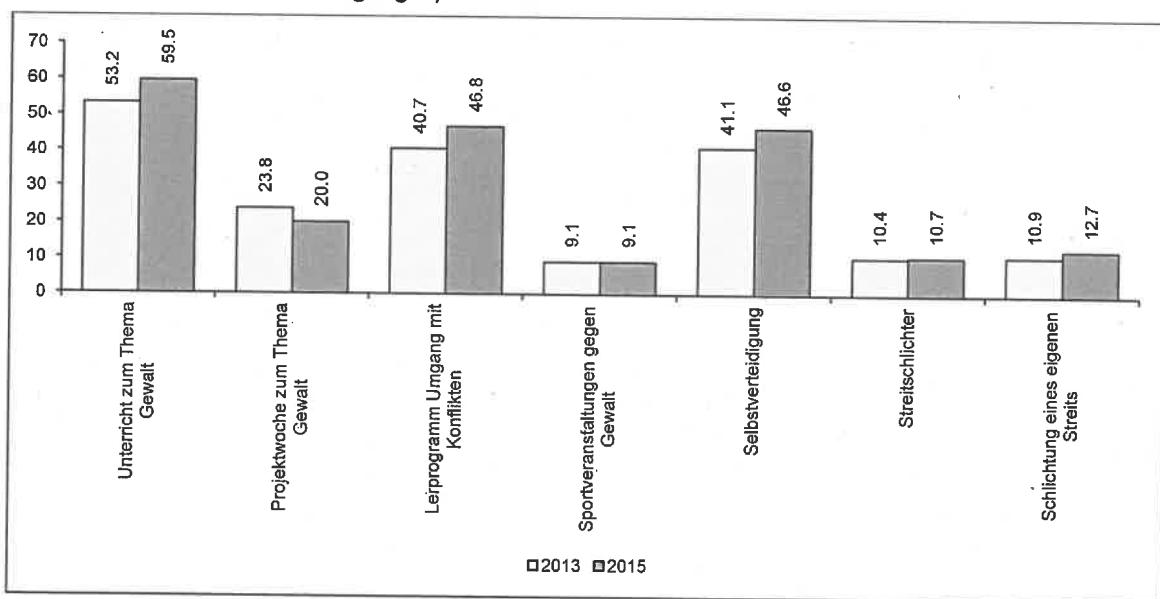
**Abbildung 27: Entwicklung der Aufklärungsquote für ausgewählte Delikte (in %; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)**



Als Akteure der formellen sozialen Kontrolle lassen sich auch jene Personen oder Organisationen einstufen, die Gewalt-Präventionsmaßnahmen durchführen. Häufig geschieht dies im Rahmen der Schule; aber auch im Freizeitbereich wird mit Kindern und Jugendlichen gewaltpräventiv gearbeitet. Inwieweit die Präventionsmaßnahmen tatsächlich Gewaltverhalten verhindern, ist sehr stark abhängig von der einzelnen Maßnahme. Es lässt sich aber eine Reihe an Maßnahmen identifizieren, die über Evaluationen belegen konnten, dass sie Gewaltverhalten reduzieren (vgl. Grüne Liste Prävention des Landespräventionsrats Niedersachsen). Es lässt sich damit davon ausgehen, dass zwischen der Teilnahme an Gewaltpräventionsmaßnahmen und dem Gewaltverhalten zumindest ein geringer Zusammenhang derart besteht, dass die Teilnahme das Gewaltverhalten senkt. Fraglich ist daher, welche Entwicklung es in Bezug auf die Teilnahme an Gewaltpräventionsmaßnahmen in den zurückliegenden 20 Jahren gegeben hat. Die Datenlage hierzu ist allerdings sehr beschränkt. In der deutschlandweit repräsentativen KFN-Schülerbefragung der Jahre 2007/2008 hat sich gezeigt, dass an fast zwei Dritteln aller weiterführenden Schulen in Deutschland Gewaltpräventionsmaßnahmen durchgeführt werden (Baier et al. 2010, S. 217ff). Über die letzten Jahre hinweg ist insgesamt ein Anstieg von Präventionsaktivitäten an Schulen zu verzeichnen. Dies kann am Beispiel der Streitschlichtungsprogramme belegt werden: In den meisten der in der Schülerbefragung 2007/2008 einbezogenen Schulen wurden diese ab dem Jahr 2000 eingeführt; vorher waren sie an den wenigsten Schulen zu finden. Die Annahme, dass Präventionsaktivitäten über die Jahr hinweg zugenommen haben und dadurch einen Beitrag zur Senkung der Jugendkriminalität geleistet haben, ist daher durchaus gerechtfertigt.

Ein weiterer Beleg ergibt sich aus dem Vergleich der niedersachsenweiten Schülerbefragungen 2013 und 2015. In diesen Befragungen sollten die Jugendlichen angeben, ob sie schon jemals an Maßnahmen teilgenommen haben, die dazu dienen, „Konflikte zu regeln und Gewalt zu senken“. Insgesamt wurden sieben mögliche Maßnahmen abgefragt, die in Abbildung 28 aufgeführt sind. Bei drei der sieben Maßnahmen ergibt sich im Zeitvergleich, dass die Teilnehmeraten ansteigen: Unterrichtseinheiten zum Thema Gewalt, Lernprogramme zum Umgang mit Konflikten und Selbstverteidigungstrainings. Ein Rückgang ist nur in Bezug auf Projektwochen zum Thema Gewalt festzustellen. Dies unterstreicht, dass durch Prävention anscheinend immer mehr Jugendliche erreicht werden. Daten aus früheren Schülerbefragungen liegen jedoch nicht vor, um diese Annahme weiter zu untermauern.

**Abbildung 28: Anteil Befragte, die an Gewaltpräventionsmassnahmen teilgenommen haben (in %; Quelle: KFN-Schülerbefragungen)**



## Entomology